L 70000
41
1914-1919
1./IV. - 11./V.
Hilfsaktion
e
Invalidenfürsorge
6

Reichspost
1./IV. 1917

Deutschmeister-Briefmarken. Unvergänglichen Ruhm hat sich unser Wiener Hausregiment im Weltkrieg an den verschiedenen Fronten erworben. Entsprechend seinem draufgängerischem Mute und seiner Tapferkeit hat das Regiment auch Verluste erlitten. Durch Spenden der Offiziere und der Mannschaft wurde der Grundstock für den Witwen- und Waisenhilfsfonds für die Angehörigen des Regimentes gelegt, und in pietätvollem Gedenken an ihre tapferen Kameraden bemühen sich aus dem Felde selbst die Deutschmeister ihren Fonds zu stärken. Eine kräftige Unterstützung erhoffen sie sich von einer neuen Aktion, die sie jetzt ins Leben gerufen haben. Sie geben „Deutschmeisterbriefmarken" aus, die nach einem Entwurfe des als Leutnant im Regiment dienenden Malers Friedrich hergestellt sind und sicherlich alle Briefe, die in Wien aufgegeben werden, zieren und alle Sammlungen von Erinnerungszeichen an den Weltkrieg schmücken sollen. Die Briefmarken, zehn an der Zahl, sind künstlerisch sehr gelungen und prächtig in Farben ausgeführt. Das erste Bild zeigt das Hoch- und Deutschmeister-Kreuz, überragt von der Kaiserkrone. Das zweite Bild „Mir san mir vom k. und k. Infanterieregiment Hoch- und Deutschmeister Nr. 4" bringt eine Abteilung Deutschmeister, die mit Gesang und Harmonika ins Feld zieht. Das dritte Bild zeigt ein Deutschmeistergrab, an dem ein Mädchen klagt. Fünf weitere Bilder sind Trachtenbilder aus der ruhmreichen Regimentsgeschichte der Deutschmeister. Man sieht die Deutschmeister in der Tracht der Jahre 1696, 1757, 1809, 1848 und den Deutschmeister von heute mit Tapferkeitsmedaillen geschmückt. Zwei Bilder stellen Episoden aus dem Weltkrieg dar: Sokal 18. Juli 1915 und einen Kosakenüberfall. Die zehn Marken, die den Witwen- und Waisenfonds des Hausregiments stärken und die Tränen der Witwen und Waisen mit ihrem Erträgnis trocknen sollen, werden sicherlich schon durch ihre künstlerische Vollendung großen Anklang finden.

Kölnische Zeitung
4.IV.1917

4
2

Verband für Kriegsbeschädigte.

Zu Ostern soll in Essen ein Verband wirtschaftlicher Vereinigungen Kriegsbeschädigter errichtet werden. Die Gewerkschaften der verschiedneen Richtungen mahnen in einer Veröffentlichung von dem Verband ab. Die Kriegsbeschädigten-Fürsorge sei für das ganze Reich einheitlich organisiert, sie möge sich nicht in allen ihren Teilen allzu wirksam erweisen. Hier müsse Wandel geschaffen werden, aber die Kriegsbeschädigten-Fürsorge müsse Sache des ganzen Volkes bleiben. Der Kriegsbeschädigte werde nur in den Organisationen seiner voll leistungsfähigen Kollegen Hilfe finden. Der Weg praktischer Fürsorge sei in Gemeinschaft zwischen den Organisationen der Arbeiter und Unternehmer zu beschreiten. Die Veröffentlichung stellt fest, daß auch der Reichsausschuß für Kriegsbeschädigten-Fürsorge die Essener Gründung nicht empfehle und schließt dann:

Weder der Reichsausschuß noch eine andere in Betracht kommende amtliche Stelle sieht in dieser Gründung eine Förderung der Interessen der Kriegsbeschädigten. Gerade uns, die wir diesen nach allen Richtungen hin dienen wollen und durch unsere Organisationseinrichtungen auch dienen können, erscheint aus den oben dargelegten Gründen eine besondere Organisation der Kriegsbeschädigten nicht nur überflüssig, vielmehr für diese selbst nachteilig. Die Kriegsbeschädigten dienen ihrer Sache am besten, wenn sie von den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden geschaffene Einrichtungen in Anspruch nehmen und dadurch im Kreise ihrer Kollegen und Arbeitsgenossen die dauernde Vertretung ihrer berechtigten Wünsche und Forderungen finden.

Fremdenblatt
14./IV. 1917

Der militärische Beirat der Invalidenfürsorge.

Wie kürzlich berichtet wurde, empfing Ihre Majestät die Kaiserin und Königin den ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza in besonderer Audienz zwecks Vortrages über die Details einer Wohltätigkeitsaktion, welche sich des besonderen Interesses Ihrer Majestät erfreut und die Aufgabe hat, allen Opfern des Krieges (Invaliden, den um ihren bürgerlichen Erwerb gekommenen Kriegern, Witwen und Waisen nach Kriegern 2c.), die eines Rates oder einer Hilfe bedürftig sind, einen Berater zur Seite zu stellen, der für sie alle weiteren Schutz und Hilfe gewährleistenden Schritte unternimmt.

Es ist nun gewiß von Interesse zu erfahren, daß in Wien schon seit dem Jahre 1915 sich zu dem Zwecke mehrere Offiziere des Ruhestandes und Mitglieder des Offiziers- und Militärbeamtenvereines freiwillig vereinigt haben, diesem edlen Zwecke selbstlos zu dienen. Es sind dies die Herren Feldmarschalleutnants v. Ubaldini und v. Ratkovic, Generalmajor Edler v. Kohl, Generalstabsarzt Mautendorfer, die Oberste Hubrich, Glotz und Richter, Hauptmann Thenen, zu denen sich dann später auch die Herren Oberst Windakiewicz und Oberstabsarzt Dr. Mandic zugesellten.

Unter Leitung des FML. v. Ubaldini wurde sofort der umfangreiche Dienst organisiert und es entwickelte sich in kurzer Zeit eine rege Tätigkeit hinsichtlich Erfüllung der verschiedenen Bitten, von denen hervorgehoben werden mögen:

1. Auszahlung der ausständigen chargenmäßigen und der angemessenen Pensionsgebühren;
2. Erwirkung von Versorgungsgebühren und Personalzulagen;
3. Bemessung der höheren Gebühren;
4. Erwirkung solcher Gebühren an jene Invaliden, welche zwar nicht im Gefechte verwundet, aber während der Mobilität im aktiven Dienste schwer erkrankten;
5. Nachforschung nach jenen Behörden, welchen die Auszahlung der Gebühren oblag, respektive um Mitteilung der Adressen der Invaliden an diese Behörden;
6. Rektifizierung nicht ganz richtig gefaßter Superarbitrierungsbeschlüsse;
7. Fürsorge für die Geistesgestörten und deren Angehörige;
8. Anweisung von Unterhaltsbeiträgen für Angehörige der Invaliden;
9. Geldersatz für verloren gegangene Zivilkleider;
10. Gewährung von Unterstützungen im allgemeinen;
11. Belehrung in den verschiedensten Fällen, welche hier in ihrer Gesamtheit nicht aufgezählt werden können und dgl.

All dies verursachte einen umfangreichen schriftlichen und mündlichen Verkehr, welcher die volle Tätigkeit der Mitglieder des militärischen Beirats in Anspruch nahm.

Der militärische Beirat verkehrte zu diesem Zwecke schriftlich in Form von Auskunftsbögen mit den Zentralstellen, Behörden, Truppen, Anstalten, Zivilämtern, Vereinen 2c. 2c. Außer den persönlich erschienenen Invaliden liefen auch aus allen Teilen des Reiches schriftliche Ansuchen an den militärischen Beirat ein, welche entsprechend erledigt wurden.

In der Zeit vom Oktober 1915 bis auf den heutigen Tag wurden Tausende der vorher genannten mitunter sehr verwickelten Fälle in erfolgreicher Weise erledigt, wie dies zahlreiche Dankschreiben beweisen.

Es möge nur zum Schlusse hervorgehoben werden, daß bei der in den Provinzen des Reiches mit der Zeit entstandenen Invalidenfürsorge die Aufmerksamkeit auf den militärischen Beirat in Wien, 7. Bezirk, Neubaugürtel Nr. 32, gelenkt wurde, und daß sowohl von jenen Stellen, wie auch seitens des Auslandes (Deutschlands, Türkei und Bulgariens) hinsichtlich der Organisation und der Tätigkeit des militärischen Beirats mündliche und persönliche Informationen eingeholt wurden sowie daß Se. k. u. k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Karl Stephan beim Besuch der Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide der Tätigkeit des Beirates seine höchste Anerkennug zollte.

Dies beweist zur Genüge, wie zweckmäßig es war, den militärischen Beirat zu schaffen, der mit unermüdlichem selbstlosen Eifer und stets unverdrossen seit Jahr und Tag für unsere braven heldenmütigen Krieger und deren Angehörige arbeitet.

Den Mitgliedern des Beirates aber, die in ganz selbstloser und opferwilliger Weise die Arbeit unermüdlich leisten, diesen echt patriotisch gesinnten edlen Menschenfreunden gebührt der herzlichste Dank. Mögen sie uns und unseren Braven, sowie deren Angehörigen auch weiterhin ihre bewährte Hilfe leihen, zur Linderung der Wunden, die der Krieg geschlagen und zum Segen unserer Mitbürger.

Neues Wiener Tagblatt
14./IV. 1917

h

(Die Tätigkeit der Kriegsblindenheimstätten.) Der Präsident des unter dem Protektorat des Erzherzogs Karl Stephan stehenden Vereines „Kriegsblindenheimstätten" Kommerzialrat Heinrich Grimm, erhielt folgendes Schreiben des Vereines zur Ausbildung von später Erblindeten: „Ihre geschätzte Zuschrift vom 23. März dieses Jahres, in welcher Sie die Güte hatten, mir mitzuteilen, daß für den Kriegsblinden Josef Mares das Haus Nr. 86 in Sedlec (Böhmen) erworben wurde, beantwortete ich mit dem herzlichsten Dank für diesen neuen Akt werktätiger Humanität. Den Tag, an welchem die dem Verein „Kriegsblidenheimstätten" zugewendeten Spenden die zweite Million überschritten, habe ich als einen geweihten Gedenktag in stiller Feier mit den innigsten Segenswünschen für den hohen Protektor, für Sie, den Begründer dieser einzig dastehenden philanthropisch-patriotischen Unternehmung, und für die edlen, mit Ihnen zum heiligen Werke vereinigten Menschenfreunde begangen. Aber nicht allein Millionen von Kronen haben Sie gesammelt, auch Millionen hehrster Empfindungen des Erbarmens und der Opferfreudigkeit haben Sie hervorgerufen und so inmitten der Verheerung des Krieges eine sittliche Welt offenbart und aufgerichtet, Millionen Tränen haben sie getrocknet, wie nur ein namenloses Unglück je weint. Diese Großtaten der Menschenliebe schließen einen so überreichen Schatz innerer Belohnung in sich ein, daß alle Dankesworte ihn nicht vermehren können. Die freundliche Einladung zu der Generalversammlung des Vereines „Kriegsblindenheimstätten" empfinde ich als eine hohe Ehre, der ich mich im Dienste der Kriegsblinden würdig erweisen will. In verehrungsvollster Ergebenheit Heller, Direktor."

Reichspost
14./IV. 1917

5

Große Widmung für die Kriegerheimstätten.

Nach einer an anderer Stelle veröffentlichten Rede zur Friedenserklärung des Ministers des Aeußern Grafen Czernin teilte Bürgermeister Dr **Weiskirchner** mit: Ein Menschenfreund, der seinen Namen nicht genannt wissen will, hat sich rechtsverbindlich erboten, der Gemeinde Wien unentgeltlich ein Grundstück im Ausmaße von 105 000 Quadratmetern (Quadratmeter einhundertfünftausend) zu dem Zwecke zu übergeben, daß hierauf Kriegerheimstätten im Sinne der von der Gemeinde Wien aufgestellten Grundsätze errichtet werden. Das Grundstück befindet sich in freier und für den angestrebten Zweck voraussichtlich sehr gut geeigneter Lage des 10. Bezirkes und wird vom Stadtbauamte mit 800.000 Kronen bewertet.

Der Bürgermeister spricht für die Widmung den wärmsten Dank aus. (Lebhafter Beifall.)

Gespendet haben ferner: Ein ungenannteinwollender Wohltäter 20.000 Kronen zur Errichtung einer Kriegerheimstätte, Generaldirektor Rotter der Länderbank 15.000 Kronen, welcher Betrag über seinen Vorschlag von den Gesellschaften, deren Verwaltung der verewigte Vizepräsident Lohnstein angehörte, als Parteablösung den Armen Wiens gewidmet wurde.

Reichspost

6

15/IV. 1917

Kaiserin Zita über die Invalidenversorgung.

Budapest, 14. April.

Im alten Thronsaale der Hofburg hat heute Königin Zita die gründende Versammlung des Landessenats für Kriegspatronage eröffnet. Ihrer Majestät wurden bei diesem Anlasse von der Versammlung begeisterte Ovationen dargebracht. Die Gesellschaft, die sich im Saale zusammenfand, stellte eine universelle Vertretung des ganzen ungarischen öffentlichen Lebens dar.

Punkt 11 Uhr bezeichneten die üblichen drei Schläge des Staberlherrn die Ankunft der Königin, die, von ihren Palastdamen und dem Obersthofmeister Grafen Alexander Eszterhazy gefolgt, unter den Eljenrufen der Anwesenden ihren Platz auf der Estrade einnahm. Die Monarchin eröffnete die Versammlung mit folgenden Worten:

„Mit inniger Freude habe ich das oberste Protektorat des Kriegspatronatswesens übernommen und werde Ich diese erhabene Sache unterstützen. Es ist unsere heiligste Pflicht, für die in der Verteidigung des Thrones und des Vaterlandes Invalid gewordenen und für die Familien unserer gefallenen Helden in würdiger Weise zu sorgen. Zu dieser Arbeit fordere Ich vertrauensvoll die Nation auf. Ich erkläre die Versammlung für eröffnet."

Nachdem die lebhaften Eljenrufe, die diesen Worten folgten, verklungen waren, ergriff Ministerpräsident Graf Tisza das Wort und dankte zunächst der Königin für die Uebernahme des Protektorates der Kriegspatronage. Graf Tisza schloß seine Rede mit folgenden Worten: „Zum Schlusse beehre ich mich vorzuschlagen, an Ihre Majestät die Königin die Bitte zu richten, sie möge allergnädigst gestatten, daß auch in ihrem Namen ein Aufruf an das große Publikum zum Zwecke der Teilnahme an der Patronagearbeit sowohl wie der Beistellung der materiellen Mittel gerichtet werde. (Lebhafte Zustimmung.) In tiefer Ehrfurcht bitten wir Ihre Majestät die Königin, auch in ihrer Allerhöchsten Person sich an die kirchlichen Oberbehörden wenden und diese zur Unterstützung unserer Arbeit aufrufen zu wollen."

Die Königin erteilte durch Kopfnicken ihre Einwilligung. (Lebhafte Eljenrufe.)

Nach Konstituierung des Landessenates und des Präsidiums sprach Erzbischof Dr. Arpad Varady über die ständigen Invalidensiedlungen. Schließlich ergriff Honvedminister FML. Szurmay das Wort, um im Namen der unmittelbar Interessierten, der kämpfenden Soldaten, deren Gefühle zum Ausdrucke zu bringen. Der Honvedminister dankte der Königin und der Frau Erzherzogin Auguste für das bekundete Interesse und die Unterstützung. Redner schloß: „Wir müssen siegen, und weil wir alle siegen wollen, werden wir auch auf diesem Gebiete siegreich sein."

Ihre Majestät Königin Zita sagte hierauf:

„Mit dem Wunsche, daß der heute ausgestreute Samen segensreiche Früchte bringen möge, schließe ich die Sitzung." (Stürmische Eljenrufe.)

Nach Abhaltung des Cercles zog sich die Königin unter begeisterten Eljenrufen in die inneren Gemächer zurück.

Wiener Tagblatt
21./IV. 1917

9

Eine philatelistische Rarität für Kriegsfürsorgezwecke.

Eine bosnische Militärmarke für Witwen und Waisen.

Vom 9. bis einschließlich 15. Mai wird in Bosnien und in der Herzegowina eine Witwen- und Waisenwoche abgehalten. Während dieser Zeit werden Militärpostfrankomarken der gegenwärtigen Ausgabe zu 10 H. und 15 H., die den Ueberdruck „Witwen- und Waisenwoche 1917" tragen, um den Preis von 12 H., beziehungsweise 17 H. pro Stück bei allen Militärpostämtern in Bosnien und in der Herzegowina ausgegeben und können auch zur Frankierung von Postsendungen verwendet werden, die in Bosnien und in der Herzegowina aufgegeben und nach Bosnien und der Herzegowina, Oesterreich, Ungarn und nach den von den k. u. k. Truppen besetzten Gebieten in Polen, Serbien, Montenegro und Albanien lauten.

In der Zeit vom 9. bis einschließlich 15. Mai werden diese Marken auf Wunsch auch abgestempelt, mit einem Tagesstempel dieser Tage, gegen Vorerlag des entfallenden Betrages abgegeben. Nach dem 15. Mai werden — soweit der Vorrat reicht — diese Marken nur mehr unabgestempelt abgegeben, da eine Nachstempelung dann streng untersagt ist.

Vorbestellungen werden schon jetzt beim Oekonomat der k. u. k. Militärpostdirektion in Sarajevo gegen Voreinsendung des Betrages entgegengenommen. Für jede Versendung kann an Verpackungsauslagen der Betrag bis zu 1 K. vom obgenannten Oekonomat angerechnet werden, was bei der Vorbestellung zu berücksichtigen ist. Vor dem 9. Mai werden die Vorbestellungen nicht abgesendet.

Es empfiehlt sich, die Vorbestellungen für abgestempelte Marken bis spätestens Ende April dieses Jahres an das obgenannte Oekonomat abzusenden, damit die Effektuierung prompt bewirkt werden kann; Bestellungen bei verschiedenen Postämtern sind im eigenen Interesse zu vermeiden, da nur das Postökonomat der Militärpostdirektion mit einem größeren Vorrat dieser Marken ausgestattet ist. Bei Ueberzeichnung behält sich die Militärpost- und Telegraphendirektion vor, die Effektuierung der Bestellungen perzentuell zu verringern.

Rheinische Zeitung

21/IV. 1917.

10

Hilfsbereitschaft.

Kriegsbeschädigten-Ansiedlung.

Der Direktor der Siedlungsgesellschaft „Rheinisches Heim" in Bonn, Landesökonomierat Schlüter, stellt der Presse einen Aufsatz über rheinisches Ansiedlungswesen zu, dem wir im Interesse der gemeinnützigen Sache folgendes entnehmen:

Wer hilft den Kriegsbeschädigten zur Ansiedlung, denen die Kapitalisierung der Kriegs- und Verstümmelungszulage abgelehnt wird, und wer hilft allen Kriegsbeschädigten über die ersten Kosten der Ansiedlung hinweg, die dadurch entstehen, daß Schwein, Ziege, Geflügel, Kaninchen, einiges Inventar, Saatgut usw. beschafft werden müssen? Um auch schon während des Kriegs den Kriegsbeschädigten zu helfen, hat das Rheinische Heim bekanntlich eine Gütervermittlungsstelle eingerichtet, die viel benutzt wird. Diese Stelle hilft mit Rat und Tat vorzugsweise den Kriegsbeschädigten, den sonstigen Kriegsteilnehmern und deren Hinterbliebenen, aber auch andern Personen bei der Erhaltung, Veräußerung und Erwerbung von Stellen, die mit wenigstens so viel Land ausgestattet sind, als dem wirtschaftlichen Bedürfnis dieser Leute entspricht. Geistliche, Lehrer, Kreisboniteure, Winterschuldirektoren und viele andere Personen sind bestrebt, solche Stellen und auch Abnehmer dafür ausfindig zu machen und weitere Mithilfe hierbei ist sehr erwünscht. Auf diese Weise sind schon eine ganze Anzahl Kriegsbeschädigter in der kurzen Zeit des Bestehens dieser Stelle ansässig gemacht worden, und es steht zu erwarten, daß sie sich weiter günstig entwickelt. Die Ansiedlung erfolgt derart, daß bei Kriegsbeschädigten der ganze Kaufpreis bar ausbezahlt wird, nachdem eine Nachprüfung über seine Angemessenheit stattgefunden hat und auch festgestellt ist, daß der Käufer in seinem bisherigen Beruf weiter tätig sein kann, und wird vorerst als Hypothek eingetragen. Er wird dadurch später wieder eingebracht, daß die Kriegsbeschädigten die Kapitalisierung ihrer Kriegs- und Verstümmelungszulage und deren Auszahlung an das Rheinische Heim beantragen, um die von ihm gemachten Vorlagen zu decken. Die etwaigen Reste werden gedeckt durch Hypotheken bei den Sparkassen oder sonstigen Geldinstituten, soweit sie nicht bei der Landesversicherungsanstalt untergebracht werden können. Nachdem die Ansiedlung durchgeführt ist, setzen noch Schwierigkeiten dadurch ein, daß für Beschaffung von etwas Vieh, von Saatgut, Reparaturen an den Gebäuden, Geräten usw. Mittel erforderlich sind. Dieses Fehlen von Mitteln wird zwar schon dadurch in etwas behoben, daß das Rheinische Heim den Kriegsbeschädigten hierfür einigen Kredit bewilligt. Immerhin würde es dringend erwünscht sein, wenn hier sowohl als bei Unterstützung derjenigen, welchen die Kapitalisierung der Kriegs- und Verstümmelungszulagen abgelehnt worden ist, die Wohltätigkeit noch etwas nachhelfen wollte. Geringe Mittel für diesen Zweck stehen schon in Aussicht, es würde aber dankbar zu begrüßen sein, wenn weitere Mittel hierfür gegeben würden. Es werden sich in der Rheinprovinz gewiß wohlhabende Leute finden, welche für diese Armen, die die Gesundheit ihres Körpers auf dem Altar des Vaterlandes hingegeben haben, auch etwas tun möchten, und diese Leute werden gebeten, das dem Rheinischen Heim in Bonn mitzuteilen, das jederzeit gern bereit ist, noch weitere Auskunft zu geben und auch über die Verwendung genau Rechnung legen wird; nur wird sich eine öffentliche Rechnungslage in den Zeitungen nicht empfehlen, denn unsre Kriegsbeschädigten, welchen eine Unterstützung auf diesem Wege zufließt, sollen nicht das Gefühl eines Almosens haben, sondern das Geschenk soll den Dank dafür darstellen, daß sie im Felde ihre Pflicht getan haben und dabei zu Schaden gekommen sind, und insbesondere diejenigen dürften berufen sein, ihnen über die ersten Kosten der Einrichtung hinwegzuhelfen, die selbst nicht Kriegsdienste im Felde getan, aber für welche die Kriegsbeschädigten Leben und Gesundheit hingegeben haben. Zu jeder weitern Auskunft und zur Entgegennahme von Gaben ist gern bereit die gemeinnützige Siedlungsgesellschaft „Rheinisches Heim" in Bonn, Endenicher Allee 60.

⊡ **Münster,** 20. April. Der Westfälische Verein zur Förderung des Kleinwohnungswesens hat sich schon seit längerer Zeit die Ansiedlung von Kriegsbeschädigten und Kriegerwitwen zur Aufgabe gestellt. Wegen des zurzeit noch bestehenden Bauverbots für Privatbauten und wegen der hohen Preise der Baustoffe kann sich die Aufgabe zunächst nur auf die Vorarbeiten zum Bau eines Eigenheims (Geländeankauf, Planung) oder auf die Beschaffung schon bestehender Kleinhäuser mit Gärten erstrecken. Da anderseits infolge des Kriegs manche geeignete Häuser frei werden, so übernimmt der Verein die Vermittlung solcher Stellen mit weniger als zwei Morgen Land oder Garten. Die Vermittlung kleiner und mittlerer landwirtschaftlicher Stellen von zwei bis hundert Morgen übernimmt die Siedlungsgesellschaft Rote Erde.

Österr. Volkszeitung
21./IV. 1917

11

Eine Akademie für Kriegsinvalide. Im Großen und Kleinen Musikvereinssaale fand Donnerstag eine interessante künstlerische Veranstaltung unter der Aegide des Divisionskommandanten Major Bodvarka zugunsten des Kriegsinvalidenfonds der Wiener Traindivision Nr. 2 statt. Die beiden Säle waren von einem zahlreichen Publikum, in welchem sich unter anderen der Militärkommandant Freiherr v. Kirchbach und der Generaltraininspektor FML. Schneeberger befanden, dicht gefüllt. Eine Büste des Kaisers Karl, von einem Lorbeerhain umgeben, schmückte die Estrade. Das sehr fesselnde Programm wurde durch eine patriotische Dichtung der Frau General Josza Podhajsky, welche sie selbst wirkungsvoll vortrug, eröffnet, und schloß mit einer Huldigung für den Monarchen, an welcher sich das Publikum stürmisch beteiligte. Vier glänzende Künstlernamen erschienen auf dem Programm: die ehemalige Hofopernsängerin Grete Forst, deren Vorträge andauernden Beifall erweckten, Hofopernsänger Miller, der namentlich mit der Gralserzählung rauschende Wirkung erzielte, Alfred Grünfeld, der lebhaft akklamiert, durch mehrere Zugaben dankte, und endlich Cellovirtuose Kreisler. Die in jedem Betracht glänzend gelungene Akademie brachte auch die Uraufführung eines feingeformten prickelnden Walzers „Die Sprudelfee" des Konzertdirektors Rudolf Nilius, welchen der Komponist an der Spitze des Tonkünstlerorchesters dirigierte; die von Wienerischer Anmut erfüllte Komposition hatte durchschlagenden Erfolg und mußte wiederholt werden. Die Vorträge fanden abwechselnd im Großen und Kleinen Musikvereinssaale statt. Das Reinerträgnis dürfte ein sehr ansehnliches sein.

Reichspost
21./IV. 1917

NL

Eine Kriegsinvaliden-Erwerbsgenossenschaft m. b. H. in Wien.

In der Erkenntnis, daß die Kriegsbeschädigten vor allem von dem Zwange zu befreien sind, zur Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse auf die Wohltätigkeit angewiesen zu sein, und in dem Bestreben, die Invaliden in die Lage zu setzen, durch ihre eigene Kraft und Tätigkeit mindestens in der gleichen Weise für ihren Lebensunterhalt sorgen zu können, wie sie ihn vor ihrer körperlichen Beschädigung führen konnten, ist in Wien ein Ausschuß zusammengetreten, um eine gemeinnützige Kriegsinvaliden-Erwerbsgenossenschaft, wie sie zum Beispiel in Salzburg besteht, zu gründen. Diese hat den Zweck, die wirtschaftliche Zukunft der Kriegsinvaliden sicherzustellen durch Erziehung des Kriegsbeschädigten zum vollwertigen Arbeiter oder Meister, durch Vermittlung von Arbeitsaufträgen, billigen Rohstoffeinkauf und Abgabe desselben zum Selbstkostenpreis, Errichtung von Arbeitswerkstätten u. a. m. Der gesamte Gewinn aus den Geschäften der Kriegsinvaliden-Erwerbsgenossenschaft fällt den in der Genossenschaft vereinigten Invaliden zu. In den Werkstätten sollen außer den vom Militär entlassenen Kriegsinvaliden nur jene Aufnahme finden, die entweder noch in Spitalsbehandlung stehen und nach ärztlichem Ausspruch Arbeitstherapie nach Prof. Spitzy betreiben müssen, oder solche, die in Spitalsbehandlung stehen und keiner Schulung bedürfen. Die Unterstützung, die die Kriegsinvaliden in der Kriegsinvaliden-Erwerbsgenossenschaft erfahren, soll vollständig von jeder Wohltätigkeit losgelöst sein. Die verhältnismäßig kleine Kriegsinvaliden-Erwerbsgenossenschaft in Salzburg ist z. B. in der Lage, ihren invaliden Mitgliedern täglich 6 bis 9 Kronen vorzuschießen und hatte außerdem nach einer fünfmonatigen Tätigkeit bei Abzahlung aller Gründungskosten einen Reingewinn von fast 5000 Kronen aufzuweisen, welcher wiederum an die Invaliden zur Verteilung gelangte. Das ist jedenfalls ein Beweis, wie wichtig der Gedanke einer Versorgung auf einer genossenschaftlichen Basis war. Der Ausschuß der neuen Kriegsinvaliden-Erwerbsgenossenschaft hat sich mit maßgebenden Persönlichkeiten in Sofia ins Einvernehmen gesetzt, um dort eine Verkaufs- und Geschäftsstelle der österreichischen Kriegsinvaliden-Erwerbsgenossenschaft zu errichten. Die österreichische Kriegsinvaliden-Erwerbsgenossenschaft sieht es als eine Hauptforderung an, für ihre Erzeugnisse Absatzgebiete am Balkan und in der Türkei zu schaffen. Der Ausschuß ging von der Ueberzeugung aus, daß schon jetzt, noch vor Kriegsende, die Grundlage für die Versorgungsmöglichkeit geschaffen werden müßte, und hat daher einen Aufruf zur Mitarbeit an seiner Organisation erlassen. Es werden einmalige Unterstützungen oder Anteile zu je 50 Kronen, die kündbar sind und mit höchstens 5 Prozent verzinst werden, erbeten. Die Zentralstelle ist Wien, 4. Bezirk, Starhemberggasse 39.

Tägliche Rundschau
22./IV. 1917

13

Lebensstellung für Kriegsbeschädigte.

Von Dr. W. Zänker-Barmen.

Es ist wünschenswert, daß sich unsere Kriegsbeschädigten aus der Industrie noch viel mehr als bisher darüber klar sind, daß sie in den weitaus meisten Fällen kein Mitleid brauchen, sondern daß ganz im Gegenteil die gesamte Industrie alle vorhandenen Kräfte dringend nötig hat. Aus rein wirtschaftlichen Gründen müssen ihr diese erhalten bleiben, schon weil sie der unerbittliche Tod in diesem furchtbaren Krieg so äußerst zahlreicher und gewiß nicht der schlechtesten Kräfte beraubt hat. Es wäre unwirtschaftlich, die in jahrelanger Berufstätigkeit erworbenen Kenntnisse unserer industriellen Kriegsinvaliden ohne weiteres untergehen zu lassen, nur weil die letzteren vielleicht in der einen oder anderen Beziehung nicht mehr im Besitze ihrer vollen körperlichen Kräfte sind. Dies um so mehr, als nach dem Kriege zweifellos ein ungeahnt schwerer Konkurrenzkampf gegen andere Staaten losbrechen wird. Die auch in Friedenszeiten so bewährten Pförtner-, Kassenboten- und andere Ruhepöstchen müssen ausschließlich solchen Kriegsbeschädigten vorbehalten bleiben, denen durch die besondere Art ihrer Verletzung wirklich jede Tätigkeit innerhalb ihrer alten Branche unmöglich geworden ist.

Glücklicherweise ist dies bei den allermeisten Verletzten nicht der Fall, und es sind auch nicht Bequemlichkeit und Berufsüberdruß, sondern nur Unkenntnis über die noch vorhandenen Berufsmöglichkeiten, die den Kriegsbeschädigten veranlassen, sich mit dem Gedanken eines Berufswechsels vertraut zu machen. Bei den außerordentlich hohen Anforderungen, die heute an einen verantwortlichen Beruf gestellt werden, ist es fast ausgeschlossen, Männer ohne besondere Vorbildung in ihnen ganz fremden Lebens- und Betätigungskreisen unterzubringen. Namentlich den älteren Leuten wird die Ausbildung in einem vollständig neuen Berufe sehr schwer fallen, und nur selten werden sie darin die Fertigkeit erreichen, die sie innerhalb des alten Berufskreises, auch bei ihrer Verstümmelung, hätten erreichen können. Man würde hierdurch nicht nur die Arbeitsfreudigkeit verringern, sondern auch wohl in den meisten Fällen unbefriedigende Ergebnisse dieser neuen Berufstätigkeit zu verzeichnen haben. Es liegt die Gefahr vor, daß der Berufswechsel sie ohne Absicht in eine tiefere soziale Klasse hineinbringt. Man findet jedoch gerade in der Industrie besonders häufig eine große Anhänglichkeit und Liebe zu dem einmal erwählten Berufe, und diese zu erhalten und zu fördern, muß die erste Aufgabe jeder Fürsorge sein.

Leider ist es meistens ausgeschlossen, daß der Kriegsbeschädigte in seinem alten Betriebe genau in der früheren Weise tätig ist. Und diese schmerzliche Erkenntnis bleibt auf die Arbeitsfreudigkeit und die Lust am Berufe naturgemäß zunächst nicht ohne Einfluß. Doch wie sehr ändert sich selbst der Mutloseste, wenn er einmal von erfahrener, wirklich fachkundiger Seite darüber aufgeklärt wird, wie viele Arbeitsmöglichkeiten sich aus seinem alten Berufe heraus für ihn noch ergeben.

Die technischen Anforderungen an die moderne Industrie werden von Jahr zu Jahr höher und vielseitiger. Ohne die sorgfältigste Wahrnehmung auch der geringsten chemischen und technischen Vorteile und die größte Sparsamkeit sind selbst kleine Betriebe heute schon nicht mehr zu führen. Um jeden Vorteil und jede Möglichkeit von Ersparnissen wahrnehmen zu können und sich vor Verlusten zu schützen, müssen die Fabrikanten fast ausnahmslos zur Einrichtung chemischer und technischer Laboratorien übergehen. Hier werden jeden Tag eine beträchtliche Anzahl von immer wiederkehrenden Untersuchungen gemacht werden, zu deren Ausführung neben manueller Geschicklichkeit und Sauberkeit einige Uebung und geringe chemische Kenntnisse notwendig sind. Dazu gehören, um nur ein Beispiel aus der Textilveredlungsindustrie herauszugreifen, die Ermittlung des Gehaltes an bleichendem Chlor im Chlorkalk und in den Bleichlösungen der Bleicherei, die Kontrolle der Erschwerungsbäder in der Seidenfärberei, die richtige Ausnutzung des Wertes der alten Farbstoffbäder in der Färberei und vieles Aehnliche mehr. Einen Chemiker dauernd mit diesen laufenden Arbeiten zu beschäftigen, ist meist unmöglich, weil es zu teuer ist. Die meisten Chemiker und Techniker haben auch Wichtigeres zu tun, als den ganzen Tag hindurch nichts als solche regelmäßig wiederkehrenden Arbeiten auszuführen.

Für eine derartige Tätigkeit eignet sich aber ganz vorzüglich

der kriegsbeschädigte Laborant.

Intelligenz, gute Volks-, Mittelschul- oder gar Einjährigen-Bildung, Gewissenhaftigkeit und Sauberkeit sind die Voraussetzungen für einen derartigen Kriegslaboranten. Die frühere praktische Tätigkeit in einem ähnlichen Betriebe macht ihn für einen solchen Posten um so geeigneter. Gerade seine körperliche Beschädigung zwingt den Kriegslaboranten zu bedächtigerem Arbeiten, ohne welches die im Laboratorium notwendige Sauberkeit und Akkuratesse nun einmal nicht denkbar ist.

Aber nicht nur in dem angegebenen Beispiel, sondern auch in in einer ganzen Anzahl von anderen Industrien, so im gegenwärtigen Kriege besonders in der Munitionsindustrie, ist der Laborant eine gesuchte Persönlichkeit. Daneben benötigen ihn vor allem die Fabriken der chemischen Großindustrie, z. B. die Soda- und Säurefabrikanten, in denen er die Bestimmung des Reingehaltes der Soda und Säure in den fertigen Fabrikaten ausführt. In Gasanstalten prüft der Laborant den Feuchtigkeitsgehalt oder Brennwert der Kohlen, in den Zuckerfabriken befaßt er sich mit der optischen Analyse der Zuckersäfte. Düngemittel- und Zementfabriken haben gleichfalls starke Verwendung für Kriegslaboranten. In Berg- und Hüttenwerken obliegt ihm die Bestimmung des Metallgehaltes. Schließlich ist noch die Bestimmung des Gehaltes an Feinsprit in den Spiritus-Raffinier-Anstalten, die Prüfung des Borax in den Waschmittelfabriken, in Emaillierwerken oder in Schlaglotfabriken und vieles andere zu erwähnen. Der Kriegsbeschädigte hat eine sehr große Auswahl und wird sich naturgemäß den Betrieb aussuchen, dessen Eigenart er von seiner früheren Tätigkeit her schon kennt.

Alle Arbeiten werden in den betreffenden Werken in der für den jeweiligen Zweck gerade besonders geeigneten Weise ausgeführt. Die einzelnen Fabriken sind daher genötigt, die übernommenen Kriegslaboranten während einer kurzen Probezeit mit den auszuführenden Spezialarbeiten besonders vertraut zu machen. Dies wird um so leichter sein, je mehr allgemeine chemische Vorkenntnisse und Uebung der Kriegslaborant schon besitzt. Erfahrungsgemäß haben sich die hier in Chemie richtig vorgebildeten Kriegsbeschädigten in den verschiedensten Betrieben sehr rasch und leicht einarbeiten können. Das Wichtigste bleibt immer eine besondere Veranlagung für den Laborantenberuf, die ebenso notwendig ist, wie die spezielle Begabung des Malers oder Musikers. Diese erst ermöglicht es selbst schwerer beschädigten Leuten einen verantwortlichen Posten voll auszufüllen.

Die Erfahrung aus einer mehr als zweijährigen, jetzt zum vorläufigen Abschluß gekommenen Tätigkeit in der Ausbildung Kriegsbeschädigter hat gezeigt, daß ein geübter und brauchbarer Kriegslaborant 100 bis 200 M. monatlich zu verdienen imstande ist. In Ausnahmefällen und bei besonders guter allgemeiner und Vorbildung sogar noch mehr. Versteht er es, sich in seinem Fache durch Lesen und Anregung durch die leitenden Chemiker und Ingenieure fortzubilden, so wird er von den letzteren immer mehr geachtet und als unentbehrlich betrachtet werden. Seine Stellung wird dadurch dauernder und angenehmer, als sie durch den ständigen Verkehr mit hochgebildeten Männern ohnehin schon ist.

Die Nachfrage nach geübten Laboranten ist jetzt im Kriege besonders groß. Da bei weitem nicht alle Stellen besetzt werden können, muß die Untersuchung und Wertbestimmung in äußerst zahlreichen Fällen einfach unterbleiben und viele Hunderttausende deutschen Nationalvermögens und der jetzt im Kriege so besonders wertvollen Rohmaterialien an Kohle, Metallen usw. gehen in Ermangelung der Untersuchung durch unvollkommene oder unrichtige Ausnutzung verloren. Auch später wird die Nachfrage noch lange anhalten, denn wir werden in der kommenden Friedenszeit gezwungen sein, mit allen Materialien äußerst sparsam zu wirtschaften und manche Ersatzmittel dauernd in Gebrauch zu nehmen. Sollen hieraus keine Schädigungen für die Industrie entstehen, so ist eine ständige Untersuchung und Kontrolle in den Betriebslaboratorien unbedingt erforderlich.

Die verschiedensten Kriegsbeschädigten wurden schon in kurzen Kursen an staatlicher Schule zu solchen Posten vorgebildet, die sie, entsprechend ihrer körperlichen Verfassung, gut auszufüllen in der Lage waren. Sie wurden dann vorzugsweise in der Munitionsindustrie untergebracht und zwar fast alle schneller, als es im Interesse einer guten und vollständigen Ausbildung wünschenswert war. Besondere Kosten erwuchsen den Kriegsbeschädigten durch die Ausbildung zu Laboranten und ähnlichen Posten in der Industrie bisher nicht, denn die Kosten trug die Provinz. Zur Deckung des Lebensunterhaltes während der Ausbildung konnten gleichfalls Zuschüsse gewährt werden.

Reichspost
22/IV. 1917.

M

Das Soldatenheim des Inf.-Reg. Dantl Nr. 53.

Aus dem Felde, April 1917.

Abweichend von den allgemein üblichen Grundsätzen, hat Oberstleutnant Srnta seinem Regimente ein Soldatenheim nach eigenen Prinzipien geschaffen und am 21. Februar d. J. nach feierlicher Eröffnung übergeben.

Nicht vorübergehendem kurzbefristeten Aufenthalt soll es dienen, es soll mehr sein, ein Heim, das gründliche geistige und körperliche Erholung gewährt. In schweren Strapazen Hergenommenen, älteren Leuten, soll es zu neuen Kräften verhelfen, vom Schicksal Schwergeprüften das seelische Gleichgewicht wiedergeben. Kommen Unglücksbotschaften aus der Heimat, hat der Tod des Nebenmannes zu stark ergriffen — im Soldatenheim unter Zuspruch des Geistlichen, bei Ablenkung durch Bücher und Zeitschriften, wird alles leichter ertragen und rascher vergessen.

Zwei Häuschen, nahe hinter der Front, wurden adaptiert. Ein mit militärischer Einfachheit: rein, nett, mit bequemen Liegestätten ausgestatteter Schlafraum für 40 Mann grenzt an das Unterhaltungslokal; ein geräumiges, lichtreiches Zimmer mit gedieltem Boden. Hier stehen Bücher volkswirtschaftlichen, allgemeinbelehrenden oder religiösen Inhaltes, Zeitschriften, die Nachricht aus der Heimat bringen, „Domino-, Schach-, Festungs-, Kartenspiele", Mundharmonikas ein Grammophon, eine Laterna Magica, für jeden Bildungsgrad, für jede Geschmacksrichtung etwas Passendes.

Hier wird auch gegessen. Reichliche gute Kost mit allen erlangbaren Zubußen, zweimal des Tages Wein, zur Jause ein Imbiß, Zigarren, Zigaretten usw. Karten, Briefpapiere, Schreibutensilien liegen zur kostenlosen Benützung auf.

Jeder ist freier Herr seiner Zeit, sorgenlos lebt er nur seiner wohlverdienten Erholung. Für jene, die des Lesens und Schreibens unkundig sind, werden Vorträge über Themen gehalten, die sie sich selbst wählen. Neuerungen auf dem Gebiete der Bodenbewirtschaftung, Ursachen und gegenwärtiger Stand des Krieges usw. werden ihnen in populärer Darstellung zu eigen gemacht, während des Abends nationalhumoristische Werke vorgelesen werden. An Nachmittagen spielen Schrammeln oder die beliebten Tamburaschen; auch wird öfters gesungen.

Nach acht Tagen macht sich die Wirkung des Heimaufenthaltes fühlbar. Während jeder Turnus in den ersten Tagen ein unbesiegbares Schlafbedürfnis empfindet, die Unterhaltung schleppend, nicht recht in Fluß kommen will, tönen Ende der Woche laute Stimmen, fröhliche Rufe dem Vorübergehenden entgegen.

Und rückt die Abschiedsstunde heran, besucht der Gründer des Heimes Oberstleutnant Srnka wieder die Scheidenden und gibt ihnen Abschiedsworte mit auf den Weg, die sie den Kameraden im Schützengraben wiedererzählen: „Was Ihr hier genossen habt, dankt Ihr der unendlichen Fürsorge Ihrer erhabenen Majestäten. Ihre Majestät hat auch dieses Ruheplätzchen geschaffen, Hochderen Interesse für jeden einzelnen von euch ermöglicht es, daß heute 40 neugestärkte vollerholte Infanteristen der Kampffront wieder zugeführt werden. Dankt für die hohe Gnade, indem ihr als tapfere treue Soldaten Euere Pflicht bis zum letzten Atemzuge erfüllt!"

Das Soldatenheim des Inf.-Reg. Nr. 53 wurde am 3. April l. J. durch den Herrn Feldkuraten Schmidt als Experten besichtigt; fand den vollsten Beifall und erhielt zur Erweiterung die Spende von 1000 Kronen.

Mögen diese den Grundstein bilden zu weiteren Zuflüssen aus der lieben Heimat; möge bald ein zweites Heim für das Agramer Hausregiment erstehen!

Karl Theodor Gruber, Feldkurat.

Neues Wiener Tagblatt Abend 25./IV. 1917

16

Dingliches Veräußerungsverbot zugunsten des Kriegsblindenfonds und der Kriegsblindenheimstätten.

Im Reichsgesetzblatt und in der „Wiener Zeitung" wird heute folgende, vom 7. d. datierte, im Einvernehmen mit dem Minister des Innern erlassene Verordnung des Justizministers über die Zulässigkeit eines dinglich wirkenden Veräußerungs- und Belastungsverbotes zugunsten des Kriegsblindenfonds und des Vereines „Kriegsblindenheimstätten" in Wien publiziert:

Auf Grund des § 14 der dritten Teilnovelle zum Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuch (kaiserliche Verordnung vom 9. März 1916) wird bestimmt, daß ein durch Eintragung in das öffentliche Buch gegen Dritte wirksames Veräußerungs- oder Belastungsverbot auch zugunsten des „Kriegsblindenfonds für die österreichischen Staatsangehörigen der gesamten bewaffneten Macht" und zugunsten des Vereines „Kriegsblindenheimstätten", beide in Wien, begründet werden kann.

Handel m. p. Schenk m. p.

Reichspost

25./IV. 1917

A

Die Wiener Kriegerheimstätten.

Der Minister für öffentliche Arbeiten hat im Einvernehmen mit dem Finanzministerium und dem Ministrium für Landesverteidigung die Satzungen des Wiener Kriegerheimstättenfonds genehmigt. Hiemit ist der letzte Schritt zur Verwirklichung des bekannten Kriegerheimstättenprojektes der Gemeinde Wien geschehen und das Zusammenwirken von Staat, Land und Gemeinde sowohl in materieller als auch formeller Hinsicht geregelt. Mit dem Baue, für welchen das Detailprojekt in Ausarbeitung begriffen ist, wird begonnen werden, sobald dies die Kriegsverhältnisse zulassen.

Neues Wiener Tagblatt
26./IV. 1917

18

Eine Strickschule für Kriegsinvalide.

Herr Heinrich Feuer, Wien, 2. Bezirk, Castellezgasse Nr. 2, hat im Hause 2. Bezirk, Rueppgasse Nr. 37, eine Strickschule für Kriegsinvalide errichtet, in welcher Invalide, die mit Prothesen versehen sind, im Stricken unterwiesen werden. Das Werk ist modern und hygienisch ausgestattet und bietet den im Kriege verunglückten Soldaten die beste Gelegenheit, durch Erlernung des Strickens sich die Zukunft zu sichern. Bisher wurden mehrere Invalide mit bestem Erfolge abgerichtet, so daß diese bereits in der Lage sind, für ihr Fortkommen selbständig zu sorgen. Die Strickschule wird nun einen neuen Unterrichtskurs beginnen und einer weiteren Anzahl Kriegsinvaliden die Existenzmöglichkeit schaffen. Auch während der Lehrzeit werden die Invaliden vom Inhaber gut entlohnt, so daß sie aus ihrem Verdienst einen beträchtlichen Teil als Ersparnis zurücklegen können. Herr Feuer befaßt sich in selbstlosester Weise persönlich mit der Leitung des Unternehmens, welches nicht auf Gewinn berechnet ist, sondern zur Linderung der durch den Krieg geschlagenen Wunden gegründet

wurde.

Der Abend
26. IV. 1917

19

Die armen Reichen.

Fast muß man sie bedauern, wenn man immer wieder sehen muß, wie sehr die Reichtümer ihr Herz verhärten und sie um die Freude bringen, die das Gutsein dem minder Begüterten verschafft. Manchesmal erfährt man aber Proben von Hartherzigkeit, die noch weit über das Gewohnte hinaus gehen und es verdienen, als abschreckende Beispiele aus der Verborgenheit der Verachtung an das Licht der Öffentlichkeit gezogen zu werden. Von einer Seite, die uns als über jeden Zweifel glaubwürdig bekannt ist und die die volle Verantwortung übernimmt, wird uns folgendes mitgeteilt:

Anton Bl., Privatbeamter, sieben Jahre in Stellung bei Theyer & Hardtmuth, ist im Kriege auf beiden Augen erblindet. Sein Ansuchen um eine Unterstützung wurde von der Firma abgewiesen, selbst die persönliche Fürsprache des Erzherzog Karl Stephan konnte nichts für ihn erreichen. Eigentümer der Firma ist kaiserlicher Rat und Kommerzialrat Theodor Theyer, Ritter der Eisernen Krone.

Heinrich L., technischer Beamter der Fabrik in Ober-Waltersdorf, Fa. A. Rudolph (Wien, VII., Kaiserstraße) — im Kriege auf beiden Augen erblindet — erhält ebenfalls von seiner Firma keine Unterstützung. Briefe, die von anderer Seite an die Firma gerichtet, Hilfe für ihn zu erbitten, werden einer Antwort nicht gewürdigt. Miteigentümer der Firma ist Dr. Bruno Pollak von Parnau, der gegenwärtig in Wien als Leutnant eingerückt ist.

Wie man sieht, steht hier die Unlust, sich von einem bescheidenen Teil seines Besitzes zu trennen, höher als das Gebot der Nächstenliebe und auch als der Wunsch, einem als Bittender für Andere erscheinenden Erzherzog sein menschenfreundliches Wirken nicht zu erschweren.

Reichspost Abendbl. 28./IV. 1917

26

Heranbildung frontdienstuntauglicher Militärpersonen. Unter Leitung von Fachmänern gelangt demnächst zur Heranbildung frontdienstuntauglicher Militärpersonen für den Rechnungsdienst bei Staats-, Landes- und Gemeindeämtern und Verkehrsanstalten in Wien, 9. Bezirk, Rossauerkaserne, Südtrakt, 2. Stiege, 1. Stock, in den Nachmittags- und Abendstunden (4 bis 8 Uhr) der 5. staatsrechnungswissenschaftliche Vorbereitungskurs, getrennt für Offiziere und Gleichgestellte sowie Unteroffiziere und Soldaten zur Aufstellung. Der Lehrplan umfaßt: Nationalökonomie, Staatslehre, Verfassungswesen, Verwaltungskunde, doppelte Staatsbuchhaltung, Kameralstil, Oesterreichische Behördenorganisation, Finanzgesetzkunde, Steuerwesen, Staatsrechnungsdienst. Der Kurs bezweckt eine dreimonatige kostenfreie Vorbereitung zum Staats-, Landes- und Gemeinderechnungsdienst, Buchhaltungsdienst bei Eisenbahnen, Verkehrsanstalten, auch zur staatsrechnungswissenschaftlichen Staatsprüfung. Die Hörer erhalten nach Ablegung des Kurses ein Zeugnis. Die Anmeldung erfolgt mittels Postkarte an die Studienleitung, die Einberufung durch das Militärkommando Wien.

Reichspost 29./IV. 1917

2n

Ein Besuch in der Soldatenschule.

Der Krieg hat merkwürdige Erscheinungen hervorgerufen. Längst dem schulpflichtigen Alter entwachsene Personen nehmen wieder auf der Schulbank Platz, um ihre Kenntnisse zu erweitern und scheuen sich auch nicht, mit dem A B C zu beginnen. Männer, die bereits Familienväter waren, die im Donner der Geschütze standen, werden zu aufmerksamen Schülern, um die Zeit, die sie zur Heilung ihrer Wunden brauchen, nutzbringend auszufüllen.

Im Reservespital Nr. 2 im 3. Bezirk, Jacquingasse Nr. 7, einer Filiale des Rudolfsspitales, von wo die Leichtverwundeten und Rekonvaleszenten dahin abgegeben werden, wo sie von den Töchtern der göttlichen Liebe des daranstoßenden Klosters Marienanstalt, die unter der Leitung der Oberin Schwester Helene B o n a r d steht, liebevollste Pflege finden, wurde schon im Winter 1914 eine Soldatenschule eingerichtet, die sich stets eines regen Besuches erfreute. Der Unterricht findet zweimal wöchentlich durch eimundeinhalb Stunden statt und kann jeder teilnehmen, ohne daß auf die sich ferne Haltenden der geringste Zwang ausgeübt wird.

Fräulein E. K., die Dame will nicht genannt sein, eine städtische Lehrerin, die auch der Haushaltungsschule der Marienanstalt vorsteht, hat die Schule gegründet und den Unterricht in uneigennützigster Weise übernommen, eine um so schwerere Aufgabe, als die meisten ihrer Schüler fremdsprachigen Nationalitäten angehören und sich auch viele Analphabeten unter ihnen befinden. Da gibt es Tschechen, Kroaten, Slowenen, Ungarn, Polen, Slovaken, Rumänen, Ruthenen und Italiener, die alle mit Feuereifer Deutsch lernen wollen und nur vereinzelt finden sich Kameraden, die etwas Deutsch verstehen und den Dolmetsch machen können. Von diesen eignet sich die Lehrerin die fremde Aussprache einzelner Worte an, die dann ins Deutsche übersetzt werden. So lernt der Soldat Deutsch grüßen, bitten und danken, die Bezeichnung verschiedener Gegenstände seiner Umgebung, seine Wäsche und Uniformstücke, die unterschiedlichen Farben an der Hand farbiger Bilder und schließlich lernt er auch ganze Sätze formen.

Die Fortschritte entsprechen natürlich der ungleichmäßigen Begabung. Ein fünfunddreißigjähriger Pole, der niemals lesen oder schreiben konnte, hat die Aufgabe der ersten Volksschulklasse in zwei Monaten bewältigt. Nach einem weiteren Monat konnte er bereits kleine Lesestücke fließend lesen und versucht sich nun schon im Schreiben von Karten, die er nur zu seinem großen Kummer nicht an ihre Adresse befördern kann, da seine Frau und zwei Kinder aus einer von den Russen besetzten Gegend Galiziens geflohen sind und er nicht weiß, was mit ihnen geschehen ist. Ein anderer Pole, dem ein Schulterschuß die rechte Hand lähmte, hat sich die Fertigkeit des Schreibens mit der linken Hand vollkommen angeeignet.

Hingegen konnte einem jungen polnischsprechenden Ruthenen trotz der größten Mühe nichts weiter beigebracht werden, als daß er mühsam seinen Namen schreibt. Der Arme muß aus einer besonders weltabgeschiedenen Gegend stammen, denn er kannte weder die Uhr noch den Wert der Noten und Münzen. So erhielt er zu Weihnachten Urlaub und zwanzig Kronen. Für diese kaufte er ein Stück Wurst und kam mit leerer Tasche zurück. Man hatte ihm nichts herausgegeben und er hatte keine Ahnung von dem Betrug, der gewissenloserweise an ihm verübt wurde. Seiner Mutter schickte er ein Brustbild von sich und die Frau, die vorher wohl nie eine Photographie gesehen haben dürfte, schrieb verzweifelt zurück, warum er ihr nicht früher mitteilte, daß er im Kriege Arme und Beine verloren hatte. Um die Mutter zu beruhigen, mußte er sich in ganzer Gestalt photographieren lassen, denn seine Verwundung verursachte ihm nur ein steifes Bein.

Deutsche vervollkommnen sich gerne im Rechnen, Schönschrift und Rechtschreibung und lernen Rondschrift, Zeichnen und Malen. Da ist ein Wiener Kind, Tischler von Beruf, dem ein Schuß in den Unterarm den Daumen und Zeigefinger der rechten Hand verkrüppelt hat. Trotzdem hat er es gelernt, auch mit dieser Hand wieder Feder und Bleistift zu handhaben. Glücklich wäre er, wenn er die Behelfe für Laubsägearbeiten bekäme.

Schreibhefte und Fibeln in der jeweiligen Muttersprache stellt der Arbeitsausschuß für Soldatenunterricht vom „Roten Kreuz" bei, an dessen Leitung auch wöchentlich ein Bericht über die Arbeit der abgelaufenen Woche abgeht sowie die Anmeldung jedes neu eingetretenen Schülers. Bilder für den Anschauungsunterricht stellt die Marienanstalt nach Möglichkeit zur Verfügung, auch die Schülerinnen des Klosters bringen Papier, Federn, Bleistift, Pinsel und Farben, besonders zu Festtagen erscheinen die jungen Spenderinnen mit kleinen Gaben, so auch am Vorabend des Namenstages der Kaiserin, wo sie die Verwundeten mit Kuchen beteilten.

Aber es wäre noch vieles vonnöten und in manchem Haushalt wird es alte Bilderbücher und andere Behelfe geben, die dem Anschauungsunterricht dienen könnten. Besonders erwünscht wären auch ein Apparat für Brandmalerei, ein Laubsägekasten und ähnliche Hilfsmittel für die Handfertigkeit. Gilt es doch, den armen Verwundeten über ihre schwere Zeit hinwegzuhelfen, ihrer Fortbildung zu nützen und auch dem Deutschtum wird durch den Unterricht der Nichtdeutschen, der auch in anderen Spitälern gepflegt wird, gedient. K. M.

Neues Wiener Tagblatt
30./IV. 1917

23

Für die Invaliden der Traindivision Nr. 2.

Wieder Soldaten, die für ihre invaliden Kameraden werben. Wieder die Glücklicheren, die Gesundgebliebenen, die jener gedenken, denen der Krieg ihr Bestes genommen hat, ihre Jugendkraft und die Geradheit ihrer Glieder. Diesmal galt die schöne und künstlerisch würdige Veranstaltung, die im großen und im kleinen Musikvereinssaal stattfand, dem Invalidenfonds der Traindivision Nr. 2. Ueberall im Saale gewahrte man die wohlbekannten blauen Egalisierungen. Militärkommandant Kirchbach, General Traininspektor FML. Schneeberger, die Stabsoffiziere, Mannschaft und selbstverständlich auch zahlreiche Einjährig-Freiwillige hatten sich eingefunden, so daß der Abend ein durchaus militärisches Gepräge gewann. Im Hintergrunde der Bühne sah man lorbeerumkränzt die Büste unsres jungen Kaisers.

Frau General Josza Podhajsky leitete den Abend mit einem schwungvollen Prolog Hans Grienbergers ein, den sie mit Herzenswärme und Temperament zu vorzüglicher Geltung brachte. Es war ein Auftakt des Gefühles, der dem Konzert seine Note lieh. Dann folgte, vom Wiener Tonkünstlerorchester gespielt, das Vorspiel zu den „Meistersingern". Grete Forst, die Unvergessene, sang eine Arie der Micaëla voll dramatischer Kraft und wundervoll disziplinierter innerer Bewegung. Man fühlte die Bühnenkünstlerin in jedem Akzent, in der Innigkeit und Intensität des Ausdrucks, der in ihrem Vortrage liegt. Stürmisch wurden Zugaben erbeten.

Man freute sich, wieder einmal Hugo Kreisler, den feinen, gefühlvollen Cellisten, zu hören, einen Lyriker des Cellos, der sein Instrument auch technisch überlegen meistert. Er spielte Chopin und eine Serenade von Herbert. Wilhelm Miller sang, prächtig disponiert, die Gralserzählung und „Winterstürme ..." aus der „Walküre". Man kennt die Qualitäten seiner Stimme, und auch er erntete selbstverständlich reichen Applaus. Mit obligatem Jubel wurde Alfred Grünfeld begrüßt. Er trug seine Romanze in Des-Dur, ein Ständchen von Heinrich v. Kaan und den freundlichen musikalischen Einfall „Gitarre" von Moszkowski vor.

Im Zentrum — wenn der Ausdruck gestattet ist — der Veranstaltung stand Rudolf Nilius, der gegenwärtig ebenfalls der Wiener Traindivision angehört. Er wurde diesmal nicht nur als Leiter des Wiener Tonkünstlerorchesters gefeiert, sondern auch als Komponist. Ein neuer Konzertwalzer, „Die Sprudelfee", fand an diesem Abend seine Erstaufführung. Die anmutige Rhythmik des Walzers ist von romantisch-märchenhaften, künstlerisch wirkungsvoll gegliederten Motiven umrankt und voll melodiösen Effekten. Auch eine reizvolle Konzertpolonaise von Nilius wurde aus der Taufe gehoben, ein elegantes, leidenschaftliches Konzertstück, das ungemein gefiel und dem Komponisten und Dirigenten in einer Person reichen Beifall eintrug.

Der schöne Abend hat den Invalidenfonds des Trains sicherlich kräftig gestärkt. Das glänzende Gelingen der Akademie ist in erster Linie dem Divisionskommandanten Major Vedvarka zu danken, unter dessen bewährter, tatkräftiger Führung, begleitet vom Oberleutnant Richard Hofherr, das Konzert stattfand. Beide Säle waren ausverkauft.

Fremdenblatt
4. IV. 1917

Vier Millionen für die öffentliche Ausspeisung

Die Ehrenpräsidentin des Schwarzgelben Kreuzes Gräfin Anka Bienerth-Schmerling und die leitenden Funktionäre dieser Kriegshilfsstelle Siegfried Löwy und Kommerzialrat Emil Polacco haben gestern dem Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner für die Zwecke der öffentlichen Ausspeisung neuerdings einen Betrag von 75.000 Kronen übermittelt. Hievon entfallen 50.000 Kronen auf die Ergebnisse der von Gräfin Bienerth durchgeführten Freitischablösung im abgelaufenen Monat und 25.000 Kronen auf die verschiedenen Aktionen des Schwarzgelben Kreuzes. Mit der gestrigen Zuweisung wurde als Ergebnis einer zweieinhalbjährigen Tätigkeit durch die Kooperation der Freitischablösung der Gräfin Bienerth und des Schwarzgelben Kreuzes die Rekordziffer von rund vier Millionen Kronen für die Kosten der öffentlichen Ausspeisung aufgebracht. In der jüngsten Zeit sind dem Schwarzgelben Kreuz an größeren Spenden u. a. zugekommen: A.-G. „Galicia" 5000 Kronen; Erste österreichische Sparkasse, Felten u. Guilleaume A.-G. und R. Ph. Waagner, Biro & Kurz A.-G. je 3000 Kronen; Baron Louis Rothschild, A. E. G. Union und Anna Holldorf je 1000 Kronen; Gesellschaft „Deutsche Kegler" 500 Kronen.

Frankfurter Zeitung
9.V.1917

25

Heranziehung kriegsunbrauchbarer Kriegbeschädigten.

N Berlin, 8. Mai. (Priv.-Tel.) Unter Bezugnahme auf den Erlaß vom 5. Mai 1917 wird für die Heranziehung der heeresentlassenen kriegsunbrauchbaren Kriegsbeschädigten zum vaterländischen Hilfsdienst folgendes bestimmt:

1. Um den Grundsatz, daß Kriegsbeschädigte nur wenn unumgänglich nötig, zum Hilfsdienst herangezogen werden sollen, sachgemäß durchzuführen, machen die Einberufungsausschüsse, sofern sie auf Grund der ihnen von den Ersatzkommissionen zugehenden Listen der für den Hilfsdienst in Betracht kommenden Wehrpflichtigen oder auf Grund anderer Unterlagen die Einberufung eines Kriegsbeschädigten beabsichtigen, den zuständigen Ortsausschüssen der amtlichen bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge zuvor hiervon Mitteilung. In dieser sind die Personalien und die in Aussicht genommene Verwendung im Hilfsdienst anzugeben. Zugleich ist darin zu ersuchen, sich binnen einer Frist, die mindestens auf zwei Wochen zu bemessen ist, darüber zu äußern, ob der Kriegsbeschädigte zur Heranziehung geeignet ist oder welche Einwendungen zu erheben sind, insbesondere ob er eine dauernde Tätigkeit außerhalb der Beschäftigungsarten des § 2 des Hilfsdienstgesetzes gefunden hat, deren Aufgabe unzweckmäßig sein würde. Ein Aufforderungsschreiben auf Grund des § 7 des Hilfsdienstgesetzes darf erst nach Fristablauf oder nach Eingang der Antwort erlassen werden. Ein Verzeichnis der für den örtlichen Bereich des Einberufungsausschusses in Betracht kommenden Ortsausschüsse der Kriegsbeschädigtenfürsorge wird der zuständigen Kriegsamtsstelle von den beteiligten Hauptfürsorgeorganisationen mitgeteilt werden.

2. Um eine baldige und lückenlose Heranziehung aller derjenigen heeresentlassenen Kriegsbeschädigten zu erreichen, die, obschon arbeitsfähig, eine Arbeit nicht gefunden oder abgelehnt oder keine ihren Kräften entsprechende kriegswirtschaftliche Beschäftigung haben, werden die Ortsausschüsse der amtlichen bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge durch den Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge und die Hauptfürsorgeorganisationen ersucht werden. Den Einberufungsausschüssen entsprechende Mitteilung unter Angabe der Personalien der Art der Erwerbsbeeinträchtigung und der Verwendbarkeit des Kriegsbeschädigten zu machen, zu dem Zwecke, seine Einberufung zum Hilfsdienst zu bewirken. Es liegt im Interesse der Allgemeinheit und des einzelnen Kriegsbeschädigten, daß die Einberufungsausschüsse diesen Vorschlägen zur Heranziehung möglichst bald und umfassend entsprechen.

3. Soweit andere militärische Stellen insbesondere die Bezirkskommandos, Wahrnehmungen über Erwerbslose aber arbeitsfähige oder über offenbar ungeeignet beschäftigte bereits entlassene Kriegsbeschädigte machen, sehen sie selbst von irgendwelchen Maßnahmen ab, machen aber den Einberufungsausschüssen Mitteilung, die alsdann nach Ziffer 1 verfahren.

Österr. Volkszeitung
10. Nov. 1917

26

Aufruf

der Aktion zur Verteilung landwirtschaftlicher Bücher unter die Kriegsverletzten.

Nahezu an 1000 Kriegsverletzte haben an den landwirtschaftlichen Lehranstalten Niederösterreichs bis heute mehrmonatigen Unterricht genossen.

Die Schulung der Kriegsverletzten bedarf eines wichtigen Behelfes, des Lehrbuches, der Fachliteratur, um ihr Ziel völlig zu erreichen. Obwohl der niederösterreichische Landesausschuß K. 5000 zur Beschaffung von Lehrbüchern gespendet hatte, war es nicht möglich, den vielfachen Bitten den kriegsverletzten Schüler um Beteilung mit den notwendigen Unterrichtswerken in wünschenswertem Umfang zu entsprechen. Das über Anregung des niederösterreichischen Landesausschusses eingesetzte Komitee wendet sich daher an alle jene Kreise, die an der fachlichen Fortbildung der landwirtschaftlichen Kriegsverletzten Interesse nehmen, mit der eindringlichen Bitte, durch Geldspenden an der Förderung dieser Aktion mitzuwirken.

Die Spenden wollen an die Niederösterreichische Landeshypothekenanstalt in Wien, I, Löwelstraße 18, mit dem Vermerk „Bücheraktion" gesendet werden.

Protektoren:

Ministerpräsident Heinrich Graf Clam-Martinic, als Leiter des Ackerbauministeriums; Unterrichtsminister Dr. Max Freiherr Hussarek v. Heinlein.

Ehrenpräsident:

Landmarschall Prinz Alois von und zu Liechtenstein.

Präsident:

Landesausschuß Johann Mayer.

Reichspost
12./V. 1917

* **Ueber die Kriegsblindenfürsorge in Tirol** schreibt uns Herr Oberlandesgerichtsrat i. R. Julius Red: Vermöge der besonderen Vorschriften wird der Fall jedes Kriegsblinden individuell behandelt. In Tirol wuchsen bis Ostern 1917 24 Fälle der Landeskommission zur Fürsorge für heimkehrende Krieger, die als Bindeglied mit dem Kriegsblindenfonds für die österreichischen Staatsangehörigen der gesamten bewaffneten Macht beim k. k. Ministerium des Innern in Wien dient, zu. Von diesen 24 Kriegsblinden stammen vier aus Deutsch- und neun aus Italienisch-Tirol. Die hohe Zahl der Italienisch-Tiroler ist daraus zu erklären, daß diese bei Minierarbeiten u. dgl. vorzugsweise Verwendung finden und daß die Erblindung in den gegebenen Fällen bei dieser Beschäftigung erfolgte. Die meisten Tiroler Kriegsblinden wurden zunächst im Salzburger Landesblindenheime untergebracht, wo sie das Korbflechten und Bürstenbinden erlernen. Für die Errichtung einer eigenen Werkstätte beschafft der Kriegsblindenfonds die Mittel und sorgt auch für die Beistellung des Weidenmaterials. Der Verein für Kriegsblindenheimstätten in Wien bewilligte für jeden Kriegsblinden, welcher die Errichtung einer Heimstätte anstrebt, die hiezu erforderliche Summe. In einigen Fällen wurden bereits die Schritte zum Ankaufe eines Besitzes eingeleitet, darunter im Bezirke Kufstein mit Hilfe des „Tiroler Heldendankes", welcher überhaupt die ersten Kriegerheimstätten in Oesterreich erbaut hat; in anderen Fällen muß die Durchführung deshalb aufgeschoben werden, weil die Heimstättenbewerber nach der Heimat trachten, letztere aber als engeres Kriegsgebiet erst nach beendetem Kriege für diese Zwecke zugänglich erscheint. Einer der Kriegsblinden wird im k. k. Blindenerziehungsinstitut in Wien als Blindenlehrer ausgebildet. Allen Kriegsblinden ist, dank der zielbewußten Führung der staatlichen Fürsorge, welche alle Kräfte der privaten Wohltätigkeit zu gemeinsamen Werken sammelt, die Möglichkeit geboten, mit Vermeidung des bleibenden Aufenthaltes hinter den Mauern eines Blindenheimes, im Familienkreise und auf eigenem Grund und Boden in solchen Verhältnissen zu leben, die ihnen Selbständigkeit und damit die Wiedererlangung des seelischen Gleichgewichtes gewähren.

Fremdenblatt
12. IV. 1917

Das Soldatenheim des Inf.-Reg. Dankl Nr. 53 im Felde.

Abweichend von den allgemein üblichen Grundsätzen, hat Oberstleutnant Srnka seinem Regimente ein Soldatenheim nach eigenen Prinzipien geschaffen und am 21. Februar d. J. nach feierlicher Eröffnung übergeben.

Nicht vorübergehendem, kurz befristetem Aufenthalt soll es dienen, es soll mehr sein, ein wirkliches Heim, das gründliche geistige und körperliche Erholung gewährt. In schweren Strapazen hergenommenen älteren Leuten, soll es zu neuen Kräften verhelfen, vom Schicksal Schwergeprüften das seelische Gleichgewicht wiedergeben. Kommen Unglücksbotschaften aus der Heimat, hat der Tod des Nebenmannes zu stark ergriffen — im Soldatenheim unter Zuspruch des Geistlichen, bei Ablenkung durch Bücher und Zeitschriften, wird alles leichter ertragen und rascher vergessen.

Zwei Häuschen, nahe hinter der Front, wurden adaptiert. Ein mit militärischer Einfachheit: rein, nett, mit bequemen Liegestätten ausgestatteter Schlafraum für vierzig Mann grenzt an das Unterhaltungslokal, ein geräumiges, lichtreiches Zimmer mit gedieltem Boden. Hier stehen Bücher volkswirtschaftlichen, allgemein belehrenden oder religiösen Inhaltes, Zeitschriften, die Nachricht aus der Heimat bringen, „Domino-, Schach-, Festungs-, Kartenspiele", Mundharmonikas, ein Grammophon, eine Laterna magica — für jeden Bildungsgrad, für jede Geschmacksrichtung etwas Passendes.

Hier wird auch gegeben: Reichliche, gute Kost mit allen erlangbaren Zubußen, zweimal des Tages Wein, zur Jause ein Imbiß, Zigarren, Zigaretten 2c. Karten, Briefpapiere, Schreibutensilien liegen zur kostenlosen Benützung auf.

Jeder ist freier Herr seiner Zeit, sorgenlos lebt er nur seiner wohlverdienten Erholung. Für jene, die des Lesens und des Schreibens unkundig sind, werden Vorträge über Themen gehalten, die sie sich selbst wählen. Neuerungen auf dem Gebiete der Bodenbewirtschaftung, Ursachen und gegenwärtiger Stand des Krieges u. a. werden ihnen in populärer Darstellung zu eigen gemacht, während des Abends nationalhumoristische Werke vorgelesen werden. An Nachmittagen spielen Schrammeln oder die beliebten Tamburaschen; auch wird des öfteren gesungen.

Nach acht Tagen macht sich die Wirkung des Heimaufenthaltes zur Gänze fühlbar. Während jeder Turnus in den ersten Tagen ein unbesiegbares Schlafbedürfnis empfindet, die Unterhaltung schleppend, nicht recht in Fluß kommen will, tönen Ende der Woche laute Stimmen, fröhliche Rufe dem Vorübergehenden entgegen.

Und rückt die Abschiedsstunde heran, besucht der Gründer des Heims Oberstleutnant Srnka wieder die Scheidenden und gibt ihnen Abschiedsworte mit auf den Weg, die sie den Kameraden im Schützengraben wiedererzählen: „Was ihr hier genossen habt, dankt ihr der unendlichen Fürsorge Ihrer erhabenen Majestäten. Ihre Majestät hat auch dieses Ruheplätzchen geschaffen, hochderen Interesse für jeden einzelnen von euch ermöglicht es, daß heute 40 neugestärkte, vollerholte Infanteristen der Kampffront wieder zugeführt werden. Dankt für die hohe Gnade, indem ihr als tapfere, treue Soldaten eure Pflicht bis zum letzten Atemzuge erfüllt!"

Das Soldatenheim des Infanterie-Regiments Dankl Nr. 53 wurde am 3. April d. J. durch den Herrn Feldkuraten Schmitt aus Wien als Experten Ihrer k. u. k. apost. Majestät Kaiserin und Königin Zita besichtigt, fand den vollsten Beifall Seiner Hochwürden und erhielt zur Erweiterung die namhafte Spende von 1000 Kronen.

Mögen diese den Grundstein bilden zu weiteren Zuflüssen aus der lieben kroatischen Heimat; möge bald ein zweites Heim für das Zagreber Hausregiment erstehen.

Karl Theodor Gruber,
Feldkurat des IR. 53.

Österr. Volkszeitung
12./V. 1917

29

*** Invalidenfürsorge — Invalidenschutz.** Der Zuschrift eines Kriegsinvaliden entnehmen wir die folgenden Ausführungen: Ein Stand möchte seine Wünsche vorbringen und er hofft, ein geneigtes Ohr zu finden: die Invaliden, die Kriegsbeschädigten. Nicht, daß sie ihre Lage verfluchen. Im Gegenteil, sie sind froh, für das Vaterland etwas geleistet, ihm die gesunden Glieder, die Gesundheit geopfert zu haben. Nun hat sich aber auch der Staat um sie zu kümmern, die als Krüppel der Familie bereits wiedergegeben worden sind. Ein Invalide erhält, insofern er ohne Charge der Mannschaft angehörte, monatlich 14 bis 22 K. Mit diesem Betrag ist dem Invaliden jetzt wenig gedient. Man gebe Lebensmittel und weise ihnen auch mehr Lebensmittelkarten zu. Man erwähne in den Verordnungen für neue Kartenausgaben ausdrücklich die Invaliden. Ich denke zum Beispiel augenblicklich an die Milchkarten. Warum heißt es nicht: Erholungsbedürftige Invalide erhalten täglich einen Liter Milch? Oder verlangt man von ihnen jedesmal ein ärztliches Zeugnis? Noch ein Vorschlag: Man beschäftige schreibkundige Invaliden in militärischen Kanzleien, die in der Nähe des Wohnortes des Invaliden liegen. Dadurch würden einerseits zahlreiche gesunde Kräfte fürs Feld frei, andererseits wäre auch, da der Invalide die Menage bekäme, für seinen Magen gesorgt, und die Familie des Invaliden, wo eine solche vorhanden ist, könnte sich auf diese Weise leichter fortbringen. Dies die Wünsche und Anregungen eines Invaliden. Ko.

Reichspost
12. IV. 1917

30

Die österreich-ungarische Kriegsfürsorge in Hamburg. Aus Hamburg wird uns geschrieben: Vor kurzem hat die zu Kriegsbeginn vom österreich-ungarischen Generalkonsul Ritter von Princig-Herwalt begründete und unter dessen Ehrenvorsitz stehende österreich-ungarische Kriegsfürsorge in Hamburg ihren zweiten Rechenschaftsbericht herausgegeben. Das darin enthaltene Ziffernmaterial erfährt seine notwendige Ergänzung und richtige Beleuchtung, wenn man auch alle anderen in diesem Bericht nicht angeführten Zweige der kriegsfürsorglichen Tätigkeit Oesterreich-Ungarns in Hamburg und Umgebung in Betracht zieht. In dieser Hinsicht muß, abgesehen von den namhaften Beträgen, welche die Sammeltätigkeit überdies seit Jahresanfang ergeben hat, in erster Reihe auf den „v. Princig-Herwalt-Fonds" und auf die „Franz-Josef-Stiftung" hingewiesen werden. Die seit Kriegsbeginn bis heute für obige Zwecke insgesamt aufgebrachten Summen überschreiten bereits den Betrag von 630.000 Mk. und nähern sich damit einer Million Kronen, was um so bemerkenswerter ist, als kaum eine andere Stadt Deutschlands so schwer unter dem Kriege zu leiden hat, wie gerade Hamburg, so daß also die Sammeltätigkeit eine äußerst schwierige war. Um das Zustandekommen der genannten ansehnlichen Summe haben sich in überwiegendem Maße teils die Mitglieder der österreich-ungarischen Kolonie, teils zahlreiche Gönner unserer Monarchie im Norden Deutschlands verdient gemacht. Dagegen haben die Sammlungen in der österreichisch-ungarischen Monarchie bisher leider nur 50.000 Kronen dazu beigetragen. — Um die Wunden, die der Krieg geschlagen hat, auch nach Eintritt friedlicher Zustände lindern und heilen zu können, wurde Mitte 1915 ein Fonds für österreichisch-ungarische Kriegswitwen, Waisen und Invaliden aus Hamburg und Umgebung geschaffen, der den eben erwähnten Namen „Princig-Herwalt-Fonds" trägt und sich heute bereits auf über 150.000 Kronen beläuft, die ausschließlich in österreichischer, ungarischer und deutscher Kriegsanleihe angelegt sind. Im Rahmen der kriegsfürsorglichen Aktionen Oesterreich-Ungarns in Hamburg hat auch der unter dem Vorsitze der Gemahlin des österreich-ungarischen Generalkonsuls stehende Frauenunterstützungsverein in Hamburg eine segensreiche Tätigkeit entfaltet und sich nicht nur der zahlreichen Rat und Hilfe suchenden Frauen unserer Staatsangehörigen erfolgreich angenommen, sondern auch durch Einrichtung einer Heimarbeitsstube vielen Kriegerfrauen lohnenden Nebenverdienst verschafft. — Auch in Lübeck und Harburg wurde durch das tatkräftige Eingreifen der österreich-ungarischen Konsuln Karl Suckau und Kommerzienrat Friedrich Thörl eine sehr erfolgreiche kriegsfürsorgliche Tätigkeit zugunsten unserer kriegsbetroffenen Landsleute entwickelt, so daß im Zusammenhalt mit dem in Hamburg bisher Geleisteten für die bedürftigen Angehörigen der Monarchie in diesen Teilen Norddeutschlands äußerst wirksam gesorgt scheint. — Hoffentlich wird sich nun auch das Vaterland nach Einsicht in den zweiten Rechenschaftsbericht der österreich-ungarischen Kriegsfürsorge in Hamburg, der in mehreren tausend Exemplaren verbreitet wurde, freigebig zur Linderung der stets steigenden und immer größere Mittel erfordernden bitteren Not seiner Landeskinder in der Fremde annehmen.

Arbeiterzeitung

13./V. 1917

31

Die Hammerbrotwerke für die Kinderfreunde.

Die Hammerbrotwerke haben einen dankenswerten Beschluß gefaßt, der den Kinderfreunden neuen Mut zu ihrer großen, von Tag zu Tag wachsenden Arbeit geben kann. Sie haben beschlossen, dem Arbeiterverein Kinderfreunde für Oesterreich, Landesverein Niederösterreich, als Beitrag zu seinem Erholungsstättenfonds den Betrag von zehntausend Kronen zu widmen. Das ist der höchste Beitrag, der dem Erholungsstättenfonds seit seiner Bildung bisher zugekommen ist. Damit erreicht der Fonds fast schon die Höhe von 50.000 Kronen, ein stattlicher Erfolg, der freilich noch lange nicht ausreicht, all die großen und vielen Aufgaben zu erfüllen, die dem Verein in diesen Tagen höchster Not für das proletarische Kind erwachsen. Die Schwierigkeiten, die auf Schritt und Tritt zu besiegen sind, sind gewaltig. An drei Stätten wird gebaut, zwei weitere harren des Baues. Alle Erholungsstätten, mit einer einzigen Ausnahme, müssen noch umfriedet werden. Bei der allgemeinen Not an Arbeitskräften, Baustoffen und Fuhrwerk sind die Hindernisse, die hier zu besiegen sind, gewaltig. Dennoch hofft der Vorstand, sie überwinden zu können, um das der sommerlichen Erholung so bedürftige Kindertausend wenigstens tagsüber in Wiens Umgebung zu bringen.

Die Spende der Hammerbrotwerke ist ein neuer Ansporn, dem hohen Ziele zuzustreben, das sich der Verein für heuer und das er sich für spätere Jahre gestellt hat.

An „Kinderschutzland" sind dem Verein indes neu hinzugewachsen: 5700 Quadratmeter im Haltertal, 19.200 Quadratmeter auf den Donauregulierungsgründen in Floridsdorf und 10.700 Quadratmeter im Drasche-Park von Inzersdorf, wo der Sitz der jüngsten in Bildung begriffenen Ortsgruppe ist. Wegen der Pachtung weiterer Grundflächen schweben Verhandlungen.

Fremdenblatt Abend 15/V. 1917

a 15

32

(Große Spenden für die Freitischablösung.) Seit Beginn der Freitischablösungsaktion, welche von Gräfin Anka von Bienerth-Schmerling initiiert wurde, haben bis zum heutigen Tage nachstehende Spender an größeren Beträgen geleistet: Baron Louis Rothschild 198.000 Kronen; Schoeller & Co. 132.000 Kronen; Baron und Baronin Sigismund Springer 99.000 Kronen; Poldy Wittgenstein 96.000 Kronen; Emil Roth 93.000 Kronen; Lieben & Komp. 33.000 Kronen; Ernst Mauthner und Anna Thorsch je 32.000 Kronen; Luise v. Gomperz 31.000 Kronen; Theodor und Stephan v. Auspitz-Artenegg 25.000 Kronen; Fürst Karl Kinsky und kaiserlicher Rat Arnold Mandl je 19.800 Kronen; Karl Königer & Sohn und ein Ungenannter (durch Dr. Otto v. Reich) je 19.200 Kronen; Marie und Irene Dumba 18.600 Kronen; Ferdinand Bloch-Bauer 18.000 Kronen; Jenny Mautner 16.000 Kronen; Gebrüder A. & H. Elias 15.500 Kronen; Graf und Gräfin Leopold Berchtold 14.500 Kronen; Seraphine Rainer v. Harbach, Baronin Dora Wertheim und Anna Demski je 9900 Kronen; Baron und Baronin Rudolf Biedermann und Gabriele v. Miller zu Aichholz je 9600 Kronen; Helene Dumba und Direktor Alfred Herzfeld je 9000 Kronen; Graf Karl Kuefstein 8100 Kronen; Moritz Faber 6600 Kronen; Rudolf R. von Kahler, Viktorine Kirschner, Emanuel R. v. Grab und Marie Würffel je zwischen 6400 und 6200 Kronen; Nelly v. Treuenwart 5600 Kronen ꝛc. Sämtliche Spender leisten ihre Monatsbeiträge, aus welchen sich diese großen Ergebnisse zusammensetzen, auch gegenwärtig noch regelmäßig.

Tägliche Rundschau
16./V. 1917

33

Ein Opfertag für Kriegsbüchereien.

Im Festsaal des Abgeordnetenhauses trat heute Vormittag der Ehrenausschuß für den Opfertag für Kriegsbüchereien zu einer den Opfertag vorbereitenden Beratung zusammen.

Der Vorsitzende General der Kavallerie z. D. v. Pfuel eröffnete die Tagung und begrüßte die anwesenden Vertreter der Behörden, der Geistlichkeit sowie zahlreiche Vereinigungen. Vertreter der Provinzialvereine vom Roten Kreuz und der Provinzialsammelstellen waren in großer Zahl zum Teil von auswärts erschienen. Außer dem Ehrenpräsidenten, Generalfeldmarschall v. Hindenburg, sind dem Ehrenausschuß des Opfertages u. a. noch beigetreten: der Erste Generalquartiermeister General Ludendorff, der Chef der Hochseestreitkräfte Admiral Scheer, Fürst Hatzfeldt, Allerhöchst beauftragt mit Wahrnehmung der Geschäfte des kaiserlichen Kommissars, Generalstabsarzt der Armee von Schjerning.

Ueber die Bedeutung der Kriegsbücherei und die Vorbereitung des Opfertages sprach der geschäftsführende Vorsitzende Dir. W. Scheffer. An 10 Millionen Bücher und viele Millionen Zeitschriften und Broschüren sind bisher vom „Gesamtausschuß zur Verteilung von Lesestoff ins Feld und in die Lazarette" den Truppen gespendet worden. Unterhaltende, religiöse und besonders populär-wissenschaftliche Bücher werden von unseren Soldaten ständig begehrt. Im Anschluß an diese Ausführungen wurde folgender

Aufruf

genehmigt:

„Unsere deutschen Brüder stehen, zum letzten, entscheidenden Schlage ausholend, am Ende des dritten Kriegsjahres im Felde. Das Siegfriedschwert in der Faust darf nicht zucken, wenn es gilt, heimtückische Feinde vom heimatlichen Boden fernzuhalten. Nur stahlharter Wille, getragen von siegesfroher Zuversicht, vermag diese Riesenarbeit zu leisten.

Der Daheimgebliebenen Pflicht ist es, dazu beizutragen, daß der Geist unserer Truppen in langer, ermüdender Kriegsarbeit frisch bleibe. Bücher sind Freunde und bedeuten für unser Heer eine geistige Macht. Das Buch, das im Schützengraben oder im Lazarett gelesen wird, ist mehr als ein bloßes Mittel zur Unterhaltung und Zeitverkürzung: es schlägt Brücken zu der Welt, die zurzeit für den Soldaten nicht da ist, die aber das Ziel seiner Sehnsucht ist. In Erzählung und Belehrung, in Scherz und Ernst will das Buch die Herzen erquicken, die trüben Gedanken verscheuchen, Schützengrabeneinsamkeit und Lazarettruhe verschönen. So sind Bücher Waffen, die den Mut stärken, und Mut ist Sieg.

Viele Millionen Bücher sind hinausgesandt, aber tausendfach tönt uns der Ruf nach Lesestoff von den höchsten Kommandostellen bis zum schlichten Soldaten entgegen.

Für die Millionenheere sind Millionen Bücher erforderlich. Darum bitten wir um Geldbeträge zu einer Deutschen Volksspende zum Ankauf von Lesestoff für Heer und Flotte. Gehören doch Bücher zu den wertvollsten Gaben, die heimatliche Liebe jetzt noch spenden kann.

Helft uns, daß wir schöpfen können aus dem Born, der im Volk der Dichter und Denker aus den Tiefen des deutschen Gemütes quillt. Gebt alle und reichlich für die Tapferen, Treuen, die mit Blut und Eisen uns und das Unserige, Volk und Vaterland verteidigen.

Der Ehrenpräsident: v. Hindenburg, Generalfeldmarschall.

Ueber den Arbeitsplan für den Opfertag sprachen sodann Hauptmann Blendermann-Königsberg, Fabrikant Everling-Aachen und Frau v. Arnim-Züsedom-Prenzlau. An die Tagung schloß sich eine Besprechung der Vertreter der Provinzialausschüsse und Provinzialsammelstellen.

Hilfsaktionen
e
70000
41
16-1917

Reichspost 24.IV.1917

35

Das Soldatenheim der 1er Schützen.

Ein 1er Schütze schreibt uns vom 13. d.: Heute war wieder einmal ein Festtag beim Schützenregiment Nr. 1, was nicht allzu oft im Jahre vorkommt, aber wenn schon, dann wird er gründlich gefeiert nach Wiener Art. Unser Soldatenheim wurde der allgemeinen Benützung übergeben. Daß es dazu dient, der Mannschaft aus dem nicht allzu fernen Kampfgraben Stunden der Ruhe und Erholung, körperlich wie auch geistig, zu verschaffen, weiß wohl schon jedermann aus den Berichten über die vorher bei anderen Regimentern schon erbauten Erholungsheime. Ein großzügiges Werk, das von unserer Kaiserin selbst angeregt wurde, und dessen Saat schon überall zum Wohle des Soldaten aufsprießt. Aber gerade oben genanntes Heim verdient besonders beachtet zu werden, da ihm der Stempel des echt Wienerischen aufgedrückt ist. Die Gegend ist kahl und hügelig, aber in manchen Teilen dem Wienerwald sehr ähnlich; steigt man nun den Hang hinab, so glaubt man sich einem Wienerwald-„Wirtshäusl" gegenüber, das mit seinem nett gehaltenen Garten und der Kegelbahn zu einem ungestörten und kühlen Trunk einladet. Auch „Schrammeln" sind da, echte, bitte, und Volksfänger. Also wie beim „Heurigen", nur mit dem Unterschied, daß gerade das Wesentliche, was letzterem seinen Namen gibt, in der Regel äußerst spärlich oder gar nicht vorhanden ist. In weitem Umkreise ist das Haus von gepflegten Anlagen umgeben, in denen auch ein Lusthaus nicht fehlt. Betreten wir nun das Innere, so sehen wir da einen biederen Wiener Geschäftsmann schalten und walten; er besorgt die Kantine, wo man so ziemlich alles bekommt, was das Herz begehrt. Anschließend ist ein Lesezimmer, in dem ein unvermeidliches Grammophon sich schlecht und recht seiner Aufgabe entledigt. Weitere Räumlichkeiten, der Ruhe dienend, zeugen in ihrer Ausschmückung wie peinlichen Reinlichkeit von der Mühewaltung und Umsicht des Verwalters dieser Stätte. Und dies alles noch im feindlichen Artilleriebereich, nur so weit vom Kampfgraben, daß der Mann, nachdem er einen Tag der Erholung daselbst hinter sich hat, noch vor Einbruch der Nacht seinen Standort erreichen kann.

Heute wurde nun dieses Haus in würdiger Weise nach vorhergegangener Feldmesse eingeweiht. Die Regimentskapelle besorgte dabei die Musik. Erschienen waren dabei einzelne Kompanien vollständig und Offiziers- und Mannschaftsabordnungen vom ganzen Regiment. FML. v. Kaiser, der dieser Feier beiwohnte, erklärte auf Bitte des Regimentskommandanten Oberstleutnants Bitterlich hin das Soldatenheim mit ehrenden Worten für das Regiment als eröffnet und ließ sich in der Folge den Erbauer wie auch den Verwalter des Heimes vorstellen. Die Musik setzte jetzt mit flotten Märschen ein, die „Schrammeln" hatten sich ein lauschiges Plätzchen gefunden, die Kegelbahn hatte schon ihre Stammgäste und ein Leben und Treiben entwickelte sich bei Freibier und Wein, das dem Prater alle Ehre gemacht hätte. Waren es doch lauter Wiener Kinder, die da auf einen Tag sich daheim fühlten und so manches zu vergessen trachteten. Nicht unerwähnt darf bleiben, daß die Errichtung dieses Heimes nicht zuletzt durch namhafte Spenden hochherziger Wiener Bürger ermöglicht wurde, deren Namen öffentlich verkündet und im Heim selbst an einer Tafel sichtbar verewigt wurden. Den Soldaten des Regiments wird es ermöglicht, in einer gewissen Anzahl täglich daselbst Erholung zu finden, und zwar abwechselnd, so daß bald das ganze Regiment die Wohltat eines Soldatenheimes mit allen seinen Vorteilen wird schätzen und lieben gelernt haben, um so mehr, als diese Stätte das Regiment jederzeit erinnert an die Kaiserstadt Wien.

Ein 1er-Schütze.

Fremdenblatt Abendb. 26./V. 1917 36

Offene Stellen für frontdienstuntaugliche Offiziere.

Für folgende freie Stellen sind aus dem Stande aller Ersatzkörper, Kommanden, Behörden und Anstalten — mit Ausnahme jener der Artillerie und der technischen Truppen — Offiziere namhaft zu machen:

Für die Militär-Häuteanstalt in Wien ein energischer, mit ökonomisch-administrativen Diensten vertrauter, nicht frontdiensttauglicher Hauptmann.

Für die Ernteverwertungszentrale Belgrad ein der kroatischen oder sonst einer slawischen Sprache mächtiger frontdienstuntauglicher Offizier vom Berufe Getreide-, Produktenhändler oder selbständiger Kaufmann.

Ein für die Verwendung bei den Heeresbahnen geeigneter frontdienstuntauglicher Offizier.

Für die Militärbauabteilung des Militärkommandos Zagreb ein frontdienstuntauglicher Offizier vom Berufe Ingenieur.

Ein kroatisch oder sonst slawisch sprechender Hauptmann oder älterer Subalternoffizier für Cettinje.

Für den Chef des Ersatzwesens ein frontdienstuntauglicher, deutsch und ungarisch vollkommen sprechender und des Maschinenschreibens tadellos kundiger Berufsoffizier.

Für die oben angeführten Verwendungen geeignet erscheinende Offiziere sind auszuwählen und ohne Rücksicht auf ihre dermalige Einteilung und Verwendung im Hinterland mit der Bezeichnung der Bestimmung namhaft zu machen.

Die Seetransportleitung Triest benötigt dringend eine Anzahl nicht felddiensttauglicher, einer slawischen (tunlichst kroatischen) und italienischen Sprache mächtiger Offiziere, die für den Umschlagdienst im Freihafen und zu Schreibgeschäften geeignet sind. Derart geeignete und verfügbare Offiziere sind ehestens mittels Verzeichnis, enthaltend die genaue Standeszugehörigkeit und Aufenthalt namhaft zu machen.

Neues Pester Journal 37
25./IV. 1917

* **Kriegsgrundstücke für Invaliden, Kriegswitwen und -Waisen.** Das Amtsblatt veröffentlicht eine Ministerialverordnung, die Verfügungen für die Beschaffung von Grundstücken zur Förderung der Existenz von Kriegsinvaliden, Kriegswitwen und Kriegswaisen, wie auch zur Sicherung des Eigenthumsrechtes auf diese Grundstücke enthält. Die bisherigen Sammlungen und Spenden, heißt es in der Verordnung, ermöglichen es, daß ein Theil der Kriegsinvaliden, -Witwen und -Waisen zu einem Grundstück gelange, oder daß die Grundstücke, die sie schon besitzen, von etwaigen Lasten befreit werden. Es soll nun Sicherheit dafür geschaffen werden, daß diese Grundstücke ständig ihrer Bestimmung dienen können. Zur Schaffung eines Kriegsgrundstückes ist die Genehmigung des Landes-Kriegspatronageamts, sowie die grundbücherliche Eintragung dieser Eigenschaft des Kriegsgrundstückes erforderlich. Ein Kriegsgrundstück kann nur mit Einwilligung des genannten Amtes veräußert oder belastet werden. Auf ein Kriegsgrundstück kann im Allgemeinen keine Exekution geführt werden, außer wenn es sich um eine Alimentationsverpflichtung oder um die Folge einer durch den Eigenthümer begangenen verbotenen Handlung handelt. Von der Exekution ist das Landes-Kriegspatronageamt zu verständigen. Dieses Amt kann das betreffende Kriegsgrundstück vor der Exekution zum Ausrufungspreise für sich ankaufen. Für die Vererbung des Kriegsgrundstückes sind die gesetzlichen Erbnormen maßgebend. Soll das Kriegsgrundstück auf Jemand übergehen, der mit dem früheren Besitzer nicht verwandt ist, oder wird dieser wegen eines gegen den Staat gerichteten Verbrechens oder Vergehens rechtskräftig verurtheilt, endlich wenn der Besitzer die ungarische Staatsbürgerschaft verliert, so kann das Kriegsgrundstück vom genannten Amt zurückgelöst werden. Nach Verlauf von 32 Jahren kann auf Verlangen der Besitzer die grundbücherliche Festlegung des Kriegsgrundstückes als solches aufgehoben werden. Mittels Vertrags können auch sonstige Immobilien einer, ein Kriegsgrundstück erlangenden Partei als Kriegsgrundstück erklärt werden. An Kriegsinvaliden, Kriegswitwen und -Waisen können Grundstücke auch in K r i e g s p a c h t gegeben werden, was gleichfalls grundbücherlich zu vermerken ist. Die auf die Schaffung von Kriegsgrundstücken bezüglichen Verträge, grundbücherliche Umschreibungen ꝛc. sind stempel- und gebührenfrei.

Reichspost
27./V. 1917

Die Kaiserin für die Soldatenheime.

Die Spende eines Bildes.

Die „Heimat an die Front" zu tragen, Soldatenheime zu gründen, war jenes Werk weitschauender Kriegsfürsorge, welchem Kaiserin Zita von dem Tag seines Entstehens das verständnisvollste und herzlichste Interesse und eine warmfühlende Förderung entgegenbrachte. Unter dem Schutz des Kaiserpaares entstanden die ersten Soldatenheime und mit allen Einzelheiten ihrer Einrichtung, mit dem Ausbau der Zentralleitung und der jetzt bereits ganz Oesterreich-Ungarn umfassenden Organisation machte sich die Herrscherin bald vertraut. So wurden die Soldatenheime zu einem besonderen Liebes- und Lieblingswerk der Kaiserin für die Armee.

Als ein neues Zeichen ihrer besonderen Obsorge hat jetzt die Kaiserin den Soldatenheimen ein großes, prächtig lebensvoll gelungenes Bild der kaiserlichen Familie geschenkt. Dieses Bild soll ein Sinnbild sein, daß Kaiser und Kaiserin gern und freudig im Geiste an der Erholung unserer wackeren Feldgrauen in den Soldatenheimen teilzunehmen wünschen. Zugleich soll aber auch dieser ehrende Beweis kaiserlicher Huld für die Soldatenheime zu einer neuen Quelle von Einnahmen werden. Das Zentralkomitee hat von der Kaiserin das Recht der Reproduktion erhalten und das Komitee ist bemüht, nach diesem Porträt, das so lebenswahr das Kaiserpaar inmitten seiner Kinder, dieser Frühlingsblumen der Hoffnungen Oesterreichs, darstellt, große und kleine Bilder und technisch vollendete Ansichtskarten herzustellen. Schulen und Vereine, patriotische Körperschaften und viele andere, die längst den Wunsch haben, für einen Versammlungssaal oder für einen trauten Raum ihres Heims ein gutes Bild des Kaiserpaares sich anzuschaffen, erhalten hier die beste Gelegenheit, ein wirklich künstlerisch ausgeführtes Bild zu erwerben. Dafür bürgt die Wahl der Kaiserin und Ehre und Gewissenhaftigkeit der Zentralleitung der Soldatenheime. Außerdem muß es den Käufern eine besondere Befriedigung gewähren, daß der Reingewinn von diesen Bildern nicht Privaten und Händlern, sondern rein und vollständig unseren braven Soldaten im Felde zufließt.

Die Bestellungen können schon jetzt bei der Zentralleitung der Soldatenheime, Wien, 9. Bezirk, Wasagasse 2, gemacht werden. Die vorliegende Aufnahme der kaiserlichen Familie stammt aus dem Atelier Zimmermann, Wien, 6. Bezirk, Gumpendorferstraße.

Reichspost Abendbl. 30./V. 1917

39

Fürsorge für Kriegsinvalide. Am 24. d. wurde die zweite Hauptversammlung der Gesellschaft zur Fürsorge für Kriegsinvalide in Anwesenheit der Ehrenpräsidentin des Damenkomitees der Gesellschaft Prinzessin Elisabeth von und zu Liechtenstein, Erzherzogin von Oesterreich, und der Präsidentin Prinzessin Fanny von und zu Liechtenstein sowie verschiedener Vertreter der Behörden abgehalten. Dem Rechenschaftsberichte pro 1916 ist zu entnehmen, daß mit Ende vorigen Jahres 936 Kriegsbeschädigte in Fürsorge der Gesellschaft gestanden sind und die Summe der an sie verteilten Barunterstützungen Kr. 54.202 -- betrug. Die Gesellschaft bezeichnet als ihre Hauptaufgabe die Selbständigmachung der Kriegsinvaliden, die sie in der Weise ermöglicht, daß sie dem Invaliden nicht nur die erforderlichen Geldmittel zur Errichtung, bezw. Wiedereröffnung eines gewerblichen oder Handelsbetriebes zur Verfügung stellt, sondern ihm auch durch Rat und Tat bei der Errichtung, beim Wareneinkauf usw. solange beisteht, bis das Unternehmen gesichert erscheint. Im Berichtsjahre wurde auf diese Weise 33 Kriegsverletzten die Gründung eines eigenen Gewerbes, bezw. Geschäftsbetriebes und 7 Invaliden die Wiedereröffnung des Betriebes ermöglicht.

Reichspost
31./V. 1917

Oesterreichische Kriegsblinde.

Von Oberlandesgerichtsrat i. R. Julius Red.

Bei der vor einiger Zeit abgehaltenen Kuratoriumssitzung des unter dem Protektorate des Erzherzogs Karl Stefan stehenden „Kriegs-Blindenfonds für österreichische Staatsangehörige der gesamten bewaffneten Macht" wurde festgestellt, daß bisher 309.689 Kronen für Kriegsblinde aufgewendet wurden. Die großzügige Tätigkeit des Kuratoriums wurde durch die Mitarbeit der Landeskommission zur Fürsorge für heimkehrende Krieger, das Kriegsfürsorgeamt und den Wiener Verein für Kriegsblindenheimstätten allseitig unterstützt. Die österreichischen Kriegsblinden umfassen bisher 426 Fälle, womit jedoch die Zahl der Unglücklichen leider nicht erschöpft ist. Nach der Heimatszuständigkeit entfallen auf Galizien 102, Böhmen 86, Niederösterreich 51, Mähren 42, Tirol und Vorarlberg 20, Steiermark 18, Krain 18, Schlesien 16, Kärnten 14, Küstenland 14 und auf die übrigen Länder und unbekannt 45. Nach dem Alter stehen 112 Kriegsblinde in einem solchen von 21 bis 25 Jahren, 94 zwischen 26 und 30, 88 von 31 bis 35, 54 von 36 bis 40, 30 von 41 bis 45 Jahren, die übrigen 48 haben das 45. Lebensjahr überschritten. Nach dem bisherigen Berufe gehören 213 Kriegsblinde der Industrie, dem Handel und Gewerbe an, 146 der Land- und Forstwirtschaft, 24 freien Berufen, 13 öffentlichen Diensten, 6 sind Studierende und 24 in sonstigen Verwendungen tätig.

Durch die großherzige Unterstützung des Vereines „Kriegs-Blindenheimstätten" und des Kriegs-Blindenfonds wurden schon jetzt vielen Erblindeten Heimstätten verschafft.

In Deutschland wurde 1916 ein Verein der blinden Akademiker gegründet, der seinen Sitz in Marburg an der Lahn hat und der bezweckt, den Blinden das akademische Studium zu erleichtern. Dazu müssen alle für solche Stufen notwendigen wissenschaftlichen Behelfe in Punktschrift den Studierenden zugänglich gemacht werden. In Marburg selbst wird eine fachwissenschaftliche Hochschule und eine Bücherei für Blindenschriftwerke geschaffen. An die Hochschulprofessoren im Deutschen Reiche trat man mit dem Ersuchen heran, ein Verzeichnis aller in Blindenschrift zu übertragenden Werke zu verfassen. Endlich wurde in Marburg eine Studienanstalt für blinde Akademiker gegründet. In Oesterreich kommt die Errichtung einer ähnlichen Institution wohl nicht in Betracht, da bei uns Kriegsblinde aus gebildeten Kreisen viel seltener sind; jedenfalls wird aber die deutsche Gründung auch für unsere Kriegsblinden dieser Art nutzbar zu machen versucht werden.

In Straß in Niederösterreich sind Kriegsblinde landwirtschaftlich tätig, und zwar mit Gemüsebau, Pflanzung von Bäumen und Weinreben, sowie bei der Kleintierzucht. Die Blinden befinden sich sowohl seelisch als gesundheitlich bei diesen Arbeiten sehr wohl.

Reichspost
3./VI. 1917

61

Ein Taschentuchtag.

Die unter dem Protektorate der Kaiserin Zita und unter dem Protektorate des Herrn Erzherzogs Karl Stefan stehenden Kriegsfürsorgestellen: Hilfsaktion des Kriegsfürsorgeamtes vormals „Kälteschutz" und Kriegshilfsbureau des k. k. Ministeriums des Innern, planen in Verbindung mit der Oesterreichischen Gesellschaft vom „Roten Kreuze" für den 16. und 17. Juni einen Taschentuchtag, dessen Zweck in erster Linie die Zustandebringung von Leinen- und Baumwollvorräten ist, wie solche in den einzelnen Haushaltungen zweifellos noch in großen Mengen vorhanden sind.

Es soll womöglich jeder Haushalt zur Spendung wenigstens eines Taschentuches oder ähnlicher Wäscheartikel veranlaßt werden.

Die so zustande gekommenen Leinen- und Baumwollgegenstände, deren Abgabe für den Einzelnen in der Regel kaum eine Belastung bedeutet, sollen, soweit sie in brauchbarem Zustande sind, von der Hilfsaktion des Kriegsfürsorgeamtes vormals „Kälteschutz" für die ihr unterstellten Aktionen zur Bekleidung von Kriegsinvaliden und von Soldatenkindern sowie vom „Roten Kreuze" verwendet, soweit sie sich hiezu jedoch nicht mehr eignen, der Baumwollzentrale zur Erzeugung neuer Gewebe gegen ein Entgelt abgegeben werden, das wieder den genannten Kriegsfürsorgestellen zufließt.

Die Veranstalter des „Taschentuchtages" wissen wohl, wie schwer der Krieg auf der gesamten Bevölkerung lastet und welche neue große Opfer mit dem Taschentuchtag erbeten werden, aber es ist das Ziel dieser Aktion, mit einer möglichst geringen Belastung der Bevölkerung den großen Vorteil der Material- und Geldbeschaffung für wichtige Kriegsfürsorge-, militärische und allgemein wirtschaftliche Zwecke zu verbinden.

Die gemeinsame Geschäftsstelle befindet sich Wien, 1. Bezirk, Schwarzenbergstraße 5. Spenden aller Art werden täglich in der Zeit von 10 bis 1 Uhr mit dem herzlichsten Dank entgegengenommen.

Neues Wiener Tagblatt
3./VI. 1917

42

Die Kriegsfürsorge.

Minister Dr. Baernreither im Reichsverband für Kriegerheimstätten.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten Geheimen Rat Dr. Franz Klein fand gestern im Sitzungssaal der Handelskammer die erste Jahresversammlung des Reichsverbandes für Kriegerheimstätten in Oesterreich statt, welcher in Vertretung der Regierung Minister Dr. Baernreither, des Kriegsministers Generalmajor v. Rochel, Vertreter der Zentralstellen und Abordnungen der Landesausschüsse und Zweigstellen aus dem ganzen Reich beiwohnten.

Das neue Ministerium für Volksgesundheit und soziale Fürsorge.

Nach der Eröffnungsrede des Präsidenten Geheimen Rat Dr. Franz Klein hielt Minister Dr. Baernreither eine Ansprache, in der er sich zunächst auf die kaiserliche Entschließung über die Errichtung eines Ministeriums für Volksgesundheit und soziale Fürsorge bezog. Dieses Ministerium, dessen Schaffung der Initiative des Kaisers entsprungen ist, wird in seinem Wirkungskreis auch die Kriegerheimstätten umfassen. Die Frage der Kriegerheimstätten ist nur ein Teil jener Ausstrahlungen des Krieges, jener Bedürfnisse, die der Krieg hervorgerufen hat, die dringend einer Zusammenfassung in einem großen Verwaltungsorganismus bedürfen. Hieher gehört in erster Reihe die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen.

Das sind Fürsorgeaktionen, die nicht bloß durch die staatliche Geldunterstützung durchgeführt werden können. Hier ist die Mithilfe der Gesellschaft, der Gemeinden, der Vereine dringend notwendig, um die Millionen der durch den Krieg Beschädigten wieder unterzubringen, um ihnen wieder Arbeitsgelegenheit zu verschaffen, ihnen eine menschenwürdige Existenz zu sichern. Die Idee der Kriegerheimstätten nimmt daher in dem großen Komplex der verschiedenen Fürsorgemaßnahmen eine wichtige Stelle ein. Es muß Ihnen, meine Damen und Herren, als ein Verdienst anerkannt werden, daß Sie, mit sicherem Erfolg für die Zukunft, diese Idee durchgearbeitet und geklärt haben. Das Ministerium wird sich die Arbeit, welche im Reichsverband geleistet worden ist, dankbar zunutze machen, ebenso wie die Erfahrungen und Vorarbeiten andrer Korporationen. Die neue Zentralstelle soll ein moderner, mit modernen Mitteln arbeitender Verwaltungskörper sein. Eines seiner wesentlichsten Grundzüge muß es sein, nicht nur mit den staatlichen und autonomen Verwaltungen, sondern auch mit den freien Kräften der Gesellschaft, den Vereinen zusammenzuarbeiten, um durch dieses Zusammenwirken neue, zugleich lebendige Einrichtungen zu schaffen, die einen wirksamen Hebel für die Lösung dieser Frage bilden.

Minister Dr. Baernreither betonte, daß er auf die Mitwirkung des Präsidenten und des Ausschusses des Reichsverbandes großen Wert lege, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß das neue Ministerium manches, was bisher versäumt wurde, nachholen werde. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Geheimer Rat Dr. Franz Klein dankte dem Minister und bezeichnete den Gedanken der Zusammenarbeit von Staat und Gesellschaft als sehr sympathisch. Er beglückwünschte den Minister Dr. Baernreither und versicherte ihn des vollsten Vertrauens des Reichsverbandes, der die Ueberzeugung hege, daß es dem Minister gelingen werde, die Frage der Kriegerheimstätten in modernem Sinne zu lösen.

Tägliche Rundschau
5./VI. 1912.

45

Neue Wege der Kriegsbeschädigten-Fürsorge.

Die Organisation der Kriegsbeschädigten-Fürsorge, über deren Wichtigkeit als Gegenwarts- und Zukunftsaufgabe wohl kein Wort verloren zu werden braucht, hat innerhalb der Groß-Berliner Gemeinden gerade in der jüngsten Vergangenheit neue Wege eingeschlagen, auf denen sie ihren weitgesteckten Zielen zumarschiert. Die amtlichen Fürsorgestellen beschäftigen sich mit: 1) Auskunftserteilung aller Art, z. B. über Renten- und Verstümmelungszulagen-Ansprüche, Rechtsstreitigkeiten, private Wohltätigkeitseinrichtungen; 2) Aufsetzen von Schriftstücken aller Art für die Beschädigten; 3) Krankenbehandlung (Gewährung ambulatorischer Behandlung, Ueberweisung an geeignete Heilanstalten und Erholungsheime, Gewährung von Medikamenten und Lebensmitteln); 4) Lazarettfürsorge; 5) Familienfürsorge; 6) Besuch der kranken Kriegsbeschädigten; 7) Rentenerhebung für kranke Kriegsbeschädigte; 8) Beschaffung von Eisenbahnfahrkarten für Kriegsbeschädigte; 9) Arbeitsvermittlung; 10) Begutachtung von Anträgen auf Kapitalabfindung; 11) Unterstützung aller Art; 12) Berufsberatung.

Die Stadt Berlin-Wilmersdorf, deren Maßnahmen im wesentlichen mit denen wohl aller Groß-Berliner Gemeinden übereinstimmen, hat unlängst für die Verwaltung der Angelegenheiten der Kriegsbeschädigtenfürsorge an Stelle der bisherigen Unterkommission eine ständige Verwaltungsdeputation eingesetzt, womit auch äußerlich der Wichtigkeit der Aufgabe Rechnung getragen wird. Für die besonderen Zwecke der Berufsberatung steht der Deputation ein Kreisbeirat zur Seite. In ihm sind die Behörden, die Aerzte, die Schulen, die Versicherungsträger, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer vertreten. Durch eine solche möglichst alle Kreise des wirtschaftlichen und sozialen Lebens berücksichtigende Zusammensetzung des Kreisbeirates erscheint eine sachgemäße Berufsberatung nach Möglichkeit gewährleistet. Von besonderem Wert für die Beratung auf kollegialer Grundlage ist die Beteiligung der Arbeitnehmer. In den Lazaretten sind für die Fürsorgestelle Delegierte und Vertrauensmänner tätig, die ebenfalls zum größten Teile praktischen Berufen entstammen. Sie bereiten die zur Entlassung kommenden Kriegsbeschädigten für den Rücktritt ins bürgerliche Leben vor und nehmen etwaige Wünsche entgegen.

Das sehr notwendige enge Zusammenarbeiten der amtlichen Fürsorgestelle mit den Lazaretten ist in Berlin-Wilmersdorf durch besondere Leitsätze geregelt, die im Einverständnis der Beteiligten aufgestellt worden sind und demnächst allgemeinere Geltung erhalten sollen. Für den Unterricht der Kriegsbeschädigten hat die mit der amtlichen Wilmersdorfer Fürsorgestelle in naher Berührung stehende Deutschwehr E. V. Lehrgänge eingerichtet, die unter ehrenamtlicher Leitung eines Rektors in der Hauptsache von Fachlehrern abgehalten werden. Unterrichtet wird in den Elementarfächern, in Buchführung, Kurzschrift, Maschinenschreiben, Fachzeichnen, für Fortgeschrittnere auch in der englischen und französischen Sprache. Daneben sind zur Erlernung von Handwerken Werkstätten-Lehrgänge eingerichtet, bis jetzt solche für Tischlerei, Korbmacherei und Buchbinderei. Die Teilnahme ist völlig kostenfrei. Für die gefertigten Arbeiten wird eine angemessene Bezahlung, für jeden Besuch des Unterrichtes eine kleine Belohnung gewährt, die das Interesse aller Teilnehmer wach erhalten soll. Der Besuch der Lehrgänge steht auch außerhalb Berlin-Wilmersdorfs wohnenden Kriegsbeschädigten frei, ebenso können aus dem Heeresdienste entlassene Kriegsbeschädigte aus allen Lazaretten Groß-Berlins teilnehmen.

Tägliche Rundschau
8/VI. 1917

46

Das Kaiser-Wilhelm-Haus für Kriegsbeschädigte.

Im alten Langenbeckhause in Berlin ist nun eine militärische Anlernwerkstatt, die die Medizinalabteilung des Kriegsministeriums eingerichtet hat, untergebracht worden: das Kaiser-Wilhelm-Haus für Kriegsbeschädigte, das seine Entstehung dem Geh. Kommerzienrat Leopold Koppel und dem Medizinalrat Oberstabsarzt Dr. Paul Mannheim verdankt. Der Gedanke, die Nachbehandlung der Kriegsbeschädigten statt durch Uebungen an mediko-mechanischen Apparaten durch Arbeitsbewegung und Arbeitsleistung vorzunehmen, ist außerordentlich einleuchtend. Die eintönige Reihenfolge scheinbar zweckloser Bewegungen an Geräten führt zu geistiger Ermüdung und Unlust, während die selbständige Werktätigkeit die Aufmerksamkeit des Genesenden von der Betrachtung seines Zustandes ablenkt und nutzbringender Arbeit zuwendet. Die Heilwirkung wird, wie Baurat M. Guth im „Zentralblatt der Bauverwaltung" mitteilt, gefördert und gleichzeitig Arbeitslust und Selbstvertrauen zur Wiederaufnahme einer lohnenden Beschäftigung im Erwerbsleben geweckt und gehoben. Der Allgemeinheit aber werden Kräfte erhalten und gerade jetzt dienstbar gemacht, wo jede Mitwirkung an den Aufgaben des Krieges willkommen ist. Deshalb konnte für die Umwandlung des alten Langenbeckhauses in das Kaiser-Wilhelm-Haus für Kriegsbeschädigte auch nur die kurze Frist von zwei Monaten zur Verfügung gestellt werden. Der Umbau erstreckte sich hauptsächlich darauf, den früheren Hörsaal in einen Werkstatt- und Maschinenraum abzuändern und die nötigen Nebenräume herzurichten. Der 330 Quadratmeter große ebenerdige Oberlichtsaal des Langenbeckhauses wurde für die Aufstellung der Maschinen nutzbar gemacht. Die ganze Einrichtung ist nur als eine vorübergehende gedacht. Wenn der Krieg beendet ist und die segensreichen Aufgaben erfüllt sind, denen das Kaiser-Wilhelm-Haus für Kriegsbeschädigte gewidmet ist, müssen die Räume ihrem früheren Zweck des medizinischen Studiums und Unterrichts wieder zugeführt werden. Die Mittel für den Umbau und die innere Einrichtung einschließlich der Maschinen (150 000 M.) stiftete Geheimer Kommerzienrat Koppel. Er stellte auch die Gelder für den Betrieb sicher. Die Leitung der Verwaltung übernahm sein Sohn, die ärztliche Leitung Dr. Mannheim. Von Baurat Guth stammen Entwurf und Leitung der Arbeiten.

Vossische Zeitung
11/VI. 1917
11
97

In „Eden".

Neue Wege der Siedlung.

Aus der „Asphalt-Kultur" der Weltstadt Berlin zogen vor fast einem Vierteljahrhundert einige vegetarische Idealisten, phantastische Träumer und Querköpfe wurden sie von nicht wenigen genannt, hinaus in die Einsamkeit. Auf ödem Heideland gründeten sie eine Obstbausiedlung, der sie den kühnen Namen „Eden" gaben. Manch zermürbter, nervenschwacher Großstädter vermochte trotz harter Arbeit der kargen Scholle kaum einen Ertrag abzugewinnen. Und doch ist diese Siedlung „Eden", die sich kaum eine halbe Wegstunde westlich von Oranienburg an der Kremmener Landstraße erstreckt, heute in gewisser Beziehung eine Musterstätte geworden. Ueber 25 000 hochstämmige Obstbäume und Hunderttausende von Beerensträuchern spenden hier ihre köstlichen Früchte.

Wenn auch nicht weniges von den Plänen der vegetarischen Pioniere dieser Kolonie ein unerfüllter Traum geblieben ist, so läßt sich doch mancherlei aus dieser Siedlung lernen. Man kann es der Berliner Vereinigung zur Förderung der Kriegsbeschädigten-Ansiedlung nur Dank wissen, wenn sie ihren Mitgliedern und Gästen durch einen Ausflug, den sie gestern nach „Eden" unternahm, einen Einblick in dieses eigenartige Siedlungswesen verschaffte. Eine ziemlich große Schar, unter ihnen Generalarzt Kanzow, Regierungsrat Hausmann als Vertreter des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, Geheimrat Professor Krüger, Rektor der landwirtschaftlichen Hochschule, Professor Dr. Kossinna, Oberbürgermeister Zieten-Lichtenberg, zahlreiche Vertreter der Großberliner Gemeinden, nahm an der Besichtigung teil, die der Vorsitzende der Vereinigung, Magistratsrat Wölbling, mit einer kurzen Ansprache einleitete. Er wies darauf hin, daß in „Eden" der genossenschaftliche Gedanke bei der Siedlung zum Ausdruck kommt.

Gartendirektor Lesser zeigte, wie die gartenmäßige Siedlung dem Kriegsverletzten, der noch seinem Berufe nachgehen kann, durch Mitarbeit der Frau und Kinder eine nicht zu verachtende Mithilfe gewähren kann. In „Eden", wo man vor lauter Bäumen die eigentliche Siedlung gar nicht sehe, stehe der Obstbau im Vordergrund. Man hatte verhältnismäßig wenig Aufschließungskosten, da es keine einzige öffentliche Straße gibt. Neben hochstämmigen Bäumen gibt es auch Büsche und Pyramiden. Um von den Erträgnissen zu leben, werde nicht eine Heimstätte von einem halben Morgen, sondern von mindestens der doppelten Größe nötig sein. Der Geschäftsführer der Kolonie, Bartels, gab eine warmherzige Schilderung von der Entwicklung und dem Leben in der Kolonie, die auf gemeinsamem Bodenbesitz begründet ist. Sie zählt jetzt hundert Familien und rund 400 Einwohner, darunter einige achtzig Kinder. Die Anlagen „Edens" haben jetzt einen Wert von 1 800 000 M. Grund und Boden ist hier unveräußerliches Eigentum. Schlächtereien, Fabrikations- und Verkaufsbetriebe für Fleischwaren, Fische, Alkohole jeder Art und Tabakwaren sind nicht gestattet. Verboten ist innerhalb der Kolonie die Haltung von Schlachtvieh mit Ausnahme von Mielchvieh und Hühnern. Daß die naturgemäße Lebensweise, die hier geführt wird, all den Kolonisten und namentlich den Kindern sehr gut bekommt, das beweist die außerordentlich niedrige Sterblichkeitsziffer, die weit geringer ist als die der englischen Gartenstädte. Von dem Segen der Arbeit in Gottes freier Natur ließe sich ja gar viel reden. So eigenartig auch „Eden" ist, und so wenig es eine Verallgemeinerung zuläßt, aus diesem Ringen „Kriegsbeschädigter des sozialen Kampfes", das hier vor fast einem Vierteljahrhundert anhob, können unsere Kriegsbeschädigten manch heilsame Lehre ziehen.

K. J.

*

Reichspost
12./VI. 1917

48

Der „Taschentuchtag" am 15. und 16. Juni.

Aufruf an die Herren Hausbesitzer.

Die unter dem allerhöchsten Protektorat der Kaiserin Zita und unter dem Protektorat des Erzherzogs Karl Stefan stehenden Kriegsfürsorgestellen Hilfsaktion des Kriegsfürsorgeamtes vormals „Kälteschutz" und Kriegshilfsbureau des k. k. Ministeriums des Innern planen in Verbindung mit der Oesterreichischen Gesellschaft vom „Roten Kreuz" einen „Taschentuchtag" für den 15. und 16. Juni d. J. und erbitten die wertvolle Unterstützung aller Herren Hausbesitzer.

Es soll womöglich jeder Haushalt zur Spendung wenigstens eines Taschentuches veranlaßt werden.

Hiemit ist aber nicht gesagt, daß nur die Spende von Taschentüchern erwartet wird; alle Wäscheartikel werden dankbarst entgegengenommen und, soweit sie in brauchbarem Zustande sind, von der Hilfsaktion des Kriegsfürsorgeamtes vormals „Kälteschutz" für die ihr unterstellten Aktionen zur Bekleidung von Kriegsinvaliden und von Soldatenkindern sowie für das „Rote Kreuz" verwendet.

In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Aktion werden alle Herren Hausbesitzer Wiens recht herzlich und dringend gebeten, allen Wohnparteien den „Taschentuchtag" wärmstens ans Herz zu legen. Die Herren Hausbesitzer mögen überzeugt sein, daß die von ihnen erbetene patriotische Förderung dem vollen Wert nach eingeschätzt wird.

Aufruf an die Herren Portiere und Hausbesorger.

An alle Herren Portiere und Hausbesorger der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, die sich durch ihren patriotischen Eifer in schwerer Kriegszeit in so außerordentlicher Weise bewährt haben, ergeht die Bitte, allen Wohnparteien den „Taschentuchtag" recht warm ans Herz zu legen und insbesondere darauf hinzuweisen, es möchten die zu spendenden Vorräte rechtzeitig vorbereitet werden, da die Einsammlung durch die Schuljugend am 15. und 16. Juni 1917 erfolgt.

Das Stadtphysikat erwartet, daß zur Vermeidung von Infektionskrankheiten Wäschestücke in reinem und gebügeltem Zustande den Kindern übergeben werden. Die Sammelstellen befinden sich bei den Bezirksvorstehungen.

Die Veranstalter wissen, wie schwer der Krieg die gesamte Bevölkerung trifft und welch große Opfer erbeten werden; aber es ist ihr Ziel, mit einer möglichst geringen Belastung den großen Vorteil der Material- und Geldbeschaffung für wichtige Kriegsfürsorge-, militärische und allgemein wirtschaftliche Zwecke zu verwenden. Der herzlichste Dank ist allen Förderern des „Taschentuchtages" gewiß.

Tägliche Rundschau
12./VI. 1917

* **Gründung einer bayerischen Landes-Siedelungs-Gesellschaft.** Münchener Vertreter des gesamten bayerischen Volkes fanden sich, wie unser Münchener Mitarbeiter drahtet, auf Einladung des Ministeriums des Innern im großen Odeonssaale in Gegenwart des Königs, der Mitglieder des königlichen Hauses und des gesamten Ministeriums ein, um eine Vorbesprechung zu haben zur Gründung einer bayerischen Landes-Siedelungs-Gesellschaft G. m. b. H. Es sprachen der Minister des Innern, der Leiter der staatlichen Landes-Siedelungsstelle, für die bayerischen Städte der Bürgermeister von Fürth, für die Allgemeinheit der Generalsekretär des bayerischen Wohnungsvereins und für die Landwirtschaft ein Landwirtschaftsratsmitglied. Alle Reden gipfelten in dem einen Satze, daß die Siedelung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen die größte soziale Aufgabe für Staats-, Gemeinde- und private Kassen sei. Der Minister des Innern konnte ein Handschreiben des Königs verlesen, in dem der bayerische Landesfürst als erstes Mitglied der zu gründenden Landes-Siedelungs-Gesellschaft mit einer Stammeinlage von 10 000 M. sich anmeldet und die große soziale Bedeutung der Landes-Siedelungs-Gesellschaft unterstreicht. Da nach den Programmreden die betreffenden Banken und Großbetriebe sich zur Einlage großer Summen bereit erklärten, wird in etwa 14 Tagen die Gründung dieser Gesellschaft vollzogen werden. Sie ist mit einem Stammkapital von 5 Mill. M. gedacht. Die geringste Einlage wird 500 M. sein.

Fremdenblatt Abendbl. 14./VI. 1917 50

* („Taschentuchtag".) Der „Taschentuchtag", der, wie schon bekannt, in Wien am 15. und 16. d. abgehalten wird, begegnet allenthalben dem größten Interesse. Um jedem Irrtum vorzubeugen, soll ausdrücklich bemerkt werden, daß nicht nur die Spendung eines Taschentuches erwartet wird. Alle Wäscheartikel, alle Leinen- und Baumwollgegenstände, deren Abgabe für den Einzelnen in der Regel kaum eine Belastung bedeutet, sind hochwillkommen und werden zur Bekleidung von Kriegsinvaliden und von Soldatenkindern sowie vom Roten Kreuz verwendet. Es ergeht an alle Familien die herzliche Bitte, diese Gegenstände gütigst rechtzeitig vorzubereiten und der sammelnden Schuljugend am 15. und 16. d. (zur Vermeidung von Infektionskrankheiten in reinem Zustande) freundlichst zu übergeben.

Tägliche Rundschau
20./VI. 1917

51

Krieger-Wirtschaftsheimstätten.

Die Zentralstelle des Deutschen Städtetages hatte die Mitgliedsstädte um nähere Nachrichten über die Beschaffung von Heimstätten für Kriegsverletzte und Kriegshinterbliebene gebeten; auf diese Rundfragen liegen Antworten von insgesamt etwa hundert Städten vor, von denen die Hälfte über besondere Maßnahmen oder Pläne betreffend Kriegerheimstätten nicht berichten kann. Die andere Hälfte vermag zwar positive Einzelheiten zu geben, sie beziehen sich aber nur in Ausnahmefällen auf wirklich ausgeführte oder tatsächlich in der Ausführung begriffene Heimstättenanlagen.

Während die Frage von Krieger-Sammelheimen eine möglichst weitgehende Beschränkung erfahren hat, sind die Maßnahmen zur Förderung der Krieger-Wohnheimstätten von einer ganzen Reihe von Städten auch unter Mitwirkung von anderen Körperschaften getroffen worden, dagegen scheinen die Maßnahmen zur Förderung der Krieger-Wirtschaftsheimstätten als Einzelsiedlungen auf dem Lande mit landwirtschaftlichem Hauptbetrieb bisher hinter den Bestrebungen für die Wohnheimstätten zurückzubleiben. Nachrichten über besondere gemeindliche Veranstaltungen und Pläne liegen nur aus Berlin, Bernburg und Schleswig vor.

In Berlin wird erwogen: die Errichtung kleiner Gemüsebauernstellen von 2 bis 5 Morgen auf einem etwa 500 Morgen großen Gelände außerhalb des Stadtbezirks und die Errichtung von Gärtner- und Arbeiterstellen auf den städtischen Gütern, für welche die Stadtgemeinde Gehöft mit Wohnung, Stall und Scheune zum Preise von etwa 10 000 M. zu errichten haben würde. In Bernburg wird die Einteilung von 5 kleinbäuerlichen Siedlungsstellen geplant; die Baukosten für ein Wohnhaus mit Ställen für jede Stelle werden sich auf 6500 bis 7000 M. belaufen. Schleswig wird auf städtischem Eigengelände u. a. auch ländliche Stellen als Kriegerheimstätten einrichten.

Die Maßnahmen einiger anderer Städte bewegen sich zunächst auf mittelbaren Wegen. In Berlin-Schöneberg wird die Ansiedlung von Kriegsbeschädigten auf Rentengütern durch Fühlungnahme einer gemeindlichen Beratungsstelle mit Landgesellschaften in Brandenburg, Pommern, Mecklenburg und Ostpreußen gefördert; in Krefeld werden die gleichen Ziele gesucht durch Zusammenarbeiten mit der Provinzialverwaltung und der Landwirtschaftskammer. In mehr unmittelbarer Richtung berichten Breslau, Rostock und Stade. In Breslau wird die Ansiedlung Kriegsverletzter auf den städtischen Gütern unter Mitwirkung der Schlesischen Landgesellschaft in Breslau erwogen; in Rostock wird die Errichtung einer Kriegerheimstättenstiftung durch eine gemeinnützige Gesellschaft unter Beteiligung der Stadtverwaltung geplant, die in erster Linie Wirtschaftsheimstätten einrichten will; in Stade schließlich ist eine Göben-Stiftung errichtet worden mit dem Zweck, Kriegsbeschädigte als Gemüsebauer im Regierungsbezirk Stade anzusiedeln.

Neues Pester Journal
20./VI. 1917

* **Versorgung der Kriegsinvaliden und der Hinterbliebenen.** Der Leiter der hauptstädtischen sozialpolitischen Sektion, Magistratsrath Dr. Géza Demjén, hat gemeinsam mit dem Referenten der Sektion Dr. Emerich Ferenczi über die Versorgung der Kriegsinvaliden und der Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen eine Vorlage ausgearbeitet, die ein sorgsam gesammeltes und tiefes Studium voraussetzendes Material umfaßt. Die Vorlage umfaßt die ganze Kriegsinvaliden-, Waisen- und Witwenfürsorge. Als Grundlage betrachtet sie nicht nur die staatliche Mitwirkung, sondern sie will auch die Gesellschaft dabei interessiren, der sie eine wichtige Rolle zumißt. Eine Fülle beherzigenswerther Ideen dienen dazu, den Weg zu weisen, wie es möglich erscheint, die Invaliden wieder zu ihrem bürgerlichen Beruf zurückzuführen, indem ihnen durch Kapitalisirung ihrer Rente eine sichere Basis zu ihrem Fortkommen geschaffen wird. In derselben Weise will die Vorlage für die Witwen und Waisen sorgen. Das Elaborat umfaßt die Fürsorge über das ganze Land und hat alle Eignung, daß auch die staatlichen Behörden dieselbe als Ausgangspunkt für eine gesunde Sozialpolitik der Kriegsopfer acceptiren und dementsprechend verfahren. Bezüglich der Hauptstadt empfiehlt die Vorlage für Vollinvalide, deren Familie aus vier Mitgliedern besteht, eine Grundrente von 1200 K., für unverheirathete drei Viertel des Existenzminimums und für Kinder unter 16 Jahren einen Erziehungsbeitrag von 200 K. sicherzustellen. Die Vorlage schließt mit einer Resolution an die Generalversammlung des hauptstädtischen Munizipalausschusses, welche jene Maßnahmen enthält, die die Hauptstadt als Arbeitgeberin in ihren Betrieben gegenüber den eigenen Angestellten treffen möge.

Vossische Zeitung

21./VI. 1917

21
53

Recht — nicht Almosen.

Eine unmögliche „Sammlung".

Man hat im ganzen Deutschen Reich die Gründung der zahllosen Wohltätigkeits-Vereine, -Verbände, -Ausschüsse, die Errichtung von Stiftungen, Beratungen und Helferbünden gutgeheißen, die seit Beginn des Krieges seiner tausendfältigen Not zu steuern suchen. Man hat gern mitberaten, mitgegeben, mitgegründet und überall die Eitelkeiten, die Aufdringlichkeiten, die Nichtigkeiten vieler Werbemittel — denn die Menschen als Masse geben nun einmal nicht, ohne daß auch etwas „geboten" wird —, um „der gebrechlichen Einrichtung der Welt willen" in den Kauf genommen.

Zum ersten Male aber muß jetzt ohne Einschränkung und Beschönigung gegen eine neue Wohltätigkeitsschöpfung öffentlich Einspruch erhoben werden, weil sich Volk und Reich ihrer schämen müßte, wenn sie nicht entbehrlich wäre. Durch Wolffs Büro ist vor einigen Tagen die Nachricht verbreitet worden, nach einer Rechnung, die man in der Rheinprovinz angestellt habe, würden die Familien völlig erwerbsunfähiger Kriegsbeschädigter bei den bis jetzt bewilligten Rentensätzen heute sowohl wie nach dem Kriege der bittersten Not preisgegeben sein. Deshalb sei es „zu begrüßen, daß demnächst, in ähnlicher Weise, wie für die Hinterbliebenen durch die Nationalstiftung, auch für die Familien der Kriegsbeschädigten durch eine allgemeine Sammlung Abhilfe geschaffen werden soll."

Wie? Es soll gebettelt werden in deutschen Landen für die, die dem Reiche und seiner Zukunft ihr gesundes Leben opfern? Man erinnert sich, daß im Anfang des Krieges sich Volk und Regierung, alle Parteien und Klassen, über nichts einiger waren, als über die Gewißheit, die Opfer des ungeheuersten aller deutschen Kriege dürften nicht wieder, wie in früheren Zeiten schwächerer staatlicher Straffung und geringer entwickelten Gemeinschaftsgefühls, der entwürdigen Wohltätigkeit anheimfallen. Jetzt soll, halbamtlich „begrüßt", die Invalidenschmach der Jahrzehnte nach 1871 vertausendfacht wiederkehren? Wir hoffen, daß sich deutsche Frauen und Mädchen nicht finden, die im Angesicht der Zehntausende Verstümmelter, Geschwächter, Unbrauchbarer auf den Straßen die Klapperbüchsen umherreichen für die, die man vier Jahre lang als Helden pries. Und wir glauben, daß die Hochhemittelben diesmal es für keinen Ruhm ansehen werden, eine nicht entschuldbare Pflichtvergessenheit der Gesamtheit mit dem Feigenblatt prunkvoller Spenderlisten zu bedecken. Die erwerbsunfähigen Kriegsbeschädigten haben ein Recht auf Hilfe. Ein Volk, das sich an diesem Rechte durch Almosen vorbeidrücken wollte, wäre des bisher vergossenen Blutes und wäre gar des Sieges nicht wert.

Ganz kann ohnehin die Heimat den unheilbar Beschädigten nicht ersetzen, was sie ihr gaben. Für sie und ihre Angehörigen wird ein drückender Rest zu tragen sein. Diesen peinlichen Rest mag die Wohltätigkeit wortlos, unauffällig und nie ermüdend zu lindern sich befleißigen. Des Lebens Notwendigkeit aber muß die Gesamtheit in ihrer staatlichen Zusammenfassung und Vertretung als fällige Schuld aufbringen. Man hat Fürsorge- und Beratungsstellen errichtet, man hat sich der Hirnverletzten, der Armlosen angenommen, alles gut und schön. Wenn sich aber jetzt ergibt, daß mit den bisherigen Rentenmitteln für jede Kriegsbeschädigtenfamilie nur 67,80 M. und für jedes Familienmitglied nur 15,70 M. monatlich aufgebracht werden können, so muß der Reichstag es als seine dringlichste Aufgabe ansehen, zureichende Mittel für die Kriegsbeschädigten sicherzustellen. Er tritt am 5. Juli zusammen und kann in kürzester Zeit mit der Regierung über den Entwurf eines neuen Kriegsbeschädigtenfürsorgegesetzes einig werden, das des Heeres und das vor allem des deutschen Volkes würdig ist.

K. E. K.

Die Zeit
22./VI. 1917

Invalidenbekleidung.

Größer wird täglich die Zahl derer, die invalid aus den Spitälern entlassen werden. Pflicht der Allgemeinheit ist es, diese Männer, die draußen an den Fronten geblutet haben, hier in der Heimat in einer entsprechenden Arbeitsgelegenheit unterzubringen. Gar häufig aber ist es notwendig, daß man den Invaliden zu diesem Zwecke erst mit entsprechender Kleidung versieht. Der Mann, der Monate und Jahre hindurch seinem Beruf entrissen, ohne Verdienst gewesen, ist nun heute nicht in der Lage, sich so zu kleiden, daß er Arbeitsmöglichkeit und damit Verdienst findet. Um diesem Uebel zu steuern, hat die Hilfsaktion des Kriegsfürsorgeamtes vormals „Kälteschutz" bereits vor längerer Zeit eine Abteilung ins Leben gerufen, die sich mit der Invalidenbekleidung befaßt. Zu diesem Zwecke sind die weiten Räume des ersten Stockes im Hause des Schulbücherverlages, 1. Bezirk, Schwarzenbergstraße Nr. 5, in eine Altkleiderhandlung umgewandelt worden. Die hier zu wirklich guten Preisen aufgekaufte, getragene Herrenkleidung wird, soweit dies nötig, zunächst ausgebessert, dann gereinigt und aufgebügelt. In hohen Regalen sind Anzüge, Mäntel, Hüte, aber auch gute Schuhe und Wäsche, systematisch geordnet, untergebracht. Der Invalide, der sich meldet, wird je nach Maßgabe des Gutachtens der staatlichen Arbeitsvermittlungsstelle mit der entsprechenden Kleidung bedacht. Es wird sowohl auf Beruf als auch auf die Verwundungsart des sich Meldenden Rücksicht genommen. So werden zum Beispiel für Invalide, die eine Beinprothese haben, besondere Beinkleider angefertigt. Für gewöhnlich erfolgt die Bekleidung nur einmal jährlich; in ganz besonders berücksichtigenswerten Fällen wird jedoch von dieser Regel auch Abstand genommen, und die Bekleidung des Invaliden erfolgt zum zweitenmal. Auch in diesem Falle ist ein Gutachten der staatlichen Arbeitsvermittlungsstelle notwendig. Die Einrichtung der Invalidenbekleidung wird natürlich stark in Anspruch genommen. Bis heute wurden von der Stelle insgesamt 738 Mann bekleidet. Die meisten erhielten eine vollständige Garnitur, bestehend aus: Anzug, Wäsche, Schuhe, Mantel und Hut. Ihren notwendigen Bedarf deckt die Invalidenbekleidungsstelle durch Ankauf getragener, aber nur gut erhaltener Herrenkleidung. Selbstverständlich werden in Anbetracht des guten Zweckes und der völlig unentgeltlichen Abgabe an die Invaliden derartige Kleidungsstücke auch gern als Spende entgegengenommen.

Fremdenblatt Abendl.
23./VI. 1917

(Offene Stellen für frontdienstuntaugliche Offiziere.) Das Heeresmuseum in Wien benötigt drei Offiziere für den administrativen und Kanzleidienst und zwei Offiziere für den Materialdienst. Invalide Offiziere, die eine der beiden Dienstverwendungen anstreben und Kenntnisse in den militäradministrativen Agenden, im Militärgeschäftsstil und in der Kanzleiführung, bezw. eine möglichst eingehende Kenntnis des gesamten Kriegsmaterials (Waffen, Uniformen, Rüstungssorten, technische Ausrüstung der Armee 2c. 2c. besitzen, haben ihre Gesuche, aus denen die Vorkenntnisse und die Art des Körpergebrechens zu entnehmen sein müssen, dem Heeresmuseum in Wien, 10. Bezirk, Artilleriearsenal, einzusenden. — Für zur Errichtung gelangende Soldatenheime werden als Leiter und Verwalter mit dem ökonomisch-administrativen Dienste gut vertraute Offiziere benötigt. In Betracht kommen frontdienstuntaugliche, auch zu Ausbildungsdiensten nicht geeignete oder invalide Offiziere des Aktiv- und Ruhestandes im Verhältnis „außer Dienst" oder der Reserve. Gesuche an das Kriegsministerium im Dienstwege. — Das Artilleriezeugsdepot in Wien benötigt für das Maschinengewehr- und Armaturwesen eine größere Anzahl von Infanterieoffizieren. Aktive, voraussichtlich längere Zeit frontdienstuntaugliche, auch zu Ausbildungszwecken ungeeignete Oberoffiziere der Infanterie, die Detailkenntnisse des gesamten derzeit eingeführten Artilleriematerials betreffend Handfeuerwaffen, blanke Waffen und Maschinengewehre, besitzen und die Dienstverwendung beim Artilleriezeugsdepot in Wien anstreben, haben ihre mit militärärztlichen Zeugnissen und einem Kronenstempel versehenen Gesuche im Dienstwege an das Artilleriezeugsdepot in Wien einzusenden. — Das Evidenzbureau des Generalstabes benötigt zwei für absehbare Zeit zum Front- und Ausbildungsdienste untaugliche Oberoffiziere, welche der italienischen Sprache mächtig sind und mit Rücksicht auf die Eigentümlichkeit des Dienstes dem Berufsoffiziersstande angehören müssen. Geeignet erscheinende Offiziere der Infanterie- oder Jägertruppe oder der Kavallerie sind ehestens den Militärkommandos namhaft zu machen.

Reichspost
24. [illegible]. 1917

56

Unsere Invalidenschulen. Vom Lande schreibt man uns: Die Fürsorge, die Oesterreich seinen Invaliden angedeihen läßt, hat weit über die Grenzen des Reiches hinaus Anerkennung gefunden. Wenn daher hier auf einen eingeschlichenen Mangel aufmerksam gemacht wird, geschieht es gewiß nicht, um Vorwürfe zu erheben, sondern um zur Abhilfe anzuregen. Wie ein dem Schreiber dieses persönlich interessierender Fall zeigt, knüpft man bei den entscheidenden Stellen die Möglichkeit, eine Invalidenschule zu besuchen in neuerer Zeit daran, daß der verunglückte Soldat in seiner Jugend eine Bürgerschule besucht hat. Das ist erstens hart und zweitens nicht ganz gerecht. Hart, weil dadurch der größere Teil unserer Invaliden von der Fortbildung durch die Invalidenschulen und damit von leichterer Sicherstellung ihrer Zukunft ausgeschlossen wird. Man denke nur, wie wenig Bürgerschulen vor 20 bis 30 Jahren, wo unsere invaliden Brüder zumeist schulpflichtig waren, bestanden. Es wird gerade der ältere, am meisten Fürsorge bedürftige Teil unserer schwer verwundeten Helden von einer Wohltat, auf die sie so gut wie jüngere Anspruch haben, ausgeschlossen. Und darin liegt zum Teile auch schon eine Ungerechtigkeit, die noch verallgemeinert wird durch die Tatsache, daß auf dem Flachlande nirgends Bürgerschulen bestanden und bestehen, daß also gerade den invaliden Söhnen von Bauern und landwirtschaftlichen Arbeitern der Besuch der Invalidenschulen unmöglich gemacht wird. Und doch haben gerade sie im Kriege dem Vaterland nicht kleinere Dienste geleistet als die Stadtkinder. Gleiches Recht für alle. Auch der Bauernbub bringt häufig genug so viel gesunden Hausverstand mit, daß er mit Nutzen die Invalidenschule besuchen kann und es wäre traurig, nur ehemaligen Bürgerschülern die notwendige Geistesverfassung zuzuschreiben und ihnen damit eine große Reihe von leichter zu versehenden Diensten und Stellen reservieren zu wollen. Wie sie alle dem Vaterland die Treue gehalten haben, so auch das Vaterland ihnen. Treue um Treue.

Neues Wiener Tagblatt
25./VI. 1917

Landwirtschaftliche Bücher für die Kriegsverletzten.

Nahezu an 1000 Kriegsverletzte haben an den landwirtschaftlichen Lehranstalten Niederösterreichs bis heute mehrmonatigen Unterricht genossen.

Ein großer Teil derselben hat bereits Gelegenheit, das Gelernte in der Heimat praktisch zu verwerten; die Folge hievon wird eine gesteigerte Erzeugung auf allen landwirtschaftlichen Produktionsgebieten sein.

Die Schulung der Kriegsverletzten bedarf aber eines wichtigen Behelfes, des Lehrbuches, der Fachliteratur, um ihr Ziel völlig zu erreichen.

Das auf Anregung des niederösterreichischen Landesausschusses eingesetzte Komitee wendet sich daher an die gesamte Oeffentlichkeit mit der eindringlichen Bitte, durch Geldspenden an der Förderung dieser Aktion mitzuwirken.

Geldspenden wollen an die Niederösterreichische Landeshypothekenanstalt in Wien, 1. Bezirk, Löwelstraße Nr. 18, mit dem Vermerk „Bücheraktion" gesendet werden.

Protektoren: Ministerpräsident Heinrich Graf Clam-Martinitz, als Leiter des Ackerbauministeriums; Minister für Kultus und Unterricht Dr. Max Freiherr Hussarek v. Heinlein.

Ehrenpräsident: Landmarschall Prinz Alois von und zu Liechtenstein.

Präsident: Landesausschuß Johann Mayer.

Mitglieder: Ministerium für Kultus und Unterricht: Bezirksschulinspektor Karl Gerstner; Ackerbauministerium: Regierungsrat Dr. Heinrich Leithe; niederösterreichische Statthalterei: Hofrat Moritz Lander; niederösterreichischer Landesschulrat: Vizepräsident Josef v. Braitenberg; Landwirtschaftsgesellschaft: Regierungsrat Professor Josef Häusler; Gartenbaugesellschaft: Professor Dr. Hans Molisch; Oesterreichische Fischereigesellschaft: kaiserlicher Rat Otto Egger Ritter v. Möllwald; niederösterreichischer Landeskulturrat: Dr. Peter Sabatini; Hilfsverein vom Roten Kreuz: Franz Graf Thurn-Valsassina; Kriegsfürsorgeamt: Gesandter Freiherr v. Riedl; Hochschule für Bodenkultur: Hofrat Professor Doktor v. Liebenberg; Schriftsteller- und Journalistenverein „Concordia": kaiserlicher Rat Basch; Klub Wiener Presse: Chefredakteur Konrad Rumpf; Niederösterreichischer Forstverein: Forstrat Laschtowiczka; Verein der österreichisch-ungarischen Buchhändler, Allgemeiner Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Oesterreich: Dr. P. Freiherr von Störk und Stadtpfarrer Abg. Bauchinger; Obstbau- und Pomologengesellschaft: Regierungsrat Lauche; Landesobstbauverein: Präses Hugo M. Müller; Reichsforstverein: Ministerialrat Wiltsch; Reichsweinbauverein: Direktor Wenisch; Reichsverein für Bienenzucht: Dozent Muck, Weinbaudirektor Reckendorfer, Dr. Schwerdtner, Regimentsarzt Dr. Hitschmann, Alois Alphonsus; niederösterreichischer Landesausschuß (Amtsstelle zur Fürsorge für die der Landwirtschaft angehörenden Kriegsinvaliden): Landesrat Dr. Kastner, Landessekretär Dr. Deutschmann, Direktor Gölzlert.

Frankfurter Zeitung

26. VI. 1917

26
58

Die Versorgung der Kriegsbeschädigten.

N Berlin, 25. Juni. (Priv.-Tel.) Durch die Sammlung, die der Reichsausschuß für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene der Gefallenen eingeleitet hat, ist in weiten Kreisen Beunruhigung entstanden aus der Auffassung heraus, daß die gesetzliche Hilfe, wenn auch nicht ganz ausgeschaltet, so doch auf ein geringeres Maß herabgedrückt und die Fürsorge für die Opfer des Krieges auf die private Wohltätigkeit abgewälzt werden sollte. Demgegenüber wird uns von zuständiger Stelle erklärt, daß das Kriegsministerium diesem Aufruf des Reichsausschusses vollständig fernsteht und ihn vor der Veröffentlichung nicht gekannt hat. Entsprechend den Erklärungen, die der General von Langermann im Reichstage, im Plenum und in den Kommissionen abgegeben hat, hält es die Heeresverwaltung für ihre heiligste und vornehmste Pflicht, für die Kriegsbeschädigten und für die Hinterbliebenen, soweit es irgend möglich ist, und mit allen Kräften zu sorgen, und das Kriegsministerium weiß sich dabei in Uebereinstimmung mit dem Reichstage. Schon jetzt wird neben der gesetzlich vorgeschriebenen Rente eine sogenannte Zusatzrente gewährt, die sich von der gesetzlichen Rente dadurch unterscheidet, daß sie unabhängig vom Dienstgrad unter Zugrundelegung des vor dem Krieg bezogenen Einkommens bemessen wird. Die Mittel für diese Zusatzrenten werden aus dem sogenannten Beerfonds genommen, der vom Reichstag dem Kriegsministerium in unbeschränkter Höhe bewilligt worden ist. Die Heeresverwaltung steht auf dem Standpunkt, daß sie durch keine private Sammeltätigkeit ihrer gesetzlichen und ethischen Verpflichtung gegenüber den Kriegsbeschädigten und den Hinterbliebenen enthoben werden kann

Reichspost
27./VI. 1917

Eine Widmung für die Kriegerheimstätten.

Das unterm Ehrenschutz der Frau Erzherzogin Isabella stehende Dänische-Decken-Arbeitskomitee hat beschlossen, die gesamten Mittel dieser Aktion — bestehend aus Arbeitsmaschinen und Werkzeugen, Vorräten und einem angesammelten Barfonds, zusammen im Werte von über einer halben Million Kronen — der Gemeinde Wien mit der Widmung zu übergeben, daß in den Wiener Kriegerheimstätten Beschäftigung für die dort untergebrachten Krieger geschaffen werde. Die Aktion wird vorläufig bis zur Vollendung der Kriegerheimstätten im städtischen Asyl- und Werkhause fortgeführt. Ich muß besonders hervorheben, daß die Bestände zum Teile überhaupt nicht beschafft werden können. Die hochherzige Widmung, um welche sich G. d. J. Gottfried v. Seibt und Frau Generalkonsul Emmy v. Medinger besonders verdient gemacht haben, erscheint daher in jeder Hinsicht ebenso glücklich wie dankenswert. Für eine der schwierigsten Sonderfragen im ganzen Kriegerheimstättenproblem, nämlich die angemessene Beschäftigung der angesiedelten Krieger, wird durch diese Widmung eine wertvolle Grundlage geschaffen.

Der Bürgermeister spricht namens des Gemeinderates den besten Dank aus.

Österr. Volkszeitung

29./VI. 1917

60

Das Riesenlager in der Hegelgasse.

Der Erfolg des österreichischen Taschentuchtages. — Das Ergebnis in Wien und in 220 Bezirkshauptmannschaften. — Berge von Wäsche und Leinenwaren. — Die Spenden der Armen. — Sammlungen unter feindlichem Granatfeuer.

In der vergangenen Woche erregte ein eigenartiges Sammelaufrufplakat die Aufmerksamkeit: „Spendet ein Taschentuch!" So lautete die Bitte, die dem am 16. und 17. d. M. in Wien abgehaltenen und jetzt für die nächste Zeit in allen Provinzstädten anberaumten „Taschentuchtag" als Leitmotiv dienen sollte. Es galt, Wäsche für Fürsorgezwecke, zur Bekleidung von Soldatenkindern, Kriegsinvaliden und Pfleglingen des Roten Kreuzes zu beschaffen und schon die bescheidene, auf das erreichbarste Minimum einer Gabenhoffnung zurückgeführte Formel des Aufrufes: „Spendet ein Taschentuch" deutete an, daß man im Hinblick auf die schon zahlreich stattgefundenen Sammeltage nur ganz maßvoll neuerlich an das Publikum appellieren wolle.

Wie wurde nun die Idee aufgenommen, sozusagen „aus einem Dutzend heraus" ein Tüchlein zu nehmen und es für den wohltätigen Zweck zu spenden? Auf der Straße hatte die übliche Sammelpropaganda mit Blechbüchsen, Kindern und körbchentragenden Komiteedamen so vollständig gefehlt, daß man sich erst durch das Plakatdatum an die Abhaltung dieses stillsten und zurückgezogensten sämtlicher bisheriger Sammeltage erinnerte. Trotzdem hat der „Taschentuchtag" einen ganz außerordentlichen Erfolg erzielt. In weiten Räumen des Hegelspitals und des Pädagogiums in der Hegelgasse bietet sich dem Besucher ein Wäschelager von einer Fülle und einem Umfange, die erfreulich sind.

Unter Aufsicht und Leitung der Baronin Popp werden fortwährend neuergänzte Riesenberge von Wäsche aller erdenklichen Sorten und Qualitäten in den Sälen des großen Häuserkomplexes im Schwarzenbergviertel der Innern Stadt aufgestapelt. Vom „blühweißen" Leintuch bis zum Waschhäubchen, vom Tischtuch bis zum Hemd und Mieder sind alle Gattungen vertreten. Kinderwäsche in Mengen, ganze Bettgarnituren sind reichlich gespendet, Hemden gleich dutzendweise und erst die vielen, vielen Taschentücher! Feinster Chiffon neben dem einfachen, aber durch den Edelmut des armen Gebers geadelten Baumwollhemd. Immer schwieriger wird es, Raum zu schaffen. Die Sachen werden, soweit notwendig, in großen Kesseln desinfiziert, sterilisiert. Dann werden sie genau sortiert — Baumwolle, Leinwand — je nach einzelnen Sorten, brauchbare Stücke sorgsam geplättet, gereinigt, unbrauchbare der neuerlichen Verspinnung zugeführt. Neue Räume werden herangezogen, in Stand gesetzt, denn noch ist aus den Provinzen das Hauptkontingent zu erwarten.

Ein ungewöhnlicher Erfolg, gerade vielleicht wegen der diskreten Art der Einleitung, meint der Funktionär, der den Besucher empfängt. Man wollte diesmal mit einem Mindestmaß von Belästigung das Höchstmaß der Leistung erreichen, mit der größten Behutsamkeit vorgehen, nicht das Publikum allzusehr „drängen" — und gerade dieses System hat sich bewährt. Man hört wieder das Hohelied vom längst bekannten humanen Sinn der Allerärmsten. Gerade sie haben am meisten getan. Viele arme Leute haben buchstäblich ihr eigenes Bett hergegeben. Es war ergreifend. Je einfacher und schlichter die Bevölkerung ist, desto mehr Opferwillen bringt sie auf. Unzählige Beweise dafür bot der Taschentuchtag.

Reichspost

30./VI. 1917

61

* Abschluß der Aktion „Gold gab ich für Eisen". Das Kriegshilfsbureau des Ministeriums des Innern hat die Sammlung von Edelmetall unter dem Merkwort „Gold gab ich für Eisen", die, seit 18. August 1914 vom Bezirkshauptmann Grafen Oldofredi geleitet, rund 2½ Millionen erbrachte, abgeschlossen. Die von der Sammlung gewonnenen künstlerisch oder geschichtlich wertvollen Stücke, welche von der Einschmelzung ausgenommen wurden, sollen nach Zulaß der kriegshumanitären Zwecke, für die sie gewidmet wurden, der Allgemeinheit erhalten bleiben. Zu diesem Ende werden dieselben in einem späteren Zeitpunkte in Museen öffentlich zum Kaufe angeboten und nur insoweit sie solcherart den Fürsorgezwecken der Sammlung nicht nutzbar gemacht werden könnten, zur öffentlichen Versteigerung gebracht werden. Mitteilungen und Sendungen, welche sich auf das abgeschlossene Sammelwerk beziehen, sind fortab ausschließlich an das Kriegshilfsbureau des Ministeriums des Innern, Wien, Hoher Markt 5, zu richten.

Reichspost

4./VII. 1917

62

Die Soldatenheime.

Die Sammlung der katholischen Vereine und Zeitungen in der Diözese St. Pölten.

Die katholischen Vereine und Zeitungen der Diözese St. Pölten haben in den letzten Monaten eine Sammlung zur Stiftung von Soldatenheimen für die heimischen Regimenter eingeleitet, die ein ganz besonders glänzendes Ergebnis aufzuweisen hat. Es sind an das Oesterreichische Zentralkomitee zur Errichtung von 25 Soldatenheimen für unsere Kampftruppen Kr. 18.226.68 abgeführt worden, der Rest soll auf guten Lesestoff für unsere Soldaten verwendet werden. Gestiftet sind im ganzen 25 Soldatenheime worden, u. zw.: 1 n.-ö. Landes-Lehrerseminar St. Pölten (Kopaljäger), 1 Pfarre Euratsfeld (Schützenreg. 21), 1 Pfarre Oberndorf a. d. M. (Inf.-Reg. 49), 1 Pfarre Haag (Schützenregiment 21), 1 Pfarre Stift Ardagger (freie Wahl), 4 „St. Pöltner Zeitung" (Kopaljäger, Inf.-Reg. 49, Schützenreg. 21, Landst.-Reg. 21), 3 „Ybbstal-Zeitung" (Inf.-Reg. 49, Schützenreg. 21, Landst.-Reg. 51), 2 „Kremser Zeitung" (Inf.-Reg. 49, Schützenreg. 21), 1 „Eggenburger Zeitung" (Inf.-Reg. 84), 1 „Ybbstal-Zeitung" — Amstetten (Inf.-Reg. 49), 1 „Ybbstal-Zeitung" — Ybbs (Schützenreg. 21), 2 Katholischer Volksbund (Inf.-Reg. 49, Landst.-Reg. 21), 1 „N.-ö. Donauheimat" (Inf.-Reg. 49), 1 Kathol.-patriot. Volks- und Preßverein (Schützenreg. 21), 2 n.-ö. Mostviertel (Schützenreg. 21, Inf.-Reg. 49), 2 n.-ö. Waldviertel (Inf.-Reg. 49. Schützenreg. 21). Es erhielten somit von unseren heimischen Regimentern Soldatenheime:

Kopaljäger zwei, Inf.-Reg. 49 neun, Inf.-Reg. 84 eines, Schützenreg. 21 neun, Landst.-Reg. 21 zwei, Landst.-Reg. 51 eines, unbestimmt eines. Außerdem langten sehr viele Bücher ein, die dem Zentralkomitee übermittelten Bücherkisten wogen fast 1000 Kilogramm.

Pester Lloyd Abendbl. 4./VII. 1917

63

Vier Millionen für die Kriegsblinden.

Von **Professor Emil v. Größ.**

Im Herbst werden es drei Jahre sein, daß ich mich im Pester Lloyd an die ungarische Gesellschaft wendete und sie bat, ihre den Kriegsblinden zugedachten Spenden im Interesse des gerechten Verteilens an den Vizepräsidenten der Landes-Kriegsfürsorgekommission zu senden. Der Vizepräsident der Kommission Herr Elemér v. Simontsits hat sich der guten Sache mit großem Eifer angenommen und auf sein an die Presse gerichtetes Schreiben kamen die Spenden in Strömen.

Am 12. Februar 1915 veranstaltete der gewesene Ministerpräsident Graf Tißa eine Konferenz, die eine Landeskommission für Kriegsblinde konstituierte. Die Kommission hielt ihre erste Sitzung am 14. März 1915, die letzte im Juni desselben Jahres. Am 1. November 1915 übernahm das kön. ungarische Invalidenamt die Fürsorge der Kriegsblinden.

Wie aus Mitteilungen des Herrn Blindenlehrers Franz Kirschenheuter ersichtlich, ist die Zahl der Kriegsblinden, die in Evidenz gehalten sind, zirka 400, es ist aber höchst wahrscheinlich, daß die gesamte Zahl in den ersten drei Kriegsjahren 500 erreicht.

Aus einer jüngst veröffentlichten halbamtlichen Mitteilung erfahren wir, daß der geschäftsführende Vizepräsident Elemér v. Simontsits die Summe von beinahe vier Millionen Kronen dem Landes-Kriegsfürsorgeamt übergeben hat.

In Oesterreich wurden für die Kriegsblinden vier Millionen gesammelt. In Deutschland hat die Kriegsblindenstiftung fünf Millionen Mark erreicht. Die Opferwilligkeit der ungarischen Gesellschaft verdient die größte Anerkennung und die aufrichtigste Bewunderung.

Die ungarische Gesellschaft hat das Recht zu verlangen, daß ihre Mitwirkung in der Verteilung der Spenden, in der Fürsorge für die Kriegsblinden in Anspruch genommen werde. Die in 1915 konstituierte Landeskommission wäre berufen gewesen, an dieser Arbeit teilzunehmen. Da nun die Spenden dem Kriegsfürsorgeamt übergeben wurden, ist es notwendig, im Rahmen des bereits konstituierten Kriegsfürsorgesenats eine besondere Kommission zu bilden, die das Amt mit Rat und Tat unterstützt. Dies verlangt die Zukunft der Kriegsblinden, die aus dem Kriegsblindeninstitut scheiden, dies erwartet die Gesellschaft, die durch ihre Opferwilligkeit ein ansehnliches Kapital zusammenbrachte.

Hamburger Fremdenblatt
6./VII. 1917

Sollen wir für die Kriegsbeschädigten sammeln?

Hamburg, 6. Juli.

Der Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge schreibt uns:

Der kürzlich bekanntgegebene Plan des Reichsausschusses, gemeinsam mit den Landes- und Provinzialorganisationen der Kriegsbeschädigtenfürsorge eine allgemeine deutsche Sammlung für die Kriegsbeschädigten in die Wege zu leiten, ist in der Presse auf Widerspruch gestoßen, zumeist mit der Begründung, daß hier allein das Reich eintreten und erforderlichenfalls die bisherigen Rentensätze erhöhen müsse; freiwillig gespendete Gaben seien Almosen und der Kriegsbeschädigten unwürdig.

Der Reichsausschuß hat stets den Standpunkt vertreten, daß dem Reich die Rentenversorgung der Kriegsbeschädigten in vollem Umfange zufällt und in Fühlung mit den Vertretern aller Berufsgruppen und Parteien eingehende, an Bundesrat und Reichstag gerichtete Vorschläge, insbesondere über die Gewährung von Zusatzrenten zur Berücksichtigung des Arbeitseinkommens und des Familienstandes ausgearbeitet. Der Reichsausschuß hat daher auch nicht im entferntesten daran gedacht, durch eine allgemeine Sammlung eine Entlastung des Reiches auf dem Gebiete der Rentenversorgung anzustreben.

Aber auch bei denkbar günstigstem Ausgang des Krieges und bei weitherzigster gesetzlicher Regelung ist es vollkommen ausgeschlossen, auf gesetzlichem Wege allein in jedem Falle so zu helfen, wie es unserem vaterländischen Empfinden entspricht. Jede gesetzliche Regelung trägt notwendig etwas Schematisches an sich und ist in ihrer Starrheit außerstande, dem Bedürfnis und der Dringlichkeit des Einzelfalles gerecht zu werden. Die Praxis der bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge hat erwiesen, daß nur zu oft Fälle übrig bleiben, in denen schnell und weitgehend geholfen werden muß, wie es eben nur die freiwillige Liebestätigkeit kann.

Auch die vom Kriegsministerium bewilligten Ergänzungsrenten des Härteausgleichsfonds können nicht völlig ausreichende Hilfe bringen. Dies geht schon aus den zurzeit für die Bewilligung dieser Ergänzungsrenten maßgebenden, naturgemäß enggezogenen Grundsätzen hervor. Dann denke man auch an die Fälle der kranken oder sonstwie beschädigten Kriegsteilnehmer, die nach dem Gesetz ohne Rente entlassen werden müssen (Rentenlose) und daher vielfach ganz auf die freie Liebestätigkeit angewiesen sind. Auch zur tatkräftigen Durchführung der Berufsausbildung, Arbeitsvermittlung, Ansiedlung der Kriegsbeschädigten, zur Fürsorge für Sieche und ihre Familien sind neben den Zuschüssen, die das Reich gewährt, beträchtliche Mittel der freien Liebestätigkeit unentbehrlich.

Wenn gleichwohl die Anregung des Reichsausschusses zu einer Sammlung für Kriegsbeschädigte auf Widerspruch gestoßen ist, so muß ein Mißverständnis über Aufgaben und Ziele dieses Planes vorliegen. Für die Opfer des Krieges ist seit Kriegsbeginn in größtem Umfange unter Führung oberster Reichs- und Staatsbehörden bei uns allenthalben gesammelt worden. Niemand ist es dabei bisher in den Sinn gekommen, solche Spenden als Almosen anzusehen, die die Rechte der Bedürftigen auf angemessene gesetzliche Fürsorge mindern könnten. Für die Hinterbliebenen der Gefallenen allein verfügt die Nationalstiftung dank der ihr von allen Behörden und aus allen Kreisen des Volkes zuteil gewordenen Unterstützung über die stattliche Summe von bald hundert Millionen Mark. Warum soll das deutsche Volk nicht auch den Kriegsbeschädigten und ihren Familien seinen Dank durch freiwillige Opfer zum Ausdruck bringen dürfen?

Bei einzelnen Sammlungen haben sich allerdings Mißstände herausgestellt. Für kleinere Gruppen von Kriegsbeschädigten, die bald nach der Art ihrer Beschädigung, bald nach dem einzelnen Fürsorgezweck oder sonstigen Sondergesichtspunkten willkürlich umgrenzt sind, wurden bedeutende, bisweilen unverhältnismäßig große Summen von privaten Vereinen und Vereinigungen zusammengebracht. Nicht selten spielte hier ein bedenklicher Wohlfahrtsdilettantismus eine Rolle. Gerade diesen Mißständen will der im Einverständnis mit maßgebenden Reichs- und Staatsstellen entstandene Plan des Reichsausschusses entgegenwirken. Es sollen unter Ausschaltung privater Liebhabereien die freiwilligen Gaben nach einheitlichen Grundsätzen gesammelt und an die Stelle des wirklichen Bedürfnisses geleitet werden. Die gebefreudigen und gebebereiten Kreise, die durch die „wilden" Sammlungen vielfach mit Recht verärgert und zu einer gewissen Zurückhaltung gebracht waren, werden gern ihre Spenden für die Kriegsbeschädigten darbringen, wenn sie wissen, daß das Geld an die richtige Stelle kommt.

Wie bei der Fürsorge für die Hinterbliebenen darf es auch bei der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten nicht heißen: staatliche oder freiwillige Fürsorge, sondern staatliche und freiwillige Fürsorge!

Reichspost 11./VII. 1917

65

Die Wiener Kriegerheimstätten.

Uebernahme der Mittel der Aktion „Dänische Decken" zur Beschäftigung der Invaliden. — Bildung des Kuratoriums des Kriegerheimstättenfonds.

Wie wir bereits berichteten, gehen die Mittel der unter dem Ehrenschutze der Erzherzogin Isabella stehenden Aktion „Dänische Decken" in die Verwaltung der Gemeinde Wien über, um als ein dem Wiener Kriegerheimstättenfonds angegliederter Spezialfonds den Invaliden Arbeit und Verdienst zu schaffen. Aus diesem Anlasse hatten sich am 9. d. im Palais Erzherzog Friedrich die leitenden Persönlichkeiten der Aktion, Vorsitzender G. d. J. Gottfried Seibt Edler v. Ringenhart, die Vizepräsidentin des Damenkomitees Frau Generalkonsul Emmy v. Medinger, die Mitglieder des Damenkomitees Frau Fränkl-Thonet, Frau Szerena Lederer, Frau Thonet-Wurmb, weiters kaiserl. Rat Huber und Hans v. Medinger; für die Gemeinde Wien Bürgermeister Doktor Weiskirchner, Obermagistratsrat Dr. Dont und Magistratsrat Dr. Sagmeister eingefunden, um mit Zustimmung der Schutzfrau die Uebergabe zu vollziehen. G. d. J. Gottfried v. Seibt E. v. Ringenhort richtete an Frau Erzherzogin Isabella eine Ansprache, in welcher er die Entwicklung des Unternehmens in großen Zügen schilderte, betonte, wie sehr der erzielte Erfolg der Förderung durch die höchste Schutzfrau zu danken sei und der Hoffnung Ausdruck gab, daß in ihrer neuen Widmung die bewährten Einrichtungen und Mittel des Fonds weiterhin segensreich wirken werden. Bürgermeister Dr. Weiskirchner überreichte der Erzherzogin eine Ausfertigung der Widmungsurkunde und bat die hohe Frau, den Dank der Gemeinde für die hochherzige Zuwendung entgegenzunehmen; er wies darauf hin, in welch bedeutendem Maße die Kriegerheimstättenaktion der Gemeinde Wien als erstes größeres Unternehmen Oesterreichs in einer der wichtigsten und schwierigsten Fragen, der Beschäftigung der angesiedelten Krieger, durch die reichen Mittel und zweckmäßigen Einrichtungen der Aktion erleichtert werde. Besonderer Dank gebühre auch den leitenden Persönlichkeiten der Aktion Vorsitzenden General der Infanterie v. Seibt und der Präsidentin Emmy v. Medinger. Frau Erzherzogin Isabella erwiderte, daß sie gerne die Zustimmung zur Uebertragung an die Wiener Kriegerheimstätten gegeben habe. Sie habe stets mit Freuden die ungemein günstige Entwicklung der Aktion im Auge behalten und erwarte zuversichtlich, daß auch in der neuen Form dem Unternehmen ein voller Erfolg beschieden sei. Zum Schlusse nahm Ihre kaiserliche Hoheit durch Bürgermeister Dr. Weiskirchner die Vorstellung des administrativen Berichterstatters des Wiener Kriegerheimstättenfonds Magistratsrates Dr. Sagmeister entgegen und zog alle anwesenden Persönlichkeiten in ein längeres, angeregtes Gespräch.

Das Kuratorium des Wiener Kriegerheimstättenfonds ist nunmehr vollzählig gebildet und wird demnächst seine Konstituierung vornehmen. Der Leiter des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, Sektionschef Emil Homann Ritter v. Herimberg, hat im Einvernehmen mit dem Landmarschall des Erzherzogtums unter der Enns an den Bürgermeister das Ersuchen gerichtet, „in Würdigung der Tatsache, daß die Schaffung dieses Fonds vor allem der unermüdlichen Initiative des Bürgermeisters zu danken ist und daß er in erster Linie an dem Wirken und Gedeihen dieses Wiener Fonds beteiligt sei, die Stelle des Oberkurators bei diesem Fonds auf die Dauer von drei Jahren anzunehmen. Bgm. Dr. Weiskirchner hat diesem Ersuchen entsprochen. Als Oberkurator-Stellvertreter wurden bestellt: Aus der Kurie des Staates Ministerialrat Dr. Franz Meinzinger Edler v. Meinzingen, aus der Kurie des n.-ö. Landesausschusses LA. Johann Mayer, aus der Kurie der Gemeinde Wien GR. Leopold v. Steiner. Außer den genannten Persönlichkeiten sind als Kuratoren bestellt worden: von der Kurie des Staates Dr. Pauer, Oberbaurat Leop. Arndt, Ministerialrat Johann Popper, Finanzrat Ewald Hovansky, als stellvertretende Kuratoren: Oberfinanzrat Dr. Thaddäus Uhle und Ministerialsekretär Bohdan Bulyk. Aus der Kurie des Landes Niederösterreich wurden zu Kuratoren bestellt: Landesrat Dr. Alois Kastner und Buchhaltungsdirektor Viktor Morwitzer, aus der Kurie der Gemeinde Wien: VB. Franz Hoß, GR. Leopold Kunschak, GR. Dr. Ignaz Stich und als Kuratorstellvertreter StR. Ludwig Zatzka. Der Minister für Landesverteidigung hat als Vertreter der Militärverwaltung entsendet: Sektionsrat Dr. Robert Edlen v. Schich und Landwehr-Oberintendanten Ludwig Eitl. Als Vertreter mit beratender Stimme gehören dem Kuratorium namens der Zentralstelle für Wohnungsreform in Oesterreich Hofrat Dr. Rudolf Maresch und Oberbaurat Julius Koch an. Auch die Geschäftsführung des Fonds ist bereits satzungsgemäß eingerichtet und zum administrativen Berichterstatter der Vorstand des Wohnungsamtes der Stadt Magistratsrat Dr. Alois Sagmeister, zum technischen Berichterstatter Stadthaudirektor Ingenieur Dr. Heinrich Goldemund bestellt worden. Mit dem Rechnungs- und Kontrolldienst wurde der Rechnungsrat der Stadtbuchhaltung Hans Oheral betraut.

Der Entwurf für eine neue Bauordnung. Der Wiener Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung die Wahl von achtzehn Mitgliedern in den Gemeinderatsausschuß zur Beratung des Entwurfes einer neuen Bauordnung für Wien vorgenommen. Es wurden gewählt die Gemeinderäte Ludwig Biber, Franz Bretschneider, Anton David, Theodor Eglauer, Franz Eigner, Georg Emmerling, Dr. Franz Hemala, Alfons Herold, Franz Huber, Franz Kubacsek, Leopold Kunschak, Edmund Melcher, Heinrich Roth, Hans Schneider, Dr. Rudolf Schwarz-Hiller, Dr. Ignaz Stich, Franz Ullreich und Ludwig Zatzka.

Neues Wiener Tagblatt
12./VII. 1917

Erzherzog Karl Stephan für die Kriegserblindeten.

Letzten Montag unternahm Erzherzog Karl Stephan in Begleitung des Kammervorstehers Grafen Parsival Pachta-Rayhofen, des Gouverneurs der Bodenkreditanstalt Karl Ritter v. Leth, des Direktors dieses Instituts Professor Dr. Richard Reisch und des Präsidenten des Vereines „Kriegsblindenheimstätten" Kommerzialrat Heinrich Grimm eine Exkursion nach Leopoldau, wo die Bodenkreditanstalt einen großen Komplex in sehr schöner Lage besitzt. Der Erzherzog besichtigte dort die für Kriegserblindete zur Verfügung gestellten Baugründe, auf denen die Bodenkreditanstalt drei Heimstätten errichten und dem Verein „Kriegsblindenheimstätten" kostenlos ins Eigentum übergeben wird. Die restlichen Heimstätten auf diesen Gründen erbaut der genannte Verein aus eigenen Mitteln selbst.

Von hier begab sich der Erzherzog in Begleitung seines Kammervorstehers und des Kommerzialrates Heinrich Grimm nach Straßhof, um die großen Terraine, gemeinsames Eigentum der Kreditanstalt für Handel und Gewerbe und der Baufirma Redlich u. Berger, zu besichtigen. Oberbaurat Redlich, durch Unwohlsein am Erscheinen verhindert, hatte Ingenieur Steiner zum Empfang des Erzherzogs entsandt. Die Besichtigung der von Oberbaurat Redlich für den Verein „Kriegsblindenheimstätten" gewidmeten Plätze fanden den besonderen Beifall des Erzherzogs. Dem Verein wurden auf diesen Gründen vollständig gebührenfrei drei komplette Heimstätten mit einem Garten und einem kleinen Stück Feld gewidmet, und zwar je eine von Oberbaurat Redlich, der Kreditanstalt und der Terraingesellschaft m. b. H. Außerdem erbaut Oberbaurat Redlich dem Verein dort drei weitere Heimstätten zum Selbstkostenpreis. Der Verein wird auf den in dieser Gegend gewidmeten Gründen aus eigenen Mitteln je nach Bedarf weitere Heimstätten errichten.

Beim Abschluß der Exkursion äußerte sich Erzherzog Karl Stephan dem Kommerzialrat Heinrich Grimm gegenüber in anerkennender Weise über die neuen Widmungen zugunsten der kriegserblindeten Krieger.

Fremdenblatt
17./VII. 1917

(Eröffnung eines Kriegsblindenheims.) In würdiger Weise wurde am 15. d. das neue Kaiser Karl-Kriegsblindenheim in Baumgarten eröffnet. Im sonnigen Korbflechtersaale hielt der Präsident des Vereines Hofrat Edler v. Herdlicka eine herzliche Ansprache, in welcher er jener Faktoren gedachte, welche durch Subventionen und Geschenke den Bau des Kriegsblindenheimes ermöglichten, sodann jenen Funktionären des Vereines dankte, welche sich um das Zustandekommen des Neubaues verdient gemacht hatten. Er wandte sich sodann an die Kriegsblinden selbst, hieß sie herzlichst willkommen und sprach die Hoffnung aus, daß sie sich in dem neuen Heime wohlfühlen werden, daß sie sich Kenntnisse und Fertigkeiten in einem Blindengewerbe zur Sicherung ihrer Zukunft erwerben wollen und daß sie unter Umständen, wenn sie in der Welt verlassen dastehen, das Heim als dauernde Heimstätte betrachten sollen. Regierungsrat Mell gab sodann einen kurzen Ueberblick über die Entwicklung des von ihm vor 23 Jahren gegründeten Vereines, gedachte hiebei der ihm zur Seite gestandenen Persönlichkeiten und betonte, daß es besonders der Sachkenntnis und der Energie des Architekten Karl Limbach zu danken ist, daß die Errichtung des Heimes in verhältnismäßig kurzer Zeit möglich wurde. Da das Heim den Namen des Kaisers führen darf, so wird es sich unter dem Schutze dieses Namens zum Wohle der Kriegsblinden weiterentwickeln. Die Versammlung stimmte begeistert in ein Hoch auf den Kaiser ein. Der Kriegsblinde Mittermayer erklärte namens seiner Kameraden, daß auch diese sich verpflichtet fühlen, ihren Dank für die freundliche Aufnahme im Heim auszusprechen. Der erblindete Krieger gedachte des fürsorglichen Waltens des Protektors der Kriegsblinden, Erzherzog Karl Stephan, er dankte besonders dem Leiter der Kriegsblindenzentrale, Regierungsrat Mell, für seine hilfreiche Betätigung und bat schließlich das Vereinspräsidium um gütiges Wohlwollen in kommender Zeit. Generalmajor v. Rochel begrüßte den Vereinspräsidenten namens des Kriegsministeriums und sprach dessen Dank für die Errichtung des Heimes aus mit dem Versprechen, dieser Institution fortgesetzt das Wohlwollen dieser hohen Stelle zu erhalten. Vor der kirchlichen Weihe ergriff Kooperator Schuckert in Baumgarten das Wort, um den Kriegsblinden den moralischen Wert der Beschäftigung und lohnenden Arbeit vor Augen zu halten. Hierauf besichtigten die Anwesenden sämtliche Räumlichkeiten, die hübsch ausgestatteten Wohnzimmer der Kriegsblinden, in welchen je zwei untergebracht sind, die Werkstätten und Verwaltungsräume, und mit dem Eindrucke, daß ein vorzügliches, durchaus gediegenes Werk der Fürsorge für die Kriegsblinden geschaffen wurde, verließen die Gäste das neue Kriegsblindenheim.

Vossische Zeitung
17. VII. 1917

17
68

Die Versorgung der Kriegsbeschädigten.

Wir erhalten folgende von den Reichstagsabgeordneten Arendt, Bauer-Breslau, Behrens, Böttger, Giesberts, Legien, Liesching, Moltenbuhr, Pfleger, Prinz Schönaich-Carolath, Sivkovich, v. Veit, Graf Westarp und v. Winterfeldt unterzeichnete Erklärung:

„Gegen die vom Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge in Aussicht genommene allgemeine Sammlung für Kriegsbeschädigte sind in der Presse mehrfach Bedenken geltend gemacht worden. Der Reichsausschuß steht auf dem Standpunkt, daß die Rentenversorgung der Kriegsbeschädigten in vollem Umfange Aufgabe des Reiches sei, und daß das Mannschaftsversorgungsgesetz dringend eines weiteren Ausbaues bedürfe. Jede gesetzliche Regelung trage aber etwas Starres an sich und könne daher den besonderen Verhältnissen des Einzelfalles nicht immer Rechnung tragen. Für den Ausgleich solcher Härten wie auch für die Durchführung der sozialen Fürsorge und zur Hilfe für die Rentenlosen seien daher weitere Mittel erforderlich, die nicht in unbeschränkter Höhe vom Reich zur Verfügung gestellt werden könnten und deshalb auf dem Wege der Sammlung aufgebracht werden müßten, ebenso wie dies auf dem Nachbargebiet der Hinterbliebenenfürsorge mit großem Erfolg durch die National-Stiftung geschehe. Eine allgemeine Sammlung sei auch das wirksamste Mittel gegen die „wilden Sammlungen".

Diese Erklärung bildete den Gegenstand einer Besprechung zwischen Vertretern des Reichsausschusses und der oben genannten Reichstagsabgeordneten, die der Kriegsbeschädigtenfürsorge als Angehörige der größeren Parteien nahestehen. Die Aussprache ergab volle Uebereinstimmung mit dem Standpunkt des Reichsausschusses. Man war sich auch darüber einig, daß die Sammlungen das Gebiet der Heeresverwaltung in keiner Weise berühren und daß der Vorschlag einiger Zeitungen, die Sammelgelder der bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge dem militärischen Einfluß zu unterstellen, selbstverständlich entschieden abgelehnt werden muß."

*

Auch wir haben, als der Plan einer öffentlichen Sammlung für die Kriegsbeschädigten auftauchte, unsere Bedenken und unsere Abneigung deutlich ausgesprochen, schrieben jedoch bereits in dem Aufsatz „Recht — nicht Almosen" vom 20. Juni: „Ganz kann die Heimat den unheilbar Beschädigten nicht ersetzen, was sie ihr gaben. Für sie und ihre Angehörigen wird ein drückender Rest zu tragen sein. Diesen peinlichen Rest mag die Wohltätigkeit wortlos, unauffällig und nie ermüdend zu lindern sich befleißigen." Wenn der Reichsausschuß seine Absicht lediglich auf die Zusammenfassung allen wohltätigen Bestrebens einschränkt, das über die soweit wie möglich auszudehnende Pflicht der Allgemeinheit hinausgeht, so ist dagegen nichts zu erinnern.

Neues Wiener Tagblatt

Abend

18./VII. 1917

69

(Ankunft eines Austauschinvalidenzuges.) Vor einigen Tagen ist hier ein Zug von Austauschinvaliden, die sich, aus russischer Gefangenschaft kommend, zuletzt in den Militärspitälern Leitmeritz und Kolin aufgehalten haben, eingetroffen. Die Invaliden befinden sich durchweg in Pflege des Vereinsreservespitals Nr. 9 in der Großen Mohrengasse Nr. 9. Ihre Namen sind: Infanteristen Johann Hübner LstJR 1/10 (Lgr.-Sp. Woronesch), Alois Gilg JR 93 (Lgr. Tigrda), Andreas Schuch SchR 24 (Lgr.-Sp. Nishnij Nowgorod), Schütze Johann Schöffmann SchR 4 (Lgr.-Sp. Nishnij Nowgorod), Gefrt. Mujo Mmedovic bh. JR 30 (Lgr.-Sp. Moskau), Infanterist Justin Podhornik JR 7 (Lgr.-Sp. Petersburg), Schütze Johann Brandstätter SchR 4 (Lgr.-Sp. Nishnij Nowgorod), die Infanteristen Karl Stefankowicz JR 53 (Lgr.-Sp. Nishnij Nowgorod), Johann Fischer JR 47 (Lgr.-Sp. Schucia), Tunjo Delich bh. 3 (Lgr.-Sp. Resania), die Schützen Franz Plawcak SchR 27 (Lgr.-Sp. Odessa), Engelbert Größenbauer SchR 2 (Lgr.-Sp. Nishnij Nowgorod), Iwan Kocijancic SchR 25 (Lgr.-Sp. Kiew), Inf. Franz Unterlosler SchR 4 (Lgr.-Sp. Nishnij Nowgorod), Schütze Franz Hagleitner SchR Nr. 2 (Lgr.-Sp. Nishnij Nowgorod), Inf. Georg Klainz SchR 4 (Lgr. Nishnij Nowgorod), Tit.-Gfrt. Max Guttmann JR 27 (Lgr.-Sp. Riasan), Inf. Paul Marot JR 7 (Lgr.-Sp. Kostroma), Kan. Peter Pavcar FJR 8 (Lgr.-Sp. Riasan), die Inf. Vinzenz Skandal JR 97 (Lgr.-Sp. Ribica), Radova Radriczjewic bh. JR 3 (Lgr.-Sp. Taschkent), Inf. Josef Scheufler JR 94 (Lgr.-Sp. Nishnij Nowgorod), LstInf. Philipp Neumann LstJR 1 (Lgr. Semska), die Inf. Karl Sikade JR 93 (Lgr.-Sp. Klimowic), Georg Danzer LstJR 1 (Lagerspital Pirjolin), Landsturminfanterist Anton Rumpa Heer (Lagerspital Ekaterinoslav), Korporal Alois Banatschek JR 8 (Lgr.-Sp. Ribinsk), LstInf. Josef Baloch JR 58 (Lgr.-Sp. Somara), die Inf. Johann Huschka JR 98 (Lgr.-Sp. Ribinsk), Georg Ranzer JR 41 (Lgr.-Sp. Noderadinske), Kan. Anton Knapp LstJR 21 (Lgr.-Sp. Tomsk), Drag. Alois Bauer DR 15 (Lgr.-Sp. Werchotirie), die Inf. Josef Hiti JR 97 (Lgr.-Sp. Moskau), Josef Maschat JR 93 (Lgr.-Sp. Kostrinia), Jg. Eduard Micheli TKR 3 (Lgr.-Sp. Kimischma), Schütze Anton Gumpel SchR 12 (Lgr.-Sp. Stanice Wella Knizetzkaja), EinjFr. TitVtr.F. Hubert Schatz FJB 27 (Lgr.-Sp. Riasan), LstInf. Martin Weitz HJR 18 (Lgr.-Sp. Nadozinsky), Inf. Johann Pitrek JR 100 (Lgr.-Sp. Kremischuk), Einj.-Fr. Schütze Johann Knorr SchR 9 (Lgr.-Sp. Schlüsselburg), LstInf. Josef Mata JR 76 (Lgr. Moskau), Honv. Stephan Krupich HJR 13 (Lgr.-Sp. Moskau), Inf. Franz Pauke JR 84 (Lgr.-Sp. Ribinsk), Kan. Josef Koren Lst.-Arb.-Abt. 12 (Lgr.-Sp. Moskau), LstInf. Anton Ochs JR 21 (Lgr.-Sp. Markow), Schütze Adolf Barawcika SchR 17 (Lgr.-Sp. Moskau), Schütze Barthelm Straus SchR 2 (Lgr.-Sp. Tula Omsk Moskau), Kan. Ferdinand Gruber LstJR 21 (Lgr.-Sp. Riasan), Hon. J. Augustin HJR 31 (Lgr.-Sp. Somara), die Infanteristen Franz Koch JR 47 (Lgr.-Sp. Krasnojarsk), Wenzel Drha JR 54 (Lgr.-Sp. Solikalitsch), Anton Banowicz bh. JR (Lgr.-Sp. Arikora), SJ. Andreas Sliszko bh. JR 4 (Lgr.-Sp. Riasan), Inf. Michael Galiat bh. JR 4 (Lgr.-Sp. Ribinsk), Kan. Anton Barta SchR 24 (Lgr.-Sp. Ribinsk), Jäger Franz Beha TKJR 1 (Lgr.-Sp. Nishnij Nowgorod), Schütze Ludwig Schaffer SchR 4 (Lgr.-Sp. Nishnij Nowgorod), die Infanteristen Anton Gatsche SchR 26 (Lgr.-Sp. Paulus), Anton Pichler LstBezKdo. (Nishnij Nowgorod), Gefr. Josef Kroma SchR 7 (Lgr.-Sp. Nishnij Nowgorod), Inft. Anton Mirnik Sapp.-Bat. 3 (Lgr.-Sp. Moskau), Korp. Tit.-Zugsf. Theobald Strohmaier JR 4 (Lgr.-Sp. Wercha Tira), Sch. Rudolf Zinnecker SchR 8 (Lgr.-Sp. Charkow), Jgr. Anton Fuchs FJB 10 (Lgr.-Sp. Moskau), Inft. Andreas Hauld SchR 1 (Lgr.-Sp. Ribinsk), Sch. Anton Straßer SchR 24 (Lgr.-Sp. Nishnij Nowgorod), die Inft. Leopold Mestan LstJR 1 (Lgr.-Sp. Nishnij Nowgorod), Eduard Böhm JR 98 (Lgr.-Sp. Woronesch), Karl Halzel JR 84 (Lgr.-Sp. Werhaduria), Richard Mäller JR 91 (Lgr.-Sp. Omsk), Honved Georg Weißhappel HJR 13 (Lgr.-Sp. Tschibag, Sibirien), die Inft. Johann Retzel LstJR 39 (Lgr.-Sp. Nishnij Nowgorod) und Josef Safarik JR 8 (Lgr.-Sp. Nishnij Nowgorod).

Reichspost 20./VII. 1917

70

Unsere Invalidenschulen. In Nr. 288 der „Reichspost" vom 24. Juni d. J. schreibt ein Leser vom Lande, daß nur solche Kriegsbeschädigte in Invalidenschulen Aufnahme finden, die eine Bürgerschule besucht haben und daß hiedurch gerade den invaliden Söhnen von Bauern und den landwirtschaftlichen Arbeitern der Besuch der Invalidenschulen unmöglich gemacht wird. Diese Behauptung ist — wie uns die n. ö. Landeskommission zur Fürsorge für heimkehrende Krieger in Wien mitteilt — unrichtig. Vielmehr wird für den Besuch von gewerblichen-, land- und forstwirtschaftlichen Invalidenschulen ein bestimmtes Ausmaß von Schulbildung nicht gefordert. Aufnahme finden alle Kriegsbeschädigten, bei denen ein Erfolg der Schulung einigermaßen zu erhoffen ist. Der frühere Besuch der Bürgerschule ist nur Voraussetzung für die Aufnahme in Kurse, in denen Kriegsverletzte ohne eine solche Schulbildung dem Unterrichte gar nicht folgen könnte, wie z. B.: in Bank-, Versicherungs-, Telegraphisten- und höhere Handelskurse. Die Einteilung in eine Invalidenschule erfolgt erst nach vorheriger Berufsberatung durch fachkundige Organe, so daß jedem Kriegsbeschädigten, der seinen bisherigen Beruf überhaupt nicht mehr oder nicht im bisherigen Ausmaße ausüben kann, selbstredend seinen guten Willen vorausgesetzt — die Möglichkeit für eine seinen Fähigkeiten angemessene Schulung geboten wird. So wurden bis Ende 1916 an den landwirtschaftlichen Schulen in Niederösterreich 656 Kriegsbeschädigte, fast alle landwirtschaftliche Arbeiter oder Söhne von Bauern, in den verschiedensten Zweigen der Landwirtschaft ausgebildet, einige tausend Kriegsbeschädigte fanden in den Invalidenschulen des k. u. k. Reservespitales Nr. 11, an der vom Ministerium für öffentliche Arbeiten errichteten k. k. Kriegsinvalidenschule in Wien und den übrigen, von der Unterrichtsverwaltung zur Verfügung gestellten Schulen die gewünschte gewerbliche Schulung, ohne daß sie darum gefragt wurden, ob sie eine Bürgerschule oder nur eine Volksschule besucht haben.

Frankfurter Zeitung
23./VII.1917

23

Sollen wir für die Kriegsbeschädigten sammeln?

Zu dieser Frage erhalten wir noch folgende Zuschrift: „Gegen die vom Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge in Aussicht genommene allgemeine Sammlung für Kriegsbeschädigte sind in der Presse mehrfach Bedenken geltend gemacht worden. Daraufhin hat der Reichsausschuß im Einvernehmen mit dem Reichsamt des Innern der Presse einen aufklärenden Artikel zugänglich gemacht. Hiernach steht der Reichsausschuß auf dem Standpunkt, daß die Rentenversorgung der Kriegsbeschädigten in vollem Umfange Aufgabe des Reiches sei, und daß das Mannschaftsversorgungsgesetz dringend eines weiteren Ausbaues bedürfe. Jede gesetzliche Regelung trage aber etwas Starres und Schematisches an sich und könne daher den besonderen Verhältnissen des Einzelfalles durchaus nicht immer Rechnung tragen. Für den Ausgleich solcher Härten wie auch für die Durchführung der sozialen Fürsorge und zur Hilfe für die Rentenlosen seien daher weitere Mittel erforderlich, die nicht in unbeschränkter Höhe vom Reich zur Verfügung gestellt werden könnten und somit auf dem Wege der Sammlung aufgebracht werden müßten, ebenso wie dies auf dem Nachbargebiet der Hinterbliebenenfürsorge mit großem Erfolg durch die National-Stiftung geschehe. Eine allgemeine Sammlung sei auch das wirksamste Mittel gegen den in den „wilden Sammlungen" so vielfach zu Tage tretenden Wohlfahrtsdilettantismus.

Diese Erklärung bildete den Gegenstand einer Besprechung zwischen Vertretern des Reichsausschusses und den unterzeichneten Reichstagsabgeordneten, die der Kriegsbeschädigtenfürsorge als Angehörige der größeren Parteien nahestehen. Die Aussprache ergab volle Uebereinstimmung mit dem Standpunkt des Reichsausschusses. Man war sich auch darüber einig, daß die soziale Fürsorge und die hierfür notwendigen Sammlungen das Gebiet der Heeresverwaltung in keiner Weise berühren, und daß der Vorschlag einiger Zeitungen, die Sammelgelder der bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge dem militärischen Einfluß zu unterstellen, selbstverständlich entschieden abgelehnt werden muß.

Berlin, den 18 Juli 1917.

Arendt, Bauer-Breslau, Behrens, Böttger, Giesberts, Legien, Liesching, Molkenbuhr, Pfleger, Prinz Schönaich-Carolath, Sinzovich, v. Veit, Graf Westarp, von Winterfeldt."

Reichspost
26./VII. 1917

Die Wiener Kriegerheimstätten.

Ein Blick in das werdende Werk.

Das Kuratorium des Wiener Kriegerheimstättenfonds hielt am 24. d. seine erste Vollversammlung ab. Oberkurator Dr. Weiskirchner begrüßte die Erschienenen und gab der Genugtuung Ausdruck, daß die Initiative der Gemeinde Wien auf fruchtbaren Boden gefallen sei und die Sache der Wiener Kriegerheimstätten nunmehr zu jenem Punkte gebracht wurde, welcher bei den jetzigen Kriegsverhältnissen überhaupt erreichbar ist. Der von der Regierung bestellte Oberkuratorstellvertreter Ministerialrat Dr. v. Meinzingen richtete hierauf eine längere Ansprache an den Bürgermeister. Namens der Zentralstelle für Wohnungsreform gab Hofrat Dr. Rudolf Maresch dem Dank für die Berufung und der Bereitwilligkeit zur Mitarbeit Ausdruck. Der administrative Berichterstatter Magistratsrat Dr. Sagmeister brachte sodann die bisherigen Arbeiten und Ergebnisse zur Kenntnis des Kuratoriums.

Baudirektor Dr.-Ing. Goldemund, der die Kriegerheimstätten bauen wird, erstattete uns einen ausführlichen Bericht über den Stand der Projektsarbeiten. Sein lichtvolles Referat wurde wirkungsvoll unterstützt durch das in der Mitte des Saales aufgestellte vollständige Modell der ganzen Siedelung. Ebenso lagen die in einem Maßstabe von 1:200 bereits fertig gestellten Pläne dem Kuratorium vor. In Arbeit begriffen sind die Vorausmaße und Voranschläge. Mit den Erdarbeiten und der Kanalisierung könnte im Herbst begonnen werden, wenn dies die Kriegsverhältnisse zulassen. Der Baugrund umfaßt 135.088 Quadratmeter und ist 300 Meter lang und 400 Meter breit. Er ist etwa 500 Meter vom östlichen Ortsausgange von Hirschstetten gelegen, die Entfernung der Straßenbahn beträgt von der Mitte der Anlage gerechnet 600 Meter. Es sind aber Verhandlungen im Zuge, um eine eigene Abzweigung der Straßenbahn für die Kolonie zu sichern. In der Anlage selbst sind sechs Straßenzüge vorgesehen. Die Mitte der ganzen Anlage nimmt eine große Spielwiese ein. Die Verbauung geschieht in Vier- und Zweifamilienhäusern, in Gruppen zusammengefaßt, welche zusammen 719 Wohnungen bieten werden. Bei einem Bewohnerstand von rund fünf Personen wird die Kolonie etwa 3600 Einwohner zählen. Neben den Wohnungen sind 12 Geschäftsläden und 9 kleinere Werkstätten an verschiedenen Punkten vorgesehen. Jede Wohnung besteht aus Zimmer, Kammer und Küche, sowie einem kleinen Vorraum, weiters hat jede Wohnung eigenen Abort und Speise, alle Wohnräume sind direkt reichlichst belichtet. In jedem Hause sind Waschküche und Dachbodenraum vorgesehen. Jede Partei wird einen eigenen Keller besitzen, der etwas größer als sonst üblich bemessen ist, um das Aufbewahren von Gemüsen zu ermöglichen, welche in einem für jede Wohnung getrennten Gemüsegarten gezogen werden können. An besonderen Bauten ist ein Verwaltungsgebäude, welches auch eine Bücherei, eine Kanzlei, die Wohnung des Verwalters und im Untergeschoß Badeanlagen umfassen wird, geplant. Die Kinder der Kolonisten sollen in einem Kindergarten, welcher für 300 Kinder berechnet ist, Aufnahme finden. Ein größerer Bau, der zudem noch erweiterungsfähig gedacht ist, ist das Werkstättenhaus. Auch ein Gasthausgebäude ist geplant. Für eine Kirche oder Kapelle ist ein Platz vorgesehen, doch sind die Mittel hiefür in dem bisher dem Fonds zur Verfügung stehenden Beträgen nicht enthalten, und es wird gewärtigt, daß durch Widmungen und Stiftungen für diesen Bau die nötigen Summen beschafft werden. Baudirektor Doktor Goldemund gab zum Schlusse der Erwartung Ausdruck, daß die neue Anlage sich als gesundheitlich musterhaft bewähren und in städtebaulicher Beziehung ohne kleinliche Dekorationsmittel abwechslungsreich wirken werde.

Gemeinderat v. Steiner regte in der Wechselrede, die dem beifälligst aufgenommenen Berichte des Baudirektors folgte, an, daß es Stiftern ermöglicht werden solle, die besondere Ausgestaltung einzelner Objekte auf eigene Kosten zu bewirken. Der Berichterstatter erklärt sich hiemit einverstanden, unter der Voraussetzung natürlich, daß die betreffenden Objekte sich dem Gesamtbilde harmonisch einfügen. Hofrat Maresch äußerte den Wunsch, daß für besonders kinderreiche Familien auch größere Wohnungen vorgesehen werden. Oberbaurat Julius Koch brachte Bauerleichterungen zur Sprache. Zum Schlusse wurde nach einem weiteren Antrage des technischen Berichterstatters die Erbauung einer Schleppbahnanlage zur Zubringung der Baumaterialien genehmigt.

Nach Erledigung der Tagesordnung gab Oberkurator Dr. Weiskirchner der Hoffnung Ausdruck, daß es dem Wiener Kriegerheimstättenfonds durch einen baldigen Frieden ermöglicht werden möge, ehestens an die Durchführung seines Werkes zu schreiten.

Fremdenblatt 26./VII. 1917

Wiener Kriegerheimstätten.

Die Frage dieser bedeutsamen Aktion sozialer Fürsorge für Kriegsinvalide und deren Familien, deren Genesis die Oeffentlichkeit schon öfters beschäftigt hat, ist nun als Projekt in ihr Schlußstadium getreten, die Pläne sind technisch und finanziell durchgeführt, gesichert und sehen einer den gegebenen Umständen entsprechenden baldigen Inangriffnahme entgegen. Wien hat sich seit jeher unter den Großstädten in der Organisation großzügiger sozialer Maßnahmen einen ersten, mustergiltigen und vorbildlichen Platz erobert und es entspricht seiner Würde, daß es auch im vorliegenden Fall allen andern Großstädten vorangeht. Wie bekannt, hat sich seinerzeit durch das Zusammenwirken von Staat, Land und Gemeinde wie auch der Militärverwaltung ein Wiener Kriegerheimstätten-Fonds gebildet, der sich die Aufgabe stellte, in Aspern, östlich an Hirschstetten anschließend, eine große Siedelungsanlage für den oben erwähnten Zweck zu gründen. Das Kuratorium des Fonds hat nun am vergangenen Dienstag unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, der seine Kraft unermüdlich in den Dienst der Wohlfahrtsaktion stellt, die erste Vollversammlung abgehalten. Dort verkündete der von der Regierung bestellte Oberkurator-Stellvertreter Ministerialrat Dr. v. Meinzingen in seiner Ansprache an den Bürgermeister, der das Amt des Kurators innehat, daß zufolge Allerhöchster Genehmigung die erste der zu errichtenden Heimstätten (das ist die in Aspern) den Namen „Kaiser Karl-Kriegerheimstätte Aspern" tragen darf.

Gestern berichtete nun Stadtbaudirektor Dr. Goldemund im Stadtratssitzungssaale des Rathauses vor Vertretern der Tagespresse über den Stand des Projekts, ein Bericht, der angesichts des großen Modelles der Kriegerheimstätten und der Pläne an greifbarer Plastik gewann. Der Baugrund umfaßt 135.088 Quadratmeter, ist 300 Meter lang und 400 Meter breit. Er ist ungefähr 500 Meter vom östlichen Ortsausgange von Hirschstetten gelegen, die Entfernung der Straßenbahn beträgt, von der Mitte der Anlage gerechnet, 600 Meter. Es sind aber Verhandlungen im Zuge, um eine eigene Abzweigung der Straßenbahn für die Kolonie zu sichern. In der Anlage selbst sind sechs Straßenzüge vorgesehen. Die Mitte der ganzen Anlage nimmt eine große Spielwiese ein. Die Verbauung geschieht in Vier- und Zweifamilienhäusern, in Gruppen zusammengefaßt, welche zusammen 719 Wohnungen bieten. Bei einem Belag von durchschnittlich fünf Personen für jede Wohnung wird die Kolonie etwa 3600 Einwohner zählen. Neben den Wohnungen sind 12 Geschäftsläden und neun kleinere Werkstätten an verschiedenen Punkten vorgesehen. Jede Wohnung besteht aus Zimmer, Kammer und Küche sowie einem kleinen Vorraum, weiters hat jede Wohnung eigenen Abort und Speisekammer, alle Wohnräume sind direkt reichlichst belichtet. Jedes Haus wird Waschküche und Dachbodenraum besitzen. Ebenso wird jede Partei einen eigenen Keller haben, etwas größer als sonst üblich, um das Aufbewahren von Gemüsen zu ermöglichen, welche in einem für jede Wohnung getrennten Gemüsegarten gezogen werden können. An besonderen Bauten ist ein Verwaltungsgebäude, welches auch eine Bücherei, eine Kanzlei, die Wohnung des Verwalters und im Untergeschoß Badeanlagen umfassen wird, projektiert. Die Kinder der Kolonisten sollen in einem Kindergarten, welcher für 300 Kinder berechnet ist, Aufnahme finden. Ein größerer Bau, der zudem noch erweiterungsfähig gedacht ist, ist das Werkstättenhaus. Auch ein Gasthausgebäude ist geplant. Für eine Kirche oder Kapelle ist ein Platz vorgesehen, doch sind die Mittel hiefür in den bisher dem Fonds zur Verfügung stehenden Beträgen nicht enthalten und es wird gewärtigt, daß durch Widmungen und Stiftungen für diesen Bau die nötigen Summen beschafft werden. Der Berichterstatter gab zum Schlusse der Erwartung Ausdruck, daß die neue Anlage sich als gesundheitlich musterhaft bewähren und in städtebaulicher Beziehung ohne kleinliche Dekorationsmittel abwechslungsreich wirken werde.

Zu diesen Ausführungen des Stadtbaudirektors Goldemund wäre hinzuzufügen, daß die Siedlungsanlage, die im Modell sehr übersichtlich wirkt, im allgemeinen und im besonderen allen modernen Anforderungen der Hygiene entspricht, indem sie Luft und Licht durch eine geschickte Grundrißgebung der baulichen Anlage methodisch reichen Zutritt gewährt. Diesem Prinzip zufolge und aus Gründen ökonomischer Gebarung mit dem Grunde wurde die Breite der durchführenden Straßenzüge nicht zu weit bemessen, denn breite Straßen strahlen erfahrungsgemäß zuviel Wärme aus. In sozialer Beziehung ist ferner wichtig, daß in der Anlage eine Arbeitsgelegenheit geschaffen werden soll in Gestalt eines kleinen Werkstättengebäudes, in dem jeder überhaupt noch Arbeitsfähige, also auch jeder, der z. B. nur sitzen kann, Betätigung und Verdienst zu finden vermag. Die Fürsorge reicht in dieser Beziehung sogar so weit, daß auf den an die Anlage grenzenden städtischen Gründen von der Gemeinde Wien eine Zucht von Medizinalpflanzen (bekanntlich ist Oesterreich an solchen sehr arm und auf die Einfuhr angewiesen) geschaffen wird, wo Schwerinvalide angemessene Tätigkeit finden können. Außer der Spielwiese, die fast das Ausmaß des Platzes Am Hof hat, gibt es noch vier Spielplätze. Für die Jugend, auf der die Zukunft, die Kraft des Staates beruht, kann nicht genug getan werden.

Indem wir uns eine ästhetisch-kritische Würdigung der Siedlungsanlage vorbehalten, sei kurz darauf hingewiesen, daß allerlei vorgekehrt ist, sie nicht nur praktisch, sondern auch baukünstlerisch schön zu gestalten. Die Leute, die dort wohnen werden, sollen nicht nur die Möglichkeit einer leichten Versorgung haben, die in der persönlichen Bebauung der 100 Quadratmeter messenden Gartenfläche vor jedem Haus schon einen ästhetischen Ausklang hat, sondern die nächste Umgebung soll auf ihren Schönheitssinn befruchtend und erzieherisch wirken. Schmuckplätze, malerische Verwertung von Bäumen, Raumwinkeln, Veduten usw. werden dieser Absicht dienen. Damit ist freilich noch nicht alles getan. Man erwartet, daß durch private Stiftungen das künstlerische Bild der Anlage, beispielsweise durch Schaffung stilvoller Brunnen, bereichert werde. Dieses Streben findet seine soziale Auswertung im Wunsche nach Stiftungen von vermögenden Persönlichkeiten und industriellen Gemeinschaften für einzelne Wohnhäuser im Rahmen der ganzen Anlage.

Ein „Böhler-Haus" ist die erste Stiftung dieser Art, und es kann kein Zweifel an reicher Nachfolge sein. Damit setzen sich die Persönlichkeiten ein würdiges Denkmal für alle Zeiten, wofür schon aus Gründen sozialer Annäherung mit allem Eifer gesprochen werden muß. Der Fonds ist schon deshalb auf fortfließende ausgiebige Unterstützungen angewiesen, weil, nach einem bemerkenswerten Worte des Bürgermeisters, die Gründung der Kriegerheimstätten in Aspern nicht bloß ein Akt der Dankbarkeit für die Krieger ist, sondern eine dauernde Maßnahme der weit in die Zukunft hineinreichenden Wohnungsfrage Wiens, deren nicht mehr aufschiebbares Problem durch die Gründung weiterer städtebaulicher Anlagen einer Lösung zugeführt werden muß. Die Besiedelung würde dann nicht nur durch Soldaten und deren Familien geschehen, sondern auch durch andere Bevölkerungskreise der Stadt, denen schlechte Wohnungsverhältnisse und Daseinsbedingungen das Leben erschweren. Von den Parteien der ersten Siedelung wird kein Wohnungszins gefordert. Da aber andererseits auch nicht geschenkt werden soll, ist geplant, von jeder Partei ungefähr hundert Kronen einzuheben; der auf diese Weise zustandekommende Betrag würde die bauliche Erhaltung der Anlage gewährleisten. Falls die Kriegsverhältnisse es gestatten, könnte schon in diesem Herbst mit den Arbeiten begonnen werden. In diesem Falle hofft man auf eine Fertigstellung bis zum Sommer 1919. Das wäre eine sehr kurze Bauzeit.

Hoffen wir auf die Möglichkeit hiezu, im Geiste der sozialen Forderungen, die vom Krieg in den Mittelpunkt unserer Daseinsbedingungen gestellt wurden. Der Staat, der ihnen am schnellsten entspricht, wird am leichtesten die kommenden Krisen überwinden.

Neues Wiener Tagblatt
30./VII. 1917

75

Invalidenfürsorge.

Die unter dem Protektorat des Fürsten Liechtenstein und unter dem Ehrenpräsidium des Geheimen Rates Dr. Wilhelm Exner stehende Gesellschaft zur Fürsorge für Kriegsinvalide, Wien, 1. Bezirk, Augustengasse Nr. 2, macht es sich zur Aufgabe, im Anschluß an die k. k. Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide in den einzelnen österreichischen Ländern Kriegsbeschädigten den Uebertritt in die bürgerliche Erwerbstätigkeit zu erleichtern.

In der letzen Zeit sind der Gesellschaft zur Fürsorge für Kriegsinvalide beigetreten als:

Stifter: Hochwürdiges Zisterzienserstift Zwettl;

Gründer: Josef Freiherr Hruby von Geleny, Hugo Rosenthal, Karl Aubin;

Förderer: K. k. Postsparkassenamt Wien, Johann Graf Lazansky, Adolf Münch u. Sohn, Baclav Jirina, Nuova Società Cittadina di Navigazione a Vapore, Karl Landeis;

Unterstützende Mitglieder: Alfred Redlich, Direktor; Karl v. Marschall, Direktor; Emil Putzker, Advokat; Böhmische Gartenbaugesellschaft, Karl Latzel jun., Spiritusraffineriedirektor; Doktor Heinrich Bum, Karl W. Küchler, Max Lederer, Direktor; L. Blum-Gentilomo, Dozent Dr. Rudolf Bergmeister, Emma Lorenz, Privatdozent Doktor Albin Oppenheim, Emil Reich, Ing. Max Oesterreicher, M. Capek, Zentraldirektor; Josef Bana.

Ordentliche Mitglieder: Max Ritter v. Kahler, Marie Kropacek, Prof. Cand. Udabrich Koukolicek, kaiserlicher Rat Franz Laubek, Moritz Laschitz, Johann Löhnert, Direktor August Kiowsky, Andreas Krukierek, Rudolf Damm, Dr. Ludwig Rabl, Franz Bogel, Hotel Garni Wieser, Dr. Franz Nedbal, Karl Kubig, Sparkassedirektor; Emil Kögler, Direktor; Johann B. Divir, Rudolf Freiherr v. Gorizutti, Adolf Freiherr v. Ingenhaeff, Doktor Anton Obst, Diego Menkes, Dr. Karl Glaessner, Dozent; Dr. Norbert Handl, Dr. Alfred Adler, F. Mrazek, Dr. J. Königstein, Dr. Karl Richter, Dr. Friedrich Luithlen, L. Priester, Dr. Josef Fröhlich, Hugo Kesel, Med. Dr. Max Allina, Doktor Siegfried Reich, F. Moser, Hofrat Otto Gebauer, Dr. Gustav Siegler, Dr. E. Gründfeld, Dr. A. R. v. Heider, Franz Netuhy, Dr. Emanuel Ritter von Raindl, Rudolf Blühweiß, Ing. Hans Altmann, Adolf Brunner, Dr. Wladimir v. Krecrunovier, Frau Margarete Deimel, Dr. Wladimir Lustig.

Spenden: Franz Mecir 3 K., Kommerzialrat Georg Hirsch 100 K., Mühlendorfer Graphitwerke 1 K., Karl Kaiser 6 K., Ivan Krajec 1 K., Josef Rivnac u. Sohn 20 K., J. Prohlicek 1 K., Dr. Ludwig Graf Thürheim 10 K., Generalstabsarzt d. R. Dr. Julius Pallovics 3 K., Dr. Seefelden 2 K., L. Peermüller 2 K., Max Mitter 2 K., T. u. A. Bata 20 K., Georg Kriegelstein 10 K.

Beitrittserklärungen wollen gerichtet werden an die Gesellschaft zur Fürsorge für Kriegsinvalide in Wien, 1. Bezirk, Augustengasse Nr. 2, woselbst auch Abzeichen zum Preise von 2 K. erhältlich sind.

Anmeldungen freier Stellen und Stellengesuche sind zu richten an das Vermittlungsinstitut der k. k. Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide, Landesstelle Wien, 7. Bezirk, Neubaugürtel Nr. 32, Telephon 38472, wo sich auch ein ständiger Vertreter der Gesellschaft befindet. (Sammlung bewilligt mit Erlaß des k. k. Ministeriums des Innern vom 27. August 1916, Z. 12867/M. J.)

Amtsblatt der Stadt Wien 31./VII. 1917

I

76

Wiener Kriegerheimstätten.

Das Kuratorium des Wiener Kriegerheimstättenfonds hielt am **24. Juli 1917** im Sitzungssaale des Stadtrates seine erste Vollversammlung ab.

Dem Kuratorium gehören an:

Dr. Richard Weiskirchner, Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, Ober-Kurator.

Dr. Franz Meinzinger Edler v. Meinzingen, k. k. Ministerialrat im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Ober-Kurator-Stellvertreter.

Leopold v. Steiner, Stadtrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, Ober-Kurator-Stellvertreter.

Leopold Arndt, k. k. Ober-Baurat im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Kurator.

Bohdan Bułyk, k. k. Ministerial-Sekretär im k. k. Finanzministerium, Kurator-Stellvertreter.

Ludwig Eitl, k. k. Landwehr-Ober-Intendant im k. k. Ministerium für Landesverteidigung, Vertreter der Militärverwaltung.

Ing. Dr. Heinrich Goldemund, Stadtbau-Direktor, technischer Berichterstatter.

Franz Hoß, Vize-Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, Kurator.

Ewald Hovanski, k. k. Finanzrat im k. k. Finanzministerium, Kurator.

Dr. Alois Kastner, niederösterreichischer Landesrat, Kurator.

Ober-Baurat Julius Koch, Vertreter der Zentralstelle für Wohnungsreform in Österreich.

Leopold Kunschak, niederösterreichischer Landes-Ausschuß, Kurator.

Hofrat Dr. Rudolf Maresch, Vertreter der Zentralstelle für Wohnungsreform in Österreich.

Johann Mayer, niederösterreichischer Landes-Ausschuß, Kurator.

Viktor Morwitzer, niederösterreichischer Buchhaltungs-Direktor, Kurator.

Hans Oberal, Rechnungsrat der Wiener Stadtbuchhaltung, Rechnungs- und Kontrolldienst.

Dr. Franz Pauer, k. k. Sektionsrat im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, Kurator.

Dr. Johann Poppr, k. k. Ministerialrat im k. k. Finanzministerium, Kurator.

Dr. Alois Sagmeister, Magistratsrat und Vorstand des Wohnungsamtes der Stadt Wien, administrativer Berichterstatter.

Dr. Robert Edler v. Schickh, k. k. Sektionsrat im k. k. Ministerium für Landesverteidigung, Vertreter der Militärverwaltung.

Dr. Ignaz Stich, Gemeinderat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, Kurator.

Dr. Thaddäus Uhle, k. k. Ober-Finanzrat im k. k. Finanzministerium, Kurator-Stellvertreter.

Ludwig Zatzka, Stadtrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, Kurator-Stellvertreter.

Den Vorsitz führte Ober-Kurator Bürgermeister Dr. Weiskirchner, welcher die Erschienenen begrüßte und der Genugtuung Ausdruck gab, daß die Initiative der Gemeinde Wien auf fruchtbaren Boden gefallen sei und die Sache der Wiener Kriegerheimstätten nunmehr zu jenem Punkte gebracht wurde, welcher bei den jetzigen Kriegsverhältnissen überhaupt erreichbar ist.

Der von der Regierung bestellte Ober-Kurator-Stellvertreter Ministerialrat Dr. v. Meinzingen richtete folgende

Ansprache an den Bürgermeister:

„Eure Exzellenz!

Es sei mir gestattet, daß ich Sie im Namen der staatlichen Kurie als Ober-Kurator des Wiener Kriegerheimstättenfonds auf

31./VII. 1917

Wiener Kriegerheimstätten.

II/77

Die Kinder der Kolonisten sollen in einem Kindergarten, welcher für 300 Kinder berechnet ist, Aufnahme finden. Ein größerer Bau, zu dem noch erweiterungsfähig gedacht ist das Werkstättenhaus. Auch ein Gasthausgebäude ist geplant. Für eine Kirche oder Kapelle ist ein Platz vorgesehen, doch sind die Mittel hiefür in den bisher dem Fonde zur Verfügung stehenden Beträgen nicht enthalten und es wird gewärtigt, daß durch Widmungen und Stiftungen für diesen Bau die nötigen Summen beschafft werden.

Der technische Berichterstatter gab zum Schlusse der Erwartung Ausdruck, daß die neue Anlage als gesundheitlich musterhaft sich bewähren und in städtebaulicher Beziehung ohne kleinliche Dekorationsmittel abwechslungsreich wirken werde.

Stadtrat Leopold v. Steiner regte zu diesem Berichte an, es solle Stiftern ermöglicht werden, die besondere Ausgestaltung einzelner Objekte auf eigene Kosten zu bewirken. Berichterstatter Bau-Direktor Dr. Heinrich Goldemund erklärt sich hiemit einverstanden, unter der Voraussetzung natürlich, daß die betreffenden Objekte sich dem Gesamtbilde harmonisch einfügen.

Hofrat Dr. Rudolf Maresch äußerte den Wunsch, daß für besonders kinderreiche Familien auch größere Wohnungen vorgesehen werden, denn wenn auch das vorgesehene Wohnungsausmaß gegenüber den heutigen Verhältnissen der arbeitenden Bevölkerung einen Fortschritt darstelle, müsse doch mit der hoffentlich in späteren Generationen eintretenden höheren Wohnungskultur gerechnet werden.

Diese Anregung wird bei der Ausarbeitung der weiteren Einzelpläne berücksichtigt werden.

Ober-Baurat Julius Koch brachte Bauerleichterungen zur Sprache.

Zum Schlusse wurde nach einem weiteren Antrage des technischen Berichterstatters die Erbauung einer Schleppbahnanlage zur Zubringung der Baumaterialien genehmigt.

Nach Erledigung der Tagesordnung gab Ober-Kurator Bürgermeister Dr. Weiskirchner der Hoffnung Ausdruck, daß es dem Wiener Kriegerheimstättenfonds durch einen baldigen Frieden ermöglicht werden möge, ehestens an die Durchführung seines Werkes zu schreiten.

Magistrats-Abteilung XI c — Städtisches Wohlfahrtsamt.

Die neu geschaffene Magistrats-Abteilung XI c — Städtisches Wohlfahrtsamt hat am 18. Juli 1917 die Amtstätigkeit in ihren Amtsräumen I., Rathaus, 2. Stock (ehemalige Räume der Stadtbuchhaltungs-Abteilung XII) begonnen.

Fernsprecher dieser Amtsstelle: Rathaus Klappen-Nr. 270.

Gemeindevermittlungsämter.

Die Gemeindevermittlungsämter Innere Stadt, Mariahilf, Neubau und Hietzing werden im Monate August 1917 am 1., 8., 22. und 29. Sühne- und Vergleichsverhandlungen

Der Abend
31./VII. 1917

Offener Brief eines Kriegsinvaliden an Professor Hans Spitzy.

Ein Kriegsinvalider ersucht uns, einen von ihm aufgesetzten Brief an den Universitätsprofessor Dr. Hans Spitzy zu veröffentlichen. Der Schreiber ist ein 23jähriger Mann, der sich trotz Verlustes seines linken Beines den vollen Lebensmut bewahrt hat. Er war unter den ersten Kriegsfreiwilligen, die sich nach Kriegsausbruch zu den Fahnen meldeten und hat sich in zweijähriger Dienstzeit die Zugsführercharge und die große und kleine silberne Tapferkeitsmedaille erworben. Sein Brief lautet:

Sehr geehrter Herr Professor!

Meine Prothese war wieder einmal vier Wochen brauchbar, bis die Fersenfeder brach. Zum Austausch mußte ich in die Werkstätte des von Ihnen geleiteten Spitales. Stundenlang mußte ich dort im müßigen Warten zubringen, denn ohne Dienstzettel des Arztes wird eine solche Feder nicht ausgefolgt.

Ich frage: Muß es denn sein, daß ein Kriegsinvalider, der bereits seinem Beruf nachgeht, wegen Austausches einer Feder (Wert etwa 30 Heller) infolge administrativer Mängel der Werkstättenführung, gleich einen halben Tag dort zubringt und ebenso lange seine Arbeit versäumt? Könnten nicht die Werkstättenmeister, die doch gewiß tüchtige Fachleute sind, um den schwerfälligen Instanzenweg zu vermeiden, die rasch behebbare Reparatur selbst anordnen? Man möge doch ein wenig mit unserer Zeit rechnen und bedenken, daß Zeit im bürgerlichen Erwerbsleben eine große Rolle spielt.

Ausbesserungen an den Prothesen sind bei der jetzigen Beschaffenheit des Materials gar häufig notwendig. Und wenn da der Invalide immer einen halben Tag seiner Arbeitsstätte fernbleiben muß, so wird er, der sonst frische, gesunde, willensfrohe Arbeitsmensch in den Augen seines Arbeitgebers als ein mit einem chronischen Leiden Behafteter und deshalb weniger Arbeitstauglicher erscheinen. Das würde für uns, die wir Gleichwertung mit den nichtinvaliden Arbeitskameraden erstreben, sehr schaden.

Der Hauptgrund jedoch, der mich bewog diese Zeilen durch die Zeitung und nicht auf postlichem Wege an Sie, verehrter Herr Professor, zu richten, liegt in einer Äußerung des Arztes Dr. Seidler, die nicht gerade wie eine ermunternde Zusicherung klingt.

Als ich dem genannten Herrn meinen Unmut darüber äußerte, daß ich wegen einer nichtigen Feder stundenlang wartend zubringen müsse, wurde mir von denselben bedeutet:

„Wenn Sie so sprechen, bekommen Sie überhaupt nichts, da Sie auf nichts einen Anspruch haben!"

Da zu befürchten ist, daß diese Antwort nicht nur mir, sondern all den tausenden Kriegsinvaliden, welche wieder ihrem Zivilberuf nachgehen, erteilt werden kann, stelle ich die Frage:

Milliarden kostet der Krieg, Millionen werden von der Bevölkerung für die Kriegsfürsorge gespendet, und da sollten wir, die Schwerstbetroffensten dieses Krieges, sobald wir wieder ins bürgerliche Leben zurückgekehrt sind, kein Anrecht auf kostenlose Behebung der Schäden und Gebrechen bei künstlichen Gliedmaßen besitzen?

In der Erwartung, daß Sie, sehr geehrter Herr Professor, zu meiner Frage Stellung nehmen werden, zeichnet mit Hochachtung ergebenst

Otto Pollak, ehem. Zugsführer.

Tägliche Rundschau

7./VIII. 1917

7

81

* **Gegen Kriegsbeschädigte als Ansichtskartenhändler** wenden sich die preußischen Minister für Handel und des Innern in einem gemeinsamen Erlaß an die Regierungspräsidenten und den Berliner Polizeipräsidenten. Es wird darin im Anschluß an den grundlegenden Ministerialerlaß vom 29. August 1916 über die Kriegsbeschädigtenfürsorge darauf hingewiesen, welche Gefahren für die Zurückführung der Kriegsinvaliden in das Erwerbsleben in der äußerlichen Beurteilung liegen, die ihren Bedürfnissen seitens der Bevölkerung, aber auch seitens der Behörden entgegengebracht wird. Dem Invaliden wird nicht genützt, wenn ihm zu einem besonders leichten Erwerbe verholfen wird, obwohl er nach seiner körperlichen Beschaffenheit zu ernsterer Tätigkeit in der Lage wäre, und die Oeffentlichkeit leidet Schaden darunter, wenn die Arbeitsposten falsch verteilt werden und infolgedessen die wertvolleren unbesetzt bleiben, während bei den leichteren ein Wettbewerb entsteht, unter dem naturgemäß die Schwerverletzten am meisten leiden müssen. Eine leichte und mühelose Betätigung, wie sie beispielsweise in dem fliegenden Vertriebe von Ansichtskarten oder sonstigen wirtschaftlich minderwertigen Gegenständen besteht, würde an Beliebtheit verlieren, wenn sie der Einträglichkeit entbehrte, die ihr nur durch die unverständige Haltung der Bevölkerung zuteil wird. An manchen Orten, insbesondere in größeren Städten, tritt der Kriegsbeschädigte als Ansichtspostkartenhändler geradezu an die Stelle des aus den letzten Kriegen bekannten Drehorgelspielers; vielfach sind es nervenkranke Kriegsbeschädigte, die, zum Teil noch in militärischer Kleidung, dadurch auf der Straße und in Wirtshäusern Aufsehen erregen und eine gewisse Beunruhigung in weitere Volksschichten tragen. Gelingt es, die Bevölkerung über die richtigen Gesichtspunkte dahin aufzuklären, daß das Entgegenkommen gegen solche Gewerbetreibende vielfach nur einem falschen Mitleid entspringt und weder dem Vorteil des Invaliden noch dem der Allgemeinheit dient, dann wird der Zudrang zu solchen Beschäftigungen auch nachlassen. Wo deren Ausübung an eine behördliche Genehmigung geknüpft ist, müssen die Behörden sich von gleichen Erwägungen leiten lassen. In jedem Falle wird ihnen jetzt von den Ministern empfohlen, zwecks abschließender Beurteilung des Falles mit den zuständigen Fürsorgestellen, gegebenenfalls auch mit den früheren militärischen Dienststellen in Verbindung zu treten.

Vossische Zeitung
11./VIII./1917.

82

Kriegsbeschädigten-Fürsorge.

Die Ausstellung des Heimatdank in Leipzig.

✱ **Leipzig,** 11. August.

Heute mittag wurde in den Räumen des Kristallpalastes in Leipzig die von der Stiftung „Heimatdank" veranstaltete Ausstellung für Kriegsbeschädigte eröffnet, über die der König von Sachsen die Schirmherrschaft übernommen hat.

Die sehenswerte Ausstellung beginnt mit einer geschichtlichen Abteilung, die dem Dresdener National-Hygienemuseum entnommen ist. Ihr folgt die kriegsärztliche Ausstellung des Berliner Kaiserin-Friedrich-Hauses für ärztliche Fortbildung, die auch die Gesundheitspflege im Felde umfaßt. Eine besondere Abteilung für Blinde, für Kiefervorletzte, für Taube und Sprachgestörte und eine Abteilung für Lazarettbehandlung schließen sich an. Einen großen Raum nimmt die Abteilung für Ersatzglieder und Arbeitshilfen ein, unter denen der sog. Sauerbrucharm mit seiner willkürlich beweglichen künstlichen Hand besondere Anteilnahme beansprucht. Im Anschluß an diese Abteilung ist die Ausstellung des Heims für gebrechliche Kinder in Leipzig, das unter der Leitung von Geheimrat Kölliker steht, zu erwähnen. Neben der Abteilung Lazarettbeschäftigung haben die Lehrwerkstätten für Berufsausbildung der Kriegsbeschädigten ein Mittel von dem, was von dem Kreisverein Heimatdank in der Kreishauptmannschaft Leipzig geleistet wird. Durch zeichnerische Darstellung zeigt der Ortsverein Leipzig das Ergebnis seiner Fürsorgetätigkeit nach dem Stande von Ende 1916.

Die Ausstellung wurde durch den Kreishauptmann v. Burgsdorff eröffnet. An der Kriegsärztlichen Ausstellung haben mitgearbeitet: Professor Dr. Klapp, Professor Dr. Gocht, Oberstabsarzt Dr. Riehues, Oberstabsarzt Dr. Meißner, Stabsarzt Dr. Spaethe und Professor Dr. Adam in Berlin. Eine statistische Darstellung durch künstlerische Entwürfe des Leipziger Malers Erich Gruner erläutert, zeigt alle möglichen statistischen Erhebungen auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge. In der literarischen Abteilung sieht man die Literatur über die Kriegsbeschädigtenfürsorge, eine Zusammenstellung der in deutscher Sprache erschienenen Doktorarbeiten, soweit sie sich mit der Kriegsbeschädigtenfürsorge befassen, Drucksachen usw.

Neues Wiener Tagblatt
16./VIII. 1917

Die Kriegsfürsorge.

Die Invalidenfürsorge in der Provinz.

Es ist eine unsrer wichtigsten und vornehmsten Aufgaben geworden, uns jener Männer anzunehmen, welche im Krieg zu Krüppeln geworden sind und so ihre Erwerbsfähigkeit zum größten Teil verloren haben. Sie zu Bettlern und Almosenempfängern zu machen, das hieße, jede Dankesschuld vergessen und den leitenden Gedanken der sozialen Fürsorge grimmig mißverstehen. Nicht im kläglichen Weiterfristen untätiger Existenzen, sondern im Wiederaufrichten der Erwerbsfähigkeit, der Lebenslust, der Würde und des Wertes solcher Menschen liegt die große Aufgabe, deren sich unsre Zeit auch voll bewußt ist. Daß auch hier die Behörden nur das Geringste tun können, daß vielmehr die individuelle Fürsorge, die jeden einzelnen, von den andern so verschiedenen Fall auf seine besondere Art in Angriff nimmt, der Tätigkeit Privater überlassen muß, ist ganz selbstverständlich. Tatsächlich hat auch überall eine rege Tätigkeit eingesetzt, welche der Fürsorge für die Invaliden galt. Vereinigungen edler Menschen arbeiten daran, die Leistungsfähigkeit der Prothesenerzeugung auf die höchste Stufe zu bringen, die Invaliden in allen materiellen Fragen zu beraten, sie in neuen Berufen auszubilden, ihnen Heimstätten zu errichten.

Nicht nur Wien, auch die Provinz hat sich dieser Aufgabe in rühmenswertester Weise gewidmet und unendlich viel Gutes damit geleistet. So hat sich in Leitmeritz eine kluge, energische und herzensgute Frau gefunden, Frau Feldmarschalleutnant Maria Zanantoni, welche sich die Fürsorge für die Invaliden zur Lebensaufgabe machte. Als Sitz des Militärkommandos für das neunte Armeekorps, als Quarantänestation für die Züge der Austauschinvaliden hat Leitmeritz schon viel an Invalidennot gesehen. Wieviel die Organisation, die in dieser Stadt gegründet wurde, schon dazu beigetragen hat, Invalidennot zu lindern, davon berichtet das kürzlich erschienene „Jahrbuch der Invalidenfürsorge für den Bereich des Militärkommandos Leitmeritz".

Aus kleinen Anfängen, aus vereinzelten Hilfeleistungen einzelner Personen, die von Frau Zanantoni aufgerufen wurden, und dank der Unterstützung der Behörden, des Kriegsministeriums, welches dem Militärkommando Leitmeritz ein eigenes Referat für Kriegsbeschädigtenfürsorge angliederte, des Militärkommandanten FML. v. Scheure und der werktätigen Mithilfe zahlreicher Gönner und Wohltäter gelang es, eine große machtvolle Organisation zu schaffen, deren Leitung immer noch in den bewährten Händen der Frau Zanantoni liegt.

Bis Ende Dezember 1916 hatte die Invalidenfürsorge in Leitmeritz Gelegenheit, in 1239 Fällen für Kriegsbeschädigte einzutreten. In mancherlei Fragen, insbesondere in denen der Ergreifung eines neuen Berufes, wird den Invaliden hier jeder fachmännische Rat zuteil. Die Fürsorgestelle weist sodann die Invaliden den verschiedenen Kursen zur Schulung und Ausbildung zu, sie erwirkt ihnen die notwendige Nachbehandlung, gewährt Unterstützungen und vermittelt Arbeitsstellen. Auf letzterem Gebiete hat sich besonders Herr Ernst Hollmann, Realitätenbesitzer in Leitmeritz, verdient gemacht, der den Invaliden nicht nur ein treuer Berater ist, sondern ihnen auch praktische und werktätige Hilfe angedeihen ließ, indem er ihnen leichte Posten in verschiedenen Kinos verschaffte. In vielen Fällen wurden den Invaliden Geldunterstützungen gewährt, die ihnen ermöglichten, an Geschäftsgründungen zu schreiten, es wurden ferner Heilbehelfe, Rollwagen und Prothesen verschafft, Kurse wurden errichtet und Lehrmittelkosten bestehender zum Teil getragen.

Ein besonderer Zweig der Tätigkeit der Invalidenfürsorge war die Ausgestaltung von einheimischen Sanitätsanstalten. So wurde es durch eine reiche Spende der Frau Helene Petschek in Aussig möglich, im Garnisonsspital Theresienstadt Lehrwerkstätten für verschiedene Berufe und Handfertigkeiten einzurichten und das Rekonvaleszentenheim in Leitmeritz mit orthopädischen Apparaten, Heißluftein richtungen ꝛc. auszustatten. Von größtem Wert für die von dieser Stelle aus versorgten Invaliden wurde die Gründung und Ausgestaltung der Prothesenwerkstätte, einer Stiftung des Aussiger Großindustriellen J. Petschek. Von der großen Ausgestaltung, die diese Anstalt dank dem nie ermüdenden Opferwillen ihrer Schöpfer nahm, gibt der mit zahlreichen Abbildungen ungemein instruktiv ausgestattete Artikel des Jahrbuches „Die Prothesenwerkstätte des k. u. k. Reservespitals in Leitmeritz" von Oberarzt Dr. Deschmann einen klaren Begriff. Auch mit andern äußerst interessanten und oft wissenschaftlich gediegenen Artikeln ist das Jahrbuch ausgestattet. So schreibt Hauptmann Karl Eger über „Die Ortsausschüsse als Grundlage der Kriegsbeschädigtenfürsorge", Oberleutnant Emil Schickel bringt einen „Beitrag zur Notwendigkeit der Errichtung von Kriegerheimstätten", Primararzt Professor Dr. Ed. Hocke spricht über „Die Lungenheilstätte in Komotau" und äußert sich in diesem Rahmen über seine ungemein reichen Erfahrungen bei der Behandlung der Tuberkulose. Der trefflichst bekannte Chirurg Primarius Dozent Dr. Gustav Doberauer gibt unter dem Titel „Aus dem Bezirkskrankenhause Komotau" eine lehrreiche kleine Abhandlung über die chirurgische Behandlung von Kriegsinvaliden, und Dr. Bernhard Neumann spricht an der Hand von tatsächlichen Erfahrungen über die mannigfachen Formen der Kriegsneurose.

Das Büchlein, das überdies einen genauen Rechenschaftsbericht und Spendenausweis bringt, schließt mit einem Artikel des Schriftführers Ernst Hollmann, der den „Dank der Heimat" an die Invaliden dieses Krieges in tätiger Anteilnahme und Linderung des Schicksals fordert. Sicher ist, daß der Dank der Heimat auch all jenen in reichstem Maße gebührt, die in nimmermüder Ausübung der selbstübernommenen Pflichten den Invaliden zu wahren Helfern und treuen Freunden geworden sind.

Reichspost

Abendbl
25. VIII. 1917

Tiroler Fürsorge für heimkehrende Krieger.

Von Oberlandesgerichtsrat i. R. Julius Red, Innsbruck.

Die Tirolische Landeskommission zur Fürsorge für heimkehrende Krieger wurde als erste unter den österreichischen Schwestern am 9. März 1915 gegründet. Im militärischen k. u. k. Fürsorgeheim für Kriegsbeschädigte in Innsbruck hielt dieselbe im ganzen Jahre 1916 an jedem Samstag nachmittag eine mehrstündige Berufsberatung (die sogenannte Soziale Visite) ab, bei der jeder neueingetretene Kriegsbeschädigte den anwesenden Berufsberatern vorgestellt und die einzuleitende Schulung und Arbeitsvermittlung eingehend erörtert wird. Im Herbst 1916 verfaßte die Landeskommission „Grundsätzliche Bestimmungen" für die in fast allen Bezirken Tirols gebildeten Fürsorgeausschüsse und ernannte in einer Reihe von Gemeinden Vertrauensmänner, die im einzelnen Falle sich mit Fleiß und Verständnis der Invalidenfürsorge anzunehmen haben.

Die Heimstättenbewegung machte im Jahre 1916 in Tirol ansehnliche Fortschritte. Der „Tiroler Heldendank" in Kufstein gründete die ersten Kriegerheimstätten in Oesterreich. In prächtiger Lage erheben sich am Innstrome hübsche Einfamilienhäuser aus Holz, in heimischer Bauart, jedes von einem Gärtchen und Felde umgeben. Hamburger Stifter errichteten dort eine Heimstätte „Hamburg", Bozener eine solche „Bozen", in Wien und München wurden ähnliche Anträge auch für diese beiden Hauptstädte gestellt. Innsbruck hat Schritte zur Errichtung von Heimstätten eingeleitet und insbesondere ist durch eine große Aktion der k. u. k. Militärbehörde im Einvernehmen mit dem Tiroler Landesausschusse die Gründung ländlicher Heimstätten in Südtirol bereits in weit vorgeschrittenem Stadium.

Am Innrain in Innsbruck erhebt sich seit dem Sommer 1915 das oberwähnte k. u. k. Fürsorgeheim. Dasselbe besteht aus mehr als einem halben Dutzend Baracken, die mit ihren grünen Fensterläden, den breiten Kieswegen und den hübschen Anlagen dazwischen einen freundlichen Eindruck machen. Im Jahre 1916 standen 1236 Mann daselbst in Pflege, von denen 15·7% Prothesen bedürftig und 84·3% durch sonstige äußere Verletzungen geschädigt waren. Die Behelfsprothesen werden in eigenen Baracken des Fürsorgeheimes hergestellt. Die ärztliche Behandlung lieferte durchaus zufriedenstellende Erfolge. Auch sind im Fürsorgeheim Werkstätten für Schuhmacherei, Schneiderei, Tischlerei, Schlosserei und Korbflechten vorhanden.

Die Landeskommission zur Fürsorge für heimkehrende Krieger übernahm im Jahre 1916 drei Nachbehandlungsstätten, nämlich in Hall, Schwaz und Rotholz. In Hall sind in dem Prachtbaue des Provinzhauses der Kongregation der Schwestern vom heiligen Kreuze ständig über 120 Stoffwechselkranke (darunter 67% Nierenleidende) untergebracht. Die Lehrerschaft von Hall erteilt im Hause Fortbildungsunterricht. — In Schwaz befanden sich in einer Abteilung des Kaiser-Franz-Josef-Jubiläumsspitales innerhalb des abgelaufenen Jahres 92 Lungenkranke. Der Volksverein zur Bekämpfung der Tuberkulose in Tirol und Vorarlberg plant übrigens schon seit langem die Gründung einer Heilstätte für Lungenkranke auf der 1700 Meter hoch gelegenen sonnigen und windgeschützten Palmschoß bei Brixen in Südtirol und ist infolge der energischen Mithilfe der Militärbehörde schon bald in dem genannten „Tirolischen Davos" die Eröffnung einer Heilstätte für Kriegsbeschädigte zu erwarten. In Innsbruck ist durch den in Aussicht genommenen Ausbau der Kliniken ebenfalls die Unterbringung Lungenkranker beabsichtigt. Die in Rotholz bei Jenbach im Unterinntale bestehende landwirtschaftliche Landeslehranstalt bildet zugleich eine Nachbehandlungs- und Schulungsstätte der Landeskommission. In dieser finden solche Kriegsbeschädigte Aufnahme, welche in landwirtschaftlichen Berufen geschult werden, wozu die reichen Lehrmittel der Anstalt und der Betrieb der 472 Hektar umfassenden Güter die beste Gelegenheit bieten; außerdem finden Gemeindefunktionärkurse für Kriegsbeschädigte statt. Im Jahre 1917 wird die Anzahl dieser Kurse (Sennerei, Waldaufseher-, Obstbau-, landwirtschaftliche Buchführung usw.) bedeutend vermehrt und werden auch Handwerkerkurse daselbst eingerichtet.

An der k. k. Staatsgewerbeschule in Innsbruck wurde in den Werkstätten und mittelst Kursen die Erlernung der Metalltechnik, Schlosserei, Tischlerei, Drechslerei und Schnitzerei ermöglicht, Schönschreiben und die Behandlung kaufmännischer Gegenstände gelehrt; auch wurden Schreibkurse für Einarmige abgehalten.

Der Stenographenverein in Innsbruck und die Berlitzschule gewährte den Kriegsbeschädigten kostenlosen Sprach- und Kurzschriftunterricht. Eine Innsbrucker Firma stellte ihre Maschinen zum Schreibunterricht für Einarmige zur Verfügung.

Die Anzahl der der Landeskommission überwiesenen Kriegsblinden im Jahre 1916 war glücklicherweise nicht hoch. Die meisten der 14 Blinden nahm das Landesblindenheim in Salzburg auf, woselbst sie das Korbflechten erlernen. Allen Kriegsblinden, welche eine Heimstätte anstreben, wird eine solche durch den Verein für Kriegsblindenheimstätten in Wien beschafft; außerdem gewährt der Kriegsblindenfonds für die Staatsangehörigen der gesamten bewaffneten Macht beim Ministerium des Innern in Wien in jedem einzelnen Falle die Mittel zum Ankaufe von Material und Werkzeug für die Ausübung des gelernten Handwerkes.

Eine eigene Nachbehandlungsstätte wurde für die Behandlung gehirnverletzter Kriegsbeschädigter an der Nervenklinik in Innsbruck geschaffen.

In Innsbruck und Bozen hielt man seit November 1916, in Innsbruck außerdem im Sommer 1917, dreimonatliche kaufmännische Kurse für Kriegsbeschädigte ab; in Innsbruck betrug die Zahl der Teilnehmer 18, in Bozen 22. Es wurde Rechnen, Handels- und Wechselkunde, Korrespondenz, Buchhaltung, Stenographie und Maschinschreiben gelehrt. Bei Meistern, sowohl in Städten als auf dem Lande, fanden zahlreiche Kriegsbeschädigte Stelle. Zur angestrebten Wiedereröffnung der Landwirtschaftlichen Landeslehranstalt in San Michele in Südtirol wurden Schritte eingeleitet, die zum Ziele führten, so daß am 1. September d. J. die Invalidenschulung daselbst beginnen kann. Inzwischen werden von der k. u. k. Güterverwaltung in Pfatten bei Bozen landwirtschaftliche Kurse für südlichen Gutsbetrieb abgehalten.

Die K. k. Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide, Landesstelle in Innsbruck, vermittelte 498 Stellen. Wegen der Kriegsverhältnisse kam das südtirolische Zweiggebiet nur zu einem kleinen Teile (20%) in Betracht.

Neue Freie Presse

7. IX. 1917

85

Vereinbarungen über die Beschäftigung von Kriegsinvaliden.

Wien, 6. September.

Auf Grund von Verhandlungen zwischen Vertretern der Hauptstelle industrieller Arbeitgeberorganisationen und der Gewerkschaftskommission Oesterreichs hat die Landesstelle Wien der k. k. Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide Richtlinien für die Beschäftigung von Kriegsinvaliden herausgegeben, in welchen unter Hervorhebung der patriotischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung dieser Frage die Gesichtspunkte zusammengefaßt werden, von welchen bei der Einstellung von Invaliden in das wirtschaftliche Leben auszugehen wäre.

Zunächst wird empfohlen, daß die Kriegsinvaliden womöglich von ihrem früheren Arbeitgeber und tunlichst in ihrem früheren Arbeitsgebiete wieder angestellt werden. Die Landesstelle wendet sich weiter im allgemeinen an die Arbeit- und Dienstgeber, den Invaliden — auch bei verminderter Arbeitsfähigkeit — passende Beschäftigung gegen eine angemessene Entlohnung zu ermöglichen. Den vollkommen arbeitsfähigen Invaliden ist selbstverständlich die gleiche Entlohnung zu zahlen wie anderen Arbeitskräften der betreffenden Kategorie. Wenn diesbezüglich allgemeine Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehen, so haben sie natürlich auch auf die vollkommen arbeitsfähigen Kriegsinvaliden Anwendung zu finden. Bei Beschäftigung von Kriegsinvaliden mit verminderter Arbeitsfähigkeit ist zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und dort, wo der Arbeitgeber in der Regel mit der Organisation verhandelt, auf Wunsch des Arbeitnehmers mit der Organisation eine beiderseitig zufriedenstellende Einigung anzustreben. Bei Akkordarbeiten sind die jeweils gültigen Akkordsätze auch den Kriegsinvaliden zu gewähren.

Die Invalidenrente, die der Kriegsbeschädigte von der Militärverwaltung erhält, darf keinesfalls in den Arbeitslohn miteingerechnet werden. Schließlich wird den beteiligten Interessentenverbänden bei der Schließung von Arbeitsverträgen mit Kriegsinvaliden die Festsetzung einer höchstens achtwöchigen Karenzfrist empfohlen und an die gesamte Arbeiterschaft der Appell gerichtet, ihre kriegsbeschädigten Mitarbeiter möglichst zu unterstützen, damit deren Leistungsfähigkeit voll zur Geltung komme.

Den Abschluß dieser für Niederösterreich erzielten Vereinbarungen hat das Ministerium des Innern zum Anlaß genommen, um den in den anderen Kronländern errichteten Landesstellen der k. k. Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide nahezulegen, auf das Zustandekommen ähnlicher Vereinbarungen für ihren Bereich hinzuwirken.

24./IX. 1917

86

Schlußprüfung der III. land- und forstwirtschaftlichen Kriegsinvalidenkurse an der n.-ö. Landeswinterschule für Landwirtschaft in Tulln. Am 21. d. fand an der n.-ö. Landeswinterschule für Landwirtschaft in Tulln die Schlußprüfung der III. sechsmonatlichen Fortbildungskurse für Kriegsinvalide statt. Hiezu hatten sich eingefunden: Landesrat Dr. Kastner, Statthaltereirat Dr. v. Vitas, Oberst Herkner, der Lehrkörper. Nach der Begrüßungsansprache wurden von 8 bis 12 Uhr vormittags die Kursteilnehmer in den einzelnen Lehrgegenständen geprüft, worauf Direktor Beisteiner dem Lehrkörper dankte und die Kursteilnehmer zur Erfüllung der künftigen Berufspflichten in der durch die Schule erreichten Lebensstellung ermahnte. Landesrat Dr. Kastner sprach sodann in Vertretung des Landesausschußreferenten Mayer dem Direktor die Anerkennung und dem Lehrkörper den Dank des niederösterr. Landesausschusses für erfolgreiches Wirken im Dienste der Kriegsinvalidenfürsorge aus. Mit dieser eindrucksvollen Prüfung hat die Landesbehörde Niederösterreichs an seinen landwirtschaftlichen Lehranstalten den 52. Kriegsinvalidenkurs geschlossen. In jedem dieser Kurse waren durchschnittlich 25 Teilnehmer. Die große Zahl der bereits ausgebildeten und untergebrachten Kriegsinvaliden zeigt die Bedeutung der Kriegsinvalidenfürsorge des n.-ö. Landesausschusses im Interesse der Landwirtschaft. Statthaltereirat Dr. v. Vilas begründete die Notwendigkeit der fachlichen Ausbildung der ländlichen Bevölkerung und würdigte die segensreichen Einrichtungen zur beruflichen Ausbildung unserer Kriegsinvaliden. Oberst Herkner sprach im Namen des Militärs dem Direktor und den übrigen Herren des Lehrkörpers den Dank für die ausgezeichneten Erfolge aus. Kursteilnehmer Pojar dankte in warmen Worten dem Direktor und dem Lehrkörper, den Militärkommandos, dem Zweigverein vom „Roten Kreuz", der k. k. Bezirkshauptmannschaft, der Gemeinde Tulln und den Redaktionen mehrerer Zeitschriften für das Entgegenkommen. LAbg. Pinggera bemerkte, daß jeden Volksfreund die Tatsache erfreuen muß, daß die hiesige Anstalt wieder Helden, die für die Heimat ihre wohlgewachsenen Glieder geopfert haben, einen Platz im Wirtschaftsleben verschafft hat.

Abendl

9/X. 1917

9,a

87

Die Kriegsinvalidenfürsorge.

Die unter dem Protektorat des Fürsten Liechtenstein und unter dem Ehrenpräsidium des Geheimen Rates Dr. Wilhelm Exner stehende Gesellschaft macht es sich zur Aufgabe, im Anschluß an die k. k. Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide in den einzelnen österreichischen Ländern Kriegsbeschädigten den Uebertritt in die bürgerliche Erwerbstätigkeit zu erleichtern.

In der letzten Zeit sind der Gesellschaft zur Fürsorge für Kriegsinvalide beigetreten als:

Stifter: Oesterreichische Blechwarenfabrik Pirlo u. Cie., Julius Singer;

Gründer: Sparkasse in Krems; Alois Lemberger; Alois Fürst Schönburg-Hartenstein, k. und k. G. d. J.;

Förderer: Dr. Franz Schellander; Moritz Eißler; Dr. Konstantin Freiherr v. Economo; Gottfried Hüttemann, k. k. Oberbergrat; Dr. Siegmund Breuer; Siegmund Karplus; Ingenieur Gustav Hodek; 11. Armeekommando Generalstabsabteilung; Karl Luber; Karl Joscht; Franz Liefert, Oberdirektor; K. k. priv. Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbaugesellschaft; königliche Rats-Witwe Paula Hofmann; Alexander v. Merey, Geheimer Rat; Franz Freiherr Klein v. Wiesenberg;

Ordentliche Mitglieder: Georg Pointner, k. u. k. Major; Rudolf Weinert, k. u. k. Leutnant; Emil Kahl, k. u. k. Fähnrich; Eduard Fried, k. u. k. Fähnrich; Gustav Brauner, k. u. k. Kadettaspirant; Felix Wiszniewski; Dominik Klatowski; Josef Siebenschein; Adalbert Michalczepski; Fellen Isser; Stanislaus Solarski, Michael Markovski, Israel Stern; Irene Havasi; Wenzel Ernst, k. u. k. Fähnrich; Johann Szalik; Josef Klima; Salomon Flisser; Adalbert Mach; Maier Unger; Joh. Kolisnyk; Robert Müllner, k. u. k. Leutnant; Ladislaus Jednak; Josef Duzinski; Johann Dumiak; Gregor Stepacz; Michael Horbowy, k. u. k. Stabsfeldwebel; Wolf Hirsch; Czechura Josef; Jan Ratousky; Samuel Birnbach; Jury Bityi; Johann Hnatyszyn; Josef Mos; Moses Mader; Benjamin Turteltaub; Peter Illow; Lorenz Pater; Franz Konecek; Jan Suratek; Josef Nisewicz; Ludwig Schrammel; Michael Lebiszczak, Franz Rakovsky; Oskar Zelik; Michael Kalita; Basil Woftowicz; Kasriel Merkes.

Spenden: Max Breitenstein 2 K.; Dr. Max Seidl 2 K.; Erste Staatsrealschule im 2. Bezirk 30 K.; E. Scarpe 10 K.; Fräulein Anna Schmid 1 K.; Claudine v. Vertesy 17 K.; Oesterreichische Bergmann-Elektrizitätswerke 200 K.

Beitrittserklärungen wollen gerichtet werden an die Gesellschaft zur Fürsorge für Kriegsinvalide in Wien, 1. Bezirk, Augustengasse Nr. 2, woselbst auch Abzeichen zum Preise von 2 K. erhältlich sind.

Anmeldungen freier Stellen und Stellengesuche sind zu richten an das Vermittlungsinstitut der k. k. Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide, Landesstelle Wien, 7. Bezirk, Neubaugürtel Nr. 32, Telephon Nr. 38472, wo sich auch ein ständiger Vertreter der Gesellschaft befindet. (Samlung bewilligt mit Erlaß des k. k. Ministeriums des Innern vom 27. August 1916, Zahl 12,867/M. J.)

Reichspost

10./X. 1917

88

Soldatenheime im Hinterlande.

Gefördert von der nachdrücklichen Willensmeinung des Kaisers, unterstützt von der landesmütterlichen Herzensgunst der Kaiserin, wurde die Errichtung und Ausgestaltung der Soldatenheime für unsere Kampftruppen an den Fronten zu einem segensvollen Werke. Der Ruf nach Großmut, Opferwilligkeit und Vaterlandsliebe war auch anläßlich der Förderung der Soldatenheimunternehmung nicht ungehört geblieben. Durch die liebevolle Energie und sachliche Beharrlichkeit des Präsidenten des Zentralkomitees zur Errichtung von Soldatenheimen, Kardinal-Fürsterzbischofs Dr. Friedrich Gustav Piffl, nahm jene Aktion einen hohen Aufschwung und erreichte einen vollen Erfolg. Die Verwaltungen unserer großen Städte, die Industrie, die Banken, Korporationen und Vereine, private Wohltäter und Soldatenfreunde, ganz besonders aber unser hochsinniges, großherziges Herrscherpaar widmeten große Spenden, so daß die Entstehung von über siebenhundert Frontheimen bis zum heutigen Tage möglich wurde. Wie es in ihrer im Grunde streng militärischen Natur liegt — es gibt Soldatenheime im Feuerbereiche des Feindes — erfuhr die große Oeffentlichkeit von diesen Einrichtungen verhältnismäßig wenig. Wer aber dafür spendete, gab oder wirkte, erwarb sich wahrhaften, aufrichtigen Dank aus dem Herzen tausender Vaterlandsverteidiger. Die Soldatenheime sind ja der unmittelbarste Zoll der Dankbarkeit des Hinterlandes an den Kämpfer für das Vaterland, den Verteidiger unseres heimischen Hortes und Herdes; sie sind Werke der Menschenliebe, die glücklicherweise den heil und siegreich aus den Kämpfen Heimkehrenden zugute kommen. Sie bieten dem Soldaten, der unmittelbar den heißen Kampf hinter sich läßt oder der im nervenerschöpfendem Schützengrabendienste stand, Asyl, Erholung, Kräftigung an Seele und Leib, Reinigung im bildlichen und körperlichen Sinne.

Die ausgezeichneten Erfahrungen, die mit den Soldatenheimen gemacht wurden, ließen sowohl bei dem Obersten Kriegsherrn wie bei unseren Heerführern den Wunsch erstarken, auch im Hinterlande Heime für die Soldaten zu errichten. Allgemach fällt diese Absicht nun auch schon mit der Obsorge für den Soldaten in der Zeit bei Friedensanbruch zusammen. Ja, es ist ziemlich naheliegend, daß dann das Soldatenheim ein stärker und notwendiger wirkendes erzieherisches Element wird bilden können und müssen als heute. Gerade in der Zeit nach Einstellung des Kampfes wird der Krieger ein Element benötigen, um sich des Krieges hartem Handwerk mitsamt seiner Ausnahmsmoral zu entschlagen. Um den Soldaten bis zur Zeit der Rückkehr in seinen Friedensberuf körperlich und geistig zu fördern, zu belehren, ihm nützliche Kenntnisse zu verschaffen, ihm sittlich einwandfreie Unterhaltung und Anregung zu bieten, den Besuch zweifelhafter oder schlechter Lokale zu verhindern, ihn vor sittlichen und sanitären Gefahren zu bewahren, plant das Kriegsministerium und das ihm zugesellte Komitee die Errichtung von Soldatenheimen im Hinterlande. Auch dafür hat der Kaiser das lebhafteste Interesse wiederholt zu erkennen gegeben.

Die neue Aktion ist somit bereits Friedensarbeit der Obsorge für unsere heldenmütige, aufopferungsfreudige Armee. Kardinal-Fürsterzbischof Dr. Fr. G. Piffl steht auch an der Spitze jenes Komitees, das an der Seite militärischer Funktionäre die Organisation und Durchführung der Errichtung dieser Heime besorgen will. Kriegsminister FML. v. Stöger-Steiner und Präsident FML. v. Löbl zeigen das lebhafte Interesse, welches auch von militärischer Seite der neuen Einrichtung entgegengebracht wird.

Die bestehenden und überaus nützlich wirkenden Frontheime bilden einen Grundstock; sie werden sich nach der Demobilisierung automatisch in Friedenssoldatenheime umwandeln; dringend notwendig, notwendiger als im Kriegszustande, werden die Heime im Hinterlande wirken! Ohne sich des soldatischen Geistes zu begeben, wird der nun jahrelang im strengen Dienste des Krieges gestandene gereifte Mann und Familienvater, aber auch der Jüngling, der etwa vom Vaterhause, der Schulbank in den Krieg hineingewachsen ist, im Soldatenheim den ersten Hauch und Herzschlag des Friedens wiederfinden. Bei der Errichtung schwebt der Zweck der in Deutschland bereits sich als sehr nützlich erwiesenen militärischen Kasinos vor. Die Hauptleitung der Heime wird in militärischen Händen liegen, aber da doch die Geldmittel zum größten Teile von der Oeffentlichkeit aufgebracht werden sollen, wird bei ihrer Einrichtung und Leitung auf den friedlichen Sinn und ideellen Zweck Hauptgewicht gelegt werden. Dem Soldaten wird ein Heim, eine gemütliche Wohnstätte im ethischen Sinn und nicht wieder nur eine Kaserne in etwas anderer Form geboten werden. Die Heime sollen von den Soldaten wirklich gern aufgesuchte Stätten der Unterhaltung, Belehrung und Geselligkeit werden, sollen ihnen kostspielige, nichtige oder gar schmähliche Unterhaltungen ersetzen.

Jedes Heim wird eine sanitär und hygienisch vollkommene Einrichtung erhalten, wird mit einer billigen und guten Kantine oder Marketenderei ausgestattet. Die Küchenwirtschaft soll so gehandhabt werden, daß auch Offiziere ihre Mahlzeiten daraus beziehen können. Jedes Heim wird eine Büchersammlung belletristischen und belehrenden Inhaltes besitzen, wird mit Musikinstrumenten aller Art, mit Grammophonen, mit Spielen, vornehmlich solchen, die körperliche Fertigkeit fördern und erfordern, wie Billard, Fußball, Kegelbahnen, versehen sein.

Geplant ist auch die Einrichtung von Privatwohnungen, die etwa von Unteroffizieren und Einjährig-Freiwilligen benützt werden könnten; sie würden, gegen billige Miete abgegeben, eine Einnahmsquelle für die Heime bedeuten.

Um den Mann an das Heim zu fesseln und ihn wirklich vor schädlichen Einflüssen zu behüten, anderseits allerlei anregende Kenntnisse zu schaffen, ist die Abhaltung von Vorträgen sittlich-religiöser, unterrichtend-belehrender, hygienisch-aufklärender, praktisch-unterweisender Art ins Werk zu setzen. Alle Gebiete der Kunst und Kultur sollen im Fassungsbereich und Bildungsniveau der Zuhörerschaft behandelt werden; aus dem Gebiete der Staatsbürgerkunde, Volkswirtschaft, von Handel und Gewerbe, der Landwirtschaft, der Künste und Wissenschaften sollen Vorträge, Filmvorführungen, Konzerte, Theatervorstellungen erscheinen. Oeffentliche Spiele, Schauturnen, Fußballwettspiele werden die körperliche Betätigung der Soldaten pflegen. Es ergeht an alle Patrioten, Soldatenfreunde und Wohltäter, an die Gemeinden, Institute und Organisationen die Bitte, diese gemeinnützige und dem ethischen wie dem physischen Wohle gewidmeten Anstalten materiell ausgiebig zu fördern und zu unterstützen. Wieder sind das Oesterreichische Zentralkomitee zur Errichtung von Soldatenheimen (Wien, IX., Wasagasse Nr. 2), das bekanntlich unter dem Allerhöchsten Protektorate des Kaisers und Kaiserin steht, sowie die Verwaltung dieses Blattes bereit Spenden entgegenzunehmen.

Ein großer sozialer Gedanke erfüllt den Zweck der Soldatenheime: die seelische und körperliche Pflege des wertvollsten Gutes des Staates — des Menschenlebens des Einzelnen; hat der Krieg Hekatomben hinweggerafft, so ist es die Pflicht der Friedenszeit, nun alle Kräfte zusammenzufassen, um das künftige Lebensdasein zu einem höheren, veredelten zu gestalten. An dem Landesverteidiger, der sich nun vom Kriege loslöst, diese Aufgabe zuerst zu betätigen, ist eine Pflicht.

Kölnische Zeitung
16./X. 1917

16
80

Gesetzlicher Zwang zur Einstellung Kriegsbeschädigter?

Bei dem heutigen außerordentlichen Mangel an Arbeitskräften nimmt es nicht wunder, daß auch die Kriegsbeschädigten, sowohl die äußerlich Verletzten wie auch die innerlich Kranken, in großem Umfange mit Hilfe der amtlichen Fürsorgestellen Arbeit gefunden haben. Eine in der Rheinprovinz vor einiger Zeit aufgenommene Statistik hat ergeben, daß nur etwa 4 Prozent der aus dem Militärverbande entlassenen Kriegsbeschädigten arbeitslos sind. Dabei ist noch zu bedenken, daß zurzeit im allgemeinen nur Schwerbeschädigte entlassen werden, während leichter Beschädigte noch meistens als garnison- oder arbeitsverwendungsfähig beim Heere zurückgehalten werden. Für die Zeit nach dem Kriege bestehen aber berechtigte Befürchtungen, daß die jetzigen glücklichen Verhältnisse für die Kriegsbeschädigten nicht bleiben werden. Der Wettbewerb vollwertiger Arbeitskräfte, vor allem auch der Wettbewerb der Frauen, wird die Unterbringung minder Leistungsfähiger genau wie in Friedenszeiten außerordentlich erschweren. Infolgedessen werden in den Kreisen der Kriegsbeschädigtenfürsorge schon jetzt Mittel und Wege erwogen, wie die Kriegsbeschädigten auch in der spätern Friedenszeit zu versorgen sind. Dabei ist auch der Gedanke aufgetaucht, durch Gesetz anzuordnen, daß die Arbeitgeber Kriegsbeschädigte in gewissem Umfange einstellen müssen. Diesen Gedanken hat auch die Reichstagskommission für die Übergangswirtschaft sich zu eigengemacht und einen Antrag angenommen, wonach jeder Betriebsunternehmer auf 50 Arbeiter mindestens einen Kriegsbeschädigten einstellen soll. Ausnahmen sollen nur auf Grund der Entscheidung von paritätischen Schlichtungskommissionen zulässig sein. Die etwaige Einführung einer solchen gesetzlichen Regelung wird für die Arbeitgeber, vor allem für die Industrie, von größter Bedeutung sein.

In Nr. 2 der Zeitschrift „Die Kriegsbeschädigtenfürsorge", herausgegeben vom Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge in Berlin, beleuchtet Landesrat Dr. Horion, der Leiter der Kriegsbeschädigtenfürsorge in der Rheinprovinz, die Frage nach allen Seiten. Zunächst legt er dar, daß es unter allen Umständen notwendig ist, solche Vergünstigungen nicht für alle Kriegsbeschädigten festzusetzen, sondern auf die Schwerbeschädigten zu beschränken. Würde dies nicht durchgeführt, so würden die Vergünstigungen stets nur den Leichtbeschädigten zugute kommen, die dann gesuchte Arbeitskräfte würden, um die gesetzliche Zahl im Arbeitsbetriebe auszufüllen, während die Schwerbeschädigten das Nachsehen hätten. Aber auch mit dieser Beschränkung bezweifelt Horion, ob eine solche Bestimmung praktisch durchführbar ist und ob damit den Kriegsbeschädigten wirklich genützt wird. Die einzelnen Betriebe haben eine ganz verschiedene Ausnahmefähigkeit für Kriegsbeschädigte und gerade diejenigen, die wenig leichtere Stellen für solche haben, haben in der Regel auch eine große Unfallgefahr, so daß sie schon viele Friedensverletzte in ihren leichtern Stellen unterzubringen haben. Es heißt dann weiter:

Bei der Durchführung der Stellenbesetzung würden sich dann aber noch weitere große Schwierigkeiten ergeben. Sollen die im Betriebe innerhalb der gesetzlichen Zahl beschäftigten Kriegsbeschädigten gewissermaßen eine feste Anstellung haben, so daß ihnen nicht gekündigt werden kann? Auf die Arbeitsenergie des Beschädigten würde das gewiß nicht von der besten Einwirkung sein. Wie soll sich das Verfahren praktisch gestalten, wenn beispielsweise in einer Fabrik ein Schwerbeschädigter als Kranführer tätig war und seine Stellung aufgibt? Soll dann mit mehrwöchiger Frist die Stelle für einen Kriegsbeschädigten ausgeschrieben und abgewartet werden, ob sich einer meldet, der gerade diese Stelle ausfüllen kann, und soll die Stelle so lange unbesetzt bleiben und der Betrieb stille stehen? Soll über die Eignung eines sich meldenden Kriegsbeschädigten für die Stelle, wenn der Arbeitgeber ihn nicht für geeignet hält, erst die Schlichtungskommission zusammentreten und entscheiden? Was soll in der Zwischenzeit bis zur Entscheidung geschehen? Trägt diese Schlichtungskommission auch die Verantwortung, wenn durch die Ungeeignetheit des auf ihr Verlangen eingestellten Kriegsbeschädigten, vielleicht aus Gründen, die mit seiner Kriegsbeschädigung gar nicht zusammenhängen, ein Unglück entsteht? Wird der ganze Zwang und werden die mit dem Verfahren verbundenen Auseinandersetzungen nicht so viel Erbitterung bei dem Arbeitgeber hervorrufen, daß die ganze Kriegsbeschädigtenfürsorge darunter leidet, so daß eine Abneigung gegen die Einstellung

Reichspost
21./X. 1917

90

Das Kaiser-Karl-Kriegsblindenheim in Baumgarten.

In der Baumgartnerstraße 69 im 13. Bezirke befindet sich das neuerbaute, palastartige Kaiser-Karl-Kriegsblindenheim; dasselbe ist mit dem ganz gleichartig gebauten Kaiser-Franz-Josef-Blindenarbeiterheim 71 verbunden. Vor den beiden großartigen Anstalten ist ein Vorgarten und um die drei übrigen Fronten ziehen sich ausgedehnte Gärten hin, die großenteils mit Gemüse bebaut sind. In diesen beiden Anstalten befinden sich Kriegs- und Zivilblinde. Die Kriegsblinden, derzeit 24, werden im Schreiben und Lesen der Punktschrift unterrichtet, in der Musik auf einzelne Instrumente: Klavier, Harmonium, Violine, Zither, Guitarre aus-, bezw. fortgebildet, erlernen das Bürstenbinden und Korbflechten. Eine reichhaltige Blindenbibliothek steht ihnen zur Verfügung. In den Wohnräumen ist das Zellensystem eingeführt, je zwei bewohnen eine Zelle. So großartig diese beiden Anstalten eingerichtet sind, so zeigen sich doch zwei Mängel, nämlich an physischem und geistigem Licht. Die Hauptfronten der beiden Anstalten sind gegen Norden gerichtet und die Wohnzellen befinden sich meistens auf dieser Seite, das ganze Jahr fällt kein Sonnenstrahl in dieselben, sie sind düster und kühl und wirken unvorteilhaft ein auf die Gemüter der Blinden! eine düstere Wohnung — ein düsteres Gemüt. Aus physiologischen Gründen braucht der Blinde mehr Licht für sein körperliches Gedeihen als der Sehende, derselbe sucht auch gerne das Sonnenlicht, erhebt seine erloschenen Augen gegen die Sonne, bewegt und wiegt seinen Kopf gerne in der Sonne. Die Typhlopädagogen nennen dieses Verlangen der Blinden „Lichthunger". Auf dieses Verlangen muß bei der Errichtung und Einrichtung einer Blindenanstalt wohl gesehen werden. Ein zweites Licht ist für die Blinden notwendig, das religiöse Licht. Sowie sie nach dem ersteren naturgemäß verlangen, so auch nach dem zweiten, viel höherem, viel edlerem Licht des Glaubens, das sie in ihrem Herzen erwärmt und mit ihrem Schicksal versöhnt, Geduld und Ergebung verleiht. Sie selbst bitten um dieses Glaubenslicht. Deshalb ist ein Kirchlein bei diesen Anstalten eine unbedingte Notwendigkeit, damit ihnen diese beiden Wohltaten in reichlichem Maße erschlossen werden könnten. Die Blinden in der altehrwürdigen, bewährten Blindenbeschäftigungsanstalt in der Josefstadt werden jeden Sonn- und Feiertag in die nahegelegene Breitenfelder Kirche geführt, wo sie mächtig und trefflicher eingreifen in den Kirchengesang des Volkes, zu Hause haben sie eine ihrem Zustande entsprechende Erbaute. Ein Männerchor von dieser Anstalt besorgt jeden Sonn- und Feiertag den Choralgesang in der Lazaristenkirche auf der Kaiserstraße. An einer Schnur werden 12 blinde Männer paarweise durch die frequente Kaiserstraße mit vier Kreuzungen der elektrischen Bahn geführt und noch nie ist ein Unfall vorgekommen. So könnten auch die blinden Männer aus diesen beiden Anstalten in Baumgarten durch die ruhige Baumgartnerstraße ohne Wagenverkehr in mehreren Abteilungen in die große, neuerbaute, nahegelegene Baumgartner Kirche zur Predigt und zum Hochamte geführt werden. Die Predigt, das Wort Gottes, würde ihnen heilsamen, lindernden Stoff zum Nachdenken geben und die kunstvoll durchgeführte Musik des Kirchenchores würde ihre Herzen erheben und begeistern; die Blinden sind ja meistens musikalisch. Gestärkt im Glauben und getröstet im Leid würden sie in ihr Heim zurückkehren. Es hat sich doch der Heiland so warm der Blinden angenommen, ihnen das Licht, das Glaubenslicht gespendet, so daß sie ihm in Treue und Liebe nachfolgten.

W. Binder.

Abend
6/XI. 1917

Soldatenlektüre.

Von Dr. Peter Adamer.

Es scheint mancherorts die Meinung zu herrschen, daß seit Gründung der Soldatenheime die Frage der Soldatenlektüre gänzlich gelöst sei, so daß eine Unterstützung der Zentralstelle für Soldatenlektüre und der verschiedenen Landesvermittlungsstellen gegenstandslos geworden wäre. Diese für unsere Feldgrauen höchst schädliche Auffassung muß entschiedene Berichtigung erfahren.

Es sind ja die Soldatenheime eine unermeßlich segensvolle Einrichtung, die zarte, weitausschauende Liebessürsorge den Kriegern geschaffen und mir scheint, daß durch sie — nämlich nach ihrer literarischen Seite — das bisher großzügigste Werk der Soldatenlektüre geschaffen worden sei; jeder, der diesen Heimen ein Förderer gewesen ist und in Zukunft sein will, muß daher zu den ersten Soldatenfreunden gerechnet werden. Es war eine hochgeweihte Feierstunde, als ich die ungefähr tausend Bücher, die für die Soldatenheime meines Bezirkes eingelangt, vor mir sah; diese Menge von Büchern, und zwar alles neue, gebundene, und wie glücklich ausgewählt. Gewiß haben erleuchtete Augen der Liebe gewacht, daß den Soldaten nicht Gift gereicht werde, aber im übrigen hatte wohltuende Weitherzigkeit in der Auswahl das große Wort. Und diese Art literarischer Versorgung der Vaterlandsverteidiger geht im bisherigen Bett stetig weiter. Aber trotzdem ist Platz und viel Platz offen für das Wirken der bald nach Kriegsbeginn bei uns wie in Deutschland geschaffenen Stellen für Soldatenlektüre. Die den Soldatenheimen überwiesenen Bücher werden meist dortselbst zurückgehalten; die Besucher und nur sie können darin lesen. Die Rücksicht auf die Erhaltung des Bücherbestandes und zwar in gutem Zustand und die Absicht, die Heime zu Stätten geistiger Beschäftigung zu gestalten, haben diese Praxis geschaffen. An anderen Orten wieder wurde eine Art Leihbibliothek geschaffen, meist gegen einen kleinen Einsatz können Bücher auch in die Wohnung mitgenommen werden. In beiden Fällen ist es zu begrüßen, wenn auch noch anderweitig Schriften zugeleitet werden; ganz zu schweigen von der Lage jener Gegenden, die noch kein Soldatenheim besitzen. Die Krieger sollen etwas Lektüre bekommen auch ganz vorne in den Stellungen; in den Unterständen soll ein bescheidenes Freigut zum Lesen bereitgehalten sein. Die Kranken und Maroden verdienen stets besondere Berücksichtigung; sofern für solche Häuser und Zimmer nicht eigene Bibliotheken errichtet sind, werden diese Armen ganz spärlich an der Wohltat der Soldatenheime teilhaben. Hygienische Gründe legen eine gewisse Aussperrung nahe. Der Kurat wird immer noch als der „Büchermann aufgesucht, darum braucht er Zufuhr aus dem Hinterland; er kann besonders auch religiösen Lesestoff zur rechten Zeit und am rechten Ort wohl anbringen. Für kleine Minoritäten Fremdsprachiger, die fast durchwegs in den einzelnen Truppen eingesprengt sind, muß eigens gesorgt werden. Bemerkt sei noch, daß in den Soldatenheimen mitunter manche Lektürearten, die so sehr gesucht sind, fehlen z. B. Zeitschriften, Kalender; und besonders daß die literarischen Bedürfnisse eines Millionenheeres so ungeheuere große sind, daß e i n e Einrichtung, und sei sie noch so großzügig, sie nie befriedigen kann. So ist große Nachfrage nach Lesestoff; jene Soldaten, die in ihrer Apathie nicht nach einem Buch verlangen, sind ein kleiner Prozentsatz und gerade bei diesen muß uns daran liegen, durch stete Versuche den Geist aus der „Kriegsverblödung" herauszureißen.

Wie läßt sich an dem gedachten Werk der Soldatenlektüre mitschaffen? Sicher sind Geldspenden an die Zentralstelle (Wien, IX., Canisiusgasse 16) und an die Landesstellen sehr am Platze; wie man hört, sind deren Kassen fast bis auf den Grund erschöpft. Aber in der Zeit der unheimlichen Teuerung sei noch mehr auf eine andere, ebenso wertvolle Unterstützung hingewiesen: D i e S a m m l u n g u n d E i n s e n d u n g v o n L e s e s t o f f durch die Pfarrämter oder Vereine; es ist noch viel ungenütztes Kapital vorhanden. B e s o n d e r s s e i e n g e n a n n t: K a l e n d e r auch früherer Jahrgänge. — Z e i t s c h r i f t e n, vor allem illustrierte (Hausschatz, Alte und neue Welt, Woche, Ueber Land und Meer); auch einzelne Nummern willkommen — Zeitungsbeilagen, etwa zusammengenäht — Romane und Erzählungen aus Zeitungen — religiöse Schriften, apologetische Lektüre. Ich wage zu sagen: man braucht nicht übermäßig streng zu sein bei der Bücherauswahl; einmal weil die genannten Stellen die Zusendungen überprüfen und dann weil das Nichtlesen das größere Uebel ist, als wenn einer beim Lesen etwa einmal auf eine nicht ganz einwandfreie Stelle stößt — solche sind im Soldatenleben nichts so Seltenes.

Es ist wahrlich nichts süßes, an einen vierten Kriegswinter für die Soldaten zu denken, aber der kluge Mann baut vor — auch durch Bereitstellung geistiger Zufuhr.

19./XI. 1917

92

Kriegsbeschädigten-Fürsorge.

Ausstellung der Stadt Berlin.

Gestern wurde in den Räumen der Städtischen Pflichtfortbildungsschule Lange Str. 31 die zweite Ausstellung der Kriegsbeschädigten-Schule der Stadt Berlin eröffnet. Der Magistratskommissar für Kriegsbeschädigten-Fürsorge Stadtrat Prof. Dr. Preuß eröffnete die Ausstellung mit einer Ansprache, in der er darauf hinwies, daß es nötig sei, von Zeit zu Zeit Musterung zu halten über das, was geleistet worden ist. Die diesjährige Ausstellung unterscheidet sich von der im vorigen Jahre im Langenbeck-Virchowhause veranstalteten dadurch, daß sie einmal den größeren Umfang der Fürsorge zeigt und daß die Arbeit in den Werkstätten selbst vorgeführt wird.

Direktor Dr. Grundscheid, der Direktor des städtischen Fach- und Fortbildungsschulwesens, erläuterte dann den Zweck der Schule, die von dem Grundsatz ausgeht, die Verwundeten wenn irgend möglich ihrem alten Beruf wieder zuzuführen und solchen Verwundeten, die nach den Urteilen der Berufsberatung gezwungen sind, einen anderen Beruf zu ergreifen, und denen, die bessere Stellungen anstreben, in der Kriegsbeschädigtenschule Gelegenheit zu geben, sich die Kenntnisse durch Wiederholung und Erweiterung früher erworbenen Wissens zu verschaffen. Zunächst wurden die Verwundeten den Fach- und Fortbildungsschulen zugewiesen, später wurden besondere Einrichtungen für sie geschaffen, und zwar: die für Kaufleute und Gewerbetreibende eingerichtete Kriegsbeschädigtenschule Friedrichstraße 126, die Schule für Kopfschußverletzte, die Lazarettschule in Buch. Weiter sind an der Beschulung der Kriegsbeschädigten folgende Schulen besonders beteiligt: die Beuthschule, der Gewerbesaal, die Tischlerschule, die beiden Handwerkerschulen, die Webeschule, die Fachschule für Maler, für Klempner, für Maurer, Zimmerer und Dachdecker, für Schuhmacher sowie die Fortbildungsschule für Taubstumme und Schwerhörige.

Die Ausstellung selbst zeigt keine besonderen Schaustücke, sie legt vielmehr Wert darauf, den Entwicklungsgang der einzelnen Schüler zu zeigen, die oft in überraschend kurzer Zeit große Fortschritte aufweisen. So haben z. B. in der Malerschule, wie uns Direktor Giesecke, der in liebenswürdiger Weise führte, berichtete, 17 Maler ihr Meisterexamen mit gut und recht gut bestanden, darunter zwei, denen der rechte Arm abgenommen worden war, und die eine selbständige Stellung vollkommen ausfüllen. Besonders fesselnd war ein Rundgang durch die Werkstätten selbst, wo die Kriegsverletzten an der Arbeit waren. Im ganzen sind von 34 066 Kriegsbeschädigten 2399 der Schule zugeführt worden, während 4387 Arbeitsvermittlung und 12 304 Berufsberatung durch die Kriegsbeschädigten-Fürsorge der Stadt Berlin zuteil wurde. Li.

Reichspost Abendbl 20./XI. 1917

93

Das Kaiser-Karl-Kriegsblindenheim in Baumgarten.

Zu den uns zugegangenen Ausführungen über das „Kaiser-Karl-Kriegsblindenheim" erhalten wir aus dem Heim selbst folgende Ergänzungen: Das Kaiser-Karl-Kriegsblindenheim und das Kaiser-Franz-Josef-Blindenarbeiterheim sind Arbeiterheime, bei deren Errichtung die Werkstätten, in denen sich die Blinden den größten Teil des Tages aufhalten, selbstverständlich als das Wichtigste betrachtet werden mußten. Im Kaiser-Franz-Josef-Blindenarbeiterheim ist die Werkstätte für die Blinden gartenseitig mit den Fenstern nach Süden und Westen und nur die Werkstätte für die Sehenden (Zurichterei) nach Norden gelegen. Auch die Wohnräume für die Blinden wurden — soweit dies möglich war — in beiden Anstalten mit den Fenstern nach der Sonn- und Gartenseite angelegt. Alle nach Osten, Süden und Westen gelegenen Räume sind sonnig und mit den Fenstern in den Garten gerichtet. Von einem „Mangel an physischem Lichte" kann also bei keinem der beiden Heime die Rede sein. Auch mit dem religiösen Lichte ist es nicht schlimm bestellt. In den beiden Anstalten ist zwar kein Kirchlein eingebaut, aber es ist die Baumgartner Pfarrkirche nur fünf Minuten entfernt, die von den Heiminsassen gerne besucht wird. Ein in einem Nachbarhause in der Baumgartenstraße wohnender Bürgerschulkatechet, zu dem die blinden Arbeiter viel Vertrauen haben, ist zu religiösem Rate und Troste stets gerne erbötig.

Der Leiter der beiden Anstalten, der sich in katholischen Kreisen eines nicht unbedeutenden Ansehens erfreut, und der erste Werkmeister, der im katholischen Vereinsleben durch eifrige Tätigkeit bekannt ist, sind mit Erfolg bestrebt, auf das religiöse Leben der blinden Arbeiter günstig einzuwirken. Auf die blinden Arbeiter, die gereifte Männer sind, in religiöser Hinsicht einen Zwang auszuüben, ist aus mancherlei Gründen nicht angezeigt. Wie vom Vereine zur Fürsorge für Blinde nach Errichtung des Kaiser-Franz-Josef-Blindenarbeiterheims die angrenzenden Baustellen erworben wurden, um auf diesen im Bedarfsfalle ein zweites Haus — das Kaiser-Karl-Kriegsblindenheim — erbauen zu können, so wurde nach Errichtung des letzteren unverzüglich ein zweiter Baugrund im Ausmaße von 2800 Quadratmeter angekauft, um darauf ein Blindenfeierabendhaus erbauen zu können, wenn einmal eine größere Anzahl der in beiden Arbeiterheimen beschäftigten Blinden arbeitsunfähig und eines Ruheplätzchens bedürftig sein wird. Und in dieses Blindenfeierabendhaus wird auch eine Kapelle eingebaut werden, welche der Verfasser des eingangs erwähnten Artikels wünscht. Da es wiederholt vorkam, daß Zivilblinde nach ihrem Austritte aus dem Kaiser-Franz-Josef-Blindenarbeiterheim um ihre Wiederaufnahme ins Heim baten, und daß Kriegsblinde, die zur Superarbitrierung kamen, den Wunsch äußerten, nach der Superarbitrierung im Kaiser-Karl-Kriegsblindenheime bleiben zu dürfen, kann wohl angenommen werden, daß der Aufenthalt in den beiden Heimen nicht unbehaglich ist. Daß den Blinden, die ein grausames Schicksal mit finsterer Nacht umgab, des Unglücks schwere Last soweit als möglich erleichtert werde, ist das Streben des Präsidiums des Vereines zur Fürsorge für Blinde und der Wille jener edlen Menschenfreunde und Wohltäter, die durch Beiträge das Kaiser-Franz-Josef-Blindenarbeiterheim und das Kaiser-Karl-Kriegsblindenheim errichten halfen oder durch Spenden zur Erhaltung dieser beiden Blindenheime beitragen.

Karl Rosenmayer.

Hamburger Fremdenblatt
28. XI. 1917

28

Ein staatliches Wohlfahrtsamt.

An vielen Stellen beschäftigt man sich mit der Frage, ob wir in der Uebergangszeit nach dem Kriege mit einer Arbeitslosigkeit in größerem Umfange zu rechnen haben werden oder nicht. Die Entscheidung hängt naturgemäß in erster Linie von der Art des Friedens ab. Ferner ist dafür entscheidend die Gestaltung der Rohstoff-, Valuta-, Schiffsraumverhältnisse und anderes mehr. Die Reichsregierung beabsichtigt die Demobilisation so vorzunehmen, daß den in der Uebergangszeit wichtigen Betrieben die erforderlichen Arbeitskräfte möglichst schnell zugeführt werden und einer Arbeitslosigkeit tunlichst vorgebeugt wird. Wie sich auch die Verhältnisse gestalten mögen, so wird es zweckmäßig sein, die in Betracht kommenden organisatorischen Fragen rechtzeitig zu durchdenken. Einen Versuch dazu bildet für das Gebiet der Arbeitslosenunterstützung eine soeben als Heft 11 des Archivs der Hamburgischen Gesellschaft für Wohltätigkeit erschienene Anregung von Dr. Friedrich Zahn, die den Titel trägt: „Die Organisation der Arbeitslosenunterstützung in Hamburg nach dem Kriege." Der Verfasser kommt zu dem Ergebnis, daß es das Beste wäre, wenn wir allmählich dahin gelangten, eine zentrale Behörde für alle sozialen Fragen zu bekommen: etwa ein staatliches Sozial- oder Wohlfahrtsamt. Theoretische Versuche dazu sind schon verschiedentlich gemacht. Sie erschienen jedoch bisher immer darum aussichtslos, weil man beabsichtigte, die bestehenden Stellen zusammenzubringen, und sich naturgemäß kein Leiter einer bisher selbständigen Stelle einer anderen Behörde unterordnen wollte. Einen ganz neuen Weg hat der Oberbürgermeister von Wien eingeschlagen, der am 1. Juli ein städtisches Wohlfahrtsamt für alle die Aufgaben errichtet hat, für die bisher eine besondere Stelle nicht zuständig war, und für alle neu auftauchenden Fragen auf diesem Gebiet. Dadurch ist allerdings eine Lösung der bisher unlösbar erscheinenden Widerstände erreichbar. Keine Gelegenheit erscheint für die unbedingt notwendige Zentralisierung unserer staatlichen Fürsorgemaßnahmen geeigneter als die jetzige, weil ganz sicher damit zu rechnen sein wird, daß nach dem Kriege eine große Reihe neuer Aufgaben auf diesem Gebiete zu bewältigen sein werden. Wird eine solche neue Behörde eingerichtet und arbeitet sie zur Zufriedenheit, so wird bei jedesmaligem Wechsel in der Leitung einer der bisher bestehenden behördlichen sozialen Stellen die Frage der Angliederung zu prüfen und gegebenenfalls leicht durchführbar sein. Die erste Aufgabe, die die neue behördliche Stelle in Angriff zu nehmen hätte, wäre eben die Organisation der Arbeitslosenfürsorge — im engsten Zusammenhang natürlich mit den Arbeitsnachweisen, den Unternehmern und den Arbeitervertretern.

1./XII. 1917

95

Entlastung der Gendarmerie.

Kriegsinvalide im öffentlichen Dienste.

Die Abgeordneten Wedra, Dr. Schürff, Kittinger, Richter und Genossen haben gestern im Abgeordnetenhaus bezüglich geeigneter Verwendung von Kriegsinvaliden im öffentlichen Dienst einen Antrag eingebracht, in dessen Begründung es unter anderem heißt: Die durch die Kriegswirtschaft bedingten Bestandesaufnahmen an Getreide, Fett, Haustieren usw., sowie die Ueberwachung des Verkehrs mit staatlich bewirtschafteten Lebens- und Futtermitteln und sonstigen Artikeln werden auf dem Lande der Gendarmerie teils vollständig überlassen, teils unter ihrer Mithilfe durchgeführt.

Da es sich hiebei größtenteils um Arbeiten des staatlichen Verwaltungsdienstes handelt, die in den meisten Fällen einen derartigen Umfang haben, daß die ganze Dienstzeit des Gendarmen damit ausgefüllt ist, wird die Gendarmerie ihrem eigentlichen Zwecke, dem Sicherheitsdienste, fast vollständig entzogen. Die Folge davon ist, daß tatsächlich, wenigstens in den Landgemeinden Niederösterreichs, die Diebstähle in erschreckender Weise überhand nehmen, so daß kein Landwirt des Nachts ruhig schlafen kann, ohne fürchten zu müssen, daß das Wenige, was er im Schweiße seines Angesichtes dem Boden abgerungen oder sonstwie erwirtschaftet hat, und was ihm die requirierenden Organe des Staates noch für seinen Bedarf gelassen, über Nacht eine Beute der Diebe oder Einbrecher werde.

Durch eine Heranziehung von hiezu geeigneten Invaliden könnte aber der Gendarmerie die ganze Last der jetzt von ihr verlangten nicht zu ihrem eigentlichen Dienste gehörigen Verwaltungsarbeiten abgenommen und gleichzeitig für eine große Anzahl invalider Soldaten eine Existenzmöglichkeit geschaffen werden, wenn etwa die in Betracht kommenden Invaliden in allen Zweigen des Marktamtsdienstes, in der Fleisch- und Viehbeschau usw. ausgebildet und beispielsweise den einzelnen Gendarmerieposten, jedoch mit vollständig selbständigem Wirkungskreise angegliedert würden. Außerdem wären in diesen kriegsbeschädigten Soldaten oder Unteroffizieren sehr brauchbare Kräfte gewonnen, zur Durchführung aller die Aufnahme von Vorräten aller Art sowie die Kleinverkaufspreise betreffenden gesetzlichen Bestimmungen, zur Ueberwachung des Verkehrs mit staatlich bewirtschafteten Artikeln. Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Die Regierung wird aufgefordert, ehestens durch Einstellung geeigneter Invaliden die Gendarmerie derart zu entlasten, daß sie ausschließlich ihrem eigentlichen Berufe, dem Sicherheitsdienst, obliegen kann, damit der bei der Abwesenheit so vieler Männer von ihrem Haus und Hof um so mehr drückenden Unsicherheit des Besitzes Einhalt geboten und die drückende Sorge um ihr bißchen Eigentum von der ohnehin durch die verschiedenen Kriegslasten schwer bedrückten Bevölkerung genommen werde, weiter durch Einbringung eines Gesetzentwurfes über die Einstellung von Invaliden in den öffentlichen Dienst zur Besorgung der obgenannten Verwaltungsarbeiten, über die Entlohnung dieser Organe, über ihre amtliche Stellung und Machtbefugnisse, über die Aufteilung der Kosten ihrer Entlohnung auf den Staat und die Gemeinden, endlich durch Einbringung eines Gesetzentwurfes, der die Beschaupflicht hinsichtlich der für den eigenen Hausbedarf der Tierbesitzer geschlachteten Rinder, Kälber, Schafe, Ziegen und Schweine vorsieht, den bestehenden mangelhaften Zuständen Rechnung zu tragen.

Hamburger Fremdenblatt

24./XII. 1917.

Hindenburg und Ludendorff über Kriegerheimstätten.

Hindenburg und Ludendorff haben an den Vorsitzenden des Hauptausschusses für Kriegerheimstätten, Herrn Damaschke, aus dem Großen Hauptquartier Schreiben gerichtet, in denen sie die Arbeit des gesamten Hauptausschusses würdigen. Hindenburg äußert sich u. a. wie folgt:

Unsere Krieger, die ihr Vaterland unter schwersten Opfern so ruhmvoll vor dem Verderben geschützt haben, dürfen bei ihrer siegreichen Heimkehr nicht mit Wohnungselend empfangen oder gar mit Frau und Kindern der Obdachlosigkeit preisgegeben werden. Das Vaterland soll jedem, der von ehrlicher Arbeit leben will, dazu helfen, ein vor Wucherhänden geschütztes Heim zu gewinnen, in dem deutsches Familienleben und der Aufwuchs an Leib und Seele gesunder Kinder möglich ist. Es handelt sich hier um ein Werk von größter sozialer Tragweite. Je eher dieses in Angriff genommen wird, desto mehr wird es eine Quelle neuer Freudigkeit und dankbarer Hingebung unserer tapferen Truppen werden!

Ludendorff bemerkt u. a.: Es ist zweifellos die entscheidende Frage für unsere ganze Zukunft, daß wir ein gesundes, wachsendes Volk und vor französischen Zuständen bewahrt bleiben. Kein Mittel aber scheint hier so sichere organisatorische Besserung zu verbürgen, wie die Ausbreitung von Heimstätten, die Raum und Luft und Licht für einen zahlreichen gesunden Volksnachwuchs bieten. Die Heimstättenfrage ist nicht die Frage eines einzelnen Berufes oder Standes. Unsere Beamten, Arbeiter, Handwerker und Geschäftsleute — alle, die auf den Ertrag ihrer Arbeit angewiesen sind, haben das gleiche Lebensinteresse daran, daß dieser Ertrag nicht durch künstliche Verteurung des vaterländischen Bodens ihnen beeinträchtigt werde. Aber auch der Staat und die Unternehmer haben das gleiche Interesse, daß das, was sie zur Verbesserung der Lebenshaltung ihrer Beamten Angestellten und Arbeiter ausgeben, ihnen auch wirklich zugute komme. Viel Unzufriedenheit und viele wirtschaftliche Kämpfe, die unser Volk nach diesem Kriege noch schwerer denn je schädigen müßten, werden deshalb durch die Heimstättenbildung verhütet werden.

Fremdenblatt

Abendl
27./XI. 1917

98

(Die Soldatenheime.) Eine Infanteriedivision schreibt über die bei ihr bestehenden Soldatenheime: Nach fünfmonatigem Bestande kann diese Institution aus Erfahrung als bestbewährt anerkannt werden. Die Soldaten finden in ihren Heimen, welche sie über alle Erwartung fleißig besuchen, wirklich geistige Erholung. Sie freuen sich über die ihnen gebotenen Lokale und deren Einrichtung, welche ihnen Gelegenheit bietet, auf bequeme Art und in Ruhe einen Brief an ihre liebe Heimat zu schreiben, eine Zeitung einmal sitzend und bei Tisch zu lesen oder in einem Buche geistige Nahrung zu finden. Nach einem fünfmonatigen Betriebe kann festgestellt werden, daß z. B. im Soldatenheim, in dem auch ein Feldkino etabliert ist (welches stets auf einen starken Besuch zurückblicken kann), nicht ein Tisch oder Schrank, nicht eine Bank beschrieben oder verschmutzt oder die Wände beschädigt sind. Von der inneren Einrichtung wurde während der ganzen Dauer ein Glas zerschlagen, und von den Büchern sind im ganzen 8 nicht zurückerstattet worden. Sämtliche Spiele sind zwar sehr stark benützt, aber noch immer komplett erhalten. In diesem Soldatenheim wurde noch kein Tropfen Alkohol verabreicht, hingegen aber war das Interesse für die Bibliothek sehr bedeutend. Die Genügsamkeit unserer Soldaten gilt auch als Richtlinie für die Leitung der Soldatenheime, welche bisher noch mit keinerlei Bitten weder an das Kriegsfürsorgeamt noch an das Zentralkomitee zur Errichtung von Soldatenheimen herangetreten ist. Spenden genügten zur Bestreitung und Anschaffung der noch fehlenden Ausstattungsgegenstände. Von dem Wunsche geleitet, dem Soldaten während seiner kurzen Retablierungszeit knapp hinter der Front immer mehr Freude zu bereiten, tauchte die Idee auf, ein Feldkino zu errichten. Dies wurde umso leichter ermöglicht, als sich unter den vielen Braven ein Kinobesitzer befand, welcher seine Kinoeinrichtung dem Soldatenheim unentgeltlich zur Verfügung stellte. Nach zehntägigem Betriebe waren die Auslagen für die Aufstellung des Feldkinos wettgemacht, und heute verfügt das Feldkino über ein Vermögen von mehr als 1600 Kr., ist daher in der Lage, nicht nur sämtliche bestehenden Soldatenheime der Division aus Eigenem zu erhalten, sondern auch noch neue Heime zu schaffen.

Pester Lloyd Abendbl
27./XII. 1917

99

Das Schicksal der Kriegsblinden.

Von Universitätsprofessor Dr. Emil v. Größ.

Von den kriegserblindeten ungarischen Soldaten waren 75 Prozent in der Landwirtschaft tätig. Ich hatte vor anderthalb Jahren den Vorschlag gemacht, daß die erblindeten Soldaten nicht bloß im Lesen und Schreiben und in Handwerken, sondern auch in landwirtschaftlichen Arbeiten geübt werden sollten. Der Beschäftigungskreis der Blinden, der durch 100 Jahre lediglich im Bürstenbinden und Korbflechten bestand, hat sich bereits beträchtlich erweitert. In Berlin ließ der Professor für Augenheilkunde Silex die kriegsblinden Soldaten in Fabriksarbeit, Professor Bielschovsky in Marburg ließ sie im Telephondienst ausbilden. Diese beiden Beschäftigungen wurden auch bei uns eingeführt; in der Manfred Weißschen Fabrik erhielten zahlreiche erblindete Soldaten guten Verdienst; auch die Telephonisten haben sich bewährt. Der landwirtschaftlichen Beschäftigung gegenüber jedoch besteht an den maßgebenden Stellen eine gewisse Abneigung, und zwar zu Unrecht, denn in Oesterreich und Deutschland ist bereits bewiesen worden, daß die im erwachsenen Alter Erblindeten sich mit Erfolg in der Landwirtschaft betätigen können. In Straß (Oesterreich) und in Halbau (Preußisch-Schlesien) sind sie in der Landwirtschaft praktisch beschäftigt und sie gewinnen dadurch Selbstvertrauen.

Es war stets meine Ueberzeugung, daß den kriegserblindeten Soldaten in ihrem früheren Wohnort ein Heim gesichert werden muß. Das Familienheim ist die Grundbedingung dafür, daß sich der Kriegsblinde glücklich und zufrieden fühle. In Oesterreich wurde nach einigem Schwanken Kommerzienrat Grimm zum Apostel dieser Lösung der Kriegsblindenfrage und seine von Erzherzog Karl Stefan unterstützte Aktion führte zu einem Sammlungsergebnis von drei Millionen Kronen. Einundneunzig Kriegsblinde wurden bereits ansässig gemacht. Bei uns macht die Ansiedlung und Heimgründung sehr langsame Fortschritte, obwohl hier die blinden Soldaten zum größten Teil Landleute sind, die sich noch viel mehr nach ihrem Familienheim sehnen als ihre zumeist handwerktreibenden österreichischen Kameraden.

Vor drei Jahren hat sich die Presse der Kriegsblinden mächtig angenommen — hat Millonen gesammelt. Heute will ich die Presse ersuchen, sich der landwirtschaftlichen Beschäftigung und noch mehr der Ansiedlung der Kriegsblinden anzunehmen, damit ihnen die Gründung des eigenen Heims ermöglicht werde. Die Landeskommission für Kriegserblindete wurde aufgelöst, die Sorge für die blinden Soldaten hat das Landes-Kriegsfürsorgeamt übernommen. Dieses ist mit viel Liebe und Gewissenhaftigkeit bei der Sache, jedoch sozusagen ohne die gesellschaftliche Mitwirkung. Und doch ist gerade in dieser Aktion die intensive Hilfe der Gesellschaft dringend notwendig. Die Presse hat die Millionen gesammelt, nun soll die Presse die Anteilnahme der gesellschaftlichen Arbeit erkämpfen und damit die rasche Ansiedelung der Kriegsblinden ermöglichen; sie wird sich damit, daß sie den blinden Soldaten die Gründung ihres Heims ermöglicht, ebenso den Dank der Kriegserblindeten sichern, wie mit ihren mächtigen Sammlungen.

Kölnische Zeitung
29./XII. 1917.

29

100

Zur Versorgung ehemaliger Militärpersonen.

Wie der Krieg in ungeahnter Weise auf vielen Gebieten des Wirtschaftslebens die Notwendigkeit durchgreifender Änderungen und Verbesserungen gezeitigt hat, so auch auf dem Gebiete des Militärversorgungswesens. Das Mannschaftsversorgungsgesetz vom 31. Mai 1906, welches der Versorgung der Militärpersonen vom Feldwebel abwärts zugrunde liegt, hatte sich in der Friedenszeit bewährt, erwies sich aber unter den durch den langen Krieg gänzlich veränderten Verhältnissen sehr bald nach mancher Richtung hin als unzureichend. Die Militärverwaltung hat denn auch längst die Berechtigung der Klagen hierüber wiederholt öffentlich anerkannt und ist dabei, die erforderlichen Änderungen auf dem Wege der Gesetzgebung durchzuführen. Um jedoch bis zur Gesetzwerdung dieser Verbesserungen die Versorgungsberechtigten nicht zu schädigen, galt es, zunächst durch schnelle und geeignete Hilfsmaßnahmen die Lücken des jetzt noch gültigen Gesetzes auszufüllen und seine Härten nach Möglichkeit zu beseitigen. Im nachstehenden sei auf einige in der letzten Zeit getroffene und vielleicht nicht allgemein bekannte Maßnahmen dieser Art hingewiesen:

1. Einen wesentlichen Teil der Versorgungsgebührnisse bilden die sogenannten Verstümmelungszulagen, die bei den unter das Mannschaftsversorgungsgesetz vom 31. Mai 1906 fallenden Personen ohne Rücksicht auf den Dienstgrad und die Höhe der zuständigen Rente einheitlich je 27 ℳ für den Monat betragen. Nach der jetzigen Fassung der Gesetzesvorschriften und Bestimmungen ist der Kreis derjenigen, die Anspruch auf solche Verstümmelungszulagen haben, eng begrenzt, und es wird dabei unter starker Betonung der Ansprüche der äußerlich Schwerverletzten den innerlich schwer Erkrankten, obwohl diese häufig die viel härter Betroffenen sind, nicht gebührend Rechnung getragen. Neuerdings kann nun eine Verstümmelungszulage auch gewährt werden: a) bei Störungen der Bewegungs- und Gebrauchsfähigkeit beider Hände, Arme, Füße oder Beine, wenn sie in ihrer Gesamtwirkung so hochgradig sind, daß sie dem Verlust einer Hand, eines Armes, eines Fußes oder eines Beines gleichzuachten sind; b) bei gleichzeitiger Halbblindheit, wenn auf dem einen halbblinden Auge die Sehschärfe weniger als die Hälfte der normalen beträgt; c) bei schweren Gesundheitsstörungen, die in bezug auf Schonungs- oder Hilfsbedürftigkeit dem Zustande des Pflegebedürfnisses nahestehen, z. B. bei schweren Folgezuständen nach Kopfschüssen, bei Verletzungen des Unterkiefers, bei denen nur die künstliche Ernährung mittels Instrumenten möglich ist oder bei denen der Beschädigte auch mit Prothese ausschließlich auf flüssige Kost angewiesen ist und die Nahrungsaufnahme in der Öffentlichkeit nicht unauffällig erfolgen kann, bei manchen Fällen von Lungentuberkulose und sonstigen schweren innern Leiden, die zwar keine völlige Erwerbsunfähigkeit bedingen, aber z. B. durch die Notwendigkeit besondrer Krankenpflege (ärztliche Behandlung, besondre Heilmaßnahmen, kräftige Ernährung) oder durch besondres Schonungsbedürfnis die Lebenshaltung außergewöhnlich erschweren. Die bei Geisteskrankheit zuständige Verstümmelungszulage kann, soweit sie den Betrag der Anstalts- oder Überwachungskosten nicht erreicht, bis zum Betrage von 54 ℳ monatlich erhöht werden, wenn der Betreffende verheiratet ist oder sonst Angehörige hat, zu deren Lebensunterhalt er wesentlich beigetragen hatte. Auch bei andern Geisteskranken ist diese Erhöhung zulässig, aber nur insoweit, als die gesamten Versorgungsgebührnisse den Betrag der Anstalts- usw. Kosten nicht erreichen. Zu den Anstaltskosten werden auch die Nebenkosten (z. B. für Kleidung, Wäsche und

---

Amerika.

Zur Uebernahme der Eisenbahnen durch Wilson.

Amsterdam, 28. Dez. (Telegr.) Wie Reuter aus Washington meldet, wird eine der ersten Taten Wilsons nach Übernahme der Eisenbahnen die sein, die hohen Gehälter der leitenden Beamten zu vermindern und die Arbeiterlöhne zu erhöhen. Solange der Staat die Aufsicht ausübt, sollen die von den Gesellschaften auszugebenden Wertpapiere nicht mehr als 4 v. H. Zinsen tragen dürfen. Wilson wird den Kongreß um die Ermächtigung ersuchen, jede beliebige Menge neuer Eisenbahnwerte anzukaufen. Auch die einen bestimmten Betrag übersteigenden Einnahmen der Bahnen sollen dem Staate zufließen. Zugleich will Wilson eine größere Summe, vermutlich 200 Mill. Dollar, fordern zur Vermehrung des rollenden Materials.

Die bolschewistischen Lehren in Amerika.

WTB Amsterdam, 28. Dez. (Telegr.) Nach einem hiesigen Blatte meldet die Times aus Washington:

Die amerikanische Regierung besitzt jetzt Beweise dafür, daß die Lehren der Bolschewiki nach Amerika übergegriffen haben. Obwohl die amerikanische Regierung nichts gegen eine sozialistische Propaganda einzuwenden hat, die die Kriegsführung nicht behindert, und obwohl die Lebensfreiheit, soweit sie mit der nationalen Sicherheit zu vereinbaren ist, aufrechterhalten werden soll, hat Wilson doch wissen lassen, daß er sofort drastische Maßregeln erreichen würde, wenn [illegible]

begeben.

Reichspost

30./XII.1917

101

Die Invalidenversorgung.

Die Forderungen der Stadt Wien.

In der letzten Sitzung des Stadtrates legte StR. von Steiner den Entwurf einer Entschließung der Stadt Wien an die Regierung vor, in welcher die amtliche Regelung der Invalidenversorgung gefordert wird. In der Entschließung, welche nach dem Antrage des Berichterstatters der Regierung unterbreitet werden soll, heißt es: Neuerlich stellt die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien an die Regierung die Bitte, unverzüglich an die nunmehr unaufschiebbar gewordene Neuregelung unter Berücksichtigung folgender Richtlinien zu schreiten. Der Anspruch auf Zuerkennung der Invalidenrente bei Mannschaftspersonen unter 10 Dienstjahren wäre schon durch die bleibende oder vorübergehende Minderung der Fähigkeit zur Ausübung des früheren bürgerlichen Berufes um 10% sowie auch bei einer Verschlimmerung von Gesundheitsstörungen, welche durch die im Gesetze vom 27. Dezember 1875 angeführten Ursachen hervorgerufen worden sind, als gegeben zu betrachten. Der Anspruch auf die Verwundungszulage wäre außer den im gegenwärtigen Gesetze angeführten Fällen auch dann zuzugestehen, wenn die Beschädigung ohne eigenes Verschulden durch einen Unfall in Ausübung des Dienstes eingetreten oder durch die dem Militärdienste eigentümlichen Verhältnisse oder deren Folgen verursacht worden ist. Bezüglich des Verfahrens muß die Einführung des Berufungsrechtes des Invaliden an eine gemischte Kommission, welche über die Versorgungsansprüche endgültig zu entscheiden hätte, als höchst wünschenswert bezeichnet werden. Auch die Höhe der derzeit ganz unzureichenden Gebühren bedarf dringend einer Regelung. Bezüglich der Mannschaftspersonen wäre bei bloß teilweiser bürgerlicher Erwerbsunfähigkeit etwa nach Analogie der Unfallsrenten die Gewährung von Teilrenten ins Auge zu fassen. Da jedoch auch von erhöhten Gebühren eine ausreichende Versorgung der Invaliden kaum zu erwarten ist, erscheint es nötig, die bevorzugte Aufnahme derselben in entsprechende Stellungen des öffentlichen Dienstes gesetzlich zu regeln. Dringend erforderlich erscheint auch eine gesetzliche Bestimmung durch die es privaten Unternehmen zur Pflicht gemacht wird, in ihrem Arbeiterstande nach einem bestimmten perzentuellen Verhältnisse Kriegsinvalide zu verwenden. Bis zur gesetzlichen Festlegung dieser Verpflichtung wäre bei Vergebung staatlicher Lieferungen in die Lieferungsverträge die perzentuelle Verwendung von Kriegsinvaliden als Bedingung aufzunehmen. Um den Kriegsinvaliden ihre wirtschaftliche Aufrichtung durch gewerbliche Selbständigmachung zu ermöglichen, muß die Organisation einer entsprechenden Kreditgewährung an dieselben, vielleicht im Rahmen einer groß auszubauenden Organisation zur Gewährung von Kredithilfe an Kriegsteilnehmer als dringendes Erfordernis bezeichnet werden. Damit endlich die Segnungen all dieser gesetzlichen Maßnahmen den betreffenden auch tatsächlich baldmöglichst zugute kämen, erscheint der Ausbau einer in den Exekutivstellen möglichst weit verzweigten Fürsorgeorganisation unbedingt erforderlich, die in einem zu schaffenden k. k. österreichischen Invalidenamte im Rahmen des Ministeriums für soziale Fürsorge ihre Spitze zu haben hätte. — Die Entschließung wird dem Gemeinderate in der nächsten Sitzung vorgelegt werden.

Fremdenblatt
30./III. 1917

102

Die Invalidenversorgung.

Antrag auf Schaffung eines k. k. Invalidenamtes.

In der Freitagsitzung des Stadtrates legte Stadtrat a. Steiner den Entwurf einer Entschließung der Stadt Wien an die Regierung vor, mit welcher die Regelung der Invalidenversorgung gefordert wird. Dringend sei die Neuregelung der gesetzlichen Bestimmungen über die Versorgungsgenüsse der Invaliden sowie der Witwen und Waisen gefallener Krieger, wobei auf die Verbesserung sowohl der Anspruchsbedingungen als auch des Verfahrens zur Erlangung der Rente durch Gewährung einer Berufsmöglichkeit an eine gemischte Kommission, an der auch Zivilpersonen teilnehmen, und schließlich durch eine entsprechende Erhöhung der zuzuwendenden Beiträge Bedacht zu nehmen sein wird. Fast sämtliche der in der Entschließung aufgestellten Forderungen sind im Deutschen Reich bereits im günstigen Sinne gelöst. Zweifellos werden der Staat und die öffentlichen Körperschaften Kriegsinvalide in ihre Dienste aufnehmen, doch es sei auch wichtig, auf die privaten Unternehmer einen gesetzlichen Zwang zur prozentuellen Verwendung Kriegsinvalider auszuüben. Eine Organisation der Invalidenfürsorge mit Schaffung einer Zentralstelle stelle eine unabweisbare Notwendigkeit dar.

In der Entschließung werden folgende Richtlinien empfohlen: Der Anspruch auf Zuerkennung der Invalidenrente bei Mannschaftspersonen unter 10 Dienstjahren wäre schon durch die bleibende oder vorübergehende Minderung der Fähigkeit zur Ausübung des früheren bürgerlichen Berufes um 10 Prozent sowie auch bei einer Verschlimmerung von Gesundheitsstörungen, welche durch die im Gesetze vom 27. Dezember 1875 angeführten Ursachen hervorgerufen worden sind, als gegeben zu betrachten. Der Anspruch auf die Verwundungszulage wäre außer bei den im gegenwärtigen Gesetz angeführten Fällen auch dann zuzugestehen, wenn die Beschädigung ohne eigenes Verschulden durch einen Unfall in Ausübung des Dienstes eingetreten ist. Um den Kriegsinvaliden ihre wirtschaftliche Aufrichtung durch gewerbliche Selbständigmachung zu ermöglichen, muß die Organisation einer entsprechenden Kreditgewährung, vielleicht im Rahmen einer groß auszubauenden Organisation zur Gewährung von Kredithilfe an Kriegsteilnehmer als dringendes Erfordernis bezeichnet werden. Schließlich erscheint der Ausbau einer in den Exekutivstellen möglichst weit verzweigten Fürsorgeorganisation unbedingt erforderlich, die in einem zu schaffenden k. k. österreichischen Invalidenamte im Rahmen des Ministeriums für soziale Fürsorge ihre Spitze zu haben hätte.

Die Entschließung wird dem Gemeinderate in der nächsten Sitzung vorgelegt werden.

Tägliche Rundschau
2./I. 1918.

104

* **Günstige Ansiedlungsmöglichkeit für unsere Krieger.** Unter den Kriegsbeschädigten, die landwirtschaftlich geschult sind, wird vielfach der Wunsch vorhanden sein, sich auf eigener Scholle anzusiedeln. Diesem Wunsche kommen die vom großherzoglich oldenburgischen Landeskulturfonds eingerichteten neuen Bauernstellen entgegen, über die folgendes zu bemerken ist:

Der Erwerb der Bauernstellen in beliebiger Größe bis zu 80 Morgen und darüber erfolgt sofort zu Eigentum, und zwar ohne jede Anzahlung für Grund und Boden, und unterscheidet sich hierdurch wesentlich von den sonstigen deutschen Besiedelungsgelegenheiten. Es wird nur eine jährliche Rente von 6 bis 8 M. für den Morgen, je nach Lage und Güte des Bodens, gezahlt, mit Rentenfreijahren bis zu zehn Jahren, je nachdem der Besitz mehr oder weniger umfangreich bereits kultiviert ist oder von dem Ansiedler erst in Kultur gebracht werden muß. Es gelangen Geest-(Sand-)boden (sogen. fruchtbarer Doppelheideboden) und Hochmoorboden zur Ausgebung, und wird stets darauf Wert gelegt, daß zu Acker- und zu Wiesenland geeigneter Boden jeder Bauernstelle im geeigneten Größenverhältnis zur Verfügung steht. Die nach Ablauf der Freijahre zu zahlende Rente ist mit dem 25fachen Betrage ablösbar, jedoch nur dann, wenn es der Kolonist selbst verlangt. Den Hausbau kann jeder nach seinem Geschmack ausführen. Die Pläne werden von der Bauverwaltung der Ansiedlungsbehörde nach den Vorschlägen des Ansiedlers und nach Richtigbefund derselben aufgestellt und veranschlagt, auch werden die Bauausführungen überwacht und die fertigen Bauten abgerechnet; Kosten für dies alles entstehen dem Ansiedler nicht. Das Geld zum Hausbau bis zum Betrage von 5000 M. wird von der Staatlichen Kreditanstalt unter Bürgschaftsleistung des Staates hergegeben; bis auf weiteres schießt der letztere auch eine Zinsbeihilfe von 1 v. H. zu. Später könne auch noch, wenn nötig, Hausbauzusatzdarlehen zu Erweiterungen oder Anbauten gewährt werden. Zur Landkultivierung werden staatlicherseits Meliorationsdarlehen gewährt, wenn der Wert der Stelle solche sicherstellt, und zwar für die ersten 1000 M. ebenfalls mit einer staatlichen Zinsbeihilfe von 1 v. H. Die jährlichen Abtragungen für die Hausbauten betragen 3 v. H.; für die Meliorationsdarlehen bis zu 1000 M. 3 v. T., für Hausbauzusatz- und weitere Meliorationsdarlehen 1 v. T. Auch sonst werden mannigfache Zuschüsse und Erleichterungen gewährt, z. B. zu Brunnenbauten, Obstbaum- und Schutzanpflanzungen, zu Durchlässen und Brücken, zu Saatgut- und Gerätebeschaffungen u. a. m. Aus dem Gesagten geht hervor, daß, da Anzahlungen für den Grund und Boden nicht gefordert werden, trotzdem das Land sofort zu Eigentum eingewiesen wird, die teilweise Kapitalablösung der Renten für Kriegsverletzte zum Erwerb einer Bauernstelle im Oldenburgischen nicht erforderlich ist, höchstens zur Inventarbeschaffung, wenn Vieh und Gerätschaften nicht vorhanden sind, oder als erstmaliges Betriebskapital, um die Wirtschaft gut in Gang zu bringen. Erwähnt sei noch, daß die Verwaltung des Landeskulturfonds unter der direkten Aufsicht des großherzoglichen Ministeriums steht.

Die Zeit
4. I. 1918

105

Invalidenversorgung.

Wenn auch die Invaliden, die jetzt zu ihrer bürgerlichen Beschäftigung schon allmählich zurückkehren, bei dem gegenwärtigen Mangel an Arbeitskräften sehr leicht ein entsprechendes Tätigkeitsfeld finden, so haben wir doch bereits genügend Anhaltspunkte, um im großen und ganzen die ungeheure Schwierigkeit zu ermessen, die uns späterhin die Frage der Invalidenversorgung bereiten wird. Bei der gewaltigen Größe der Heere, die in allen am Kriege beteiligten Staaten nicht mehr bloß aus den regulären Armeen bestehen, sondern die Gesamtheit der waffenfähigen Bevölkerung darstellen, wird die Zahl der Invaliden so groß sein, daß die nach dem Ausgange früherer Kriege gewählten Auskunftsmittel — Bau von Invalidenhäusern, Erteilung von Drehorgellizenzen usw. — überhaupt nicht mehr in Betracht kommen. Die Zusammensetzung der Armeen bringt es ferner mit sich, daß unter den Invaliden verschiedene Lebensstufen vertreten sind, Jünglinge, die kaum das Knabenalter verlassen haben, und Männer, die bereits sehr nahe dem Greisenalter stehen. Daraus ergeben sich wieder die verschiedenartigsten Probleme. Denn die Invaliden höheren Lebensalters können, wenn sie zu ihrem bisherigen Berufe untauglich geworden sind, nur unter den größten Schwierigkeiten einer neuen Beschäftigung zugeführt werden. Bei der Versorgung der invalid gewordenen Jünglinge wird aber niemals zu vergessen sein, daß es sich noch um die Gestaltung eines ganzen Menschendaseins handelt; die Invalidenfürsorge wird sich somit vielfach auf einen ungleich längeren Zeitraum zu erstrecken haben als nach früheren Kriegen. Dazu kommt, daß sich der Begriff der Invalidität wesentlich erweitert hat. Als Invalide werden nicht mehr, wie einstmals, bloß die anzusehen sein, die an ihrer körperlichen Integrität Schaden gelitten, also einen Fuß, einen Arm usw. verloren haben, sondern auch die, deren Gesundheitszustand in sehr empfindlicher und dauernder Weise geschädigt worden ist, beispielsweise durch einen lange dauernden Stellungskrieg, durch Trommelfeuer usw.

Wir haben sonach mit einer leider übergroßen Armee von Invaliden zu rechnen. Deren angemessene Versorgung ist die fundamentalste Pflicht des Staates. Sie kann aber nicht — und darüber besteht nicht der allergeringste Zweifel — auf dem Wege der Rentenzahlung erfolgen. So hoch, so freigebig auch der Staat die Rente bemessen würde, sie müßte sich in Kürze doch als unzulänglich erweisen, da sie auf dem Wege des bekannten Ueberwälzungsprozesses (Erhöhung der Steuern, daher Steigerung der Produktionskosten und somit der Preise aller Gegenstände zur Deckung des Lebensunterhaltes) schließlich und endlich bei der großen Anzahl von Rentenempfängern auch von diesen gezahlt werden müßte. Und darauf kann sich der Staat unmöglich einlassen, daß sich auch hier ähnliche Verhältnisse wie bei seinen Angestellten entwickeln, daß Forderungen nach Rentenerhöhungen oder Teuerungszulagen zu den Renten auf der Tagesordnung stehen. Daraus ergibt sich nur eine Folgerung: Allen nur halbwegs arbeitsfähigen Invaliden wird eine ihrer körperlichen Beschaffenheit angemessene und entsprechend entlohnte Arbeit zu beschaffen sein.

Das ist aber leichter gesagt als getan. Zwar wird ein Teil der Invaliden in Staatsdiensten und besonders in den staatlichen Betrieben ein Unterkommen finden. Aber der Prozentsatz darf nicht zu groß sein. Nicht nur deshalb, weil mit Rücksicht auf die großen Aufgaben des Staates die Durchsetzung der Angestellten mit weniger geeignetem Personal untunlich wäre, sondern hauptsächlich deswegen, weil nach der ganzen Struktur des Staatsdienstes für viele Invalide die Lockung sehr groß ist, mit Rücksicht auf ihre Waffenleistungen die Gehalte gleichsam als eine Art von Renten oder zumindest ihren Posten als eine Sinekure anzusehen. Infolgedessen ist es, wenn man nicht an eine Mitleidspolitik, sondern an eine vernünftige Sozialpolitik denken will, geboten, die Invaliden in der freien Wirtschaft unterzubringen, besonders dort, wo nach großen Arbeitermassen Bedarf ist. Dies ist in erster Linie die Industrie — das Wort in sehr weitem Sinne genommen —, da bei der Landwirtschaft die Aufnahme von invaliden Arbeitskräften aus verschiedenen Gründen ohne größere Schwierigkeiten vor sich gehen dürfte. Bei der Industrie verhält es sich aber anders. Der wird mit dem Augenblicke der Demobilisierung, die auch der Rüstungsindustrie ein Ziel setzt, ein sehr reiches Angebot zur Verfügung stehen. Dies um so mehr, als man sich nicht ernstlich, wie vielfach vorgeschlagen wurde, mit der Absicht tragen kann, etwa zur Schonung des Arbeitsmarktes die Soldaten länger unter den Fahnen zurückzuhalten, als dies aus militärischen Rücksichten unbedingt notwendig wäre. Bei dieser Lage der Dinge würde die Industrie keine Veranlassung haben, invalide Arbeiter aufzunehmen. Um dies zu bewirken, bedarf es sonach einer gesetzlichen Maßregel. Jeder größere Betrieb hätte für eine gewisse Zeit, beispielsweise für zwei Jahre, einen bestimmten Prozentsatz Invalider (solcher, die hierzu kommissionell körperlich geeignet befunden worden sind) zu beschäftigen. Dadurch würde vor allem für die Uebergangszeit gesorgt. Dem invaliden Arbeiter würde Gelegenheit gegeben, auch das Seinige zu tun, um sich wieder eine auskömmliche Existenz zu verschaffen, die er ohne sein Hinzutun, bloß durch Gewährung von Renten, in der Regel niemals erlangen kann. Wäre man aber in der Lage, die große Masse derart zu versorgen, so könnte denen, die absolut arbeitsunfähig sind, mehr als ein bloß kümmerliches Dasein geboten werden. Und auch die Industrie hätte ein großes Interesse daran, durch Aufnahme arbeitswilliger und eifriger Invalider die allgemeinen Kosten für ihre Erhaltung erheblich herabzudrücken, da sonst die Invalidenfürsorge Riesensummen verschlingen und die Produktion, die man bei Steuererhöhungen niemals vergißt, ungemein erschweren würde.

Die Invaliden ziehen jetzt langsam in die Werkstätten und in die Fabriken ein. Es ist die höchste Zeit, an die nächste Zukunft zu denken.

Neues Wiener Tagblatt Abendtl
18./I. 1918

107

* **(Ein Vermächtnis für verwundete Briefträger.)** Der am 19. Mai 1916 verstorbene Wiener Bürger Josef Silberbauer hat in seinem Testament nebst andern Kriegsfürsorgezwecken gewidmeten Legaten auch ein solches von 10,000 Kronen für die in diesem Weltkriege schwer verwundeten Briefträger bestimmt. Wie uns eine Zuschrift der Wiener Post- und Telegraphendirektion mitteilt, kommen für die Unterstützung aus diesem Vermächtnis ausschließlich im Weltkriege schwer verwundete Postbedienstete, die vor ihrer Einrückung zur Kriegsdienstleistung und der im Kriege erlittenen Verwundung als Bestellorgane verwendet wurden, in Betracht. Diesbezügliche Gesuche sind im Dienstwege einzubringen.

Tägliche Rundschau
22./I. 1918.

22

108

* **Ansiedelungsmöglichkeit für unsere Krieger.** Zu dem kürzlich von uns veröffentlichten Aufsatz, der von der Ansiedelung Kriegsbeschädigter auf Bauernstellen handelt, die von der großherzoglich oldenburgischen Verwaltung des Landeskulturfonds neu eingerichtet sind, wird uns von unterrichteter Seite geschrieben:

Diese Darstellung entspricht im wesentlichen einer anscheinend von der genannten Stelle schon vor längerer Zeit veranlaßten Veröffentlichung; es verdient aber darauf hingewiesen zu werden, daß inzwischen bereits von den damals verfügbaren Ländereien Flächen erheblichen Umfanges abgegeben sind, und daß nunmehr die persönlichen Verhältnisse und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bewerber einer scharfen Prüfung unterzogen werden, um zu verhüten, daß Personen angesiedelt werden, die späterhin sich arg enttäuscht finden und der Ansiedelungsbehörde eine gleiche Enttäuschung bereiten. Als Ansiedler für die hier fraglichen Bauernstellen können, zumal es sich dabei in den weitaus meisten Fällen um Oedland handelt, unbedingt nur Personen in Betracht kommen, die sich als in der Landwirtschaft tüchtig bereits bewährt haben. Ferner müssen sie, falls sie nicht voll erwerbsfähig sind und auch keine solche Angehörigen besitzen, neben ihrer Invalidenrente mindestens einige tausend Mark Kapital zur Verfügung haben, da es in Ermangelung eines solchen ausgeschlossen ist, die Schaffung einer Bauernstelle, namentlich wenn es sich um Oedland handelt, mit Erfolg in Angriff zu nehmen. Aus dem letzteren Grunde müssen auch völlig gesunde Bewerber im Besitz entsprechender Geldmittel sein. Bemerkt muß noch werden, daß Gebäude zunächst nicht vorhanden sind und daß deren Errichtung, die zurzeit überhaupt unmöglich ist, auch in den ersten Jahrenn nach Friedensschluß noch erheblichen Schwierigkeiten begegnen wird. Jedenfalls müssen die Ansiedler in dieser Beziehung zunächst Schwierigkeiten entgegensehen.

Reichspost

18/II. 1918

110

Erzherzogin Isabella in der Dänischen Deckenaktion für die Wiener Kriegerheimstätten. Der Betrieb der seit Jahren erfolgreich tätigen „Dänischen Deckenaktion", die sich der Organisation der Wiener Kriegerheimstätten angeschlossen hat, wurde vor kurzem durch den Kriegerheimstättenfonds unmittelbar übernommen. Dank dem besonderen Entgegenkommen des Arbeitsministeriums fand die Aktion im Gebäude der Universitätsinstitute, Währingerstraße 32, einstweilige Arbeits- und Lagerräume, die am 15. d. von der Schutzfrau der Aktion Erzherzogin Isabella eingehend besichtigt wurden. Die Erzherzogin, welche der Unternehmung seit Anbeginn ihre Teilnahme und wirksame Förderung widmet, erschien in Begleitung der Erzherzogin Maria Alice und der Baronin Ludwigstorff und wurde von der Präsidentin des Damenkomitees Frau Medinger und dem administrativen Berichterstatter des Kriegerheimstättenfonds Magistratsrat Dr. Sagmeister empfangen. Nach Vorstellung der Mitglieder des Damenkomitees (der Frauen Professor Fränkl, Herdtle, Seren'a Lederer und Thonet-Wurmb), des Beirates des Kriegerheimstättenkuratoriums Hofrat Maresch und des mit der Kontrolle betrauten städtischen Rechnungsrates Oheral wurden die eben in Ausführung begriffenen Arbeiten und Lieferungen besichtigt und besprochen. Wegen der Rohstoffverhältnisse erzeugt die Aktion derzeit neben den sogenannten dänischen Decken noch verschiedene aus den jeweils erhältlichen Stoffen herstellbare Bedarfsgegenstände. Außer den in vielen Tausenden gelieferten Schuhen wird insbesondere an solchen Bekleidungsstücken für Kinder gearbeitet, bei welchen auch kleine Tuchreste und Abfälle nutzbringend verwertet werden können. Erzherzogin Isabella hat selbst Muster für Kinderstrümpfe aus Tuch entworfen, welche jetzt nach Maßgabe der erhältlichen Materialien erzeugt werden. Ebenso werden warme Kinderwesten, Handschuhe usw. hergestellt. Nach Vollendung der „Kaiser-Karl-Kinderheimstätte Aspern" werden die bedeutenden Mittel der Aktion (über 600.000 Kr.) als Erzherzogin-Isabellen-Fonds dazu dienen, den angesiedelten Kriegern Arbeits- und Erwerbsgelegenheit zu bieten. Die Schutzfrau sprach jeden einzelnen der im Betriebe tätigen Invaliden an und verabschiedete sich nach fast zweistündigem Verweilen vom Berichterstatter Doktor Sagmeister und den Damen und Herren der Aktion.

Tägliche Rundschau
18/II. 1918

18

Fürsorge für blinde Akademiker. Die Hochschulbücherei, Studienanstalt und Beratungsstelle für blinde Studierende in Marburg (Lahn), die 1917 vom Verein der blinden Akademiker Deutschlands, vom Akademischen Hilfsbund, vom Deutschen Hilfsbund für kriegsverletzte Offiziere und vom Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge gegründet worden ist, hat ihren ersten Jahresbericht abgeschlossen. Die Hochschulbücherei umfaßt nach einjährigem Bestehen über 1100 Bände in Blindenschrift. Durch über 200 Schreiber und Schreiberinnen sowie zahlreiche Ortsgruppen im Reiche sind weitere 800 Werke in Vorbereitung. Die Werke sind ausnahmslos Studienwerke sämtlicher Wissenschaftsgebiete, die für die Bearbeitung durch Blinde in Betracht kommen. Außer Werken in deutscher Sprache sind auch solche in französischer, englischer, lateinischer, griechischer und hebräischer Sprache abgeschrieben, für die durch besondere Kommissionen allgemein gültige Schriftzeichen vereinbart wurden. Die Hochschulbücherei hat auch mit der Abschrift mathematischer Werke begonnen. — Die Studienanstalt, an der z. Zt. 20 Blinde ihren Studien obliegen, beschäftigt 6 Lehrer und Beamte. — Die Beratungsstelle hat eine genaue Statistik aller Blinden mit höherer Schul- bzw. akademischer Bildung einschließlich der Kriegsblinden, deren Zahl etwa 110 beträgt, angefertigt und das daraus sich ergebende Material bearbeitet.

Frankfurter Zeitung
21/II. 1918

21

112

Kontor- und Betriebshilfsdienst für Kriegsbeschädigte.

Zahlreich sind die Bestrebungen, Kriegsverletzte ihrem früheren Berufe wieder zurückzugeben. Gerade hiervon, nicht von einem völligen Berufswechsel — wofern er nicht durch zwingende Umstände bedingt wird —, erhoffte man in Fürsorgekreisen eine besonders günstige Wirkung auf den seelischen Zustand der Verletzten. Die bisherigen Erfolge zeigen, wie sehr diese Hoffnung berechtigt war. War es aber aus physischen Gründen nicht möglich, daß die Verletzten in den alten Beruf zurückkehrten, so erwies es sich als zweckmäßig, ihnen den Zugang zum Wirtschaftsleben auf andere Weise zu eröffnen. Maßgebend hierfür war der Grundsatz, die vorhandenen Kenntnisse und Fertigkeiten auszunutzen.

Eine eben erschienene Programmschrift: „Der Kontor- und Betriebshilfsdienst", die von der Kriegsbeschädigten-Schule der Stadt Elberfeld herausgegeben wird, unterrichtet über die erwähnten Bestrebungen und zwar über die Ergebnisse von Kursen, die an dieser Anstalt abgehalten wurden. Auf Grund eines von Handelsschullehrer Emil Stoltefuß entworfenen Arbeitsplanes werden Kriegsbeschädigte für den Kontor- und Betriebs-Hilfsdienst ausgebildet, wie er bei Banken, in der Industrie, im Handel usw. für Arbeiten in der Registratur, Kartei, Postabfertigung, Vervielfältigung, Ueberwachung der elektrischen Anlagen der Heizung und Beleuchtung, der Lager- und Materialienverwaltung und dergl. üblich ist. Für die Weiter- und Umbildung kommen in erster Linie frühere Schlosser, Klempner, Mechaniker, Uhrmacher, Monteure, Schreiner u. a. in Betracht. Der Unterricht zielt darauf ab, daß „durch bewußte Anlehnung an die im Beruf erworbenen Fähigkeiten, Kenntnisse und Fertigkeiten und durch deren Hinleitung und Nutzbarmachung auf einem neuen Gebiet zwar der alte Beruf scheinbar verlassen, in Wirklichkeit aber nur neu belebt und in einem anderen Wirkungskreis dienstbar gemacht wird". Es soll dem Umzubildenden das Falsche der Ansicht klar werden, er könne sich leichtlich von seinem früheren Berufe gänzlich abkehren und etwa als Kaufmann oder Schreiber dauernden und lohnenden Unterhalt gewinnen. „Denn die rein kaufmännischen und auch die schreibenden Berufe," heißt es in der genannten Programmschrift, „bergen für die Zukunft der Kriegsbeschädigten solche Gefahren in sich, daß sie gar nicht in Frage kommen können."

Die Elberfelder Kurse lehrten, daß mit der Gewinnung neuen und der Erstarkung früherer Fertigkeiten auch neue Lebensfreude und neuer Mut bei den Kriegsbeschädigten einkehrten und sie zu eifriger Arbeit anspornten. Die Programmschrift, die wegen der hohen Kosten in nur vierzig Exemplaren hergestellt worden ist und an Fürsorgestellen leihweise kostenlos abgegeben wird, zeigt in drucktechnisch sorgsamer Ausstattung durch Schrift und Bild, auf welche Art die Unterweisung der Zöglinge erfolgt. Es wird in den wissenschaftlichen, kaufmännischen wie in den technischen Fächern durch Handelslehrer und Ingenieure unterrichtet. Einarmige, Einbeinige und Schwerhörige erhalten besondere Unterweisungen. Geschmack- und gemütbildende Uebungen werden vorgenommen, kurz es wird alles getan, um die Verletzten wieder zu möglichst tauglichen sozialen Mitgliedern heranzubilden. Verschiedene Gesellschaften, Firmen, Berufsgenossenschaften usw. unterstützen das dankenswerte Unternehmen, dessen Grundprinzipien in der Programmschrift sichtbaren Ausdruck erhalten und weite Verbreitung finden mögen. -o-

Reichspost

26./II. 1918

113

* **Eine Fürsorgeaktion für unsere jüngste Waffe.** In den herrlichen Sälen des Kriegsministeriums empfingen heute der Kriegsminister und Frau v. Stöger-Steiner die bekanntesten Persönlichkeiten der politischen, gesellschaftlichen und finanziellen Kreise Wiens, um eine großzügige Fürsorgeaktion für unsere Flugzeugtruppen, deren erster Gedanke und Plan völlig der Initiative der Gattin des Kriegsministers entsprungen ist, einzuleiten. Man sah Oberstkämmerer Grafen Berchtold, Feldbischof Bjalik, die bekanntesten Führer unserer Flugzeugtruppen, Frau v. Seidler, viele Damen des Adels, zahlreiche Generale, Minister a. D. Dr. v. Spitzmüller u. v. a. Kriegsminister v. Stöger-Steiner sprach in einleitenden Worten dem erschienenen Herrn Erzherzog Josef Ferdinand den Dank aus für die Uebernahme des Protektorats über die neue Aktion, der Fürstin Schwarzenberg für die Uebernahme des Präsidiums des Damen-Komittes. Es solle ein Fonds geschaffen werden für die Gefallenen und Invaliden der Luftkämpfe, wodurch die Dankbarkeit der Heimat gegen diese Helden zum Ausdruck komme. Erzherzog Josef Ferdinand sprach seinen Dank aus der Fürstin Schwarzenberg und der Hausfrau, Frau v. Stöger-Steiner, für die Bildung des Damenkomitees, dem Kriegsminister für seine schöpferische Mitarbeit. Besonderer Dank gebühre aber dem Kaiser, der durch Ueberlassen der Hofoper und des Personales der beiden Hoftheater zu einer Wohltätigkeitsvorstellung am 16. März die Möglichkeit gegeben habe, einen ausgiebigen Grundstock des neuen Hilfsfonds zu bilden. In edlen Worten sprach Fürstin Schwarzenberg von dem persönlichen Heldentum der Kämpfer in den Lüften, deren Ruhe und Ueberlegenheit durch die Anerkennung und Dankbarkeit der breiten Massen im Hinterland gestärkt werden müsse. Das Fest am 10. März solle einen dankbaren Gruß Wiens an die Fliegerhelden bedeuten. Kommandant der Flugzeugtruppen Oberst Uzelac entwarf ein Bild der Entwicklung des militärischen Flugwesens und der Stellung der Flugzeuge im Bild der Schlachten des vierten Kriegsjahres. Es folgten noch Aufklärungen eines Mitgliedes der Hoftheater über das Programm der Veranstaltung am 10. März und ein Lichtbildervortrag eines unserer Fliegeroffiziere mit persönlichen Aufnahmen der meisten von unseren Fliegerbomben bisher getroffenen italienischen Städte und aus dem Leben und Arbeiten der Flieger an den verschiedensten Fronten.

Nach eineinhalbstündiger Dauer schloß die heutige glänzende Versammlung im Kriegsministerium, deren Verlauf bewies, daß die Aktion der Gattin des Kriegsministers, Frau v. Stöger-Steiner, einen fruchtbaren Boden vorgefunden hat.

Fremdenblatt Abendbl.
27. II. 1918

114

*** (Erzherzogin Isabella in der Dänischen Deckenaktion.)** Der Betrieb der seit Jahren erfolgreich tätigen „Dänischen Deckenaktion", die sich der Organisation der Wiener Kriegerheimstätten anschloß, wurde vor kurzem durch den Kriegerheimstättenfonds unmittelbar übernommen. Dank dem Entgegenkommen des Arbeitsministeriums fand die Aktion im Gebäude der Universitätsinstitute, Währingerstraße 32, einstweilige Arbeits- und Lagerräume, die am 15. d. von der Schutzfrau der Aktion Erzherzogin Isabella eingehend besichtigt wurden. Die Erzherzogin, welche der Unternehmung seit Anbeginn ihre Teilnahme und wirksame Förderung widmet, erschien in Begleitung der Erzherzogin Maria Alice und der Baronin Ludwigstorff und wurde von der Präsidentin des Damenkomitees Frau Medinger und dem administrativen Berichterstatter des Kriegerheimstättenfonds Magistratsrat Dr. Sagmeister empfangen. Nach Vorstellung der Mitglieder des Damenkomitees (der Frauen Professor Fränkl, Herdtle, Serenta-Lederer und Thonet-Wurmb), des Beirates des Kriegerheimstättenkuratoriums Hofrat Maresch und des mit der Kontrolle betrauten städtischen Rechnungsrates Oheral, wurden die eben in Ausführung begriffenen Arbeiten und Lieferungen besichtigt. Die Schutzfrau sprach jeden einzelnen der im Betriebe tätigen Invaliden an und verabschiedete sich nach fast zweistündigem Verweilen vom Berichterstatter Dr. Sagmeister und den Damen und Herren der Aktion mit der Versicherung, dem Unternehmen auch fernerhin das Wohlwollen zu bewahren.

Die Zeit
1./III. 1918

115

(Eine Perlensammelaktion zugunsten des k. k. Oesterreichischen Militär-Witwen- und Waisenfonds.) Der k. k. Oesterreichische Militär-Witwen- und Waisenfonds tritt mit einem Aufruf an die reichen Frauen des Landes an die Oeffentlichkeit, in dem er bittet, daß jede Frau, die einen Perlenschmuck besitzt, wenigstens eine schöne Perle für den k. k. Oesterreichischen Militär-Witwen- und Waisenfonds spende. Alle so gesammelten Perlen sollen zu einer Kette vereinigt werden, deren Erlös den Zwecken des Witwen- und Waisenfonds zufließen soll. Die Entgegennahme der gespendeten Perlen soll durch eines unserer größten Bankinstitute, durch einen bevollmächtigten Vertreter des Witwen- und Waisenfonds und einen beeideten Fachmann erfolgen. Die gespendeten Perlen würden vorerst bei der Bank deponiert. Die Aktion wird nicht nur dem Witwen- und Waisenfonds voraussichtlich einen ganz bedeutenden Ertrag bringen, sondern sie wird auch nicht unwesentlich berufen sein, durch den Verkauf im neutralen Ausland zur Besserung unserer Valutaverhältnisse beizutragen. Eine ähnliche Aktion ist in England für kriegshumanitäre Zwecke mit größtem Erfolg durchgeführt worden, und es ist nicht zu zweifeln, daß unsere Damen sich von England nicht an Großherzigkeit und Opferwilligkeit übertreffen lassen werden.

Neues Wiener Tagblatt Abend
1./III. 1918

116

Wer schenkt eine schöne Perle?

Die neueste Sammelaktion.

Der k. k. österreichische Militär-Witwen- und -Waisenfonds tritt mit einem Aufruf an die reichen Frauen des Landes an die Oeffentlichkeit, in dem er bittet, daß jede Frau, die einen Perlenschmuck besitzt, wenigstens eine schöne Perle für diesen Fonds spende. Alle so gesammelten Perlen sollen zu einer Kette vereinigt werden, deren Erlös den Zwecken des Witwen- und Waisenfonds zufließen soll. Die gespendeten Perlen würden vorerst bei der Bank deponiert und nach Abschluß der Aktion im neutralen Auslande verkauft werden. So sichert die Aktion, die gewiß allgemein größtes Verständnis und werktätige Unterstützung finden wird, nicht nur dem Witwen- und Waisenfonds voraussichtlich einen ganz bedeutenden Ertrag, sondern sie wird auch nicht unwesentlich berufen sein, durch den Verkauf im neutralen Auslande zur Besserung unsrer Valutaverhältnisse beizutragen. Eine ähnliche Aktion ist in England für kriegshumanitäre Zwecke mit größtem Erfolge durchgeführt worden.

Reichspost 1./III. 1918 Abendblatt 117

Anstellung Kriegsinvalider durch die Heeresverwaltung.

Es wird uns mitgeteilt: Die Anstellung von dauernd superarbitrierten Kriegsinvaliden wird von seiten der Heeresverwaltung im allgemeinen gefördert, doch wird den Invaliden unbedingt die Möglichkeit geboten, sich zuvor nach anderweitigen Dienst- bezw. Arbeitsstellen umzusehen. Dauernd superarbitrierte Kriegsinvalide können sowohl als Manipulanten und Schreiber bezw. wenn sie bei Professionisten (Schuster, Schneider usw.) sind, als Hilfskräfte bei militärischen Stellen im Hinterlande und bei der Armee im Felde angestellt werden, doch decken die militärischen Behörden, Anstalten und Betriebe ihren Bedarf an solchen Kriegsinvaliden nur im Wege der Arbeitsvermittlungsstellen der Zivilstaatsverwaltungen für Kriegsinvalide (also in Oesterreich der Landesstellen, bzw. Bezirksstellen der k. k. Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide); es wird dagegen davon abgesehen, Kriegsinvalide sofort nach ihrer Superarbitrierung anzustellen, ohne daß ihnen zuvor ausreichend Gelegenheit geboten wurde, sich um eine dauernde Anstellung zu bewerben. Bei vorhandenem Angebote solcher Arbeitskräfte werden dieselben weiblichen Hilfskräften vorgezogen.

Die Aufnahme dieser dauernd superarbitrierten Kriegsinvaliden erfolgt nur auf die Dauer des Krieges; dieselben bleiben auch während ihrer Verwendung Zivilpersonen. Wenn sich einem bei einer militärischen Stelle auf Kriegsdauer angestellten Kriegsinvaliden eine dauernde Erwerbsmöglichkeit bietet, wird demselben Gelegenheit gegeben, die provisorische Anstellung bei der Militärverwaltung im Interesse seiner weiteren Existenz zu lösen. Diese, während des Krieges als invalid, auch zu jedem Landsturmdienst ungeeignet klassifizierten Wehrpflichtigen bleiben jedoch nach den dermaligen Bestimmungen auch als Hilfskräfte der Heeresverwaltung noch immer musterungspflichtig; das Dienstverhältnis als Hilfskraft erlischt, sobald sie bei einer späteren Musterung als zu irgend einem militärischen Dienst geeignet klassifiziert werden.

Bezüglich der Entlohnung gilt folgendes: Die Entlohnung erfolgt nach denselben Grundsätzen wie für die weiblichen Hilfskräfte. Es erhalten daher Kanzleihilfskräfte II. Klasse monatlich 160 Kr., solche I. Klasse monatlich 200 Kr. Sonstige Hilfskräfte erhalten die ortsübliche Entlohnung. Mannschaftspersonen des Invalidenpensionsstandes bleiben außerdem im Fortbezuge ihrer gesetzlichen Versorgungsgebühren (Invalidenpension und Verwundungszulage). Die Belassung von kriegsinvaliden, freiwillig weiterdienenden Unteroffizieren im Aktivdienst ist besonders geregelt.

Österr. Volkszeitung.
2./III. 1918

118

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Ein Stück Invalidenfürsorge.

Das Abgeordnetenhaus zog gestern das Gesetz betreffend die Gewährung von Zuwendungen an Mannschaftspersonen, deren Angehörige und Hinterbliebene in Beratung. Die Debatte wurde vom Berichterstatter Glöckel (deutscher Sozialdemokrat) eingeleitet, der ausführte, es handle sich da um einen Gesetzentwurf der Invalidenfürsorge und der Fürsorge für die Angehörigen invalider Soldaten; das Gesetz ist auf der Beurteilung der Erwerbs- und Arbeitsunfähigkeit aufgebaut. Der Rentenbezug beginnt bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 20 Prozent. Es handelt sich um eine durchschnittliche Aufbesserung von 380 Prozent, um Aufbesserungen, die das Achtfache und Dreifache bedeuten. Die Entscheidung über die Anerkennung der Erwerbsfähigkeit liegt bei den Superarbitrierungskommissionen, deren Gutachten vielfach sehr anfechtbar seien. Der Referent verlangt deshalb die Schaffung einer Ueberprüfungsstelle und eine Rekursinstanz.

Sodann befürwortete der Landesverteidigungsminister FML. v. Czapp das Gesetz. Er betonte, daß das Militärversorgungsgesetz in voraussichtlich kurzer Zeit von der Regierung eingebracht werden dürfte; bis dahin sei es mit Rücksicht auf die Teuerung geboten, eine entsprechende Erhöhung der Beiträge eintreten zu lassen, wie es die in der Vorlage normierten Zuwendungen sind. Diese sind im Falle der Bedürftigkeit der Invaliden nach dem Grade ihrer Erwerbsfähigkeit und ihrem Wohnsitz abgestuft und betragen monatlich 30 bis 90 K., überdies auch für jeden ihrer Angehörigen 30 bis 60 K. und im Falle des Todes für jeden Hinterbliebenen 48 bis 60 K. Es wird daher beispielsweise bei einem Familienstande von Ehefrau und drei Kindern die Zuwendung für den Invaliden und seine Familie 150 bis 330 K. monatlich betragen, wobei zu berücksichtigen ist, daß der Minimalbetrag von 150 K. nur bei einer Verminderung der Fähigkeit des Invaliden zur Ausübung des früheren Berufes um 20 bis 39 Prozent in Betracht kommt.

Die Herrenhausdebatte.

Die weitere Debatte beschäftigte sich zumeist nur wenig mit dem Gegenstande, sondern fast ausschließlich mit den Fragen der politischen Situation. So polemisierte der erste Redner, der tschechische Sozialdemokrat Abg. Nemec, gegen die Ausführungen der Herrenhausmitglieder, die sich anmaßten, im Namen des Volkes zu sprechen und als Kriegshetzer zeigten. Darauf erwiderte der deutschnationale Abg. Hartl, daß im Herrenhause mannhafte Worte gefallen, die beim weitaus größten Teile des deutschösterreichischen Volkes begeisterte Zustimmung, dagegen die Ausführungen des Hofrates Lammasch entrüstete Zurückweisung finden werden. Von sozialdemokratischer und tschechischer Seite wurden bei diesem Anlasse Zwischenrufe gemacht, wie: „An die Front mit Pattai! Das ganze Herrenhaus soll an die Front!", während dem Abgeordneten Hartl vom tschechischradikalen Abgeordneten Kallina zugerufen wurde: „Gehen Sie in die Schützengräben, Sie Mörder!" Der christlichsoziale Abg. Dr. Jerzabek wieder polemisierte gegen die deutschen Sozialdemokraten wegen der Verweigerung der Kriegskredite, worauf der Abgeordnete Forstner erwiderte, die Behauptung, daß die deutschen Sozialdemokraten durch die Ablehnung der im Budgetprovisorium enthaltenen Kriegskredite auch gegen die Bewilligung der Mittel für die Unterhaltsbeiträge stimmen und besonders die Auszahlung der Invalidengebühren nicht bewilligen, entspreche nicht den Tatsachen. Seine Partei habe immer noch die Mittel, die für die Bevölkerung notwendig sind, bewilligt. Wofür sie aber nicht stimmen könne, das seien die Mittel zur Fortführung dieses entsetzlichen Krieges.

Die Wiener Erdäpfel.

Dann sprach Abg. Kallina, der gleichfalls auf die Herrenhausdebatte zurückgriff und insbesondere gegen den gewesenen Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Pattai loszog, der in einer Zeit, da wir dem Verhungern nahe sind, solche Kriegshetzreden halte. Bei diesen Worten wies er eine Schüssel Kartoffeln vor, die er als schlecht bezeichnete, aber doch die Hauptnahrung der Bevölkerung bilden. Es sind, sagte er, Wiener Erdäpfel. Der nationalsoziale Tscheche Lisy legte die Schüssel auf den Platz des Ministerpräsidenten, von wo sie ein Saaldiener wieder wegnimmt, um sie wieder dem Redner zurückzugeben.

Auch der folgende Redner befaßte sich mit den Herrenhäuslern, die er als kriegshetzerisch bezeichnete. Redner erklärte, daß die Völker weder einen gewaltsamen Einmarsch in die Ukraine, noch eine Vergewaltigung Rumäniens wünschen, wie dies im Herrenhause verlangt wurde, sondern einen solchen Frieden im Osten, der der Welt einen Ausblick auf den allgemeinen Frieden bietet. Es mußte, sagte er, ein Wort gegen die Herren aus dem Herrenhause gesagt werden im Interesse der Volksvertretung, die allein berufen ist, in diesem Staate den Willen und die Meinungen der Völker zum Ausdruck zu bringen, die sich ein- für allemal verbietet, daß abgetakelte Exzellenzen, abgetakelte Grafen und Barone in ernsten Fragen des Lebens der Völker und der Verwaltung dieses Staates irgendein Wort dreinreden.

Nach einer Befürwortung des Gesetzes durch den Slowenen Gostincar, der natürlich auch gegen das Herrenhaus sprach, wurden die Ausschußanträge in zweiter und dritter Lesung zum Beschlusse erhoben, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

Die nächste Sitzung findet Dienstag, 11 Uhr vormittags, statt.

Neue Freie Presse

3./III. 1918

119

Erweiterung des Wirkungskreises des Vereines „Die Technik für die Kriegsinvaliden".

Unter dem Vorsitze seines Protektors Erzherzog Karl Stephan fand am 28. v. M. eine Plenarsitzung des Kuratoriums des Vereines „Die Technik für die Kriegsinvaliden" statt, in welcher nach Erstattung der technischen und medizinischen Berichte über die Tagung des Berliner Vereines gleicher Richtung durch die Ingenieure Silvestri, Machan und die Professoren Dr. Oskar Föderl und Professor Hans Spitzy, ferner des Referates über die Dresdener Prothesenausstellung durch Dr. Grünbaum vom Präsidenten Herrenhausmitglied Dr. Wilhelm Exner beantragt wurde, die Einführung von mit Prothesen ausgestatteten Invaliden in großindustrielle Betriebe mit vorgeschrittener Arbeitsteilung anzubahnen, was bereits in mehreren reichsdeutschen Etablissements mit befriedigendem Erfolg unternommen wurde. Die fachmännischen Berichte lehren, daß für spezialisierte Maschinenarbeit viele Kriegsverletzte nützliche Verwendung und verhältnismäßig gute Entlohnung finden können.

Nach Befürwortung dieses Antrages durch Zentraldirektor Schuster und Baurat Zoller wurde ein Beschluß in diesem Sinne gefaßt, der mit den Zielen der Prothesentechnik im Zusammenhange steht. Infolge dieses Beschlusses wurden in das Kuratorium Betriebsingenieur Schiller von den Siemens-Schuckertwerken und Direktor Bretschneider von den Fiatwerken berufen.

Frankfurter Zeitung
4./III. 1918.

4

No

Das Frankfurter Perlen-Opfer.

Verehrte Frauen!

Weil der gerade Weg der beste ist und weil die Zeitungen wenig Papier haben, kaum genug, um Ihnen die Möglichkeit zu geben, sich täglich neu in dieser verquälten Welt zurechtzufinden, gehe ich ohne Umschweife auf mein Ziel los: Sie sollen eine erbsengroße Kleinigkeit verschenken: eine Perle. Um eine Perle aus Ihrem Halsband bitte ich. Sie erschrecken? Sie lehnen entrüstet ab? Sie finden, das sei eine starke Zumutung, nach all den Opfern, die Sie bereits gebracht?

Ich erwidere Ihnen, daß es sich bei der Perlengabe kaum um ein Opfer handeln kann, vielmehr um eine freiwillige Steuer, die der Staat, der sonst alles erfaßt, Ihnen bisher erließ. Sehen Sie: Ihr nicht zu den „Gegenständen des täglichen Bedarfs" gehörendes Perlenhalsband liegt in blauem Samt-Behälter wohl behütet im Stahlfach einer Bank, tot — bis auf die seltenen Gelegenheiten, bei denen es Ihren Hals schmückt — tot, regungslos, aber dennoch höchst lebendig. Es hat „gearbeitet", oder vielmehr: der Krieg hat für die Perlen gearbeitet. Der Krieg, der furchtbare Vernichter, verdreifachte den Wert Ihres Halsbandes — jeder Juwelier wird Ihnen das bestätigen. Sie haben keinerlei Klugheit aufzuwenden nötig gehabt, diesen außerordentlichen Vermögensvorteil herbeizuführen, Sie könnten lächelnd von einem „unverschuldeten Wertzuwachs" reden, wenn Ihnen in diesen Tagen nicht das Scherzen vergangen wäre und wenn Sie nicht genau wüßten, daß unser Heer das Stahlfach Ihrer Bank beschützte, daß unser erfolgreicher Krieg den Marktpreis Ihrer Perlen so — unanständig gesteigert hat. Im Grunde genommen ist also der Gewinn, den Sie heute an Ihrem Halsband machen können, wenn Sie es statt zum Ersteherwert von 50 000 Mark für 150 000 Mark veräußern, höchst unmoralisch, und deshalb bitte ich Sie herzlichst, dieses Ihnen widerfahrene „Unrecht" durch Hergabe einer Perle aus Ihrem Herzen zu tilgen. Denn wie gesagt: der Staat, der scharfäugig nach Kriegsgewinnen ausfängt, wird kein Genie auftreiben, das ihm einen Anteil am Wertzuwachs Ihres Halsbandes zuführt.

Soviel über die sozusagen rechtliche Seite der Angelegenheit. Für die andere werden Sie infolge einer strategischen Umfassung Ihres Herzens in Minutenschnelle erobert sein, denn Sie sind eine Frau. Ihre Perle wird armen Kindern und Müttern, Kriegerfrauen — hören Sie wohl? — zugutekommen. Der „Frankfurter Mutterschutz", (in fröhlicheren Tagen nannte ich sein Haus gern „Gutehoffnungshütte") der, wie Ihnen bekannt ist, werdenden Müttern und ihren Kindern beisteht und der sich seit Kriegsbeginn drei Mütterheime angegliedert hat, in denen je 16 Kinder betreut werden, deren Mütter — Munitionsarbeiterinnen zumeist — ihre Freizeit und die Nacht mit den Kindern verbringen, der „Frankfurter Mutterschutz" wird Ihre Perle verwerten, der volle Erlös fließt in seine hungrige Kasse. Sie haben nichts zu tun, als sich mit Ihrem Halsband — es kann natürlich auch ein anderes Schmuckstück mit Perlen sein — zu Herrn Koch (Kaiserstraße), Herrn Hessenberg (Kaiserstraße) oder zu Herrn Schlund (Bleidenstraße) zu begeben. Der Juwelier wird die von Ihnen bestimmte Perle — Sie werden nicht die kleinste wählen! — herausnehmen und die Schnur wieder schließen. Alsdann werden Sie die aus dem schimmernden Kreis der Geschwister Geschlüpfte mit Anmut in ein verschlossenes Kästchen versenken, Ihren Namen in ein Dokument eintragen, das im Archiv der Stadt fernen Geschlechtern bewahrt bleibt und der Juwelier wird Ihnen freundlich und dankbar die Hand drücken.

Ich zweifle nicht, daß Sie sich beeilen werden, diesen erhebenden Vorgang Ihren Erinnerungen einzufügen — es kann keine schöneren für Sie geben. Sie behalten ja Ihr Halsband — ob es aus 38 oder 37 Perlen besteht, ist doch wirklich gleichgültig, es hat nur eine kleine Veränderung erfahren, nicht jene, die der Hahn im Sinne hatte, als er den Regenwurm verschlang — die Kette wird Ihnen sogar besser passen, denn Ihr Hals ist schlanker geworden (und ist er es nicht, so geht es Ihnen so gut, daß Sie eigentlich zwei Perlen besonders schenken sollten), Sie reinigen sich von dem Verdacht unberechtigten Vermögenszuwachses und haben ein gutes Werk getan. Die Pietät gegen Ihre Mutter, die Ihnen die Perlen hinterließ, oder die Dankbarkeit gegen Ihren Gatten, dessen Fleiß die Perlen für Sie erworben, werden durch Ihr Opfer nicht gemindert: Ihre Mutter wie der Gatte würden oder werden Ihren Besuch bei dem Juwelier durchaus billigen.

Sind Sie überzeugt oder wenigstens überredet — was den Frauen ja meistens genehmer ist —, daß Sie den Weg gehen müssen? Ich hoffe es! Ich könnte sonst versuchen, mit Engelszungen auf Sie einzuflüstern. Es wäre noch zu sagen: üben Sie durch das Perlen-Opfer das vornehmste Frauenstimmrecht aus, das Recht zur Bekämpfung des Elends! Bedenken Sie es recht, daß eine Ihrer Perlen die Ihr kostbarstes Gut sind des auf Samt hinter einer Stahltür ruht von Ihrer Hand entlassen, unseres Landes kostbarstem Gut, den in diesen durchwühlten Tagen geborenen Kindern, Bett und Wärme, Milch und Pflege, Kraft und Gesundheit geben kann! Beleben Sie die tote Schnur der Gefesselten durch Ihr Opfer! Mit jedem Zuge der Güte, mit jeder Handlung des Mitleids vermehren Sie die Liebe auf der Welt, veredeln Sie das Antlitz der Menschheit!

Aber wozu Solches ausführen! Das sind ja fast verletzende Selbstverständlichkeiten. Ihr Perlen-Opfer, das haben Sie wohl eingesehen, wird Sie nicht ärmer, aber um einen Schein glücklicher machen. Es muß eine Angelegenheit aller begüterten Frauen in Frankfurt werden, zu Gunsten der Armen bei diesem Ketten-handel mitzuwirken, um eine meterlange Schnur zu reihen. Und Sie machen mit! Dessen bin ich gewiß!

R. G.

Neues Wiener Tagblatt
6. III. 1918

121

* (Erweiterung des Wirkungskreises des Vereines „Die Technik für die Kriegsinvaliden".) Unter dem Vorsitz seines Protektors Erzherzog Karl Stephan fand am 28. Februar eine Plenarsitzung des Kuratoriums des Vereines „Die Technik für die Kriegsinvaliden" statt, in welcher nach Erstattung der technischen und medizinischen Berichte über die Tagung des Berliner Vereines gleicher Richtung durch die Ingenieure Silvestri, Machan und die Professoren Dr. Oskar Föderl und Hans Spitzy, ferner des Referates über die Dresdner Prothesenausstellung durch Dr. Grünbaum vom Präsidenten Herrenhausmitglied Dr. Wilhelm Exner beantragt wurde, die Einführung von mit Prothesen ausgestatteten Invaliden in großindustrielle Betriebe mit vorgeschrittener Arbeitsteilung anzubahnen, was bereits in mehreren reichsdeutschen Etablissements mit befriedigendem Erfolg unternommen wurde. Die fachmännischen Berichte lehren, daß für spezialisierte Maschinenarbeit viele Kriegsverletzte nützliche Verwendung und verhältnismäßig gute Entlohnung finden können. Nach Befürwortung dieses Antrages durch Zentraldirektor Schuster und Baurat Zoller wurde ein Beschluß in diesem Sinne gefaßt, der mit den Zielen der Prothesentechnik im Zusammenhang steht. Infolge dieses Beschlusses wurden in das Kuratorium Betriebsingenieur Schiller von den Siemens-Schuckert-Werken und Direktor Bretschneider von den Fiatwerken berufen.

Reichspost

10./III. 1918

122

Die Wiener Kriegerheimstätten.

Die Gemeinde Wien hat die für die Kaiser-Karl-Kriegerheimstätten bestimmten Baugründe in Aspern bereits übernommen. Der Baubeginn verzögert sich leider. Schuld sind die außerordentlichen Verhältnisse, die es nicht gestatten, für die große Anlage das entsprechende Material und die Arbeitskräfte zu beschaffen. Die unter dem Ehrenschutze der Frau Erzherzogin Isabella stehende Dänische Deckenaktion, die dem Kriegerheimstättenfonds angegliedert ist, setzt ihre Tätigkeit fort. Die sehr bedeutenden Mittel dieser Aktion, rund 600.000 Kronen, werden den Angesiedelten in Aspern reichliche Arbeitsgelegenheit bieten; sie werden zur Anschaffung von Maschinen und Material dienen. Die Fertigstellung der ganzen Anlage der Wiener Kriegerheimstätten wird 18 Monate dauern. Es soll vorerst ein Teil der 250 vorgesehenen Häuser fertiggestellt, und dann die Besiedlung nach und nach, den Baufortschritten entsprechend, vorgenommen werden, so daß die 3500 Ansiedler in Gruppen einziehen werden. Schon jetzt bewerben sich nicht wenige Kriegsteilnehmer um die Vormerkung, insbesondere solche mit zahlreicher Familie. Es zeigt sich die besonders erfreuliche Tatsache, daß bei den Bewerbern große Vorliebe für die land- und gartenwirtschaftliche Betätigung herrscht; fast alle wollen Grund und Boden, wollen Kartoffeln und Gemüse bauen. Im Sinne der von uns immer wieder betonten Grundsätze werden die Kriegsteilnehmer mit Familie, mit mehreren Kindern in erster Linie, berücksichtigt werden. Die Wiener unter ihnen werden bevorzugt.

Amtsblatt der Stadt Wien
12./III. 1918

123

Plaketten des Kaisers und der Kaiserin.

Zugunsten des „Kaiser und König Karl I.-Kriegsfürsorgefonds", der sich die Fürsorge für die Soldaten im Felde, die Unterstützung von Witwen und Waisen Gefallener, die Verbesserung des Invalidenloses und insbesondere die Errichtung von Heilanstalten zur Aufgabe gesetzt hat, werden Plaketten des Kaisers Karl und der Kaiserin Zita hergestellt. Sie wurden von Prof. Rud. Marschall ausgeführt und gelangen zum Preise von je 1 K zur Ausgabe. Vom Kaiser als offizielle Abzeichen erklärt, dürften diese Plaketten sich ehestens als die populärsten Massensymbole darstellen.

Fremdenblatt Abend
14./III. 1918

a
14
124

* (Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge.) Das Ministerium für soziale Fürsorge hat soeben einen Erlaß an alle Landeskommissionen zur Fürsorge für heimkehrende Krieger gerichtet, der die Grundzüge für eine sachlich und örtlich lückenlose Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge aufstellt. Hiedurch soll die Erfassung aller Kriegsbeschädigten gesichert und erzielt werden, daß jedem Invaliden der seinen besonderen Verhältnissen entsprechende Schutz in allen Fürsorgezweigen, also auf dem Gebiete der Heilbehandlung, der Schulung, der Berufsberatung, der Arbeitsvermittlung sowie der Erwerbs- und Unterhaltsbeschaffung gewährleistet wird. Mit der Einleitung und Durchführung dieser organisatorischen Maßnahmen, die einer gesteigerten Wiedereinführung der Kriegsbeschädigten in das Wirtschaftsleben dienen sollen, wurden die Landesstellen zur Fürsorge für heimkehrende Krieger betraut.

Die Zeit 14./III. 1918

125

Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Ein Runderlaß des Ministeriums für soziale Fürsorge.

Das Ministerium für soziale Fürsorge hat soeben einen Erlaß an alle Landeskommissionen zur Fürsorge für heimkehrende Krieger gerichtet, der die Grundzüge für eine sachlich und örtlich lückenlose Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge aufstellt. Hierdurch soll die Erfassung aller Kriegsbeschädigten gesichert und erzielt werden, daß jedem Invaliden der seinen besonderen Verhältnissen entsprechende Schutz in allen Fürsorgezweigen, also auf dem Gebiete der Heilbehandlung, der Schulung, der Berufsberatung, der Arbeitsvermittlung sowie der Erwerbs- und Unterhaltsbeschaffung, gewährleistet wird.

Da eine solche individualisierende Fürsorge eine dauernde Fühlungnahme mit den Kriegsbeschädigten voraussetzt, sind für ihre Organisation Formen gewählt worden, die die Anpassung der Fürsorgetätigkeit an den Einzelfall ermöglichen. Zu diesem Zweck soll in allen Kronländern im Anschluß an die Landeskommissionen zur Fürsorge für heimkehrende Krieger eine dem Bedarf entsprechende Anzahl von lokalen Fürsorgestellen geschaffen werden, denen die gesamte Fürsorgetätigkeit, somit auch die Arbeits- und Erwerbsfürsorge für Invalide, obliegen wird. Demgemäß beabsichtigt das Ministerium für soziale Fürsorge, die Landesstellen für Arbeitsvermittlung und deren Bezirksstellen in enge Beziehungen zu den mit der übrigen Invalidenfürsorge betrauten Landeskommissionen und mit den örtlichen Fürsorgestellen zu bringen.

Mit der Einleitung und Durchführung dieser organisatorischen Maßnahmen, die einer gesteigerten Wiedereinführung der Kriegsbeschädigten in das Wirtschaftsleben dienen sollen, wurden die Landesstellen zur Fürsorge für heimkehrende Krieger betraut, die schon bisher im Dienste des Invalidenschutzes eine verdienstvolle Tätigkeit entwickelt haben und die auch die Verhältnisse ihres Verwaltungsgebietes am besten zu überblicken vermögen. Im Rahmen der vom Ministerium für soziale Fürsorge aufgestellten Richtlinien wird den Landesstellen für ihre organisatorische Tätigkeit ein weiter Spielraum eingeräumt, so daß örtlichen Bedürfnissen und Wünschen Rechnung getragen werden kann. Das ist schon deshalb notwendig, weil zur Mitarbeit in den lokalen Fürsorgestellen alle Kreise der Bevölkerung, einschließlich der Kriegsverletzten selbst, herangezogen werden sollen, um diesen neuen Einrichtungen jene Volkstümlichkeit zu sichern, die eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Erfüllung ihrer großen Aufgabe ist.

Hilfe für jeden einzelnen.

Ueber das Wesen der vom Ministerium für soziale Fürsorge in die Wege geleiteten Aktion erhalten wir folgende erläuternde Mitteilungen:

Der oben erwähnte Erlaß des Ministeriums legt in großen Zügen die Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge fest und läuft darauf hinaus, zunächst die Erfassung aller hilfsbedürftigen Invaliden zu ermöglichen und dann jedem einzelnen gerade jene Fürsorge angedeihen zu lassen, die seinen besonderen Verhältnissen entspricht. Das ist gewiß ein gesunder Gedanke. Der Staat, dieser große Herr, sieht seinen höchsten Ehrgeiz darin, als Allvater der ihm anvertrauten Millionen sich zu betätigen. Aber dabei kommt oft der einzelne zu kurz. Denn der Staat schafft die Schablone des Gesetzes — möge der einzelne schauen, wie er sich ihr anzupassen vermag! Das ist aber bei der Fürsorge für Invalide eine höchst zweifelhafte Sache, denn jeder von ihnen hat andere Schmerzen, jedem muß auf andere Weise geholfen werden, soll sich der Zweck erfüllen, den Invaliden nicht wie in alter Zeit zum Nutznießer des öffentlichen Mitleids zu machen, sondern ihn in das Wirtschaftsleben wieder einzuführen und seine Kraft solcherart ihm selbst und der Gesellschaft nutzbar zu machen. Der moderne Wohlfahrtsstaat darf keine Wohltat kennen, keine Gnade, sondern nur einen Anspruch des einzelnen Hilfsbedürftigen, sofern er ein Opfer der Allgemeinheit geworden ist.

Wie will nun die staatliche Kriegsbeschädigtenfürsorge die Individualisierung dieser Hilfeleistung erreichen? Durch eine Dezentralisierung der ganzen Aktion. Die Landesstellen, die bisher in der Fürsorge für heimkehrende Krieger tätig waren, hatten einen territorial derartig ausgedehnten Wirkungskreis zu bewältigen, daß ihnen der einzelne aus dem Auge verschwand. Eine persönliche Fürsorge für jeden Invaliden ist ja ohne stete unmittelbare Fühlungnahme, ohne mündliche Verhandlungen mit dem einzelnen nicht möglich. Deshalb faßt die neue Organisation die Schaffung eines ganzen Netzes lokaler Fürsorgestellen ins Auge, die den Landeskommissionen unterstehen und die bis in die kleinste Gemeinde ihre Fühler ausstrecken können.

„Also wieder eine Unmasse neuer Aemter mit einem Beamtenheere, eine neue Bureaukratie, die den Invaliden bevormunden soll!" Dieser Seufzer der Besorgnis, der sich vielleicht manchem altösterreichischen Gemüte entringen wird, ist diesmal unberechtigt. Diese lokalen Fürsorgestellen sind nämlich als durchaus autonome Geschäftsstellen gedacht. Der Bureauleiter und ein paar Schreibfräulein sollen sozusagen beamtet sein. Im übrigen werden Mitarbeiter aus allen wirtschaftlichen, sozialen und beruflichen Kreisen, also Vertreter von Industrie und Handel, Gewerbe und Handwerk, Land- und Forstwirtschaft, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Vertreter der öffentlichen Behörden, Aerzte und sonstige Fachmänner für verschiedene Arten der Berufsschulung, endlich — was eine Hauptsache ist — intelligente Invalide selbst, die Beratung der zu betreuenden Kriegsbeschädigten pflegen und in Anpassung an jeden einzelnen Fall das Hilfswerk üben. Wenn man bedenkt, daß der Leiter und Mitarbeiter dieser lokalen Stellen — aus der bodenständigen Bevölkerung hervorgegangen — den einzelnen an den betreffendem Ort wohnenden oder dahin zuständigen Invaliden und dessen Familienverhältnisse und persönliche Fähigkeiten meist kennen, so wird man wohl die Ueberzeugung gewinnen, daß das Schicksal der Kriegsbeschädigten in die richtigen Hände gelegt ist. Dies um so mehr als die lokale Fürsorgestelle die Ueberwachung der Nachbehandlung, Berufsschulung, Arbeitsvermittlung und eventuell Selbständigkeitsmachung des Invaliden umfaßt. Die Hauptsache aber ist: Es gibt keine Massenkonfektion — jedem einzelnen wird das Kleid angemessen, das ihm am besten behagt. So kann man wohl sagen, daß mit dieser neuen Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge zu einem Netz von wirksam zugreifenden Beratungs- und Förderungsstellen mehr geschehen ist als mit dem kürzlich vom Abgeordnetenhaus verabschiedeten ganz löblichen Gesetz betreffend Geldunterstützungen für Kriegsbeschädigte. Denn welchen Wert hat heute Geld, wenn es nicht viel ist? Es enthebt nicht einmal der dringendsten Sorge für die Gegenwart, geschweige denn für die Zukunft...

Neue Freie Presse
14. III. 1918

126

Wien, 13. März. (Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge.) Das Ministerium für soziale Fürsorge hat einen Erlaß an alle Landeskommissionen zur Fürsorge für heimkehrende Krieger gerichtet, der die Grundzüge für eine Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge aufstellt. Hiedurch soll die Erfassung aller Kriegsbeschädigten gesichert und erzielt werden, daß jedem Invaliden der seinen besonderen Verhältnissen entsprechende Schutz in allen Fürsorgezweigen, also auf dem Gebiete der Heilbehandlung, der Schulung, der Berufsberatung, der Arbeitsvermittlung sowie der Erwerbs- und Unterhaltsbeschaffung, gewährleistet wird. In allen Kronländern soll im Anschlusse an die Landeskommissionen zur Fürsorge für heimkehrende Krieger eine dem Bedarfe entsprechende Anzahl von lokalen Fürsorgestellen geschaffen werden, denen die gesamte Fürsorgetätigkeit, somit auch die Arbeits- und Erwerbsfürsorge für Invalide, obliegen wird. Demgemäß beabsichtigt das Ministerium für soziale Fürsorge, die Landesstellen für Arbeitsvermittlung und deren Bezirksstellen in enge Beziehungen zu den mit der übrigen Invalidenfürsorge betrauten Landeskommissionen und mit den örtlichen Fürsorgestellen zu bringen.

Neue Freie Presse
17./III. 1918

Die Organisation der Fürsorge für Kriegsbeschädigte.

Von Universitäts-Professor Dr. Karl Brockhausen.

Wien, 16. März.

Ganz allmählich rechnet man mit der Heimkehr unserer Krieger und ihrer Rückkehr in das bürgerliche Leben. Da drängt sich die Frage auf, wie werden diese Verteidiger des Vaterlandes auch den Rückweg in ihren Beruf finden, und vor allem, was geschieht mit den Kriegsbeschädigten, den Invaliden? Finden sie Einrichtungen vor, die bereit und geeignet sind, sie aufzunehmen und zu betreuen, so zwar daß ihre Existenz gesichert, ihr Leben lebenswert, ihre Zukunft hoffnungsreich sich gestaltet?

Seit Beginn des Jahres 1918 ist das Ministerium für soziale Fürsorge auch mit der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten betraut worden, und dieses Amt ist mit einem fertigen Organisationserlasse, von dem in diesem Blatte bereits die Rede war, vor die Oeffentlichkeit getreten, dessen Grundgedanken sich etwa in folgender Weise darstellen lassen.

Vor allem sollen ausnahmslos alle Kriegsbeschädigten erfaßt werden, kein einziger, welcher die öffentliche Fürsorge benötigt, darf von ihr übergangen werden; anderseits soll jeder einzelne eine seiner Besonderheit entsprechende Individualisierung der Fürsorge erhalten. Dieses zweifache Prinzip des Allumfassens und der Einzelbehandlung verlangt einerseits eine vollständige und übersichtliche Evidenz, anderseits bedarf es Organe, welche in örtlicher Nähe und in persönlicher Fühlung mit dem Invaliden wirken.

Nun bestehen zwar bereits in den einzelnen Kronländern Sonderkommissionen zur Fürsorge für heimkehrende Krieger, welche in Verbindung mit den Militärbehörden die Evidenz besorgten und sich vielfache Verdienste um die einzelnen erworben haben; aber ihr Tätigkeitsbereich ist rein geographisch betrachtet, ein viel zu ausgedehnter, als daß sie unmittelbar und auf die Dauer sich mit Individualfürsorge eingehend befassen könnten. Deshalb werden Lokalstellen in einem engmaschigen Netze alle Kronländer überziehen, die so geartet sind, daß, wie es in dem Erlasse heißt: „deren Wurzeln sich bis in die kleinsten Gemeinden ihres Bezirkes erstrecken" und daß ihre Organe die wirtschaftlichen und Familienverhältnisse der Fürsorgebedürftigen überschauen.

Damit ist nun freilich die sehr naheliegende Gefahr einer Anhäufung neuer Aemter gegeben, und wenn in dem Netze der Lokalstellen sich ein Heer von Beamten festsetzt, so wäre dies eine kostspielige Vorarbeit der Fürsorge. An der Instandsetzung der Maschine könnten sich die Mittel ihres Betriebes heillos verbluten. Aber gerade dieser Gefahr begegnete das neue Ministerium in ähnlicher Weise, wie es bei der vor kurzem in Angriff genommenen Kommission für Frauenarbeit zwar die großen Frauenorganisationen in den öffentlichen Dienst berufen hat, hingegen von einer Bureaukratisierung ihrer Schutz- und Fürsorgebestrebungen wohlweislich Abstand nahm.*)

Abermals wird jener Gedanke verwirklicht, den der Minister bei seiner ersten programmatischen Erklärung über die Struktur des sozialen Ressorts darlegte, an Stelle eines imperativen Vorgehens sich der Mitwirkung weiter Kreise der Gesellschaft zur Durchführung seiner Pläne zu bedienen. So wird denn ein den älteren Bureaukraten fast unheimlicher Vorgang sich abspielen; die Geburtsstätten der lokalen Invalidenämter werden — konstituierende Generalversammlungen sein! Aus solchen, sei es nun von anerkannten Persönlichkeiten, Behörden oder von Vertretern der Landeskommissionen einberufenen Versammlungen wird für jeden Bezirk ein Gesamtausschuß gebildet, der seinerseits wieder einen Arbeitsausschuß und einen Bureauleiter bestimmt, dazu Vertrauensmänner in jeder Gemeinde. So sehen die „Invalidenämter" aus, die schon nach ihrem Ursprung und ihrer Entstehungsweise weit mehr den Stempel des Hilfs- als des Amtscharakters an der Stirne tragen. Als Funktionäre in dem Arbeitsausschusse, also als tätige Mitarbeiter, sind Personen gedacht, die mit der wirtschaftlichen Lage der Invaliden vor deren Beschädigung ebenso vertraut sind wie mit jenen Verhältnissen, mit welchen bei deren Wiedereintritt in das Wirtschaftsleben gerechnet werden muß, also Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Vertreter von Industrie, Handel und Gewerbe, Land- und Forstwirtschaft, Beamte, Aerzte und Fachmänner für die verschiedenen Arten der Schulung sowie hiezu geeignete Kriegsbeschädigte selbst.

Der sachliche Wirkungskreis dieser Lokalstellen ist innerhalb ihres Gebietes der gleiche, den die Landeskommissionen für ihren größeren Bezirk besitzen; denn er umfaßt alles, was die Erwerbsfähigkeit und die Erwerbsmöglichkeit des Invaliden heben oder wiederherstellen kann, also Auskunftserteilung, Berufsberatung, Nachbehandlung, Arbeitsvermittlung, Gewährung von Barmitteln, Kleidung und Arbeitsgerät, Hilfe bei Selbständigmachung und Ansiedlung. Wo die Lokalstelle selbst ausreicht, kann sie selbständig vorgehen, und erst dann, wenn ihr Eingreifen nicht erschöpfend ist, übergeht ihre Kompetenz an die Landesstelle.

Bemerkenswert ist hiebei, daß die Arbeitsvermittlung den Invalidenämtern zugewiesen wird; die Zuteilung dieser Aufgabe an eigene k. k. Arbeitsvermittlungen erschwerte erfahrungsgemäß die individualisierende Behandlung der Invaliden und ließ die Ergebnisse der Nachbehandlung und speziellen Schulung dieser Personenkategorie vielfach unberücksichtigt, während doch alle diese Fürsorgeaktionen einschließlich der Unterbringung in eine Arbeitsstelle wie Glieder einer Kette ineinandergreifen sollen. Daher entschloß sich das Ministerium, hier eine einheitliche Kompetenz der gesamten Invalidenfürsorge zu schaffen.

Bei alledem vermeidet es das Ministerium, allgemeine, das ganze Staatsgebiet erfassende Einteilungsvorschriften über die Abgrenzung der Lokalstellen zu erlassen; wegen der Verschiedenheit der Länder und Bezirke soll diese Einteilung den bestehenden Landeskommissionen übertragen werden; hingegen wird verlangt, daß mit Ende des ersten Halbjahres 1918 mindestens am Sitze jeder politischen Bezirksstelle (Bezirkshauptmannschaft) eine Lokalstelle in voller Tätigkeit sich befindet.

Die Aufbringung der materiellen Mittel sowie die Verwendung der staatlicherseits in Aussicht genommenen Kredite und der von Privaten bereits beigestellten Summen ist eine Frage für sich, die mit der heutigen Organisationsfrage nicht unmittelbar zusammenhängt und einer gesonderten Erörterung bedarf. Nur einen Punkt berührt der vorliegende Erlaß bereits direkt; es ist die Ausstattung der Aemter. Diese will das Ministerium subventionieren, damit die Bureautätigkeit sofort beginnen könne und der erste notwendige Behelf jeder weiteren Tätigkeit, die Evidenz der Invaliden, in jedem Bezirke geschaffen werde. Der bisherige Vorgang, wonach die von den militärischen Invalidenevidenzstellen ausgestellten Personalblätter allmonatlich den Lokalkommissionen zukommen, hat den Nachteil, daß seit der Superarbitrierung oft zwei bis drei Monate vergingen bis zur Ausstellung; hier will nun das Ministerium einen unmittelbaren Verkehr zwischen Superarbitrierungskommission und Invalidenämtern anbahnen, so daß die Evidenz sofort ermöglicht werde.

Es wird somit schon während des Krieges das Gerüst geschaffen, um unter Mitwirkung des ganzen Volkes, dem ja die Invaliden angehören, für deren Wiedereinführung in das Erwerbsleben, soweit dies möglich ist, vorgesorgt werde.

*) Vergl. Nr. 19191 der „Neuen Freien Presse" vom 27. Januar 1918.

Neues Wiener Tagblatt
31./III. 1918

128

* **(Die Verwendung handbeschädigter Kriegsinvaliden im Schreibfach.)** Kriegsbeschädigungen an Fingern, Händen und Armen haben leider Abertausende von Männern zu ihrem bisherigen Lebensberuf im Kanzleidienst ungeeignet gemacht. Die entstandenen physischen Mängel tunlichst wieder auszugleichen und die Invaliden durch zweckmäßige Schulung ihrer früheren vollwertigen Arbeitsleistung wieder nahe zu bringen, ist Sache gründlicher, fachmännisch geleiteter Ausbildung. Der plötzlich seiner normalen Schreibhand Beraubte versucht nach seiner Ausheilung zunächst mit Bleistift, dem gegenüber der Stahlfeder minderempfindlichen Gerät, zu schreiben. Er knüpft an die bisherige Gewohnheit an, legt das Papier wie früher vor sich hin, und unwillkürlich entsteht so die steile oder nach links geneigte Schrift. Durch solche ungewohnte Schrift will aber kein Bureauvorstand seine Bücher entstellen lassen. Diesen Uebelstand bekämpft aufs wirksamste der sachgemäße Invalidenunterricht im Schön-, Schnell- und Maschinschreiben und Stenographie. Der Invalide mit gesunder linker Hand lernt dabei nicht „seine" Schrift dem neuen Zustand anpassen, er lernt vielmehr eine neue Schrift. Er lernt alles umgekehrt zu halten, den Stuhl und Tisch entgegengesetzt zu stellen, das Licht nicht mehr von links, sondern von rechts einfallen zu lassen, die Grundstriche in kurzer Zeit spielend leicht von rechts nach links zu ziehen. In dreißig bis vierzig Lehrstunden hat der Betreffende sich erfahrungsgemäß eine normale und schöne Handschrift angeeignet, die allen kaufmännischen und amtlichen Erfordernissen entspricht. Gleiche Fortschritte machen diejenigen, deren beide Hände Verletzungen oder Lähmungen aufweisen, selbst der Besitz nur eines einzigen Fingers ermöglicht bei solcher Unterweisung die Erlangung einer verwendbaren Schrift. In letzterem Falle verbindet ein zu diesem Zwecke geschaffener Ring den Federhalter mit der Fingerbeuge. Eine praktisch verwendbare Handschrift wird auch mit Unterarmprothesen erlernt. Seit zweieinhalb Jahren werden in obigem Sinne Lehrkurse in der dem Arbeitsausschuß für Soldatenunterricht des Patriotischen Hilfsvereines vom Roten Kreuz für Niederösterreich unterstehenden Kalligraphieschule, 1. Bezirk, Stephansplatz Nr. 2, vollkommen unentgeltlich abgehalten. Nahezu 600 Mann wurden bereits in 24 Lehrkursen geschult. Viele Absolventen sind gern in ihre früher innegehabten Stellungen wieder aufgenommen worden. Durch die zweckmäßige Ausbildung wird unsern Kriegsbeschädigten das kränkende Bewußtsein erspart, sich ihres Opfers wegen als sozial minderleistungsfähig zu erachten. Gleichzeitig werden sie aber auch vor niedriger Ausbeutung geschützt, welche die Kriegsbeschädigten als wohlfeilere Arbeitskräfte betrachten will.

Vossische Zeitung
3./IV. 1918

Kriegsbeschädigten-Siedelung.

Von
Justizrat Professor Dr. **Hans Crüger**, Charlottenburg.
Mitglied des Abgeordnetenhauses.

Jeder fühlt die Verpflichtung in sich, denen, die Leben und Gesundheit dem Vaterland hinopfern, nun auch von seiten des Vaterlandes eine Entschädigung zu bieten. Aber man weiß auch, daß allein mit der Gefühlsregung des Herzens wirklich Ersprießliches nicht geleistet werden kann. Zu dem Herzen muß sich der Verstand gesellen, mit dessen Hilfe das, was das Herz erstrebt, zu formen ist. Daher wäre auch jede Almosenpolitik zu verwerfen. Durch sie könnte nur ein Heer der Unzufriedenen geschaffen werden.

Am nächsten scheint es zu liegen, die heimkehrenden Soldaten mit Land zu belohnen, wie es die alten Römer getan. Aber die Verhältnisse liegen doch heute wesentlich anders. Der Beruf des Landwirts stellt besondere Anforderungen und Ansprüche. Nicht jeder Kriegsteilnehmer eignet sich dazu, als Landwirt seine wirtschaftliche Zukunft begründen zu können.

Kapitalisierte Renten sollen dem Kriegsbeschädigten erleichtern, sich wirtschaftlich selbständig zu machen. An 7000 Fälle sollen bereits geregelt sein. Ueberall entstehen Siedlungsgesellschaften mit der Aufgabe, den Kriegsbeschädigten die Ansiedlung möglich zu machen. Dies ist an sich zweifellos ein schönes Ziel. Soll es aber erreicht werden, dann ist es notwendig, daß sehr verschiedene Dinge auseinandergehalten werden. Heute gebraucht man das Wort „Ansiedlung" oft sowohl für die wirtschaftliche Selbständigmachung auf dem Lande, wie bei der Beschaffung einer Wohnung mit Gartenland.

Die erste Aufgabe liegt auf dem Gebiet, das man sonst als innere Kolonisation zu bezeichnen pflegt. Die Durchführung dieser Aufgabe ist unendlich viel schwieriger als die andere, die Beschaffung von Wohnungsgelegenheiten. Hier soll die Siedlungsgesellschaft sich beschränken auf die Schaffung der notwendigen Kapitalien, die erforderlich sind, um die Aufgabe durchzuführen. Die Ausführung selbst aber soll Sache der Baugenossenschaften sein, die auf diesem Gebiet ja über reiche Erfahrungen verfügen, insoweit sie die Errichtung von Eigenhäusern für ihre Mitglieder in ihr Programm aufgenommen haben.

Die innere Kolonisation gehört zu den wichtigsten, aber auch zu den schwierigsten Problemen. Nicht nur die finanzielle und wirtschaftliche Grundlage muß eine erfolgreiche Durchführung wahrscheinlich machen, sondern wichtiger ist vielleicht noch die Auswahl der Ansiedler. Es wäre daher sehr bedenklich, wenn man wahllos die Kriegsteilnehmer, je nachdem sie sich zur Ansiedlung melden, auch ansiedeln wollte. Sorgfältige Prüfung in jedem Falle, ob der sich meldende Kriegsteilnehmer für die Landwirtschaft geeignet ist, dringend notwendig.

Bei der Beschaffung von Wohnungen denkt man in der Regel an das Klein-Eigenhaus mit Gartenland. Die kapitalisierte Rente bietet die Anzahlung. Wenn vorstehend die Forderung gestellt ist, daß die Erfahrungen der Baugenossenschaften nicht unbeachtet bleiben sollen, die Häuser zu Eigentumserwerb ihrer Mitglieder herstellen, so hat dies darin seinen Grund, daß die Dinge dabei nicht immer ganz so einfach liegen, wie der Außenstehende glaubt. Es ist dem Kriegsteilnehmer nicht schon damit gedient, daß er ein schmuckes Haus beziehen kann, für das ihm möglicherweise auch unter günstigen Bedingungen noch eine entsprechende Wohnungseinrichtung beschafft wird. Die weit wichtigere Frage ist vielmehr die: Wo wird dieser Hauseigentümer seine Arbeitsstelle und seinen Lebensunterhalt finden? Er ist auf das Verdienen angewiesen und soll es sein. Daher muß berücksichtigt werden, daß der Kriegsteilnehmer durch sein Eigentum nicht in der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit gehindert ist. Nur der Kriegsteilnehmer kann für den Eigentumserwerb am Haus in Frage kommen, dessen wirtschaftliche Existenz dort, wo er sein Eigentum hat, auch sichergestellt ist — soweit von Sicherstellung hier überhaupt die Rede sein kann. Daher mußte der Rat gegeben werden, die Erfahrungen der Baugenossenschaften zu berücksichtigen, die auf diesem Gebiet seit Jahrzehnten tätig sind. Man braucht deswegen den Kriegsteilnehmer nicht vom „Kleinhaus mit Gartenland" auszuschließen. Es ist nicht notwendig, daß man es ihm zu Eigentum überträgt, man kann es zunächst auch an ihn vermieten. Wo die Bedingungen gegeben sind, die Kriegsteilnehmer zum Eigentümer des Grund und Bodens zu machen — gewiß, da soll es geschehen.

Fremdenblatt
4./IV. 1918

130

• (Die Fürsorge für heimkehrende tuberkulosekranke Soldaten.) In der letzten Sitzung der Bezirkszentrale Wien für Tuberkulosefürsorge berichtete der Vorsitzende Bürgermeister Dr. Weiskirchner über den inneren Ausbau der Fürsorgetätigkeit und wies darauf hin, daß die Rückkehr der in russischer Gefangenschaft sich befindenden Soldaten nahegerückt sei und viele Tausende von ihnen mit Tuberkulose behaftet in ihre Heimat zurückkehren werden. Es wäre nun Pflicht der Militärverwaltung, in ausreichender Weise für die Kranken Sorge zu tragen, ihnen die bestmögliche Behandlung angedeihen zu lassen, sie in Heilstätten unterzubringen und damit auch die Ansteckung der Angehörigen dieser Kranken zu verhüten. Die Militärverwaltung erklärte jedoch, daß sie nicht in der Lage sei, in restloser Weise für die lungenkranken Heimkehrer zu sorgen, und beabsichtige, sie in häusliche Pflege zu entlassen. Die Bezirkszentrale Wien werde jene Maßnahmen besprechen müssen, welche getroffen werden können, um einerseits den kranken, zu ihren Familien abgegebenen Soldaten möglichste Fürsorge zuzuwenden, anderseits deren Familien vor Infektion zu schützen und ein weiteres Anwachsen der Tuberkulose zu verhüten. Ministerialrat Dr. Kaup teilte mit, daß in Konferenzen mit den Vertretern der militärischen Stellen beschlossen wurde, Leichttuberkulose nicht zu superarbitrieren und zu entlassen, sondern als der Nachbehandlung bedürftig zu erklären. Sie erhalten eine Verpflegsgebühr von Kr. 6.50 täglich auf die Dauer eines Jahres sowie die Löhnung, den Angehörigen wird der Unterhaltsbeitrag weiter gezahlt. Mit ihren weiteren Ansprüchen werden die Leichttuberkulosen an die Zivilverwaltung gewiesen und es sei nicht zu verkennen, daß dies eine große Belastung sowohl der Gemeinden als auch der Krankenkassen bedeute. Bürgermeister Dr. Weiskirchner betonte, daß es Pflicht des Staates sei, für die im Militärdienst Erkrankten zu sorgen. Es müßte gefordert werden, daß aus den Kriegsbarackenspitälern so viele Betten überlassen werden, daß das Bedürfnis der heimischen Bevölkerung hinsichtlich der Spitalspflege gedeckt werden kann. An diese Spitalsbetten für die Tuberkulosen werden sich Rekonvaleszentenbetten anzugliedern haben und das Lager in Steinklamm wäre für diese Rekonvaleszenten vortrefflich geeignet. Die Gemeinde Wien plane bekanntlich die Errichtung einer Tageserholungsstätte für Tuberkulose im Anschlusse an das Jubiläumsspital, und um diese rasch benützungsfähig zu machen, werde sie nicht als massiver Bau, sondern als Provisorium aufgeführt werden. In der anschließenden Debatte betonte Oberstadtphysikus Dr. Böhm die Notwendigkeit der Vermehrung der Fürsorgestellen. Man werde sich bemühen müssen, die Tuberkulosen so viel als möglich von der Großstadt ferne zu halten, da die klimatischen Verhältnisse für die Heilung der Tuberkulosen eine große Rolle spielen. Insoweit die Tuberkulosen nach Wien zurückkehren, müssen möglichst viele der vorhandenen Baracken in den Dienst der Tuberkulosenfürsorge gestellt werden. Zum Schluß teilte der Bürgermeister mit, daß die Gemeinde Wien eine provisorische Walderholungsstätte mit einem Fassungsraum von 500 bis 600 Betten spätestens im heurigen Sommer errichten wird, und erwartet, daß die Militärverwaltung die weiterhin erforderlichen Baracken samt Einrichtung überlasse. Die Bezirkszentrale setzt voraus, daß den an Tuberkulose Erkrankten eine solche Menge von Nahrungsmitteln zur Verfügung gestellt wird, daß hiedurch die Heilung der Kranken gefördert wird. Die Zentrale für Tuberkulosenfürsorge wird das Einvernehmen mit den Arbeitsvermittlungsstellen pflegen. Die Gemeinde und die Krankenkassen erwarten von der Regierung eine ausreichende Unterstützung zur Erfüllung ihrer Aufgaben. Der Bürgermeister erklärte schließlich, er werde das Ergebnis der Beratung dem Kriegsministerium und der Regierung in einer Denkschrift übermitteln.

Neues Wiener Tagblatt Abendl

13./IV. 1918

B1

* (**Dritte Hauptversammlung der Gesellschaft zur Fürsorge für Kriegsinvalide.**) Am 23. März fand unter dem Vorsitz des Ehrenpräsidenten der Gesellschaft Herrenhausmitglied Dr. Exner, in Anwesenheit der Ehrenpräsidentin Prinzessin Elisabeth von Liechtenstein, Erzherzogin von Oesterreich und unter zahlreicher Beteiligung der Mitglieder die dritte Hauptversammlung der genannten Gesellschaft statt. Dem Rechenschaftsbericht für das Jahr 1917 ist zu entnehmen, daß die Gesellschaft auf dem Hauptgebiete ihrer Tätigkeit, das ist der Selbständigmachung von Kriegsinvaliden, weitere Erfolge erzielte und auch auf einem neuen Gebiete der Invalidenfürsorge einen aussichtsreichen Versuch machte, indem sie eine eigene Invalidenwerkstätte zur Erzeugung von Munitionskisten und andern Artikeln errichtete, in welcher ausschließlich Kriegsinvalide mit Gewinnbeteiligung an dem Unternehmen beschäftigt werden. Nach Absolvierung der Tagesordnung hielt Oberarzt Dr. Riedl einen Vortrag über „Bevölkerungspolitik und Invalidenfürsorge" und Frau Gisela Ritschl aus Brünn über die Verwendung von Kriegsinvaliden in der Seidenraupenzucht und ihre auf diesem Gebiete bereits erzielten Erfolge.

Vossische Zeitung

14./4. 1918.

14

132

Ins Paradies der Kinder.

Eröffnung unserer diesjährigen Sammlung für Ferienkolonisten.

Wenn milde Luft und das hervorbrechende Grün schon die Erwachsenen mit einem wahren Hunger nach Landleben erfüllt, so liegt es doppelt nahe, sich rechtzeitig wieder der Kinder zu erinnern, denen Luft und Sonne mehr als den Großen Lebensbedürfnis ist. Zwar werden auch in diesem Jahre wieder Tausende, vielleicht Zehntausende von Groß-Berliner Kindern bei den Bewohnern des flachen Landes, insbesondere in Ost- und Westpreußen untergebracht werden, aber auf gesunder Basis aufgebaute Unternehmungen stehen sich, richtig verstanden, niemals im Wege, sondern ergänzen sich. So die Bewegung „Stadtkinder aufs Land" und die große, seit Jahrzehnten bewährte Organisation der Felienkolonien. Die „Völkerwanderung der Kleinen" läßt immer noch

Zehntausende von Kindern in der Großstadt zurück.

Daß auch diese Vielen in dem Steinmeer Berlin zu verkümmern drohen, ist selbstverständlich. Darum müssen die Kinder von Zeit zu Zeit an unsere Seele klopfen, damit wir ihrer gedenken.

Wenn auch nicht allen, aber vielen davon kann geholfen werden. Wir bieten diese Möglichkeit, indem wir wieder, wie in den vergangenen Jahren eine

Sammlung für Ferienkinder

eröffnen. Für die darauf eingehenden Gelder schicken wir nach Vereinbarung mit dem Berliner Verein für Ferienkolonien Kinder nach Wahl der Spender oder aus unserem Anmeldungsbestand auf einige Wochen in eine der Land- oder Seekolonien. Für je 55 Mark kann ein Kind in einer Ferienkolonie auf dem Lande, für je 70 Mark in einem Sol- oder Seebad untergebracht werden. In Frage kommen zunächst Gemeindeschulkinder im Alter von 7—14 Jahren. Es können aber auch in Ausnahmefällen kleinere Kinder im Alter zwischen 5 und 7 Jahren berücksichtigt werden.

Der Berliner Verein für Ferienkolonien hat im vergangenen Jahre 7324 Kinder in Vollkolonien fortgeschickt und 126 Kinder in Einzelpflege gegeben. In diesen Zahlen sind auch diejenigen Kinder inbegriffen, deren Aufenthaltskosten aus unserer Sammlung bestritten worden sind. Der große Umfang dieser Tätigkeit im vergangenen Jahre zeigt, daß neben der Verschickung von Stadtkindern durch die Gemeinden auch für die private Tätigkeit noch ein weiter Spielraum übrig bleibt. Ist doch die Zahl von 7450 Kindern fast doppelt so hoch wie die Zahl der jeweils in den letzten Friedensjahren durch den Verein für Ferienkolonien aufs Land geschickten Kinder. Die nachteiligen Folgen des Großstadtaufenthalts auf die Kinder äußern sich eben heute mit doppelter Schärfe, da die Verpflegung in der Großstadt so viel zu wünschen übrig läßt. Die Erfahrungen, die in den Ferienkolonien mit der Verpflegung der Kinder im Vorjahre gemacht worden sind, waren durchaus günstig. Die wenigen Klagen, die eingegangen sind, haben sich bei näherer Betrachtung als grundlos erwiesen.

In einer Zeit, wo das Geld ohnehin jedem lose in der Tasche sitzt, kann es auf die geringe Summe, durch die so ein halb verdorrtes Großstadtpflänzchen frisches Wachstum und Gedeihen erlangen kann, kaum ankommen. Wo so gewaltige Umsätze stattfinden und die Stahlkammern der Banken und Sparkassen sich mit ungeheuren Werten füllen, da muß auch für die Kleinen, deren Väter draußen im Schützengraben an der Herbeiführung aller dieser Möglichkeiten mitwirken oder dafür ihr Leben hingegeben haben, ein Scherflein übrig sein.

Annahme von Spenden unter Angabe des Verwendungszweckes im Ullsteinhaus, Kochstraße, in allen Ullstein-Filialen, auf Postscheckkonto Ullstein u. Co., Berlin 660, und durch Ueberweisung an die Nationalbank für Deutschland auf das Konto

Liebesgabensammlung des Verlages
Ullstein u. Co.

Fremdenblatt Abendbl
18./IV. 1918

133

* (Generalversammlung der „Kriegsblindenheimstätten".) Unter dem Vorsitze des Admirals Erzherzog Karl Stephan findet am 23. d. um 11 Uhr vormittags im Festsaale des Hauses der Kaufmannschaft, 4. Bezirk, Schwarzenbergplatz 16, die zweite ordentliche Generalversammlung des Vereines „Kriegsblindenheimstätten" mit folgender Tagesordnung statt: Begrüßungsansprache. Bericht über die Tätigkeit des Vereines im Jahre 1917. Vorlage des Rechenschaftsberichtes über das zweite Vereinsjahr und Beschlußfassung über denselben. Wahl von sieben Vorstandsmitgliedern infolge statutengemäßen Ausscheidens eines Drittels der Vorstandsmitglieder. Wahl des Schiedsgerichtes. Wahl der Revisoren. Allfällige Anträge. Die Stifter, Gründer und ordentlichen Mitglieder des Vereines werden im Sinne des § 16 der Vereinsstatuten eingeladen, zu dieser Versammlung zu erscheinen.

Fremdenblatt
19./IV. 1918

134

* (Kleiderverschlüsse für Kriegsinvalide.) Die technischen Erfindungen zum Wohl und Heil der Kriegsinvaliden, insbesondere jene, die der Wiedererlangung möglichster Eigenbewegung dienen, steigern sich zu immer größerer Vollkommenheit und erweitern ihren Wirkungskreis in ungeahnter Weise. Eines jener Probleme, die sich einer praktischen Lösung gegenüber bisher sehr spröde verhalten haben, ist der Kleiderverschluß Armamputierter und Armbeschädigter. Um diesem Mangel abzuhelfen, veranstaltet das Knopfmuseum Heinrich Waldes in Prag-Wischowitz, das über eine Sammlung von Kleiderverschlüssen aller Arten und Zeiten verfügt, unter dem Protektorate des Erzherzogs Karl Stephan ein Preisausschreiben im Gesamtbetrage von 5000 Kronen zur Schaffung von Kleiderverschlüssen für den oben erwähnten Zweck. Die Einlieferungsfrist für die Preisbewerbungen dauert bis zum 30. d. Heinrich Waldes aus Prag hat, um dem Zwecke förderlich zu sein, eine kleine Schrift herausgegeben, die auf alle bisher üblichen Kleiderverschlüsse für Armamputierte und Armbeschädigte bezugnimmt, und den Text mit Bildern illustriert. Das Bedürfnis nach solchen Verschlüssen hat erst der Weltkrieg gezeitigt, vorher existierten sie nicht. Der Invalide soll sich ohne fremde Hilfe an- und auskleiden können. Im Reservespital Nr. 9 in Wien wird eine nach den Angaben des Oberstabsarztes Dr. Spitzy verfertigte Jacke benützt, die mit Klemmbalken und einer durchlaufenden Schnur versehen ist und vermittelst einer besonderen Vorrichtung, dem Schnürer, vom Invaliden selbst geöffnet und geschlossen werden kann. Für die Hose wird ein aus Spiraldraht gefertigter Verschluß verwendet, der durch Hinab- und Hinaufziehen einer Kette mit Ring funktioniert. Der Prothesenträger Hugo Neumann in Chemnitz verwendet Verschlüsse eigener Konstruktion. Die Hosenknöpfe werden von Schnallen in Art der Krawattenhalter vertreten, so groß, daß die Hosenträger mühelos eingeschoben werden können. Der Kragen wird an das Hemd nicht angeknöpft, sein rückwärtiges Viertel ist herausgeschnitten und an den verbleibenden Enden sind Lederriemen mit angehängten Gewichten angebracht. Nach vorne ist der Kragen dauernd mit der Hemdbrust oder dem Chemisette verbunden. Die Weste ist mit gewöhnlichen Knöpfen besetzt, die jedoch nicht geknöpft werden. Den Verschluß stellt eine Art Schließen her, die schiefe Schlitze aufweisen und in welche die sogenannten Männchen mühelos eingesetzt werden. Die Schnürstiefel sind mit besonderen Haken versehen, in die eine Schnur mit nur einem Ende eingeschoben wird. Rock und Mantel haben den gleichen Verschluß wie die Weste. Dann werden noch mehrere Systeme zitiert, deren sich u. a. ein junger Kriegsbeschädigter, Musketier Erich Zachmann, bedient. Er trägt keine Hosenträger, verwendet an den Schuhen eine rasch bedienbare Schnappschnalle. Die Hose hängt mit zwei Ringen an den beiderseitigen Haken des Gurtes. Wie man sieht, ist diese Art ingeniös durch die Einfachheit, deren Krönung im Tragen einer Hembhose besteht. Aus diesen und anderen Beispielen sollen Anregungen zu weiteren Erfindungen gegeben werden. Die Kriegsinvaliden werden großen Dank für eine möglichst weit reichende Erleichterung ihres so erschwerten primitiven Lebens wissen.

Arbeiterzeitung
25./IV. 1918

136

Invalidenfürsorge aus dem Karl-Kriegsfürsorgefonds. Während des Krieges ist aus Spenden ein Fonds zu Gunsten der Invaliden geschaffen worden. Er bekam den langen Titel „Kaiser und König Karl-Kriegsfürsorgefonds" und steht in der Verwaltung von Generalen. Ein Erlaß des Kriegsministeriums teilt nun mit, was dieser Fonds zu tun gedenkt. Er will den Invaliden zu dauerndem Erwerb verhelfen, also zu Handwerkzeug, zu der für die Arbeit nötigen Kleidung, zu gesicherter Unterkunft, zu Fuhrwerk, einem Zugtier, einem Stück Feld, einer Maschine, einer Einrichtung oder einer Kaution. Zu diesen Zwecken gibt der Fonds einmalige Unterstützungen bis zu 1000 Kronen. Darlehen will der Fonds nur in ganz außergewöhnlichen Fällen geben. Hingegen will er für Darlehen, die der Invalide selbst aufnimmt, mehrere Jahre die Zinsen zahlen. Die Gesuche sind zu richten an die „Landeskommission zur Fürsorge für heimkehrende Krieger". Am Sitze jeder Statthalterei (Landesregierung) ist eine. In Böhmen heißt sie „Staatliche Landeszentrale für das Königreich Böhmen zu Fürsorge für heimkehrende Krieger". In Ungarn ist einzureichen beim „Königlich ungarischen Landeskriegsfürsorgeamt in Budapest", in Kroatien beim „Landesausschuß zur Unterstützung kroatisch-slavonischer Kriegsinvaliden". Invaliden, die 75 Prozent oder mehr ihrer Erwerbsfähigkeit verloren haben, will der Fonds mit den Heimstätten helfen. Er will ihnen ein kleines Wohnhaus überlassen, manchmal schenken, dazu ein Grundstück oder die Einrichtung für ein Geschäft. Das Gesuch ist an die oben angegebenen Stellen zu richten. Darin ist anzuführen, ob der Invalide schon ein entsprechendes Haus kennt, das er erwerben möchte.

Fremdenblatt

27./IV. 1918

137

Fürsorgeaktionen für Kriegsinvalide.

Das Ministerium für soziale Fürsorge hat jüngst alle Landeskommissionen zur Fürsorge für heimkehrende Krieger von zwei wichtigen Invalidenfürsorgeaktionen des Kaiser Karl-Kriegsfürsorgefonds in Kenntnis gesetzt. Die eine der beiden Aktionen geht dahin, den Kriegsinvaliden behufs Erlangung dauernder Existenzmöglichkeit eine entsprechende finanzielle Hilfe angedeihen zu lassen. Den Kriegsbeschädigten soll auf diese Art beispielsweise die Anschaffung eines Handwerkzeuges, der zur Arbeit notwendigen Kleidung, eines Fuhrwerkes, eines Zugtieres, eines Stück Feldes, einer Maschine, einer Einrichtung, die Erlangung einer gesicherten Unterkunft, die Leistung einer Kaution usw. ermöglicht werden. Zu diesem Zwecke will der Kriegsfürsorgefonds Unterstützungen bis zum Höchstmaße von ungefähr 1000 Kronen gewähren.

Die zweite Aktion betrifft nur solche verheiratete Invalide österreichischer Staatsbürgerschaft, welche im gegenwärtigen Kriege infolge Verwundung oder Erkrankung mindestens 75 Prozent erwerbsunfähig sind. Die Aktion soll vornehmlich durch die unter gewissen Bedingungen schenkungsweise erfolgende Ueberlassung eines kleinen Wohnhauses samt der für einen bescheidenen Handels- oder Gewerbebetrieb erforderlichen Einrichtung oder einem kleinen Grundstück den Lebensunterhalt dieser Invaliden und ihrer Familien dauernd sichern. Der Ankaufspreis dieser Heimstätten wird sich nach den Verhältnissen in den einzelnen Kronländern richten, soll aber den Betrag von 8000 Kronen nicht überschreiten. Da die derzeitigen Verhältnisse den Bau solcher kleiner Heimstätten kaum möglich machen, wird in erster Linie nur mit dem Ankaufe bereits bestehender Anwesen vorgegangen werden können. Invalide, welche den genannten Bedingungen entsprechen, haben ihre Gesuche unmittelbar an den Kaiser und König Karl-Kriegsfürsorgefonds (Wien, 9. Bezirk, Berggasse 22) einzubringen und hiebei außerdem anzuführen, ob für sie ein bestimmtes Anwesen in Betracht käme. Auskunft über die Daten können die Landesstellen zur Fürsorge für heimkehrende Krieger erteilen, die vom Fürsorgeministerium angewiesen worden sind, die Invaliden bei Abfassung der Gesuche in jeder möglichen Weise zu unterstützen und zu beraten.

Reichspost
27./IV. 1918

138

Zwei bedeutsame Fürsorgeaktionen für Kriegsinvalide.

Geldaushilfe zur Erlangung einer dauernden Existenz. — Schenkungsweise Ueberlassung eines Wohnhauses und eines Grundstückes.

Das Ministerium für soziale Fürsorge hat alle Landeskommissionen zur Fürsorge für heimkehrende Krieger von zwei wichtigen Invalidenfürsorgeaktionen des Kaiser-und-König-Karl-Kriegsfürsorgefonds in Kenntnis gesetzt. Die eine wird den Kriegsinvaliden zur Erlangung dauernder Existenzmöglichkeiten eine entsprechende finanzielle Hilfe angedeihen lassen, indem ihnen z. B. die Anschaffung eines Handwerkzeuges, der zur Arbeit notwendigen Kleidung, eines Fuhrwerkes, Zugtieres, eines Stückes Feldes, einer Maschine usw. ermöglicht werden wird. Zu diesem Zwecke wird der Kaiser-und-König-Karl-Kriegsfürsorgefonds mittellosen hilfsbedürftigen und arbeitswilligen Invaliden, welche noch keine dauernde Erwerbsquelle haben und ohne Beihilfe eine solche sich nicht verschaffen können, Unterstützungen bis zum Höchstmaße von ungefähr 1000 Kronen gewähren. Wenn es auch den Invaliden freisteht, ihre Gesuche unmittelbar an den Kaiser-und-König-Karl-Kriegsfürsorgefonds (Wien, 9. Bezirk, Berggasse Nr. 22) einzusenden, wird denselben doch im Interesse einer möglichst raschen Erledigung dringend empfohlen, ihre an diesen Fonds adressierten Gesuche bei den Landeskommissionen zur Fürsorge für heimkehrende Krieger an den Sitzen der politischen Landesstellen (Landeshauptstädte), beziehungsweise bei der staatlichen Landeszentrale für Böhmen zur Fürsorge für heimkehrende Krieger in Prag oder bei einer diesen Stellen angegliederten lokalen Fürsorgestelle (Invalidenamt, Ortsstelle der Invalidenfürsorge) zu überreichen. Die zweite Aktion betrifft nur solche verheiratete Invalide österreichischer Staatsbürgerschaft, welche im gegenwärtigen Kriege infolge Verwundung oder Erkrankung laut Befundes der militärischen Superarbitrierungskommission mindestens 75 Prozent erwerbsunfähig sind. Die Aktion soll vornehmlich durch die unter gewissen Bedingungen schenkungsweise erfolgende Ueberlassung eines kleinen Wohnhauses samt der für einen bescheidenen Handels- oder Gewerbebetrieb erforderlichen Einrichtung oder einem kleien Grundstück den Lebensunterhalt dieser Invaliden und ihrer Familie dauernd sichern. Der Ankaufspreis dieser Heimstätten wird sich nach den Verhältnissen in den einzelnen Kronländern richten, soll aber den Betrag von 8000 Kronen nicht überschreiten. Da die derzeitigen Verhältnisse den Bau solcher kleiner Heimstätten kaum möglich machen, wird in erster Linie nur mit dem Ankaufe bereits bestehender Anwesen vorgegangen werden können. Invalide, welche den genannten Bedingungen entsprechen, haben ihre Gesuche in der gleichen Weise, wie oben angegeben, einzubringen und hiebei außerdem anzuführen, ob für sie ein bestimmtes Anwesen in Betracht käme. Auskunft über die Daten, welche in den Gesuchen angeführt werden müssen, können die Landesstellen zur Fürsorge für heimkehrende Krieger erteilen, die vom Fürsorgeministerium angewiesen worden sind, die Invaliden bei Abfassung der Gesuche in jeder möglichen Weise zu unterstützen und zu beraten.

Vossische Zeitung
30./IV. 1918

30

139

Der teure Staatsboden.

Aus der Sitzung des Verbandsausschusses.

Dem mit so einhelliger Zustimmung aufgenommenen Entschluß der Staatsregierung, dem Zweckverbande billiges Siedlungsland zur Verfügung zu stellen, ist rasch die Ernüchterung gefolgt: hat sich doch inzwischen herausgestellt, daß der von der Staatsregierung geforderte Preis für den größten Teil des Geländes über alles Erwarten hoch ist. Angesichts der Pflicht für die Regierung, bei der Rückkehr der Krieger und der Seßhaftmachung der Kriegsbeschädigten das Siedlungswesen mit allen Mitteln zu fördern, ist diese geschäftstüchtige Preispolitik völlig unbegreiflich.

In der gestrigen Sitzung des Zweckverbandsausschusses kam die Enttäuschung darüber kräftig zum Ausdruck. Nach den ersten Berichten in der Presse hatte der Finanzminister im Landtag mitgeteilt, daß der Preis zum größten Teil für das Geviertmeter Rohland 1—1,50 M. betragen würde; inzwischen ist diese Fassung dahin berichtigt worden, daß es heißen müsse: zum großen Teil. In Wirklichkeit muß es aber jetzt lauten: zum kleinsten Teil! Denn nur für etwa ⅓ der staatlichen Ländereien ist ein Preis von 1—1,50 M. festgesetzt worden, für die übrigen ⅔ gehen die Preise bis zu 5 M. für das Quadratmeter. Dazu kommt, daß sich mit jedem Jahr nach dem 31. März 1919 der Preis um 2 v. H. erhöht. Zuzüglich des Zinsverlustes kommt im Durchschnitt ein Preis zustande, der viel zu hoch ist, um den Bau billiger Wohnhäuser zu ermöglichen. Der angemessene Preis wäre nach Ansicht des Verbandsausschusses Groß-Berlin 1 M. für das Quadratmeter. Wenn die Staatsregierung sich dieser Forderung gegenüber ablehnend verhält, würde die an sich gut gedachte Unternehmung undurchführbar sein und auf ungesunder finanzieller Grundlage beruhen. In dieser Erwägung hat der Verbandsausschuß beschlossen, das Staatsministerium anzurufen; er hegt die Hoffnung, daß dieses die allgemeinen sozialen Gesichtspunkte in den Vordergrund rückt gegenüber dem bisher von den einzelnen Fachministerien betonten rein vermögensfiskalischen Standpunkt.

Der erste Plan für die Behebung der Kleinwohnungsnot in Groß-Berlin, der dem Verbandsausschuß zur Begutachtung zugegangen ist, ist von der Stadt Köpenick aufgestellt worden. Er sieht die Ansiedlung von kleineren Angestellten und Beamten in dreigeschossigen Häusern mit Hausgärten vor. Der Plan fand die Zustimmung des Verbandsausschusses. Ebenso wurde der Gesamtbebauungsplan für Wittenau gutgeheißen.

Gegen die von der Regierung beabsichtigte Freigabe der bisher baupolizeilich verbotenen Dach- und Kellerwohnungen wurden im Verbandsausschuß die allerlebhaftesten Bedenken laut. Es wurde betont, daß man diesen Verordnungen für die Landespolizeibezirke Berlin und Potsdam nur als vorübergehende Maßregel zustimmen könne, und daß vor allem alle Schritte unternommen werden müßten, um die Wohnhausbautätigkeit wieder zu beleben. Um in dieser Hinsicht Sicherungen zu schaffen, wurde die Frage zur weiteren Beratung einem Unterausschuß zugewiesen mit der Vollmacht, die Polizeiverordnung endgültig zu verabschieden und der Regierung für Groß-Berlin eine einheitliche Fassung vorzuschlagen.

Reichspost 10. IV. 1918

140

Eröffnung des I. Wiener Soldatenheimes.

Am Geburtsfest der Kaiserin, heute nachmittag 4 Uhr, fand im 10. Bezirk in dem Reservespital 11 in der Schleiergasse die feierliche Eröffnung des I. Wiener Soldatenheimes statt. Inmitten der geschmackvollen Barackenbauten, die den Eindruck einer Villenkolonie machen, zunächst der hübschen Kirche, erhebt sich das geräumige Soldatenheim, der Hauptsache nach aus zwei weiten Sälen bestehend. Diese zeigten sich heute, hoch und licht, im festlichen Schmuck von Girlanden und bunten Wimpeln. Sie bieten weit über Tausend Soldaten Raum. Ueberaus zahlreich waren die Ehrengäste aus den Kreisen der Generalität erschienen, die Vertreter von Ministerien und Zentralstellen, Mitglieder des Adels. Vor der Baracke hatten sich zur Feier eingefunden: Kardinal-Fürsterzbischof Dr. Piffl mit f.-e. Ordinariatssekretär Msgre. Wagner, Minister für Landesverteidigung FML. v. Czapp, Kanzleidirektor des Feldvikariats Prälat Dr. Pavlikowski, f.-e. geistlicher Rat Pfarrer Mechtler u. a.

Um 4 Uhr kam als Vertreterin der Kaiserin Frau Erzherzogin Blanka mit ihren Töchtern, den Frauen Erzherzoginnen Maria Dolores, Margarita und Maria Antonia. Oberstabsarzt Professor Dr. Spitzy, Feldkurat Streit, dann Feldkurat Lischka und Hauptmann Seeliger, die das Heim künftig unter ihre Obhut nehmen werden, begrüßten die Frauen Erzherzoginnen, welche, gefolgt von den Ehrengästen, in den Saal traten, wo sie mit den Klängen der Volkshymne, die die Invalidenkapelle intonierte, empfangen wurden. Dann hielt Oberstabsarzt Professor Doktor Spitzy eine Begrüßungsansprache, in der er u. a. auch bemerkte, Kardinal Piffl habe mit seinem Kommen einen Herzenswunsch der Pfleglinge erfüllt; die Heime, die sich schon im Felde bewährt hätten, sollen für die spätere Friedenszeit vorsorgen und eine Stätte schaffen, in der die Soldaten Erholung finden werden. Dr. Spitzy bat schließlich Frau Erzherzogin Blanka, das Heim der Kaiserin als Geburtstagsgeschenk zu überreichen, die es als Protektorin der Kriegsfürsorge sicherlich erfreuen werde. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf Kaiser Karl und Kaiserin Zita schloß Redner, während die Kapelle die Volkshymne anstimmte.

Kardinal-Fürsterzbischof Dr. Piffl führte hierauf aus, mit freudiger Genugtuung habe er das Heim in den Invalidenschulen errichtet. Zu Hunderten zählen bereits die Soldatenheime, die auf Initiative des Kaiserpaares unter Förderung bürgerlicher und militärischer Kreise im Feld und in der Etappe erstanden sind. Aus Tausenden von Feldkarten vernehmen wir den Dank der Soldaten für die Gründung der Heime, die ihnen den erfrischenden Hauch der Heimat an die Front tragen. Die Soldaten berichten, daß sie nach den Zeiten des furchtbaren Kampfes im zermürbenden Stellungskrieg in den Heimen Erholung und Ablenkung finden. Was draußen in den Tagen schwerer Kämpfe seit zwei Jahren sich bewährt hat, soll nach der Entschließung des Kaiserpaares auch ein Stück der Heimat werden, eine Einrichtung für den Frieden. Schon erhebt sich im 3. Wiener Bezirke ein geräumiger schmucker Neubau, welcher in der nächsten Zeit der Erholung für die Soldaten angepaßt sein wird. Besonders freudig begrüßt der Kardinal als Präsident des Aktionskomitees die Gründung des Heims in den Invalidenschulen, wo hohe ärztliche Kunst die Kriegsbeschädigten zu erwerbsfähigen Mitgliedern der Gesellschaft heranbildet. Das Soldatenheim soll das Gemüt der Krieger erheitern, sie in Stunden der Verzagtheit hoffnungsvoll in die Zukunft schauen lehren. Möge der Segen Gottes bewirken, daß nach dem Wunsche des Kaiserpaares dieses neue Heim seinen Zweck voll und ganz erfülle.

Nach den mit großem Beifall aufgenommenen Worten des Kardinals folgte ein gut gewähltes unterhaltendes Programm. Es traten auf die Mitglieder der Hofoper Frau H. Kittel, Frl. K. Jovanovic, Frau Konzertsängerin Dworzak-Müller, der Mädchenchor des Direktors Silberbauer u. a. Alle Vortragenden ernteten den herzlichen Beifall der feldgrauen Zuhörerschaft. So war die heutige Eröffnungsfeier, welche um halb 6 Uhr schloß, zugleich eine Generalprobe für spätere ähnliche Veranstaltungen. Die beiden Säle des Heims erwiesen sich mit ihrer akustischen Anlage für die Abhaltung von Vorträgen überaus geeignet.

Fremdenblatt

10./V. 1918

141

Eröffnung des ersten Soldatenheimes in Wien.

Als das schönste Geburtstagsgeschenk wurde an dem gestrigen Festtage, wie Kardinal Piffl in seiner Eröffnungsansprache hervorhob, der Kaiserin das erste Soldatenheim in Wien geboten. Die Erbauer des Heimes haben im Bewußtsein der großen Fürsorge, die die Kaiserin als Protektorin der Aktion den Soldatenheimen, die auch im Frieden eine erzieherische Aufgabe zu erfüllen haben, den gestrigen Tag zur feierlichen Eröffnung gewählt. Die junge Schöpfung ist beim Kommandanten des Reservespitales Nr. 11 und der Invalidenschulen Oberstabsarztes Professors Dr. Spitzy erstanden. Das Zentralkomitee zur Errichtung von Soldatenheimen unter dem Protektorate des Kaiserpaares und unter dem Präsidium des Kardinal Fürsterzbischofs Dr. Piffl, hat in unermüdlicher Arbeit hunderte von Soldatenheimen an der Front errichtet. Zunächst ist die neue Schöpfung für die Pfleglinge der Invalidenschulen gedacht; sie soll aber auch von den anderen Truppen benützt werden. Gestern war das Soldatenheim zu Ehren des Tages festlich geschmückt. Vor der Baracke hatten sich zur Feier eingefunden: Kardinal Fürsterzbischof Dr. Piffl mit seinem Zeremoniär Msgre. Wagner, dann: in Vertretung des Kriegsministers GM. v. Rochel, Minister für Landesverteidigung FML. v. Czapp, G. d. J. von Seibt, in Vertretung des Militärkommandanten Feldmarschalleutnant v. Lilienhoff, Stadtkommandant GM. Ritter v. Mossig, Konteradmiral v. Schanzer, der Bundespräsident der Oesterreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuze Graf Abensperg-Traun, Gesandter Freiherr v. Riedl, der Vorstand der 14. Abteilung des Kriegsministeriums Generalstabsarzt Dr. Frisch, der Sanitätschef des Militärkommandos Oberstabsarzt Doktor Drastich, Gräfin Gamerra, Gräfin Kuenburg, Geheimer Rat Graf Thun u. a. Um 4 Uhr kam Frau Erzherzogin Blanka mit ihren Töchtern, den Frauen Erzherzoginnen Maria de los Dolores, Maria Antonia und Margarita. Die Erzherzoginnen traten gefolgt von den Ehrengästen in den Saal, wo sie mit den Klängen der Volkshymne, die die Invalidenkapelle intonierte, empfangen wurden. Dann hielt Oberstabsarzt Professor Dr. Spitzy eine Ansprache, in der er die Erzherzogin Blanka als Vertreterin der Kaiserin begrüßte und ihr für ihr Erscheinen dankte; Dank stattete er auch Kardinal Dr. Piffl ab, der mit seinem Kommen einen Herzenswunsch der Pfleglinge erfüllt habe. Er hob hervor, daß die Heime, die sich schon im Felde bewährt hätten, auch für die spätere Friedenszeit vorsorgen und eine Stätte schaffen sollen, in der die Soldaten Erholung finden werden. Er gedachte der Initiative der Frau Professor v. Luschka und dankte dem Kardinal Dr. Piffl für das Geschenk des Heimes. Er bat, auch fernerhin durch Förderung des edlen Zweckes den Soldaten zu helfen, sie von der Gasse abzuziehen, ihre Herzens- und Geistesbildung durch Schaffen eines heimlichen Winkels, in dem sie Erholung finden, zu erhöhen. Dr. Spitzy hob hervor, daß das erste Heim gerade am Geburtstag der Kaiserin errichtet wurde, und bat die Erzherzogin Blanka, das Heim als Geburtstagsgeschenk zu überreichen. Die Kaiserin als Protektorin der Kriegsfürsorge werde das Geschenk sicherlich erfreuen. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf Kaiser Karl und Kaiserin Zita schloß Redner, während die Kapelle die Volkshymne anstimmte. Dann ergriff Kardinal Dr. Piffl das Wort. Er begrüßte mit freudiger Genugtuung die Feier. Die Soldatenheime an der Front zählen nach Hunderten. Sie sind einer Initiative des Kaiserpaares zu danken und durch zielbegeistertes Zusammenarbeiten militärischer und ziviler Kreise entstanden. Auf tausenden Feldpostkarten kommt der Dank begeisterter Krieger für die segensreiche Einrichtung, die sich in den zwei Jahren bestens bewährt hat. Die Soldaten berichten, daß sie nach den Zeiten des furchtbaren Kampfes in den Heimen Erholung und Ablenkung finden. Was draußen in den Tagen schwerer Kämpfe sich bewährt hat, soll nach der Entschließung des Kaiserpaares auch ein Stück der Heimat werden, eine Einrichtung für den Frieden. Schon erhebt sich im 3. Wiener Bezirke ein geräumiger, schmucker Neubau, welcher in der nächsten Zeit der Erholung für die Soldaten angepaßt sein wird. Besonders freudig begrüßt der Kardinal die Errichtung an einer Stätte, an der ärztliche Kunst den Helden die Möglichkeit des Erwerbes auf eigenen Füßen zu gewähren sich bestrebt. Die Heime sollen den Soldaten hinüberhelfen über Stunden schwerer Verzagtheit; sie sollen sie mit seelischem Gleichmut in die Zukunft blicken lassen. Möge Gottes Segen geben, daß die hehre Absicht des Kaiserpaares zur Tat werde. Nach der Eröffnungsfeier bestanden die Räume bei einem gut gewählten Vortragsprogramm ihre Generalprobe.

Reichspost Abendblatt
14. IV. 1918

a 14
142

Invalidenamt Wien.

Die Gemeinde Wien und deren Bürgermeister haben in wiederholten Eingaben den staatlichen Stellen die Rückständigkeit der bisherigen Bestimmungen über die Versorgung der Invaliden und Kriegshinterbliebenen eindringlichst vor Augen geführt und deren Neuregelung erbeten, dabei aber auch nicht verabsäumt, auf die Notwendigkeit von Einrichtungen zu verweisen, um den zurückkehrenden Invaliden zur Erlangung ihrer Arbeitsfähigkeit zu verhelfen und sie wieder in das Erwerbsleben zurückzuführen. Die Gemeinde selbst hat im Oktober 1915 eine städtische Beratungs- und Fürsorgestelle für Kriegsinvalide und deren Angehörige sowie für die Hinterbliebenen nach verstorbenen Kriegern ins Leben gerufen und auf diese Weise werktätig eingegriffen. Auf Grund des Erlasses des Ministeriums für soziale Fürsorge vom 5. März 1918 ist die Errichtung besonderer örtlicher Fürsorgestellen der staatlichen Invalidenämter in Aussicht genommen, deren sachlicher Wirkungskreis sich für ihren örtlichen Bereich mit jenem der Landeskommissionen, als deren Organe sie fungieren, deckt. Ueber Anregung des Bürgermeisters und auf Grund des Beschlusses der n.-ö. Landeskommission wird das Invalidenamt Wien als Organ der n.-ö. Landeskommission zur Fürsorge für heimkehrende Krieger durch Vereinigung der städtischen Beratungs- und Fürsorgestellen mit dem Vermittlungsinstitute der k. k. Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide geschaffen und mit der Leitung das Bureau des Invalidenamtes ein rechtskundiger Beamter des Wiener Magistrates betraut werden; auf diese Weise wird die gesamte Fürsorgetätigkeit für alle unmittelbar in ihrer Gesundheit oder ihrer wirtschaftlichen Existenz durch den Krieg geschädigten Personen an einer Stelle vereinigt und vereinheitlicht werden. Es wurden bereits alle Vorkehrungen zur baldigen Aufnahme der Tätigkeit des Invalidenamtes wie die Bildung eines Arbeitsausschusses usw. getroffen. Der Wirksamkeitsbeginn dieser neuen Organisation wird noch besonders verlautbart werden. Zur Leitung des Büros des Invalidenamtes wurde vom Bürgermeister der bisherige Leiter der städtischen Beratungs- und Fürsorgestelle Magistratsoberkommissär Dr. Hans Liebl bestellt.

Tägliche Rundschau
22/V. 1918

17
163

Die Beteiligung des Staates an den Siedlungsgesellschaften.

Die von den zuständigen Ministern soeben herausgegebene Ausführungsanweisung zum Wohnungsgesetz stellt auch ausführliche Richtsätze für die Verwendung der im Wohnungsgesetz vorgesehenen 20 Mill. M. und für die Beteiligung des Staates mit Stammkapital bei gemeinnützigen Bauvereinigungen auf. Um eine unwirtschaftliche Zersplitterung zu vermeiden, läßt sich eine unmittelbare Beteiligung des Staates an zahlreichen örtlichen Bauvereinigungen nicht ermöglichen. Die 20 Millionen werden in der Hauptsache dazu verwendet werden, um leistungsfähige Unternehmungen für den Umfang der Provinzen oder wenigstens für den Bereich größerer wirtschaftlicher Gebiete ins Leben zu rufen. Durch die Bereitstellung dieser staatlichen Mittel soll aber jede Beeinträchtigung der Tätigkeit anderer Unternehmungen privater wie gemeinnütziger Art zur Befriedigung des Kleinwohnungsbedürfnisses unbedingt vermieden werden. Grundsätzlich sollen die staatlichen Mittel bei der Errichtung neuer gemeinnütziger Bauvereinigungen Verwendung finden; doch ist in Ausnahmefällen eine Beteiligung an bestehenden Gebilden nicht ausgeschlossen. Die Siedlungsgesellschaften mit staatlicher Beteiligung sollen sich die Förderung der Beschaffung gesunder und zweckmäßig eingerichteter Kleinwohnungen zu möglichst billigem Preise zum Ziel setzen. Die hierfür im einzelnen erforderlichen Aufgaben werden in der ministeriellen Ausführungsanweisung besonders umschrieben. Sie sollen im engsten Einvernehmen mit den örtlichen Stellen, insbesondere den Gemeindeverwaltungen, gelöst werden. Besondere Maßnahmen sollen zur Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses für kinderreiche Familien der minderbemittelten Bevölkerung getroffen werden. Auch die Beschaffung von Hausrat kann in den Aufgabenkreis der gemeinnützigen Bauvereinigungen einbezogen werden. Der überwiegende Teil des Stammkapitals der gemeinnützigen Bauvereinigungen, in der Regel mindestens $^2/_3$, soll von anderer Seite aufgebracht werden; als Gesellschafter kommen neben dem Staat in erster Reihe die Provinzen, Kreise und Gemeinden in Betracht; daneben ist auf eine Beteiligung der größeren Arbeitgeber aus Industrie und Handel, sowie solcher Anstalten und Stiftungen hinzuwirken, denen für die Kleinwohnungsfürsorge Geldmittel zur Verfügung stehen. Von großem Wert wird auch die Beteiligung der zuständigen Landesversicherungsanstalt sein.

Als Rechtsform empfiehlt sich, so wird uns geschrieben, hauptsächlich die G. m. b. H. Vor allen Dingen muß die Gemeinnützigkeit der Bauvereinigung satzungsgemäß festgelegt werden. Die Höhe des Geschäftsgewinns darf 5 v. H. nicht übersteigen. Die Wahl des Vorsitzenden, des stellvertretenden Vorsitzenden, des Aufsichtsrats und der Gesellschaftsversammlung und des Geschäftsführers bedürfen der Bestätigung durch den Oberpräsidenten. Anträge auf Beteiligung des Staates an der Errichtung gemeinnütziger Bauvereinigung oder Uebernahme einer Kapitalbeteiligung an einer solchen durch den Staat sind unter Beifügung des Satzungsentwurfs an den Oberpräsidenten zu richten. Dieser legt sie nach Prüfung mit seiner gutachtlichen Aeußerung dem Finanzminister vor.

Neue Freie Presse Abend 4./VI. 1918

„Oesterreichische Blindenzeitung."

Schon vor ungefähr Jahresfrist hat die in diesem Blatte veröffentlichte Mitteilung von der Erfindung des renommierten Wiener Privatdozenten für Herzkrankheiten Dr. Max Herz, betreffend ein neues Vervielfältigungsverfahren für Blindenpunktschrift, in weiteren Kreisen viel Aufsehen gemacht, doch erst im Herbst vorigen Jahres gelang es, und zwar unter der Patronanz des k. k. Vereines „Technik für die Kriegsinvaliden" und insbesondere seines Präsidenten, des Geheimen Rates Herrenhausmitgliedes Dr. Wilhelm Exner, eine Aktion zur Realisierung dieser Neuerung in die Wege zu leiten. Es waren riesige, in dem Mangel an Arbeitskräften und Material begründete Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, aber dank dem Eingreifen Exzellenz Dr. Exners, der unermüdlichen Arbeit des Dr. Herz und der Mitwirkung anderer dabei beteiligter Faktoren war es doch schon Anfang Januar laufenden Jahres möglich geworden, mit dem ersten Versuche, einem mit Hilfe des neuen Verfahrens in Blindenschrift gedruckten Kalender, vor die Oeffentlichkeit zu treten. Bekanntlich wurde auch ein Exemplar dieses Kalenders von dem Protektor der gesamten Kriegsfürsorge, dem Erzherzog Karl Stephan, unserer Kaiserin überreicht und von ihr angenommen.

Bereits diese erste Probe ließ die großen Vorteile der neuen Erfindung gegenüber dem bisherigen Verfahren klar erkennen. Sie bestehen in der völligen Ausschaltung des bisher zur Hervorbringung der Punkte notwendig gewesenen dicken, schweren und kostspieligen Papiers, in dem dadurch bedeutend verminderten Umfange und Gewicht der Blindendrucksachen und in der Unlöslichkeit und Unzerstörbarkeit der durch eine punzierte Schablone auf das Papier gegossenen Schrift. Durch den Erfolg ermutigt, wurde nun an die Herausgabe einer literarischen Darbietung für die Blinden geschritten, nämlich der „Oesterreichischen Blindenzeitung", die als Monatsschrift seit Februar dieses Jahres erscheint; hatten die ersten beiden Nummern noch Spuren von Kinderkrankheiten an sich, so können bereits die beiden letzten Hefte als wahre Meisterleistungen, sowohl was die Technik der Herstellung als auch den Inhalt anlangt, bezeichnet werden, ja jeden Eingeweihten muß es mit gerechtem Staunen erfüllen, daß es möglich war, in so kurzer Zeit auf die Höhe der Vollendung zu gelangen. Das Verdienst hiebei gebührt wieder der Aktion Exner, der Aufopferung und Uneigennützigkeit des Erfinders Dr. Herz, welcher stetig an der Herstellung von Verbesserungen arbeitet, der Tätigkeit der unter der Leitung des Fachkonsulenten Herrn James Schwarz stehenden Schablonieranstalt für Blindendruck in der Pfeiffergasse, der selbstlosen Mitwirkung des Ersten österreichischen Blindenvereines, welcher die Herausgabe der Zeitung übernommen hat, sowie dem großen Geschick und der Gewandtheit des verantwortlichen Redakteurs, des Blindenlehrers O. Wanecek in Purkersdorf.

Dem Zusammenwirken dieser Faktoren ist es zu danken, daß Oesterreich nunmehr ein publizistisches Unternehmen in Blindendruck besitzt, welches alle üblichen bei uns und in Deutschland schon lange bestehenden bei weitem übertrifft, nicht nur ist der Druck ganz neuartig und für den Tastsinn glänzend und angenehm zu lesen, wir haben jetzt auch eine wirkliche Blindenzeitung, welche in reicher Fülle Stoff aus allen Gebieten der Tagesliteratur bringt, gediegene, vornehmlich natürlich für den Interessenkreis der Blinden berechnete Artikel, politische Nachrichten, Mitteilungen aus der Blinden- und aus aller Welt. Deshalb hat sich das Blatt auch in Deutschland, wo man in dieser Beziehung sehr verwöhnt ist, viele Freunde erworben, dort wird auch die neue Erfindung als das Blindendruckverfahren der Zukunft bezeichnet. Wir können also wieder einmal auf eine österreichische Errungenschaft stolz sein! Damit all die Erwartungen wirklich in Erfüllung gehen, ist unerläßlich, daß das neue Unternehmen auch finanziell kräftigst unterstützt werde. Zunächst handelt es sich darum, dem Blatte eine weitgehende Verbreitung in unserer Blindenwelt zu sichern. Der Bezugspreis beträgt jährlich bloß 6 K., und der Oesterreichische Blindenverein, Wien, 8. Bezirk, Florianigasse 41, erklärt sich bereit, unbemittelten Blinden Nachlässe, ganz armen Freibezug zu gewähren. Es ergeht nun an die Leser dieser Zeilen das dringende Ersuchen, Blinde ihres Bekanntenkreises auf diese Neuerscheinung aufmerksam zu machen. Wer aber ein warmes Herz für die Blinden und insbesondere für die Kriegsblinden, welchen die neue Zeitung natürlich auch zugute kommen soll, in seiner Brust fühlt, der möge das Unternehmen durch materielle Beiträge fördern, die man am besten der Geschäftsstelle des k. k. Vereines „Technik für die Kriegsinvaliden", Wien, 9. Bezirk, Michelbeuerngasse 6, einsenden wolle. Ist einmal das Unternehmen materiell sichergestellt, dann wird sich ein segensreicher Umschwung in der Fürsorge für die geistigen Interessen aller Blinden vollziehen — ein Ziel, dessen Bedeutung nur derjenige zu würdigen vermag, welcher weiß, wie mangelhaft das rege Bildungs- und Lesebedürfnis der Blinden mit den bisherigen Hilfsmitteln befriedigt werden kann.

Brünn, am 23. Mai 1918.

Hofrat Freiherr v. Chlumecky.

Reichspost 5./VI. 1918

145

Für unsere Heimkehrenden.

Befreiung wohlhabender Haushaltungen von der Wäschereqnisition bei freiwilliger Abgabe eines Zwölftels der Männerwäsche.

Das Kriegsfürsorgeamt des k. u. k. Kriegsministeriums ersucht uns um Veröffentlichung folgenden Aufrufes an die Bevölkerung:

Unsere aus der Gefangenschaft heimkehrenden Krieger befinden sich zum größten Teile in einem Zustande arger Verwahrlosung. Besonders hinsichtlich der Wäsche herrscht die allerärgste Not. Die Heimkehrenden haben häufig entweder gar keine oder nur ganz zerlumpte Leibwäsche, welche als Trägerin von Ungeziefer und Infektionskeimen gelten kann.

Es besteht somit die Gefahr, daß durch die Heimkehrer Epidemien, insbesondere Fleckfieber, eingeschleppt werden. Es ist daher ein Gebot der allgemeinen Volkswohlfahrt, daß jeder zurückgekehrte Krieger so rasch als möglich mit gebrauchsfähiger, hygienisch einwandfreier Wäsche versehen werde. Abgesehen davon verdienen es wohl die zurückgekehrten Krieger in erster Linie, daß sie baldigst wieder einem menschenwürdigem Dasein zugeführt werden.

Bei dem drückenden Mangel an Textilprodukten und dem ins Vielfache gesteigerten Bedarf für unsere Armee ist aber die Heeresverwaltung außerstande, nunmehr auch für die Heimkehrer Wäsche in ausreichender Weise aufzubringen. Das Kriegsfürsorgeamt wendet sich daher an jene Teile der Bevölkerung, die in ihrem Haushalte noch über derartige Bestände an Wäsche verfügen und in der Lage sind, irgend ein entbehrliches Wäschestück der nachstehend bezeichneten Art abzugeben.

Die Sammlung wird ausschließlich auf Männerhemden und Männerunterhosen, u. zw. in noch gebrauchsfähigem und gereinigtem Zustande beschränkt. Da möglicherweise der Fall eintreten könnte, daß die steigende Not an Wäsche für Zwecke der Volksbekleidung und des Heeresbedarfes es späterhin erforderlich macht, eine teilweise Inanspruchnahme der Wäschebestände in den besser versorgten Privathaushaltungen in Erwägung zu ziehen, wird Vorsorge getroffen, daß diejenigen, die sich an der Wäschesammlung für Heimkehrer durch geschenkweise oder entgeltliche Ueberlassung von Wäschestücken beteiligen, späterhin von einer Heranziehung ihrer Vorräte an den betreffenden Wäschesorten befreit bleiben.

Dies erfolgt in der Weise, daß jeder, der von je einem Dutzend Männerhemden oder Männerunterhosen je ein Stück kostenlos oder je zwei Stück gegen Bezahlung abgibt, eine besondere Bestätigung hierüber ausgestellt erhält. Im Falle der entgeltlichen Ueberlassung wird für jedes brauchbare Männerhemd ein Betrag von 12 Kr. und für jede brauchbare Unterhose ein Betrag von 8 Kr. bar vergütet. Ein Teil des Ergebnisses dieser Wäschesammlung wird Volksbekleidungszwecken zugeführt werden.

Gaben von Wäsche werden jederzeit in Wien von der Sammelstelle, IX., Währingerstraße 32 (Telephon 12.367), außerhalb Wiens von den Militärstationskommanden und den Gendarmeriepostenkommanden entgegengenommen; weiters von den Lokalkomitees, welche gewiß wieder mit patriotischem Eifer ihre Tätigkeit entfalten werden.

In Wien werden die Wäschestücke auch nach vorherigem Anruf vom Kriegsfürsorgeamt des k. u. k. Kriegsministeriums, IX., Berggasse 20 (Telephon 14.171, 12.516, 14.575, 14,322) direkt bei den Besitzern abgeholt. Dorthin sind auch alle Anfragen und Mitteilungen zu richten.

Wien, Juni 1918.

Seibt, G. d. J., m. p.

Neues Wiener Tagblatt
9./VI. 1918

146

(Das Invalidenamt.) Aus Anlaß der gestern im Stadtratssitzungssaale erfolgten Konstituierung des Arbeitsausschusses des Invalidenamtes hielt Bürgermeister Dr. Weisskirchner an die Versammelten eine Ansprache, in der er ausführte: Die Gemeinde Wien hat auf dem Gebiet der Kriegsfürsorge werktätig eingegriffen und neben andern Einrichtungen eine städtische Beratungs- und Fürsorgestelle für Kriegsinvalide, deren Angehörige sowie für die Hinterbliebenen nach verstorbenen Kriegern ins Leben gerufen mit der Aufgabe, diesen Personen bei Erlangung der ihnen zukommenden Versorgungsgenüsse und andrer staatlicher Zuwendungen hilfreich zur Seite zu stehen, sie über die in Betracht kommenden Fürsorgeaktionen aufzuklären und ihnen die Wege zur Erreichung derselben zu weisen. In Erfüllung dieser ihrer Aufgabe hat die Fürsorgestelle die Tätigkeit der niederösterreichischen Landeskommission in der Weise unterstützt, daß sie für Hunderte von Invaliden die Einleitung ihrer Nachbehandlung, ihrer Schulung und ihre Wiedereinführung in das Erwerbsleben durch die Landeskommission oder andre Einrichtungen vermittelt hat. Bald reifte die Erkenntnis, daß die Durchführung der Fürsorge für unsre Invaliden eines weiteren Ausbaues der bisherigen Einrichtungen bedürfe und daß auf diese Weise auch die bisherige ersprießliche Tätigkeit der Landeskommission noch erfolgreicher werden könnte. Dieser Erkenntnis gab der Gemeinderat Ausdruck, indem er den weiteren Ausbau einer in den Ersatzstellen möglichst weitverzweigten Fürsorgeaktion als dringendes Bedürfnis bezeichnete, um alle Invaliden der Segnungen der bereits getroffenen und noch zu treffenden gesetzlichen Maßnahmen auch tatsächlich, und zwar tunlichst bald, teilhaftig werden zu lassen. Das Invalidenamt wird sachlich mit dem der Landeskommission zusammenfallen; Aufgabe des Invalidenamtes wird es daher sein, die Invaliden zu erfassen, sie der Nachbehandlung, Schulung und Berufsberatung zuzuführen, für die Vermittlung angemessener Arbeit zu sorgen und ihnen behilflich zu sein, sich selbständig zu machen. Bei der Bildung des Ausschusses hielt ich es für unerläßlich, diesem die Mitarbeit aller jener Kreise zu sichern, die mit den Einrichtungen und Bedürfnissen unsres wirtschaftlichen und sozialen Lebens und mit den Verhältnissen, mit denen die Invaliden bei ihrem Wiedereintritt in das Arbeitsleben zu rechnen haben, wohl vertraut sind, hielt mir aber auch weiter die Notwendigkeit eines gedeihlichen Zusammenarbeitens mit den privaten Invalidenfürsorgeaktionen durch Berufung ihrer Vertreter zur Vermeidung jeder Zersplitterung und Doppelfürsorge vor Augen. — Auf Vorschlag des Bürgermeisters Dr. Weisskirchner wurde einstimmig Hofrat Dr. Vetter zum Vorsitzenden des Ausschusses gewählt.

Neue Freie Presse
10./III. 1918

167

[„Mitteilungen des k. k. Ministeriums für soziale Fürsorge über Fürsorge für Kriegsbeschädigte."] Soeben erscheint Nr. 1 bis 5 des neuen Jahrganges der vom Ministerium des Innern in den Wirkungskreis des Fürsorgeministeriums übernommenen Zeitschrift. Das durch technische Herstellungsschwierigkeiten verzögerte und daher stark angewachsene Heft enthält alle während der längeren Unterbrechungen erlassenen wichtigen organisatorischen Bestimmungen, ferner alle gesetzlichen und anderweitigen Vorschriften der letzten Zeit über zeitweilige Zuwendungen und Versorgungsgebühren für Militärpersonen und ihre Familien samt einer eingehenden Uebersicht über die sonstige Erwerbsfürsorge für Kriegsbeschädigte, Invalidenunterricht (zahlreiche Schulungskurse) usw. In Ausdehnung des bisherigen Programms der Zeitschrift auf zwei weitere Stoffgebiete (Fürsorge für die Angehörigen von Kriegsbeschädigten und für Zivilkriegsbeschädigte samt ihren Familien) werden noch alle einschlägigen Fürsorgemaßnahmen des Ministeriums (Durchführungsbestimmungen zum Zivilkriegsbeschädigtengesetz) verlautbart.

Neue Freie Presse
19./VI. 1918

Sitzung des Kuratoriums des Kriegsblindenfonds.

Am 15. d. fand unter dem Vorsitze des Ministers für soziale Fürsorge Dr. Mataja die vierte Sitzung des Kuratoriums des Kriegsblindenfonds unter zahlreicher Beteiligung statt. In seiner Eröffnungsansprache gab der Minister ein ausführliches Bild der erfolgreichen Tätigkeit des Fonds und des Kuratoriums und wies auf die Notwendigkeit hin, den Fonds durch Zuführung neuer Mittel möglichst zu stärken, damit er auch in Zukunft mit dem gleichen Erfolge zum Schutze der Kriegsblinden wirken könne. Bei diesem Anlasse gedachte der Vorsitzende mit Dank der wertvollen Unterstützung, welche das Kuratorium durch die rege Werbetätigkeit der „Neuen Freien Presse" gefunden hat.

Sodann wurde ein Referat über die Schaffung einer Rohstoffeinkaufsstelle für Kriegsblinde erstattet. Der Antrag des Referenten Oberbaurates Wolfgang Freiherrn v. Ferstel, betreffend die Organisation dieser Stelle, wurde genehmigt. Eine eingehende Debatte schloß sich an das nächste Referat des Oberinspektors Dederra an, in dem die Frage erörtert wurde, wer die Kosten der Nachbehandlung und Schulung von Kriegsblinden zu tragen habe, wenn diese mehr als ein Jahr dauert. Minister Dr. Mataja, FML. v. Rochel in Vertretung des Kriegsministeriums und der Obmannstellvertreter des Kriegsblindenfonds Sektionschef v. Gasteiger wiesen darauf hin, daß die gegenwärtige Rechtslage und die vom Ministerium für soziale Fürsorge getroffenen finanziellen Maßnahmen volle Sicherheit dafür böten, daß die Schulung und Nachbehandlung der Kriegsblinden auch nach Ablauf eines Jahres nicht unterbrochen würden.

Mit der Frage der Bestellung von Vertrauensmännern (Kuratoren) für Kriegsblinde beschäftigte sich das folgende Referat des Regierungsrates Dr. Marschner. In der sich anschließenden Wechselrede, an welcher sich der Präsident der Finanzprokuratur Dr. Ritter v. Mayer, Dr. Benedikt, Regierungsrat Wokurek und andere beteiligten, trat übereinstimmend die Auffassung zutage, daß von der Anregung einer legislativen Aktion in dieser Richtung abzusehen sei und daß das gegenwärtige vielfach geübte System der Bestellung von Vertrauensmännern, die den Kriegsblinden mit Rat und Tat zur Seite stünden, eventuell einen weiteren Ausbau erfahren soll.

Schließlich regte Regierungsrat Dr. Marschner an, nach dem Beispiele des Deutschen Reiches die Frage der Ausbildung von Kriegsblindenführhunden in Erwägung zu ziehen. Der Vertreter des Kriegsministeriums teilte mit, daß die Heeresverwaltung sich mit dieser Angelegenheit bereits eingehend beschäftige, daß jedoch hinsichtlich der Zweckmäßigkeit der Institution noch starke Zweifel bestünden. Mit Rücksicht auf diese Darlegungen wurde die weitere Erörterung der Angelegenheit bis zum Abschlusse der Versuche des Kriegsministeriums vertagt.

Vossische Zeitung 19/VI. 1918

150

Die wirtschaftliche Heilung Kriegsverletzter in der Ausbildungswerkstatt des Kaiser-Wilhelm-Hauses für Kriegsbeschädigte behandelte gestern abend in der Urania Oberstabsarzt Dr. Mannheim, der Chefarzt der Anstalt. Einleitend gab er eine Uebersicht über die Wege, die die Heeresverwaltung für die wirtschaftliche Wiederherstellung der Kriegsverletzten schon frühzeitig betreten hat. Teils sind in den Lazaretten eigene Lehrwerkstätten eingerichtet worden, teils werden Lazarette an Fabrikbetriebe angeschlossen, teils werden besondere Ausbildungswerkstätten für Lazarettentlassene errichtet. Das Kaiser-Wilhelm-Haus für Kriegsbeschädigte vor zwei Jahren von Geh. Kommerzienrat Leopold Koppel errichtet, ist eine Ausbildungswerkstatt für Arbeiter der Stahl- und Eisenindustrie und besteht aus einer ärztlichen chirurgisch-orthopädischen Abteilung, der Anlernwerkstatt und der Fürsorgeabteilung, die rechtzeitig Vorkehrungen trifft, daß die Kriegsbeschädigten nach Beendigung ihrer Ausbildungszeit ihre Berufstätigkeit beginnen können, vorausgesetzt, daß sie das Institut nicht als k. v. verlassen. An Hand von Lichtbildern wurde der sehr interessante Betrieb in den einzelnen Abteilungen gezeigt und die günstigen Erfolge durch eine große Reihe von Zahlen belegt, die beweisen, daß in wenigen Wochen die Kriegsbeschädigten Facharbeiter in der Lage sind, dreiviertel Erwerbsfähigkeit, die Nichtfacharbeiter, zwei Drittel Erwerbsfähigkeit eines gesunden Vollarbeiters zu erlangen.

Neues Wiener Tagblatt
25./VI. 1918

151

(Die bauliche Anlage der Wiener Kriegerheimstätten) in Aspern beschreibt der Baudirektor der Stadt Wien, Ingenieur Dr. Goldemund, in der neuesten Nummer von „Volk und Heer". Er sagt unter anderm: Neun große Straßenzüge und fünf architektonisch umrahmte Plätze werden die Hauptverkehrswege bilden und eine Spielwiese fast im Ausmaße des Platzes „Am Hof" wird mitten in der aus 267 Häusern mit 718 Wohnungen, 18 Geschäftsläden, 10 Werkstätten, Verwaltungsgebäude mit staatlicher Bücherei, eigenem Kindergarten für 300 Kinder, Gasthaus mit Vortragssaal für Lichtbildervorträge bestehenden Siedlung geschaffen werden. Die Wohnungen sind der Mehrzahl nach einstöckige Zweifamilienhäuser. Die Ausstattung der Wohnungen wird schlicht, doch gefällig werden; man wird versuchen, durch Einrichten mehrerer Musterwohnungen mit gutem Hausrat nach Entwürfen bewährter Meister den Bewohnern Gelegenheit zu geben, sich um billiges Geld zweckmäßig und schön einzurichten. Insgesamt sollen in Aspern 700 Kriegsinvalide mit ihren Familien, etwa 3600 Personen, untergebracht werden. Die Invaliden werden entweder in den Fabriken der Nachbarschaft oder in der Landwirtschaft Beschäftigung finden. Die Stadt Wien wird im Randgebiete des 21. Bezirkes Gemüsekultur in großem Stile einrichten und in unmittelbarer Nähe der Kriegerheimstätten Medizinalpflanzen züchten, so daß der fortschreitenden Verbauung in der Umgebung der Siedelung Halt geboten erscheint.

Neues Wiener Tagblatt
25./VI. 1918

152

(Invalidenamt Wien.) Am 20. d. hat das neu geschaffene Invalidenamt Wien seine Tätigkeit begonnen. Hervorgegangen aus einer Vereinigung der k. k. Arbeitsvermittlung für Kriegsinvalide und der städtischen Beratungs- und Fürsorgestelle für Kriegsinvalide, amtiert das Invalidenamt Wien in den bisherigen, entsprechend erweiterten Räumen der k. k. Arbeitsvermittlung für Kriegsinvalide, 7. Bezirk, Neubaugürtel Nr. 32. Auskunftserteilung, Berufsberatung, Nachbehandlung, Arbeitsvermittlung, Gewährung von Barmitteln, Kleidung, Arbeitsgerät, Hilfe bei der Selbständigmachung, die Mitwirkung bei der Ansiedlung von Kriegsbeschädigten usw. fallen in seinen Wirkungskreis. Doch auch die städtische Beratungsstelle wird ihre Tätigkeit weiter entfalten.

Neue Freie Presse
8/VII. 1918

154

Die Mörsertage.

Wien, 8. Juli.

Die Mörsertage des Militär-Witwen- und -Waisenfonds für die achte Kriegsanleihe haben bei der Bevölkerung Wiens außerordentlichen Anklang gefunden. Am gestrigen Sonntag war der vor dem Volksgarten zur Schau gestellte 30·5-Zentimeter-Mörser bis spät abends von einer dichten Menschenmenge umlagert. Die Zahl der Besucher wird auf weit mehr als 100.000 geschätzt. Die am Mörserplatze und an den Schaltern der Banken mit Bezug auf den Mörsertag abgegebenen Zeichnungen belaufen sich bereits auf weit mehr als 100 Millionen. Der 30·5-Zentimeter-Mörser ist heute und morgen Dienstag auf der Jesuitenwiese in unmittelbarer Nähe der Sophienbrücke im Prater zu besichtigen. Man sieht den Mörser dort feldmäßig eingebaut und in verdecktem Geschützstand samt den Unterständen für die Bedienungsmannschaft, für Munition und Telephondienst und erhält ein klares Bild über die Gefechtstätigkeit eines solchen Riesengeschützes. Kriegsanleihezeichnungen werden auf dem Platze der Schaustellung entgegengenommen. Die Wahl der Zeichenstelle steht jedem Besucher frei. Auf dem Platze selbst kann nur die Anmeldung der Zeichnung, aber keine Einzahlung erfolgen. Der Eintritt ist frei und der Ausstellungsplatz ist von der Sophienbrücke und von der Endstation der Straßenbahn Prater Hauptallee (drittes Kaffeehaus) in kaum 5 Minuten zu erreichen.

Die Zeit
19./VII. 1918

255

Eine neue Stadt bei Wien.

Die ersten Kriegerheimstätten.

Wien hat als erste Stadt Kriegswitwenheimstätten, Wien wird auch die umfangreichsten Kriegerheimstätten errichten. Draußen, wo weniger Verkehr, dafür aber bessere Luft herrscht, in der Nähe von Aspern, befindet sich der Baugrund, den die Gemeinde Wien zu diesem Zweck gewidmet. Er reicht hin, um eine eigene kleine Stadt darauf zu errichten.

Zusammen mit dem Land Niederösterreich und mit Staatshilfe wurde der Wiener „Kriegerheimstättenfonds" geschaffen, der heute über ein Vermögen von etwa fünf Millionen Kronen verfügt. Aus den Bauplänen, die jetzt im Wiener Stadtbauamt soeben fertiggestellt worden sind, kann man ersehen, wie diese neue Anlage aussehen wird, die die verdientesten Bürger aufnehmen wird, die ein Gemeinwesen hatte.

Es wird eine Ortschaft in ganz modernem Stil werden: Mit breiten Straßen, Plätzen und Erholungsanlagen. Die Häuser werden zumeist einstöckig sein und zwei Familien aufnehmen; nur wenige Bauten werden ein zweites Stockwerk haben, das Kriegerwitwen und ihren Kindern Raum bieten soll. Achtzehn Geschäftslokale und ein großes, modern ausgestattetes Werkstättenhaus befinden sich mitten im Ort. Auch ein geräumiges Gasthaus, ausgestattet mit einem Festsaal, wird nicht fehlen.

Die Wohnungen selbst sind praktisch eingerichtet: Jede der Familienwohnungen wird aus mindestens einem großen und einem kleinen Zimmer, einer Küche, einem Vorraum und einer Speisenkammer bestehen. Kinderreiche Familien sind, und darin wird sich die neue Stadt, die da erstehen soll, vom „alten" Wien vorteilhaft unterscheiden, nicht nur nicht ungern gesehen, sondern sie erhalten auch noch einen dritten Wohnraum dazu. Jede Wohnung erhält ihren eigenen Garten, damit sich die Bewohner der Niederlassung ihren Bedarf an Gemüse selbst beschaffen können. Ferner ist schon dafür Vorsorge getroffen, daß neugegründete Haushalte zu verhältnismäßig billigen Preisen die Möbeleinrichtung erhalten. Daß für alle gesundheitlichen Bedürfnisse in der neuen Städteanlage gut gesorgt ist, ist bei einer so modernen Einrichtung selbstverständlich.

Daß auch die verschiedenen Erwerbsverhältnisse der heimkehrenden Soldaten in der Wohnungsanlage eine sachgemäße Förderung finden, darauf wird besonders geachtet werden. Ein Schritt dazu ist insbesondere durch die Schaffung des Werkstättenhauses getan, eines zweistöckigen Baues. Zehn Säle enthält er, die für die Ausübung von verschiedenen Gewerben eingerichtet sind. Selbständige Handwerksmeister werden hier gemeinsam oder jeder für sich ihr Tagewerk verrichten können. Für alle Arbeitsbehelfe, für Gas, Elektrizität, kleine Maschinen und Motore wird gesorgt sein. Fabriksarbeiter hingegen werden in den Industrien der Umgebung, landwirtschaftliche Arbeiter auf den großen Kulturen, deren Anlage beabsichtigt ist, Beschäftigung finden. Ein weiterer zeitgemäßer lohnender Erwerbszweig wird auch der planmäßige Anbau von Medizinalpflanzen sein, den gegenwärtig berufene Stellen vorbereiten.

Ebenso wie für den Einzelnen wurde auch für Angelegenheiten der Gesamtheit bis in die kleinste Einzelheit vorgesorgt. Neben dem erwähnten Werkstättenhaus gehört hierher eine große Spielwiese mitten in der Stadt, ein Kindergarten für 300 Kinder, eine Bibliothek, die in dem Gemeindehaus untergebracht sein wird, und schließlich eine neue Schule, die deshalb am Rande des Ortes gebaut werden wird, um auch den Kleinen der Nachbargemeinden den Schulbesuch dort leichter zu ermöglichen. Der gefällige äußere Eindruck des Ortes wird durch Baumpflanzungen sowie durch die Anlage größerer und kleinerer Plätze nach den Grundsätzen des modernen Städtebaues gehoben werden.

Da die Gemeinde Wien bei diesem Unternehmen natürlich keinen Gewinn zu erzielen beabsichtigt, sondern aus den Mietzinsen bloß die Erhaltungskosten decken will, werden die Wohnungen sehr billig sein können. Wie wir hören, sollen sich an diese erste Anlage im Laufe der Zeit andere Gruppen von Kriegerheimstätten in der Umgebung von Wien anschließen.

Tägliche Rundschau 22/VII. 1918.

22

156

Die Deutsche Hauswirtschaftsgesellschaft.

Hinweis auf eine vorbildliche Unternehmung.

Von Prof. Dr. M. Büsgen (Han.-Münden).

In der alten Kaiserstadt Aachen hat sich unter Leitung einer ausgezeichneten, der Sache mit ganzer Seele hingegebenen Frau für das obenbezeichnete Gebiet eine Organisation gebildet, die in vielem vorbildlich ist und verdient, weiteren Kreisen bekannt zu werden.

Herausgeberin der Denkschrift, der meine Zeilen gelten*), ist eine Gemeinschaft von Männern und Frauen, die vorläufig ohne festere Verbindung und ohne Mitgliederbeiträge mit und für unsere Kriegsbeschädigten arbeitet, indem sie dieselben zu freiwilliger Tätigkeit unter militärischer Aufsicht heranzieht, deren Ertrag, durch Vermittelung der Kameradschaftlichen Kriegsbeschädigten-Fürsorge der Gemeinschaft, den arbeitenden Kriegsbeschädigten wieder zugeführt wird. Spenden sind willkommen, aber Geldmittel werden nicht angesammelt. Die Gesellschaft stützt sich auf einen Ausschuß, an dessen Spitze die Kommandeure der Aachener Truppenteile und die Leiter der 50 Aachener Lazarette stehen, und unterhält Verbindung mit dem Hauptverein der Vaterländischen Frauenvereine und anderen Frauen- und Hausfrauen-Vereinigungen, auch mit der Reichsorganisation der Frauen Oesterreichs, dem Kepler-Bund und den wirtschaftlichen Frauenschulen auf dem Lande, der vielbewährten Gründung Idas v. Kortzfleisch. Die Geschäfte führt Frau Generaloberarzt Anna Jaeger in Aachen mit Hilfe Kriegsbeschädigter aus den Aachener Lazaretten und Truppenteilen. Frau Jaeger hat es verstanden, Männer der verschiedensten Kenntnisse und Begabungen zu freiwilliger Mitarbeit heranzuziehen. Frau Lochner und Frau v. Haniel haben der Gesellschaft Anwesen in Aachen, Frau Jaeger selbst Besitz in Koblenz zur Nutzung überlassen und ein Breslauer Rittergut ist angeboten. Außerdem gewährt Räume die technische Hochschule in Aachen, deren Dozenten sich in den Dienst der Sache gestellt haben.

Die Deutsche Hauswirtschaftsgesellschaft wirkt in der persönlichen Fürsorge für die arbeitsfreudigen Kriegsbeschädigten mit den Zivilbehörden der staatlichen Fürsorge zusammen. Ihr eigenstes Gebiet aber ist jetzt die Pflege der Nutzung, Ueberwachung und Mehrung des Vorrats an heimischen Nutzpflanzen mit Hilfe und auch im Interesse der Kriegsbeschädigten. Wissenschaftliche Prüfung unserer Wildpflanzen und ihrer Erzeugnisse, Sammelausflüge, an denen oft 200 bis 300 Männer, Frauen und Kinder sich beteiligen, Sprechstunden, Vorträge im Zimmer und im Freien, endlich Ausstellungen und Postkarten folgen mit Abbildungen nutzbarer Wildpflanzen von Künstlerhand und mit Kochrezepten sowie sonstige Veröffentlichungen sind die angewandten Mittel. Das Sammelgut wurde, soweit es nicht der Sammler und ihre Familien verbrauchten oder die Gemeinschaft es konservierte oder zu Versuchen verwandte, an Volksküchen, Hotels und auch an Lazarette abgesetzt. Das vorliegende Sonderblatt gehört in eine Reihe zwangloser Darstellungen, von denen bereits mehr als 40 erschienen sind. Sie behandeln mit entschieden praktischem Sinn, aber auf wissenschaftlicher Grundlage und mit aller Rücksichtnahme auf die Erhaltung der Flora alle einschlägigen Fragen. Wir machen besonders auf ein von Frau Jaeger ausgearbeitetes Konservierungsverfahren aufmerksam, das an Stelle der Sterilisation durch Kochen die Erhaltung durch die osmotischen Eigenschaften von Zucker oder Salz setzt. Die Aufsätze des Blattes behandeln z. B. das Sammeln von Wildwuchs im Felde und den Drogenhandel Deutschlands im Kriege, mit überraschend großen Zahlen über den Ertrag der Sammeltätigkeit der Schulkinder. Ein Aufsatz über die Erforschung der Pflanzenschätze Deutschlands bringt eine recht eingehende Uebersicht über Forschungsstätten und Literatur aus alter und neuer Zeit und treffliche Bemerkungen über Sammler- und Helferdienst. Ob die in einem anderen Artikel vorgeschlagenen, jetzt in geeigneten Landschaften gewiß lohnende Berufstätigkeit als „Kräutler", d. h. als Sammler und Züchter wilder Arznei-, Wurz- und Nahrungspflanzen, im Frieden sich halten kann, muß sich zeigen. Den Schluß des Blattes bildet der Plan einer Volkshochschule für vaterländische Naturkunde, an der „die naturwissenschaftlich Gebildeten und Naturkundigen der deutschen Hochschulen und Akademien, Freiwillige der Altersgarde und Leute, die draußen waren" als Lehrer in zwanglosen Kursen wirken sollen. Als Lernende sind in erster Linie Kriegsbeschädigte und Erholungsbedürftige aus den Lazaretten von Front und Heimatgebiet, dann aber die Naturfreunde aller Stände und aller Lebensalter gedacht. In allen zugehörigen Veranstaltungen ist das praktische Ziel und die gediegene Grundlage im Auge behalten. Uebungen im Sammeln und im Verwerten des Sammelgutes, Schädlings- und Unkrautbekämpfung, Kochunterricht für Wildgemüse, die Herstellung von Dauererzeugnissen, Bienenzucht, waldwirtschaftlich wichtige Arbeiten, aber auch Kontorarbeit, Zeichnen und Modellieren von Pflanzen, und andere Werkstattübungen, Rohstofflehre und Technologie der Gespinnstfasern stehen auf dem Programm, das sich an das Studienprogramm der Kgl. Technischen Hochschule anlehnt und von Aachener und auswärtigen Lehrkräften durchgeführt werden soll. Als Ziel der Volkshochschule wird die Ausbildung Kriegsbeschädigter zum „Kräutler" im Haupt- oder Nebenberuf, die Ausbildung von Sammelleitern und Vertrauensmännern, weiter die Schaffung der naturkundlichen Unterlage für alle praktischen Berufe angegeben und endlich berufliche Fortbildung von Lehrern und Lehrerinnen höherer Schulen. Für die Vorlesungen und Uebungen wird ein geringes Teilnehmergeld erhoben.

Die Aachener Unternehmungen zeigen, wieviel ein mit Arbeitsfreudigkeit und Vaterlandsliebe gepaarter gesunder Optimismus leisten kann. Möge das dort gegebene Beispiel weiter wirken und vielerorts ähnliche Bestrebungen stärken, denen die „Aachener Schule" stets neidlos gegenüberstehen wird.

*) Die Ernte der wildwachsenden Pflanzenschätze Deutschlands. Denkschrift zur Förderung vaterländischer Naturkunde im praktischen Sammel- und Helferdienst. — Die Haushaltungskunst im Kriege und in der Teuerung. Als biologisch-ökonomisches Jahrbuch in zwanglosen Folgen herausgegeben von der Deutschen Hauswirtschafts-Gesellschaft, Aachen; Schriftleitung Frau Anna Jaeger.

Die Zeit Abendbl 23/VIII. 1918

a 23, 157

Ein Kongreß für Kriegsbeschädigtenfürsorge in Wien.

Vom 16. bis 19. September d. J. wird, wie wir erfahren, in Wien unter dem Protektorat der Kaiserin und des Erzherzogs Karl Stephan ein Kongreß für Kriegsbeschädigtenfürsorge stattfinden. Die Tagung ist gemeinschaftlich veranstaltet von der Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge, der Deutschen orthopädischen Gesellschaft und der Prüfstelle für Ersatzglieder. Dem Ehrenpräsidium gehören die Vertreter der höchsten Behörden des Deutschen Reiches und unserer Monarchie an. Bis jetzt sind folgende Verhandlungsgegenstände in Aussicht genommen:

Die Zukunft unserer Kriegsinvaliden (Berichterstatter Sanitätsrat Dr. Schanz, Dresden); Rückführung Schwerbeschädigter in die Industrie (Berichterstatter Oberingenieur Dr. Beckmann, Berlin); Zur Einstellung der Kriegsbeschädigten in gewerbliche und industrielle Betriebe (Berichterstatter Prof. Dr. Bernhardt); Unterbringung Kriegsbeschädigter in Arbeitsstellen (Berichterstatter Landesrat Dr. Horion, Düsseldorf); Die Berufssonderberatung und Stellenvermittlung industrieller Arbeitsgruppen (Berichterstatter Direktor Ingenieur Schiller, Wien); Die gesetzliche Regelung der Kriegsbeschädigtenfürsorge (Berichterstatter Geheimrat Dr. Koch, Dresden); Kriegsbeschädigtenfürsorge in den Landeskommissionen zur Fürsorge für heimkehrende Krieger (Berichterstatter Magistratssekretär Dr. Büsch, Wien); Kriegsbeschädigtenfürsorge und Sozialhygiene (Berichterstatter Prof. Dr. Kaupp, Wien); Ergebnisse der Schuluntersuchung an den Wiener Schulen in bezug auf die Notwendigkeit der Krüppelfürsorge (Berichterstatter Oberarzt Dr. Widowitz, Wien); Die Versorgung der landwirtschaftlichen Invaliden (Berichterstatter Landesrat Dr. Kastner, Wien); Einführung Kriegsbeschädigter in die Landwirtschaft vom ärztlichen Standpunkt (Berichterstatter Regimentsarzt Dr. Pokorny, Wien); Ueber die Arbeitsfähigkeit intern Kriegsbeschädigter (Berichterstatter Dozent Dr. Schütz, Wien).

An diese Tagung, zu der sich schon zahlreiche illustre Persönlichkeiten aus Aerztekreisen der verbündeten Länder angemeldet haben, schließt sich am 20. September die Tagung der ärztlichen Abteilungen der Waffenbrüderlichen Vereinigung in Budapest an.

Neue Freie Presse 25/VII. 1918.

159

Kredite für von der Front heimkehrende Gewerbetreibende in Ungarn.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Budapest, 24. Juli.

Die Regierung hat sich im letzten Ministerrat mit der Frage beschäftigt, wie den aus dem Kriege heimkehrenden Kleingewerbetreibenden, etwa 50.000 an der Zahl, die Möglichkeit geboten werden könnte, ohne Verzögerung an die Arbeit zu gehen. Handelsminister Baron Szterenyi hat ein Elaborat ausgearbeitet, wonach die heimkehrenden Kleingewerbetreibenden Kredite in der Höhe bis zu zehntausend Kronen, ferner Werkzeuge oder Waren erhalten sollen, um ihre Betriebe wieder aufnehmen zu können. Die Vorarbeiten dieser Hilfsaktion sind bereits sehr vorgeschritten und dürften in allernächster Zeit beendet sein.

Vossische Zeitung · 26/VIII. 1918.

160

Arbeitsbeschaffung für Kriegsbeschädigte.

Ein Vorschlag der Frankfurter Kriegsfürsorge.

Der während des Krieges herrschende Arbeitermangel machte es der Fürsorge verhältnismäßig leicht, Kriegsbeschädigte, gegebenenfalls nach Umschulung für einen neuen Beruf, in Arbeitsplätzen unterzubringen, die ihnen eine möglichst vollkommene Ausnutzung ihrer noch verbliebenen Arbeitskraft gestatteten. Die relative Einfachheit der Arbeitsverrichtungen in der Kriegsindustrie begünstigte dies in hohem Maße. Dennoch ergaben sich auch jetzt schon in einzelnen Bezirken Schwierigkeiten bei der Ueberführung besonders schwerbeschädigter Kriegsteilnehmer in das Erwerbsleben. Bei dem Uebergang zur Friedenswirtschaft wird das Problem der Arbeitsbeschaffung für Kriegsbeschädigte noch brennender in den Vordergrund treten, um so mehr, als dann die gesunden Arbeitskräfte der heimischen Wirtschaft wieder zur Verfügung stehen werden, während andererseits die Zahl der Schwerkriegsbeschädigten sich noch beträchtlich vermehrt haben wird.

In den Verhandlungen des Reichstages am 22. Juni zum Haushalte des allgemeinen Pensionsfonds, die sich mit wichtigen Fragen der Kriegsbeschädigtenfürsorge eingehend beschäftigten, nahm die der Arbeitsbeschaffung für Kriegsbeschädigte einen breiten Raum ein. Von den Rednern aller Parteien wurde betont, daß es nicht irgendwelche schikanöse Bedeutung hat, wenn darauf hingearbeitet wird, daß der Kriegsbeschädigte den Rest seiner Arbeitskraft im Dienste der nationalen Wirtschaft wieder verwertet, sondern daß es im Interesse unseres Wirtschaftslebens ebenso wie in dem der Kriegsbeschädigten selbst liegt, wenn ihre Arbeitskraft nutzbar gemacht und ihnen die Möglichkeit zu erwerbender Tätigkeit eröffnet wird — eine Erkenntnis, die wohl auch Gemeingut der Beschädigten selbst geworden ist.

Was nun den Kern des Problems, die Arbeitsbeschaffung selbst anlangt, so gingen hier die Meinungen noch auseinander. Während auf der einen Seite ein gesetzlicher Einstellungszwang für die Unternehmer, zum mindestens für Schwerkriegsbeschädigte gefordert wird, glaubt man auf der anderen Seite ohne eine derartige Maßnahme auszukommen in der Erwartung, daß das Unternehmertum eingedenk der sittlichen Verpflichtung hierzu freiwillig Kriegsbeschädigte in genügendem Maße einstellen werde. Der Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge, der sich mit dieser Frage schon länger eingehend beschäftigt hat, ist zu dem Beschluß gekommen, gesetzliche Zwangsmaßnahmen vorerst nicht zu verlangen, in der sicheren Erwartung eines genügenden Ergebnisses der freiwilligen Einstellung. Sollte die Freiwilligkeit versagen, so wird man auch dort ein Gesetz verlangen, das die Unternehmer verpflichtet, einen bestimmten Prozentsatz der vorhandenen Arbeitsplätze mit Kriegsbeschädigten zu besetzen. Auch die Arbeitnehmer- und Angestelltenorganisationen haben sich einmütig für einen gesetzlichen Einstellungszwang ausgesprochen.

Wenn sich demnach eine starke Strömung für Zwangsmaßnahmen einsetzt, so darf doch nicht übersehen werden, daß sich der Durchführung eines solchen Zwanges doch auch recht erhebliche Schwierigkeiten in den Weg stellen, auf die in den Reichstagsverhandlungen zum Teil hingewiesen wurde. Auch eine prozentuale Verteilung der Beschädigten auf die einzelnen Betriebe nach Maßgabe ihrer vorher fachmännisch festzulegenden Aufnahmefähigkeit dürfte immer Härten ergeben, ganz abgesehen davon, daß ein erzwungenes Arbeitsverhältnis durchaus keine Annehmlichkeit für beide Teile darstellt. Auch die Frage der Abgrenzung des gesetzlichen Schutzes dürfte nicht ganz einfach zu lösen sein. Hier scheint eine Beschränkung des Einstellungszwanges auf Schwerbeschädigte, also Leute, die über 50 oder 60 v. H. erwerbsbeschränkt sind, die größere Mehrzahl der bisher vorliegenden gutachtlichen Aeußerungen der für Zwangsmaßnahmen eintretenden Richtung auf sich zu vereinigen.

Demgegenüber scheint ein Modus praktisch bedeutsamer und, da er den geschilderten Schwierigkeiten aus dem Wege geht, eher gangbar, den der Landesausschuß für die Kriegsbeschädigtenfürsorge im Bezirk Wiesbaden vorschlägt. Er fordert ein Gesetz, das die Arbeitgeber verpflichtet, alle für die Besetzung mit Schwerbeschädigten geeigneten Posten der Fürsorge zu melden und ihr zum Nachweis eines geeigneten schwerbeschädigten Bewerbers innerhalb eines bestimmten Zeitraumes, etwa der gesetzlichen Kündigungsfrist, offen zu halten. Erst wenn die Fürsorge nicht in der Lage wäre, einen geeigneten Bewerber zu ermitteln, darf der Arbeitsplatz mit einer gesunden Kraft besetzt werden. Die Feststellung und eventuelle Neuschaffung geeigneter Plätze hätte durch die Unternehmer selbst, und wo die Freiwilligkeit versagen sollte, durch Fachleute aus den einzelnen Gewerben unter Mitwirkung der staatlichen Gewerbeaufsichtsbeamten zu geschehen. Streitfälle könnten durch Schiedskommissionen geschlichtet werden.

Auch dieser Modus sieht einen gesetzlichen Zwang vor, aber einen Zwang, der für alle Beteiligten, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, nicht von den unangenehmen Nebenwirkungen begleitet ist, die der andere Weg haben würde. Der Arbeitnehmer wird nie das Gefühl haben können, nur durch Zwang auf seine Stelle verpflanzt und dort nur geduldet zu sein. Auch für den Arbeitgeber bedeutet das Gesetz nur einen Zwang, sich mit der Fürsorge zur Nachweisung eines geeigneten Bewerbers ins Benehmen zu setzen. Dieses Verfahren hätte vor anderen außerdem voraus, daß die Fürsorge ihre auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises in langer Kriegsarbeit gesammelten praktischen Erfahrungen auch bei dieser so wichtigen Aufgabe verwerten könnte.

Tägliche Rundschau 31./VIII. 1918 163

* Die wirtschaftliche Ertüchtigung der Kriegsblinden. Ueber die Beschäftigung von Kriegsblinden in den Siemens-Schuckert-Werken konnte Ingenieur Perle in einem Lichtbildervortrag auf dem letzten Kriegsärztlichen Abend im Kaiserin-Friedrich-Hause günstige Mitteilungen machen. Jetzt, nachdem man einen Ueberblick über die Entwicklung hat, läßt sich erfreulicherweise feststellen, daß man auf beiden Seiten recht befriedigt ist. Die verheirateten Kriegsblinden wohnen in Siemensstadt, die unverheirateten in besonderen Heimen. Mit sechs Stunden Arbeitszeit wurde in der Regel begonnen; später konnte sie ohne jeden Nachteil bis auf 8½ Stunden erhöht werden. Die Leute ziehen meist Maschinenarbeit der Handarbeit vor, weil sie ihnen mehr Kontrolle über den Fortgang der Arbeit gibt. Kleinliche, zierliche Vorrichtungen lieben sie in der Regel nicht. Die Maschinen sind, wo nötig, für sie mit sinnreichen Schutzvorrichtungen versehen. Die Blinden lernen dann bald, sie recht gewandt zu bedienen. Möglichst wird für sie eine Beschäftigung ausgesucht, die ihrem Beruf sich nähert.

Schöne Erfolge haben Blinde sogar an der Drehbank erreicht. Es gibt Blinde, die es dahin gebracht haben, zwei Maschinen gleichzeitig zu bedienen. Geldlich stehen sich diese ganz besonders gut. Ueberhaupt konnte berichtet werden, daß die Blinden auch im Verdienst rasch vorankommen, was ihnen natürlich das eigene Vertrauen in sich stärkt. Solches Vertrauen für die Zukunft ist natürlich notwendig. Hat es sich bei der Arbeit erst wieder eingestellt, so kann man beobachten, daß dann oft auch die nervösen Erschütterungen, die Kopfschmerzen usw. wieder verschwinden. Die lehrreichen Erfahrungen, die man mit den Kriegsblinden in den Siemens-Schuckert-Werken gemacht hat, werden manchen guten Fingerzeig für ihre künftige Beschäftigung geben. Unseren Kriegsblinden geeignete dauernde Stellungen zu verschaffen, ist — so schloß der Redner unter Beifall — eine Ehrenpflicht der Industrie!

Fremdenblatt
15./VIII. 1918

164

* (Ein Besuch in den Invalidenschulen.) An der Peripherie Wiens steht eine kleine Barackenstadt. In ihr gibt es werktätige Menschen, die abseits dieses großen Krieges stehen müssen, die den Krieg schon hinter sich haben und im Stillen ein neues, für sie neuartiges Leben begonnen haben. Das Wichtigste an diesem neuen Leben ist die Freude am Schaffen, die Lust zur Arbeit, wenn sie auch jede Minute zwingt, an Stunden des Entsetzens zu denken. Viele Hunderte und Aberhunderte sind durch diese Stadt der Erziehung zur Arbeit, durch diese Werkstätten gezogen, die den ersten Wiederaufbau nach dem Kriege darstellen. Die Invalidenschulen in der Schleiergasse, die dem Reservespital Nr. 11 unterstehen, sind zweifellos ein großes und wichtiges Werk für alle jene, die im Kampfe fürs Vaterland zu Krüppel geworden sind. Es gibt hier eine rein administrative, eine ärztliche und eine technische Leitung. Die administrative Leitung besorgt den Verkehr mit der Außenwelt, die ärztliche läßt den Invaliden während ihrer Tätigkeit noch regelmäßige Behandlung zukommen, die sich hauptsächlich auf gymnastische Uebungen zur Pflege der Gelenkigkeit der Glieder bezieht. Die technische Leitung besorgt den Unterricht und die Ueberwachung der unzähligen Werkstätten, die in den Baracken fein säuberlich untergebracht sind. Wir finden hier Arbeitsstätten der primitivsten Handwerkskunst, wie Korbflechterei, bis zur Feinmechanik und Kunststätte. Die meisten Invaliden haben ein ihrem früheren Berufe entsprechendes oder verwandtes Handwerk ergriffen, haben in den Vorschulen — vor allem in der von Professor Dr. v. Sorg geleiteten Einarmigenschule — die notwendige Fertigkeit sich angeeignet, um trotz ihrer Beschädigung Arbeit zu verrichten. Da werden allerlei Wunder von Geschicklichkeit vor Augen geführt, wie der eiserne Wille und die Not die Menschen fast ohne Hände schreiben und ohne Finger künstlerisch Zeichnen gelehrt hat, wie die Tischler mittelst künstlerisch verfertigter Werkzeuge trotz Einarmigkeit hobeln und drechseln können, wie Einarmige Schreibmaschine schreiben u. s. f. Wir gehen von einer Werkstätte zur anderen, sehen überall unsere stillen, braven Helden bei der Arbeit, die sie ihr Leid oft vergessen machen und die ihnen die Möglichkeit geben, sich für ihren Frieden, für ihren Zivilberuf vorzubereiten. Da hört man keine Klagen mehr, kein unwilliges Wort, man arbeitet eben und findet Lust an dieser Arbeit für den Frieden, an diesem Wiederaufbau wahrhaft menschlichen Geistes... Es finden in diesen Schulen aber auch jene Gelegenheit zum Lernen und Fortbilden, die auf Grund ihrer Vorbildung sich mehr den intellektuellen Berufen widmen wollen. Es werden neben Kursen für den Post- und Telegraphendienst, aus dem schon viele Invalide in den Staatsdienst getreten sind, Bürgerschulkurse, Kurse für das Bank- und Versicherungswesen; ferner für den Dienst in Handelsbetrieben, Stenographie-, Schreibmaschin-, deutsche Vorbereitungs- und Fortbildungs-, Musikkurse abgehalten, die alle zahlreich besucht sind und deren Absolventen sehr bald Anstellung in Zivilunternehmungen finden. Ein spezieller Kurs wird für Landbriefträger und Rechnungsunteroffiziere abgehalten. In einiger Zeit wird auch allerhand Sprachunterricht erteilt werden. Eine Abteilung für sich ist die Kunstabteilung. Nennenswerte Künstler leiten diese Abteilung, und man glaubt sich in einem Atelier einer großen Künstlerschule zu befinden, wenn man in diese — Baracke eingetreten ist. Aber auch hier wird nur Wiederaufbauarbeit geleistet. Invaliden sind es auch hier, die auf Grund ihrer Befähigung und Anlage von wahrhaften Künstlern unterwiesen werden im Größten und Erhabensten, was Menschengeist hervorbringt. Und so mancher wird hier zum beachtenswerten Künstler, der es nie geworden wäre, wenn ihn nicht ein grausames Schicksal dazu verurteilt hätte. So sitzt dort ein gewesener Zuschneider, ein Handverletzter, der jetzt die wunderschönsten Tapetenmuster zeichnet und seines Lehrers Anerkennung findet... Wir sind am Ende. Aber nicht am Ende der Schilderung der Tätige, die hier, bei den vom Kriege so arg betroffenen Menschen, geleistet und geschaffen werden. Der Krieg geht weiter, die Kanonen donnern noch immer und — leider wird auch immer wieder für Zuschub von Schülern für diese Invalidenschulen gesorgt. Es ist ein großes und unvergeßliches Verdienst dieser kleinen Stadt der Unglücklichen, daß sie so hell und freundlich, daß den Menschen ihre Arbeit am Wiederaufbau kein Greuel, sondern eine Freude ist. Die Begründer und Leiter dieser Schulen haben sich unvergänglichen Ruhm geschaffen, der ihnen Dank und Genugtuung sein wird. b. r.

Neue Freie Presse Abendblatt
22./VIII. 1918
165

[Sechster österreichischer Blindenfürsorgetag in Wien.] Diese Tagung wird am 30. September und 1. Oktober d. J. im Landtagssitzungssaale (Landhaus, 1. Bezirk, Herrengasse 13), stattfinden. Sie wurde ursprünglich für das Jahr 1917 in Salzburg anberaumt und mußte der ungünstigen Verhältnisse wegen verschoben werden. Verschiedene Erscheinungen aber, insbesondere neue, durch die Zeitereignisse wie durch die Kriegsblindenfürsorge hervorgerufene Probleme und Fragen, die der Lösung harren, die weitverzweigten Aktionen, deren Zentralisierung notwendig erscheint, und die Durchführung der aus den Bestrebungen der allgemeinen und Kriegsblindenfürsorge resultierenden Aufgaben machten die Einberufung des sechsten Blindenfürsorgetages notwendig. Der als Ortsausschuß fungierende Gesamtvorstand des Zentralvereines für das österreichische Blindenwesen, dessen Präsident der Direktor der Landesblindenanstalt in Purkersdorf Karl Bürklen ist, hat folgende Vorträge für die beiden Verhandlungstage ausgewählt: S. Altmann: „Die Reformation der Blindenfürsorge"; Direktor K. Bürklen: „Stand und Weiterentwicklung der Blindenfürsorge"; G. Halarevici: „Blindenberufe und Kriegsblinde"; Direktor S. Heller: „Die Aufgaben der Kriegsblindenfürsorge"; A. v. Horvath: „Einwirkung der Kriegsblindenfürsorge auf die allgemeine Blindenfürsorge"; O. Wanecek: „Neuheiten auf dem Gebiete der Blindenfürsorge."

Ostdeutsche – Rundschau

11./IX. 1918

0
11
166

Der Weg der Kriegerheimstätten.

Es erübrigt sich, hier noch einmal alle Gründe anzuführen, die zwingend verlangen, daß die Heimstätten bodenreformerisch ausgestaltet werden. Kein Minister, kein Bürgermeister, kein Pfarrer könnte, ja dürfte Staats-, Gemeinde- oder Kirchenland billig zur Verfügung stellen, wenn der Heimstätter dieses billige Land morgen oder in zwei Jahren mit einem Privatgewinn den Agenten der Terrainspekulanten ausliefern könnte. Auch ein Ausbau des Enteignungsrechtes, eine Gewährung billigen Kredites wäre in gleicher Weise innerlich ungerechtfertigt, wenn alle diese Opfer der Gesamtheit auf Privatbereicherung einzelner hinauslaufen würden. Die Heimstätten können ihren tiefsten Zweck — neben dem Dank für die Krieger auch die tiefste Kraftquelle für unseres Volkes Zukunft zu sein — nur erreichen, wenn sie dauernd geschützt bleiben von der mammonistischen Weise, die nach diesem Kriege stärker denn je über unser Land dahinfluten wird.

Da ergreift zur rechten Zeit ein Berufener das Wort, es ist der Historiker der Berliner Universität, Geheimrat Professor Eduard Meyer, in einer Schrift „Die Heimstättenfrage im Lichte der Geschichte". (56 S. Preis 1 Mk. 50 Pf. Berlin, Verlag Bodenreform.) An dieser Stelle möchten wir aus dem Schlußkapitel die Ergebnisse festhalten, zu denen der gefeierte Gelehrte auf Grund seiner Untersuchungen kommt.

„Die antike Kultur ist an sich selbst zugrunde gegangen. Sie war unfähig, eine Gestaltung des Wirtschaftslebens zu schaffen, welche die dauernde Erhaltung lebenskräftiger Nationen und damit ihren Fortbestand sicherte. Der tiefste Grund war, daß es ihr nicht gelang, ein Bodenrecht zu schaffen, das den Menschen zur Erde in ein gesundes Verhältnis brachte und in ihm erhielt.

Diese moderne Entwicklung steht jetzt im Weltkrieg in der entscheidenden Krisis. Unsere Feinde, Frankreich und Italien, England, Amerika sind rettungslos den zersetzenden Wirkungen des hier bereits zum Mammonismus entwickelten Kapitalismus anheimgefallen, dieser hat dort auch die Grundlage aller nationalen Existenz, den Grund und Boden, unter seine Herrschaft gebracht. An unser Volk aber ist die Frage gestellt, ob es die Volkskraft, die es trotz des Einbruches, der auch bei ihm schon dem Kapitalismus gelungen ist, im Kriege so über alles Verstehen hinaus gewaltig bewährt, sich auch die Zukunft bewahren und damit den Fortbestand der Nation und zugleich ihrer Kultur auch den kommenden Geschlechtern sichern wird.

Von entscheidender Bedeutung für diese Schicksalsfrage ist die zukünftige Gestaltung des Bodenrechtes. Das Beispiel Roms zeigt uns, daß alle Reformversuche nichts nützen, sondern das Uebel nur schlimmer machen, wenn sie nicht mit starker Hand folgerichtig durchgeführt werden. Auch unserem Volk droht dieses Schicksal.

Die Heimstättenbewegung hat so weiten Widerhall in allen Schichten unseres Volkes gefunden, daß auch die Vertreter der mammonistischen Interessen „klug" erklären, an sich gar nicht abgeneigt zu sein, darauf einzugehen. Aber sie kann zu gar nichts führen und nur das Gegenteil des Erstrebten erreichen, wenn der als Heimstätte zugewiesene Boden nicht zugleich unter ein Recht gestellt wird, das ihn dem Schuldkapital und der Spekulation dauernd entzieht.

Dagegen aber sträubt sich der Mammonismus mit Händen und Füßen; und, wie gewöhnlich, hat er dafür eine schönklingende Phrase bereit: es würde dadurch ein minderes Recht geschaffen. Subjektiv mag, wer das behauptet, es auch glauben, aber in Wirklichkeit ist es eine Unwahrheit, die den Tatsachen ins Gesicht schlägt.

Der dauernden Entziehung des Großgrundbesitzes aus dem Verkehr und der Aufhebung des vollen Eigentumsrechtes des zeitweisen Besitzers durch die Gründung von Fideikommissen steht vielleicht der Kapitalismus an sich, aber keineswegs der einzelne Kapitalist ablehnend gegenüber; denn für ihn selbst ist es das höchst erreichbare Ziel seines Strebens, auf diesem Wege seine und seiner Nachkommen Stellung zu heben und dauernd zu sichern. Aber von einer gleichartigen Sicherung des kleinen Heimstätters will er nichts wissen. Gelingt es ihm, diese zu Fall zu bringen, so hat er gewonnenes Spiel. Alsdann bringt ihm die Heimstättenbewegung nur Profit: sie steigert den Wert aller, auch seiner Grundstücke, und wo durch öffentliche Hilfe billiger Boden an Heimstätter ausgegeben wird, kann er ihn unter Ausnützung sowohl der menschlichen Begehrlichkeit wie der mit der ersten Einrichtung unvermeidlich verbundenen Beschwerden und Mißerfolge aufs neue zu einträglicher Spekulation verwenden. Die halbe Bodenreform endet dann aber genau in derselben Weise, wie die Reformen der Gracchen und die Landanweisungen Cäsars. Ohne die volle Durchführung der bodenreformerischen Bindung bleibt in wenigen Jahren keine Spur mehr von ihr übrig.

Unser Volk darf nur dann vertrauend einer verheißungsvollen Zukunft entgegensehen, wenn sein Vaterland wieder wird, was es ursprünglich war und immer bleiben muß: nicht eine Ware, sondern ein jetzt durch die Opfer des Krieges doppelt geheiligtes Erbteil der Gesamtheit, dessen Teile nur in Rechtsformen vergeben werden dürfen, die jeder deutschen Familie die Grundlage eines gesunden Lebens und seiner Erhaltung gewährleisten!"

Fremdenblatt 16./IX.1918

167

* (Kriegsinvalide Offiziere und Mannschaften als Lehrer für Bosnien und die Herzegowina.) Die Landesregierung für Bosnien und die Herzegowina eröffnet in Sarajevo einen Lehrerbildungskurs für kriegsinvalide Offiziere und Mannschaftspersonen zur Heranbildung von Volksschullehrern für Bosnien und die Herzegowina. Der Kurs dauert zwölf Monate, kann aber nach Bedarf auf weitere sechs Monate ausgedehnt werden. Zum Besuche des Kurses werden nur solche Kriegsinvalide zugelassen, die von einer Fachkommission als körperlich und geistig für den Lehrberuf geeignet befunden werden. Außer dieser Eignung ist gefordert: Absolvierung von mindestens vier Klassen einer Mittelschule, höheren Volks- (Handels-) oder Bürgerschule, bosnisch-herzegowinische Landesangehörigkeit oder österreichische, beziehungsweise ungarische Staatsbürgerschaft, Alter zwischen 19 und 38 Jahren, völlige Beherrschung der serbokroatischen oder der slowenischen Sprache. Ueber die Aufnahme der Bewerber entscheidet die Landesregierung für Bosnien und die Herzegowina. Kriegsbeschädigte Offiziere, Offiziersaspiranten und Mannschaftspersonen haben ihre Gesuche unverzüglich im Wege ihrer vorgesetzten Ersatzkörper, Kommandos, Behörden, Anstalten usw., welche zu bestätigen haben, daß der Bewerber tatsächlich kriegsbeschädigt ist, direkt dem Militärkommando in Sarajevo einzusenden.

Der k. k. Verein „Die Technik für die Kriegsinvaliden.

(Zum heute beginnenden Kongreß für Kriegsbeschädigtenfürsorge.)

Es war eine Anerkennung von sehr maßgebender Stelle und vor einem sehr maßgebenden Forum, die der Aktion des Geheimen Rates Dr. Wilhelm Exner vor kurzem im Herrenhause in einer Rede des neuen Ministers für Volksgesundheit zuteil wurde. Der Minister sagte: Ich muß diese großzügige, vorbildlich gewordene Aktion, die als eine ausschließlich österreichische, ganz originelle Schöpfung auf dem Gebiete der Invalidenbehandlung schon bei Kriegsbeginn einsetzte und deren Schöpfer verständnisvoll die Notwendigkeit inniger und einträchtiger Arbeit der Fachmänner aller in Betracht kommenden Gebiete erkannt hat, als ein kennzeichnendes Beispiel von Gemeinschaftsarbeit und als ein schönes Vorbild erfolgreicher gemeinsamer Leistung der verschiedensten zu allen möglichen Ressorts gehörenden Fachmänner besonders hervorheben. Die gemeinsame komplizierte Arbeit der bei der Invalidenbehandlung mitwirkenden Fachleute, der Aerzte, Techniker, Gewerbetreibenden, ferner verschiedener Fachlehrer, Landwirte u. a. geht reibungslos und ohne Kompetenzschwierigkeiten vor sich; die mitwirkenden Organe fördern einander, denn der Erfolg des einen bedingt auch den Erfolg des anderen. Die erzielten glänzenden Resultate sind so zweifellos nur der Unmittelbarkeit fachlicher Mitarbeit zu danken, die durch bureaukratischen Geschäftsgang nicht behindert wird. Ein schöner und fruchtbarer Gedanke dieser Aktion ist es aber auch, daß die Technik, dieselbe Technik, welche die Verderben bringenden Waffen und andere Einrichtungen für die Kriegführung in immer größerer Vollendung zu schaffen hat, nun auch angerufen wird, den gleichen bedeutungsvollen Anteil zu nehmen an der Gutmachung der vom Kriege verursachten Schäden. Die verwundeten und zu Krüppeln gewordenen Krieger sollen mit ihrer Hilfe durch die besten und technisch möglichst vollkommenen Hilfsmittel, also vornehmlich durch künstliche Ersatzglieder, in den Stand gesetzt werden, auch in Zukunft eine zweckmäßige, nützliche und ihnen Befriedigung schaffende bürgerliche Tätigkeit entfalten zu können.

In dem soeben erschienenen 11. Hefte der „Mitteilungen" des k. k. Vereines „Die Technik für die Kriegsinvaliden" finden sich neben sehr wertvollen wissenschaftlichen Abhandlungen hervorragender Autoren eingehende Berichte über seine Arbeiten auf dem Gebiete des Prothesenbaues und über seine wirtschaftliche Gebarung.

Die vom Verein begründeten Institutionen, und zwar die „Prüfstelle für Prothesen und Apparate" in seinem eigenen Heim, 9. Bezirk, Borschkegasse 10, und die „Versuchs- und Lehrwerkstätte für Prothesen und Bandagen" im Gebäude der Wiener gewerblichen Fortbildungsschule, 6. Bezirk, Mollardgasse 87, teilen sich in die fachtechnischen Arbeiten auf dem Gebiete des Ersatzgliederbaues. Dabei obliegen der Prüfstelle die technisch-wissenschaftlichen und allgemein vorbereitenden Arbeiten, während der Versuchs- und Lehrwerkstätte der Hauptteil der individuellen Versorgung der Patienten, im besonderen jener des Vereinsreservespitales Nr. VI vom Roten Kreuz zufällt. Die Prüfstelle verfolgt demnach die Aufgabe, die theoretischen und konstruktiven Unterlagen für den Prothesenbau zu schaffen, praktische Erprobungen durchzuführen und auf Grund der so gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen richtunggebend auf die Entwicklung des Ersatzgliederbaues einzuwirken. Endlich gründete der Verein auch eine besondere Abteilung „Technische Behelfe für Blinde" und errichtete die Blindenbuch- und -Notenschablonieranstalt, 14. Bezirk, Ullmannstraße 2.

Es sind bis jetzt durch die große Sammlung der „Neuen Freien Presse" mehr als eineinviertel Millionen Kronen an freiwilligen Spenden für die Aktion des Geheimen Rates Dr. Wilhelm Exner eingeflossen. Sie dienen zur Dotierung der angeführten Unternehmungen des Vereines und als Reserve für die ihm in Zukunft erwachsenden Aufgabenkreise.

Einen neuen erfolgversprechenden Schritt in der vom Verein inaugurierten Gemeinschaftsarbeit stellt nun der heute beginnende Kongreß für Kriegsbeschädigtenfürsorge dar, der in Wien in den Tagen des 16. bis 19. September d. J. abgehalten werden wird. Zu seiner Veranstaltung haben sich mit dem k. k. Verein „Die Technik für die Kriegsinvaliden" noch zwei große deutsche Organisationen, nämlich die „Deutsche Vereinigung für Krüppelfürsorge" und die „Deutsche orthopädische Gesellschaft" vereinigt. Der Vizepräsident des k. k. Vereines „Die Technik für die Kriegsinvaliden" Oberstabsarzt Professor Dr. Hans Spitzy hat die Organisation des Kongresses in sehr dankenswerter Weise durchgeführt und konnte als Präsident desselben neben den Vorsitzenden der drei großen Körperschaften in der heute im Abgeordnetenhause stattgefundenen Eröffnungssitzung zahlreiche, insbesondere auch aus dem verbündeten Deutschen Reiche kommende Kongreßteilnehmer begrüßen. Eine reiche Tagesordnung harrt der Fachleute, die sich auf dem Wiener Boden zu ernsten Beratungen vereinigen, denn es gilt, große und nützliche Arbeit zu leisten zum Wohle unserer kriegsverletzten Mitbürger und damit auch zum Wohle von Staat und Gesellschaft.

X.

Neue Freie Presse
16. IX. 1918
268/268

Neue Freie Presse
16./IX. 1918

169

Kongreß der Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Der Begrüßungsabend.

Gestern abend fand unter sehr lebhafter Beteiligung der Wiener und reichsdeutschen Aerzte, zahlreicher Techniker und Offiziere, die an dem großen Werke der Kriegsbeschädigtenfürsorge mitarbeiten, die Begrüßung der Gäste und ihrer Damen im Kursalon des Stadtparks statt.

Präsident des Kongresses ist Oberstabsarzt Professor Spitzy, der Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge Geheimer Obermedizinalrat Dieterich, als Sekretär fungiert Professor Biesalski aus Berlin; der Präsident der Vereines „Die Technik für die Kriegsinvaliden" ist Dr. Wilhelm Exner, erster Vizepräsident Hofrat v. Boschan, zweiter Vizepräsident Professor Föderl. Dem Arbeitsausschusse des Kongresses gehören an: Sektionschef v. Gayteiger, Sektionschef Professor Dr. Kaup, Hofrat v. Helly, Oberstadtphysikus Dr. Böhm, Geheimer Rat Riedl, Landesschulinspektor Dr. Becker, Professor Bernhardt, Magistratssekretär Dr. Büsch, Dr. Adolf Deutsch, Oberkommissär Drbal, Ingenieur Ehrenfest-Egger, Oberst Ellinger, Hauptmann Ingenieur Feldscharek, Sektionsrat Dr. Foramiti, Oberinspektionsrat Gerenyi, Direktor Juritsch, Landesrat Dr. Kastner, Direktor Adolf Knofel, Magistratssekretär Dr. Liebl, Feldkurat Liszka, Ingenieur Maschek, Ingenieur Richter, Hauptmann Seliger, Direktor Treffer, O.-L. Weber, Dr. Weissenstein, Sektionschef Witting und die Aerzte Doktoren Oberarzt Bindermann, Regimentsarzt Boxer, Dozent Blum, Dozent Bum, Elias, Regimentsarzt Engelmann, Regimentsarzt Erlacher, Robert Grünbaum, Oberarzt Hartwich, Haß, Regimentsarzt Haudek, Oberarzt Hecht, Regimentsarzt Hoffmann, Primarius Kienast, Chefredakteur Kronfeld, Jens Overgaard, Regimentsarzt Pokorny, Regimentsarzt Schwerdtner, Semeleder, Oberarzt Seidler, Stabsarzt Stocklöw, Regimentsarzt Stracker, Thenen, Oberarzt Widowitz.

Dem Damenkomitee gehören an die Gattin des deutschen Botschafters Gräfin Wedel, Frau Professor Spitzy, Frau Generaldirektor Heller, Frau Generalstabsarzt Drastich, Frau Hofrat v. Boschan, Frau Sektionschef Kaup, Frau Dr. Widowitz.

Bei den Klängen der auch in Deutschland und in der Türkei wohlbekannten Propagandakapelle der Deutschmeister blieb gestern abend die Festgesellschaft in anregender Unterhaltung beisammen. Leider zwang unsere Straßenbahnmisere die Damen und Herren zu vorzeitigem Abschiednehmen.

Neue Freie Presse
17./IX. 1918

170

Der Kongreß für Kriegsbeschädigtenfürsorge in Wien.

Wien, 16. September.

In der heutigen Eröffnungssitzung des Kongresses für Kriegsbeschädigtenfürsorge nahm nach den Reden des Präsidenten Professors Spitzy und des Kriegsministers Freiherrn v. Stöger-Steiner Ministerpräsident Baron Hussarek Gelegenheit, die Kongreßmitglieder namens der österreichischen Regierung zu begrüßen. Mit materieller Fürsorge für die Kriegsbeschädigten sei nicht alles getan, führte Freiherr v. Hussarek aus. Es handle sich vielmehr um deren vollständige bürgerliche Aufrichtung. Die neuen Militärversorgungsgebühren mit den Zusatzrenten bilden erst die Grundlagen, auf denen die gesellschaftliche und gesundheitliche Fürsorge weiterbauen soll. Der bisherige Verwaltungsapparat vermochte nicht zu genügen, zwei neue Ministerien seien während des Krieges geschaffen worden. Aber trotzdem könne der Mitwirkung jener Kräfte nicht entraten werden, welche die Gesellschaft in den Dienst der gemeinsamen Aufgabe stellt. Hier bieten insbesondere auch die verschiedenen Fonds, vor allem der Kaiser Karl-Fonds und der Kriegsblindenfonds, wertvolle Unterstützung. Durchaus praktische Arbeit ist zu leisten. Aber auch ein großes Werk der Tat kann nicht erfolgreich ins Leben treten, wenn es nicht aus dem Geiste geboren, wenn es nicht zuerst als ein großes Werk der Gedanken geschaffen ist. Das gelte auch von der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten, diesem sozialen, wirtschaftlichen und technischen Riesenwerk. Das Zusammentreten erleuchteter sachkundiger Personen aber, in dem Gedanken ausgetauscht werden und sich neue Gedanken auslösen, ist die rechte Stätte, um ein solches Geisteswerk weiterzubringen. Der Ministerpräsident begrüßte insbesondere dankbar die bundesbrüderliche Hilfe, die Deutschland uns, wie auf so vielen anderen Gebieten, so auch auf diesem, gewähren wolle, und pries die werbende Kraft des Kongresses, welcher der guten Sache gewiß verständnisvolle rührige Freunde und verläßliche Mitarbeiter gewinnen werde. (Lebhafter Beifall.)

Im Namen der „Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge" sprach Geheimer Obermedizinalrat Professor Dietrich aus Berlin, der die Entwicklung der Kriegsverletztenfürsorge in Deutschland und Oesterreich skizzierte und hervorhob, daß die Reichsdeutschen in unserer Stadt die jahrhunderte alte Kultur eines großen und mächtigen Reiches finden, das mit Deutschlands Vergangenheit innig verwoben ist. Der Redner rühmte die herrlichen Kriegstaten der österreichisch-ungarischen Armee, die nicht nur ihrem eigenen Vaterlande, sondern auch dem Deutschen Reich die unvergeßlichsten Dienste geleistet habe. (Beifall und Händeklatschen.)

Mit herzlichen Worten betonte Professor Dr. Ludloff aus Frankfurt am Main im Namen der „Deutschen orthopädischen Gesellschaft" die Notwendigkeit des treuen Zusammenstehens der Orthopäden aus Deutschland und der Kameraden aus Oesterreich-Ungarn.

Von besonderer Wirkung war die Rede des Geheimen Rates Herrenhausmitglied Dr. Exner, des hochverdienten Präsidenten des Vereines „Die Technik für die Kriegsinvaliden", der nunmehr das Wort ergriff. „Wir geben wahllos und vorbehaltlos unser Bestes, allen, die uns hören wollen. Es ist dies wohl die Vorbereitung für eine erste internationale Gemeinschaftsarbeit der künftigen Zeit, eine Ergänzung der Genfer Konvention, ausgedehnt auf die Invaliden der industriellen Arbeit und des Verkehrs. Dies auszusprechen, gebietet der Moment, wo aus dem durch Rauch und Giftgase verdüsterten Horizont die Friedenssonne emporsteigt und ihre ersten Strahlen in diesen Saal sendet." (Stürmischer Beifall.)

Vizebürgermeister Hierhammer erklärte in seiner sehr beifällig aufgenommenen Begrüßungsansprache, daß die Gemeinde es schon lange als ernste und heilige Pflicht aufgefaßt habe, für die Verbesserung des Loses unserer Kriegsinvaliden beizutragen. Der Vizebürgermeister verwies auf die Schaffung von Kriegerstätten, mit denen Wien an erster Stelle hervorgetreten sei.

Generalarzt Dr. Schulten, Direktor des Sanitätsdepartements des preußischen Kriegsministeriums, entledigte sich des Auftrags der deutschen Kaiserin, die, wie der Redner sagte, selbst eine Schwerkriegsbeschädigte, wieder in voller Genesung und in voller Kräftigung begriffen sei und ihn kurz vor seiner Abreise beauftragt habe, der Kaiserin Zita und dem Kongreß die herzlichsten Grüße zu übermitteln. (Lebhafter Beifall.)

Weitere herzlich akklamierte Ansprachen hielten der Vorsitzende der „Deutschen Prüfstelle für Ersatzglieder", Senatspräsident Professor Dr. Hartmann und Sektionschef Wirting im Namen der „Gesellschaft für Förderung der Kriegsinvaliden", worauf der Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. Groß den Kongreß, der ja im Sitzungssaale des Abgeordnetenhauses tagte, sozusagen als Hausherr bewillkommte. Der Präsident erklärte es als Aufgabe der Gesetzgebung, gemeinsam mit der Regierung Vorsorge zu treffen, daß die Schuld des Staates an die Kriegsbeschädigten und daß der Dank des Staates an die Kriegsopfer abgestattet werde.

Den Schluß der Eröffnungssitzung bildete ein inhaltsreicher Vortrag des Direktors der orthopädischen Klinik in München, Geheimen Hofrats Professor Dr. Lange, über Friedens-Krüppelfürsorge und Kriegsorthopädie. Der Redner verlangte, daß Orthopädie als Lehr- und Prüfungsfach in den medizinischen Unterricht der Studierenden eingefügt werde.

An das Obersthofmeisteramt der Kaiserin und an die Kabinettskanzlei des Kaisers wurden Huldigungstelegramme abgesendet.

Unter den Teilnehmern an der heutigen Eröffnungssitzung befanden sich außer den im Nachmittagsblatt genannten Persönlichkeiten unter anderen der deutsche Botschafter am Wiener Hof Graf Wedel, Minister des Innern v. Gayer, der Vizepräsident des Obersten Rechnungshofes Geheimer Rat Dr. Paul Schulz, Sektionschef Dr. Haase und Ministerialrat Doktor Lederer vom Ministerium für soziale Fürsorge, Hofrat Dr. Kobler vom gemeinsamen Finanzministerium, Hofrat Professor Franz, Krankenhausdirektor Hofrat Friedinger und zahlreiche andere Persönlichkeiten.

Nachmittags begann die wissenschaftliche Arbeit des Kongresses. Bei der Gemahlin des deutschen Botschafters Gräfin Wedel fand heute ein Tee zu Ehren der Kongreßteilnehmer statt.

Empfang beim Ministerpräsidenten.

Heute abend waren die Kongreßmitglieder mit ihren Damen Gäste des Ministerpräsidenten Freiherrn v. Hussarek und seiner Gemahlin. In dem in vornehmstem Empire gehaltenen Palais in der Herrengasse entwickelte sich ein fesselndes Gesellschaftsbild. Ministerpräsident v. Hussarek empfing die Damen und Herren im ersten Salon; im zweiten Salon hieß die Dame des Hauses jeden Gast freundlich willkommen. Alle Mitglieder des Kabinetts, fast alle Professoren der Wiener medizinischen Fakultät, Diplomaten und hohe Militärs waren erschienen; daneben spielte das Feldgrau der österreichisch-ungarischen und deutschen Uniformen und der schlichte Rock des Gelehrten eine wichtige Rolle. Es gab eine lebhafte Unterhaltung, die zumeist den Kongreß mit seinen wichtigen Fragen betraf, aber hie und da auch leise an die Politik rührte.

Reichspost 17/IX.1918 171

Kongreß für Kriegsbeschädigten-Fürsorge.

Eröffnungstag.

Im Sitzungssaale des Abgeordnetenhauses wurde Montag der erste Kongreß für Kriegsbeschädigten-Fürsorge feierlich eröffnet. Die Tagung ist von Vertretern aller interessierten Körperschaften, Fürsorgestellen und Aemtern Oesterreichs-Ungarns und Deutschlands beschickt.

Der Eröffnung wohnten fast sämtliche Minister, der deutsche Botschafter u. v. a. bei.

Den Vorsitz führt Prof. Dr. Spitzy, der die Tagung mit einer Begrüßungsansprache eröffnete, in der er die hohen Aufgaben der Kriegsbeschädigten-Fürsorge würdigte:

Der Kriegsminister über die staatliche Kriegsfürsorge.

Kriegsminister Frh. v. Stöger-Steiner bezeichnete in seiner folgenden Ansprache die Invalidenfürsorge als die dringendste und vornehmste unter den gewaltigen Aufgaben, vor welche sich der Staat gestellt sieht; um die Schäden und Verheerungen des Krieges zu sanieren, gelte es doch eine Dankesschuld abzutragen jenen Braven gegenüber, welche in treuer Pflichterfüllung für die Verteidigung des Vaterlandes oder sonst in ihrer Gesundheit Schaden gelitten haben. Der Minister fuhr fort:

Es ist selbstverständlich, daß die Heeresverwaltung alle die Invalidenfürsorge betreffenden Aktionen nach Kräften fördert. Er wies auf den über Anordnung des Kaisers gebildeten Kaiser und König Karl-Kriegsfürsorgefonds hin, der heute alle der Invalidenfürsorge sich widmenden Vereine umfaßt und in erster Linie berufen ist, diese schwierige Aufgabe zu lösen. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen stellte es der Minister als eine der ersten und wichtigsten Aufgaben hin, einen Teil der Invaliden nach erfolgter Nachbehandlung und Schulung dem alten, oder gegebenenfalls einem neuen Beruf zuzuführen. Ein anderer Teil soll durch Unterstützungen wie durch Einrichtung einer Werkstätte, Beistellung von Maschinen u. dgl. die Möglichkeit erhalten, sich eine dauernde Existenz zu gründen. Vom Bau von Invalidenhäusern, in welchen die Insassen zur Untätigkeit verdammt waren, wird abgesehen werden. Hand in Hand mit dieser Fürsorgetätigkeit geht die Invalidenheimstättenaktion, welche Invaliden mit mindestens 75% Erwerbsunfähigkeit durch Zuweisung eines kleinen Hauses mit Grundstück oder eines bescheidenen Handels- und Gewerbebetriebes eine dauernde Existenzmöglichkeit sichern soll. Der Kriegsminister gab nun einen kurzen Ueberblick über die Tätigkeit des Kaiser und König Karl-Kriegsfürsorgefonds, der in ungefähr 3000 Fällen mit einem Aufwand von 1½ Millionen Kronen eine Existenz geschaffen hat. Zahlreiche Invalidenheimstätten wurden verteilt und demnächst gelangen noch weitere zur Abgabe. Wo sich Schwierigkeiten einstellten, wurden Wohnungsbeihilfen von ungefähr 400 Kronen jährlich gewährt und bisher hiefür 400.000 Kronen aufgewendet. Auch auf dem Gebiete von Wohlfahrtseinrichtungen wurde manches geleistet. So wird in Hochzirl ein Sanatorium für Lungenkranke mit einem Aufwande von zwei Millionen gebaut. Für Beteilung mit Zivilkleidern und Schuhen wurden bisher 200.000 Kronen verausgabt. Diese Leistungen, so unzureichend sie auch im Verhältnis zur Dankesschuld an die Kriegsbeschädigten sein mögen, bilden immerhin einen mächtigen Eckpfeiler im Riesenbau der Kriegsfürsorge. Der Minister wünschte zum Schlusse, daß die Arbeit des Kongresses eine fruchtbringende sei, damit die edlen Intentionen der hohen Frau, die an der Spitze steht, voll und ganz zur Tat werden, dem Vaterlande und seinen bravsten Söhnen zum Heile. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Ministerpräsident Dr. Max Frh. Hussarek v. Heinlein begrüßte den Kongreß im Namen der österreichischen Regierung und führte aus: Gegenüber der Verheerung, die der Krieg in den Vorräten menschlicher Arbeitskraft angerichtet, erscheint die Wiederherstellung der Kriegsbeschädigten als ein überaus wichtiger Teil des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wiederaufbaues. Große Aufgaben sind der Gesetzgebung und Verwaltung auf diesem Gebiete gesetzt. Die neuen Militärversorgungsgebühren, die Zusatzwerke, an deren Sicherstellung die beiden Staaten der Monarchie gegenwärtig arbeiten, sind erst die Grundlagen, auf denen die gesellschaftliche und gesundheitliche Fürsorge weiterbauen soll. Von der ersten ärztlichen Hilfeleistung bis zur sozialen Gesundung der Kriegsbeschädigten, und zur Erwerbbeschaffung dehnt sich das neue Gebiet sozialpolitischer Arbeit aus, in der Heil- und Nachbehandlung, Berufsberatung und Schulung, einschließlich des reichgegliederten technisch-didaktischen Invalidenunterrichtes und der allfälligen Ausbildung zu neuen Berufen ihren Platz finden. Für die einheitliche und zusammenfassende Behandlung dieser vielen neuen Fürsorgezweige und für das wirksame Ineinandergreifen der einzelnen Maßnahmen konnte der bisherige Verwaltungsapparat nicht genügen. Im Rahmen der obersten Staatsverwaltung wurden während des Krieges zwei neue Ministerien geschaffen, das für soziale Fürsorge und jenes für Volksgesundheit. Ihrem Wirkungskreise nach, insbesondere auch zur Wahrung jener Gesichtspunkte berufen, von denen die Kriegsbeschädigtenfürsorge beherrscht wird, fällt ihnen der organisatorische Teil der Aufgabe zu. Für die Durchführung stehen ihnen die Landesstellen für Invalidenfürsorge zur Seite, die namentlich in ihren Heilausschüssen den engsten Zusammenhang mit der Gesundheitsverwaltung bei den politischen Landesbehörden sichern sowie die jüngst geschaffenen ärztlichen Invalidenämter, die als die Organe der unmittelbaren exklusiven Hilfeleistung bestimmt sind. Sie stehen im ständigen Kontakte mit den Kriegsbeschädigten, ihnen eine wirtschaftliche und bürgerliche Rüstung nicht nur zu verschaffen, sondern auch zu erhalten. Selbstverständlich kann der staatliche Apparat der Mitwirkung der reichen, von Verständnis und Hingebung geleiteten Kräfte nicht entbehren, die die Gesellschaft in den Dienst der gemeinsamen Aufgabe stellt. In diesem Rahmen bieten insbesondere auch die verschiedenen Fonds, die ihre Entstehung dem organisatorischen Talente und der Opferfreudigkeit weiter Kreise verdanken, eine wertvolle Unterstützung, vor allem des Fonds, welcher den Namen unseres erhabenen Herrschers trägt und des Kriegsblindenfonds, welche sich der staatlichen Aktion in dankenswerter Weise angeschlossen und in das große Räderwerk eingefügt haben.

Ich brauche den hochgeehrten Anwesenden nicht erst vor Augen zu führen, welche ungeheure Fülle von Arbeiten hier zu leisten ist, einer Arbeit, die nach unzähligen Dichtungen auf das reichste differenziert mit fast allen Zweigen der Wissenschaft und Technik in reger Wechselwirkung steht. Es ist dies eine durchaus praktische Arbeit. Aber auch ein großes Werk der Tat kann recht erfolgreich ins Leben treten, wenn es nicht zuerst als ein großes Werk der Gedanken geschaffen ist. Eine unselige Verwirrung der Gedanken hat die Menschheit in die Leiden dieses Krieges hineingeführt — nur eine Klärung der Gedanken kann sie wieder herausleiten und ihr helfen, über die unsäglichen Verwüstungen, die wir zum Teile schon deutlich vor uns sehen, zum Teile nur schaudernd ahnen hinwegzukommen. Auch die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten, dieses soziale, wirtschaftliche und technische Riesenwerk, kann sich nur dann zu neuem belebenden Organismus entfalten, wenn es aus der unerschöpflichen ideellen Welt den göttlichen Funken der Beseelung empfängt. Das Zusammenwirken erlauchter, fachkundiger Personen aber, in dem Gedanken ausgetauscht werden und sich neue Gedanken auslösen, ist die rechte Seele, um solches Geisteswerk weiter zu bringen. Der Ministerpräsident wünscht der Tagung vollen Erfolg im Interesse der großen Sache, der wir alle nach unseren besten Können dienen wollen. (Langanhaltender Beifall.)

Der Vertreter der Gemeinde Wien.

In Vertretung des erkrankten Bürgermeisters Dr. Weiskirchner begrüßte Vizebürgermeister Hierhammer den Kongreß namens der Stadt Wien, die den Persönlichkeiten, die sich mit der Frage der Kriegsbeschädigtenfürsorge befassen, großen Dank schulde. Den Kriegern zu helfen, die im Kampfe für Kaiser und Vaterland ihre Gesundheit oder ihre geraden Glieder eingebüßt haben, ist selbstverständliche eiserne Pflicht. Redner schilderte in großen Zügen die Vorkehrungen der Stadt Wien auf dem Gebiete der Kriegsbeschädigtenfürsorge und dankte der Wissenschaft für die Unterstützung in diesem menschenwürdigen Streben (Beifall.)

Es sprachen sodann die Vorsitzenden der den Kongreß veranstaltenden Korporationen. Geh. Obermedizinalrat Professor Dr. Dietrich (Berlin), Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge, dankte für die der Tätigkeit seiner Körperschaft gewidmete Anerkennung; mögen aus dem Kongresse fruchtbringende Anregungen hervorgehen! Er würdigte in warmen Worten die österreichische Bundestreue in diesem Kriege. Der Vorsitzende der deutschen orthopädischen Gesellschaft Professor Dr. Ludloff (Frankfurt a. M.) betonte den freundschaftlichen Wetteifer in den zu pflegenden Verhandlungen.

Namens des Vereins „Die Technik für die Kriegsinvaliden" sprach dessen Vorsitzender Geh. Rat Dr. Exner, der in seinen Ausführungen die gemeinsame Kulturarbeit der Aerzte und Ingenieure besonders auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge feierte.

Der Direktor des Sanitätsdepartements im preußischen Kriegsministerium Generalarzt Dr. Schultzen überbrachte die Grüße des deutschen Heeres und des preußischen Kriegsministers. Die deutsche Kaiserin habe ihn beauftragt, der Protektorin des Kongresses, der Kaiserin Zita, und der Versammlung die herzlichsten Grüße zu überbringen und zu betonen, mit welch großer Teilnahme sie die Bestrebungen des Kongresses verfolge.

Nach Ansprachen des Senatspräsidenten Prof. Dr. Hartmann (Charlottenburg) und des Sektionschefs Witting begrüßte der Präsident des Abgeordnetenhauses Geh. Rat Dr. Groß den Kongreß.

Den Schluß der Eröffnungssitzung bildete ein Festvortrag des Direktors der königlich orthopädischen Klinik in München Geh. Hofrats Prof. Dr. Lange über Friedens-Krüppelfürsorge und Kriegsorthopädie.

Das Kongreßpräsidium sandte an den Kaiser und an die Kaiserin ein Huldigungstelegramm ab.

Nachmittags waren die Kongreßteilnehmer in der deutschen Botschaft zu einem Tee geladen. — Abends war Empfang beim Ministerpräsidenten.

Reichspost

18/IX. 1918

173

Kongreß für Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Der Kongreß begann am 16. d. nachm. im großen Saal der Aerztegesellschaft seine wissenschaftlichen Beratungen. Von den Berichten der Fachmänner sei der des Düsseldorfer Landrates Dr. Horion hervorgehoben, der über die Unterbringung Kriegsbeschädigter in Arbeitsstellen berichtete. Er kam auf den gesetzlichen Zwang zur Einstellung Kriegsbeschädigter zu sprechen und sagte, daß die Kriegsbeschädigten einen Lebenslauf in zwei Formen finden können, entweder durch Begründung einer selbständigen Existenz oder durch Indiensttreten bei einem Arbeitgeber. Es ist vorgeschlagen, das freiwillige Entgegenkommen der Arbeitgeber zu ersetzen durch einen gesetzlichen Zwang zur Einstellung Kriegsbeschädigter, etwa in der Weise, daß der Arbeitgeber auf eine bestimmte Anzahl gesunder Arbeitskräfte einen Kriegsbeschädigten einzustellen habe. Gegen diesen Zwang sprechen schwere Bedenken. Als Folge des Gesetzes würde das freiwillige Entgegenkommen wahrscheinlich aufhören und Beschränkung auf die gesetzliche Pflichtleistung eintreten, so daß von einem solchen Gesetz die Kriegsbeschädigten leicht mehr Schaden als Nutzen haben.

Direktor Ing. Schiller (Wien) berichtete über Stellenvermittlung industrieller Berufsgruppen, worauf Magistratssekretär Dr. Busch (Wien) die Aufgaben kennzeichnete, die die Kriegsbeschädigtenfürsorge in den Landeskommissionen zur Fürsorge für heimkehrende Krieger habe. Er bezeichnete u. a. als solche die Nachbehandlung, Unterbringung der Kriegsbeschädigten in Spezialheilanstalten, Errichtung neuer Heilstätten und Ausgestaltung bereits bestehender Anstalten für ihre Zwecke; die Schulung, Errichtung von Invalidenkursen, Heranziehung der gewerblichen, landwirtschaftlichen und kommerziellen Lehranstalten für diesen Zweck; Ausgestaltung einer sachgemäßen Berufsberatung; die Arbeitsvermittlung; endlich die Durchführung der sonstigen, ihnen von der Staatsverwaltung übertragenen Agenden.

Der Kongreßvorstand wählte in seiner Sitzung vom Dienstag Berlin als Kongreßort für das Jahr 1920 und den Schriftführer der „Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge" Prof. Dr. Biesatzki als Präsident des nächsten Kongresses für Kriegsverletztenfürsorge.

Neue Freie Presse 18/IX. 1918

Der Kongreß für Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Die Kongreßteilnehmer besuchten gestern zur Mittagszeit den Dachgarten der Klinik v. Pirquet, wo zwanzig Kinder Sommer und Winter, bei Tag und Nacht, gegen die Kälte durch entsprechende Kleidung, gegen Regen und Schnee durch ein Dach und durch Zeltleinwand geschützt, im Freien zubringen. Die Kinder sehen prächtig aus und zeigen sehr günstige Heilungsverhältnisse. Die Gäste waren von den mustergültigen Einrichtungen dieser Klinik sehr befriedigt, ferner von der Mitteilung, daß das Ministerium für Volksgesundheit eine halbe Million Kronen zum Ausbau dieses Dachgartens für hundert Kinder gewidmet hat.

Hofrat Professor v. Eiselsberg demonstrierte den Chirurgen im Reservespital Renngasse ein neues Verfahren der Schädeloperationen unter Kontrolle der Röntgenstrahlen.

Frühstück beim Generalleutnant Franke.

Gestern gab der Bevollmächtigte des preußischen Kriegsministeriums beim k. u. k. Kriegsministerium Exzellenz Generalleutnant Franke den hier anwesenden österreichisch-ungarischen und deutschen Vertretern des Kongresses für Kriegsbeschädigtenfürsorge in den Räumen des Hotel Imperial ein Frühstück, bei dem folgende Persönlichkeiten anwesend waren: Geheimer Rat Herrenhausmitglied Dr. Exner, Generaloberstabsarzt Dr. Kunze, Präsident Oberstabsarzt Professor Dr. Spitzy, Generalarzt Schultzen, Generalstabsarzt Dr. Frisch, Generalarzt Professor Kölliker, Oberst v. Hofmann, Sanitätspräsident Hartmann, Wirklicher Geheimer Obermedizinalrat Dietrich, Generalstabsarzt Professor v. Hochenegg, Admiralstabsarzt Professor Freiherr v. Eiselsberg, Geheimer Hofrat Lange, Hofrat Doktor Ritter v. Helly, Oberstabsarzt Pochhammer, Oberstabsarzt Garlipp, Professor Wenkebach, Kommerzialrat Hauptner, Professor Durig, Professor Ludloff, Oberstabsarzt Geronne, die Professoren Biesalski und Gocht, Stabsarzt Wildner, Hauptmann Eickstedt und Dr. Halle.

Generalleutnant Franke begrüßte in warm empfundenen Worten die Vertreter der orthopädischen Wissenschaft und sprach als Soldat den Dank der verbündeten und kriegsbeschädigten Soldaten für die treue und erfolgreiche Arbeit und das segensreiche Wirken der Aerzteschaft aus. Es antworteten der Präsident des Kongresses Professor Dr. Spitzy und für die österreichisch-ungarische Armee der Generaloberstabsarzt Dr. Kunze; sie gaben dem engen bundesbrüderlichen Zusammenarbeiten auch auf dem Gebiete der ärztlichen Wissenschaft in beiden Reichen Ausdruck.

Neues Wiener Tagblatt 19./IX. 1918

Ohnmz

a 19

175

Der Kongreß für Kriegsbeschädigte.

Am zweiten Verhandlungstage sprach Professor Spitzy (Wien) über Hand- und Fingerplastiken. Er führte aus: Bei den Verletzungen dieser Region kann es sich nicht um eine genaue operative Wiederherstellung handeln, es gilt vielmehr, ein Ersatzorgan zu schaffen. Besonders wichtig ist es, die Greiffähigkeit, das Vermögen, die „Zange" zu bilden, wieder zu erreichen. Der Vortragende besprach dann die Operationsmöglichkeiten bei den einzelnen Lähmungstypen (Radialis-, Medianus- und Ulnarislähmung), die dann in Betracht kommen, wenn die Nervennaht erfolglos geblieben ist.

Hierauf berichtete Professor Spitzy über jene Methoden und ihre Indikationen, die für Narbenkontrakturen im Bereich von Hand und Fingern ausgearbeitet wurden. Nachdrücklich wird vom Operieren im Bereich der Narbe gewarnt; sowohl Haut- als Sehnennarben eignen sich nie als Operationsgebiet.

Zum Schlusse wurden die Plastiken erwähnt, die zum Ersatz verlorengegangener Finger dienen; die Daumenplastik unter Benützung des freien Endes der zwölften Rippe und eines Hautschlauches von der Brust sowie die Schaffung eines Zeigefingerdaumens werden von dem Vortragenden empfohlen.

Ueber die Wertigkeit der Amputationsstümpfe führte A. Schanz (Dresden) aus: Die ungeheuren Zahlen von Amputationen, die der Krieg gebracht hat, bietet Gelegenheit, unsre Anschauungen über den Wert der Amputationsstümpfe zu überprüfen. Diese Ueberprüfung führt sowohl bei der Bewertung der Amputationsstümpfe im allgemeinen wie bei der Abschätzung der einzelnen Stümpfe an manchen Punkten zu einer Umwertung.

Die Gliedmaßen gehören zu dem köstlichsten Besitz des Menschen, Verluste an denselben zu den schwersten Einbußen. Die Erfahrung des Krieges zeigt aber, daß solche Verluste bis zu hohen Graden überwunden werden können. Abertausende von Amputierten stehen in Berufsarbeit und sind vollwertige Glieder der menschlichen Gesellschaft. Freilich darf man sich durch diese Beobachtung auch wieder nicht zu einer geringen Bewertung des durch eine Amputation eintretenden Verlustes verleiten lassen. Wohl leistet der Amputierte Vollwertiges, aber doch nur auf einem bestimmten Platz, an einer Arbeit, für deren Verrichtung das verlorene Glied nicht wesentlich in Betracht kommt. Die in den Amputierten steckenden volkswirtschaftlichen Werte werden sich nur ausnützen lassen, wenn man sich dieser Tatsache bewußt wird und systematisch für die Amputierten entsprechende Arbeitsplätze aufsucht und freimacht.

Neues Wiener Tagblatt
20/IX. 1918

76

Der Kongreß für Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Die Teilnehmer im Rathause.

Gestern abend wurden die Teilnehmer an dem Kongresse für Kriegsbeschädigtenfürsorge von der Gemeindevertretung im Rathause empfangen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner begrüßte die Gäste und führte aus, die Stadt Wien sei stolz auf Oberstabsarzt Dr. Spitzy, welcher auf dem Gebiete der Kriegsbeschädigtenfürsorge einen internationalen Ruf sich errungen habe. Der Bürgermeister gab seiner Hochschätzung vor dem ärztlichen Stande im Kriege Ausdruck und sagte: Ihre Beratungen betreffen einen der wichtigsten, aber sorgenvollsten Gegenstände, der die öffentliche Verwaltung seit Beginn des Krieges beschäftigt. Mehr als vier Jahre sind es bereits, daß ich in der Oeffentlichkeit den Standpunkt vertrat, es dürfe keinen Stelzfuß mit Werkel im Gebiete der Stadt Wien geben. Unsre heldenmütigen Vaterlandsverteidiger, welche ihre Gesundheit für Kaiser und Reich geopfert haben, dürfen nicht Almosenempfänger sein, es muß vielmehr Aufgabe des Staates sein, ihre Renten in einem entsprechenden Ausmaße festzusetzen. Unser aller Aufgabe wird es aber sein — und Wissenschaft und Kunstgewerbe werden sich zu diesem Zwecke vereinigen — die Arbeitsfähigkeit der Kriegsbeschädigten wieder herzustellen.

Der Präsident des Kongresses Oberstabsarzt Dr. Spitzy dankte für die freundliche und liebenswürdige Aufnahme, welche die Teilnehmer an dem Kongreß in Wien gefunden haben. Ohne das einsichts- und teilnahmsvolle Mitwirken der Behörden, insbesondere der städtischen Behörden, sei eine umfassende Invalidenfürsorge unmöglich. Die Wiener Anstalt für Kriegsbeschädigtenfürsorge sei die größte in Oesterreich, und mit Stolz dürfe gesagt werden, daß sie auch auswärtigen Anstalten als Vorbild diente. Die Anstalt ist in einer Schule untergebracht und werde auch später für arme, verkrüppelte Kinder dienen. Es wurde eine Zählung dieser Kinder vorgenommen, und es habe sich deren Zahl als erschrecklich hoch herausgestellt. Die Schule werde hoffentlich eine vorbildliche Anstalt für die Krüppelfürsorge werden. Der Sprecher schloß mit einem beifälligst aufgenommenen Hoch auf die Stadt Wien und den Bürgermeister.

Der Bürgermeister sprach dann noch sein Bedauern darüber aus, daß die Gemeindevertretung ihre traditionelle Gastfreundschaft infolge der derzeitigen Verhältnisse den Mitgliedern des Kongresses gegenüber nicht ausüben könne, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Kongreß in absehbarer Zeit wieder in Wien tagen und dann in einer Weise empfangen werden wird, wie es in Friedenszeiten Brauch war.

Beim Abschied wurde den Herren und Damen das Album der Stadt Wien als Andenken an den hiesigen Aufenthalt überreicht.

Fremdenblatt

20./IX. 1918

177

Kongreß für Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Das Präsidium des Kongresses in Audienz bei der Kaiserin.

Das Präsidium des Kongresses für Kriegsbeschädigtenfürsorge, bestehend aus Oberstabsarzt Dr. Spitzy, Direktor und Senatspräsidenten des preußischen Kriegsministeriums Generalarzt Dr. Schultze, Vorsitzenden der deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge, Geheimen Obermedizinalrat Professor Dr. Dietrich und dem Präsidenten der Deutschen orthopädischen Gesellschaft Professor Dr. Ludloff, wurde gestern in den Gisela-Appartements der Hofburg von der Kaiserin in besonderer Audienz empfangen.

Geheimer Obermedizinalrat Dr. Dietrich überbrachte Ihrer Majestät die Grüße der deutschen Kaiserin. In herzlichen Worten dankte Ihre Majestät und erkundigte sich nach dem Befinden der deutschen Kaiserin. Professor Dietrich konnte berichten, daß die Kaiserin Viktoria Augusta sich wieder wohl befinde, was die Kaiserin mit besonderer Befriedigung zur Kenntnis nahm. Sodann äußerte die Kaiserin auch Genugtuung über die hohe Zahl der Teilnehmer des Kongresses aus Deutschland und erkundigte sich im Gespräch mit Professor Ludloff über den Stand des Gefangenen- und Invalidenaustausches.

Als Professor Spitzy auf die wissenschaftlichen Aufgaben des Kongresses hinwies, sprach die Kaiserin den Wunsch aus, daß diese in erfolgreicher Weise gelöst werden mögen. Die Kaiserin dankte den Herren für die Bemühungen im Interesse der Kriegsbeschädigten und nahm mit Befriedigung die Mitteilung des Präsidenten entgegen, daß sich der neugegründete Niederösterreichische Verein für Krüppelfürsorge besonders der Pflege und Heilung verkrüppelter Kinder in Wien und Niederösterreich widmen werde.

Gestern abends wurden die Teilnehmer des Kongresses für Kriegsbeschädigtenfürsorge von der Gemeindevertretung im Wiener Rathause empfangen. Bürgermeister Doktor Weiskirchner begrüßte die Herren und Damen im Stadtratssitzungssaal.

Reichspost Abendbl. 1/X. 1918

179

Oesterreichischer Blindenfürsorgetag.

Im Landtagssitzungssaale wurde heute vormittag bei sehr zahlreicher Beteiligung der 6. österreichische Blindenfürsorgetag eröffnet. Unter den Teilnehmern befanden sich auch Kriegs- und Zivilblinde, die von Pfadfindern in den Saal geführt wurden. Der Tagung wohnten bei: In Vertretung des Kriegsministeriums FML. v. Rochel, des Ministeriums für Volksgesundheit Ministerialrat Dr. Resitzky und Sektionsrat Dr. Feramitti, in Vertretung des Ministeriums für soziale Fürsorge Sektionschef v. Gasteiger und Sektionsrat Rohrer, des Unterrichtsministeriums Hofrat Fiegar, des Landesschulrates Hofrat Dr. Rieger, der Stadt Wien VB. Rain, des Kriegsfürsorgeamtes Gesandter Frh. Riedl von Riedenau, in Vertretung des f.-e. Ordinariates P. Meisinger, ferner waren vertreten die Landesausschüsse und Landeskommissionen fast sämtlicher Kronländer, der ungarische Blindenbund, für die „Technik für die Kriegsinvaliden" war Hofrat Ing. v. Boschan erschienen.

Der taubblinde Ehrenvorsitzende Hofrat Freiherr v. Chlumecky richtete an die Versammlung eine Ansprache, in der er den Inhalt und den Zweck der Beratungen darlegte und betonte, daß mit dieser Tagung ein neues Kapitel der österreichischen Blindenfürsorge beginne. (Lebhafter Beifall.) Hierauf widmete Direktor Bürklen tief empfundene Worte des Gedenkens dem verschiedenen Kaiser Franz Josef; während

---

der langen Friedenszeit dieses Friedensfürsten sind die Mehrzahl der Blindenerziehungsanstalten errichtet worden. Zu den vielen Zivilblinden kamen neue Schicksalsbrüder, die Kriegsblinden. Wieder war es Franz Josef I., der sofort an dem erschütternden Geschicke der braven Kriegsblinden den innigsten Anteil nahm und für deren Hilfe in väterlicher Weise Sorge zu tragen begann. Redner gedenkt sodann in begeisterten Worten des gegenwärtigen Herrschers und seiner hoch- und edelgesinnten Gemahlin, worauf an das Kaiserpaar ein Huldigungstelegramm gesendet wurde. Ferner wurde beschlossen, an den Erzherzog Admiral Karl Stefan ein Huldigungstelegramm und einen telegraphischen Gruß an das Krankenlager des Präsidenten Konsistorialrates Pleininger zu senden.

Im Namen des Kriegsministers Frhn. v. Stöger-Steiner begrüßte hierauf FML. v. Rochel die Tagung, worauf Sektionschef v. Gasteiger im Namen und im Auftrage des Ministers für soziale Fürsorge Dr. Mataja den Kongreß begrüßte. Er führte in seiner Rede aus, das Ministerium für soziale Fürsorge werde bestrebt sein, soziale Blindenfürsorge in dem Sinne zu betreiben, daß es die Kriegsbeschädigten im allgemeinen, die Kriegsblinden im besonderen einem bürgerlichen Erwerb zuzuführen trachte. Es sprachen noch Hofrat Boschan, P. Meisinger, Regierungsrat Dr. Marschner, Landessekretär Dr. Hemala u. a., worauf in die meritorischen Beratungen eingegangen wurde. Die Beratungen werden morgen fortgesetzt.

Tägliche Rundschau 24./X. 1918.

281

Arbeitslosenfürsorge nach Kriegsende.

„Los von Berlin!"

München, 23. Oktober. (Eigener Drahtbericht der „Täglichen Rundschau".) Im bayerischen Landtage teilte heute der bayerische Ministerpräsident v. Dandl mit, daß die bayerische Regierung bei der Reichsregierung den Antrag gestellt hat, eine Reichsarbeitslosenfürsorge zu schaffen. Bei fortdauernder Bedürftigkeit soll die Familienunterstützung bis zu drei Monaten nach der Entlassung des Kriegsteilnehmers weiter geleistet werden. Außerdem soll hinsichtlich der Voraussetzung des Anspruches, des Beginnes der Dauer und des Maßes der Unterstützung tunlichst eine einheitlich geregelte Arbeitslosenfürsorge für das Reich geschaffen werden, deren Träger die Lieferungsverbände unter entsprechender Beteiligung von Reich und Staat in der Kostentragung sein sollen. Der Ministerpräsident glaubt zu der Annahme berechtigt zu sein, daß diesen Forderungen Bayerns, die vielfach auch die Unterstützung der verschiedenen Städtevertreter erfahren haben, seitens der Reichsleitung weitgehendst Rechnung getragen werden wird. In der Besprechung der Interpellation forderte der Zentrumsabgeordnete Oesel unter wiederholter Zustimmung des Hauses ein „Los von Berlin" in allen Wirtschaftsfragen und vollkommene Selbständigkeit Bayerns auf wirtschaftlichem Gebiete. Bayern brauche Berlin nicht, es könne seine großen wirtschaftlichen Unternehmungen auch mit neutralem Kapital ausführen.

Reichspost Abendausg. 5/XI. 1918

182

Arbeit für die Heimkehrer.

Errichtung von industriellen Bezirkskommissionen und Einigungsämtern.

Die „Wiener Zeitung" veröffentlicht heute drei Vollzugsanweisungen des Deutschösterreichischen Staatsrates, in denen die Errichtung von industriellen Bezirkskommissionen und Einigungsämtern angeordnet wird. Zweck der industriellen Bezirkskommissionen ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Ihre Aufgabe ist daher insbesondere: a) eine Evidenz über jene gewerblichen Betriebe herzustellen, die Arbeitskräfte in größerer Zahl entlassen oder aufnehmen wollen, b) auf die Errichtung paritätischer Arbeitsnachweisestellen nach Maßgabe des Bedarfes hinzuwirken, die Beförderung von Arbeitskräften, die gemeinsam in größerer Zahl einen neuen Arbeitsort aufsuchen, an den Bestimmungsort zu veranlassen, d) die zuständigen Approvisionierungsbehörden von den bevorstehenden Massentransporten zu verständigen, Maßnahmen der Arbeitslosenfürsorge durchzuführen. Die industriellen Bezirkskommissionen bestehen aus einem Vorsitzenden und dessen Stellvertreter, ferner aus vier bis acht Mitgliedern — und zwar zur Hälfte Vertreter der Arbeitgeber und zur Hälfte Vertreter der Arbeiter — und der entsprechenden Zahl von Ersatzmännern, die sämtlich vom Staatssekretär für soziale Fürsorge ernannt werden.

Industrielle Bezirkskommissionen werden an den nachstehenden Orten errichtet: Wien für die Aufsichtsbezirke der Gewerbeinspektorate Wien 1, 2, 3, 4 und 5. Wiener-Neustadt für den Aufsichtsbezirk des Gewerbeinspektorates Wiener-Neustadt. St. Pölten für den Aufsichtsbezirk des Gewerbeinspektorates St Pölten. Linz für Oberösterreich und Salzburg. Graz für den Aufsichtsbezirk des Gewerbeinspektorates Graz. Leoben für den Aufsichts bezirk des Gewerbeinspektorates Leoben. Klagenfurt für Kärnten. Innsbruck für Tirol und Vorarlberg. Reichenberg und Komotau für Deutschböhmen. Mährisch-Schönberg für das Sudetenland.

Die mit der Verordnung vom 18. März 1917 errichteten Beschwerdekommissionen haben ihrerseits die Aufgabe von Einigungsämtern zu übernehmen. Ihre Tätigkeit erstreckt sich innerhalb jener Sprengel und Berufsgruppen, für die sie errichtet sind, auf alle Streitigkeiten, die aus dem Arbeitsverhältnisse zwischen mehreren Arbeitern oder Angestellten und ihren Arbeitgebern entstehen. Die Einigungsämter bestehen aus einem vom Staatssekretär für Justiz bestimmten Richter als Vorsitzenden, einem vom sachlich zuständigen Staatssekretär ernannten Mitgliede, einem Vertreter der Arbeitgeber und einem Vertreter der Arbeitnehmer.

Neues Pester Journal 6./XI. 1918 183

Die Beschäftigung der vom Kriegsschauplatze Heimkehrenden.

Eine Verordnung des Kriegsministers.

Vom Kriegsminister erhalten wir spät nachts eine Zirkularverordnung über die Beschäftigung der infolge der Abrüstung vom Kriegsschauplatze Heimkehrenden, sowie der im Hinterlande infolge der Betriebseinschränkungen frei werdenden Arbeitskräfte. Leider können wir den Wortlaut der Verordnung infolge der vorgerückten Zeit nicht mehr bringen; die wesentlicheren Bestimmungen sind die folgenden:

Vor allem muß dafür gesorgt werden, daß die erwähnten Arbeitskräfte, bis sie an Arbeitsstellen untergebracht werden können, seitens des Staates unterstützt werden. Jedenfalls muß verhindert werden, daß Tausende von Arbeitern auch nur Tage lang ohne Beschäftigung, beziehungsweise ohne Erwerb im Lande umherstreifen. Es müssen sofort in allen Teilen des Landes Arbeiterheime errichtet werden, in diese sollen jedoch nur solche aufgenommen werden, die sich bei ihren zuständigen Ersatzkörpern bereits gemeldet haben oder ihre Entlassung aus Betrieben nachweisen.

Es folgen nun eingehende Instruktionen für die Errichtung der Arbeiterheime und für die Unterbringung der Arbeiter in denselben. Jeder Arbeiter, der sich zur Aufnahme in ein Arbeiterheim meldet, hat dort solange unentgeltliche Verpflegung zu erhalten, bis ihm eine Arbeitsgelegenheit geboten werden kann. Die vom Kriegsschauplatze Heimkehrenden sind tunlichst mit anständiger Kleidung zu versehen. Bis die Arbeiter ständige Arbeitsgelegenheit erhalten können, sind sie provisorisch zu beschäftigen. Die Versorgung der Arbeiter mit Arbeit geschieht durch die verschiedenen Arbeitsvermittlungsstellen. Die Reisespesen der Arbeiter trägt der Arbeitgeber.

Es folgt dann die Hausordnung der Arbeitsheime. Jeder Arbeiter, der sich im Arbeitsheim meldet, hat sofort ein Zertifikat zu erhalten. Die Bezirksmilitärkommanden haben der 4/a Abteilung des Kriegsministeriums zu melden, wo und für wieviel Köpfe Arbeiterheime errichtet worden sind. Am Ende jeder Woche ist darüber Bericht zu erstatten, wieviel Arbeiter sich noch im Arbeiterheim befinden und wieviele im Laufe der Woche in Arbeit getreten sind. — Die Verordnung ist vom Kriegsminister Béla Linder unterfertigt.

Fremdenblatt
18/XI. 1918

184

Soldaten- und Kriegsbeschädigten-Fürsorge.

Gestern nachmittags fand im Hotel Bristol eine Konferenz statt, in der versucht werden sollte, einen Plan zur Sicherung des Lebensunterhaltes der heimkehrenden Krieger und Invaliden zu schaffen. Die von Herrn Konrad Justus Pruner (Wiener-Neustadt) einberufene Versammlung brachte einen wohl ausgearbeiteten Detailplan, welcher auf vollkommen kaufmännischer Grundlage die Versorgung genannter Krieger aufzunehmen imstande ist. Vorgebracht war die Unterbringung dieser Leute in einer großen Arbeitskolonie. Der Plan wurde nach den Vorträgen des Oberstabsarztes Professor Dr. Spitzy und des Herrn Dr. Kühnelt einer teilweisen Aenderung unterzogen. Besonders zu begrüßen ist, daß die weitreichendste Unterstützung von allen kompetenten Staatsbehörden ꝛc. zugesagt wurde. Bereits heute werden die weiteren Verhandlungen aufgenommen. In einigen Tagen wird ebenfalls wieder eine Konferenz in dieser Sache tagen. Außer den Vertretern vieler humaner Institutionen war Feldzeugmeister Kuck, Linienschiffskapitän v. Millenkovich mit den Linienschiffsleutnants v. Herz und Leitner, alle drei Herren von der Marinehilfe, mehrgliedrige Delegationen der Staatsämter für Heerwesen, soziale Fürsorge, Volksgesundheit, Oberstabsarzt Universitätsprofessor Dr. Spitzy, Rittmeister Dr. Kühnelt als Präsident der Wirtschaftsorganisation der nichtaktiven Gagisten, Herr Zehetmayr, Oberleutnant Robert Petzold ꝛc. anwesend.

Reichspost

18./XI. 1918

285

Das deutschösterreichische Staatsamt für soziale Fürsorge und die Invalidenfürsorge. Dieses Staatsamt, dessen Wirksamkeit sich dem Gebiete nach auf den gesamten Bereich des deutschösterreichischen Staates, dem Inhalte nach auf alle Geschäfte, die vordem vom k. k. Ministerium für soziale Fürsorge geführt worden sind, erstreckt, hat seine Tätigkeit am 4. d. aufgenommen. Es hat an die deutschösterreichischen Landeskommissionen zur Fürsorge für heimkehrende Krieger die Erklärung gerichtet, daß es alle Aktionen, welche durch die Mittel der Nachbehandlung, der Schulung und der Zuwendung von Beihilfen die wirtschaftliche Wiederaufrichtung der Kriegsbeschädigten anstreben, mit voller Tatkraft fortführen wird. Für die Beistellung der hiezu notwendigen Mittel wird es Vorsorge treffen. Die niederösterreichische Landeskommission zur Fürsorge für heimkehrende Krieger sowie ihre in Wien und an den Sitzen der niederösterreichischen Bezirkshauptmannschaften errichteten Invalidenämter bleiben weiterhin bestehen.

Vossische Zeitung

2/12. 1918.

186

Erwerbslosenfürsorge in Berlin.

Am nächsten Donnerstag wird sich die Berliner Stadtverordnetenversammlung mit einer Vorlage des Magistrats zu befassen haben, die die Einführung einer Erwerbslosen-Unterstützung, entsprechend den neuen gesetzlichen Anordnungen, vorsieht. Nach dem ausgearbeiteten Statut soll diese Unterstützung allen arbeitsfähigen und arbeitswilligen, über 14 Jahre alten Personen gewährt werden, die infolge des Krieges durch Erwerbslosigkeit in bedürftiger Lage befinden.

Die Höhe der Unterstützung bei gänzlicher Erwerbslosigkeit beträgt für jeden arbeitslosen Wochentag: für männliche Personen über 17 Jahre 4 Mark, zwischen 14 und 17 Jahren 3 Mark, für weibliche Personen über 17 Jahre 3 Mark, zwischen 14 und 17 Jahren 2,50. Für die Ehefrau, für jedes Kind unter 14 Jahren und für sonstige im Haushalt lebende erwerbsunfähige Personen, zu deren Unterhalt der Unterstützte gesetzlich verpflichtet ist, wird ein Zuschlag von 1 Mark für den Arbeitstag gewährt. Bei teilweiser Erwerbslosigkeit infolge Herabsetzung der Arbeitszeit wird, sofern der Arbeitsverdienst weniger als 70 v. H. des bisherigen Lohnes beträgt, ein entsprechender Teil der vorstehenden Unterstützungssätze gezahlt, und zwar bei einer Herabsetzung bis auf 4 Stunden die Hälfte und von über 4 Stunden bis 6 Stunden ¾ des Betrages.

Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt wöchentlich nachträglich, und zwar für Mitglieder der freien, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften bei der Gewerkschaft, im übrigen durch die Gemeinden.

Hindenburg über das Ansiedelungswerk.

Errichtung von Heimstätten für unsere heimkehrenden Krieger.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg erläßt folgenden Aufruf an die Soldaten: Kameraden! Die Vorarbeiten zu einem großzügigen Ansiedlungswerk sind im Gange, die Ausführung wird unverzüglich beginnen und so schnell gefördert werden, wie der gegenwärtige Mangel an Baumaterial, Kohlen und Transportmitteln es gestattet. Da die Regierung und alle Parteien hierin einig sind, wird die Nationalversammlung dem Werke ohne jeden Zweifel freudig zustimmen.

Die heimkehrenden Krieger sind die ersten, diesen Dank des Landes zu empfangen, das sie mehr als vier schwere Jahre hindurch, in tausend Schlachten unbesiegt, mit ihren Leibern beschützt haben. Den Kriegsteilnehmern, die bis zu ihrer ordnungsmäßigen Entlassung ihre Pflicht getan haben, will Deutschland, sobald es geschehen kann, eine Heimstätte schaffen.

Auf billig erworbenem Lande mit billigem öffentlichen Gelde werden für Landwirte, Gärtner und ländliche Handwerker hunderttausende von Stellen errichtet, für städtische Arbeiter, Angestellte, Beamte und Angehörige verwandter Berufe Häuser in Gartenstädten und Gartenvorstädten erbaut und gegen mäßige Verzinsung der Selbstkosten übergeben werden.

Das große Werk ist schon begonnen, bis zu seiner Vollendung wird eine Reihe von Jahren hingehen, in dieser Zeit werden die neuen Siedler sich den ihnen übertragenen Besitz durch schwere, aber auch lohnende und freudige Arbeit zu eigen machen müssen.

Mit einer Todesverachtung und einem Opfermut, wie die Welt sie bisher nicht geraunt hat, habt Ihr 50 Monate hindurch Eure Pflicht, die heimatliche Erde zu schützen, erfüllt, jetzt will die dankbare Heimat Euch zu freien Herren auf deutschem Grund und Boden machen. Daß dieses hohe Ziel nur durch Eure eigene unermüdliche Mitarbeit erreicht und gesichert werden kann, wird es in Euren Herzen nur desto tiefer befestigen.

Habt noch eine kurze Zeit Geduld! Helft unserem wunden Vaterlande über seine schwerste Zeit hinweg; rettet es noch einmal durch deutsche Manneszucht und deutschen Ordnungssinn, dann bereitet Ihr Eure eigene Zukunft, Euer eigenes Glück.

2/IX 1918.

287

Tägliche Rundschau

5./12.1918 5/12

188

*** Einheitliche Erwerbslosenfürsorge in Groß-Berlin.** Der Demobilisationsausschuß Groß-Berlin, dessen Zuständigkeit sich über die sechs Groß-Berliner Städte und die Kreise Teltow und Niederbarnim erstreckt, hat gestern beschlossen, daß in denjenigen Gemeinden, welche zum Lebensmittelverband Groß-Berlin gehören, ungesäumt die Erwerbslosenfürsorge einzuführen ist, wie dies in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Neukölln, Lichtenberg und Wilmersdorf bereits seit dem 25. November geschehen ist. Zu diesen Ortschaften gehören insbesondere auch die wichtigsten Industrie- und Arbeiterorte, wie Adlershof, Britz, Köpenick, Friedenau, Friedrichsfelde, Grünau, Johannisthal, Königswusterhausen, Lankwitz, Lichtenrade, Lichterfelde, Mariendorf und Marienfelde, Nieder- und Oberschöneweide, Nieder- und Hohenschönhausen, Nowawes, Pankow, Reinickendorf, Schmargendorf, Steglitz, Tegel, Tempelhof, Treptow, Wannsee, Weißensee und Wittenau.

Hiernach erwartet der Demobilisationsausschuß, daß in diesen sämtlichen Orten bis spätestens Ende dieser Woche die Erwerbslosenfürsorge genau nach dem Groß-Berliner Muster in Kraft gesetzt ist. Die Bevölkerung wird dringend gebeten, über jeden Mangel, der in einer dieser Gemeinden noch verbleiben sollte, alsbald im Büro der Erwerbslosenfürsorge, Kaiser Wilhelmstr. 45, Mitteilung zu machen.

Tägliche Rundschau

6./XII. 1918.

2/12

189

* **Sicherheitsausschuß und Erwerbslosenfürsorge.** Die Berliner Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung zunächst mit der Vorlage über die Errichtung eines Volksausschusses zum Schutze gemeinnütziger Einrichtungen.

In der Besprechung wies Stadtv. Döhring (Fr. Fraktion) darauf hin, daß das Gefühl der Unsicherheit von Person und Privateigentum gegen ungesetzliche Eingriffe weite Kreise ergriffen habe. Die tatsächlichen Berliner Verhältnisse werden jetzt zwar nicht nur in Berlin selbst, sondern auch außerhalb Berlins schwärzer geschildert, als sie in Wirklichkeit sind. Das nicht wegzuleugnende Gefühl der Unsicherheit habe hauptsächlich seinen Grund darin, daß Waffen vielfach in unrichtige Hände gekommen und höchst bedenkliche Personen aus dem Gefängnis befreit worden seien.

Stadtv. Cassel (V.) erklärte, daß seine Freunde dem Magistratsantrag zustimmen, es aber für wünschenswert und zweckmäßig halten, wenn man auch die bürgerlichen Organisationen zur Mitwirkung an dem Volksausschuß aufgerufen hätte. Diese Mitwirkung würde auch voll gewährt worden sein. (Lebhafte Zustimmung.) Im übrigen tue man viel besser, wenn man, im Vertrauen darauf, daß unsere Exekutive alles Notwendige tut, ruhig an die Erledigung seiner Geschäfte geht und wir alle trotz der Umwälzung aller Verhältnisse nach wie vor mitwirken an der Erledigung der Aufgaben der städtischen Verwaltung. Damit nutzen wir der öffentlichen Ruhe und Sicherheit am besten. Stadtrat Sassenbach: Die Gründung des Ausschusses war ganz plötzlich erfolgt, Eile war mehr als nötig. Es lag jedenfalls keinerlei böse Absicht darin, daß man die bürgerlichen Organisationen nicht hinzugezogen hatte.

Für die Kriegshinterbliebenenfürsorge werden weitere Mittel bewilligt, und zwar 150 000 M. für das Kalenderjahr 1918 und 500 000 M. für das Jahr 1919.

Zur Vorlage, betr. die Einführung einer Erwerbslosenfürsorge, bemerkte Oberbürgermeister Dr. Wermuth: Die Zahl der Arbeitslosen schwillt in ganz erheblicher Weise an. Wir haben bis zum heutigen Tage bereits Anmeldungen von mehr als 19 000 Erwerbslosen bloß für Berlin; das ist ein außerordentliches Anschwellen nicht nur gegenüber den Kriegsjahren, sondern auch den Jahren vor dem Kriege. Der Demobilisationsausschuß Groß-Berlin hat deshalb am gestrigen Tage beschlossen, die Erwerbslosenfürsorge sofort einzuführen, welche für Berlin und die fünf großen Nachbarstädte schon seit dem 25. November in Wirksamkeit ist. Ich spreche die nachdrückliche und ernste Mahnung an alle noch im Rückstande befindlichen beteiligten Gemeinden aus, dafür zu sorgen, daß spätestens bis Ende dieser Woche damit vorgegangen wird. Wer es daran fehlen läßt, lade eine große Verantwortlichkeit auf sich. — Die Vorlage wurde einem Ausschuß überwiesen.

Eine Vorlage, betr. die Zahlung einer einmaligen Teuerungszulage und einer einmaligen Kriegsbeihilfe für die im Dienste der Stadt Stehenden, fand die Zustimmung der Versammlung.

Berliner Lokalanzeiger

12./XII. 1918.

190

Die Erwerbslosen-Unterstützung.

Der Demobilisationsausschuß Groß-Berlin hat die für den Fall teilweiser Erwerbslosigkeit geltenden Bestimmungen für die zur Brotkartengemeinschaft Groß-Berlin gehörenden Gemeinden abgeändert. Von nun an gilt: Wenn Arbeitnehmer infolge vorübergehender Einstellung oder Beschränkung der Arbeit in einer Kalenderwoche die in ihrer Arbeitsstätte ohne Ueberarbeit übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht erreichen, erhalten sie für die ausgefallenen Arbeitsstunden Erwerbslosenunterstützung, sofern 70 Prozent ihres regelmäßigen Arbeitsverdienstes den doppelten Unterstützungsbetrag im Falle gänzlicher Erwerbslosigkeit nicht erreichen.

Als Erwerbslosenunterstützung ist der Unterschied zwischen dem derzeitigen Arbeitsverdienst und dem doppelten Unterstützungsbetrag zu zahlen. Zu dem doppelten Unterstützungsbetrag tritt für die Ehefrau sowie für jedes Kind unter 14 Jahren ein Zuschlag von 1 M. für den Arbeitstag hinzu. Die zu gewährende Erwerbslosenunterstützung einschließlich des derzeitigen Arbeitsverdienstes darf den regelmäßigen Arbeitsverdienst nicht überschreiten. Auch darf die Unterstützung bei teilweiser Erwerbslosigkeit nicht höher sein als der Betrag der Unterstützung im Falle gänzlicher Erwerbslosigkeit.

Zur möglichst schleunigen Erledigung aller der durch Verkürzung der Arbeitszeit infolge Kohlen- und Rohstoffmangels zu erwartenden zahlreichen Anträge auf Gewährung der teilweisen Erwerbslosenunterstützung ist ferner angeordnet, daß die Berechnung und Auszahlung der Unterstützungsbeträge von den einzelnen Betrieben bzw. Arbeitgebern an der Hand besonderer Listen vorzunehmen ist, während die Gemeinden den Arbeitgebern die veranlagten Unterstützungen zu erstatten haben.

Formulare und Anweisungen für die Berechnung und Auszahlung der Unterstützungen können von den Arbeitgebern im Bureau der Erwerbslosenfürsorge, Berlin C 2, Kaiser-Wilhelm-Straße 45, in Empfang genommen werden.

Um dem Andrang zu den in den Stadtteilen mit vorwiegender Arbeiterbevölkerung liegenden Geschäftsstellen der Erwerbslosenfürsorge zu begegnen, werden heute (Donnerstag) weitere Geschäftsstellen zur Entgegennahme der Anträge auf Erwerbslosenunterstützung eröffnet werden. In den nächsten Tagen werden noch einige andere Geschäftsstellen hinzukommen. Ueber ihre Lage geben die Säulenanschläge und eine Anzeige in heutiger Nummer nähere Auskunft.

Fremdenblatt

20./XII. 1918

20

191

„Die Kriegsinvaliden für Ihresgleichen."

Eine Aktion des k. k. Vereines der Reserveoffiziere in Wien.

Ueber Anregung eines Kreises kriegsbeschädigter Offiziere beabsichtigt der k. k. Verein der Reserveoffiziere in Wien im Rahmen seiner zahlreichen Kriegsfürsorgeaktionen nunmehr auch an die Gründung einer Sektion „Kriegsbeschädigte Offiziere" zu schreiten.

Der Leitgedanke dieser Schaffung läßt sich in die Worte kleiden: „Die Kriegsinvaliden für Ihresgleichen". Der kriegsbeschädigte Offizier soll nicht mehr lediglich Gegenstand der Kriegsfürsorge sein, sondern ebensosehr ihr Träger.

In den Tagen vom 16. bis 19. September l. J. hat in Wien der Kongreß für Kriegsbeschädigtenfürsorge stattgefunden; bei den kriegsverletzten Offizieren, die ihm beiwohnten, hat er das tröstliche Bewußtsein hinterlassen, daß Aerzte, Orthopädieingenieure und Sozialpolitiker unentwegt am Invalidenproblem arbeiten und daß sie, während draußen der Krieg weitergeht, schon Erfolge errungen haben, deren Ausbau erfreuliche Zukunftshoffnungen eröffnet. Die Kenntnis von dem, was Heilkunst und Technik an Neuem geschaffen hat, dem großen Kreis der Interessenten zu vermitteln, ihnen die Beschaffung und Erneuerung orthopädischer Behelfe (Prothesen usw.) zu erleichtern, soll Aufgabe der neuen Sektion werden. Sie soll aber auch Verbindung zu denjenigen Behörden, öffentlichen und privaten Gesellschaften suchen, die sich der Kriegsbeschädigtenfürsorge widmen, um ihnen Anregungen aus der Mitte der Kriegsbeschädigten selbst zu bringen; sie soll eine berufene Hüterin der militärischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen der Kriegsverletzten werden. Es soll jedem, der durch den Krieg betroffen worden ist, möglich sein, sich an Männer zu wenden, bei denen er auf volles Verständnis und hingebende Hilfsbereitschaft rechnen kann.

Unter Beziehung auf den vom ehemaligen Kriegsminister am 18. August d. J. an die nichtaktiven Offiziere erlassenen Aufruf (Zirkularverordnung vom 3. August 1918, Präs.-Nr. 26.753) werden kriegsbeschädigte Offiziere und Gleichgestellte, u. zw. nichtaktive Offiziere als wirkliche, Berufsoffiziere als beitragende Mitglieder zum Beitritt zum Verein der Reserveoffiziere in Wien aufgefordert. Voraussetzung für die Zugehörigkeit zur Kriegsbeschädigten-Sektion ist die amtlich erfolgte oder zweifellos zu erwartende Klassifikation: „Invalid, auch zum Waffendienst beim Landsturm ungeeignet" und „invalid, zu jedem Landsturmdienst ungeeignet". Beitrittserklärungen wären an die Adresse des Vereines der Reserveoffiziere in Wien, 1. Bezirk, Weihburggasse 14, zu senden.

Wenn auch beim kriegsbeschädigten Vereinsmitgliede die Vertretung der Interessen als Kriegsbeschädigter in erster Linie verständlich ist, so wird es dennoch als bestimmt erwartet, daß jeder Vereinsangehörige auch die übrigen Bestrebungen der Vereinigung fördere. Bei diesem Anlasse werden die Reserveoffiziere in ihrer Gesamtheit, soferne sie noch außerhalb des Vereines stehen, zum Beitritte eingeladen. Der Mitgliedsbeitrag ist für wirkliche Mitglieder mit Kr. 12.—, für beitragende Mitglieder mit Kr. 6.— im Jahre festgesetzt.

Die Zeit Abendtl 21./XII. 1918

192

Bekleidung der Invaliden.

Wie wir erfahren, werden für die nächste Zeit die invaliden Soldaten auf Staatskosten mit Kleidern, Wäsche und Schuhen beteilt werden. Das Staatsamt für soziale Fürsorge hat bereits die Landeskommission beauftragt, aus den Beständen des Volksbekleidungsamtes die entsprechende Anzahl von Kleidern usw. an die Kriegsinvaliden abzugeben. Hierfür wurde vorläufig ein Betrag von einer Viertelmillion ausgesetzt. Eine weitere Fürsorge soll darin bestehen, daß die Kriegsinvalidenversicherung eine neue Regelung erfahren wird.

Die bisherige Invalidenversorgung ist eines modernen Staates unwürdig und entspricht nicht den sozialpolitischen Anforderungen. Die Superarbitrierungskommissionen müßten sofort wieder ihre Tätigkeit aufnehmen. Die Beurteilung der bürgerlichen Erwerbsfähigkeit hätte durch Zivilärzte zu geschehen und den Invaliden wäre hierbei das Mitbestimmungsrecht im Wege ihrer Organisationen und ihrer Vertreter einzuräumen. Die Kriegsinvaliden sind mit jenen Betroffenen gleichzustellen, die in industriellen und gewerblichen Betrieben einen Unfall erlitten haben und sollten gleich den erwerbsunfähigen Arbeitern Renten im selben Ausmaß erhalten. Gleichmäßig wären die nichtaktiven Offiziersinvaliden zu behandeln. Für die aktiven Offiziere müßte ein ähnliches Gesetz geschaffen werden, wobei die Rente jener für Staatsbeamte, die durch einen Unfall invalid wurden, zu entsprechen hätte.

Reichspost

27./XII. 1918

193

Dankt unseren Invaliden!

Wien, 26. Dezember.

Dieser Tage demonstrierte in Berlin eine vieltausendköpfige Menge von Kriegsbeschädigten, die mit einziehenden Gardetruppen zusammenstieß. Voran wurden verstümmelte Soldaten in Wagen gefahren, dann folgten die Einbeinigen und andere Krüppel. Sie trugen Tafeln mit Aufschriften, wie: „Des Vaterlandes Dank ist die monatliche Rente von 67 Mark 60 Pfennige!"

Wie immer man auch über die Zweckmäßigkeit solcher Demonstrationen denken mag: angesichts dieses erschütternden Jammers kann man sich nur, tiefsten Mitleidens voll, vor den Blutzeugen dieses Krieges verneigen. Sie waren es, die das entsetzliche Unglück einer Niederlage des deutschen Volkes unter Einsetzung ihrer höchsten Güter zu verhüten versuchten.

Wenn es nicht gelang den Feind abzuwehren, wenn all ihr Opfermut nichts nutzte und der Gegner sein Ziel, die Knebelung des deutschen Volkes, endlich doch erreichte, dann darf das weder für sie noch für die Heimat ein Grund sein, ihre dem Vaterlande gebrachten Opfer heute geringer einzuschätzen als im Falle eines Sieges oder sie gar für zwecklos zu halten; denn das ist noch stets die Tragik des im Kampfe mit dem Schicksal Unterlegenen gewesen, daß seinen ergebnislos gebliebenen Anstrengungen Sinn und Zweck genommen zu sein schien.

Aber dadurch unterscheidet sich ja gerade auch im täglichen Leben der eine Charakter vom anderen, daß der eine nach einem Mißerfolg verzweiflungsvoll die gebrachten Opfer bereut und sich selbst der Torheit, den Kampf aufgenommen zu haben, anklagt, während der andere Enttäuschung und Schmerz durch seinen Stolz und seinen Trotz niederzwingt.

Auch ein besiegtes Volk darf von einem vornehmen Gegner am ehesten dann auf eine ehrenvolle Behandlung rechnen, wenn es ihm durch seine stolze Haltung Hochachtung abringt.

Als im amerikanischen Bürgerkriege die Südstaaten nach vierjährigem, kaum minder schrecklichem Kampfe als diesem Weltkriege unterlegen waren, da wäre es keinem einzigen der steifnackigen Angelsachsen der besiegten Partei eingefallen, die gebrachten Opfer zu bereuen und um ihrer willen an der Gerechtigkeit der verfochtenen Sache in Zweifel zu geraten. Im Gegenteile, die Geschlagenen jubelten ihren besiegten Generalen wie den größten Helden zu, die Invaliden dieses Krieges wurden bis in die jüngste Zeit mit ungeheurer Begeisterung gefeiert und heute noch werden die wenigen Ueberlebenden am Gedenktage zu Ehren der Gefallenen im ganzen Lande festlich bewirtet. Es gab noch keine stolzere Armee als diese geschlagene Armee der amerikanischen Südstaaten. Bis in unsere Tage gereicht gerade dieser noch immer nicht erloschene, sondern mit größter Leidenschaft genährte Stolz den Nordstaaten zu mancher Verlegenheit.

Dabei ist allerdings hervorzuheben, daß die Invaliden nicht weniger stolz auf ihre Narben waren als die Bevölkerung auf ihre Invaliden; daß es, solange nur einer der Veteranen aus dem Kriege lebte, genügte, als solcher erkannt zu werden, um alle Bekundungen der Verehrung und Hilfsbereitschaft auszulösen. Es wäre dort also auch wohl nicht nötig gewesen, die Oeffentlichkeit durch Straßendemonstrationen auf die Notwendigkeit einer ausreichenden Versorgung der Invaliden hinzuweisen.

Die Erinnerung daran, was die Kriegsbeschädigten für uns ausgestanden haben und noch ausstehen, soll in uns so lebendig sein, daß wir gar keines anderen Anstoßes bedürfen, uns verpflichtet zu fühlen, alles aufbieten zu müssen, um ihnen den Tribut der schuldigen Dankbarkeit so weitgehend zu entrichten, als es nur irgend möglich ist. Wenn schon die Schrecken der Kampfzone unbeschreiblich waren, so übersteigt der Jammer, der sich in den Lazaretten abspielte, alle menschlichen Begriffe. Niemandes Vorstellung reicht an die erschütternde Wirklichkeit heran. Und dann folgt, wie oft, ein Leben voll Beschwerlichkeiten, Schmerzen und Einbuße an den Freuden des menschlichen Lebens. Und diese Opferlast sollten wir ruhigen Gewissens noch dadurch vermehren, daß wir die schwer Geprüften auch noch dem Hungerelende aussetzen? Ists denn nicht genug, daß einer blind oder einarmig ist, dürfen wir ihm auch noch die Sorge für das tägliche Brot aufladen?

Kein Dank und keine Ehre, die wir unseren Invaliden erweisen, kann groß genug sein. Wir sollen gar keine Gelegenheit vorüber gehen lassen, uns ihrer in unauslöschlicher Dankbarkeit zu erinnern, denn wir können ihnen nie abzahlen, was sie für uns erduldeten und was leider viele noch fernerhin erdulden müssen. Wer jetzt durch unsere Straßen geht, sieht so viel protziges Glück. Wer zu diesen Festtagen bei allen Fenstern der Reichen hätte hineinschauen können, hätte trotz aller Hungersnot reich gedeckte Tafeln gesehen. Möchte doch jeder dieser Fröhlichen nur wenigstens einen oder zwei von den Tapferen, die so willig für sein Wohlergehen bluteten, von der Straße herauf zu seinem Ueberflusse laden. Möchte es sich doch jeder Reiche gerade in diesen Tagen zur höchsten Freude anrechnen, solche Gäste an seiner Tafel zu sehen, und möchte er jedem solche Ehren erweisen, wie keinem anderen seiner vornehmen Gäste. Er wird trotzdem nie das Gefühl loswerden können, daß er dem Bedankten immerwährender Schuldner bleibt. Diese Beweise nie erschöpfter Dankbarkeit sollten sich aber nicht nur auf diese Festtage beschränken. Vielmehr sollte es nationale Sitte werden, solange noch einer der Invaliden dieses Krieges am Leben ist, in aller Zukunft keine festliche und frohe Stunde vorübergehen zu lassen, ohne sich in irgendeiner Form der Kriegsopfer zu erinnern.

Wir müssen uns vor der bequemen Auffassung hüten, die Heimat hätte alle Verpflichtungen erfüllt, wenn sie dem Kriegsbeschädigten eine mehr als knappe Rente zuweist. Erst die freiwilligen Dankesbezeigungen werden ihm das Gefühl geben, daß sie seiner nicht vergißt. Die Leistungen des Staates werden unter allen Umständen nur eine armselige Aushilfe bleiben, weil ihm die Mittel fehlen, in so ausreichendem Maße für die Kriegsbeschädigten zu sorgen, wie es unser Gefühl fordert. Aber je deutlicher uns unsere Pflicht gegen sie zu Bewußtsein gekommen ist, desto weniger werden wir ruhen, bis alles wirklich Erreichbare bis an die Grenzen der Möglichkeit geschehen ist. Dieser tätige Dank des Vaterlandes wird dem Invaliden den unverlorenen Wert seiner Opfer erst recht zu Bewußtsein bringen; er wird ihm damit auch das bringen, dessen er zum Ertragen seines Unglückes nicht minder bedarf wie der materiellen Hilfe: Stolz auf seine Leistungen. Ein Volk, das seine Helden nicht ehrt, entehrt sich selbst!

Dr. A. P.

Neues Wiener Tagblatt
4. I. 1919

194

Eine stürmische Versammlung der Kriegsinvaliden.

Die Vorgänge bei der Sachdemobilisierung.

Gestern fand im Gerichtssaale des Garnisonsgerichtsgebäudes eine von der Zentralstelle für Kriegsbeschädigte einberufene Versammlung der Kriegsinvaliden statt, in der Staatssekretär für Sanitätswesen Kaup, Sektionschef des Staatsamtes für soziale Fürsorge Dr. v. Gasteiger, Vertreter des niederösterreichischen Landesrates, zahlreiche Ausschußmitglieder des Soldatenrates und des Soldatenrates der Sanitätsanstalten sowie Vertreter der verschiedenen Ortsgruppen der Kriegsbeschädigten anwesend waren. Die Versammlung gestaltete sich infolge der Enthüllungen der Mitglieder des Soldatenrates über die Verschleuderung von Sachgütern stellenweise sehr erregt.

Der Präsident der Zentralstelle der Kriegsbeschädigten Dr. H. Holitscher erstattete das Referat über die Sachdemobilisierung, von deren Erlös zwei Prozent für Invalidenfürsorge zugesagt seien, und teilte mit, daß dieses Versprechen bisher nicht eingelöst worden sei, obwohl bereits Fakturen über 134,000 K. und über 2,349,000 K. hinausgegangen seien. Er kritisierte die Tätigkeit der Sachdemobilisierungsanstalt und erklärte, es gehe nicht an, daß Staatsämter 200 bis 300 Automobile anfordern. Redner kritisiert die mangelnde Kontrolle der Sachdemobilisierung und teilt Details über die Wirtschaft bei der Autogruppe des Materialverwertungsamtes mit. Er schließt mit der Erklärung, daß er mit dem Gefühle tiefster Mutlosigkeit der ganzen Sachdemobilisierung gegenüberstehe, weil er sehe, daß trotz einer sogenannten umstürzenden Bewegung, trotz neuer Ideen alles beim alten geblieben sei und daß in erster Linie ein einziges Interesse maßgebend sei, nämlich das Interesse des bureaukratischen Apparats.

Kaspar bespricht die Wirtschaft im Hotel National und erklärt unter stürmischem Beifall, daß man die Clique beseitigen müsse. Er verlangt die Entfernung des Materialverwertungsamtes, Einsetzung eines verantwortlichen fünfgliedrigen Verwaltungsaufsichtsrates in der Gruppe der Sachverwertung sowie Berücksichtigung der Invaliden bei den zu schaffenden Stellen.

Ein Mitglied des Soldatenrates verweist darauf, daß dem Soldatenrat bei der Sachdemobilisierung ein Einfluß einzuräumen wäre, da er in mancher Beziehung aufklärend wirken könnte. Er führt Beschwerde darüber, daß ein Oberst Colombo eigenmächtig in Angelegenheit der Sachdemobilisierung vorgehe und macht auf Grund eines Protokolls Angaben über die Verhältnisse beim Armeeoberkommando in Baden. Danach wurden von den Resten der Offiziersmesse Lebensmittel um 365,000 K. verkauft, darunter Wein um 80,000 K., a 2 K. 5 H. pro Liter mit Gebinde, Schreibmaschinen a 200 K., 1057 Kilogramm Kartoffeln a 30 H., 6400 Kilogramm Bohnen a 4 K. 30 H., 13 Fässer Slibowitz a 7 K., 18 Kilogramm Kernfett a 4 K., 2000 Kilogramm Bohnenkaffee a 12 K., 9 Fässer Slibowitz an die Großeinkaufsgesellschaft der österreichischen Konsumvereine ꝛc. Bei der Hausdurchsuchung im Hotel National wurde beim bekannten Herrn Fleischner sechs neue Automobilgarnituren vorgefunden, die zum Verkauf hergerichtet waren, ferner Gegenstände beim Direktor Demeter. In Vöslau wurden verkauft 21,400 Liter Wein a 2 K. 4 H. In der Großen Mohrengasse Nr. 5 wurden bei einem Herrn Reißmann 70,000 Paar Stiefel, in derselben Gasse Nr. 14 10,000 Paar Stiefel und Nr. 25 derselben Gasse 4600 Paar Schuhe abgeladen, bei den sogenannten Treuhändern, die hiefür noch sechs Prozent erhalten. Zwei Experten der Autogruppen erhalten einen Monatsgehalt von 5000 K., man kann leicht zusammenrechnen, wieviel die 22 Experten in den 22 Gruppen an Gehalten verschlingen.

Ein andres Mitglied des Soldatenrates verweist gleichfalls darauf, daß die Umgebung von Baden und Vöslau mit Schreibmaschinen förmlich überschüttet sei und eine Schreibmaschine um 50 K. verkauft wurde. Er verliest sodann ein Protokoll, wonach unter anderm in Vöslau vier Stück Pferde von der Sachdemobilisierung um insgesamt 1500 K., drei kleine Pferde um 600 K., 14 Pferde um zusammen 300 K., neun Ochsen um zusammen 14,700 K., neun Kühe um 3760 K. verkauft wurden. Während das Ernährungsamt erklärte, daß es in ganz Oesterreich keinen Bohnenkaffee gebe, hat zur selben Zeit die Gemeinde Vöslau 8536 Kilogramm Bohnenkaffee um 1 K. 50 H. pro Kilogramm gekauft. Redner erklärt: Unsre Geduld ist zu Ende, wir wollen wissen, wer diese Güter verschleppt und verlangen Beteiligung des Soldatenrates an dem Untersuchungsausschuß.

Ein weiteres Mitglied des Soldatenrates wendete sich ebenfalls gegen das Sachdemobilisierungsamt im Hotel National und richtete gegen die dortigen Sachwalter heftige Drohungen. Weißensteiner wendet sich gegen den Vorredner; wir müssen einen gerechten Standpunkt vertreten, erklärte er, und als Kriegsbeschädigte fordern, daß in der Frage der Sachdemobilisierung Ordnung gemacht werde. Er beantrage, daß alle Vertrauensmänner der Invaliden binnen acht Tagen in die Lage versetzt werden, zu erklären, ob in der Sachdemobilisierung Ordnung geschaffen werde, da sie sonst ihre Funktionen niederzulegen hätten.

Der Vertreter der Gewerkschaftskommission Hölzl wendet sich gegen die radikalen Redner und sagt, man müsse zuerst die Leitung der Republik von den hier vorgebrachten Wünschen verständigen; er beantragt, das Präsidium sei zu beauftragen, eine Deputation zum Staatsrat zu entsenden, die auf die [illegible] hinweisen und [illegible] Beseitigung [illegible] solle.

Der Soldatenrat [illegible] Leidenschaften aufzuwühlen. Es handelt sich hier um eine verräterische Verfehltheit des Soldatenrates, dem nicht jenes Entgegenkommen bewiesen wurde, das er wünschte. Er müsse die Drohungen auf das schärfste zurückweisen. Redner macht sodann Mitteilung von einer Erklärung des Staatssekretärs Kaup, wonach am Nachmittag der Staatsrat in seiner Sitzung beschlossen habe, die zwei Prozent für Invalidenfürsorge zu bewilligen. Die Schuld an der Verzögerung treffe irgendeinen Staatsrat. Der Redner wendet sich schließlich gegen alle eingebrachten Anträge und stimmt nur dem Antrag Hölzl zu.

Präsident des Soldatenrates Kunz weist die gegen den Soldatenrat erhobenen Vorwürfe zurück, bespricht die Affäre des Oberleutnants Herbst, der 120,000 K. bezog, und erklärt, es liege nicht ein Beschluß des Soldatenrates vor, auf die Straße zu gehen, sondern es handle sich bloß um impulsive Aeußerungen eines Kameraden. Wir wollen nicht das Beispiel Berlins nachahmen. (Lebhafter Beifall.) Bei der Untersuchung sollen Vertreter des Soldatenrates beteiligt sein.

Ingenieur Ried gibt Aufklärungen über die Sachdemobilisierung und erklärt, er habe den Antrag auf Gewährung von zwei Prozent unterstützt. Als Beamter auf einen Posten gestellt, erfülle er seine Pflicht nach Möglichkeit. Er verweist darauf, daß die Gegenseite gleichfalls Angriffe gegen die Sachdemobilisierung gerichtet habe, sowie darauf, daß der von einigen Rednern angefeindete Administrationsrat lediglich aus Interessenten besteht. Die Schwerfälligkeit des Geschäftsganges liege im Anprall der verschiedenen Interessen. Er sei gleichfalls für eine Vereinfachung des Geschäftsganges.

Schließlich wird der Antrag Hölzl auf Entsendung einer Deputation zum Staatskanzler und dem Staatsrat, bestehend aus zwei Invaliden, zwei Mitgliedern des Soldatenrates und Hölzl, angenommen. Weiter wird ein Antrag angenommen, wonach die Vertrauensmänner der Invaliden in der Sache der Sachdemobilisierung innerhalb 14 Tagen zu berichten haben, ob in dieser Angelegenheit eine Ordnung zu erzielen ist und im Verneinungsfall ihre Mandate niederzulegen haben.

Arbeiterzeitung

8/I. 1919

195

Die Invalidenfürsorge.

Unter dem Vorsitz des Staatskanzlers Dr. Renner fand Dienstag die zweite Sitzung der an der Invalidenfürsorge beteiligten Staatssekretäre mit den Kriegsinvaliden statt. Die Beratung hatte ein Ergebnis gezeitigt, das die Vertreter der Invaliden befriedigte und zweifellos auch die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten in geordnete Bahnen bringen wird. Es soll unter dem Vorsitz des Staatssekretärs für soziale Fürsorge eine zwischenstaatsamtliche Kommission dauernd eingesetzt werden, in der die gleiche Anzahl von Vertretern der Invaliden und Vertretern der Staatsämter Sitz und Stimme haben werden und in der alle Angelegenheiten laufend erledigt werden sollen. In den Ländern werden Landeskommissionen von ähnlicher Zusammensetzung eingerichtet werden. Alle Zweige der Invalidenfürsorge und Verwaltung werden in einem einzigen Gebäude untergebracht werden; hiefür ist die alte Reitschule in der Ungargasse in Aussicht genommen.

Das Invalidengesetz befindet sich in Vorbereitung und es wird alles darangesetzt werden, den Entwurf noch in der provisorischen Nationalversammlung zur Erledigung zu bringen. Das Staatsamt für Volksgesundheit hat gleichfalls alle Weisungen erlassen, die notwendig sind, das Heilverfahren und die Prothesenaktion zu fördern.

Österr. Volkszeitung
13./I. 1919

196

Hilfe für die Invaliden.

173.000 organisierte Kriegsbeschädigte. — Ein Invalidenheim. — Die Fürsorgefonds in der Verwaltung der Invaliden. — Für die Unheilbaren. — Zivilkleider und Arbeitslosenunterstützung.

Im Saale des „Hotel Stephanie" fand gestern die Gründung einer Ortsgruppe Leopoldstadt des Zentralverbandes deutschösterreichischer Kriegsbeschädigter statt. Obzwar es nur bis etwa „60 Prozent Erwerbsunfähige" waren, welche an der Versammlung teilnehmen konnten, gewann man ein Bild der Not, das der Krieg nach dieser Hinsicht verschuldet hat. Die Blinden, Lahmen, Siechen, Arm- und Beinlosen konnten nicht selbst hören, daß die Hilfe der Leidensgenossen für sie unterwegs sei, die sich selbst und den anderen zu helfen entschlossen sind.

Nachdem Herr Brucker die Versammlung namens des Zentralverbandes eröffnet hatte, besprach Herr Schiller die bisherigen Erfolge des seit November vorigen Jahres auf 173.000 Mitglieder angewachsenen Zentralverbandes, der sich die Interessenvertretung der deutschösterreichischen Kriegsbeschädigten mit Ausschluß jedweder Politik zur Aufgabe gesetzt hat. Der Haupterfolg der jungen Organisation besteht — wie der Redner ausführte — in der Schaffung einer interministeriellen autonomen Behörde zur Regelung der Invalidenfürsorge, in der auch die Vertreter der Invaliden sitzen. Ferner wird für alle Invalidenämter ein Zentralheim im Reitlehrinstitut in der Ungargasse geschaffen worden. Die Beschlagnahme aller zu Fürsorgezwecken gesammelten Fonds, darunter auch des Witwen- und Waisenfonds zugunsten der Invaliden ist das nächste Ziel des Zentralverbandes, in dessen Verwaltung der Karlsfonds bereits übergegangen ist. Wenn man — führte der Referent aus — weiß, daß bei einem der Fürsorgefonds zwei Generaldirektoren mit je 36.000 K. Jahresgehalt angestellt waren, wird man das Mißtrauen gegenüber der bisherigen Verwaltung verstehen. Die Ueberprüfung der Superarbitrierungen ist ebenfalls bereits eingeleitet, um die Ungerechtigkeiten auszugleichen, die so weit gingen, daß Austauschinvalide sogar wieder an die Front geschickt wurden. (Stürmische Entrüstungsrufe.) Besondere Fürsorge soll Unheilbaren, Blinden, Lahmen, Tuberkulösen zuteil werden und den Opfern der Gewissenlosigkeit, welche die Pforten von Alland schließen ließ. (Pfuirufe.) Die besten der verfügbaren Zivilkleider seien gerade gut genug für die Invaliden; im Hause Ungargasse 69 erhält jeder Invalide, der noch keine Zivilkleider bekommen hat, solche gegen Vorweisung seiner Dokumente. Ueberdies soll jeder, der sich im Invalidenamt um Arbeitsnachweis bewirbt, bis zur Erlangung einer Stelle die Arbeitslosenunterstützung ohne Rücksicht auf die kurze Invalidenpension erhalten. Trafiken sollen nicht mehr an Generalswitwen, die drei Zinshäuser besitzen, sondern an Invalide verliehen werden. Den arbeitsfähigen Invaliden aber werde man keine derartigen Renten geben, daß sie etwa nichts mehr arbeiten, sondern bloß Gelegenheit zu Arbeit und Erwerb, etwa auf genossenschaftlicher Grundlage. (Beifall.)

Sodann wurde der Ortsgruppenausschuß gewählt, und Kramarz' Gasthaus, II., Vereinsgasse 12, als Vereinslokal bestimmt.

Dozent Dr. Schütz sprach über die Revision der Superarbitrierungen und führte aus, daß viele infolge der Simulationsriecherei invalid geworden sind, weil man sie in den Anfangsstadien ihres Leidens oft gegen den Willen des Arzies „auf eigene Verantwortung" des Leiters der Kommission hinausschickte.

Es sprachen noch die Herren Malles und Wolny, welche krasse Fälle von Invalidenbehandlung vortrugen, worauf Herr Schiller berichtete, daß für die deutschböhmischen Invaliden vorläufig ein eigenes Invalidenamt in Wien errichtet wurde, das aus deutschösterreichischen Mitteln erhalten werde.

Die Kriegsbeschädigten.

Von Dr. Fritz Tauber.

Bei der, wie berichtet, dieser Tage hier abgehaltenen Versammlung der Kriegsbeschädigten, in der in erregten Debatten Kritik an der Tätigkeit der Sachdemobilisierungsanstalt geübt wurde, war Gelegenheit gegeben, die Kriegsinvaliden, diese Aermsten unter den Opfern des Krieges, zu beobachten. Es war ein trauriger Anblick, junge Leute, manche davon mit äußerlichen Merkmalen voller Gesundheit, zu sehen und feststellen zu müssen, wie dieser Krieg so manchen für sein ganzes Leben ruiniert hat, ohne ihm für all das, was er verloren, auch nur die geringste Entschädigung zu bieten. Junge Offiziere, die aus ihrem Beruf für ewig herausgerissen, Arbeiter, die niemals mehr werden arbeiten können, Studenten, die nicht mehr daran denken können, ihre Studien zu beenden, blühendes Menschenleben liegt da vergraben, und nur der Geist lebt in diesen Unglücklichen. Eine Summe von Erbitterung ist angesammelt in allen diesen Leuten, die im schönsten Mannesalter dem körperlichen Tode verfallen sind.

Die große Oeffentlichkeit, die diesen Fragen ziemlich gleichgültig gegenübersteht, muß aufgerüttelt und darüber belehrt werden, daß es sich hier um die Existenz von Tausenden handelt, denen nicht damit geholfen wird, daß ihre Hilfsbedürftigkeit anerkannt wird, sondern daß sein werktätiges Eingreifen allgemeine Pflicht ist. Die Regierung beschäftigt sich bereits in anerkennenswerter Weise mit der Frage der Kriegsinvaliden, und wir erwarten die baldige Verhandlung des Kriegsinvalidengesetzes in der Nationalversammlung. Die Kriegsbeschädigten haben sich bereits organisiert, und der Zentralverband der deutschösterreichischen Kriegsbeschädigten arbeitet an der Durchsetzung der Forderungen der Kriegsinvaliden. Der Verband zählt 170.000 Personen, gibt eine Zeitung, „Der Invalide", heraus und vereinigt als Zentrale die in Deutschösterreich gebildeten Kriegsbeschädigtengesellschaften, die durch Delegierte der Landes-, beziehungsweise Ortsvereine im Vorstand vertreten sind. Er will, wie sein Organ angibt, die Zusammenarbeit aller Gesellschaften der Kriegsbeschädigten untereinander und mit den staatlichen Einrichtungen sowie den privaten Wohlfahrtsvereinigungen regeln, ferner zu den für die Kriegsbeschädigtenfürsorge bedeutungsvollen Gesetzen und Verordnungen durch entsprechende Vorschläge und Anträge Stellung nehmen. Einen Erfolg hat er bereits erzielt, da die Regierung bei Ausarbeitung des Invalidengesetzes sich mit ihm in Verbindung gesetzt hat, und es bleibt nun zu wünschen, daß die Regierung auch weiterhin nichts ohne Mitarbeit dieses Zentralverbandes unternehme. In den einzelnen Fürsorgeorganisationen ist der Verband durch Delegierte vertreten, wie auch diesen Fürsorgeaktionen eine Vertretung im Zentralausschuß eingeräumt wurde. Das Staatsamt für soziale Fürsorge unterstützt durch seine Vertreter im Zentralausschuß, Sektionschef Dr. v. Gasteiger und Sektionsrat Dr. Hock, die Tätigkeit des Zentralverbandes. Es ist zu hoffen, daß diese Tätigkeit nicht auf Versprechungen beschränkt bleibt.

Die Kriegsinvaliden haben eine Denkschrift verfaßt, die ihre Wünsche und Forderungen beinhaltet, und sie werden bald in der Lage sein, ganz genau ihre Wünsche zu präzisieren. Die Frage der Kriegsbeschädigtenfürsorge ist als eine selbständige Frage zu behandeln und nur zu lösen, wenn bei Anerkennung ihrer Ansprüche die Rücksicht auf die kürzere Lebensdauer der Kriegsbeschädigten, ihre geringere Fähigkeit für einen selbständigen Lebenserwerb und die beson-dere Art, wie sie Opfer dieses Krieges geworden sind, in Betracht gezogen werden. Der Präsident des Verbandes Dr. Holitscher entwickelt eine rührige Tätigkeit bei Geltendmachung der Ansprüche der ihm volles Vertrauen schenkenden Invaliden. Einer der berechtigten Wünsche der Kriegsinvaliden ist, daß sie und keine Protektionskinder in Aemtern untergebracht werden, in denen sie eine ersprießliche Tätigkeit trotz ihrer körperlichen Gebrechen entfalten können.

Es gibt noch manche Berufe, in denen wir uns Invalide ganz gut denken können. Auch bei der Frage der Vergebung der Klassenlotteriefilialen wollen die Invaliden nicht ausgeschaltet sein, und dies mit Recht. Da von den 170.000 Kriegsbeschädigten Deutschösterreichs, die im Zentralverband vertreten sind, ein großer Teil in die Zahl der Arbeitslosen aufgenommen werden müßte, wenn ihnen nicht geholfen wird, so ist die rechtzeitige Durchführung der Versorgung der Kriegsbeschädigten nicht nur Pflicht, sondern auch eine kluge Tat der Regierung, die hoffentlich ein Invalidengesetz schaffen wird, das keinen Anlaß zu Klagen gibt.

25. I. 1919

194

Fremdenblatt
30./I. 1919

198

Baubeginn der Kriegerheimstätten im Frühjahre.

Es wird eine heilige Pflicht der kommenden Nationalversammlung sein, besonders für die invalid gewordenen Heimkehrer und die Witwen und Waisen zu sorgen. Die Gemeinde Wien wird im Frühjahr den Bau der Kriegerheimstätten in Angriff nehmen und in Aspern wird kinderreichen Familien invalider Krieger Obdach und Beschäftigung gegeben werden. (Beifall.)

Tägliche Rundschau
6./II.1919

Die Ansiedlung von Kriegsbeschädigten auf dem Lande.

Ueber allerlei Erfahrungen bei der Ansiedlung von Kriegsbeschädigten auf dem Lande berichtet der „Ausschuß für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege" an die Brandenburgische Landwirtschaftskammer. Die Ansiedlung macht gute Fortschritte, besonders seitdem durch die Landesdirektion und die Kriegsbeschädigtenfürsorge der Stadt Berlin ein Beamter angestellt worden ist, der Grundstücke von 3 bis 40 Morgen für die Beschädigten aussucht. Die Schwierigkeiten, die im Anfang zu überwinden waren, haben sich dadurch vermindert, daß die Kriegsbeschädigten mehr als früher auf ihre Kenntnisse in der Landwirtschaft geprüft werden. In den Jahren 1916 und 1917 machte man die unangenehme Erfahrung, daß die angesiedelten Kriegsbeschädigten ihre Stellen mit einigen tausend Mark Gewinn wieder verließen, teilweise um größere Wirtschaften zu kaufen.

Diese Erscheinung hat sich glücklicherweise nicht wiederholt. Die durch die Kammer Angesiedelten fühlen sich durchweg auf ihrem Besitz sehr wohl und, was ja bei vielen der Zweck des Wechsels von der Fabrik zur Landwirtschaft war, der Gesundheitszustand der teilweise sehr schwer Nervösen, Lungenkranken usw. hat sich zusehends gebessert. Auch die Frauen und Kinder gedeihen in besserer Luft und bei kräftigerer Nahrung gut. Eine kriegshinterbliebene Witwe wurde neuerdings angesiedelt.

Da es sich herausgestellt hat, daß städtische Kriegsbeschädigte, selbst wenn sie vom Lande stammten, in Wirklichkeit doch sehr wenig landwirtschaftliche Kenntnisse besaßen, so wurde in Görden bei Brandenburg a. H. eine Landwirtschaftliche Schule für Ansiedler eingerichtet. Leider ist bis jetzt der Erfolg der Schule nicht in dem wünschenswerten Maße eingetreten; Urlaub, Krankheit usw. störten die Unterrichtslehrgänge. Diejenigen, die infolge ihrer Beschädigung von der praktischen Betätigung als Landwirt absehen mußten, werden in besonderen Kursen als landwirtschaftliche Bürobeamte vorgebildet und erhalten Unterweisung in landwirtschaftlicher Buchführung und in den Geschäften des Amts- und Gutsvorstehers und Standesbeamten. Die Kammer hat bis jetzt in ihrem Bezirke 103 Ansiedlungen geschaffen.

Reichspost

13. II. 1919

202

Die Fürsorge für unsere Krieger.

In einer am 11. d. unter dem Vorsitze des Stadtrates Hötzel in Bachlechners Saal in Ottakring stattgefundenen massenhaft besuchten Wahlversammlung der christlichsozialen Partei ergriff, nachdem Unterstaatssekretär Dr. Resch für den Schutz der Kriegsanleihe eingetreten war, unter stürmischen Hochrufen Bürgermeister Dr. Weiskirchner das Wort, um in eingehender Weise den Notstand der Ernährung zu schildern und dann fortzufahren:

Im südslavischen und tschecho-slovakischen Staat wird eine Abstempelung der Banknoten vorgenommen. Wir haben heute im Stadtrate verlangt, daß sofort auch eine Abstempelung der Banknoten für Deutschösterreich erfolgt und daß nur jene Banknoten gesetzliche Zahlungskraft haben, welche vom deutschösterreichischen Staate abgestempelt sind. Wir Deutschen in Oesterreich waren jahrelang die „Wurzen", aber jetzt sind wir die Geschichte satt. (Lebhafte Zustimmung.) Die Tschechen haben sehr wenig Kriegsanleihe gezeichnet, sie haben da die Tugend der Enthaltsamkeit geübt (Heiterkeit), wir Deutsche haben alle Opfer gebracht. Es geht nicht, daß sich die Nationalstaaten jetzt auf den Standpunkt stellen: Was gehen uns die Schulden von Oesterreich an! Wir verlangen von der Nationalversammlung, daß sie im wohlverstandenen Interesse der deutschösterreichischen Bürger alles aufbiete, um die Sache so zu ordnen, daß wir mit einer erträglichen Quote dieser Schulden herauskommen. (Lauter Beifall.)

Eine äußerst wichtige Frage ist die Vorsorge für die Kriegsbeschädigten, für die Witwen und Waisen der gefallenen Krieger. Das ist eine Ehrenschuld von uns allen, wir dürfen die Kriegsbeschädigten und Witwen und Waisen der Gefallenen nicht im Stiche lassen. (Lebhafter Beifall.) Die Gemeinde Wien ist diesbezüglich bereits im Jahre 1914 an die Regierung herangetreten, sie hat im Jahre 1915 dreimal urgiert, im Jahre 1916 abermals urgiert, aber getan hat die Regierung nichts, sie hat nur mit Ungarn verhandelt. Wir müssen auch für die Befreiung unserer Kriegsgefangenen Sorge tragen. Ich habe sofort nach dem Frieden von Brest-Litowsk den damaligen Minister des Aeußern aufgefordert, für die Heimbeförderung unserer Kriegsgefangenen Sorge zu tragen. Wir haben die Russen sofort zurückgesendet, aber unsere Söhne und Brüder schmachten ganz ungesetzlich noch in Gefangenschaft. Es darf keine Versammlung vorübergehen, ohne nicht an Regierung und Nationalversammlung das dringende Ersuchen zu richten, alles aufzubieten, daß unsere Kriegsgefangenen zurückgesendet werden. Das ertragen wir nicht länger. (Beifall.) Mit welchem Rechte hält man jetzt, nachdem der Krieg beendet ist, unsere Angehörigen noch zurück? Das ist keine Rechtsfrage mehr, sondern eine Frage der Menschlichkeit, und im Namen der ewigen Menschlichkeit müssen wir fordern: Wir dulden nicht länger, daß unsere Söhne und Brüder in den eisigen Steppen Sibiriens weilen. (Lebhafter Beifall.) Wir wissen nicht, wie viele schon zugrunde gegangen sind und wie viele noch zurückkehren.

Wir haben auch die Sorge für unsere Heimkehrer. Ich habe es oft und oft betont: Wir verdanken es diesen Wackeren, diesen braven Männern, daß wir von den unmittelbaren Wirkungen des Krieges verschont geblieben sind. Wir statten nur eine Dankesschuld ab, wenn wir den Heimkehrern alle Mittel und Wege öffnen, um sich wieder in das Erwerbsleben einfügen zu können. Tausende leben in banger Sorge um ihre Existenz und Zukunft. Es ist die heilige Pflicht der Nationalversammlung, dafür zu sorgen, daß die Heimkehrer wieder Arbeit und ausreichenden Verdienst finden können. (Lebhafter Beifall.)

Es ist eine dankenswerte Aufgabe für alle Frauen und Männer, die in der Nationalversammlung zu wirken berufen sein werden, allen diesen Aufgaben gerecht zu werden. (Stürmischer Beifall.)

Nachdem noch Gemeinderätin Strobl und Gemeinderat Ullreich gesprochen hatten, wurde die Versammlung geschlossen.

Österr. Volkszeitung
26./II. 1919

Forderungen der Invaliden.

Aus dem Wasserbett zur Wahlurne. — Die Schweizer Lebensmittel. — Erhöhung der Löhnung und des Verpflegsgeldes. — Freie Fahrt für die Invaliden. — Eingliederung in das Wirtschaftsleben. — Eine unterbliebene Demonstration.

Im Sophiensaale fand gestern eine von mehreren Soldatenräten einberufene Invalidenversammlung statt, die — in vielfacher Hinsicht geeignet, die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit und der amtlichen Stellen zu erregen — einen anderen als den von den Einberufern offenkundig erwarteten Verlauf nahm.

Soldatenrat Köckeis führte aus, daß die Soldatenräte des Sanitätsunterausschusses die Interessen der Invaliden verraten. Man beschäftige sich im Sanitätsunterausschusse mit nichts anderem als mit der Frage, wie man den mißliebigen Sanitätschef Dr. Drastich entfernen und durch einen anderen ersetzen könnte, von dem persönliche Vorteile zu erlangen wären. Auch damit, daß die schwerkranken Invaliden aus dem Wasserbett zur Wahlurne geschleppt wurden, sei ihnen nicht gedient. Die Schweizer Lebensmittel werden nicht verteilt, weil die Gemeinde den Schlüssel noch nicht gefunden habe: in erster Linie haben die Invaliden Anspruch darauf — dies sei der naheliegendste Schlüssel. Wenn der Soldatenrat ein Ehrenposten sei, bei dem man sich nicht die Säcke füllen könne, dann erst werden die Interessen der Invaliden richtig vertreten sein. Der Redner beantragte eine Entschließung folgenden Inhalts: Neuwahl von Invaliden-(Soldaten-)räten in allen Anstalten, Anerkennung der Invalidenräte als dauernde Institution zur Wahrung der Interessen der Invaliden, Sitz und Stimme für ein Komitee des Invalidenrates in den staatlichen und städtischen Verwaltungskörpern, direkte Zuweisung der Schweizer Lebensmittel an die Sanitätsanstalten, Erhöhung der Spitalslöhnung von 1 K. auf 2 K. und des täglichen Verpflegsgeldes von 5 K. 50 H. auf 7 K. 50 H., bei Schwerkranken und Tuberkulosen auf 9 K. 50 H., Erhöhung der Brotration, freie Fahrt auf Eisen- und Straßenbahnen, Erhöhung der Verpflegsbeiträge der Superarbitrierten von 3 auf 7 K. täglich. Diese Entschließung wurde angenommen.

Soldatenrat Fischer hob dann die bisherigen Bemühungen des Sanitätsunterausschusses um die Besserung der Lage der Invaliden hervor und warnte vor dem Bruderkampf. Soldatenrat Picker meinte, die Invaliden, die den Sozialdemokraten zum Wahlsiege verholfen hätten, sollten sich jetzt mit Beschwichtigungsreden nicht begnügen. Der Obmann der Ortsgruppe Wien des Zentralverbandes der Kriegsbeschädigten Weißensteiner führte aus, man müsse bedenken, daß man in einer Stadt lebe, die nur für wenige Tage versorgt sei; die Verzögerung der Hilfe liege in der Schwäche des Staates, darum sei ausdauernde Arbeit wichtiger als radikale Reden in Versammlungen. Die Eingliederung der Invaliden in das Wirtschaftsleben sei die wichtigste Aufgabe, weil der Staat ihnen unmöglich eine solche Rente gewähren könne, daß sie „ausgesorgt" hätten. Die Produktivität der Invaliden zu heben und sie zu gleichwertigen freien Bürgern des Staates zu machen, sei das Ziel des Zentralverbandes, der mit zwecklosen Demonstrationen nichts gemein haben wolle, weil er die Invaliden nicht zu leichtfertigem Spiel mißbrauche.

Unter dem Eindrucke dieser Rede verließ die Mehrzahl der Versammlungsteilnehmer den Saal, worauf von der beabsichtigten Wahl eines Komitees abgesehen und die Versammlung geschlossen wurde, ohne daß es zu dem Demonstrationsumzuge zum Rathause gekommen wäre.

6./III.1919

204

Forderungen von Heimkehrern.

Heimkehrer aus russischer Kriegsgefangenschaft bitten sehr häufig, sich ihrer bezüglich rückständiger Löhne aus der Zeit ihrer Gefangenschaft oder auch bezüglich nicht ausbezahlter Geldanweisungen oder anderer Forderungen anzunehmen. Das Staatsamt für Heerwesen hat folgende Weisungen erteilt: Bezüglich des bei der Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft noch nicht ausbezahlten, respektive verrechneten Teiles des Arbeitsverdienstes der Heimkehrer sowie bezüglich der Ansprüche auf Rückstellung von durch die russischen Behörden abgenommenen Privateigentums sind die Heimkehrer darüber aufzuklären, daß die seinerzeitige österreichisch-ungarische Regierung sie diesfalls in den Friedensverträgen mit Rußland und der Ukraina geschützt hat. Diese Bestimmungen sind allerdings nicht in Geltung, da die Brest-Litowsker Verträge mit der Ukraina nicht ratifiziert wurden, jene mit Rußland aber infolge der staatsrechtlichen Umgestaltung der österreichisch-ungarischen Monarchie weder für die neu entstandenen Nationalstaaten noch für Rußland ohne weiteres bindend erscheinen. Schwierig ist jedoch die Beweisfrage, so daß nur Heimkehrern, die klare Bestätigungen oder dergleichen über ihre Forderungen haben, die wahrscheinliche Einlösung derselben in Aussicht gestellt werden kann.

Andere Forderungen als solche auf rückständigen Arbeitsverdienst und auf Rückstellung von abgenommenem Privateigentum sind durch den Friedensvertrag nicht getroffen. Es gelten in dieser Hinsicht die normalen Bestimmungen über die Geltendmachung von Ansprüchen Privater im internationalen Verkehr. Bezüglich derartiger Forderungen wäre den Heimkehrern anzuempfehlen, diese Ansprüche erst nach Wiedereintritt normaler Verhältnisse, eventuell im Wege der heimatlichen Konsulate, in Rußland und der Ukraina geltend zu machen.

Abweichend wären eventuell nur Ersatzforderungen von Heimkehrern für in Verlust geratene Geld- und Wertpostsendungen zu behandeln. Ob und wie weit die Sowjetregierung, respektive die Regierung der ukrainischen Volksrepublik, eine Schadenersatzpflicht für verlorene Postsendungen anerkennt, und von welchen Zeitpunkt angefangen diese Regierungen allenfalls ihre Schadenersatzpflicht gelten lassen, ließ sich bisher nicht feststellen, und sind die diesfälligen Erhebungen im Zuge.

Reichspost
30./III. 1919

205

Vom Schrebergarten zur Gartenstadt.

Invaliden- und Pensionistenkolonien.

Die Gartensiedlung bietet wie kaum eine andere Aktion die Möglichkeit, unseren Kriegsinvaliden und zahlreichen Staats- und Militärpensionisten ein auskömmliches Dasein und eine sorgenfreie Zukunft zu schaffen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß Kriegsinvalide, wenn sie zu anderen Arbeiten nicht fähig sind, vielfach noch Gartenarbeit betreiben können und sich bei dieser Tätigkeit kräftigen und erholen. Auf diese Weise würde ein schweres Rätsel gelöst und dem Staate eine Unmenge Arbeitskraft nutzbar gemacht. Allerdings müßte dabei Sorge getragen werden, daß man den in Betracht kommenden Personen auch die Möglichkeit zur Arbeit schafft, die sich im Rahmen der Siedlungsaktion, der Gartenstadt, darbietet. Kriegsverletzte, die mehr oder weniger gewerbsmäßig den Anbau zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes betreiben sollen, wird man unbedingt in von der Stadt entfernten Gegenden ansiedeln müssen. Die Siedlungsaktion wäre etwa in der Weise auszugestalten wie in Deutschland bereits das Rentengüterwesen besteht. Es bekommt jeder eine Fläche in einem etwas größeren Umfange, etwa ein Joch, zugewiesen, auf dem ihm die Wirtschaftsgebäude in der Größe gebaut werden, wie er sie für seine Kleinwirtschaft benötigt.

Für eine derartige Gestaltung der Siedlung bietet vor allem der abgelegene Teil des 21. Bezirkes weite Flächen. Es gibt dort ausgedehnte Gründe, die die Anlage von Hunderten solcher Kleinrentengüter möglich machen. Gleichzeitig würde damit in hervorragendem Maße Innenkolonisation betrieben, da weite heute nicht benützte Flächen intensiv bewirtschaftet würden. Für die Stadt Wien selbst wäre eine derartige Siedlung insofern von großer Bedeutung, als das linke Donauufer, das viel leichtere Ansiedlungsmöglichkeiten bietet als das rechte, entsprechend ausgebeutet würde.

Es wäre nun Sache der sozialen Fürsorge, den Kriegsverletzten eine derartige Ansiedlung finanziell zu ermöglichen. Ohne Zweifel wird der jeweilige Besitzer eines solchen Rentengutes in wenigen Jahren in der Lage sein, das ganze vorgestreckte Kapital mit den Zinsen zurückzuzahlen, denn für die von ihm erzeugten Produkte bietet sich, soweit er sie nicht für seine Verpflegung braucht, sehr leichter und ebenso günstiger Absatz. Diese Siedlungen könnten zu Art Vorstädten zusammengefaßt werden und Wirtschaftsvereinigungen bilden, die innerhalb ihrer Kolonie für die Bewohner jeweils die größten Vorteile in der Beschaffung von Saatgut, Materialien usw. erzielen. Es ist klar, daß sich in einer solchen Kolonie eine überaus rege produktive Tätigkeit entfalten würde, was im Interesse der Allgemeinheit sehr zu wünschen wäre.

In der gleichen Weise könnte man auch zahlreiche Staatspensionisten und vor allem pensionierte Militär- versorgen und dadurch eine Frage lösen, die den Verantwortlichen des Staates schwere Sorgen macht. Nicht wenige würden sicherlich gerne zugreifen, wenn sie auf eigenem Grund in der eigenen Siedlung arbeiten können. Es wäre nicht schwer, für solche Pensionisten ganze Kolonien einzurichten, womit deren Existenz ausreichend sichergestellt wäre. Eine derartige Kolonie müßte keineswegs in Wien selbst oder in dessen Nähe sein, sie könnte auch in der Umgebung angelegt werden. Es kämen da vor allem Grundflächen in Betracht, die mit Wien eine entsprechende Bahnverbindung haben (Südbahn-Hauptstrecke und Pottendorferlinie, dann teilweise Westbahn, Franz-Josefsbahn und die Lokalbahnen im Marchfeld). Die Siedlungen könnten nach dem Muster der übrigen Gartenanlagen ausgeführt werden. Die Amortisierung ließe sich noch leichter gestalten, da der Staat für einen allfälligen Bauvorschuß einen Teil der gebührenden Pensionen zurückbehalten könnte. Abgesehen von der Versorgung der Pensionisten gewinnt diese Idee, daß dem Staate dadurch auch junge und noch leistungsfähige Arbeitskräfte, das erhalten blieben, die sonst bei keiner anderen entsprechenden Existenzmöglichkeit zur Auswanderung gezwungen sind.

---

*) „Neminar" (Der Baumeister) nur für Freimaurer, Geheimverlag des S. C. Belgrad 1914 (serbisch).

Produktive Arbeit ist der Lebensnerv unseres Staates, der heute alles zum Ankauf von Lebensmitteln hernehmen muß. Wieviel Boden ist bei uns noch unbenützt, der einen bedeutenden Zuschuß zur Lebensmittelversorgung und Existenz vieler Staatsbürger geben könnte.

Österr. Volkszeitung
12./IV. 1919

206

Kriegerheimstätten.

Von Dr. Otto Steinwender.

Der Krieg hatte kaum ein halbes Jahr gedauert, als man im Deutschen Reiche schon daran dachte, Kriegerheimstätten zu schaffen. Nicht nur Kriegsinvalide, sondern auch andere Krieger und deren Witwen sollten mit einem Wohnhaus samt Garten, mit einer Gärtnerwirtschaft, mit einer kleinen oder mittleren Bauernwirtschaft versorgt werden. Dieses Vorbild fand bei uns bald Nachfolge, namentlich durch den Bürgermeister Dr. Weiskirchner und den gegenwärtigen Landeshauptmann Leopold v. Steiner. Die Wiener Gemeinde widmete Grundstücke bei Aspern und Hirschstetten, einen Gründungsfonds und überdies eine Bürgschaftsleistung; in ähnlicher Weise ging der niederösterreichische Landesausschuß vor. Für Mähren und Schlesien nahm der Zentralverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften die Sache mit vielversprechendem Anfange in die Hand. Im weiteren Verlaufe hat allerdings die über die schlimmsten Befürchtungen hinausgehende Dauer des Krieges die Arbeit erlahmen lassen, so daß wir jetzt vor der Aufgabe stehen, von neuem anzufangen.

Inzwischen hat sich die Zahl der Invaliden vervielfacht, und diesen reihen sich andere ungezählte Tausende unversorgte oder schlecht versorgte Krieger an, namentlich länger gediente Offiziere und Unteroffiziere. Heute drängen sich alle diese in den größeren Städten, namentlich in Wien zusammen, wo sie hoffnungslos warten und hungern. Auf der anderen Seite ruft die Landwirtschaft nach Arbeitskräften, der ausgemergelte Boden nach Pflege und die ganze Bevölkerung nach Brot. Um so mehr und um so rascher muß jetzt das nachgeholt werden, was an Vorbereitungen durch nahezu drei Jahre versäumt wurde.

An versorgungsbedürftigen Menschen wird es nicht so bald fehlen; denn wenn auch einmal die Kohlennot aufgehört hat, wird vielfach Arbeitslosigkeit bleiben. Freilich, diejenigen, die in der Stadt aufgewachsen sind oder sich in die Stadt eingewöhnt haben, taugen zumeist nicht mehr aufs Land. Für diese genügen Wohnungsheimstätten, die sich leicht herstellen lassen. Aber auch für diese bedeuten landwirtschaftliche Heimstätten eine Entlastung des Arbeitsmarktes. Wer aber auf dem Lande zu Hause ist, wird meist zufrieden sein, aus der Not und Unruhe der Stadt wieder den Weg ins Freie zu finden.

Unter den neuen Besiedlern des flachen Landes sind zwei Klassen zu unterscheiden. Es handelt sich erstens um landwirtschaftliche Arbeiter. Ohne eigenes Heim und ohne einen Fleck Grundes wird sich nicht leicht ein tüchtiger männlicher Arbeiter finden, der einfach das Leben eines Dienstboten wieder aufnehmen wollte. Sondern in unmittelbarer Nähe größerer Besitzungen müssen Häuslerstellen von verschiedener Größe errichtet werden, wie es in Dänemark seit dem Jahre 1900 geschehen ist. Hiebei wurden von den Besiedlern allerdings größere Ackerlose bis fünf Hektar besonders begehrt; immerhin verdingt sich die Hälfte dieser Kleinbauern in der Erntezeit für die Arbeit auf fremdem Grund.

Die zweite Klasse wird aus Kleinbauern und mittleren Bauern bestehen und daher größere Flächen Landes beanspruchen. Solche stehen aber auch zur Verfügung, denn in Deutschösterreich, ohne die deutschen Sudetengebiete, gibt es 3300 landwirtschaftliche Besitzungen über 200 Hektar und etwa 300 über 2000 Hektar. Davon ließe sich auch ohne gesetzlichen Zwang ein namhafter Teil ablösen, aber die freiwillige Ablösung würde allerdings nicht genügen, weder für die Tausende von Landhungrigen, noch für das volkswirtschaftliche Bedürfnis intensiver Bearbeitung. Um also hinreichend Grund zu beschaffen, bedarf es einer gesetzlichen Grundlage.

Zunächst werden jene ehemals bäuerlichen Besitzungen, welche von Aufkäufern erworben worden sind, abzulösen, und, insoweit sie für bäuerliche Bewirtschaftung weiter geeignet sind, den Ansiedlern zur Verfügung zu stellen sein. Im Süden von Niederösterreich und Oberösterreich bis nahe an Salzburg sind in den letzten Jahrzehnten Tausende von Bauern „gelegt" worden; die meisten dieser Bauernstellen eignen sich ganz gut zur Wiederbewirtschaftung, und wenn dadurch irgendein Jagdgebiet zerteilt wird, so liegt wirklich nichts daran. Ebenso sind in Obersteiermark jedes Jahr mehrere Hunderte, im ganzen wenig unter 10.000 bäuerliche Besitzungen von geistlichen und weltlichen Herren, teils zur sicheren Kapitalsanlage, teils um sich einer eigenen Hirschjagd zu rühmen, zusammengekauft worden. In Kärnten hat ein einziger Aristokrat über zweihundert Bauerngüter aufgekauft, und Dutzende von städtischen Herren und von Großbauern zwanzig, dreißig, auch fünfzig. Hier verlangt überall der neue Geist und die neue Not die Wiederherstellung der gestörten alten Ordnung.

Eine andere Quelle für Grunderwerbung zu Besiedlungszwecken wird die Vermögensabgabe eröffnen. Bei dieser wird sich der Staat vorbehalten, von größeren Besitzungen die Abgabeleistung in natura, also durch Abtretung von Grund und Boden zu verlangen. Hiedurch wird man auch am leichtesten über die angesichts des geänderten und sich weiter ändernden Geldwertes außerordentlich schwierige Frage der Einschätzung hinwegkommen.

Heute drängt alles zur raschesten Lösung der Kriegerheimstättenfrage, die Pflicht des Staates zur Versorgung der Krieger, die Not von Hunderttausenden, die Arbeitslosigkeit, der Zwang zur intensiven Bewirtschaftung und die Gelegenheit, die durch die Vermögensabgabe an die Hand gegeben wird.

Der Abend
12./IV. 1919

207

Kriegsinvalide besetzen das Schloß Wilhelminenberg.

Das Schloß Leopold Salvators eine Lungenheilstätte.

In einer gestern abgehaltenen Invalidenversammlung kam auch die Rede darauf, daß die Lungenkranken in dem Schlosse des früheren Erzherzogs Leopold Salvator am Wilhelminenberg eine ausgezeichnete Heilstätte finden könnten, die dank ihrer Höhenlage jedenfalls geeigneter wäre als der Aufenthalt im Kriegsspital Nr. 1, das bisher das alleinige Rekonvaleszentenhaus für lungenkranke Soldaten ist. Infolge dieser Anregung machte sich heute früh eine Abteilung von kriegsbeschädigten Soldaten des Kriegsspitals Nr. 1 unter der Führung des Invalidenrates Lang auf, um das Schloß zu besichtigen und die Besetzung durchzuführen.

Es waren etwa 300 Mann, die beim Schlosse eintrafen, von der dort befindlichen Volkswehr aber und der übrigen Schloßbewachung nicht eingelassen wurden. Nachdem der Invalidenrat jedoch dem diensthabenden Major erklärt hatte, daß die Soldaten keinerlei Gewalttätigkeiten bezwecken, sondern nur die Besichtigung des Schlosses planen, um es den lungenkranken Soldaten zur Verfügung stellen zu können, wurde ihnen der Einlaß gewährt. Seither ist das Schloß von den Soldaten besetzt, die dort bereits alle Anstalten treffen, um das große, auf dem Wilhelminenberg gelegene Gebäude für eine Lungenkrankenheilanstalt herzurichten, in dem die lungenkranken Wiener, besonders aber die Patienten des Kriegsspitals Nr. 1 untergebracht werden sollen.

*

Die invaliden Soldaten sind um ½9 Uhr früh vom Kriegsspital aufgebrochen. Ihre Absicht konnte natürlich nicht unbemerkt bleiben und so schloß sich ihnen ein kleiner Truppe Sicherheitswache an. Die Soldaten halten im Schlosse musterhafte Ordnung und haben bereits ein Tagesprogramm festgesetzt, wonach immer ein Teil von ihnen ins Kriegsspital zum Essen geht, während der andere Teil im Schlosse bleibt.

Das Staatsamt für Heerwesen wurde von der Besetzung telephonisch verständigt und Staatssekretär Dr. Deutsch sagte zu, daß er im Laufe des Nachmittags bestimmt im Schlosse erscheinen werde, um mit dem Verwalter der erzherzoglichen Güter Besprechungen zu halten und endgültige Beschlüsse zu fassen.

Die Verwaltung des Kriegsspitals Nr. 1 ist bereit, falls das Schloß tatsächlich dem geplanten Zwecke gewidmet bleibt, auf eigene Kosten die technische Neueinrichtung der Lungenheilstätte im Schlosse zu bestreiten.

Neues Wiener Tagblatt Abend
12./IV. 1919

208

Versuchte Besetzung des Schlosses Wilhelminenberg.

Durch invalide Soldaten.

Heute vormittag beschloß ein Zug von Invaliden aus dem Ottakringer Kriegsspital, das dem ehemaligen Erzherzog Leopold Salvator gehörige Schloß auf dem Wilhelminenberg zu besetzen. Sicherheitswache, die vorher verständigt worden war, hielt die Zugänge besetzt, und nach einigem Verhandeln kam ein Einvernehmen zustande, demzufolge eine Abordnung, bestehend aus Aerzten, Pflegerinnen und Kriegsinvaliden das Schloß besichtigten. Es wurde den wartenden Invaliden erklärt, daß selbstverständlich schon den verschiedenen in Betracht kommenden Staatsämtern Mitteilung gemacht worden sei, daß das Schloß für Fürsorgezwecke beschlagnahmt werden würde, daß man aber eine gewaltsame Beschlagnahme vermeiden und die Entscheidung der Staatsämter abwarten wolle.

Nachdem die Abordnung das Schloß in Augenschein genommen hatte, kehrte sie zu den draußen wartenden Invaliden zurück und gab die Erklärung ab, daß das Schloß sich als Rekonvaleszentenheim für tuberkulöse Kriegsinvalide sehr gut eigne und ein diesbezüglicher Antrag an die Regierung gestellt werden wird. Hierauf zogen die Invaliden wieder zum Ottakringer Kriegsspital zurück, ohne daß es zu irgendem Zwischenfall gekommen wäre.

Reichspost

13./IV. 1919

209

Die Forderungen der Heimkehrer.

Eine stürmische Soldatenversammlung.

Heute Samstag nachmittag fand vor der Gastwirtschaft Scherdax auf dem Margaretenplatz eine von etwa 2000 Heimkehrern besuchte Versammlung statt, um gegen die trostlose Lage vieler arbeitsloser Kriegsteilnehmer Abhilfe zu schaffen. Die Redner, die sich in scharfen Worten besonders über die Undankbarkeit gegenüber den Kriegern ergingen und deren vielfach traurige Ernährungs- und Arbeitsverhältnisse besprachen, forderten vor allem die Auszahlung einer Abfertigung von 5000 Kronen für jeden Heimkehrer. Ein Redner sagte, diese Forderung möge an sich sehr hoch erscheinen, besonders wenn man die große Masse der Kriegsteilnehmer in Betracht ziehe. Und doch sei sie im Verhältnis zu den Kriegsleistungen und mit Rücksicht auf die ungeheure Teuerung keine Bezahlung der Schuld an die Vaterlandsverteidiger. In zustimmenden Zwischenrufen der Versammelten wurde der Ansicht Ausdruck gegeben, daß dies nur eine Verlegenheitsforderung sei, weil man augenblicklich keinen anderen Ausweg wisse, die Existenzmöglichkeit der Heimkehrer entsprechend zu sichern. Ein Redner betonte mit Recht, die Hauptforderung bleibe doch die nach Schaffung von Arbeitsgelegenheit. Er sagte: Wir wollen jaarbeiten, aber nicht mehr für das Großkapital, sondern für die Allgemeinheit, für uns und unsere Familien. Mit der Ausbeutung des arbeitenden Volkes durch die Geldleute muß endlich einmal gebrochen und die Vermögensabgabe, die bis heute, nach halbjähriger republikanischer Verfassung, noch nicht durchgeführt worden ist, muß endlich in Angriff genommen werden.

Während der letzten Reden wurde die Stimmung der Versammelten sehr erregt und äußerte sich oft in stürmischen Zwischenrufen, so daß die Redner sich nicht mehr verständlich machen konnten. Als einer der Versammlungsteilnehmer dafür eintrat, daß man mit der Veranstaltung einer Demonstration noch einige Tage zuwarten wolle, bis alle organisatorischen Vorbereitungen getroffen seien, schrieen ihm viele zu: „Nein, heute marschieren wir noch zu Dr. Deutsch und Dr. Bauer. Wir haben jetzt sechs Monate gewartet, jetzt warten wir keinen Tag mehr!" Und als sich noch ein kommunistischer Jude zum Worte meldete, wurde er mit stürmischen Abzugrufen empfangen und durch allgemeines Pfeifen zum sofortigen Verlassen der Rednertribüne gezwungen. Der Großteil der Versammelten begab sich sodann auf die Straße, um sich dort zu einem Umzug zusammenzuschließen und durch eine Abordnung im Staatsamt für Heerwesen ihre Forderungen zu überreichen.

Neue Freie Presse
15./IV. 1919

2M

Die Verhandlungen der Kriegsinvaliden mit dem Staatskanzler.

Im großen Saale des Militärkommandogebäudes fanden heute nachmittag die Verhandlungen der Vertreter der Regierung mit den Vertretern der Kriegsinvaliden über die in der gestrigen Invalidenversammlung im Zirkus Busch aufgestellten Forderungen statt. Von der Regierung waren Staatskanzler Dr. Renner, Staatssekretär Hannsch und Vertreter des Staatsamtes für Finanzen und des Heeresamtes erschienen. Die Kriegsinvaliden waren durch die Invaliden Rechtl, Rada, Wolfmüller, Ernst, Schmid u. a. vertreten.

Ueber die Verhandlungen liegt der folgende Bericht vor:

Die Vertreter der Kriegsinvaliden teilten mit, daß die Kriegsinvaliden folgende Forderungen aufstellen: Einen Anschaffungsbeitrag von 800 K. für die in Spitalspflege befindlichen Invaliden eine tägliche Löhnung von 4 K., die Erhöhung der Invalidenrente um 15 K. per Tag, jedem Invaliden soll das Recht eingeräumt werden, das Spital wählen zu können, wo er eine sachgemäße Behandlung zu erhoffen hat. Die Schlösser Schönbrunn und Hetzendorf sollen den Invaliden zum ständigen Aufenthalt eingeräumt werden. Im Kriegsspital Meidling und der Lungenheilstätte Grimmenstein, die wegen kommunistischer Agitation gesperrt wurden, muß die Sperre wieder aufgehoben werden.

In der Beratung über diese Forderungen verwies der Staatskanzler Dr. Renner auf die schwierige finanzielle Lage hin, in der sich der Staat befinde, weshalb es notwendig sei, die Forderungen nicht zu überspannen. Er glaube daher, daß die Forderung nach Bewilligung eines Anschaffungsbeitrages von 800 K. derzeit sich nicht durchführen lassen werde. Hinsichtlich der Erhöhung der Krankenlöhnung auf 4 K. per Tag sicherte er seine Befürwortung zu, betonte jedoch, daß er sich diesbezüglich noch mit dem Staatssekretär für Finanzen ins Einvernehmen setzen müsse. Wegen der Erhöhung der Invalidenrente verwies Staatssekretär Hannsch darauf, daß bis zum 15. Juni ohnehin das neue Invalidengesetz in Kraft treten werde, das zweifellos eine Besserung der wirtschaftlichen Lage der Kriegsinvaliden bringe. Der Forderung, wonach den Kriegsinvaliden die Wahl des Spitals zur sachgemäßen Behandlung freistehen solle, meinte Staatssekretär Hannsch, werde Rechnung getragen und die Aufhebung der Sperre über das Kriegsspital in Meidling und das Sanatorium Grimmenstein werde sofort verfügt werden. Was die Ueberlassung der Schlösser in Hetzendorf und Schönbrunn anbelangt, so erklärte der Staatskanzler, daß er dieser Forderung nicht unsympathisch gegenüberstehe, doch lasse sich dies momentan nicht durchführen, es müsse die Regelung der Frage einem späteren Zeitpunkte vorbehalten bleiben.

Der Vertreter der Invaliden Gottfried verlangte, daß man bei Entsendung von Kindern zum Aufenthalt in die Schweiz in erster Linie die Kinder der Invaliden berücksichtigen soll, welchem Wunsche Staatssekretär Hannsch zu entsprechen versprach.

Schließlich protestierten die Vertreter der Kriegsinvaliden gegen die Verhaftung des Vertreters des Verbandes der Kriegsbeschädigten Köckeis, der auf dem Wege zu dieser Verhandlung von Polizisten bei der Oper festgenommen wurde, und verlangten dessen sofortige Freilassung. Staatskanzler Dr. Renner sagte zu, die sofortige Freilassung des Verhafteten zu erwirken, und lud die Vertreter der Kriegsinvaliden für Donnerstag zu einer Sitzung ein, in der ihnen das Ergebnis der Beratungen der Regierung über die Forderungen der Invaliden mitgeteilt werden wird.

Die „Korrespondenz Wilhelm" meldet: Am Sonntag den 13. d., vormittags, fand nach einer im Gebäude des Zirkus Busch abgehaltenen Versammlung ein Aufzug von Kriegsinvaliden und Heimkehrern vor dem Staatsamte für Heerwesen statt. Im Zusammenhange damit begab sich eine Deputation ins Staatsamt und brachte die Wünsche der Demonstranten vor. Der Führer der Abordnung, der 34jährige Schriftsetzer Konrad Edmund Köckeis, drohte nun im Zuge der Verhandlungen, die einen äußerst erregten Verlauf nahmen, mit dem Revolver, wenn den vorgebrachten Wünschen nicht Genüge geleistet werde, und wies auch in einer späterhin vor dem Staatsamte an die angesammelte Menge gehaltenen Rede auf seinen hocherhobenen Revolver als das Mittel hin, durch das den Wünschen der Invaliden und Heimkehrer Nachdruck verliehen würde. Konrad Edmund Köckeis, der wegen der Verbrechen des Diebstahls und der Veruntreuung sowie wegen schwerer Körperverletzung bereits neunmal zu schwerem Kerker bis zur Dauer von 15 Monaten verurteilt worden ist, wurde am 14. d., nachmittags, verhaftet und dem Landesgerichte wegen Erpressung eingeliefert.

Neue Freie Presse
17/IV. 1919

212

[Kriegsinvalide in Schönbrunn.] Zur Benützung für Kriegsinvalide, denen, wie gemeldet, Räume im Schloß Wilhelminenberg zur Verfügung gestellt wurden, sind jetzt auch einige Zimmer im Valerietrakt und Amalientrakt des Schönbrunner Schlosses freigegeben worden. Sie beherbergen eine Anzahl Invalide des Meidlinger Kriegsspitals, aus dessen Küche die Mannschaft auch vorläufig verpflegt wird.

Österr. Volkszeitung
18./IV. 1919

213

Die Forderungen der Invaliden.

Keine Einigung bei den Verhandlungen.

Im Gebäude des Militärkommandos fand gestern eine Versammlung der Vertreter der Kriegsinvaliden statt, in welcher Staatskanzler Dr. Renner und Staatssekretär Hanusch die Antwort auf die von den Invaliden am letzten Sonntag aufgestellten Forderungen erteilten.

Staatskanzler Dr. Renner erklärte, daß die Regierung der Forderung nach Schaffung von Invalidenheimen in weitestgehendem Maße entgegenkommen werde. Der Valerietrakt des Schönbrunner Schlosses, Teile des Hetzendorfer Schlosses, die Villa Hermes und das Laxenburger Schloß mit Ausnahme einzelner Prunkräume werden nach erfolgter Adaptierung den Invaliden überlassen werden. In Laxenburg soll auch eine Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft für Kriegsinvalide errichtet werden, die ihnen, soweit sie dazu fähig sind, eine gewerbliche oder landwirtschaftliche Tätigkeit ermöglichen soll. Die Regierung werde überdies eine Zentralstelle für alle Angelegenheiten der Kriegsinvaliden schaffen. Für diese sei das Gebäude der Marinesektion in Aussicht genommen.

Staatssekretär Hanusch verwies darauf, daß das neue Invalidengesetz bereits am 15. Juni in Wirksamkeit treten werde. Bezüglich der wirtschaftlichen Forderungen der Invaliden teilte er mit, daß er hierüber mit dem Staatssekretär für Finanzen eingehende Verhandlungen gepflogen worden seien, die zu dem Ergebnis führten, daß mit Rücksicht auf die finanzielle Lage des Staates den Invaliden als Höchstbetrag zwei Millionen Kronen für die Zeit vom 15. d. bis 15. Juni gewährt werden können. Ueber die Verteilung dieses Betrages werde noch mit dem Zentralverband der Kriegsinvaliden verhandelt. Invalide, die über ein anderes Einkommen verfügen, sollen auch Lebensmittel zugewiesen erhalten. Die Spitalslöhnung für Kriegsinvalide werde von einer Krone auf zwei Kronen erhöht werden.

Die Vertreter der Kriegsinvaliden verlangten, daß die Aushilfen rückwirkend ab 1. Jänner gewährt werden. Staatssekretär Hanusch erklärte, die Erfüllung dieser Forderung sei aus staatsfinanziellen Rücksichten unmöglich. Die Vertreter der Invaliden bemerkten hierauf, daß sowohl Staatskanzler Doktor Renner als Staatssekretär Hanusch in den letzten Verhandlungen die Erhöhung der Spitalslöhnung auf 4 K. zugesagt hätten.

Staatssekretär Hanusch bestritt die Richtigkeit dieser Behauptung. Der Staatskanzler und er hätten zwar die Berechtigung dieser Forderung anerkannt, gleichzeitig aber erklärt, daß sie noch mit dem Staatssekretär für Finanzen über die Möglichkeit der Erfüllung dieser Forderung verhandeln müßten. Dies sei inzwischen geschehen. Die Verhandlungen hätten die Unmöglichkeit der Erfüllung ergeben.

Die Vertreter der Invaliden blieben bei ihrer Behauptung. Sie betonten, die Regierung habe ihr Versprechen nicht eingehalten und verließen mit der Erklärung, für die Folgen die Verantwortung nicht übernehmen zu können, demonstrativ den Saal.

Arbeiterzeitung
20./IV. 1919

214

Für die Kriegsopfer.

Das neue Gesetz über Invaliden-, Witwen- und Waisenpensionen.

Die Regierung hat der Nationalversammlung ein Gesetz über die Pensionen vorgelegt, die von nun an die Invaliden, dann die Witwen und Waisen von infolge des Militärdienstes Gestorbenen bekommen sollen. Das Gesetz ist zu loben, denn es gibt den Kriegsopfern bedeutend mehr als irgend ein anderer Staat. Es ist auch in einer viel saubereren und verständlicheren Sprache abgefaßt als die meisten alten Gesetze. Nur wenige Ausstellungen sind zu machen und wir hoffen, daß diesen kleinen Rest der Arbeit die Nationalversammlung besorgen werde. Der Ausschuß hat die Beratung fast beendet, und der vom Berichterstatter Widholz erstattete Bericht liegt nun vor.

Die Invalidenpensionen.

Das Wichtigste, was das Gesetz bieten muß, ist die Pension in barem Gelde. Das erkannte die Regierung und sie ist nicht knauserig.

Das Jahreseinkommen ist die Grundlage für die Vollrente. Diese wird (wegen der Teuerung) im ersten Jahre um 50 Prozent erhöht. Teile dieser erhöhten Vollrente sind die Pensionen für die Teilinvaliden. Hilflose, die ständiger Wartung bedürfen, bekommen, je nach der Größe der Orte (Wien, andere Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern, Städte mit 15.000 bis 50.000, mit 5000 bis 15.000, und mit weniger als 5000) Zuschüsse von 200, 175, 150, 125 und 100 Kronen monatlich. Die Rente gehört hauptsächlich zur Erhaltung des Verletzten selbst und seiner Frau, denn für jedes Kind bekommt er einen Zuschuß von einem Zehntel.

Demgemäß beträgt die derzeitige Invalidenpension für vor ihrer Einrückung in Wien wohnhaft Gewesene:

bei einem Monatseinkommen	bei Hilflosigkeit	bei Verminderung der Erwerbsfähigkeit um 75—100	65—75	55—65	45—55	35—45	25—35	15—25
				Prozent				
100—120	365	165	123·75	99	82·50	66	49·50	33
120—140	380	180	135	138	90	72	54	36
140—160	395	195	146·25	117	97·50	78	58·50	39
160—180	410	210	157·50	126	105	84	63	42
180—200	425	225	168·75	135	112·50	90	67·50	45
200—220	440	240	180	144	120	96	72	48
220—260	470	270	202·50	162	135	108	81	54
260—300	500	300	225	180	150	120	90	60
300—340	530	330	247·50	198	165	132	99	66
340—380	560	360	270	216	180	144	108	72
380—420	590	390	292·50	234	195	156	117	78
420—460	620	420	315	252	210	168	126	84
460—500	650	450	337·50	270	225	180	135	90
500—540	680	480	360	288	240	192	144	96
540—580	710	510	382·50	306	255	204	153	102
über 580	740	540	405	324	270	216	162	108

Dazu kommen noch die Pensionen für die Kinder der Invaliden. Sie erhalten, bis sie achtzehn Jahre alt werden, ein Zehntel der Pension des Vaters, so daß der Ganzinvalide, der zehn Kinder hat, 1080 Kronen monatlich bekommen kann. Diese Renten, die die Republik den Kriegskrüppeln gewährt, unterscheiden sich doch gewaltig von den Bettelbeträgen, die der alte Staat seinen Opfern hingeworfen hat!

Selbstverständlich ist es vollständig gleichgültig, was der Invalide war; die Reserveoffiziere werden genau so behandelt wie die übrigen Soldaten. Für die Berufsoffiziere und Berufsunteroffiziere gilt das neue Gesetz nicht.

Die Pension des Invaliden richtet sich nach dem Einkommen, das er als Zivilist hatte; im allgemeinen ist es das, das er vor seiner Einrückung gehabt hat. Hier entstehen nun große Ungleichheiten: der Schlosser, der im August 1914 eingerückt ist, hatte einen kleinen Verdienst, der im Jahre 1918 eingerückt ist, infolge der inzwischen entstandenen Teuerung einen, in Geld ausgedrückt, großen. Die Pension des später Eingerückten wäre nun viel größer als die seines gleichqualifizierten Kollegen, der früher einrücken mußte. Der Entwurf will nun für Gesundheitsschädigungen, die zwischen 1916 und 1920 eintraten, den Verdienst als Grundlage nehmen, der in einem der Jahre bis Ende 1915 erzielt wurde. Diese Bestimmung ist eine der verfehltesten des Gesetzes. Erstens denkt sie nicht an diejenigen, die schon 1911 eingerückt sind, dann versteht man nicht, warum das Jahr der Schädigung entscheidend sein soll. Es müßte gesagt werden: Als Grundlage dient das höchste Jahreseinkommen, das der Geschädigte in einem der Jahre 1910 bis 1915 gehabt hat.

Das Gesetz ordnet mit Recht an, daß das Jahreseinkommen, wenn es nicht feststeht, auf Antrag des Anspruchsberechtigten geschätzt wird, und zwar gemäß dem Voll Leuten gleichen Berufes am gleichen Orte. Diese Schätzung sollte obligatorisch vorgeschrieben werden.

Nun gibt es viele Invalide, die vor der Einrückung noch keinen Beruf hatten; es sind das vor allem die Studenten, dann auch Lehrlinge oder im Haushalt oder im Geschäft der Eltern Verwendete. Für sie konnten die Renten nicht nach ihrem früheren Einkommen bemessen werden. Man hat also für sie ein anderes System entworfen. Sie bekommen Pensionen je nach dem Grade der Vorbildung und nach der Größe des Ortes, in dem vor der Einrückung sie oder ihre Eltern wohnten.

Die vollen Pensionen ohne den Zuschlag für Hilflose für diese Gruppe sollen gemäß dem Entwurf monatlich betragen:

	in Wien	in Städten von mehr als 50.000 Einwohner	15.000	5000	in kleinen Orten
mit Schulbesuch (oder gleichwertiger fachlicher Ausbildung)	420	390	360	330	300
mit Mittelschulbesuch oder handwerksmäßiger Ausbildung . . . (oder gleichwertiger fachlicher Ausbildung)	300	270	240	225	210
mit geringerer Vorbildung . (oder gleichwertiger fachlicher Ausbildung)	210	195	180	165	150

Hilflose bekommen noch die oben genannten Zuschüsse von 100 bis 200 Kronen.

Wer weniger als 75 Prozent der Arbeitsfähigkeit eingebüßt hat, bekommt natürlich in jeder Gruppe und in jeder Ortsklasse (Kurorte und Orte in der Nähe größerer Städte können in eine höhere Ortsklasse eingereiht werden) den entsprechenden Teil der hier angegebenen Summen, also 20, 30, 40, 50, 60 und 75 Prozent.

Die hier angegebenen Pensionen sind auch die Mindestpensionen. Sie werden in jedem Falle gezahlt, also dann, wenn der Invalide darauf verzichtet, daß sein früheres Einkommen festgestellt werde, ferner, wenn diese Feststellung weniger für ihn ergibt, als er vermöge seiner Vorbildung fordern kann.

Die Rente ist, wenn sich der Zustand des Invaliden verschlechtert, zu erhöhen, wenn er sich bessert, herabzusetzen, also wenn die Arbeitsfähigkeit über 85 Prozent stieg, einzustellen.

Andere Leistungen an die Invaliden.

Das Gesetz gibt nicht nur Pensionen. Es gewährt vor allem bei jeder Gesundheitsschädigung, die aus dem Kriegsleiden stammt, auf Staatskosten ärztliche Hilfe, Medikamente und therapeutische Behelfe, ferner Spitalpflege und die Fahrtkosten ins und aus dem Spital. In den ersten drei Jahren haben die Krankenkassen für diese Leistungen nicht aufzukommen. Nach drei Jahren zahlt der Staat das, was über die Leistungen der Kasse hinausgeht. In den ersten drei Jahren brauchen aber auch die Krankenkassen nur das halbe Krankengeld zu zahlen, da doch die Grundlage der Existenz des Invaliden seine Rente ist. Ein kleineres Krankengeld kann aber der kranke Invalide niemals haben. Wenn er nämlich infolge seines Kriegsleidens von seiner Arbeit fernbleiben muß, bekommt er vom Staat Krankengeld, das so hoch ist wie die Mindestpension, also für den Ungelernten in Wien 210 Kronen monatlich oder 7 Kronen täglich beträgt; für jedes Kind bis zu 18 Jahren kommen noch 10 Prozent, also bei unserem Beispiel 70 Heller, dazu. Die Pension wird natürlich in das Krankengeld eingerechnet. Dieses samt dem Kinderzuschuß bekommt aber auch der durch Krankheit von der Arbeit ferngehaltene Invalide, dessen Einbuße an Erwerbsfähigkeit geringer als 15 Prozent ist. Es sollen sich darum auch alle superarbitrieren lassen, die vermuten, daß sie weniger als 15 Prozent von ihrer Arbeitsfähigkeit eingebüßt haben, aber doch durch den Militärdienst an der Gesundheit geschädigt worden seien.

Wer in einer Heilanstalt verpflegt wird, bekommt als Krankengeld eine Krone täglich; wenn er jedoch Angehörige zu erhalten hat, die Krone und das halbe Krankengeld.

Der Invalide hat auch Anspruch auf Prothesen und ähnliche Mittel auf Kosten des Staates. Beschafft er sie selbst, bekommt er so viel als Ersatz, als der Staat aufwenden müßte. Auch die Erneuerung der Prothesen besorgt der Staat. Für Reisen, die zu ihrer Erlangung nötig sind, zahlt er die Kosten.

Außerdem verspricht der Staat in dem Gesetz, für die berufliche Ausbildung des Invaliden zu sorgen und sie unter Umständen bis drei Jahre währen zu lassen.

Man sieht, dieses Gesetz der Republik Deutschösterreich ist musterhaft; es sorgt für alles vor. Inwieweit es die Hinterbliebenen der Kriegsopfer bedenkt, werden wir nächstens darlegen.

Österr. Volkszeitung
20./IV. 1919

215

Das Invalidengesetz.

Deutschösterreichs Opfer im Weltkriege.

Welch schwere Opfer an Gut und Blut Deutschösterreich im Weltkriege zu bringen hatte, geht deutlich aus der Begründung zum Invalidengesetz hervor, die soeben erschienen ist. Die ehemalige Monarchie zählt demnach über 215.000 Invalide, wovon auf Deutschösterreich rund 100.000 Mann entfallen. Kriegsgefangene wurden von der ehemaligen österreichisch-ungarischen Wehrmacht mindestens eine Million Personen, die Zahl der Toten oder an ihren Verletzungen im Hinterland Gestorbenen beträgt über 800.000. Deutschösterreich hat 125.000 Witwen, 225.000 Waisen zu versorgen, und überdies für 100.000 Kriegsbeschädigte und 80.000 Kinder von Kriegsbeschädigten aufzukommen. Für Invalidenrenten, Kinderzuschüsse der Invaliden, Witwen- und Waisenrenten werden bereits im ersten Jahre des Inkrafttretens des Gesetzes 346 Millionen Kronen erforderlich sein.

Der Ausschuß für soziale Verwaltung hat an dem Invalidengesetz eine Reihe von Verbesserungen vorgenommen. So wird auch jenen Kriegsgefangenen ihr Anspruchsrecht gewahrt, die zwar nicht deutschösterreichische Staatsbürger sind, aber durch fünf Jahre vor Kriegsausbruch im deutschösterreichischen Staat ihren ständigen Wohnsitz hatten. Zum Vorteil des Handwerks und gleichwertiger praktischer Berufe wurden höhere Rentensätze festgestellt, die lediglich an eine mindestens zweijährige, über die Volksschule hinausreichende Ausbildung im Handwerk geknüpft sind. Die Witwenrente ist bereits nach einjähriger Lebensgemeinschaft mit dem Verstorbenen, auch wenn diese bloß im gemeinsamen Haushalt bestand, erreichbar. An Stelle der Eltern des Geschädigten können, wenn diese nicht mehr am Leben sind, Großeltern und Geschwister eine Rente erhalten. Spätestens am 1. Juli 1919 tritt das Gesetz in Kraft.

Der Neue Tag 20./IV. 1919

216

Ruhe in Wien.

Schwache Beteiligung an der Versammlung. — Schutzmaßnahmen im Parlament. — Versorgung der Hinterbliebenen der gefallenen Wachleute.

Der gestrige Tag, dem man mit einiger Besorgnis entgegengesehen hatte, ist erfreulicherweise vollkommen ruhig verlaufen; es hat sich nicht der geringste Zwischenfall ereignet. Die Versammlung der Heimkehrer, Kriegsinvaliden und Abgerüsteten im Zirkus Busch war ziemlich schwach besucht. Es wurden die Forderungen bekanntgegeben, die dem Staatskanzler überbracht werden sollen und die in der Hauptsache auf Gewährung einer sofortigen Abfertigung von 5000 Kronen an jeden Heimkehrer und unentgeltlicher Ueberlassung brachliegender Grundstücke in der Umgebung von Wien und der Provinzstädte sowie auf Errichtung einer Erzeugungs- und Verwertungsgenossenschaft für abgerüstete Soldaten lauteten. Verschiedene Redner mahnten zur Ruhe und erklärten, daß sie der Polizei das Versprechen gegeben hatten, daß die Versammlung ruhig verlaufen werde. Nach 5 Uhr war die Versammlung zu Ende und die Teilnehmer marschierten ab. Die Deputation, die zum Staatskanzler gehen sollte, wurde beauftragt, Mittwoch um 3 Uhr nachmittags vor dem Rathause die Antwort des Staatskanzlers bekanntzugeben.

Ein fünftes Todesopfer der Wache.

Die Kämpfe des Donerstag haben ein fünftes Todesopfer gefordert. Sicherheitswachmann Josef Hratzky, der bei den Tumulten durch einen Brustschuß schwer verletzt worden ist, ist gestern vormittags im Allgemeinen Krankenhause gestorben.

100.000 Kronen für die Hinterbliebenen der gefallenen Wachleute.

Die Regierung hat auf Antrag des Polizeipräsidenten Johann Schober den Beschluß gefaßt, den Hinterbliebenen der bei den Ausschreitungen am Gründonnerstag in Ausübung ihres Dienstes tödlich verunglückten Wachorganen die letzten Aktivitätsbezüge an Stelle der normalen Pensionen der Verstorbenen als Versorgungsgenüsse zuzuerkennen. Weiters hat die Regierung beschlossen, dem Polizeipräsidenten Schober zur Beteilung der Hinterbliebenen der Donnerstag getöteten Polizeiorgane sowie den verwundeten Polizeiorganen den Betrag von 100.000 Kronen zur Verfügung zu stellen.

Schutzmaßnahmen im Parlament.

Um für alle Eventualitäten gerüstet zu sein, wurden für gestern nachmittags eine Reihe von Maßnahmen getroffen. Ab 1 Uhr mittags war für die im Parlament befindlichen Truppen strenge Bereitschaft. Die Kontrolle wurde verschärft und der Eintritt in das Parlamentsgebäude nur den hier beschäftigten Personen gegen Vorweisung der Legitimation gestattet. Im Hofe des zum Schmerlingplatz führenden Tores stand eine Abteilung der Volkswehr, mit Stahlhelmen versehen, und harrte dort der weiteren Befehle. An den Hydranten waren Schläuche angebracht, um etwaige Angriffe von Demonstranten mit kalten Wasserstrahlen abzuwehren. Auf dieser Seite war die Straße nachmittags ganz abgesperrt und auch im Park patrouillierten Volkswehrmänner mit Stahlhelmen, um jede Ansammlung zu verhindern. Um die Mittagsstunde wurden die zur Bewachung des Parlamentsgebäudes entsandten Truppen verstärkt. Hier befanden sich außer den Bataillonen 1 und 7 noch die Volkswehrbataillone 24 und 25 mit 16 Maschinengewehren. Außerdem war Sanitätsmannschaft mit Tragbahren und Verbandszeug gekommen. Auch die Burg erhielt eine verstärkte Wache. In die Hofburg wurde das Volkswehrbataillon Nr. 2 entsendet.

Wiener - Stimmen
25./IV. 1919

220

Die Christlichsozialen und das Invalidengesetz.

In der Spezialdebatte über das Invalidengesetz erklärte heute Abg. Dr. Mayr (christlichsozial) zunächst als Tiroler: Gerade das Land Tirol wird durch das Invalidengesetz ganz besonders berührt, und zwar wegen der außerordentlichen Blutopfer, die das Land für das alte Oesterreich erlitten hat durch den Verlust der stolzen Kaiserjägerregimenter vom Anfang in Galizien bis zum Schlusse, wo die Letzten gefangengenommen worden sind an der italienischen Front, Landsturm und Standschützen. Daher kommt es, daß Tirol in ganz Deutschösterreich die meisten Invalidenwitwen hat. Was das Gesetz selbst betrifft, so werden die Christlichsozialen dafür stimmen. Unbedingt dagegen aber sind sie, daß die Kriegskonkubinen mit den Kriegswitwen gleichgestellt werden, und zwar aus Gründen der Weltanschauung, weil sie der Ueberzeugung sind, daß nur ein christlicher Staat auf einem Fortbestand zu rechnen hat, wie uns wieder die Geschichte lehrt. Im übrigen betrachten die Christlichsozialen das gegenwärtige Invalidenfürsorgesetz nur als eine Abschlagszahlung. Sie gehen von dem Gedanken aus: bis dat, qui cito dat (Doppelt gibt, wer rasch gibt) und erwarten, daß nach der vorgesehenen Revision dieses Gesetzes nach einem Jahre eine wesentliche Besserstellung der Invaliden nach dem Wünschen der Kriegsinvaliden selbst durchgeführt werden kann.

Ein Vertreter Englands im Parlament.

Zu den heutigen Verhandlungen über das Invaliden- und Hinterbliebenengesetz erschien von der englischen Militärmission Hauptmann Maclure, der von Vertretern der Regierung in die Loge geführt wurde, wo ihm die einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfes und deren voraussichtliche Wirkungen erläutert wurden. Hauptmann Maclure bekundete wegen der bevorstehenden Behandlung der Invaliden- und Hinterbliebenenfürsorge im englischen Unterhause großes Interesse für die in Verhandlung stehende Gesetzesvorlage.

Neue Freie Presse

25./IV. 1919

221

Von den Wiener Kommunisten.

Wien, 24. April.

Die christlichsoziale Parteikorrespondenz „Austria" meldet: „Aus verläßlicher Quelle erfahren wir, daß die Mißerfolge der Kommunisten in Ungarn und Bayern sowohl als der geringe Anklang, den ihre Bewegung in ganz Deutschösterreich findet, auf die führenden kommunistischen Kreise in Wien wesentlich ernüchternd wirkten. Einen sprechenden Beweis hiefür liefert die Tatsache, deren Meldung wir allen etwaigen Ableugnungen gegenüber aufrechterhalten können, daß die Wiener kommunistische Partei wohl die Kosten der Kundgebungen und ihres Putschversuches am Gründonnerstag aus ihren Fonds deckte, es aber ablehnte, für die Kosten der gestrigen Demonstration vor dem Rathause aufzukommen. Obwohl die Wiener Kommunisten, was gleichfalls unumstößlich feststeht, mit Hilfe ihrer ungarischen Bruderpartei über außerordentlich reiche Mittel verfügen, scheuten sie also jede Ausgabe für eine Sache, die ihre Führer offenbar bereits für aussichtslos halten. Insbesondere fühlen sie sich durch die Volkswehr enttäuscht, auf die sie für den Fall einer Erhebung die größten Hoffnungen gesetzt hatten, während sich ihre Unterhöhlungsversuche in den letzten Tagen vergeblich erwiesen. Um so mehr erhöhten sich, wie aus allen Schichten der Bevölkerung verlautet, die Sympathien des Wiener Publikums für die Volkswehr, deren loyalem Verhalten allseits größte Anerkennung gezollt wird und der es neben dem energischen Eingreifen der Wiener Sicherheitsbehörden zu danken ist, wenn die Kommunisten ihre Gewaltpläne nicht mehr durchzuführen wagen."

Die morgige Heimkehrerversammlung vor dem Rathause.

Für den morgigen Tag wurden dieselben Sicherheitsvorkehrungen getroffen, wie sie am Mittwoch bestanden. Bewaffnete Volkswehrabteilungen mit Maschinengewehren werden das Parlamentsgebäude bewachen und werden auch alle übrigen Aemter und öffentlichen Gebäude besetzt halten. Die Staatsbehörden sind gewillt, allen Versuchen der Unruhestiftung mit Energie entgegenzutreten.

Ein besonderes Wort der Warnung sei an Neugierige gerichtet. Es hat sich bei den Tumulten am Gründonnerstag gezeigt, daß Unbeteiligte zu Schaden kamen, es wurden bei den Schießszenen Frauen getötet und verwundet, von denen es sicher ist, daß sie nicht anwesend waren, um zu demonstrieren.

Auch bei den Ansammlungen am Mittwoch nachmittag waren der weitaus größte Teil der Menge, die nächst dem Burgtheater beim Rathause und bei der Bellaria standhielt, nur Neugierige, besonders auch Frauen mit Kindern. Da im Falle notwendigen Waffengebrauches für unbeteiligte Zuschauer auch schon durch die Fluchtpanik Lebensgefahr besteht, da insbesondere beim Gebrauch der Feuerwaffe die Gefahrzone eine räumlich weit ausgedehnte sein kann, wird das Publikum gut daran tun, sich in kritischen Zeiten von den gefährdeten Gegenden der Ringstraße und der Innern Stadt fernzuhalten und die Teilnahme an Ansammlungen zu vermeiden.

Der Neue Tag
26./IV. 1919

224

Kaiserliche Schlösser für Kriegsbeschädigte.

Unter dem Vorsitze des obersten Verwalters der hofärarischen Güter, Sektionschef Dr. Beck, und unter Teilnahme von Vertretern des Staatsamtes für soziale Verwaltung und des Zentralverbandes der deutschösterreichischen Kriegsbeschädigten fand gestern die abschließende Besprechung über die Zuweisung von hofärarischen Objekten für Zwecke der Invalidenfürsorge mit folgendem Ergebnis statt:

Schloß Hetzendorf, das zur Aufnahme von Rückenmarkverletzten bestimmt ist, wird sofort übergeben und bezogen.

Das im Lainzer Tiergarten für Spitalzwecke bereits eingerichtete Gebäude ist der Aufnahme von Schwerstinvaliden gewidmet.

Schloß Laxenburg wird zu einem Invalidenheim ausgestaltet, das durch die Angliederung eines landwirtschaftlichen Betriebes, sowie durch Uebernahme der Meierei- und Teichwirtschaft nicht nur der Kriegsbeschädigtenfürsorge Erträgnisse zuführen, sondern auch vielen Invaliden den Wiedereintritt in das Wirtschaftsleben ermöglichen wird.

Neue Freie Presse Abend 26.IV.1919

226

Eine Kundgebung des Wirtschaftsverbandes nichtaktiver Offiziere.

Der Vorstand des Landesverbandes Niederösterreich der nichtaktiven Offiziere und Gleichgestellten hat in seiner gestrigen Sitzung nachstehenden einstimmigen Beschluß gefaßt: „Der Landesverband Niederösterreich der nichtaktiven Offiziere und Gleichgestellten erhebt namens seiner 16.000 Mitglieder schärfsten Protest gegen den Mißbrauch der Invaliden und Heimkehrer durch unverantwortliche Elemente und volksfremde Agitatoren zu niedrigen, selbstsüchtigen Zwecken, welche zu den blutigen Ereignissen am Gründonnerstag führten und geeignet sind, den Ehrennamen braver Krieger im Volke zu diskreditieren. Als Kriegskameraden unterstützen wir alle Forderungen der Invaliden und moralischen Ansprüche der Heimkehrer gegenüber Staat und Gesellschaft aufs wärmste, solange sich ihre Vertretung friedlicher und unblutiger Mittel bedient. In voller Uebereinstimmung mit der großen Mehrheit der Bevölkerung aber verurteilen wir schärfstens jenen Terror unberufener und politischer Desperados, welche — auch von jedem kommunistischen Ideal weit entfernt — die Not der Invaliden und Heimkehrer und deren guten Namen nur als Vorwand benützen, um Aufruhr und Anarchie hervorzurufen und ungehemmt rauben und plündern zu können. Wir können nur unserem tiefsten Bedauern Ausdruck geben, daß Bruderblut geflossen ist und Kriegskameraden in Ausübung ihres Dienstes und treuer Pflichterfüllung Leben und Gesundheit lassen mußten. Unsere Achtung und Sympathie gilt der braven Sicherheitswache und jenem Teile der Volkswehr, der sich gleichfalls als ein verläßlicher Hort der öffentlichen Ordnung erwiesen, und widmet der Landesverband der nichtaktiven Offiziere und Gleichgestellten eine Spende von 500 K. für die Opfer der Sicherheitswache und eine gleiche Spende der Wiener Volkswehr zur Begründung eines Unterstützungsfonds. Nach wie vor stehen die nichtaktiven Offiziere auf seiten des Rechtes und der Bedrückten, verlangen aber im Interesse der Volkswohlfahrt Ruhe und Ordnung und Achtung der Gesetze durch jedermann."

29./IV. 1919

227

Die Entschädigung der Invaliden.

Verlautbarung des Gesetzes in der „Wiener Zeitung" vom Sonntag.

Die gestrige „Wr. Ztg." verlautbart das Gesetz vom 25. d. über die staatliche Entschädigung der Kriegsinvaliden, -witwen und -waisen (Invalidenentschädigungsgesetz). Bereits in unserer Osternummer hat Unterstaatssekretär Dr. Resch die wichtigsten Bestimmungen dieses Gesetzes aufgezählt und erörtert. Der Uebersichtlichkeit und Vollständigkeit halber geben wir im folgenden noch einzelne wichtigere Bestimmungen des Gesetzes wieder:

Die Invalidenrente wird, wenn nicht ein Anspruch auf höhere Rente zusteht, nach der Vorbildung des Geschädigten und nach der Ortsklasse jener Gemeinde bemessen, in der er zuletzt vor dem schädigenden Ereignisse seinen bürgerlichen Wohnsitz hatte. Das Mindestmaß der Vollrente beträgt hienach:

in der Vorbildungsstufe	Rentenbetrag in Kronen	in der Ortsklasse 1	2	3	4	5
I	jährlich	3.360	3.120	2.880	2 640	2.400
	monatlich	280	260	240	220	200
II	jährlich	2.400	2.160	1.920	1.800	1.680
	monatlich	200	180	160	150	140
III	jährlich	1.680	1.560	1.440	1.320	1.200
	monatlich	140	130	120	110	100

Die Vorbildungsstufen sind: 1. begonnene Hochschulbildung, 2. mindestens zweijährige über die Volksschule hinausreichende, sei es schulmäßige, sei es handwerksmäßige oder gleichwertige praktische Ausbildung, 3. geringere Vorbildung. Die Ortsklassen werden abgestuft, je nachdem eine Gemeinde an Einwohnern zählt: 1. über 250.000, 2. über 50.000 bis 250.000, 3. über 15.000 bis 50.000, 4. über 5000 bis 15.000, 5. bis zu 5000. Kurorte, ferner Gemeinden, die wegen ihrer Lage in unmittelbarer Nähe größerer Städte eine bedeutende Teuerung der Lebensbedingungen aufweisen, können durch Vollzugsanweisung in eine höhere Ortsklasse eingereiht werden, als ihrer Einwohnerzahl entspricht. An Stelle des eigenen Wohnsitzes ist bei Personen, deren Ausbildnng zur Zeit des schädigenden Ereignisses noch nicht vollendet war, der Wohnsitz ihrer Eltern oder der zu ihrer Versorgung Verpflichteten der Einreihung in eine Ortsklasse zugrunde zu legen, wenn dies für den Anspruchswerber günstiger ist.

An die Stelle dieser Bemessung der Invalidenrente tritt, wenn dies für den Geschädigten günstiger ist, die Bemessung nach dem Jahreseinkommen, das der Geschädigte zuletzt vor dem schädigenden Ereignisse aus einer regelmäßigen bürgerlichen Erwerbstätigkeit an Geld- und Sachbezügen erzielt hat. Wenn dieses Einkommen nicht zuverlässig festgestellt werden kann, ist es auf Antrag des Anspruchswerbers durch Schätzung zu ermitteln, wobei das Einkommen von Personen in ähnlicher Erwerbstätigkeit zur selben Zeit und am selben Ort in erster Linie zu berücksichtigen ist. Die Vollrente beträgt hienach:

in der Einkommensstufe	umfassend ein Jahreseinkommen von Kronen	Rentenbetrag in Kronen jährlich	monatl.
1	über 1.200 bis 1 440	1.320	110
2	„ 1.440 „ 1.680	1.440	120
3	„ 1.680 „ 1.920	1.560	130
4	„ 1 920 „ 2 160	1.680	140
5	„ 2.160 „ 2.400	1.800	150
6	„ 2 400 „ 2.640	1.920	160
7	„ 2.640 „ 3.120	2.160	180
8	„ 3 120 „ 3.600	2.400	200
9	„ 3.600 „ 4 080	2.640	220
10	„ 4 080 „ 4.560	2.880	240
11	„ 4.560 „ 5.040	3 120	260
12	„ 5.040 „ 5.520	3.360	280
13	„ 5.520 „ 6.000	3.600	300
14	„ 6.000 „ 6.480	3 840	320
15	„ 6.480 „ 6.960	4.080	340
16	„ 6,960	4.320	360

§ 18.

Anspruch auf Hinterbliebenenrenten haben: die Witwe, die Kinder (Adoptivkinder), der Vater, die Mutter, der Großvater, die Großmutter und die elternlosen Geschwister.

Im Falle des Todes des Geschädigten gebührt seinen Hinterbliebenen ein Sterbegeld, das, je nachdem der Sterbeort des Geschädigten einer der Ortsklassen angehört, mit 400, 350, 300, 250 oder 200 Kronen zu bemessen ist. Wenn Hinterbliebene, die Anspruch auf Sterbegeld besitzen, nicht vorhanden sind, ist dieses zum Ersatz der Kosten der Beerdigung des Geschädigten zu verwenden, und zwar in dem nach dem Sterbeorte zu bemessenden Höchstausmaße.

Auf die nach diesem Gesetze zustehenden Rentenansprüche werden dauernde Versorgungsgenüsse, die der Anspruchswerber aus Anlaß desselben schädigenden Ereignisses bezieht, nicht aber Bezüge aus Widmungen für Kriegsbeschädigte, angerechnet. Ein ständiges Einkommen, das ein Rentenbezugsberechtigter, abgesehen von seiner Rente aus anderen als den vorerwähnten Quellen, bezieht, bleibt bis zum Betrage von 6000 Kronen jährlich auf die Invalidenrente, bis zum Betrage von 3000 Kronen jährlich auf die Witwenrente und bis zum Betrage von 1800 Kronen jährlich auf die Waisenrente ohne Einfluß. Bei je 240 Kronen eines Mehreinkommens über obige Grenzen vermindert sich jeder Rentenanspruch um 120 Kronen jährlich.

Invalide als Schloßherren.

Invalide als Schloßherren! Was sie sich nie hätten träumen lassen, am 11. April sind sie es geworden. Nach mehr oder minder langem Schützengrabendienst und vorübergehender Pflege in Etappenheilanstalten waren diese hundertfünfzig Invaliden zuletzt im Kriegsspital Nr. 1 untergebracht. Bei ihren Spaziergängen mochten sie schon immer das auf weithin schauender Höhe am Predigtstuhl gelegene prächtige Schloß Wilhelminenberg bestaunt haben, und als dann Leopold Salvator, der bisher dort gehaust, unserem Lande den Rücken gekehrt hatte, haben sie dieses Schloß einfach okkupiert. Ohne viel Umstände zu machen, nahmen sie eines Tages diesen Herrensitz in Beschlag, nachdem die Vertrauensmänner der Kriegsversehrten es vorher besichtigt und gefunden hatten, daß dieses herrschaftliche Gebäude zur Aufnahme lungenkranker Invalider geradezu prädestiniert sei. Das Staatsamt für Heerwesen, das von dieser Absicht einzig dastehenden Besitzergreifung verständigt wurde, sagte Ja und Amen dazu, und seither wohnen die Invaliden in dem Schlosse.

Und wie sie dort wohnen! Die Parterreräumlichkeiten und die Wohnräume im ersten Stock des modern gebauten Hauses sind zu Schlafzimmern umgewandelt und dort, in den Herrschaftszimmern und in den einstmaligen Gemächern der Prinzen und Prinzessinnen, wo noch vor einem Monat die Himmelbetten standen, sind jetzt einfache Eisenbetten aufgestellt, fünf bis acht in jedem Zimmer, je nach der Größe des Raumes. Neben den kunstvollen Wandmalereien sind eigentlich nur die kostbaren Kristallglaslüster von dem ehemals erzherzoglichen Mobiliar im Schlosse geblieben.

Nahezu alles, was nicht niet- und nagelfest war, wurde von den Beauftragten des landesflüchtigen Erzherzogs mit Einwilligung der Invaliden wegtransportiert. In einem Depot in einem Stadtbezirk lagert jetzt die ganze kostbare Einrichtung und wartet vielleicht auf den ehemaligen Besitzer, wenn er aus Neutralien wiederkommen sollte, vielleicht auch auf den vom deutschösterreichischen Staat zu schwingenden Hammer.

Wenn der frühere Schloßherr zurückkehren sollte, so würde er sich hier nicht mehr zurechtfinden: Rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht! Aus dem seinerzeitigen Schloßvestibül ist ein Tagraum geworden, aus dem Frühstückzimmer ein Aerzteraum, aus dem großen Theatersaal im Souterrain das gemeinsame Speisezimmer, aus dem Tanzzimmer ein Schlafsaal.

Die von hellstem Licht durchfluteten, ausgezeichnet gelüfteten Räume werden von den Invaliden auch peinlich rein gehalten, und die Insassen, die wissen, was sie an diesem Hause haben, unterstützen durch ihr Verhalten die Arbeit der Hausverwaltung, die aus einem Komitee besteht, an deren Spitze die Invalidenräte Lang und Hoeß stehen. Welches Zimmer immer man auch betreten mag, alles ist, um einen in Wien heimatsberechtigten Ausdruck zu gebrauchen, „wie aus dem Schachterl", der Parkettboden ist spiegelblank, die Bettwäsche sauber, alles am rechten Platz, wiewohl es keinen geklirchteten Spitalskommandanten hier gibt, und keine vornovemberliche Millimeterpedanterie.

An der Wand des Korridors findet sich der einzige „Nachlaß" des früheren Eigentümers, der im Hause zu sehen ist: einige Kunstgraphiken und einige Kriegsbilder, Episoden vom Sechsundsechziger Krieg darstellend, und — das ich's nicht vergeß' — ein Diplom, in dem die Verwundeten und Kranken des Kriegsspitals Nr. 1 „Ihre durchlauchtigste Frau, die Erzherzogin Blanka, kaiserliche Prinzessin von Oesterreich, königliche Prinzessin von Ungarn und Böhmen ihrer immerwährenden Dankbarkeit für alle ihre Liebe und Güte" versichern.

Bei der mir gestatteten Besichtigung des Schlosses geht der begleitende Invalide an zwei Türen im Parterre ohne weitere Erklärung vorüber. Ich frage ihn, was diese Räume enthalten.

„Wer hier wohnt? Der Rainer." — „Wer?" frage ich nochmals. „Nun, der Rainer, der Rainer-Habsburg, der hier noch zwei Zimmer bewohnt." Im weiteren Verlauf des Gespräches erfahre ich, daß der ehemalige Erzherzog bei den Invaliden gerade nicht unbeliebt ist.

Zum Schluß führt mich mein freundlicher Begleiter noch auf die Veranda. Vor uns breitet sich, in Sonnenglanz getaucht, das Panorama von Wien aus.

„Nicht wahr," bemerkt er zu mir, „eine sehr schöne Fernsicht von unserem Schloß."

Um die Freude der hier wohnenden Invaliden an ihrem neuen Heim richtig ermessen zu können, muß man hören, wie er das sagt, mit welcher Wärme und mit welchem freudigen Stolz, dieses: Unser Schloß!

—ö—

29/IV-1919

228

Reichspost

6/IV. 1919

230

Zentralverband der deutsch-österreichischen Kriegsbeschädigten.

Bei dem von allen Ortsgruppen, Kreis-, Bezirks- und Landesverbänden der Kriegsbeschädigten beschickten Verbandstag, der zu Ostern stattfand, wurde eine festgefügte Organisation, der Zentralverband der deutschösterreichischen Kriegsbeschädigten (Kriegsbeschädigtenvereinigung der Invaliden, Witwen und Waisen) mit dem Sitze in Wien, geschaffen. Der neu geschaffene Zentralverband ist vollständig unpolitisch, sein Zweck besteht lediglich darin, alle wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder wahrzunehmen und bei der Schaffung von die Kriegsbeschädigten betreffenden Gesetzen und Bestimmungen im Einvernehmen mit den Staatsämtern mitzuwirken. Es sei betont, daß der Zentralverband vom Staatsamte für soziale Verwaltung, besonders aber auch von allen übrigen Staatsämtern und Behörden, bei seinen Bestrebungen im weitestgehenden Maße unterstützt und gefördert wird. Unverantwortliche Elemente versuchen nun das gedeihliche und bereits anerkannte Wirken des Verbandes zu schädigen und diesen in der Oeffentlichkeit in Mißkredit zu bringen, um für ihre unlauteren Zwecke freie Bahn zu bekommen. Ereignisse, wie sich solche am 17. April in Wien abspielten, werden vom Zentralverbande auf das schärfste verurteilt und es ist nur zu bedauern, daß selbst Invalide als Vorspann bei politischen Aktionen benützt werden. Erfreulich ist die Tatsache, daß die Invalidenschaft der Provinz geschlossen im Zentralverbande organisiert ist und nur ein äußerst geringer Bruchteil der Wiener Invaliden es vorzieht, eigene Wege zu gehen. Der Zentralverband würde es sehr begrüßen und sieht es im Interesse aller Kriegsbeschädigten gelegen, wenn sich diese Minorität dem Zentralverbande anschließen würde, um so ein einiges und geschlossenes Wirken zum Wohle der Aermsten zu entfalten.

Reichspost

Z. IV. 1919

231

Errichtung einer Zentrale für Heimkehrer. Am 1. d. wurde eine Heimkehrerzentrale im Freihaus, Stiege 18 bis 20, mit einer selbständigen Verwaltungs- und Kassakommission aufgestellt. Ihr sind unterstellt: die Heimkehrerevidenzgruppe im Freihaus (bisher Zentralliquidierungsstelle für Heimkehrer und Kriegsgefangene) und die Heimkehrerübernahmsgruppe, 4. Bezirk, Alleegasse 44 (bisher Heimkehrersammelkommando). Heimkehrer sollen zur Behebung von Gebühren, Standesdokumenten usw. nicht persönlich, sondern nur schriftlich einkommen. Sie müssen die Personaldaten (Abschriften des Tauf-, Geburts- oder Heimatscheines), den jetzigen Aufenthalt, die Beschäftigung, den letzten Truppenkörper, Ort und Zeit der Gefangenschaft, ihre Dauer, Aufenthalt in der Gefangenschaft, erhaltene Reise- und Abfertigungsgebühren angeben und die Richtigkeit der Personaldaten womöglich durch ein Bürgermeisteramt (Magistrat) bestätigen lassen. Die von der früheren Zentralliquidierungsstelle für Heimkehrer und Kriegsgefangene ausbezahlten Rückstandsgebühren werden jetzt von der umbenannten Heimkehrerevidenzgruppe im Freihaus ausbezahlt.

Die Zeit
11. IV. 1919

232

(Das erste Invalidenheim in Wien.) Die erste vom Zentralverband der deutschösterreichischen Kriegsbeschädigten ins Leben gerufene Heimstätte im Schloß Hetzendorf hat nach dem Beschluß des Zentralverbandes die Zweckbestimmung, den schwer verstümmelten Kriegsteilnehmern, die bei der Ueberprüfung als „hilflos" qualifiziert wurden oder zu qualifizieren sind (Doppelarmamputierte, andere mehrfach Amputierte und Rückenmarksverwundete), ein Heim mit Dauerpflege bei ärztlicher Ueberwachung zu bieten, unter Betonung, daß es sich um eine Heimstätte und um kein Spital handelt. So weit möglich, wird jedem Insassen auf seinen Wunsch ein eigenes Zimmer zur Verfügung gestellt. Da ein Großteil der Schloßräume wegen anderweitiger Vermietung der Invalidenschaft zurzeit noch nicht überlassen werden kann, werden zunächst nur die dringlichsten Fälle von Hilfslosigkeit berücksichtigt. Ansuchen an den Zentralverband deutschösterreichischer Kriegsbeschädigter in Wien, I.

Neue Freie Presse

11.IV.1919

233

Das erste Invalidenheim in Wien.

Die erste vom Zentralverbande der deutschösterreichischen Kriegsbeschädigten ins Leben gerufene Heimstätte im Schlosse Hetzendorf hat nach dem Beschlusse des Zentralverbandes die Zweckbestimmung, den schwer verstümmelten Kriegsteilnehmern, die bei der Ueberprüfung als hilflos qualifiziert wurden oder zu qualifizieren sind (Doppelarmamputierte, andere mehrfach Amputierte und Rückenmarksverwundete), ein Heim mit Dauerpflege bei ärztlicher Ueberwachung zu bieten unter Betonung, daß es sich um eine Heimstätte und nm kein Spital handelt.

Soweit möglich, wird jedem Insassen auf seinen Wunsch ein eigenes Zimmer zur Verfügung gestellt. Da ein Großteil der Schloßräume wegen anderweitiger Vermietung der Invalidenschaft zurzeit noch nicht überlassen werden kann, werden zunächst nur die dringlichsten Fälle von Hilflosigkeit berücksichtigt. Ansuchen an den Zentralverband deutschösterreichischer Kriegsbeschädigter in Wien, 1. Bezirk.

19/IV. 1917

7

Generalversammlung des Vereines „Kriegsblindenheimstätten".

Die Generalversammlung des Vereines „Kriegsblindenheimstätten", die heute vormittag im großen Festsaale des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft stattgefunden hat, entrollte ein fesselndes eindrucksvolles Bild des überaus segensreichen Wirkens dieser Institution. Erzherzog-Protektor Karl Stephan hielt zu Beginn der Versammlung eine Ansprache an die Erschienenen, die das Wesen der Kriegsblindenheimstätten beleuchtete. Der Erzherzog hat sich seit Kriegsbeginn mit seltener Tatkraft und Herzenswärme der Kriegsblinden angenommen. Er hat auf weiten Reisen, die er im Dienste der selbstgestellten Samariteraufgabe unternahm, beinahe jeden einzelnen Fall individuell kennen gelernt, und seiner nimmermüden Tätigkeit ist es zu verdanken, daß Hunderte von Existenzen gerettet wurden und den Unglücklichsten unter den Kriegsopfern neue Daseinsmöglichkeiten geschaffen worden sind. Die Worte, die der Erzherzog heute an die Versammlung richtete, waren von jenem herzlichen tiefgefühlten Interesse getragen, das der kaiserliche Prinz dem Schicksal der Kriegsblinden entgegenbringt, und übten auf die Versammlungsteilnehmer eine tiefgehende Wirkung aus. Mit Worten ehrenvoller Anerkennung gedachte der Erzherzog der Tätigkeit der „Neuen Freien Presse" im Dienste der Kriegsfürsorge überhaupt und der Blindenfürsorgetätigkeit im besonderen.

Ueber den Verlauf der Versammlung liegt uns nachstehender Bericht vor:

Im großen Festsaale des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft fand heute vormittag die erste ordentliche Generalversammlung des Vereines „Kriegsblindenheimstätten" unter dem Vorsitze des Protektors Admiral Erzherzog Karl Stephan statt. Die Versammlung, der ein überaus zahlreiches vornehmes Publikum beiwohnte, nahm einen glänzenden Verlauf. Unter den Anwesenden bemerkte man die Herrenhausmitglieder Oberkurator Moritz Faber und Präsident der Handels- und Gewerbekammer Paul Ritter v. Schoeller, den gewesenen Kabinettsdirektor Geheimen Rat Freiherrn v. Schießl, Gesandten Baron Riedl, die Sektionschefs Ritter v. Dehmel, v. Wagner-Jauregg, Dr. Wolfgang Haase, Rudolf Grafen Chorinsky und Dr. Wimmer, Hofrat Eduard Prinz Liechtenstein, Hofrat Felix Graf Stainach und Hofrat Professor Dimmer, Generalstabsarzt Dr. Thurnwald in Vertretung des Landesverteidigungsministers Generalobersten Freiherrn v. Georgi, Generalstabsarzt Dr. Frisch in Vertretung des Kriegsministers General der Infanterie v. Stöger-Steiner, Generalmajor v. Rochel, Kommerzialrat Emil Hartwich, Generaldirektor W. Kestranek, Kommerzialrat M. Rothberger und Gemahlin, Frau Kommerzialrat Mathilde Himmelbauer, Elsa Baronin Czibulka, Feldmarschalleutnantswitwe Elise Dittrich, Frau Anna Thorsch, Frau Irene Rothe, Frau Sektionschef Sittah, Wolfgang Baron Ferstel, kaiserlichen Rat Direktor Heller, kaiserlichen Rat Josef Pohl, Professor Dr. J. Meller, Baurat Johannes Krone, Direktor Hugo Knepler, Eduard v. Doctor, Dr. Karl Horak, Hof- und Gerichtsadvokat Dr. Leopold Drucker, Dr. Max Binder und andere.

Ansprache des Erzherzog-Protektors Karl Stephan.

Der Protektor des Vereines Admiral Erzherzog Karl Stephan eröffnete die Versammlung mit folgender Ansprache:

„Geehrte Versammlung! Ich spreche zunächst meine besondere Freude darüber aus, daß es mir wieder vergönnt ist, in Ihrer Mitte zu weilen. Se. Majestät unser allergnädigster Kaiser, der als Protektor der gesamten Kriegsfürsorge auch unserem Verein sein besonderes Interesse entgegenbringt, hat mich beauftragt, der Versammlung seinen kaiserlichen Gruß zu entbieten und den Mitgliedern und dem Präsidium des Vereines seinen kaiserlichen Dank für Ihre Tätigkeit und Mühewaltung in den wärmsten Worten Ausdruck zu verleihen. Unser Verein, der sich dank dem hervorragenden Entgegenkommen der weitesten Kreise der Bevölkerung in kurzer Zeit so entwickeln konnte, genoß auch das besondere Wohlwollen weiland Sr. Majestät des Kaisers Franz Josef, der mich des öfteren nach den Fortschritten des Vereines zu befragen geruhte und seine Ziele guthieß. Seinem Andenken sei dankbar der erste wehmütige Gedanke unserer heutigen Versammlung geweiht. Wohl selten hat ein Monarch sein ganzes Leben, seine ganze Arbeitskraft in der selbstlosesten Weise seinen Völkern geopfert, wie unser verewigter Kaiser. Wir alle hier Anwesenden sind fast ausnahmslos während seiner 68jährigen Regierung geboren worden und wir blickten auf ihn in wahrer kindlicher Verehrung. Es war ihm nicht vergönnt, seinen Völkern den Frieden zu schenken, wie er es so gern getan hätte. Dies überließ er seinem jugendlichen Nachfolger, dem wir voll tiefer Liebe und festem Vertrauen all unsere Kräfte zu weihen geloben. (Lebhafter Beifall.)

Ich will jetzt der Versammlung einiges über meine Erfahrungen und über die Arbeit mitteilen, die unser Verein geleistet hat. Was zunächst die Zahl der Blinden betrifft, so muß ich hervorheben, daß am meisten Blinde in Galizien sind. In den Ziffern, die ich dann vorbringen werde, sind jene Blinden nicht inbegriffen, die noch in klinischer Behandlung stehen. Es sind da ganz unglaubliche Erfolge zu verzeichnen, und Leute, die fast schon blind waren, sind wieder sehend geworden. Galizien hat 102 Kriegsblinde, Böhmen 86, Niederösterreich 51, Mähren 42, Tirol und Vorarlberg 20, Steiermark und Krain 18, Schlesien 16, Kärnten und Küstenland 14, Dalmatien und die Bukowina 45. Naturgemäß sind die jüngeren Leute, die am meisten in der Front sind, auch am meisten hergenommen worden. Nach dem Berufe klassifiziert, sind 213 Kriegsblinde in Industrie, Handel und Gewerbe beschäftigt, 146 in Land- und Forstwirtschaft, 67 in freien Berufen.

Die Erfahrungen, die wir mit den Kriegsheimstätten gemacht haben, waren bis jetzt glücklicherweise sehr befriedigend. Ich habe selbst in verschiedenen Provinzen die bereits untergebrachten Kriegsblinden besucht. Sie sind alle verheiratet und haben alle ein kleines Haus oder ein kleines Anwesen; sie sind relativ wirklich zufrieden und glücklich und dem Verein unendlich dankbar. Das System, nicht Häuser zu bauen, sondern schon bestehende Ubikationen anzukaufen, hat sich glänzend bewährt. Anfangs waren die Verfügungen unseres Vereines bezüglich der Häuser und deren Zueignung an die Blinden einer gewissen Kritik sowohl seitens des Publikums wie auch seitens der Blinden unterworfen. Wir sind für jede Kritik sehr dankbar. Denn Kritiken sind überhaupt immer vorteilhaft, weil man dann gezwungen ist, nachzudenken und die Fehler, die einem die Kritik vorwirft, auch beheben zu können. Da sind wir zu dem Schlusse gekommen, daß die Kritiken hauptsächlich juridischer Natur waren. Sie wurden von unserem Rechtsanwalt genau geprüft. Es hat sich hier um die hypothekarische Belastung der Häuser gehandelt. Das ist nicht geschehen, um dem Verein pekuniäre Vorteile erwachsen zu machen, sondern um die Blinden zu schützen. Denn es wäre sehr leicht möglich gewesen, daß die Verwandten eines Blinden, nachdem er eine Heimstätte bekommen hat, ihn gezwungen hätten, die Heimstätte zu verkaufen oder unnütz mit Hypotheken zu belasten. Das ist dadurch vollkommen behoben und die Blinden haben sich mit dieser Sache vollkommen vertraut gemacht. Ich habe einen Blinden in seiner Heimstätte besucht und da wurde mir von seinen Verwandten gesagt, ob es nicht besser gewesen wäre, dem Manne statt des Häuschens das Kapital in die Hand zu geben. Ich glaube, das war der beste Beweis, wie richtig unsere Verfügung war, dies nicht zu tun.

Zum Schlusse möchte ich noch der breiten Oeffentlichkeit von dieser Stelle aus den Dank aussprechen für ihre wirklich erhebende Betätigung an unserem Werke und für die kolossalen Spenden, die in diesen schweren Zeiten von seiten des Publikums so reichlich für den Verein eingeflossen sind. Dann aber möchte ich auch dem Präsidium, das sich in der uneigennützigsten Weise diesem hehren Zwecke zur Verfügung gestellt hat, den innigsten Dank aussprechen, und dann auch der „Neuen Freien Presse".

Die „Neue Freie Presse" hat sich für alle Kriegsfürsorge-Angelegenheiten und Sammlungen in wirklich hervorragender Weise betätigt und hat dieses schwere Amt, die Evidenzführungen, Einsammlungen und alle diese Sachen wirklich in hervorragender Weise geführt.

Ich spreche der „Neuen Freien Presse" dafür meinen innigsten Dank aus. Endlich halte ich es für angezeigt, im Namen meiner kriegsblinden Kameraden den Mitgliedern des Vereines und der breiten Oeffentlichkeit den tiefgefühltesten Dank auszusprechen. (Lebhafter Beifall.)

Bericht des Präsidenten Kommerzialrates Heinrich Grimm.

Präsident Kommerzialrat Heinrich Grimm: Eure kaiserliche und königliche Hoheit! Exzellenzen! Hochgeehrte Anwesende! Für die so huldvollen Worte, welche Eure kaiserliche Hoheit die Güte hatten, auszusprechen, sage ich im eigenen Namen sowie im Namen des Vereines den tiefgefühltesten Dank und bitte Eure kaiserliche Hoheit, uns auch in Zukunft Ihre Huld und Gnade zu bewahren. Nach der jetzigen Sturm- und Drangperiode werden bald bessere, schönere Zeiten anbrechen, und kommende Geschlechter werden dann von einem Habsburger Fürsten berichten, welcher sich schon bei Lebzeiten durch seine unendliche Güte ein Denkmal im Herzen aller edlen Menschen setzte und welchen das Volk als Vater der Blinden und Invaliden Krieger verehrte. Eure kaiserliche Hoheit haben vielen Tausenden unserer armen Invaliden den Weg zu einem neuen Leben angebahnt und möge dafür Gottes reichster Segen Eure kaiserliche Hoheit beglücken.

Heute vor 13 Monaten haben Eure kaiserliche Hoheit der ersten „konstituierenden Generalversammlung" unseres Vereines präsidiert und in der nun zurückgelegten Zeit haben wir Dank der huldvollen, großen Unterstützung Eurer kaiserlichen Hoheit wie den vielen Tausenden edlen Spendern und auch der unermüdlichen Mithilfe der „Neuen Freien Presse", welcher wir hier unseren allerwärmsten Dank aussprechen, den Betrag von weit über zwei Millionen Kronen zusammengebracht. Dadurch und durch weitere Unterstützungen wird es möglich sein, allen unseren tapferen kriegsblinden Offizieren und Soldaten Heimstätten zu besorgen, in denen sie nun, befreit von den alltäglichen Mühen des Lebens, ihr ferneres Dasein verbringen können.

Es ist mir ein Herzenswunsch, von diesem Platze aus allen diesen Menschen sowie dem Vorstand unseres Vereines, insbesondere dem Ersten Vizepräsidenten Herrn Sektionschef Harald Ritter Demel v. Elswehr, dem Zweiten Vizepräsidenten Herrn Kommerzialrat Moritz Rothberger für seine unermüdliche, von so großem Erfolge begleitete Werbetätigkeit, dem Sekretär Herrn Ministerialsekretär Dr. Emil Ferdinand Rothe, dem Kassenverwalter Herrn Rudolf Bienenfeld und unserem Rechtsanwalt Herrn Dr. Leopold Drucker den innigsten Dank zu übermitteln und die Versicherung entgegenzunehmen zu wollen, daß wir alle das beglückende Gefühl im Herzen tragen, als gute Patrioten in dieser großen, schweren Zeit unsere Pflicht getan zu haben. So Gott will, werden wir bald den Friedensengel begrüßen und in kommenden, schöneren Zeiten uns dessen erfreuen, was Eure kaiserliche Hoheit und der hochherzigen Wohltäter für unsere braven, unglücklichen Krieger geleistet haben. (Lebhafter Beifall.)

Zur Illustration der Psyche unserer Kriegsblinden erlaube ich mir ein Gedicht, welches Se. kaiserliche Hoheit von dem kriegsblinden Artilleriehauptmann Baron Jedina-Palomai empfing, zum Vortrag zu bringen:

Wir Kriegsblinden.

Für Kaiser und Reich gaben viele ihr Leben
Wir haben die Augen als Opfer gegeben —
Das letzte, das wir alle gesehen,
Das war eine Mauer, die sahen wir stehen —
Es ist eine Mauer braver Soldaten,
Deutsche und Polen, Magyaren Kroaten
Und ob nun der Russen verwegene Scharen,
Rumänen oder Welsche es waren,
Wir fochten gerne, keiner ward weich,
Den Kaiser galt's ja und Oesterreich —
Dann hat jeden von uns seine Kugel getroffen —
Erst war es ein langes Sehnen und Hoffen,
Bis wir's bewußt geworden sind,
Wir sind's nicht nur, wir bleiben blind.
Da wollte uns fast das Herz zerreißen,
Die Zähne mußte man zusammenbeißen
Um nicht hinaus in die Welt zu schreien,
Daß lieber wir tot als erblindet seien.
Doch wie dann die Körper langsam gesunden,
So hat auch die Seele sich wieder gefunden —
Vor allem hat sie uns eines gebracht —
Der Stern der Liebe durchleuchtet die Nacht.
Er weist uns einen verschlungenen Pfad,
Die Lieb' uns gesucht und gefunden hat.
Es ist der schmale Pfad zum Glück,
Der mancher irrt ab und bleibt zurück.
Es ist ein harter, beschwerlicher Weg,
Aber manch grausen Abgrund führt er hinweg —
Herauf dringt das Heulen der Verzweiflung — Hyänen —
Die uns ihr wehrloses Opfer schon wähnen.
Doch schließlich endet auch diese Qual,
Es öffnet sich uns ein liebliches Tal —
Millionen sehen wir glücklich leben:
Auch dafür hast du deine Augen gegeben!
Wir sehen manch friedlichen, häuslichen Herd,
Ist vieler Glück nicht zwei Augen wert?
Wir erkennen des Vaterlandes herrliche Macht,
Auch du hast dazu einen Baustein gebracht —
Stolz sehen wir Habsburgs Banner wehen:
Soll dieses sinken und du sollst sehen?

Und wir erkennen tief drinnen im Herzen:
Umsonst nicht waren alle Schmerzen,
Umsonst nicht haben wir gestritten,
Umsonst nicht Furchtbares gelitten,
Umsonst ist nur der Feinde Wut,
Sie bricht sich an treuer Krieger Mut —
Wir taten ehrlich unsere Pflicht,
Gott, Kaiser und Volk vergessen es nicht;
Wenn wieder einmal euch Verzweiflung umtobt,
Denkt dran, Kameraden, was einst ihr gelobt —
Die Pflicht auf dem Schlachtfeld ist nun getan,
Für uns fängt der Kampf um das Leben nun an;
Keiner von uns darf unterliegen,
Wir müssen, wir können, wir werden siegen!
Gewiß: Wir verloren das Augenlicht,
Stolz, Ehre und Mut verloren wir nicht;
Wir weichen keinen Fußbreit zurück,
Wir erobern es wieder: Das verlorene Glück!

Diese von Kommerzialrat Heinrich Grimm mit tiefer Empfindung und großer Wärme gesprochenen Verse übten auf alle Anwesenden großen Eindruck aus.

Protektor Admiral Erzherzog Karl Stephan: Dieser Offizier ist ein hervorragend intellektueller Mann und hat sich jetzt dem Studium der Geschichte hingegeben. Das Kriegsministerium hat es möglich gemacht, daß dieser Offizier im nächsten Semester an der Wiener-Neustädter Militärakademie als Lehrer der Geschichte für die Zöglinge angestellt und so auch als leuchtendes, didaktisches Beispiel für die jungen Leute dienen wird.

Der Präsident Kommerzialrat Heinrich Grimm teilt hierauf mit, daß Entschuldigungsschreiben eingelangt sind vom Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinic, Handelsminister Dr. Urban, Unterrichtsminister Freiherrn v. Hussarek, Minister Generalmajor Höfer, Bürgermeister Dr. Weiskirchner, Sektionschef Dr. Wilhelm Exner, FML. Ritter v. Loebl, Geheimen Rat Gouverneur Ritter v. Leth, Kabinettsdirektor Ritter v. Polzer, Präsident Dr. Viktor Mataja, Regierungsrat Alexander Mell, Professor Dr. Viktor Hanke, Dr. Leopold Königstein, Sigismund Freiherrn v. Springer, Sektionschef Freiherrn v. Wolf und Feldmarschalleutnant Fekete v. Belafalva.

Aus dem Tätigkeitsbericht des Präsidenten geht hervor, daß dem Verein bei der Gründung ein Anfangskapital von rund einer halben Million Kronen zur Verfügung stand, da er das Ergebnis der durch die „Aktion Grimm" mit Hilfe der „Neuen Freien Presse" veranstalteten Sammlung vollkommen spesenfrei in sein Vereinsvermögen übernahm. Von welchem Erfolge die Bestrebungen nach entsprechender Vermehrung des Vermögens gekrönt waren, ist bekannt genug, beziehungsweise wurde bereits heute hervorgehoben. Hat doch das in der „Neuen Freien Presse" fortlaufend ausgewiesene Ergebnis unserer Sammeltätigkeit, die Summe aller Beiträge von Stiftern, Gründern und ordentlichen Mitgliedern sowie von einmaligen Spenden einschließlich des vom Verein übernommenen Anfangsvermögens mit Ende des Vereinsjahres 1916 die Höhe von rund 1,650.000 K. erreicht und im gegenwärtigen Zeitpunkt schon die zweite Million weit überschritten. Der Verein verzeichnete mit Ende 1916 insgesamt 343 Stifter, 654 Gründer und 652 ordentliche Mitglieder. Gegenwärtig ist natürlich die Zahl eine wesentlich höhere. Die Summe der dem Verein im ersten Jahre zugeflossenen freiwilligen einmaligen Spenden erreicht fast die Höhe einer halben Million. Aus verschiedenen Veranstaltungen sind dem Vereine im Laufe des ersten Vereinsjahres über 125.000 K., als vertragsmäßiger Anteil aus dem Erlös des „Kriegsblindenheimstätten-Bildes" 18.950 K. zugegangen. Ueber Veranlassung des Obersten Johann Illuscig wurde dem Verein das Erträgnis eines in Castelnuovo errichteten Feldkinos gewidmet, das im Jahre 1916 14.500 K. einbrachte. Der Präsident erwähnt dankend, daß bald nach Errichtung des Vereines seitens des Kriegsministeriums den Offizieren die Erlaubnis erteilt wurde, dem Verein als Mitglieder beizutreten, und legt dann in eingehender Weise den Vorgang bei der Verleihung von Heimstätten an Kriegsblinde dar. Den an den Verein gestellten Ansuchen konnte in allen Fällen Rechnung getragen werden. Im abgelaufenen Vereinsjahre wurden insgesamt für 15 Kriegsblinde Heimstätten erworben, deren Anschaffungspreis sich zwischen 2500 bis 12.000 K. bewegt und für die insgesamt ein Betrag von fast 100.000 K. ausgegeben wurde. Im laufenden Jahre wurde schon eine weitaus größere Reihe von Heimstätten bewilligt und zum Teile auch schon angeschafft, und die hiefür erforderliche Summe erreicht schon jetzt fast den Betrag von 400.000 K. Schließlich hebt Redner hervor, daß das Finanzministerium den Verein als Kriegsfürsorgestelle offiziellen Charakters anerkannt hat, so daß die dem Vereine zugewendeten Spenden im Sinne der Bestimmungen der Durchführungsverordnung, betreffend die Kriegsgewinnsteuer, bei Bemessung derselben in Abzug gebracht werden können.

Aus dem Rechenschaftsbericht, den Präsident Kommerzialrat Heinrich Grimm sodann erstattet, ist zu entnehmen, daß die Einnahmen im Laufe des ersten Vereinsjahres die Höhe von rund 1,696.000 K. erreicht haben. Der Präsident hebt den auffällig niederen Betrag des Spesenkontos hervor, das insgesamt nur rund 2400 K. erreicht, und sagt: „Ich glaube, daß kaum ein zweiter Verein so billig wie wir arbeitet, was natürlich nur darauf zurückzuführen ist, daß ein großer Teil der auflaufenden Kosten von unseren Vorstandsmitgliedern aus Eigenem getragen wird." Er hebt weiter hervor, daß der Verein einen Betrag von 400.000 K. österreichische Kriegsanleihe vierter Ausgabe in Schatzscheinen gezeichnet hat, und bittet schließlich die Revisoren um Erstattung ihres Berichtes über die erfolgte Vermögensgebarung.

Revisor k. k. Landesschulinspektor Klemens Ottel erklärt, daß die gesamte Gebarung in Ordnung und Richtigkeit befunden wurde, und beantragt, dem Kassenverwalter unter dem Ausdruck verbindlichsten Dankes die Entlastung zu erteilen. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Wahlen in die Vereinsleitung.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung „Wahl von Vorstandsmitgliedern" beantragt Präsident Kommerzialrat Heinrich Grimm, die statutengemäß ausscheidenden Vorstandsmitglieder wiederzuwählen und gleichzeitig die bisherige Zahl der Vorstandsmitglieder um zwei weitere Mitglieder zu erhöhen, und zwar sind dies Gouverneur der Bodenkreditanstalt Geheimer Rat Dr. Karl Ritter v. Leth und Präsident der Wiener Handels- und Gewerbekammer Herrenhausmitglied Paul Ritter v. Schoeller.

Die Anträge des Präsidenten werden einstimmig genehmigt.

Desgleichen werden die weiteren Anträge des Präsidenten auf Wiederwahl der bisherigen Schiedsrichter und der bisherigen Revisoren genehmigt.

Präsident Kommerzialrat Heinrich Grimm: Nachdem nunmehr unsere Tagesordnung vollständig erschöpft ist, gestatte ich mir nochmals, Eurer k. u. k. Hoheit für das gnädige Erscheinen in unserer Versammlung unseren innigsten Dank zu sagen. (Lebhafter Beifall.) Ich danke ferner auch den sehr geehrten Anwesenden für ihr zahlreiches Erscheinen und bitte insbesondere auch das sehr geehrte Präsidium des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft, unseren herzlichsten Dank für die so freundliche Ueberlassung des Saales entgegennehmen zu wollen.

Cercle des Erzherzogs Karl Stephan.

Nach Schluß der Generalversammlung zog der Protektor des Vereines Admiral Erzherzog Karl Stephan mehrere der anwesenden Persönlichkeiten in ein längeres Gespräch, darunter den Geheimen Rat Freiherrn v. Schießl, Gesandten Freiherrn v. Riedl, Herrenhausmitglied Oberkurator Faber, Herrenhausmitglied Präsident Ritter v. Schoeller, Sektionschef Dr. Haase, Hofrat Eduard Prinz Liechtenstein, Frau Anna Thorsch, Redakteur der „Neuen Freien Presse" Dr. Ernst Benedikt, Professor Meller, kaiserlichen Rat Heller und den Oberbeamten der „Neuen Freien Presse" Friedrich Fliegel.

Neues Wiener Tagblatt Abendbl. 19./IV. 1917 8

Die Kriegsfürsorge.

Generalversammlung des Vereines „Kriegsblindenheimstätten".

Erzherzog Karl Stephan über die Kriegsblinden.

Im großen Festsaal des Greniums der Wiener Kaufmannschaft fand gestern vormittag die erste ordentliche Generalversammlung des Vereines „Kriegsblindenheimstätten" unter dem Vorsitz des Protektors Admiral Erzherzog Karl Stephan statt. Die Versammlung, der ein überaus zahlreiches, vornehmes Publikum beiwohnte, nahm einen glänzenden Verlauf. Unter den Anwesenden bemerkte man die Herrenhausmitglieder Moritz Faber und Präsidenten der Handels- und Gewerbekammer Paul Ritter v. Schoeller, den gewesenen Kabinettsdirektor Geheimen Rat Freiherrn v. Schießl, Gesandten Baron Riedl, die Sektionschefs Ritter v. Dehmel, v. Wagner-Jauregg, Dr. Wolfgang Haase, Rudolf Grafen Chorinsky und Wimmer, weiter Hofrat Eduard Prinzen Liechtenstein, Felix Grafen Steinach und Professor Dimmer, Generalstabsarzt Dr. Thurnwald in Vertretung des Landesverteidigungsministers Generalobersten Freiherrn von Georgi, Generalstabsarzt Dr. Frisch in Vertretung des Kriegsministers G. d. J. v. Stöger-Steiner, Generalmajor v. Rochel, Kommerzialrat Emil Hartwich, Generaldirektor W. Kestranek, Kommerzialrat M. Rothberger und Gemahlin, Frau Kommerzialrat Mathilde Himmelhauer, Elsa Baronin Czibulka, Feldmarschalleutnantswitwe Elise Dittrich, Frau Anna Thorsch, Frau Irene Rothe, kaiserlichen Rat Direktor Heller, kaiserlichen Rat Josef Pohl, Professor Dr. J. Meller, Baurat Johannes Krone, Wolfgang Baron Ferstel ꝛc.

Der Protektor des Vereines Admiral Erzherzog Karl Stephan eröffnete die Versammlung mit folgender Ansprache: Geehrte Versammlung! Ich spreche zunächst meine besondere Freude darüber aus, daß es mir wieder vergönnt ist, in Ihrer Mitte zu weilen. Seine Majestät, unser allergnädigster Kaiser, der als Protektor der gesamten Kriegsfürsorge auch unserm Verein sein besonderes Interesse entgegenbringt, hat mich beauftragt, der Versammlung seinen kaiserlichen Gruß zu entbieten und den Mitgliedern und dem Präsidium des Vereines seinen kaiserlichen Dank für ihre Tätigkeit und Mühewaltung in den wärmsten Worten Ausdruck zu verleihen. Unser Verein, der sich dank dem hervorragenden Entgegenkommen der weitesten Kreise der Bevölkerung in kurzer Zeit so entwickeln konnte, genoß auch das besondere Wohlwollen weiland Seiner Majestät des Kaisers Franz Josef, der mich des öfteren nach den Fortschritten des Vereines zu befragen geruhte und seine Ziele guthieß. Seinem Andenken sei dankbar der erste wehmütige Gedanke unsrer heutigen Versammlung geweiht. Wohl selten hat ein Monarch sein ganzes Leben, seine ganze Arbeitskraft in der selbstlosesten Weise seinen Völkern geopfert wie unser verewigten Kaiser. Wir alle hier Anwesenden sind fast ausnahmslos während seiner 68jährigen Regierung geboren worden und wir blickten auf ihn in wahrer kindlicher Verehrung. Es war ihm nicht vergönnt, seinen Völkern den Frieden zu schenken, wie er es so gern getan hätte. Dies überließ er seinem jugendlichen Nachfolger, dem wir voll tiefer Liebe und festen Vertrauens all unsre Kräfte zu weihen geloben. (Lebhafter Beifall.)

Ich will jetzt der Versammlung einiges über meine Erfahrungen und über die Arbeit mitteilen, die unser Verein geleistet hat. Was zunächst die Zahl der Blinden betrifft, so muß ich hervorheben, daß am meisten Blinde in Galizien sind. In den Ziffern, die ich dann vorbringen werde, sind jene Blinden nicht inbegriffen, die noch in klinischer Behandlung stehen. Es sind da ganz unglaubliche Erfolge zu verzeichnen, und Leute, die fast schon blind waren, sind wieder sehend geworden. Galizien hat 102 Kriegsblinde, Böhmen 86, Niederösterreich 51, Mähren 42, Tirol und Vorarlberg 20, Steiermark und Krain 18, Schlesien 16, Kärnten und Küstenland 14, Dalmatien und die Bukowina 45. Naturgemäß sind die jüngeren Leute, die am meisten in der Front sind, auch am meisten hergenommen worden. Nach dem Berufe klassifiziert, sind 213 Kriegsblinde in Industrie, Handel und Gewerbe beschäftigt, 146 in Land- und Forstwirtschaft, 67 in freien Berufen. Die Erfahrungen, die wir mit den Kriegsheimstätten gemacht haben, waren bis jetzt glücklicherweise sehr befriedigend. Ich habe selbst in verschiedenen Provinzen die bereits untergebrachten Kriegsblinden besucht. Sie sind alle verheiratet und haben alle ein kleines Haus oder ein kleines Anwesen; sie sind relativ wirklich zufrieden und glücklich und dem Verein unendlich dankbar. Das System, nicht Häuser zu bauen, sondern schon bestehende Ubikationen anzukaufen, hat sich glänzend bewährt. Anfangs waren die Verfügungen unsres Vereines bezüglich der Häuser und deren Zueignung an die Blinden einer gewissen Kritik sowohl seitens des Publikums wie auch seitens der Blinden unterworfen. Wir sind für jede Kritik sehr dankbar. Denn Kritiken sind überhaupt immer vorteilhaft, weil man dann gezwungen ist, nachzudenken, und die Fehler, die einem die Kritik vorwirft, auch beheben zu können. Da sind wir zu dem Schlusse gekommen, daß die Kritiken hauptsächlich juridischer Natur waren. Sie wurden von unserm Rechtsanwalt genau geprüft, und heute, glaube ich, hat man sich mit diesen Sachen bereits vollkommen vertraut gemacht.

Zum Schlusse möchte ich noch der breiten Oeffentlichkeit von dieser Stelle aus den Dank aussprechen für ihre wirklich erhebende Betätigung an unserm Werk und für die kolossalen Spenden, die in diesen schweren Zeiten von seiten des Publikums so reichlich für den Verein eingeflossen sind. Dann aber möchte ich auch dem Präsidium, das sich in der uneigennützigsten Weise diesem hehren Zweck zur Verfügung gestellt hat, den innigsten Dank aussprechen, und dann auch der „Neuen Freien Presse", die für alle Kriegsfürsorgeangelegenheiten und -sammlungen in wirklich hervorragender Weise sich betätigt. (Lebhafter Beifall.)

Sodann sprach Präsident Kommerzialrat Heinrich Grimm, der zunächst dem Erzherzog im eigenen Namen sowie in dem des Vereines den tiefstgefühlten Dank ausdrückte. Nach der jetzigen Sturm- und Drangperiode werden bald bessere, schönere Zeiten anbrechen und kommende Geschlechter werden dann von einem Habsburgerfürsten berichten, der sich schon bei Lebzeiten durch seine unendliche Güte ein Denkmal im Herzen aller edlen Menschen setzte und welchen das Volk als Vater der Blinden und invaliden Krieger verehrte. „Euer kaiserliche Hoheit haben vielen Tausenden unsrer armen Invaliden den Weg zu einem neuen Leben angebahnt, und möge hiefür Gottes reichster Segen Euer kaiserliche Hoheit beglücken." Redner dankt hierauf den Mitgliedern des Vorstandes für ihre bisherige Tätigkeit und sagt: „Wir alle tragen das beglückende Gefühl im Herzen als gute Patrioten in dieser großen schweren Zeit unsre Pflicht getan zu haben."

Der Präsident teilt sodann mit, daß die Summe aller Beiträge von Stiftern, Gründern und ordentlichen Mitgliedern sowie von einmaligen Spenden einschließlich des vom Verein übernommenen Anfangsvermögens mit Ende des Vereinsjahres 1916 die Höhe von rund 1,650,000 K. erreicht und im gegenwärtigen Zeitpunkt schon die zweite Million weit überschritten hat. Der Verein verzeichnete mit Ende 1916 insgesamt 343 Stifter, 654 Gründer und 652 ordentliche Mitglieder. Gegenwärtig ist natürlich die Zahl eine wesentlich höhere. Die Summe der dem Verein im ersten Jahre zugeflossenen freiwilligen einmaligen Spenden erreicht fast die Höhe einer halben Million. Im abgelaufenen Vereinsjahr wurden insgesamt für 15 Kriegsblinde Heimstätten erworben, deren Anschaffungspreis sich zwischen 2500 bis 12,000 Kronen bewegt und für die insgesamt ein Betrag von fast 100,000 K. ausgegeben wurde. Im laufenden Jahre wurde schon eine weitaus größere Reihe von Heimstätten bewilligt und zum Teil auch schon angeschafft, und die hiefür erforderliche Summe erreicht schon jetzt fast den Betrag von 400,000 K.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung, Wahl von Vorstandsmitgliedern, beantragt Präsident Kommerzialrat Heinrich Grimm die statutengemäß ausscheidenden Vorstandsmitglieder wiederzuwählen und gleichzeitig die bisherige Zahl der Vorstandsmitglieder um zwei weitere Mitglieder zu erhöhen, und zwar sind dies Gouverneur der Bodenkreditanstalt Geheimer Rat Dr. Karl Ritter v. Leth und Präsident der Wiener Handels- und Gewerbekammer Herrenhausmitglied Paul Ritter v. Schoeller. Die Anträge des Präsidenten werden einstimmig genehmigt. Nach Schluß der Generalversammlung zog der Protektor des Vereines Admiral Erzherzog Karl Stephan mehrere der anwesenden Persönlichkeiten in ein längeres Gespräch.

Sozialpolitische Wochenplauderei.

Invaliden.

Was muß das doch früher für eine gemütliche Sache gewesen sein, der Krieg. War er vorüber, so baute man weit draußen in der Vorstadt, jenseits von Bastei und Glacis, anfangs der Landstraße, so recht im Grünen ein Haus, nicht so groß wie heutzutage der Palast jedes halbwegs respektablen Bankmannes; an den Giebel schrieb man in wohlgesetztem Latein, damit es jeder Soldat verstehe, daß es dem Wohl untauglich gewordener Krieger gewidmet sei, setzte eine Anzahl Männer mit steifen Beinen, hechtgrauen Blusen, einem Säbel an schwarzlackiertem Achselriemen, einer ewig qualmenden Pfeife, grimmigem Schnurrbart und gutmütigen Augen hinein, und das Invalidenhaus war fertig. Mangelte es an Platz, so half man sich mit der Erlaubnis, eine Drehorgel zu betreiben, womit man die Versorgungspflicht auf die Insassen der Hofwohnungen in den Vorstädten überwälzte; der Werkelmann war gleichsam der vierte Stand der Opfer des Krieges.

Ich erinnere mich des Invaliden noch sehr gut. Ich sage „des Invaliden", obwohl es ihrer viele waren; aber sie sahen wirklich einer wie der andere aus, sehr würdevoll, furchtbar bärbeißig und ein bißchen komisch. Als kleine Jungen hatten wir eine Heidenangst, wenn er im Volksgarten schon von weitem mit dem Stock drohte, weil wir etwas lauter waren, als er der Würde des Ortes angemessen fand. Später legte sich die Angst; wenn die Völker älter werden, verlieren die Götter ihre Schrecken. Wir erkannten, daß seine Beine, altersschwach und müde, es mit unseren nicht aufnehmen konnten. Drohte er uns beim Thesenstempel, so waren wir längst beim Grillparzerdenkmal, das es noch nicht gab.

Sie starben allmählich aus, die braven brummigen Invaliden, die so bärbeißig aussahen und so dankbar für eine Zigarre waren. Nur in der bildenden Kunst blieben sie lebendig, denn jede Ausstellung im Künstlerhaus brachte so sicher wie ihren Schödl ihren Invaliden von Friedländer. Bei großen internationalen Gelegenheiten waren es wohl auch zwei oder gar drei; aber dann erzählten sie einander von ihren Kriegstaten, während die der gewöhnlichen Herbst- und Frühjahrsausstellung, einsame Zeugen großer Tage, ihrem Kanarienvogel zuhörten, ihren Peifenkopf anrauchten oder sonst taten, was eben Invaliden auf Bildern von Friedländer zu tun pflegten.

Wie anders ist das nun geworden! Wie viel weniger gemütlich als damals, wo die scheidende Sonne von Altwien auch den alten einsamen Mann freundlich beschien. Er hatte keine Prothesen, aber Mitleid machte ihm den Stelzfuß erträglich. Heute denken wir mit Schaudern an die vielen Tausenden, denen man keine Invalidenhäuser bauen und nicht mit Leierkastenerlaubnisscheinen helfen kann. Denken wir übrigens wirklich? Zersplittern wir nicht Mitleid und Hilfsbereitschaft auf etwas zuviel Einzelhandlungen? Im Deutschen Reiche faßt man es anders an. Soeben — und das regt mich zu dieser flüchtigen Beschäftigung mit der ernstesten aller Friedensvorfragen an — wird mir das Aprilheft der „Bodenreform" zugestellt, die das Blatt des Vereines der deutschen Bodenreformer ist. Man weiß, was diese wollen. Aber wieder muß ich zweifelnd fragen: Weiß man es wirklich? Ich will es vorsichtshalber doch lieber hersetzen; ihr Werkplan besteht nur aus einem Satz, aber dieser enthält eine der wichtigsten Voraussetzungen des sozialen Fortschrittes: „Der Bund deutscher Bodenreformer tritt dafür ein, daß der Boden, diese Grundlage allen Lebens des Volkes, unter ein Recht gestellt werde, das seinen Gebrauch als Werk- und Wohnstätte befördert, jeden Mißbrauch mit ihm ausschließt, und die Wertsteigerung, die er ohne die Arbeit des einzelnen erhält, möglichst dem Volksganzen nutzbar macht." Kein Umsturz, wie man sieht, nichts was man, die Bodenspekulanten und Monopolbesitzer ausgenommen, jeder fordern könnte und sollte. Wie viele aber tun es, ja kümmern sich auch nur darum, was mit dem Boden, der ihnen Nahrung und Obdach geben könnte, an Unfug und Mißbrauch getrieben wird?

Diese Bodenreformer haben nun, ihrer großen Aufgabe streng folgerichtig getreu, die Errichtung von Kriegerheimstätten als nächste Forderung aufgestellt. Von dem Boden, für den er kämpfte, litt und vielleicht zum Krüppel wurde, soll ein Stückchen dem heimkehrenden Krieger gehören, gerade so viel, daß er ihn zum unabhängigen Mann macht, der die Seinigen erhalten kann. Am 20. März waren es zwei Jahre, seitdem der bedeutende Führer der Bodenreformer, Adolf Damaschke, den Hauptausschuß für Kriegerheimstätten gründete. Er wurde eine Volksbewegung. Der Reichstag hat sich einstimmig für die Grundgedanken entschieden. Aus den achtundzwanzig Körperschaften, die vor zwei Jahren den Hauptausschuß gründeten, sind dreitausenddreihundertunddrei geworden, Körperschaften von Gewicht mit Männern von Bedeutung. Die Bewegung, das ist schon jetzt sicher, wird ihr Ziel erreichen. Zu mächtig ist das Gewissen des deutschen Volkes aufgerüttelt worden und zu sehr empfindet jeder, daß es gütig, aber auch daß es klug und vorsichtig ist, für die heimkehrenden Krieger zu sorgen.

Und bei uns? Wir sind bescheidener, wären zufrieden, würde nicht für die, deren Arme gesund sind, gesorgt, sondern nur für die, denen man einst das Invalidenhaus baute oder mit dem Leierkasten von Hof zu Hof zu ziehen gestattete. Das Beste, das über diese Frage zu lesen ist, wurde bei uns geschrieben. Ich kenne vieles, weil mir die Sache starken Anteil erregt hat, aber ich kenne nichts Besseres, als was ein ungenannter Verfasser im Auftrage der „Bereitschaft" über die Versorgung der Kriegsbeschädigten auf eigenem Grund und

Der Abend
23.IV.1917

Sozialpolitische Wochenplauderei.

Die ewig Blinden.

Weh' denen, die den ewig Blinden
Des Lichtes gold'ne Fackel leih'n!
Sie leuchtet nicht, sie kann nur zünden.

Die ewig Blinden sind nicht, die durch die Sünden der Väter oder feindliche Geschosse um das Licht der Augen gekommen sind; ewig blind sind die Sehenden, die in den Anblick ihres Bankguthabens versunken weder die bittende Gebärde des heutigen Tages noch die drohende des kommenden sehen. Sie wissen nicht, welche Wucherzinsen die Zukunft von ihnen fordern wird.

Daß er für soundsoviel Kronen monatlich eine Maschine kauft, die soundsoviel Arbeit leistet, darf niemand vorgeworfen werden; das ist in unserer Gesellschaftsordnung geltendes Recht und es tut nicht Unrecht, wer sein Recht gebraucht, auch wenn diese Maschine außerhalb der Arbeitszeit ein lebender Mensch ist. Solange wir diese Rechtsordnung nicht ändern, müssen wir ihre Folgen hinnehmen. Das uralte Wiener Geschäftshaus Theyer & Hardtmuth ist durch die Tüchtigkeit seiner Gründer zu bedeutender Stellung und großem Ansehen gelangt. Noch heute, wo es schon lange die kunstgewerbliche Bewegung nicht mehr führt, sondern ihr nur zögernd folgt, geht man zu Theyer & Hardtmuth wie man zum Schwarzen Hund oder in die Hofapotheke geht. Man bekäme es anders wo gerade so gut und wahrscheinlich billiger, aber die Gewohnheit ist ein starker Kundenschutz. Das Haus bedient noch immer Hof und Adel und alle, die ihnen folgen, viele Ämter und die, denen ein teurer Preis die Güte der Ware verbürgt. Auch Kriegsfürsorgezwecken, die sich mit Angeboten an die obersten Zehntausend wenden — es sind ihrer jetzt vielleicht schon elftausend geworden — lassen ihre schwarzgelben Kreuze auf Papier prägen, das sich mit geschäftsklugen Zugeständnis an die Auslandsfreundlichkeit, die unter der dünnen Decke des selbstbewußten Patriotismus schlummert, noch immer Margaret-Mill nennt, weil es zwar in allen möglichen Fabriken Österreichs erzeugt, im Bezirk Margarethen aber in Schachteln verpackt wird.

Bei dieser Umwandlung von Halb- in Fertigerzeugnisse, einer volkswirtschaftlich wertvollen und für das Haus Theyer & Hardtmuth entsprechend einträglichen Arbeit, war auch der Mann beschäftigt, von dem dieser Tage im „Abend" die Rede war. Wir haben seither näheres darüber erfahren. Es ist nicht geeignet, die Haltung des Geschäftseigentümers in das Licht höheren menschlicheren Empfindens zu rücken. Der Mann war für Dienste, die auch dem selbstbewußtesten Arbeitgeber persönlich näherbringen, eine Reihe von Jahren angestellt gewesen, als der Krieg ihn ins Feld rief, um ihn wenige Monate darauf, schon im Herbste des ersten Kriegsjahres, blind nach Hause zu schicken. Sein trauriges Schicksal rührte die, die sich rühren lassen, weil ihr Herz ein Herz und kein Bankkonto ist, die Arbeitsgenossen und -Genossinnen. Sie schossen monatlich eine Summe zusammen, bescheiden genug, aber doch auch wieder groß genug, dem Erblindeten Erleichterung seines Loses und den Gebern Ehre zu bringen. Alle beteiligten sich, vom Prokuristen des Herrn Theyer bis zur jüngsten, schlechtestbezahlten Verkäuferin. Herr Theyer beteiligte sich nicht.

Herzensgüte ist meistens größer als Einkommen und die Preise der Lebensmittel steigen schneller als die Teuerungszulagen; die Angestellten mußten seither die monatliche Gabe an den erblindeten Arbeitsgenossen verringern. Sie taten es mit Schmerz, aber von den Umständen gezwungen. Er erhält jetzt um dreißig Kronen weniger. Herrn Theyer blieb der Schmerz, weniger geben zu müssen, erspart. Er gibt noch immer gar nichts.

Ich will nicht bitter werden. Entweder oder. Herr Theyer weiß vielleicht nicht, wie es ist, arm zu sein; sicherlich weiß er nicht, wie es ist, arm und blind zu sein, jung, arbeitswillig nicht arbeiten zu können. Zwar hat man es ihm gesagt, sogar der Erzherzog, der sich der erblindeten Krieger annimmt und, mit mehr Vorstellungskraft als der Herr Theyer begabt, fremdes Elend nachzufühlen imstande ist. Oder Herr Theyer weiß es. In dem einem Falle wäre es zwecklos, im anderen stände er zu tief. Nein, nicht mit Herrn Theyer will ich mich beschäftigen, sondern mit dem Manne, gegen den er keine Pflicht mehr hat, weil das Handlungsgehilfengesetz für den Blinden nicht gilt und das Gesetz der Menschlichkeit und Güte nicht für den Sehenden.

Diesem Blinden wäre nun durch allerlei Umstände Aussicht auf Erwerb geboten. Mit ein paar tausend Kronen könnte er dem namenlosen Elend der Blindheit, die hungern und verzweifeln muß, nicht weil es an Erwerbsmöglichkeiten, sondern weil es an ein paar schäbigen Banknoten mangelt, gerettet werden. Hier kann ein mehrfach schönes Werk getan werden: Einem wirklich braven, tüchtigen Unglücklichen als Mensch dem Menschen die Bruderhand reichen, und denen, die dazu verpflichtet wären, zeigen, daß wieder einmal Geld nicht das Höchste ist und man zwar vieles dafür kaufen kann, nur eines nicht: die öffentliche Achtung und den Gruß der sozial Empfindenden. Es gibt Geld, das reicher macht, wenn man es ausgibt.

Der „Abend" vermeidet es sonst, sich an das Herz seiner Leser zu wenden; er zieht es vor, soziale Gedanken wachzurufen. Heute tut er es, aber auch dieses Mal gilt es nicht in erster Reihe, mitleidig zu sein. Wenn wir unsere Leser bitten, es möge uns jeder nach seinem Können, aber jeder eine Gabe für diese beiden Kriegsblinden senden, sei es ein flammender Einspruch gegen eine Wirtschaftsordnung, die es gestattet, seine Mitarbeiter, wenn sie blind geworden sind, wie wertlos gewordene Maschinenteile zum alten Eisen zu werfen.

Ich hoffe, nein, ich bin überzeugt, daß die Leser des „Abend" die sittliche Bedeutung dieser Geldsammlung

Der Abend 30.IV.1917

20

Vossische Zeitung
17.IV. 1917
34

eitung. 1917
17. Mai

Geistige Munition.

Der Lesestoff für unsere Kämpfer.

Ein neuer „Sammeltag" wird vorbereitet. Am 24. Juni soll in der Mehrzahl der Städte und Landkreise des deutschen Reiches ein „Opfertag für die Kriegsbüchereien" veranstaltet werden. Die Vorbereitungen sind im Gange, und für die meisten preußischen Provinzen und ebenso für die Bundesstaaten sind die behördlichen Genehmigungen für diesen Sammeltag bereits erteilt.

Es läßt sich manches ganz allgemein gegen diese Opfertage sagen: etwa daß das Geklapper der unzähligen Blechbüchsen in den öffentlichen Straßen, in den Lokalen und Verkehrsmitteln an und für sich keine erhebende Musik zur Größe des kriegerischen Deutschlands machen; daß das Drum und Dran, die Organisation dieser Tage, das gewaltige Aufgebot an Menschen, Zeit und Kraft und die Belästigung, die der Oeffentlichkeit zugemutet wird, nicht das aufwögen, was schließlich durch die Sammeltage für die Kriegswohlfahrtszwecke herauskommt. Ein blasser Abglanz dieser Einwände kam gestern auch in der „Ehren-Ausschußsitzung des Opfertages für Kriegsbüchereien" zum Ausdruck, der im Abgeordnetenhaus tagte und die Notwendigkeiten des neuen Opfertages besprechen sollte. In der Versammlung — „der Gesamtausschuß zur Verteilung von Lesestoff im Felde und in den Lazaretten" ist eine Schöpfung des Roten Kreuzes und diesem als „Abteilung 19" angegliedert — führte der General der Kavallerie z. D. von Pfuel den Vorsitz. Ein Vertreter aus Hamburg mußte erklären, Hamburg könne sich an dem Opfertage nicht beteiligen; man erhalte keine Erlaubnis, da die Stadt zu reichlich mit derartigen Sammlungen bedacht werde. Ebenso bat ein Vertreter aus Kassel, den Opfertag zu verschieben; es sei gerade in letzter Zeit zuviel des Guten getan worden. Aus der Rede eines Sendlings aus Ostpreußen, der über „die Organisation des Opfertages für die Provinz" sprach, klang merklich der Widerstand der Provinzorganisationen des Roten Kreuzes gegen die Zentrale in Berlin heraus. Man fühlt sich allzu gegängelt, und man meint offenbar, in der Zentrale wolle man alles machen, ohne es immer richtig zu können. Besonders scheint man in Berlin die tatkräftige Einmischung der provinziellen Militärbehörden in die Wohltätigkeitsarbeit nicht gerade zu lieben. Der ostpreußische Vertreter verlangte u. a. auch, daß zum mindesten die Hälfte des Sammeltagertrages den örtlichen Organisationen zur Verteilung überlassen werden solle. Die Zentrale will nur 30 v. H. bewilligen und 70 v. H. ihrerseits „in Zusammenarbeit mit den provinziellen Ausschüssen" verteilen.

Aber das alles sind schließlich Fragen, die der „Lesestoffausschuß" unter sich abmachen mag. Stärker wird die breite Oeffentlichkeit schon davon berührt, was für ein Plakat im Straßenbild für den Bücher-Opfertag werben soll. Man hat eine sklavische und geschmalzte Nachahmung des Erlerschen Entwurfes für die 6. Kriegsanleihe gewählt. Auch gegen dieses Plakat erhob bereits der ostpreußische Vertreter Einspruch.

Das Wichtigste ist jedoch die Sache selbst, um die es geht. Es ist gewiß wirkungsvoll, wenn man im Vortrag des geschäftsführenden Vorsitzenden des Arbeitsausschusses, Direktors W. Scheffen, hörte, daß bis jetzt bereits 30—40 Millionen Bücher der Armee und der Marine überwiesen worden sind; aber es wird Zeit, einmal öffentlich zu fragen, welcher Art denn diese Bücherpyramide ist, die man über den so leicht empfänglichen und bestimmbaren Herzen unserer Feldgrauen und unserer Matrosen errichtet. Darüber erfuhr man auch in der gestrigen Aussprache kein Wort. Man hatte zwar die Presse geladen, aber da die Tagung ohnehin vor mehr oder minder feststehende Tatsachen gestellt wurde, und da ferner zu der engeren Beratung, in der neben anderem auch die „Bearbeitung der Presse" auf die Tagesordnung gesetzt war, die Presse nicht hinzugezogen wurde, so bleibt es bei dem Zustand, dessen Bedenklichkeit wir bereits früher einmal in der „Vossischen Zeitung" betont haben: das Publikum soll spenden, ohne wissen zu dürfen, welches Ergebnis eigentlich mit dem Gespendeten in der sehr wichtigen Frage der geistigen Versorgung unserer Truppen erzielt wird. Daß man bei der ganzen Sache

Die Kriegsinvalidenfürsorge in Oesterreich-Ungarn.

Von Dr. G. Hohmann (München).

Die moderne Kriegsinvalidenfürsorge, die auf der Grundlage der Entwicklung der chirurgischen Orthopädie und unserer sozialen Anschauungen entstanden ist, hat in Wien die erste großzügige und umfassende praktische Durchführung gefunden. Schon Anfang 1915, als noch überall über Weg und Form beraten wurde, als auf der Kriegstagung der deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge Heeresverwaltung, Reichsversicherungsamt, Berufsgenossenschaften, Krankenkassen, Armenpflege und die Ministerien der einzelnen Bundesstaaten alle miteinander ihre Bereitwilligkeit zur Mitarbeit in Erkenntnis der ihnen allen obliegenden Aufgabe bekundeten und über schon eingeleitete Bestrebungen berichteten, schon damals konnte der Wiener Orthopäde Prof. Spitzy mitteilen, daß alles das, was hier im einzelnen gefordert und für notwendig erklärt wurde, in Wien bereits seit Januar 1915 in die Praxis umgesetzt sei. Spitzy hatte ein großes orthopädisches Lazarett mit zunächst 1000 Betten eingerichtet und mit einer Invalidenschule zum Unterricht für Einarmige und sonst Beschädigte, mit Werkstätten für alle möglichen gewerblichen Arbeiten und ein Gut für landwirtschaftliche Arbeit, ferner mit Werkstätten für Herstellung künstlicher Glieder usw. verbunden. Außerdem hatte Geheimrat Dr. Exner eine große Aktion für Prothesenbau ins Leben gerufen. Die Invalidenfürsorge war in Wien zentralisiert, sie war in eine Hand gegeben.

Das Wiener Beispiel machte Schule. Ueberall auch bei uns entstanden zahlreiche Organisationen, in denen ärztliche und soziale Fürsorge in der oder jener Form miteinander verbunden wurden. Auch in Ungarn entstand eine großzügig organisierte Invalidenfürsorge, an deren Spitze Graf Lisza trat und die vom Staatssekretär Grafen Klebelsberg durchgeführt wurde. Ein staatliches Invalidenamt in Budapest organisierte das Ganze. Unter ihm standen eine staatliche Prothesenfabrik, die unter der Leitung Prof. v. Dollingers künstliche Beine nach dessen Angabe herstellte, eine Invalidenschule mit Werkstätten, einige Nachbehandlungslazarette, in denen die noch notwendige chirurgisch-orthopädische und medico-mechanische Nachbehandlung durchgeführt wurde. Beide Systeme, das Wiener mit seiner straffen Zusammenfassung in einer Hand und das Budapester mit seiner Gliederung in einzelne, nicht so eng miteinander verbundene Teile, allerdings unter einer Zentrale, haben ihre unbestreitbaren Vorteile.

Die deutschen Einrichtungen haben ja fast alle einen etwas anderen Aufbau. Zunächst fehlt bei uns die Zentralisation wie in Wien. Wir haben mehr selbständige Zentren. Bei uns will jede größere Stadt ihre eigene Invalidenfürsorge haben, mit der sie für die an sie angegliederte Provinz sorgt. Das hat natürlich einiges für sich. Dadurch wird das Bild vielgestaltiger und es kann dabei unter Umständen auch etwas herauskommen. Die ärztliche Zentralisation in Wien war natürlich nicht der Abschluß der ganzen Entwicklung. In Wien sollte zunächst einmal mit größeren Mitteln und Möglichkeiten ein Musterbeispiel hingestellt werden. Das ist auch vollkommen gelungen. Heute meldet sich nun in Oesterreich die Provinz und richtet ihre Invalidenfürsorge je nach ihrer provinziellen Eigenart ein, und sie kann dabei die bisher in der Wiener Zentralanstalt gemachten Erfahrungen für sich verwerten.

Für das Gelingen der ganzen Organisation in Wien und Budapest war es ferner von größter Bedeutung, daß die Behörden mit wirklicher Weitsicht die Pläne der orthopädischen Fachärzte unterstützten und die größte Handlungsfreiheit gewährten. Entscheidend für die Durchführung der ganzen Fürsorge war die Einheitlichkeit der Leitung, die in Wien gegeben war. Das behob die in jedem Bürokratenstaate sonst üblichen Kompetenzkonflikte und -Schwierigkeiten von vornherein, unter denen so vieles verkümmern muß. Die Leitung muß militärisch sein. Die Invaliden gehören noch dem Militär an, ihre Arbeit in den Werkstätten ist militärischer Dienst, sie können deshalb auch nicht unter zwei verschiedenen Leitungen stehen, wenn der Zweck des Ganzen erreicht werden soll.

Von großem Interesse war die am 16. und 17. April in Wien unter Teilnahme der Kaiserin und des rührigen Protektors Erzherzog Karl Stefan stattgefundene Tagung des K. K. Vereins „die Technik für die Kriegsinvaliden", der von Geheimrat Exner zur Prothesenbeschaffung seinerzeit gegründet wurde, und der jetzt in engstem Zusammenhang mit der Wiener Invalidenfürsorge tätig ist. Aerzte und Ingenieure arbeiten hier erfolgreich zusammen an der Lösung der vielen neuen Probleme, die der Krieg aufgeworfen hat. Die Tagung, an der auch viele reichsdeutsche Orthopäden und Ingenieure teilnahmen, gewährte einen lehrreichen Ueberblick über die Fortschritte, die die Invalidenfürsorge auf ärztlichem, technischem und sozialem Gebiete inzwischen gemacht hat. Aerztlich interessierten besonders die verschiedenen Methoden der operativen Umgestaltung und Verbesserung der Amputationsstümpfe, und darunter vor allem die Sauerbruchschen Kraftkanäle zur Bewegung einer künstlichen Hand.

Im Mittelpunkt stand natürlich die Prothesenfrage, und die Erfahrungen, die dort ausgetauscht wurden, waren für die Fachleute von großem Wert. Diese Frage ist in allen ihren Seiten vollkommen im Fluß; was heute verbessert wird, kann morgen überholt sein. Deshalb ist vollste Freiheit der Arbeit hier wie auf keinem anderen Gebiet eine Notwendigkeit. Daß diese Freiheit der Arbeit in der Organisation des die Tagung veranstaltenden Vereins gewährleistet ist, hörten wir von allen Beteiligten. Die Prüfung der Prothesenmodelle auf ihre Brauchbarkeit erfolgt in gründlicher Weise, und die Prüfstelle maßt sich dabei keineswegs das Recht an, ihrer Anschauung dogmatischen Charakter zu geben. Das muß auch vermieden werden. Neue Erfindungen, auch wenn sie noch unvollkommen sind, müssen unvoreingenommen geprüft und ihr wertvoller Kern anerkannt und nutzbar gemacht werden. Nur so wird die Allgemeinheit vor Schaden geschützt. Eine Ausstellung der Wiener Prothesenkonstruktionen (Wiener Arm, Tischlerarm, Bauernarm, Prothesenjacke usw.) veranschaulichte die Leistungen.

Neben den ärztlichen Fragen standen auch die gewerblich-sozialen Fürsorgemaßnahmen zur Beratung. In dieser Beziehung ist eine deutliche und wichtige Wandlung des Standpunktes zu erkennen. Im Anfang dachte man allgemein den Kriegsbeschädigten mit Hilfe von Fachlehrern und Kursen wieder sozial einzupassen und stellte Gewerbeschulen oder eigens dazu geschaffene Einrichtungen in den Dienst dieser Bestrebungen. Heute liegen die Erfahrungen von ein bis zwei Jahren vor. Und die gehen dahin, daß wir hier nicht allzuviel von der Schule erwarten dürfen. Es handelt sich eben nicht oder nur teilweise um Schüler im aufnahmefähigen und -willigen Alter. Und wenn auch ein Teil der Leute Vorteil aus den gebotenen Ausbildungsmöglichkeiten zieht und dadurch auch sozial aufsteigt, die große Masse lehnt es ab. Sie sieht in diesen Kursen oder Lehrwerkstätten, in die sie hineinbefohlen wird, vielfach wenigstens eine Art Spielerei, ihr Arbeitswille aber wird dadurch nicht wieder geweckt. Darauf aber kommt schließlich alles an, um deswillen unternehmen wir ja die ganze Sache. Und in dieser Beziehung brachte die Aussprache in Wien eine Neuorientierung. Das Bedürfnis der Industrie nach Arbeitskräften half uns. Die möglichst frühzeitige schon während des Lazarett-Aufenthalts erfolgende Einstellung der Invaliden in die Fabrikbetriebe, wo sie mitten unter den anderen Arbeitern in altgewohnter Umgebung unter der Fabrikordnung und vor allem gegen Bezahlung arbeiten, das ist der Weg, der größere Erfolge verspricht. Die Berichte aus der Industrie, vor allem von Ingenieur Dr. Beckmann (Berlin), über die bis jetzt mit diesem System gemachten Erfahrungen sind günstig. Die Lohnzahlung beseitigt die vielfach nur psychischen Hemmungen, die der Kriegsbeschädigte der Arbeit gegenüber hat, ebenso wie die Tätigkeit am alten Arbeitsplatz. Das soll die Anpassung mittelst der Fachschule nicht ausschließen; für die, die sozial aufsteigen können und wollen, also für einen Teil derer, die die Berufe wechseln, sind sie nach wie vor der richtige Weg. Für die anderen ist die Praxis und der Zwang und Rhythmus des Lebens das Entscheidende. Diese Frage enthält eine Fülle von Problemen in sich: die Auswahl der für den einzelnen Invaliden geeigneten Arbeit, die Beurteilung der Eignung der Leute für die verschiedenen Berufsarten, die auf Grund eingehenden Studiums der Arbeitsweisen zu gewinnen ist, und vieles andere.

Alles in allem können wir über das, was Oesterreich und Ungarn an Kriegsinvalidenfürsorge hingestellt haben, unsere uneingeschränkte Freude und Anerkennung haben, vieles ist einfach mustergültig geordnet, und die Anregungen, die wir von dort von wiederholten Besuchen mitbrachten, haben auf unsere Arbeit befruchtend gewirkt.

Gr. Zeitung

Reichsverband für Kriegerheimstätten in Oesterreich.

Die vorgestern unter dem Vorsitz des Präsidenten Geheimen Rates Dr. Franz Klein im Saal der Handelskammer abgehaltene erste Jahresversammlung des Reichsverbandes für Kriegerheimstätten bot ein übersichtliches Bild der im Berichtsjahr durchgeführten organisatorischen Arbeiten der einzelnen Landesverbände. Der sehr zahlreich besuchten Versammlung wohnten bei: Minister Doktor Baernreither, in Vertretung des Ministerratspräsidiums Ministerrat Uebelhör, des Kriegsministeriums GM. v. Rochel, Major Grasser, für das wissenschaftliche Komitee Oberleutnant Pribram, für das gemeinsame Finanzministerium Hofrat Dr. Kobler, für das Ministerium des Innern Ministerialsekretär Dr. v. Englisch, für das Justizministerium Sektionschef Ritter v. Schauer, für das Handelsministerium die Ministerialräte v. Gasteiger und v. Schiff, für das Eisenbahnministerium Sektionsrat v. Redl, für das Ministerium für öffentliche Arbeiten Hofrat Dr. v. Melnzinger, für das Ministerium für Landesverteidigung Generalintendant Dr. Purschke, Oberintendant Eitl und Sektionsrat Dr. v. Schick, für das Ackerbauministerium Hofrat Anton Ritter v. Pantz und Sektionsrat Dr. v. Haagen, ferner waren vertreten die Statthaltereien von Steiermark (Sekretär Doktor Kocesnil) und Oberösterreich (Baurat Nejdl), die Landesausschüsse von Niederösterreich (Landesausschuß Graf Colloredo-Mansfeld), Mähren (Landesausschußbeisitzer Dr. Freißler und Monsignore Dr. Sramek) und Schlesien (Dr. Rödler), die Landesverwaltungskommission von Böhmen (Statthaltereirat Landecke), die Statistische Zentralkommission (Doktor v. Gehmann und Dr. v. Korntingen), die Gemeindeverwaltungen von Wien (Gemeinderat Stich, Oberstadtphysikus Dr. Böhm und Magistratsrat Doktor Sagemeister), von Troppau, Reichenberg und Pilsen, die Landeskulturräte von Böhmen, Mähren und Istrien, die Handelskammern von Wien (Kammerrat Krause), Olmütz (Präsident Primavesi)), Pilsen Dr. Houdek), die einzelnen Landeskommissionen zur Fürsorge heimkehrender Krieger, und zahlreiche Kriegsfürsorgevereinigungen.

Der Präsident des Reichsverbandes Geheimer Rat Dr. Franz Klein führte in seiner Begrüßungsansprache aus, daß das erste Jahr des Bestandes zwiespältige Erfahrungen gebracht habe. So unleugbar groß der Erfolg der Ideen gewesen sei, der vor allem in ihrer Internationalität deutlich zutage trete, so hätten doch die positiven Leistungen keineswegs damit gleichen Schritt gehalten. Zahlreiche Landesverwaltungen haben sich der Bewegung angeschlossen. Dies ermöglichte einen geistigen Austausch der Gedanken und eine Berücksichtigung der Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse. Die Regierung habe allerdings die äußerste Zurückhaltung gezeigt, doch dürfe man hoffen, daß die Schaffung eines Ministeriums für Volksgesundheit und soziale Fürsorge diesen Bann brechen und vor allem die glückliche Vereinigung der ländlichen und städtischen Zweige der Kriegerheimstätten in einer Hand ermöglichen werden. Wohl sei viel Zeit verloren gegangen, der Glaube an den Erfolg der Sache aber stehe unerschütterlich beim Reichsverbande fest. (Lebhafter Beifall.)

Minister Dr. Baernreither dankte für die Begrüßung des Präsidenten und gab einige Erläuterungen über die Errichtung des neuen Ministeriums, die bereits ihrem wesentlichen Inhalt nach zur Veröffentlichung gelangt sind.

Der Tätigkeitsbericht.

Nach einigen Begrüßungsworten des Gemeinderates Stich im Namen des Bürgermeisters Doktor Weiskirchner erstattete Schriftführer Dr. Karl Pribram den Jahresbericht. Er schilderte die große Werbekraft, die dem Gedanken der Kriegerheimstätten insofern innewohnt, als zahlreiche Ideen in dieser einen Forderung ihren Kristallisationspunkt gefunden haben. Diese Gedanken hätten an ihrer Bedeutung nichts eingebüßt, wohl aber sei die praktische Wirksamkeit wie die Propagandatätigkeit dadurch unterbunden gewesen, daß die lange Dauer des Krieges und der Mangel an bestimmten Zusagen der Regierung der Bewegung den Weg in die breite Oeffentlichkeit verschloß. So mußte denn auch die Ausführung vielfach bereitliegender größerer Pläne der Landesverwaltungen wie einzelner Städte auf einen günstigeren Zeitpunkt verschoben werden. Die Bestrebungen des Reichsverbandes gingen vor allem dahin, in den einzelnen Kronländern ein Netz von Organisationen zu schaffen. Die Formen dieser Organisationen zeigen die größte Mannigfaltigkeit, vielfach sind es die Landesausschüsse (Niederösterreich, Krain, Mähren, Salzburg) vielfach die politischen Landesstellen (Steiermark, Oberösterreich, Kärnten, Tirol), zum Teil auch freie Vereinigungen (Böhmen), die zu den Mittelpunkten der Bewegung in den Kronländern geworden sind. Die Regierung habe nunmehr eigentlich nur das erlösende Wort zu sprechen, damit sich die glückliche Vereinigung zwischen dem von unten kommenden Aufbau und der von obenher kommenden unerläßlichen Forderung vollziehe.

Magistratssekretär Dr. Sagmeister (Wien) machte die erfreuliche Mitteilung, daß das Projekt einer Errichtung von Heimstätten in Aspern vollendet sei, die Detailpläne nach Entwürfen des Stadtbaudirektors Dr. Goldemund in Ausarbeitung begriffen. Die Herstellung der Anlagen dürfte fünf Millionen Kronen erfordern.

Professor Dr. v. Blume (Tübingen) hielt sodann einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über die Beziehungen zwischen Kriegerheimstätten und Volkskraft. Auf Antrag des Landtagsabgeordneten Dr. Jarolim (Brünn) wurde eine Resolution beschlossen, in welcher die Regierung aufgefordert wird, möglichst bald die gesetzlichen Grundlagen für die Ausgestaltung der Kriegerheimstätten zu schaffen und den Reichsverband zur Mitwirkung zu der Vorbereitung dieser Gesetzgebung heranzuziehen.

Die für den Ausschuß vorgeschlagenen Persönlichkeiten wurden hierauf einstimmig wiedergewählt. Der Vorstand setzt sich nun in folgender Weise zusammen: Präsident Geheimer Rat Dr. Franz Klein; Stellvertreter B. Freiherr v. Ehrenfels; Hofrat Ingenieur Josef Jares (Prag); Dr. Wilhelm v. Medinger (Klein-Skal); Schriftführer Professor Dr. Adolf Ostermayer und Professor Dr. Karl Pribram; Schatzmeister Oberkurator Dr. L. von Steiner und Stellvertreter kaiserlicher Rat M. Spiegel; Beisitzer Wilhelm v. Boucsak; Ab-

Wiener Angelegenheiten.

Die Kaiser Karl-Kriegerheimstätte in Aspern.

Gestern wurden im Stadtratsitzungssaal ein Modell und die Pläne für das in Aspern-Hirschstetten zu errichtende Kaiser Karl-Kriegerheim aufgestellt und besichtigt. Die Gemeinde Wien hat bekanntlich bald nach Beginn des Weltkrieges sich der ebenso mühsamen als ehrenvollen Aufgabe unterzogen, durch Errichtung von Kriegerheimstätten die Unterbringung von Soldaten, die an ihrer Gesundheit Schaden genommen haben und deren Familien unverschuldet in Not gerieten, anzustreben. Im Zusammenhang mit dieser patriotischen Tätigkeit verfolgte die Gemeinde, insbesondere ihr Oberhaupt Bürgermeister Doktor Weiskirchner, der sich der Angelegenheit mit außerordentlichem Interesse und eifrigem Bemühen annahm, den Zweck, die für die Großstadt so bedeutsame Wohnungsfrage für die minderbemittelten Stände einer Lösung näherzubringen. Im März 1915 beauftragte Bürgermeister Dr. Weiskirchner den Magistrat, in Angelegenheit der Errichtung von Kriegerheimstätten die geeigneten Anträge zu stellen, damit die Gemeindeverwaltung Gelegenheit zu einer eingehenden Beratung erhalte. Oberkurator von Steiner arbeitete als Referent den praktischen Teil der Vorlage aus, der den Fachmann auf diesem Gebiet verrät. Herr v. Steiner hat sich schon in Friedenszeiten mit den Fragen der Volkswohlfahrt intensiv beschäftigt und durch seine Arbeiten die Aufmerksamkeit des In- und Auslandes auf sich gelenkt. In technischer Hinsicht wirkte Stadtbaudirektor Ingenieur Dr. Goldemund in ersprießlicher Weise. Von ihm stammt das Projekt der Kaiser Karl-Kriegerheimstätte, die in mehreren Plänen und einem hübschen Modell, ausgeführt vom städtischen Ingenieur Hugo Mayer, gestern von Gästen besichtigt wurde. Der Entwurf zeigt den erprobten Fachmann, dessen große Fähigkeiten sich gerade in der Kriegszeit bewährt haben. Stadtbaudirektor Doktor Goldemund schuf gemeinsam mit Magistratsrat Dr. Sagmeister, dem Vorstand des städtischen Wohnungsamtes, ein Werk, das nach seiner Vollendung gewiß lebhafte Befriedigung in allen Kreisen der Bevölkerung hervorrufen und auch Nachahmung in der Monarchie finden wird.

Der gestrigen Besichtigung des Modells ging unter Vorsitz des Oberkurators der Heimstätten Bürgermeister Dr. Weiskirchner eine Sitzung des Kuratoriums des Wiener Kriegerheimstättenfonds voraus. Nach den begrüßenden Worten Dr. Weiskirchners, der seiner Genugtuung darüber Ausdruck gab, daß die Anregung der Gemeinde auf fruchtbaren Boden gefallen sei, sprach im Namen der beteiligten Ministerien Ministerialrat Dr. von Meinzingen als Kuratorstellvertreter dem Bürgermeister den Dank aus und wies darauf hin, daß die erste auf Wiener Boden zu errichtende Kriegerheimstätte den Namen Kaiser Karls tragen werde. Namens der Zentralstelle für Wohnungsreform dankte Hofrat Dr. Rudolf Maresch, worauf der administrative Berichterstatter Magistratsrat Dr. Sagmeister über die bisherigen Ergebnisse der Vorarbeiten berichtete.

Der technische Referent Ingenieur Doktor Goldemund erstattete sodann einen ausführlichen Bericht über den Stand der Projektsarbeiten. Mit den Erdarbeiten und der Kanalisierung könnte im Herbst begonnen werden, wenn dies die Kriegsverhältnisse zulassen. Der Baugrund umfaßt 135,088 Quadratmeter und ist zirka 300 Meter lang und 400 Meter breit. Er ist zirka 500 Meter vom östlichen Ortsausgang von Hirschstetten gelegen, die Entfernung der Straßenbahn beträgt, von der Mitte der Anlage gerechnet, 600 Meter. Es sind aber Verhandlungen im Zuge, um eine eigene Abzweigung der Straßenbahn für die Kolonie zu sichern. In der Anlage selbst sind sechs Straßenzüge vorgesehen. Die Mitte der ganzen Anlage nimmt eine große Spielwiese ein. Die Verbauung geschieht in Vier- und Zweifamilienhäusern, in Gruppen zusammengefaßt, welche zusammen 719 Wohnungen bieten werden. Bei einem Bewohnerstand von rund fünf Personen wird die Kolonie etwa 3600 Einwohner zählen. Neben den Wohnungen sind 12 Geschäftsläden und 9 kleinere Werkstätten an verschiedenen Punkten vorgesehen. Jede Wohnung besteht aus Zimmer, Kammer und Küche sowie einem kleinen Vorraum; weiter hat jede Wohnung eigenen Abort und Speis, alle Wohnräume sind direkt reichlichst belichtet. In jedem Hause sind Waschküche und Dachbodenraum vorgesehen. Jede Partei wird einen eigenen Keller haben, der etwas größer als sonst üblich bemessen ist, um das Aufbewahren von Gemüse zu ermöglichen, welche in einem für jede Wohnung getrennten Gemüsegarten bezogen

Neues Wiener Tagblatt
Abend
4./VIII. 1917

Von den Tagesheimstätten für Kriegerwaisen und -kinder.

„In jedem Kind liegt eine wunderbare Tiefe" — an dieses Denkerwort wird jeder erinnert, der in der Fürsorge für das Kind mit denjenigen, denen diese edle Arbeit gilt, selbst in Berührung kommt: mit den Kindern. Alles, was da entsteht, alles, was auf diesem Gebiet geleistet und erreicht wird, gehört zu den hervorragendsten Errungenschaften dieser schweren Zeit, weil sie der Menschheit Zukunft verbessern hilft, physisch und psychisch. Gewiß ist es ein großherziger Gedanke, sich der Kinder, die bedürftig sind, anzunehmen, aber zugleich ist es doch auch nur eine wie selbstverständliche Pflicht: der Gesamtheit ist „das Kind" das, was der Familie „die Kinder" sind, in ihm lebt sie weiter, wie Vater und Mutter in den eigenen Sprößlingen — und wenn sich Staat und Stadt, Körperschaften, Vereine und einzelne der Pflege der heranwachsenden Jugend annehmen, so ist das rückwirkend auch für jene Kinder, die in der wohlgehüteten Atmosphäre des Elternhauses aufwachsen, denn ihnen erziehen wir in jenen andern, die vom Schicksal enterbt sind und denen unsre Bemühungen ein besseres Los bereiten sollen, vollwertige Mitmenschen, verläßliche Lebensgenossen! Wer im Schutz des Elternhauses herangezogen ist, wer die Erinnerung an die nie ruhende und rastende Sorgfalt einer guten Mutter als unermeßlich reichen Segen durchs Leben trägt, der weiß, wie viel das Schicksal den Kindern schuldig geblieben, die durch frühe Verwaisung oder durch Lebensumstände willkürlich oder unwillkürlich dieses kostbaren — des kostbarsten, weil natürlichen — Schutzes beraubt oder verkürzt worden sind. Ihnen, soviel dies überhaupt erreichbar ist, die Familie, das Heim zu ersetzen, ist eine der schönsten dankenswertesten Aufgaben unsrer sozialen Hilfeleistung. Die Weisung des gütigsten Kinderfreundes aller Zeiten, des Heilands selbst, hat noch nie innigere Bedeutung gefaßt als in unsern Tagen: „Lasset die Kleinen zu mir kommen," denn auf allen Gebieten betätigt und bewährt sich die Fürsorge für die Jugend, und manche im Kriege da geleistete Arbeit wird hoffentlich tief genug wurzeln, um im Frieden weiter zu bestehen und gerade dann aufzublühen zu kräftigem Stamm. Die Tagesheimstätten für Kriegerwaisen und -kinder gehören zu den Neueinrichtungen, denen dies zu wünschen ist. Im März des vorigen Jahres wurden sie von Baronin Luise Leithner gegründet und seither von ihr und den vielen Mächtigen, Gebefrohen, Arbeitsfreudigen, Opferwilligen, die sich dem Werberufe dieser tapferen Frau mit dem Herzen voll goldechter Menschenliebe angeschlossen, bereits zu hohen Erfolgen emporgeführt.

Ein Besuch in einem dieser Horte genügt, um zu erkennen, wo die sittliche Bedeutung dieser Schöpfung gipfelt. Hier handelt es sich in erster Linie, eine Lücke zwischen Schule und Heim auszufüllen, zu ergänzen und die Bande, die die Kinder an beide fesseln sollen, zu verstärken. Hier werden nicht nur Kinder verköstigt, gekleidet, vor Wetterunbilden geschützt, körperlich gepflegt, sie finden auch Liebe und Verständnis für die Seele, und da kehrt alsbald das Wort wieder: In jedem Kinde liegt eine wunderbare Tiefe. In all die vielen Augenpaare dieser Tagesheimstättenkinder blickend, die in blanker Offenheit und Daseinsfreude strahlen, ist es kaum zu fassen, daß die Erziehungsmethode nur weniger Monate aus ihnen alles gelöscht, was sie bereits an trauriger Erfahrung, an schlechter Gewohnheit und beklagenswerten Instinkten spiegelten.

Um solches zu erzielen, mußte vor allem als oberster und erster Grundsatz dienen: Nicht Asyl — Heim, keine Verallgemeinerung, sondern nach Möglichkeit Eingehen auf die einzelnen Individualitäten. Diesem Geiste der Anstalt entspricht auch ihr äußerer Rahmen, die großen, luftigen und lichten Räume, die allen Anforderungen für den Tagesaufenthalt von etwa 200 Kindern (in je einem der Horte) gerecht werden. Spielplatz und Gemüsegarten umgeben den großen, freundlichen Neubau, in dem sich außer dem Speisesaal die sogenannten Gruppenzimmer befinden, wo die Kinder nach dem Alter eingeteilt werden. Diese Gruppenzimmer sollen den Kindern, deren Mehrzahl aus der Schule kommt, die Gemütlichkeit der Wohnstube ersetzen; sie sind mit Tischen und Stühlen eingerichtet, gute Bilder an den Wänden. Blumen am Fenster, ja sogar Singvögel fehlen nicht. Die 200 Kinder, die den Hort im 10. Bezirk besuchen, sind im Alter von 2 bis 14 Jahren, der Vater zumeist im Felde stehend, viele auch schon zu Waisen geworden und die Mutter als Arbeiterin außer Hause, so daß ihr die Möglichkeit benommen ist, die Kinder tagsüber zu beaufsichtigen. Die Kinder können, insofern sie nicht Schulzeit haben, von ¼4 Uhr morgens bis ½7 Uhr abends in der Heimstätte sein. Die Mütter, die in der Lage sind, es zu tun, zahlen einen kleinen Beitrag von 10 bis 60 Heller täglich. Der Verein geht da von dem Gedanken aus, es soll, was er gibt, nicht als Almosen gelten, auch die arbeitende Mutter soll herangezogen werden, zur Versorgung ihrer Kinder mit beizutragen. Geschulte, erfahrene Pflegerinnen und pädagogische Leiterinnen besorgen die Obhut der Kinder, Damen des Vereinsausschusses unterstützen sie als Oberaufsicht und bemühen sich in liebevoller Weise um das Gedeihen der ganzen Organisation; sie scheuen nicht mehrmals wöchentlich und bei jedem Wetter den Weg hinaus in den an dem Ende der Stadt gelegenen Bezirk. Mit der Zentralkanzlei aber sind alle Horte unausgesetzt in direkter Verbindung.

Bei Erbauung der Tagesheimstätten (durch den Architekten Ernst Epstein) ist nichts außer acht gelassen, das zum Wohle der Pfleglinge beitragen könnte. Es ist an nichts hier vergessen: Badeeinrichtungen, Wasch- und Isolierräume, Liegehalle, Werkstätten sind vorhanden. In diesen werden die Anstaltsbesucher von einem eigenen Lehrer in verschiedenen Handwerken, auch im Schustern, unterrichtet. Schon die ganz Kleinen werden zur Tätigkeit angeleitet und bei ihnen die Freude zur Arbeit geweckt. Es ist ein hinreißender Anblick, sie voll Eifer und Wichtigkeit über die Anfertigung ihrer kleinen „Kunstwerke" sitzen zu sehen.

Bei den Schulkindern werden die Aufgaben überwacht, was von den Schulen meist sehr lobend anerkannt wird. Bei vielen Kindern ist der Fortschritt sehr bemerkbar, besonders bei solchen, welche oft Wochen und Monate die Schule versäumten, ehe sie in der Heimstätte zur Ordnung und Pflichterfüllung angehalten und angeleitet wurden. In allem macht sich der Wunsch geltend, in gleichem Maße mit Schule und Elternhaus in Fühlung zu bleiben. Einmal monatlich wird der sogenannte „Mütterabend" abgehalten; da kommen die Mütter der Kinder und holen sich in vielen Dingen, die auch in ihr eigenes Leben greifen, Rat. Ein echt menschlicher Gedanke ist es, daß die Kinder in der Heimstätte dazu erzogen werden, ihren Müttern eine Stütze zu sein, ihnen zu helfen, die Lebenssorge zu tragen; kann es doch keine schönere Befriedigung für Kinder geben, als dieser Pflicht gegen die Eltern, gar gegen die Mutter, freudigen Herzens und schon in frühen Jahren entsprochen zu haben. Darum schon ist es zu begrüßen, daß die Mädchen zu jeder häuslichen Verrichtung angehalten werden. Sie lernen gründlich flicken, stopfen und nähen, säubern und bügeln und sind tätig in Küche und Garten unter der Anleitung der Wirtschaftslehrer und des Gärtners.

Aber auch die Knaben tun willig mit; nicht ohne Aufwand lauter Energie ihrerseits klauben sie Bohnen und schälen mit Verve Erdäpfel, decken den Tisch und besorgen die Bedienung. Und bei alledem immer dieselbe wohltuende Wahrnehmung: nicht der gewohnte, hergebrachte Anstaltston, nicht einer gehalten wie alle, alle wie einer, sondern jeder für sich und doch ein großes Ganzes. Auch im Aeußern der Kinder ist keine Uniformierung. Je nach Alter und Größe und nach vorhandenem Material sind sie bekleidet; daß aber auch da gütige Frauen dabei sind, verraten kleine Einzelheiten, die oft beredt zu uns sprechen. Die kleine Blonde da hat ein blaues Band in ihre Zöpfe geflochten, und eine von irgendwo hereingewehte rote Masche schmückt die bildhübsche Schwarze, deren Augen funkeln wie dunkle Kirschen. Und der Bub, dreijährig, strampelt lustig mit seinen kernigen bloßen Füßen. „Ist der nicht gut gestellt?" fragt mit mütterlichem Sinn die Wärterin seiner Gruppe.

Der Schutz unsres jungen und schon so großen Kaisers und die Huld der Beschützerin aller Kinder, der Kaiserin Zita, wendet sich dieser Schöpfung zu, in deren Präsidium Prinzessin Konrad Hohenlohe, Armeekommandant Freiherr v. Krobatin, G. d. J. Freiherr v. Kirchbach und an Stelle des zurückgetretenen Mitbegründers der Tagesheimstätten Vizeadmirals Freiherrn v. Jedina Generalmajor Optat Bayer mit voller Hingabe wirken. Ihnen schließt sich ein großes Komitee von Damen und Herren an. Der erst ein Jahr alte Verein strebt immer weiteren und erweiterten Zielen zu. So wurde von ihm erst jüngst im Gerichtsbezirk Liesing eine Berufsvormundschaft errichtet (Präsidentin Gräfin Clam-Martinitz); gegenwärtig ist er daran, auf einem Grundstück bei Rodaun, das ihm Fürst Johannes Liechtenstein, der große Wohltäter, zur Verfügung gestellt hat, ein Asyl für verlassene Kinder zu erbauen. Dies ist dem Verein aber nur dadurch ermöglicht, daß seine erste Aufgabe gelöst und der Bestand der vier in Wien selbst geschaffenen Tagesheimstätten, 10. Bezirk, Trostgasse, 17. Bezirk, Sandleitengasse, Döbling und Neuwaldegg (Ferienheim), gesichert ist.

Nach getaner Arbeit gibt es frohe Spiele, Lieder erklingen aus dem Garten. Dieser bildet die Zauberwelt dieser kleinen Ansiedlung. Turn- und Atemübungen finden im Freien statt und im Winter wird Schlittschuh gelaufen. Aber was ist das alles gegen die hohe Freude des Gärtnerns! Während jede Gruppe der Schulkinder für die ihnen zugeteilten Gemüsebeete verantwortlich zu sein hat, haben die Kleinen ihre eigenen Gartenbeete, die sie pflegen und begießen mit einem putzigen Eifer und Ernst, der erquickend ist, und zwar allein für die braune Erde, aus der sie mit solchem Stolz ein paar bescheidene Stämmchen Vergißmeinnicht und Stiefmütterchen sprießen sehen.

Der Tag in den Heimstätten endet mit gemeinsamem Gebet und frommem Gesang, wie er begonnen.

Die Kinder fühlen gar bald die Liebe und Pflege, die ihnen hier Leib und Seele umgibt, und erwidern sie in Dankbarkeit. Lange vor der Eröffnungsstunde sind sie des Morgens da, schwer nur wird ihnen des Abends das Scheiden, und Sonntags, wo die Heimstätte geschlossen ist, umstreifen sie sie mit sehnsüchtigen Blicken.

Ist das an sich schon ein charakteristisches Bild, so ist es ein viel traurigeres, ein selbst gesehenes, das mir nicht aus dem Sinn will: Ein schöner Abend im Mai, im Garten der Heimstätte der Sandleitengasse spielen die Kinder, die „Großen" besorgen ihre Gemüsebeete, noch eine letzte Kanne Wasser holen und bringen sie: da wird eines der Kinder gewahr, daß durch das Gartengitter Altersgefährten von der Straße hereinlugen, ganz unvermutet ruft es ihnen zu: „Wir haben heute gelbe Rüben zum Nachtmahl und weißes Brot!" Und viel Hunger und Elend und Verwahrlosung grüßt von jenseits dieses Zaunes herein! Und dann draußen, wie sind die Vorstadtstraßen voll von diesem unverschuldeten Kinderelend, das so leicht zu noch Aergerem werden kann, wenn da nicht fest zusammengehalten, gearbeitet und dadurch geholfen wird.

M. v. G.

Neues Wiener

Gewerbliche Invalidenschulung.

Eine der vornehmsten Aufgaben des Staates und der Gesellschaft ist die Sorge für jene Männer, die bei der Verteidigung des Vaterlandes infolge Krankheit oder Verwundung eine Minderung ihrer Erwerbsfähigkeit erlitten haben. Es kann nicht genügen, wenn der Staat hier mit einer mehr oder minder großen Rente eingreift. Das Bestreben muß vielmehr darauf gerichtet sein, diese Männer, wo immer es tunlich ist, der menschlichen Arbeitsgemeinschaft als frohe und brauchbare Glieder zu erhalten. Diesem modernen Empfinden entsprang die Idee für die verschiedenen Einrichtungen zur Heilung und Schulung der Invaliden. Welch große Erfolge die ärztliche Wissenschaft auf diesem Gebiet erzielt hat, ist allgemein bekannt. Auch die von dem Geheimen Rat Dr. Wilhelm Exner angeregte Aktion „Die Technik für die Kriegsinvaliden" und die von Professor Spitzy eingerichtete Invalidenschule des Reservespitals Nr. 11 haben bereits in weiteren Kreisen verständnisvolles Interesse gefunden.

Inzwischen wurde, wie bekannt, von dem Ministerium für öffentliche Arbeiten in aller Stille eine weitverzweigte Organisation geschaffen, um einer möglichst großen Anzahl von Kriegsinvaliden eine planmäßige Schulung angedeihen zu lassen und sie so ihrem Berufe zu erhalten oder andern, ihrer Leistungsfähigkeit und ihrer Vorliebe entsprechenden gewerblichen Berufen zuzuführen. Die meisten Staatsgewerbeschulen und gewerblichen Fachschulen, nicht minder aber auch die in einzelnen Ländern bestehenden Gewerbeförderungsinstitute wurden in den Dienst dieser Aufgabe gestellt. Vor einiger Zeit hat das Ministerium für öffentliche Arbeiten auch die technische und didaktische Leitung der Invalidenschule des Reservespitals Nr. 11 in Wien übernommen und eine eigene Kriegsinvalidenschule eingerichtet. Mit der Berufsberatung der Invaliden und ihrer Zuweisung an die bestehenden Anstalten und Kurse wurden in den einzelnen Kronländern besondere Fachorgane betraut, die im Verein mit ärztlichen Organen und den Landeskommissionen zur Fürsorge für heimkehrende Krieger tätig sind.

Der ganze Unterrichtsbetrieb der Invalidenschulen ist vom Gedanken beherrscht, die verminderten physischen Fähigkeiten der Kriegsinvaliden durch Hebung ihrer fachlichen Kenntnisse und eine intensive berufliche Schulung wettzumachen. Industrie und Gewerbe sollen in den geschulten Invaliden vollwertige qualifizierte Arbeiter erhalten, deren Anstellung nicht nur als Erfüllung einer Dankes- und Ehrenpflicht anzusehen ist, sondern im eigensten Interesse der betreffenden Unternehmungen liegt. Um diesen Zweck zu erreichen, bieten die Invalidenschulen sowohl praktische Unterweisung in Uebungswerkstätten als auch theoretischen Fachunterricht, der sich auch auf die für die einzelnen Gewerbe in Betracht kommenden Hilfsdisziplinen, namentlich das fachliche Zeichnen, erstreckt. Ein besonderes Augenmerk wird der Spezialisierung der Arbeitsverrichtungen zugewendet. Die Ausbildung erfolgt in der Regel in Kursen, doch ist auch die Einzelausbildung nicht ausgeschlossen. Ueberhaupt soll jedes Schablonieren vermieden und der Unterricht tunlichst individualisierend gestaltet werden. Es ist natürlich, daß die Invaliden vor allem für jene Berufe ausgebildet werden, die sie bereits früher ausgeübt haben. Nur wenn die Zurückführung in den bisherigen Beruf nicht möglich ist, erfolgt die Ausbildung für einen andern der physischen Leistungsfähigkeit angepaßten Beruf, der aber nach Tunlichkeit dem bisherigen verwandt sein soll. Ausnahmsbestimmungen auf dem Gebiete der Gewerbeordnung sichern den in den staatlichen gewerblichen Lehranstalten und den sonstigen vom Ministerium für öffentliche Arbeiten anerkannten Invalidenschulen ausgebildeten Kriegsinvaliden weitgehende Begünstigungen gewerberechtlicher Natur.

In sehr dankenswerter Weise lassen es sich die mit der Invalidenschulung betrauten gewerblichen Lehranstalten auch angelegen sein, ihre vielfachen Beziehungen zu Industrie und Gewerbe dazu zu benützen, um die ausgebildeten Kriegsinvaliden dem Erwerbsleben zuzuführen. Nach den uns zur Verfügung gestellten statistischen Daten sind bis zu Beginn dieses Jahres mehr als 9000 Invalide den genannten Lehranstalten, den Gewerbeförderungsinstituten und einigen nicht staatlichen Invalidenschulen zugewiesen worden. Von diesen haben bereits über 3000 nach vollendeter Ausbildung die Anstalten verlassen und den Weg in die Praxis gefunden.

Neue Freie

Der Plan zur Errichtung von Soldatenheimen im Hinterlande.

Zum bleibenden Gedächtnis an die Errettung des Kaisers aus Lebensgefahr.

Wien, 1. Dezember.

Aus Anlaß der Errettung des Kaisers soll ein Werk geschaffen werden, das bleibend unseren Soldaten zugute kommt und ihnen für die Zukunft in ihrem schweren Berufe Erleichterung schafft. Kaiser Karl und Kaiserin Zita haben namhafte Spenden zur Begründung von dauernden Soldatenheimen in den Garnisonsstädten des Hinterlandes gewidmet. Wir wissen aus mannigfachen Beschreibungen, was in diesem Kriege das Soldatenheim für den Kämpfenden bedeutet. Oft ist es nur eine einfache Hütte mit einem Lese- und einem Schreibzimmer, mit einem Raum für Essen und Trinken, für Spiel und Unterhaltung. In Warschau jedoch ist es ein Palast, ein gewaltiges Haus mit mächtiger Kuppel und im Mittelpunkte der Stadt, eine ehemalige Hochschule. In Brüssel ist ein schönes Theater diesem Zwecke gewidmet und in dem wunderbaren Schloßpark mit seinen hohen Bäumen sind Soldaten zu Hause. Dort haben die Kämpfenden vier große Säle für Vorträge, für musikalische Darbietungen, für Gesellschaftszwecke, eine Bibliothek und außerdem eine große schattige Terrasse, wo sie sich ausruhen dürfen nach allen Mühen des Dienstes. Solcher Ueberfluß ist jedoch nur in Städten. Draußen an der Front muß sich der Soldat oft mit einer Hütte begnügen, aus Tannenstämmen erbaut, mit selbstgezimmerten Tischen und Bänken — manchmal sogar mit Fenstern! Ergreifend ist es zu hören, wie bis in die Einöden von Mazedonien, wo die Hitze qualvoll ist, bis in die Wüste hinein der Gedanke lebendig bleibt, ein Heim und ein Haus zu schaffen, wo die Männer stillsitzen können im reinen Raum, wo man schreiben und rauchen darf, wo man Mahlzeiten zu sich nimmt und Musik zu hören vermag. Eine edle Frau, die den Soldaten schon viele Wohltaten erwiesen hat, schrieb: „Ich gehe so gern durch die Zimmer und sehe, wie sich alle Köpfe über die Briefe beugen, wie all die oft steifen ungeübten Finger sich mit dem Federhalter mühen. . . . Einmal sah ich einen, der lachte laut. Ich fragte ihn, worüber er sich freue: „Daß ich hier ruhig am Tische sitze, am richtigen Tisch, und Feder und Tinte habe und schreiben kann — und mir kann nichts passieren!" Und die Soldatenmutter erzählt weiter, wie sie unter diesen wackeren Leuten Freunde gewinnt, von jedem ein herzliches Wort bekommt und alle das Gefühl haben, als seien sie wieder Menschen geworden, als falle ein goldener Strahl heimatlichen Lebens in ihre Fremde.

Auch für die Erhaltung des Mutes, für die Erhaltung der Bildung haben die Soldatenheime besondere Bedeutung. Einer der größten Heerführer dieses Krieges hat gesagt: Die seelischen und körperlichen Wohltaten, welche der einzelne Soldat in diesen Heimen genießt, werden der Schlagkraft der Truppen im ganzen zugute kommen. Denn zu der Unterhaltung tritt die Belehrung hinzu. Alle Stände sind ja vertreten. Der Ingenieur erzählt von den Maschinen, der Naturforscher erklärt das Sternenzelt, die Offiziere sprechen über die Schlachten. Lichtbilder zeigen die Heimat und die Ereignisse an den übrigen Fronten. Große Büchereien sind angelegt worden, die ständig Bildung verbreiten, und Millionen von Bänden kommen bis in die Schützengräben und in die Gruppe, zum Teil auch, wenigstens bei den deutschen Truppen, durch fahrbare Bibliotheken, die im Gegensatze zu der Gulaschkanone mit witziger Wendung — Bildungskanone genannt werden. Wir kennen einige Ziffern über den Besuch der Soldatenheime. Es ist bekannt geworden, daß in fünfundvierzig Heimen an der Westfront in einem einzigen Monat 500.000 Besucher waren, darunter etwa 150.000 Mittags- und Abendgäste, 128.000 Besucher von Veranstaltungen und Vorträgen. Die in diesen 45 Heimen vorhandenen Bücher zählten nicht weniger als 37.000 Bände!

Diese Wohltat und diese Erholungsstätte soll nun auch im Hinterlande an den Garnisonsorten unseren Soldaten zugute kommen. Wir spüren aus dem Gedanken des Kaisers heraus den herannahenden Frieden. Auch in späteren Jahren sollen die Eingerückten gleichsam eine geistige Wohnung haben, ihr Kasino, wo sie zusammenkommen können, um sich zu unterhalten und Belehrung zu empfangen, wo sie Bildungsstoff aufsammeln und jene innere Gemeinschaft finden, die aus den Einzelnen die Truppe formt, die zusammengehört, und wo einer für den andern einsteht in Not und Tod.

Es ist ein schöner Gedanke, daß die Errettung des Kaisers den Anlaß zu diesem Werke gibt. Der Kaiser hat das innigste Interesse daran, daß dieses Werk gelinge und daß die Soldaten auch nach dem Kriege noch spüren, daß sie ein Volksheer sind, nicht nur durch Pflicht und Notwendigkeit geeint, sondern auch durch gleiche Geselligkeit und geistige Erfrischung. Gemeinsam sollen sie die Wohltaten genießen, die der Soldat sonst so schwer zu erlangen vermag und worin er sich den Offizieren gegenüber benachteiligt fühlen konnte. In jeder Garnisonsstadt der Monarchie soll er irgendwo zu Hause sein. Er soll fühlen, daß er seine Heimatstätte hat und daß der Staat und das Volk ihm den Lohn für seine Aufopferung geben, den er verdient. Das ist ein Gedanke für das Heer, das dieser Krieg hervorbringt, ein demokratischer und volkstümlicher Gedanke. Der Kaiser ist von schwerer Gefahr durch die Tatkraft seiner Begleiter gerettet worden; er will dieses Ereignis dazu benützen, damit noch in späten Jahren viele Menschen sich dankbar dieser Stunde erinnern und daß viele vor geistiger Verödung und Verrohung gerettet werden. Das ist, was man seelische Uebergangswirtschaft nennen kann, darin äußert sich das ernste Streben, die Soldaten im Frieden vor Gefahren zu schützen und ihnen in einem bedeutsamen Abschnitt ihres Lebens alles zuteil werden zu lassen, was sie bedürfen, um dem Staate als nützliche und kraftvolle Bürger zu dienen. Es ist dringend zu wünschen, daß die Bitte des Kaisers und der Kaiserin vollen Erfolg habe und daß die Gründung von Soldatenheimen im Hinterland mit größter Beschleunigung erfolge.

Votivgeschenk Oesterreichs zur Errettung des Kaisers.

Aufruf des Kardinals Piffl, des Konteradmirals Schanzer und des Gesandten Freiherrn v. Riedl für das Komitee.

Zum bleibenden Gedächtnis an seine Errettung aus schwerer Lebensgefahr hat Se. Majestät Kaiser Karl I. in hochherziger Liebe zu seinen Soldaten den Betrag von 100.000 Kronen für die Begründung von dauernden Soldatenheimen in den Garnisonsstädten des Hinterlandes gewidmet und Allerhöchst Seinen Wunsch ausgesprochen, daß die zahlreichen, aus dem gleichen Anlasse bereits geplanten patriotischen Gaben für denselben Zweck bestimmt werden mögen. Ihre Majestät die Kaiserin hat gleichzeitig 100.000 Kronen für Soldatenheime huldvollst gespendet.

Ins Leben gerufen durch die huldvolle Fürsorge des Kaisers, zugedacht den Söhnen unseres Volkes zu ihrer Bildung und geistigen und körperlichen Erholung soll ein Werk geschaffen werden, das in künftige Zeiten die bleibende Erinnerung an das gütige Walten der Vorsehung für unser Herrscherhaus und unser Reich und die Fürsorge für die Angehörigen der Armee hinüberträgt. Deshalb wollen wir dem kaiserlichen Wunsche und unserer eigenen Liebe zur Wehrmacht und für die Verteidiger des Vaterlandes folgend, so wie einst zum Andenken an die Errettung Kaiser Franz Josefs aus Mörderhand die Votivkirche gestiftet wurde, die Stiftung der Soldatenheime im Hinterlande unternehmen, als ein Votivgeschenk Oesterreichs zum Andenken an die Errettung Kaiser Karls aus den Fluten des Isonzo.

Vor einem Jahre wurde von Sr. Majestät die Begründung der Soldatenheime an der Front begonnen. Seitdem sind dank der Hilfe, die Kaiserhaus und Volk diesem Unternehmen opferwillig spendeten, über 900 solcher Heime geschaffen worden, Stätten, die den Kämpfern draußen die lang entbehrte Heimat nahebringen, ihnen in freundlicher Umgebung Rast, Erholung und geistige Erhebung gewähren. Mit großer Dankbarkeit wurden die Soldatenheime an der Front von den Truppen begrüßt und unendlicher Segen ist aus ihnen hervorgegangen. Nun soll diese Einrichtung, entsprechend ausgebaut, dauerhaft im Hinterlande erstehen. In den Garnisonsstädten sollen Räume geschaffen werden, in denen den Soldaten gut ausgestattete Büchereien, Tageszeitungen und Zeitschriften, Musik, belehrende und unterhaltende Vorträge, Gelegenheit zur geistigen Fortbildung, wie zu veredelnder Geselligkeit geboten werden sollen. Was die Liebe des Volkes für den Soldatenstand vermag, das wird in den Soldatenheimen der Garnisonsstädte zusammengetragen werden, die so auch Pflegestätten der Vaterlands- und Volksliebe, des Bewußtseins der Zusammengehörigkeit von Volk und Armee zu werden berufen sind. Besondere Aufmerksamkeit wird der Regiments- und Heimatsgeschichte durch die Ausstattung der Soldatenheime mit entsprechender Literatur, passendem Bildschmuck und Erinnerungsstücken aus den historischen Ruhmestagen der Regimenter zuzuwenden sein. Jedes Land, jede Stadt, wird hier Gelegenheit haben, dem Hausregiment treue Fürsorge zu erweisen, und was die herrlichen Taten unserer Regimenter an Begeisterung, Stolz und Dankbarkeit in ihren Heimatsgauen erweckt haben, das wird in dieser Widmung als ein Kulturdenkmal aus dem schweren

Fremdenblatt
30./II. 1917

103

Invalidenfürsorge.

Die Frage der Versorgung der Kriegsinvaliden hat schon zu Beginn des Krieges, als die Staatsverwaltung der Gewißheit gegenüberstand, früher nie geahnt große Mengen von mehr oder minder schwer beschädigten Kriegsinvaliden, zu denen nicht nur die infolge einer Verwundung zu Krüppeln gewordenen, sondern auch die an einer Kriegskrankheit erkrankten, siechen oder in einer anderen Weise in ihrer körperlichen und geistigen Erwerbsfähigkeit herabgesetzten Soldaten gerechnet werden müssen, weitausgreifende staatliche Fürsorge-Maßnahmen erfordert. Die Anforderungen an die staatliche und private Fürsorgetätigkeit sind in der Folge immer gestiegen und jetzt soll durch Unterstellung der Invalidenfürsorge unter das Ministerium für soziale Fürsorge die einheitliche Ausgestaltung in die Wege geleitet werden.

Die Invalidenfürsorge, vor allem die darauf abzielende Tätigkeit, den Kriegsbeschädigten womöglich wieder seiner früheren Tätigkeit zuzuführen, mußte erst erlernt, praktisch durchgeführt und in ein gewisses System gebracht werden, ehe man auf nennenswerte Erfolge rechnen konnte, da die früheren Kriege mit ihrer im Verhältnis zur Gesamtzahl der Bevölkerung geringen Anzahl von Beschädigten keinerlei Anhaltspunkte für die Schaffung einer großen auf Massenwirkung berechneten Organisation boten. So hat sich der heute als allein giltig anerkannte Grundsatz, den Kriegsinvaliden, ob erkrankt oder durch Verwundung verkrüppelt, wenn irgend möglich, zu seinem eigenen Vorteil seiner früheren Arbeit, seiner gewohnten Beschäftigung zuzuführen, erst durchringen müssen, schon aus dem Grunde, weil an Stellen, die mehr die Anwesenheit des Körpers als die Betätigung seiner Glieder verlangen, ein so großer Mangel ist, daß es unmöglich geworden wäre, alle in Betracht kommenden solchen Stellen zuzuführen.

Die in der Befolgung dieses Grundsatzes liegenden Schwierigkeiten stellten sich alsbald ein, wurden aber, wie die Erfolge beweisen, größtenteils überwunden. So hat sich die Fürsorge für unsere Kriegsinvaliden im Laufe der Zeit immer mehr zu einer Organisation zur Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für Invalide entwickelt, mit der als organisch angefügte Glieder alle jene Stellen zusammenarbeiten müssen, die die Vorbedingungen für bestmögliche Arbeitsbetätigung des Körpers gewährleisten. Der aus dem Spital wenn auch geheilt entlassene Invalide wäre ohne Nachbehandlung, ohne äußere Hilfsmittel, wie Prothesen usw., ohne gewissenhafte Schulung nichts mehr als ein geeignetes Objekt für die staatliche oder private Mildtätigkeit, bestenfalls teilweise arbeits-, aber voraussichtlich kaum erwerbsfähig. Der Verkehr mit den Kriegsinvaliden ist durchaus kein leichter. Alle sind der regelmäßigen Arbeit entwöhnt, alle haben, bevor sie der Spitalspflege überantwortet wurden, mehr oder minder lange ein durchwegs ungebundenes, größtenteils sorgenfreies Leben geführt, in dem sie nur zu häufig ihre Sache auf nichts gestellt hatten.

Dann kam die Verwundung oder Erkrankung, die außer der direkten Einwirkung auf den Körper in den meisten Fällen eine schwere seelische Erschütterung im Gefolge gehabt hat; der Transport, der Aufenthalt in den verschiedenen Spitälern, Operationen, langwierige Kuren haben den ungünstigsten Einfluß auf das Seelenleben der Kriegsinvaliden ausgeübt.

Jetzt tritt mangels anderweitiger Existenzmöglichkeiten die Notwendigkeit heran, mit dem weniger erwerbstauglichen Körper sich und den Seinen den Lebensunterhalt zu beschaffen. In dieser körperlichen und seelischen Verfassung nehmen die lebenden Opfer des Krieges die Dienste der Arbeitsvermittlung in Anspruch. Die Leichtverletzten, alle jene, die das Glück gehabt haben, in ihrer Arbeitsfähigkeit nicht allzusehr beeinträchtigt zu sein, finden gewöhnlich, soferne sie arbeitswillig sind, schon direkt aus dem Spital, ohne die Dienste der Arbeitsvermittlung in Anspruch zu nehmen, den Weg zum Erwerbsleben. Die Schwierigkeiten beginnen und wachsen ins Ungemessene bei dem Bestreben, die Schwer- und Schwerstinvaliden dem schaffenden Leben zurückzugewinnen. So mußte die Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide in Wien, um in der Zeit von zwei Jahren 5640 größtenteils Schwerinvaliden dauernde Arbeit zu verschaffen, rund 24.000 geeignete offene Stellen erheben und mit 20.000 Recherchen über 25.000 Arbeitszuweisungen durchführen.

Ein ungefähres Bild all der Schwierigkeiten, die sich der Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide entgegenstellen, kann man sich machen, wenn man bedenkt, daß der größte Teil der Schwerinvaliden mit einer einmaligen Vermittlung nur in den seltensten Fällen dauernd untergebracht werden kann, daß es häufig notwendig ist, den Invaliden erst in einem Betriebe unterzubringen, in dem er sich an die leichte Arbeit mit einer Prothese gewöhnt, um ihm dann — oftmals erst nach mehrmaligem Wechsel der Stelle — die seiner körperlichen Beschaffenheit entsprechende dauernde Arbeit zu verschaffen. Doch auch damit ist die Tätigkeit der Arbeitsvermittlung noch nicht erschöpft. Der Staat hat ein Interesse daran, sich zu vergewissern, daß einerseits der Invalide nach menschlichem Ermessen dauernd gut und seiner Erwerbsfähigkeit entsprechend untergebracht ist, andererseits die Erfahrungen zu sammeln, die die Arbeitgeber mit der Anstellung kriegsbeschädigter Arbeitsnehmer machen. So wird der bereits an einem fixen Posten Angestellte noch durch sechs Monate evident gehalten und durch mehrmalige Anfragen beim Arbeitnehmer sowohl, wie beim Arbeitgeber festgestellt, ob die Art der Arbeit und die Entlohnung den körperlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen des Kriegsinvaliden entspricht. Leider sind die Erfahrungen, die die Arbeitgeber bei der Anstellung kriegsinvalider Arbeiter machen, nicht immer die besten. Der Kriegsinvalide war — wie schon erwähnt — durch das lange Leben im Felde und durch den Spitalaufenthalt der Arbeit entwöhnt. Die Invalidenschulen haben sich alle erdenkliche Mühe gegeben, ihn wieder zur Arbeit zu erziehen. In den meisten Fällen mit gutem Erfolg. Diejenigen der Kriegsinvaliden jedoch, die schon vor dem Kriege arbeitsscheu waren, deren ungebundenes Leben ihnen so behagt hat, daß sie in ihrer Verwundung mehr die Unmöglichkeit, dieses Leben fortzusetzen, beklagen als den körperlichen Schaden oder den Verlust eines Gliedes, spotten aller Versuche, sie zu einer geregelten Tätigkeit zu erziehen und diskreditieren die Meinung, die die Allgemeinheit von unseren Kriegsinvaliden hegt. Es wird Sache des Ministeriums für soziale Fürsorge sein, diese Elemente einer gesonderten Fürsorge zuzuführen und dafür zu sorgen, daß auch diesen eine Arbeitsgelegenheit geschaffen werde, aber so, daß sie nicht sich, dem Arbeitgeber und den Mitarbeitern zur Last fallen. Ein großer Teil der Kriegsinvaliden, die infolge ihrer früheren beruflichen Ausbildung oder infolge ihrer höheren Intelligenz oder weil sie schon von früher her an selbstständiges Arbeiten für eigene Rechnung gewöhnt waren, werden mit Hilfe der Gesellschaft zur Fürsorge für Kriegsinvalide selbstständig gemacht. Ihre Zahl beläuft sich in Wien derzeit auf etwa 500.

Eines eigenen Hinweises bedarf die Berufsberatung, vielleicht der schwierigste und undankbarste Teil der staatlichen Fürsorge. Die meisten Kriegsinvaliden haben im Laufe der langen Spitalsbehandlung, während des Aufenthaltes in den Rekonvaleszentenheimen usw. Zeit und Gelegenheit gehabt, über die Ausgestaltung ihres künftigen Schicksals nachzudenken und sich in ihrer Vorstellung ein Bild ihres künftigen Lebens zurecht gelegt, das von der rauhen Wirklichkeit nur zu oft grausam zerstört werden muß. Es bedarf mehrmaliger genauer Untersuchungen, der Berücksichtigung des Seelenzustandes des Ratholenden und eines Vertrauen erweckenden Auftretens des untersuchenden Arztes, um den Invaliden oftmals erst mit Aufwendung aller Ueberredungskünste dazu zu bringen, von seiner vorgefaßten Meinung zu lassen und den Weisungen des Berufsberaters zu folgen. Hier zeigt sich eine merkwürdige Erscheinung. Gerade die besten, arbeitswilligen und geschickten Menschen von höherer Intelligenz, die die ehrliche Absicht haben, auch in dem neuen Leben, das für sie jetzt beginnt, ihren Mann zu stellen, setzen der Berufsberatung die größten Schwierigkeiten entgegen. Erst der Hinweis darauf, daß die Nichtbefolgung der erteilten Ratschläge für sie unweigerlich ein soziales Sinken bedeuten werde, daß nur die volle Ausnützung der ihnen verbliebenen körperlichen Fähigkeiten eine angemessene Lebensstellung für sie gewährleistet, kann sie überzeugen. Und gerade mit diesen, die in ihrer körperlichen Unzulänglichkeit für ihre künftige Tätigkeit die größten Hindernisse sahen, machen Arbeitgeber und Mitarbeiter die besten Erfahrungen. Der jetzige Stand der Invalidenfürsorge, die ihr Hauptaugenmerk auf die Zurückführung des Kriegsinvaliden in seinen früheren oder einen ähnlichen Beruf, womöglich in seiner Heimat oder am Orte seiner früheren Arbeit, richtet, kann noch lange nicht als das Ziel der Invalidenfürsorge überhaupt angesehen werden.

Es bleiben selbstverständlich die zu keiner körperlichen oder geistigen Arbeit tauglichen Kriegsinvaliden, die Blinden, jene, denen mehr als zwei Glieder fehlen, die schwer Herz- und Nierenkranken, die Tuberkulosen und die Geisteskranken einer besonderen Staatsfürsorge vorbehalten. Für sie, denen der Krieg alles, selbst die Zuversicht geraubt hat, muß in einer Weise gesorgt werden, die ihnen nicht bloß die Fristung des ohnehin kümmerlichen Lebens sichert, sondern es ihnen auch ermöglicht, in irgend einer Tätigkeit Ablenkung zu finden von dem grausamen Schicksal, das sie im Dienste des Vaterlandes erreicht hat. —t.

Frankfurter Zeitung
10./I. 1918.

10

106

Oesterreichisch-Ungarischer Bericht.

Wien, 9. Januar. (W. B) Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Waffenstillstand.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Infolge ungünstiger Sichtverhältnisse blieb die Gefechtstätigkeit auf einzelne Feuerüberfälle beschränkt.

Der Chef des Generalstabs.

Frankreich.

Der Zusammentritt des Parlaments.

y Genf, 9. Jan. (Priv.-Tel.) Das französische Parlament hat gestern seine ordentliche Session mit den üblichen Reden des Alterspräsidenten begonnen. In der Kammer fiel dieses Amt dem Abg. Siegfried zu, einem Großindustriellen von Le Havre, der einer Mülhausener Familie entstammt, die im Jahre 1871 für Frankreich optierte. Siegfried gab natürlich seiner Genugtuung über die Rede Lloyd Georges Ausdruck. Zum Schluß seiner Rede trat Siegfried, dessen Frau zu den Führern der Frauenbewegung in Frankreich gehört, ebenfalls unter großem Beifall des Hauses dafür ein, daß den Frauen als Dank für ihre Leistungen während des Krieges das politische Stimmrecht gewährt werde. Die Kammer wählte ihren Vorstand und vertagte sich auf morgen Donnerstag. In der morgigen Sitzung wird der wiedergewählte Präsident Deschanel ebenfalls eine patriotische Ansprache halten. Die Kammer legte sodann die Diskussionsordnung der eingebrachten Interpellationen fest. Die Sozialisten beauftragten Cachin, die Interpellationen über das Verhalten der französischen Regierung gegen Rußland zu begründen. Der Sozialist Mayeras kündigte eine Interpellation über die allgemeine Kriegspolitik der Regierung an.

Im Senat benützte der Alterspräsident Gouzy die Gelegenheit, eine Deutschenhetze zu veranstalten. Er behandelte die Deutschen als eine wilde Rasse, deren Eigenschaften List, Betrug, Unehrlichkeit und Lügen seien.

Die Affäre Caillaux.

y Genf, 9. Jan. (Priv.-Tel.) Der militärische Untersuchungsrichter, Hauptmann Bouchardon, hat als ersten Zeugen in der Affäre Caillaux Hervé, den Herausgeber der „Victoire", vernommen.

Mißhandlung Kriegsbeschädigter in der Vaterlandspartei.

N Berlin, 9. Jan. (Priv.-Tel.) In einer Berliner Versammlung der Vaterlandspartei, in der die Abgeordneten Fuhrmann, Baemeister und ein Bremer Gildemeister in der bekannten Art für die Vaterlandspartei Propaganda zu machen versuchten, ist es zu schweren Ausschreitungen gegen anwesende Kriegsbeschädigte gekommen. Diese Kriegsbeschädigten waren zu der Versammlung ausdrücklich eingeladen worden mit der Zusicherung der Redefreiheit. Als der Abg. Fuhrmann auf Zurufe hin die Kriegsbeschädigten beschimpfte und diese dagegen protestierten, fanden sich unter den Anhängern der Vaterlandspartei zahlreiche Personen, die mit Stöcken und Schirmen auf die schwer verletzten Invaliden einschlugen. Der „Vorwärts" gibt einige Proben davon, wie sich diese Vaterlandsparteiler benommen haben: „Ein Invalide hatte seinen schwer verletzten Arm auf den benachbarten Stuhl einer Dame gelegt, die anfangs sehr besorgt um ihn tat. Als er jedoch im Gespräch bekannte, Gegner der Vaterlandspartei zu sein, da stieß die „vaterländische" Dame den verletzten Arm brüsk von ihrer Stuhllehne." Dem „Berliner Tageblatt" berichtet ein Augenzeuge folgendes: Ein ehemaliger Soldat mit einem Holzbein wurde von mehreren kühnen Heimkriegern zu Boden geschlagen. Auf einen anderen, der nur noch einen Arm besaß, schlug einer mit zwei gesunden Fäusten ein. Auch Frauen beteiligten sich an diesen unerhörten Exzessen, indem sie von ihren Schirmen wie von ihrer lebhaften Zunge Gebrauch machten. Aus dem Bericht der „Vossischen Zeitung" zitieren wir: „Die Polizei führte einzelne der Kriegsteilnehmer heraus. Aus der Versammlung ruft man ihnen zu: „Reißt ihnen das Eiserne Kreuz aus dem Knopfloch!" Der, der es rief, dem fehlte es. Die Kriegsbeschädigten verlassen den Saal. Sie trotten langsam die Treppe herunter, einer stützt sich auf den andern, soviele sind es — keiner ohne fehlendes Glied, ohne schwer vernarbte Wunde .... Wie brennen die alten Wunden, so haben sie nie gebrannt". Die „Deutsche Zeitung" schämt sich nicht, diese Heldentat zu rühmen und spricht mit Stolz von einem Trommelfeuer der Fäuste, das einen solchen Kriegsbeschädigten aus dem Saal gewirbelt habe.

Der Bund der Kriegsbeschädigten wendet sich mit folgender Erklärung an die Oeffentlichkeit: „Durch den Generalsekretär der „Deutschen Vaterlandspartei" Herrn Axel Ripke waren Mitglieder des parteipolitisch neutralen „Bundes der Kriegsbeschädigten und ehemaliger Kriegsteilnehmer" zu der am Montag stattfindenden Versammlung der Vaterlandspartei im Lehrer-Vereinshaus eingeladen worden und zwar unter ausdrücklicher Zusicherung der Redefreiheit. Den Erschienenen dagegen ist das Wort unter Berufung auf polizeiliche Bestimmungen verweigert worden. Die Unruhe in der Versammlung entstand, als der erste Referent der Vaterlandspartei Abg. Fuhrmann die anwesenden Kriegsbeschädigten als Deserteure verdächtigte, die „die Hindenburg- und Ludendorff-Fahne verlassen hätten, um ihren kämpfenden Kameraden an der Front in den Rücken zu fallen". Als ein Vertreter unseres Bundes gegen diese ungeheuerliche Herabsetzung protestierte, wurde er unter körperlichen Mißhandlungen aus dem Saale entfernt. Weitere Unruhe setzte ein, als Kriegsbeschädigte, die durchaus parlamentarische Zurufe taten, in roher Weise und ohne Rücksicht auf ihre im Dienste des Vaterlandes erlittenen Verletzungen mit Stöcken geschlagen und gestoßen wurden. Diese Mißachtung der verwundeter ehemaligen Krieger führte dazu, daß nicht nur die Mitglieder unseres Bundes, sondern auch zahlreiche andere, unserem Bunde nicht angehörigen Kriegsteilnehmer und Kriegs-

Frankfurter Zeitung
9./II. 1918

9

109

Zur Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Von Dr. med. **Georg Hohmann** (München).

Die vom Verein deutscher Ingenieure gegründete Prüfstelle für Ersatzglieder Berlin hat vom 21. bis 28. Januar in Berlin im Virchow-Langenbeckhaus eine große und bedeutsame Tagung abgehalten, zu der sie die in der Kriegsbeschädigtenfürsorge tätigen deutschen und österreichischen Chirurgen und Orthopäden eingeladen hatte, um mit ihnen die bisher gemachten Erfahrungen auszutauschen. Neben Ingenieuren vom Range Schlesingers u. a., die über die technischen Probleme der Ersatzglieder sprachen, behandelten die ersten Orthopäden und Chirurgen die Kunstgliederfrage vor allem nach ihrer ärztlichen Seite hin und zeigten eigene brauchbare Konstruktionen. Der Kreis der Aufgaben war aber noch weiter gezogen. Auch die operative Behandlung einzelner schwerer Kriegsbeschädigungen stand zur Verhandlung, teils um unter den ärztlichen Fachleuten eine Aussprache über den Stand des Erreichten zu ermöglichen, teils um den technischen Mitarbeitern die Grenzen zu zeigen, die der technischen Bemühung gezogen sind durch die allein mögliche operative Lösung dr Fragen. Hierher gehören die Fragen der Behandlung der pathologischen Amputationsstümpfe, der durch Nichtzusammenheilen der Schußbrüche entstandenen sogenannte Pseudarthrosen oder falschen Gelenke und schließlich der durch Nervennaht nicht gebesserten Lähmungen. In großen Zügen wenigstens war es den Aerzten möglich, ihre Leistungen zu zeigen und die Richtlinien zu bestimmen, wo die Schiene und wo der die Funktion des Gliedes verbessernde operative Eingriff am Platze ist. Der ganze Kongreß trug den Charakter eines Orthopäden-Kongresses, der seine besondere Note durch die Mitwirkung der Ingenieure erhielt, die ihre wertvollen Erfahrungen in den Dienst der Kriegsbeschädigtenfürsorge stellten.

Außer diesen beiden Gebieten berührte die Aussprache auch noch die sozial ungemein wichtige Frage der Unterbringung Schwerbeschädigter in Industrie und Landwirtschaft. Ein Sachkenner wie der Oberingenieur der Akkumulatorenfabrik Dr. Beckmann, über dessen verdienstliche Bestrebungen ich an dieser Stelle schon einmal berichtet habe, beklagte sich die vielfach noch geringe Neigung der Großbetriebe, Schwerbeschädigte einzustellen, obwohl die Akkumulatorenfabrik Borsig, Loewe u. a. befriedigende Erfahrungen mit den Leuten gemacht haben. Wenn die Schwerbeschädigten in geeigneter Weise wieder an die Arbeit angepaßt werden, kann durch geschickte Arbeitsauswahl ihre Leistungsfähigkeit weit über das Maß ihres allgemeinen Verlustes an Arbeitsfähigkeit gesteigert werden. Leute, denen nur 28 v. H. Arbeitsfähigkeit verblieben war, konnten diese durch entsprechende Auswahl auf über 70 v. H. steigern. So auch die Blinden. Bei Siemens-Schuckert und im Feuerwerkslaboratorium konnten es diese im allgemeinen als zu 100 v. H. arbeitsunfähig geltenden Menschen bei sorgfältiger Arbeitsauswahl z. T. auf 94 v. H. Arbeitsfähigkeit bringen. Es ist ein Unglück, wenn die Schwerbeschädigten ihre gelernten Handarbeiterberufe mit Portierstellen vertauschen und damit die produktive Arbeit durch mehr oder weniger unproduktive ersetzen. Es genügt nicht den Schwerbeschädigten mit einer guten Prothese zu versehen und ihn dann durch Anlernwerkstätten gehen zu lassen; bei seiner Entlassung muß eine wirklich funktionierende und nicht bloß bürokratische Arbeitsvermittlung ihm auch die geeignete Stelle auswählen, in die er sich hineinarbeiten muß. Mit diesen Schlußfolgerungen stimmten Ingenieure und Aerzte vollkommen überein.

Wenn Aerzte und Ingenieure zu einer solchen engeren Zusammenarbeit gekommen sind, so müssen unzweifelhaft eine Reihe gemeinsamer Fragen bestehen, und es ist nicht ganz nebensächlich auf diese Seite noch etwas einzugehen. Die Prüfstelle für Ersatzglieder will eine wissenschaftliche Prüfung der Prothesen und ihre Durcharbeitung für die verschiedenen Berufe erstreben, sie will, wie sie ausdrücklich sagt, kein Dogma aufstellen und dadurch etwa die in mächtigem Fluß allerorten befindliche Entwicklung auf diesem durch den Krieg in die Erscheinung getretenen Gebiet hemmen. Ihre Merkblätter üben keinen Gewissenszwang aus, sondern wollen nur helfen, auf das Gute und Bewährte hinzuweisen. Welche Rolle spielen orthopädischer Facharzt und Ingenieur bei der Prothese? Die Auswahl je nach dem Stumpf des Amputierten und die Anpassung an den Körper ist zweifellos eine ärztliche Sache, der Orthopädie-Mechaniker führt die technische Herstellung des Ersatzgliedes aus und der Ingenieur ist an der Ausbildung neuer Kunstglieder beteiligt mit seiner Materialkenntnis, seinen Konstruktionserfahrungen in Bezug auf die Gelenkverbindungen und die verschiedenen statisch-mechanischen Probleme. Womit nicht gesagt sein soll, daß diese Kenntnisse nicht bei dem Arzt auch vorhanden sein können, wie verschiedene hervorragende Beispiele zeigen. Aber der Rat und die Mitwirkung des wissenschaftlich gebildeten Ingenieurs bei der Prüfung neuer Prothesen ist den Aerzten willkommen und kann der Entwicklung nur nützlich sein. Die Prüfung der Arbeitsweise des Amputierten mit einem sogenannten „Arbeitsarm", wie sie Schlesinger mit wissenschaftlichen Methoden für die verschiedenen Gewerbe und die verschiedenen Armstumpflängen durchgeführt hat, läßt uns die Grenzen des mit einer Prothese Möglichen und Erreichbaren im allgemeinen erkennen. Letzten Endes entscheidet ja der Amputierte selbst am besten über die Brauchbarkeit der Prothese wie die Statistik vom Landesrat Horion über den Gebrauch der Prothese durch die Amputierten beweist.

Gemeinsam ist Aerzten und Ingenieuren weiter die Sorge und Teilnahme an dem sozialen Schicksal der Kriegsbeschädigten. Während viele Aerzte im Anfang des Krieges in den Lazarettwerkstätten die bestmögliche Wiederanpassung an die Arbeit erblickten, haben die Ingenieure aus ihrer Erfahrung im Großbetrieb uns gezeigt, welche Erfolge durch eine baldige Mitarbeit des Verletzten schon während der Lazarettzeit im Betrieb selbst zu erzielen sind. Die Aussprache in Berlin zeigt, daß hier noch nicht allgemeine Uebereinstimmung besteht. An mancher Stelle will man die Anlernwerkstätten der Lazarette nicht ganz missen, und sie besitzen auch ohne Zweifel für einen bestimmten Kreis von Beschädigten ihren Wert.

Wenn man das Ergebnis der Tagung betrachtet, so bedeutet die dort geleistete Arbeit der Hunderte von Fachleuten auf dem Gebiete der Förderung des Kunstgliederbaues, der Heilung schwerer Beschädigungen durch die Ausbildung chirurgisch-orthopädischer Methoden und der Unterbringung der Schwerbeschädigten in produktiven Berufen mit den vielen wertvollen Anregungen einen merklichen Fortschritt auf dem Weg zur Besserung des Schicksals der Kriegsbeschädigten.

Neue Freie Presse
24. IV. 1918

135

Zweite ordentliche Generalversammlung des Vereines „Kriegsblinden-Heimstätten".

Wien, 23. April.

Im großen Festsaale des Hauses der Wiener Kaufmannschaft fand heute um 11 Uhr vormittags die zweite ordentliche Generalversammlung des Vereines „Kriegsblinden-Heimstätten" im Beisein des Protektors des Vereines, Admirals Erzherzog Karl Stephan, der in Begleitung seines Kammervorstehers Linienschiffsleutnants Grafen Pachta-Rayhofen erschienen war, und zahlreicher anderer Persönlichkeiten der Wiener Gesellschaft statt. Unter den Anwesenden befanden sich: Minister für soziale Fürsorge Dr. Mataja, G. d. J. v. Seibt, FZM. Kuk, GM. v. Rochel (in Vertretung des Kriegsministers), die Herrenhausmitglieder Geheimer Rat Dr. Freiherr Schießl v. Perstorff, Minister a. D. Geheimer Rat Dr. R. v. Leth, Sektionschef Dr. Haase, Geheimer Rat Sektionschef Dr. Exner, Benedikt und Paul Ritter v. Schoeller, Gesandter Freiherr v. Riedl, die Sektionschefs Ritter v. Demel-Elswehr, von Gasteiger, Vizebürgermeister Hierhammer, Hofrat Oberstabsarzt Professor Dr. Ritter v. Groß-Osta (Budapest), Hofrat v. Herdliczka, die Universitätsprofessoren Regierungsrat Dr. Schlesinger und Dr. Josef Meller, Obermedizinalrat Dr. Läufer, Regierungsrat Ritter von Roth (in Vertretung des Polizeipräsidenten), Hofrat Ottel, Oberfinanzrat Dr. Egermann, Sektionsrat Doktor Rothe, Frau Exzellenz Petrin, Hofschauspielerin Lotte Witt v. Borotha, Frau Sektionschef Sitta, Frau Oberstleutnant Tinz, Frau Hauptmann Böhm, die Kommerzialräte Rothberger, Hartwich, Hofstätter, Kattus, Krampolek, Schnabel und Tritsch, die kaiserlichen Räte Direktor Simon Heller, Langer, Friedrich Pollak und Rosenthal, Professor v. Matsch, Advokat Dr. Drucker mit Frau und Tochter, Dr. Klimont, die Bankdirektoren Leitner und Fischl, R. Bienenfeld, Dr. Richard Schnabel, Bureauvorstand der „Neuen Freien Presse" Direktor Fliegel und Oberbeamter Robert Weiß, Hofjuwelier Mitkiewicz und viele andere.

Ansprache des Protektors Erzherzog Karl Stephan.

Protektor Admiral Erzherzog Karl Stephan, der vom Vereinspräsidenten Kommerzialrat v. Grimm und dem Vereinsvorstande begrüßt worden war, eröffnete die Versammlung mit nachstehender Ansprache:

„Geehrte Versammlung! Ich spreche meine besondere Freude darüber aus, wieder in Ihrer Mitte weilen zu können, und begrüße Sie, meine hochverehrten Herren und Damen, aufs herzlichste. Seine Majestät unser Allergnädigster Kaiser, von unserer heutigen Versammlung unterrichtet, hat an mich folgendes Telegramm gerichtet:

„Ueber Telegramm vom Heutigen ermächtige Ich Dich gern, der morgigen Generalversammlung des Vereines „Kriegsblindenheimstätten" Meine Anerkennung und Meinen Dank für seine unermüdliche Tätigkeit und Meine besten Wünsche für die Fortsetzung seiner so wohltätigen und erforderlichen Bemühungen bekanntzugeben.

Karl."

Ich glaube in Ihrer Intention, meine verehrten Damen und Herren, zu handeln, wenn ich folgendes Telegramm an Seine Majestät absende:

„Die bei der zweiten ordentlichen Generalversammlung des Vereines „Kriegsblindenheimstätten" versammelten Mitglieder bitten Eure Majestät, den tiefgefühltesten Dank für die überaus gnädigen, huldvollen Anerkennungsworte seiner Tätigkeit alleruntertänigst durch mich mit der Versicherung unterbreiten zu dürfen, daß wir auch weiter alles zur Verbesserung des Loses der erblindeten Krieger Eurer Majestät aufbieten werden.

Karl Stephan."

Ich habe meinen Ausführungen gelegentlich der letzten Generalversammlung nicht viel Neues beizufügen. Der Verein geht zielbewußt, und wir können ohne Ueberhebung sagen, erfolgreich den von ihm eingeschlagenen richtig befundenen und von der Bevölkerung mit Sympathie und Interesse verfolgten Weg weiter. Durch die unerwartete Dauer des Weltkrieges haben sich naturgemäß in der Beschaffung der Heimstätten durch die riesigen Bau- und Anschaffungskosten zu erbauender Objekte oder schon bestehender Realitäten große Schwierigkeiten ergeben. Immerhin ist letzterer Modus, den wir schon seinerzeit bei Gründung des Vereines als den richtigeren bezeichneten, noch eher durchführbar. Um aber bei momentanem Nichtvorhandensein eines passenden Objektes doch unseren tapferen, erblindeten Kriegern helfen zu können, werden jedem einzelnen die Zinsen des ihm zur Erwerbung einer Heimstätte reservierten Kapitals in Raten überwiesen. Es geschah dies, um dem so schwer betroffenen Manne gleich helfen zu können und ihm wenigstens mit dem Gedanken an die tiefe Dankbarkeit seiner Mitbürger die erste schwere Psychose zu erleichtern. Wir glauben hiemit, dem Wunsche der edlen Spender nachgekommen zu sein. Durch diesen Vorgang sind bei der sehr großen Anzahl unserer Kriegsblinden die Mittel des Vereines stark in Anspruch genommen worden, doch schien es uns richtiger, gleich und rasch zu helfen, als Fonds zu thesaurieren. Die erhebende Opferwilligkeit unserer wackeren Völker läßt uns mit Beruhigung in die Zukunft unserer Tätigkeit blicken.

Ich komme zum Schlusse und spreche als Protektor des Vereines den vielen hochherzigen Spendern meinen tiefgefühltesten wärmsten Dank für ihr segensreiches Wirken aus, ganz besonders im Namen meiner erblindeten, heldenmütigen Kameraden. Dies gilt auch dem Präsidium des Vereines, das sich in der aufopferndsten Weise in den Dienst der Sache gestellt, sowie der „Neuen Freien Presse", die sich auch für uns wie für alle Kriegsfürsorgezwecke durch ihre rastlose Sammeltätigkeit in hervorragender Weise betätigt.

Ich erkläre hiemit die zweite ordentliche Generalversammlung für eröffnet und erteile unserem hochverehrten Präsidenten Kommerzialrat v. Grimm das Wort."

Ansprache des Präsidenten Kommerzialrates v. Grimm.

Präsident Kommerzialrat v. Grimm: Eure kaiserliche und königliche Hoheit! Exzellenzen! Hochgeehrte Anwesende! Für die gnädigen Worte sage ich im eigenen Namen sowie im Namen unseres Vereines allerunterthänigsten Dank. Zum drittenmale haben Eure kaiserliche Hoheit die Güte, unserer Generalversammlung zu präsidieren; ein Zeichen, mit welchem hohen Interesse unsere Bemühungen, das Los unserer blinden Schützlinge zu lindern, von Eurer kaiserlichen Hoheit verfolgt werden. Wir können mit Stolz sagen, daß wir bis heute nahezu ein halbes Tausend Kriegserblindeter versorgt haben, und hoffen, mit weiterer allgemeiner Unterstützung auch die noch Kommenden nicht abweisen zu müssen. Gerührten Herzens danke ich Eurer kaiserlichen Hoheit für die so werktätige Protektion; danke allen unseren hochherzigen Spendern, insbesondere der „Neuen Freien Presse" für ihre unermüdliche Unterstützung wie auch dem geehrten Präsidium und dem gesamten Vorstand unseres Vereines. Wenn einmal in späteren Zeiten die Geschichte dieses furchtbaren Krieges geschrieben wird, dann dürfte auch darin als heller Punkt die Liebe glänzen, mit der wir alle, Eure kaiserliche Hoheit voran, unsere armen blinden Krieger umgeben haben. Da ich von Liebe spreche, will ich mir erlauben, das herrliche Gedicht Ottokar Kernstocks „Die Kriegsblinden", welches so ganz in den Rahmen unserer Bestrebungen paßt, vorzutragen:

Den Bahnsteig füllen buntbewegte Massen,
Der weite Raum vermag sie kaum zu fassen.
Verstörte Frauen, die nasse Augen haben,
Gefolgt von zarten Mägdlein, ernsten Knaben,
Am Arme Kinder, die mit scheuen Blicken
Ihr Köpfchen an die Brust der Mutter drücken.
Ergraute Väter schreiten durch die Scharen.
Gebückte Mütterchen mit weißen Haaren
Gewahrt man, die, geführt von jugendfrischen
Gestalten, sich ins Volksgedränge mischen.
Ein Fest des Abschieds gilt's zur Stund' zu feiern.
Der Kaiser rief, zu Felde zieh'n die Teuern.
Es reißen sich die Väter, Bruder, Gatten
Vom Liebsten los, das sie auf Erden hatten,
Um vor des Krieges wilden Wetterstürmen
Der Heimat heil'ge Güter zu beschirmen.
Da gibt's ein Händeschütteln, Hüteschwenken,
Ein Küssetauschen, Liebesgabenschenken.
Sehnsücht'ge Blicke, totenblasse Wangen,
An denen heiße Abschiedstränen hangen.
Und als der Zug die Krieger aus der Halle
Ins Weite führt, da winken schluchzend alle.
Wie ein Gebet klingt's, wie ein brünstig Fleh'n:
Gott sei mit euch! Ade! Auf Wiedersch'n!
Die Monde schwinden, Siegesschlachten schlagen
Die Heere Oest'reichs. Von den Ruhmestagen
Wird noch die Mär in später Zukunft melden.
So manchen jener ritterlichen Helden
Sieht man geschmückt mit Wunden und mit Ehren
In die geliebte Heimat wiederkehren.
Was tut's, daß kampfversehrt die müden Glieder.
Der Gruß: Auf Wiedersch'n! mit dem er ging,
An dem sein Hoffen, seine Sehnsucht hing,
Hat sich erfüllt: er sieht die Heimat wieder.
Doch denen, die das Los, das wechselvolle,
Heimkehren ließ zur väterlichen Scholle,
Die das gelobte Land, auf dem sie steh'n,
Betreten durften, doch nicht wiedersehen.
Nicht wiedersehen die üppig grünen Matten,
Die Blumenteppiche, die farbensatten.
Die Hütten, die auf lichten Höhen thronen,
Die Lieben all', die in den Hütten wohnen.
Den Armen, die gehüllt in stete Nacht,
Nicht schauen dürfen Gottes Sommerpracht,
Die roten Rosen und die gelben Halme,
Gebührt des Mitleids allererste Palme.
Wohl können wir den Aermsten aller Armen,
Und schmölz uns auch die Seele vor Erbarmen,
Der Sonne Gnadenblick nicht wiedergeben,
Doch eine Leuchte flammt im Erdenleben,
Die heller glänzt als tausend Weltensonnen,
Die strahlend wärmt, wenn auch die Welt umsponnen,
Vom Schattendunkel ew'ger Nächte bliebe,
Und diese Himmelsfackel ist die Liebe.
Drum bangt nicht, Oesterreichs blinde Schwertgenossen,
Weil euch der Quell des Sehens ausgeflossen!
Die Liebe wird nicht rasten und nicht ruh'n,
Die Liebe wird an euch ein Wunder tun.
Sie wird ein neues Licht in euch entfachen.
Denn Liebe kann auch Blinde sehend machen.

Sodann erteilt der Vereinspräsident unter Hinweis auf den den Mitgliedern bereits zugekommenen gedruckten Jahresbericht dem Vereinssekretär Sektionsrat Dr. Rothe zur Berichterstattung über die Vereinstätigkeit im zweiten Vereinsjahre das Wort.

Bericht des Vereinssekretärs Sektionsrat Dr. Rothe.

Sektionsrat Dr. Rothe verweist darauf, daß der Verein seine Tätigkeit in zweierlei Richtung entfalte. Einerseits gelte es, die zur Erfüllung der dem Vereine gesetzten Aufgabe nötigen Geldmittel in der erforderlichen Höhe aufzubringen, anderseits die gewonnenen Mittel in zweckentsprechender Weise so zu verwenden, daß tunlichst allen Wünschen der Kriegserblindeten nach Versorgung mit Heimstätten entsprochen werden könne. Die Sammeltätigkeit des Vereines hatte einen glänzenden Erfolg. Der Einnahmenzuwachs betrug im zweiten Vereinsjahre rund 1½ Millionen Kronen, das Sammelergebnis erreichte mit Ende 1917 die Summe von 3,150.000 K., gegenwärtig bereits 3,563.000 K. Gleichwohl müßten dem Vereine auch fernerhin noch in reichlichem Maße Geldmittel zufließen, um den stetig anwachsenden Anforderungen voll entsprechen zu können. Während im ersten Vereinsjahre 1916 nur 15 Kriegsblinde mit Heimstätten versorgt worden sind, wurden im zweiten Vereinsjahre bereits 49 Kriegsblinde in Heimstätten angesiedelt. Zwei Kriegsblinden, die bereits Besitzer eigener Anwesen waren, wurden zur Verbesserung ihrer materiellen Lage zinsenfreie Darlehen gewährt. 236 Kriegsblinden, für welche eine Erwerbung von Heimstätten vorläufig aus verschiedenen Gründen nicht durchführbar war, wurden die zum künftigen Erwerbe von Heimstätten bestimmten Geldbeträge zuerkannt und rückgestellt und den Blinden der 5½prozentige Zinsengenuß dieser Kapitalsrücklagen als Wohnungsbeitrag zugebilligt und in Monatsraten zur Auszahlung gebracht. Die beim Erwerbe der bisher angeschafften Heimstätten gemachten Erfahrungen haben gezeigt, daß mit dem bisher für den Einzelfall vorgesehenen Maximalbetrag von 8000 Kronen kaum das Auslangen gefunden werden kann. Der Verein sah sich daher veranlaßt, auch an andere Fürsorgestellen, insbesondere die in den einzelnen Ländern bestehenden Landeskommissionen zur Fürsorge für heimkehrende Krieger, mit dem Ersuchen um Beitragsleistungen zu den Heimstättenkäufen heranzutreten, welchem Ersuchen in anerkennenswerter Weise entsprochen wurde. Auch seitens des Kaiser und König Karl-Kriegsfürsorgefonds (vormals Invalidenfonds des Kriegsfürsorgeamtes) sowie seitens des Kriegsblindenfonds im k. k. Ministerium des Innern wurden in mehreren Fällen größere Beiträge gewidmet. Insgesamt wurden für Heimstättenankäufe seitens des Vereines in den beiden ersten Vereinsjahren nahezu eine halbe Million Kronen verausgabt. Der Gesamtaufwand für die Heimstättenkäufe und Kapitalsrücklagen für späteren Erwerb von Heimstätten erreichte rund 2,326.000 K. In einem späteren Zeitpunkte wird auch an eine Erbauung von Heimstätten geschritten werden, wofür durch hochherzige Widmungen einzelner Wohltäter bereits günstige Vorbedingungen geschaffen wurden.

Genehmigung des Rechenschaftsberichtes.

Unter Hinweis auf den den Vereinsmitgliedern im Jahresberichte gedruckt vorliegenden Rechenschaftsbericht bat der Präsident den Revisor Hofrat Ottel, den Bericht über die Prüfung desselben zu erstatten. Auf Antrag des Revisors wird der Rechenschaftsbericht genehmigt.

Die Wahlen in die Vereinsleitung.

Die statutengemäß ausscheidenden Vorstandsmitglieder Dr. Max Budig, Kommerzialrat Krampolek, kaiserlicher Rat Langer, Geheimer Rat Dr. Ritter v. Leth, Gesandter Freiherr v. Riedl, Präsident Paul Ritter v. Schoeller und Minister Freiherr v. Wimmer wurden durch Zuruf wiedergewählt.

Desgleichen wurden die weiteren Anträge des Präsidenten auf Wiederwahl des bisherigen Schiedsgerichtes und der bisherigen Revisoren genehmigt.

Der Präsident, Kommerzialrat v. Grimm, dankte zum Schluß nochmals dem Erzherzog-Protektor für sein gnädiges Erscheinen in der Versammlung und schloß mit weiteren Dankesworten an die erschienenen Mitglieder und an das Präsidium des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft für die freundliche Ueberlassung des Saales die Sitzung.

Westungarischer-Grenzbote
14./VI. 1918

g 14
158

Arbeitsvermittlung für die Invaliden.

Nach den Ausführungen des Oberleutnants Arpad Ujjady, Kanzleileiter des Pozsonyer Invaliden-Fürsorge-Filialamtes.

Eine der notwendigsten und nützlichsten Institutionen der beglückenden Friedensära ist die „Allgemeine Arbeitsvermittlung", deren hochwichtigen Nebenzweig nun auch die Arbeitsvermittlung der durch den Krieg invalid gewordenen Soldaten bildet. Kein schöneres, kein edleres Bestreben sowohl des Staates, als auch der Gesellschaft kann man sich vorstellen, als für die Zukunft der für das Vaterland invalid gewordenen Helden zu sorgen.

Das Ziel der Arbeitsvermittlung für die Invaliden ist, diese wieder in das segenbringende Arbeitsleben ehestens zurückzuführen. Dies liegt im Interesse der Invaliden nicht minder aber auch im Interesse der Volkswirtschaft.

Einerseits ist es naturgemäß des Soldaten höchster Wunsch je eher heimkehren zu können, um im Familienkreise für dessen Existenz zu sorgen, anderseits erfordern die Kriegsverhältnisse, daß der Mangel an heimischer Arbeitskraft wenigstens durch die zielbewußt eingeteilte Arbeitsvermittlung der Invaliden durch diese ersetzt werde. Die Arbeitskraft und Arbeitsfähigkeit der Invaliden aber ist durch unsere Fachschulen Werkstätten und durch unsere großzügig veranstalteten Ausstellungen bisher glänzend bewiesen worden.

Die richtige Arbeitsvermittlung fußt auf zwei Grundbedingungen, und zwar: 1. auf der entsprechenden Verteilung der Invaliden-Arbeitskraft in der Provinz und 2. auf der Arbeitseinteilung der Invaliden in individualer Richtung. Betrachten wir diese beiden Bedingungen einzeln. Sowohl die Interessen der invaliden Soldaten, als auch diejenigen der Volkswirtschaft erfordern, daß der arbeitsuchende Invalide nach Möglichkeit zu seinem früheren Arbeitsgeber oder in dessen Nähe zurückversetzt werde, wo er wahrscheinlich sein altes Heim finden wird. Dies ist schon wegen der Rassen- und der Bevölkerungspolitik sehr wichtig. Niemals darf der Invalide als Einzeln-Individuum bei der Sicherung seiner Zukunft betrachtet werden, sondern er muß stets im Zusammenhange mit der ganzen Familie bleiben, denn dies sichert die gesunde Erziehung der Kinder.

Durch die großen Perzentsätze der Verwundungen ist leider anzunehmen, daß die Invaliden überwiegend in den Städten bleiben wollen, damit ihr produktiver Erwerb intensiver werde, dies wäre aber weder für die Rassenentwicklung noch für die Bevölkerungspolitik vorteilhaft.

Eine gleichbedeutende Vorbedingung der richtigen Arbeitsvermittlung ist auch die entsprechende Fürwahl der Beschäftigung. Den größten volkswirtschaftlichen Nachteil erleiden durch die Invalidenarbeit wohl die Landwirtschaft und die Industrie. Wir müssen daher darauf bedacht sein, die Invaliden in ihre früheren Berufe oder in damit anverwandte Berufe zu bringen, denn im gegenteiligen Falle reussieren sie wegen ihrer Fachunkenntnis nicht und verlieren auch eventuell ihre Posten.

Natürlich wird bei nicht entsprechender Arbeitsvermittlung auch die Vermittlungsstelle nachteilig beeinflußt werden. Die richtige Richtlinie gewährleistet den Erfolg der Arbeitsvermittlung. Dies ist aber nicht die Aufgabe der Vermittlungsstellen, sondern dies ist eine hauptsächliche Pflicht der die Nachbehandlung leitenden ärztlichen Faktoren.

Die Arbeitsvermittlung verkehrt mit den arbeitsuchenden Invaliden individuell. Es ist vor Allem erforderlich die Verhältnisse des Invaliden und diejenigen seiner Familie vor dem Kriege zu wissen, dessen Fähigkeiten, dessen Neigungen und den Grad seiner Individualität kennen zu lernen. Erst nach Erlangung dieser Erfordernisse soll die Arbeitsvermittlung eingeleitet werden.

Zwecks richtiger und fachgemäßer Beurteilung hinsichtlich der Unterbringung und Beschäftigung soll die Vermittlung aus Industrie- (Gewerbe-) und kaufmännischen Kreisen, sowie aus landwirtschaftlichen Kreisen (Kleinbauern) Fachberater aufsuchen und mit diesen in jedem einzelnen Falle verhandeln. Wichtig ist es, daß der Invalide nur in solche Arbeit gestellt werde, wo er trotz seiner Invalidität erfolgreich wirken kann und die laut Vereinbarung mit dem Arbeitsgeber übernommenen Verpflichtungen erfüllen kann. Der gewissenhafte und pflichtbewußte Vermittler darf nicht auf leichte, rasche und zahlreiche Vermittlungen Gewicht legen, sondern auf die richtige und dauernde Vermittlung.

Zur Hebung der Arbeitslust, des Selbstbewußtseins und der Anspornung ist es unbedingt notwendig, daß die Arbeitsgelegenheit auch dauernden Charakter habe.

Dauernde Stellen zu kreieren ist die Aufgabe des Staates. Große Schuster- Tischler- und Spielwarenfabriken, Gärtnereien und Invalidendörfer sollten errichtet werden, in welchen die Invaliden Heimat und Auskommen finden mögen. Es sollten Gesetze erbracht werden, daß beispielsweise Portier-, Hausmeister- und Trafikantenstellen nur durch Invalide besetzt werden dürfen. Auf diese Weise würde das Invaliden-Problem gewiß eine günstige Lösung erfahren. Denjenigen Invaliden, die aus eigener Kraft sich nicht versorgen können und nur als Angestellte ihr Leben fristen müssen, soll noch vor ihrer Entlassung die Versicherung ihrer Existenz und die Gründung eines glücklichen Familienlebens gewährleistet werden.

Invaliden-Arbeitsvermittlungen wurden in verschiedenen Teilen Ungarns errichtet. Das Landes-Invaliden-Fürsorgeamt hat im Pozsonyer Komitat in der kön. Freistadt Pozsony eine Filiale für die Stadt Pozsony und für die Komitate Pozsony, Nyitra, Trencsen und Turocz aufgestellt, welche die sich meldenden Arbeitsnehmer und Arbeitsgeber befriedigen wird. Deßungeachtet können sich auch solche, die nicht in den genannten Bezirken ansässig sind, hier melden da von hier aus dann die Vermittlung eingeleitet wird.

Zur Erleichterung der administrativen Agenden werden den Arbeitsvermittlern „Kriegsfürsorge-Volksbureaus" beigegeben. Bisher wurden für die zum Pozsonyer Vermittlungsamte zuständigen Gebiete Volksbureaus im Rathause zu Pozsony, im Komitatshause zu Pozsony, ferner im Nyitraer Komitathause und in den Städten Ersekujvar, Pöstyen, Nagyszombat, Privigye, Nagytapolcsany, Szenicze, Trencsen, Pucho und Zsolna errichtet. Die Arbeitsgeber als auch die invaliden Arbeitsnehmer können diese Volksbureaus in Anspruch nehmen. Die Vermittlungen haben in der überwiegend meisten Fällen nur dann Erfolg, wenn der invalide Soldat mit dem Arbeitgeber persönlich in Berührung kommt und ein Uebereinkommen erzielt, weshalb es geboten ist, die arbeitssuchenden invaliden Soldaten stets zur persönlichen Vereinbarung mit dem Arbeitsgeber anzuweisen. Das kön. ung. Handelsministerium hat für nach Ungarn zuständige invalide Soldaten für die mit der Arbeitsvermittlung verbundenen Reisen Fahrtbegünstigungen bewilligt. Der arbeitsuchende invalide Soldat kann demgemäß in Arbeitsvermittlungsangelegenheiten von seinem Domizil aus frei in den Standort des Vermittlungsamtes und auch zum Wohnort des Arbeitsgebers und zurück reisen, wenn die Reise nicht mehr als 50 Kilometer beträgt. Bei mehr als 50 Kilometer ist ein Nachlaß von 50 Prozent gewährt. — Die Reiselegitimation für derlei Reisen besorgt beim Pozsonyer Verkehrsinspektorate der MÁV. das Pozsonyer Vermittlungsamt des Landes-Invaliden-Fürsorgeamtes.

Das Pozsonyer Arbeitervermittlungsamt hat im Sinne der Ministerialverordnung Zahl 21081/O. H. G. H. vom 2. April 1918 folgende Aufforderung an die arbeitsuchenden invaliden Soldaten und an die arbeitgebenden Personen und Institutionen erlassen:

„Ich fordere alle aus dem Heeresverbande endgültig entlassenen Invaliden, die eine Stellung erreichen wollen, auf, daß sie ihre Bitte mir mündlich oder schriftlich mitteilen. Diejenigen Arbeitgeber die Kriegsinvalide beschäftigen wollen, mögen mit ihren Wünschen mich in dem Pozsonyer Arbeitvermittlungsamte persönlich, schriftlich oder telephonisch aufsuchen damit ich ihnen die notwendigen Drucksachen zur Ausfüllung und der schnelleren Arbeitsvermittlung halber zusenden könne. Pozsony, am 3. Juni 1918. Achtungsvoll: Arpad Ujjady, Oberleutnant, Chef des sozialen und Arbeitvermittlungsamtes.

Pester Lloyd

Z./VII. 1918

7

153

Invalidenkolonien und Anstellungszwang für Schwerkriegsbeschädigte.

Von Privatdozent Dr. Emerich Ferenczi.

Budapest, 6. Juli.

Der Gedanke, die Schwerbeschädigten des Krieges auf charitativer Grundlage in geschlossenen Arbeitskolonien unterzubringen, scheint in gewissen Kreisen immer wieder aufleben zu wollen. Es sollen Erwerbsanlagen aus den Stiftungen einzelner Wohltäter, Munizipien oder Vereine unter Leitung des Kriegsfürsorgeamtes gegründet werden. Man möchte die Kriegsbeschädigten dort mit ihrer Invalidität angepaßter gewerblichen oder landwirtschaftlichen Arbeit beschäftigen und ihnen durch gemeinnützige Verwertung ihrer Erzeugnisse, Sicherung eines Marktes für ihre Waren und Beschaffung von Rohstoffen zu ständigem Erwerb verhelfen. In Verbindung mit industriellen Erwerbsanlagen will man dort Familienhäuser mit Küchengärten stiften. Diese Heimstätten sollen „nach Eintritt gewisser Bedingungen" den Invaliden auch als Eigentum überlassen werden können. Ein amtlicher Aufruf lautet: „Das Familienhaus samt dem dazugehörenden Grundstück erhalten von den in der Erwerbskolonie untergebrachten Invaliden diejenigen zur Benützung, welche dieser Unterstützung am würdigsten sind. Im Laufe der Zeit können sie unter gewissen Bedingungen auch das Eigentumsrecht auf die von ihnen benützte Liegenschaft erwerben." Das erste Beispiel zur Begründung solcher Kolonien wurde seitens des Erzbischofs von Kalocsa zu Kalocsa gegeben, hierauf folgten mit derlei Plänen die Munizipien des Komitates Pest zu Vác, die Gesellschaft der Stadt und des Komitates Győr zu Győr, das Munizipium Szeged ebendort usw.

Es wäre eine arge Selbsttäuschung, durch Kolonien, die auf Grundlage der Wohltätigkeit errichtet werden, eine diesbezügliche Reform der militärischen Versorgungsgesetze, oder eine großzügige sozialpolitische Ansiedlungsgesetzgebung ersetzen zu können. Wir stehen hier so großen Aufgaben gegenüber, daß deren würdige Lösung von der gegenwärtig regen, nach dem Kriege wohl rasch wieder abflauenden Wohltätigkeit gar nicht zu erwarten ist. Wenn wir die von der deutschen Gesetzgebung für die Kriegsinvaliden und Kriegshinterbliebenen getroffenen großzügigen finanziellen und volkswirtschaftlichen Maßnahmen (Kapitalabfindungsgesetz, Rentengutsgesetzgebung, in Preußen 100 Millionen Kredit für Ansiedlungszwecke usw.) betrachten, kann die Verordnung (s. Z. 1820/1917 M. E.) über die privatrechtlichen Verfügungen bei den zur Versorgung der Kriegsinvaliden, Kriegswitwen und Kriegswaisen bestimmten Heimstätten kaum für mehr als ein juristisches Spiel bezeichnet werden. Kann denn wirklich jemand glauben, daß die Grundbesitzer in entsprechendem Maße unentgeltlich Heimstätten anbieten werden, die auch nur für die Ansiedlung der allerschwersten Invaliden, namentlich der innerlich Kranken ausreichten?! Auch wäre diese Lösung vom psychologischen, sittlichen und wirtschaftlichen Standpunkte aus prinzipiell zu verwerfen.

Vom psychologischen Gesichtspunkt aus ist es klar, daß die Invaliden ihre körperlichen und seelischen Leiden um so leichter ertragen werden, je weniger sie durch den traurigen Anblick ihrer Kameraden von Tag zu Tag auf diese aufmerksam gemacht werden, je weniger sie sich als eine aus dem Volksganzen ausgestoßene Kaste fühlen und je mehr sie sich in die Bestrebungen, Freuden und Leiden der Gesunden einfügen werden. Auch vom sittlichen Standpunkt aus dürfte es auf die zusammengedrängten Invaliden nachteilig wirken, daß sie nicht auf Grund der ihnen rechtmäßig zustehenden gesetzlichen Versorgung und der sie ergänzenden ihrer Kraft angemessenen Arbeit angesiedelt wären, sondern dauernd auf eine Wohltätigkeit angewiesen blieben, die ihnen nach Gutdünken der Obrigkeit, beziehungsweise der Stifter zuteil wird, ihnen aber ebenso willkürlich wieder entzogen werden kann. Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet würden sie im Bewußtsein, daß die Wohltätigkeit ihren Lebensunterhalt in jedem Falle sichert, nicht in solchem Maße zur Arbeit angeeifert werden, als wenn sie der freie Wettbewerb mit den Gesunden fortwährend zu möglichster Anspannung ihrer Kräfte antriebe. Diese große psychologische Kraft wird durch das System, den invaliden Industriearbeiter am Gewinne zu beteiligen — soweit dessen allgemeine Schwierigkeiten gerade bei den Invaliden überwunden werden könnten — auch nicht aufgewogen. Die traurigen Kolonien würden endlich auch vom Gesichtspunkte der politischen Freiheit aus Anlaß zur Beanstandung geben. Sie brächten Bürger in starke Abhängigkeit von der Regierungsgewalt, beziehungsweise von Stiftern, welche ihnen eventuell als Folge ihres politischen, religiösen und gesellschaftlichen Verhaltens mehr oder weniger patriarchalische Gunst bezeigen, beziehungsweise entziehen könnten.

Auch ist zu befürchten, daß der kastenmäßigen Abschließung der Invaliden von den Gesunden noch eine weitere Absonderung — je nach dem Stifter — zwischen den Kolonien folgen würde. Angeeifert durch die Kolonisation des Erzbischofs ist auch in jüdischen Kreisen bereits eine Bewegung angeregt worden, ausschließlich für jüdische Invaliden besondere Kolonien zu gründen. Diese Richtung muß im Interesse der nach dem Kriege doppelt notwendigen nationalen Einheit entschieden zurückgewiesen werden. Haben denn gegen den Feind katholische, protestantische und jüdische, nicht aber ungarische Truppenkörper gekämpft?!

Der einseitige Charakter der geplanten landwirtschaftlichen, beziehungsweise gewerblichen Arbeit (eine Anlage rein für Holz-, eine für Lederindustrie usw.), das isolierte, kulturlose Leben, der in solchen entlegenen Kolonien in gewissem Grade vielleicht unvermeidliche Arbeitszwang, das eintönige Milieu, Familieninteressen und -bande dürften viele, besonders aber die aufgeklärten städtischen Invaliden, bald dazu bewegen, auf alle Fälle in ihre alte Umgebung zurückzukehren. Ja es scheint überhaupt fraglich zu sein, ob sich derlei Ansiedler finden werden; in der Hauptstadt meldete sich, trotz behördlicher Aufrufe usw., ein einziger Bewerber.

Für die Schwerinvaliden der Städte kommt eine zweifache Lösung der Arbeits- und Wohnungsfrage in Betracht. Die erste ist die wohlfeile und gesunde, behördliche oder genossenschaftliche Mietwohnung in der Nähe der Arbeitsstelle, die zweite ist eine Ansiedlung der Schwerverstümmelten und Schwerkranken in Kleinhäusern nächst den Städten. Diese würden ihnen nicht immer als Eigentum auf Grund neuer Kapitalabfindung, sondern eventuell in der Form der Pacht oder Erbpacht zu überlassen sein. Hier müßten die einzelnen Ansiedler ausreichend großes Gartengrundstück erhalten, damit sie ihren Familienbedarf an Gemüse, Obst, Fleisch und Kleinvieh decken, oder auch ihren Ueberfluß auf den Markt bringen können. Dabei muß der Staat den noch arbeitsfähigen Schwerinvaliden Gelegenheit geben, daß sie in ihrer Wohnung (Heimarbeit) oder in nahen, hauptsächlich oder lediglich für Kriegsbeschädigte einzurichtenden, nicht allzu großen Fabriksstätten die ihnen verbliebene Arbeitskraft gewerblich verwerten können. Nebst handwerksmäßigen Betrieben sollte zu diesem Zwecke auch die Anfertigung verschiedener Spezialartikel (z. B. der Kleineisenindustrie, Baubedarfsgegenstände, Bekleidungsartikel, Spielwaren usw.) mit maschineller Kraft erwogen werden. Auch kommt die Angliederung derlei Beschäftigungswerkstätten an bestehende öffentliche und private Betriebe, bezw. auch Ausgabe von Arbeitsstücken in Heimarbeit in Frage. Die Wohnanlagen müßten jedoch invalide und gesunde Kolonisten (heimkehrende Krieger, Beamte, Pensionisten) möglichst gemischt umfassen (Gartenvorstädte, Gartendörfer). Der Unterschied, der im wirtschaftlichen Wettbewerb zwischen Beschädigten und Nichtbeschädigten zutage tritt, soll teilweise durch entsprechende Bemessung der Militärrente, Kapitalisierung eines Teiles der Renten oder zinsenlose Vorschüsse auf Renten, wohlfeile und sichere Hypotheken usw. ausgeglichen werden. Die Beschäftigung von Schwerbeschädigten in künstlichen Industriewerkstätten dürfte jedoch auf größere Schwierigkeiten stoßen, als die Ansiedlung von kriegsinvaliden Landleuten in einzelnen Wirtschaftsheimstätten, natürlich auch womöglich in der Nähe ihrer Heimat. Die Konkurrenz mit dem freien Gewerbe, die in ihren Folgen, soweit es sich nicht um die Gründung neuer oder unentwickelter Industrien handelt, dazu führen könnte, daß Nichtkriegsbeschädigte brotlos gemacht werden, kommt für die Landwirtschaft gar nicht in Frage. Auch kann bei sorgfältiger Einrichtung und Führung der Wirtschaftsheimstätten, bei richtiger Auswahl hiezu berufener Ansiedler und ihrer Familien sicher auf eine Rentabilität gerechnet werden. Hingegen wird in gewerblichen Betrieben für Schwerbeschädigte infolge geringer Arbeitsleistung bei hohen Lohnansprüchen und Verwaltungskosten beinahe

Morgenausgabe

ger

36. Jahrgang

...en, M. 1.50 in der Abendausgabe; in einem Bezirk ...tag" M. 1.50; Familienanzeigen 75 Pf., Versteigerungen, ...ohnungen und Geschäftslokale, Stellenangebote: M. 1.10; ...leine Anzeigen" das Wort 20 Pf., bei Stellengesuchen ...erungsaufschlag von 50 % bei allen Zeilen- und vom ... vom Tage" die Zeile M. 1.00. — Ohne Gewähr ...alb vier Wochen nicht abgeholte Chiffrebriefe werden ...fe, Photographien usw.) den Einsendern zugestellt sind.

...ote übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung.

Berliner

25,
158

Reims.

ermächtigen, dem Freiherrn v. Hussarek gegenüber zu erklären, daß der Polenklub auf Grund der stattgehabten Besprechungen bereit sei, für ein sechsmonatiges Budgetprovisorium zu stimmen.

Kriegsbeschädigte auf dem Lande

Die Ansiedlung der Kriegsbeschädigten auf dem Lande ist zu einer Tages- und Streitfrage geworden. Ein großes Sehnen geht durch diese im Kriege brüchig gewordenen Menschen, in ländliche Verhältnisse zu kommen. Mutter Natur, die Allgütige, soll die schweren Wunden heilen, dem Müden Ruhe und Frieden, den peinigenden Nerven Erquickung geben. Werden Hoffnungen und Entwürfe in vollem Maße erfüllt werden?

Die nachfolgenden anspruchslosen Beobachtungen versuchen die Lösung der Frage nicht, sind vielmehr vom Standpunkt des Großstädters, des Berliners, geschrieben, der heute wie ehedem für Natur schwärmt. Freilich immer nur für eine befristete Zeit und mit der Aussicht, demnächst wieder im heimischen Hafen zu landen. Wenn jetzt vielfach unter den großstädtischen Kriegsbeschädigten der Wunsch nach einer dauernden Uebersiedlung auf das Land lebendig wird, so darf wohl mahnend an das Dichterwort erinnert werden: „Drum prüfe, wer sich ewig bindet!" Denn die Rückkehr in städtische Verhältnisse wird nur mit schweren Opfern zu ermöglichen sein, nachdem die gesetzliche Rente des Beschädigten in eine Kapitalabfindung verwandelt und diese zum Ankauf des ländlichen Anwesens benutzt worden ist. Nicht nur die großstädtische Intelligenz, die unter körperlichem oder seelischem Druck auf das Land geht, um dort unter ungewohnten Bedingungen weiter zu leben, sondern auch der Handwerker und Arbeiter, der seine städtische Beschäftigung aufgibt, sollte den Umschwung seiner Gewohnheiten wohl bedenken. Freilich sichert auch die reiflichste Ueberlegung nicht vor Enttäuschungen.

Mit dem Vertrauensmann einer Landwirtschaftskammer, die den Ansiedler mit landwirtschaftlichen wichtigen Hilfsmitteln, daneben aber auch mit praktischer Naterteilung unterstützt, habe ich in den letzten Tagen einige Besuche bei kriegsbeschädigten Stellenbesitzern abgestattet. Wir fuhren von einer mittleren Provinzialstadt aus eine gute Stunde mit dem Wagen, als am Ufer eines Bachs ein schmuckes, rotbedachtes Haus zwischen den Bäumen hervorlugte. Der ferne Anblick war schön, die Nähe enttäuschte. Die Gebäude des kleinen Hofs sind in leidlichem Zustande, aber die Wirtschaft geht nicht vorwärts. Der Besitzer, der einen Arm im Kriege verloren hatte, war mit dem Eisernen Kreuz geschmückt. Trotz des Sonntags schlecht gekleidet, sah er körperlich wenig günstig aus. Er hat als Schmied in der Hauptstadt gearbeitet und setzt sein Handwerk auf dem Lande fort. Aber es vermag keiner zwei Herren zu dienen. Er fronte fremden Leuten und versah seine Wirtschaft nur nebenbei. Die Last lag also auf der sonst wackern Frau. Sie rühmte sich zwar, ein Landkind zu sein, aber ihr Befähigungsnachweis lag viele Jahre zurück. In großstädtische Verhältnisse übergegangen und erst neuerdings auf das Land abgewandert, reichten ihre Kräfte für die Bestellung der 40 Morgen großen Wirtschaft bei weitem nicht aus. Das Gärtchen prangte im Blumenflor. Aber weder Obst noch Gemüse wurde gezogen, auch von Hühnern und Gänsen war nicht viel zu merken. „Wir haben kein Gemüse!" sagte die Frau bedrückt. „Wir kaufen alles außerhalb, auch mit dem Fleisch sind wir auf die Lebensmittelmarken angewiesen!" Was der Berater den Leutchen sagte, die ihm noch einen langen Bericht erstatten mußten, weiß ich nicht. Allzugroß werden wohl die Komplimente nicht gewesen sein. Denn beide waren beim Abschied ziemlich geknickt. „Die Ansiedler verstehen alles besser und wollen nicht hören!" meinte der Freund, als wir im Wagen saßen. „Wenn Sie nur bis zur Ernte durchhalten!" Nach einer Weile hielten wir vor einem vernachlässigten Hof inmitten einer hübschen Häusergruppe. Die Familie hatte in der Laube soeben Mittag gegessen, der Gurkensalat stand noch auf dem Tische. „Die Gurke habe ich in der Stadt gekauft," sagte die Hausfrau, „sie kostet Mark 1.50." Das Gesicht kam mir bekannt vor; ich hatte die Sprecherin vor einiger Zeit in einer ländlichen Versammlung gesehen, sie hatte damals ein achtunggebietendes Mundwerk. Jetzt wurde sie kleinlaut, als der Berater mit ihr einen Rundgang antrat. Der Hofhund bellte wie wahnsinnig. Er hatte Mark 70 gekostet. „War der Hund so nötig bei Ihren schlechten Verhältnissen?"

Freitag, 26. Juli 1918

ig

Preis der Anzeigen:
Die kleine Zeile 70 ₰ Abendblatt 50 ₰ Reklamen ℳ 2.50 Abendbl. ℳ 3.— 40% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 10% Teuerungszuschl. Familienanzeig. Sondertarif. Platz- u. Datenvorschr. ohne Verbindlichk. — Anzeig.nehm. an: Geschäftsstelle Frankfurt a.M.: Gr. Eschenheimerstr. 39/37. Schillerstr. 20 Mainz: Schillerpl. 3, Berlin: Mauerstr. 16/18, Dresden A.: Waisenhausstr. 5. München: Perusastr. 5, Offenbach: Biebererstr. 34, Stuttgart: Poststr. 7, Zürich: Nordstr. 52. Unsere Agenturen u. d. Ann.-Exped.
Verlag und Druck der Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H.
Postscheckkonto Frankfurt (Main) 4436.

1918. 261

Arbeitsbeschaffung für Kriegsbeschädigte.

Man schreibt uns:

Der während des Krieges herrschende Arbeitermangel machte es der Fürsorge verhältnismäßig leicht, Kriegsbeschädigte, gegebenenfalls nach Umschulung für einen neuen Beruf, in Arbeitsplätzen unterzubringen, die ihnen eine möglichst vollkommenene Ausnutzung ihrer noch verbliebenen Arbeitskraft gestatteten. Die relative Einfachheit der Arbeitsverrichtungen in der Kriegsindustrie begünstigte dies in hohem Maße. Dennoch ergaben sich auch jetzt schon in einzelnen Bezirken Schwierigkeiten bei der Ueberführung besonders schwerbeschädigter Kriegsteilnehmer in das Erwerbsleben. Bei dem Uebergang zur Friedenswirtschaft wird das Problem der Arbeitsbeschaffung für Kriegsbeschädigte noch brennender in den Vordergrund treten, umsomehr, als dann die gesunden Arbeitskräfte der heimischen Wirtschaft wieder zur Verfügung stehen werden, während andererseits die Zahl der Schwerkriegsbeschädigten sich noch beträchtlich vermehrt haben wird.

In den Verhandlungen des Reichstages am 22. Juni zum Haushalte des allgemeinen Pensionsfonds, die sich mit wichtigen Fragen der Kriegbeschädigtenfürsorge eingehend beschäftigten, nahm die der Arbeitsbeschaffung für Kriegsbeschädigte einen breiten Raum ein. Von den Rednern aller Parteien wurde betont, daß es nicht irgendwelche schikanöse Bedeutung hat, wenn darauf hingearbeitet wird, daß der Kriegsbeschädigte den Rest seiner Arbeitskraft im Dienste der nationalen Wirtschaft wieder verwerte, sondern daß es im Interesse unseres Wirtschaftslebens ebenso wie in dem der Kriegsbeschädigten selbst liegt, wenn ihre Arbeitskraft nutzbar gemacht und ihnen die Möglichkeit zu erwerbender Tätigkeit eröffnet wird — eine Erkenntnis, die wohl auch Gemeingut der Beschädigten selbst geworden sein dürfte.

Was nun den Kern des Problems, die Arbeitsbeschaffung selbst, anlangt, so gingen hier die Meinungen noch auseinander. Während auf der einen Seite ein gesetzlicher Einstellungszwang für die Unternehmer, zum mindesten für Schwerkriegsbeschädigte, gefordert wird, glaubt man auf der anderen Seite ohne eine derartige Maßnahme auszukommen in der Erwartung, daß das Unternehmertum eingedenk der sittlichen Verpflichtung hierzu freiwillig Kriegsbeschädigte in genügendem Maße einstellen werde. Der Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge, der sich mit dieser Frage schon länger eingehend beschäftigt hat, ist zu dem Beschluß gekommen, gesetzliche Zwangsmaßnahmen vorerst nicht zu verlangen, in der sicheren Erwartung eines genügenden Ergebnisses der freiwilligen Einstellung. Sollte die Freiwilligkeit versagen, so wird man auch dort ein Gesetz verlangen, das die Unternehmer verpflichtet, einen bestimmten Prozentsatz der vorhandenen Arbeitsplätze mit Kriegsbeschädigten zu besetzen. Auch die Arbeitnehmer- und Angestelltenorganisationen haben sich einmütig für einen gesetzlichen Einstellungszwang ausgesprochen.

Wenn sich demnach eine starke Strömung für Zwangsmaßnahmen einsetzt, so darf doch nicht übersehen werden, daß sich der Durchführung eines solchen Zwanges doch auch recht erhebliche Schwierigkeiten in den Weg stellen, auf die in den Reichstagsverhandlungen zum Teil hingewiesen wurde. Auch eine prozentuale Verteilung der Beschädigten auf die einzelnen Betriebe nach Maßgabe ihrer vorher fachmännisch festzulegenden Aufnahmefähigkeit dürfte immer Härten ergeben, ganz abgesehen davon, daß ein erzwungenes Arbeitsverhältnis durchaus keine Annehmlichkeit für beide Teile darstellt. Auch die Frage der Abgrenzung des gesetzlichen Schutzes dürfte nicht ganz einfach zu lösen sein. Hier scheint eine Beschränkung des Einstellungszwanges auf Schwerbeschädigte, also Leute, die über 50 oder 60 Prozent erwerbsbeschränkt sind, die größere Mehrzahl der bisher vorliegenden gutachtlichen Aeußerungen der für Zwangsmaßnahmen eintretenden Richtung auf sich zu vereinigen.

Demgegenüber scheint ein Modus praktisch bedeutsamer und, da er den geschilderten Schwierigkeiten aus dem Wege geht, eher gangbar, den der Landesausschuß für die Kriegsbeschädigtenfürsorge im Regierungsbezirk Wiesbaden vorschlägt. Er fordert ein Gesetz, das die Arbeitgeber verpflichtet, alle für die Besetzung mit Schwerbeschädigten geeigneten Posten der Fürsorge zu melden und ihr zum Nachweis eines geeigneten schwerbeschädigten Bewerbers innerhalb eines bestimmten Zeitraums, etwa der gesetzlichen Kündigungsfrist, offen zu halten. Erst wenn die Fürsorge nicht in der Lage wäre, einen geeigneten Bewerber zu vermitteln, darf der Arbeitsplatz mit einer gesunden Kraft besetzt werden. Die Feststellung und eventuelle Neuschaffung geeigneter Plätze hätte durch die Unternehmer selbst und, wo die Freiwilligkeit versagen sollte, durch Fachleute aus den einzelnen Gewerben unter Mitwirkung der staatlichen Gewerbeaufsichtsbeamten zu geschehen. Streitfälle könnten durch Schiedskommissionen geschlichtet werden.

Auch dieser Modus sieht einen gesetzlichen Zwang vor,

Ostdeutsche – Rundschau

31./VII. 1918

162

Die Seidenraupenzucht als Invalidenerwerb.

Zu der Ausstellung für Seidenbau im k. k. Prater in Wien.

Die Erfahrungen, welche uns der Weltkrieg aus den ungewöhnlichen Zeitverhältnissen schöpfen ließ, haben uns trotz der bewunderungswürdigen neuen Erfindungen, die eine Folge der so plötzlich gesteigerten Ansprüche auf allen Gebieten waren, auch auf manches Alte, Halbvergessene zurückgreifen gelehrt. Das Versiegen der fremdländischen Wareneinfuhr, die Einschränkung und Einstellung gewerblicher Großbetriebe im eigenen Lande hat den bereits als überflüssig beiseite geschobenen Hausfleiß wieder neu schätzen lassen, denn in unserem Zeitalter, wo Maschinen und Fabriken das Kleingewerbe völlig zu ersticken drohten, wurde sogar das Spinnrad hervorgeholt, das nur mehr in wenigen Familien in Ehren gehalten, bestenfalls ein verstaubtes Museumsdasein führte. In dem sonst wohlgeordneten Räderwerk des Staates war eine Stockung eingetreten, die durch die ungerechtfertigten Wucherpreise jeden in nicht gerade übermäßig glänzenden Verhältnissen lebenden Bewohner auf Selbstversorgung verwiesen. Das hat uns nun wieder den Weg zum Natürlichen zurückfinden und den Wert des Eigenen erkennen lassen, zu dessen Ausgestaltung wir jetzt und nach dem Kriege nach bestem Wissen und Können, nach Kräften beitragen müssen.

Die wenigsten aus dem Laienpublikum haben überhaupt eine Vorstellung davon, was unser Vaterland erzeugt; denn diese verblendete Auslandssucht, welche in den letzten Jahrzehnten durch einen der Massensuggestion gleichenden Protzengeist sich kundtat, ließ sie alle inländischen Erzeugnisse übersehen. Sie wußten nur, daß Oesterreich keine Kolonien besitzt, und deshalb alles aus dem Auslande beziehen muß. Wenn sich neben der eingeführten, oft viel minderwertigeren Ware schüchtern dann und wann die heimische hervorwagte, so wurde sie, da sie stets billiger war, nur als schwacher Ersatz für jene betrachtet und nicht weiter gewürdigt.

Wenn jemand böhmische oder mährische Seide in einem Geschäft statt chinesischer oder italischer verlangen würde, könnte er nur die Meinung hervorrufen, daß seine geographischen Begriffe sich verschoben haben mußten oder seine volkswirtschaftliche Bildung lückenhaft sei, doch besaßen gerade die im Norden unserer Monarchie gelegenen Sudetenländer bis in die Sechzigerjahre des vorigen Jahrhunderts eine blühende Seidenzucht und der jetzt noch erzeugte Rohstoff des gesamten Reiches beträgt die fünffache Menge des Weltmarktes von Mailand.

Oesterreich wäre bei zweckmäßigen Einrichtungen wohl imstande, sich, was den Seidenbedarf anbelangt, völlig selbst zu versorgen, denn die klimatischen Verhältnisse sind sehr günstige und von früheren Jahrzehnten, wo die Seidenraupenzucht eine weit größere Verbreitung besaß, noch eine genügende Menge von Maulbeerbäumen vorhanden. Vor allem fehlt es aber noch an geeigneten Spinnereien, denn Oesterreich erzeugt weit mehr Seide, als die heimischen Spinnereien zu verarbeiten vermögen, weshalb vor dem Kriege eine große Menge Rohstoff an die italischen Filanden geliefert wurde, die in halbfertigem Zustande zurückkam, wodurch dem feindlichen Auslande ein Gewinn von weit über hundert Millionen Kronen zufloß.

Es wäre töricht, noch weiterhin unsere Gegner durch Mittel zu stärken, die wir dem eigenen Lande zuführen können, um so mehr, da uns dies zugleich eine Befreiung von der wirtschaftlichen Abhängigkeit bedeuten würde. Die Wiedereinbürgerung der halb erloschenen Seidenraupenzucht in unseren Gebieten ist nicht so schwierig, als es wohl erscheinen mag und wenn selbst durchgreifende Maßnahmen nötig sind, ist es bei der jetzt und voraussichtlich noch eine Zeit lang nach dem Kriege dauernden Knappheit der Rohstoffe ein dringendes Erfordernis, der allgemeinen Not, welche mehr durch die Ausbeutesucht der einzelnen Kreise als durch wirkliches Fehlen der Ware entstanden ist, steuern wir helfen. Die solchen Bestrebungen entgegengesetzten Einwände, daß dem Maulbeerbaum infolge unserer klimatischen Verhältnisse kein gedeihliches Fortkommen gesichert sei, weiters auch die Zeit der Raupenaufzucht mit den Erntearbeiten zusammenfalle und so die erforderliche Zeit und Muße nicht aufgebracht werden könne, sind nicht stichhältig. Dagegen ließe sich ins Treffen führen, daß erwiesenermaßen Maulbeerbäume selbst sehr harte Winter gut überdauern; wo aber trotzdem die Witterungsverhältnisse sehr ungünstig erscheinen, empfiehlt es sich, eine winterhärtere Art einzuführen, die aus Nordamerika stammt und in Dänemark erhältlich ist. Maulbeeren in Strauchform haben den Vorteil, daß sie bereits nach zwei Jahren entlaubbare Schößlinge liefern und dabei eine dankbare Heckenumzäunung bilden. Die Seidenraupenzucht erfordert gar keine körperliche Arbeit, so daß sie von Kindern oder alten Leuten allein betrieben werden kann; selbst die Beaufsichtigung, die nur sechs Wochen hindurch erfordert, ist äußerst gering zu nennen.

Der Umstand hat eine Dame der Brünner Gesellschaft, Frau Gisela Ritschl, bewogen, diese Tätigkeit als Erwerb für die Kriegsinvaliden aufzugreifen, um denen, welche Leben und Gesundheit für das Vaterland aufs Spiel gesetzt hatten, eine kleine Zubuße zu ihrer Rente und zugleich eine Zerstreuung zu schaffen. In aufopferungsvollster Weise hat die Genannte zuerst auf eigene Kosten eine Erholungs- und Arbeitshalle für die Kriegsinvaliden im Anschluß an das Reservespital in Brünn errichtet, wo sie seit Kriegsbeginn als freiwillige Pflegerin tätig war und wohl zu beobachten Gelegenheit hatte, daß völlige Genesung nur dann zu erzielen ist, wenn durch seelisches Gleichgewicht die Freude am Leben wieder erwacht. In ihrer Villa hat Frau Ritschl versuchsweise eine Raupenzüchtungsstelle errichtet, welche die besten Erfolge zu verzeichnen hatte. Durch diese ermutigt, folgten bald mehrere Krankenhäuser und Schulen diesem Beispiel, so daß im verflossenen Jahre allein 300 Kilo Seide auf diese Art erzeugt wurden. Auf die Brünner Rekonvaleszentenabteilung entfielen allein 40 Kilo, was bei der Leichtigkeit des Stoffes eine ziemliche Menge gibt; dabei ist auch zu berücksichtigen, daß 12 Kilo Kokons zu einem Kilo gesponnener Seide erforderlich sind. Bei den gegenwärtigen Preisen entspricht es demnach einer sehr bedeutenden Summe, wenn das Wiener Spital am Bacherplatz eine Ernte von 90 Kilo Kokons aufzuweisen hat, die einem Gewebe von 140 Meter Stoff gleichkommt.

Da zu diesem Erwerb auch die Schwerbeschädigten herangezogen werden können und die Möglichkeit besteht, daß ein Invalide allein etwa 20.000 Raupen, unter Beihilfe von Frau und Kindern aber 35.000 bis 40.000 versorgen kann, ergibt das einen Verdienst von 400 K. binnen sechs Wochen, da ein Kilo Kokons mit 20 K. bezahlt wird. Die eigenen Auslagen sind äußerst geringe, weil eine solche Zucht keine besonderen Vorrichtungen oder ausgedehnte Räume erfordert.

Um Mißerfolgen oder einer allmählichen Degenerierung vorzubeugen, hat die Gesellschaft für Seidenbau in Oesterreich sich der Sache angenommen und gibt alljährlich einmal an die Züchter die Eier ab, wobei die Unze mit 15 K. bezahlt wird, die etwa 35.000 Stück enthält, da Schmetterlingseier ja bekanntlich sehr klein, diese in der Größe von Mohnkörnern sind. Die Eier verlangen keine Brutöfen, es genügt, wenn sie an einen Ort gebracht werden, wo die Wärme 18 bis 19 Grad R. beträgt. In drei Tagen schlüpfen die Raupen aus und kriechen gleich selbst, Futter suchend, auf die Maulbeertriebe, die möglichst jung sein müssen.

Nach dem Alter der Raupe richtet sich die Wahl des Laubes. Entwickelteren Tieren kann man härtere Blätter geben. Ihr Wachstum dauert 32 Tage, während welcher Zeit sie sich wiederholt häutet und dabei in einer Art Schlafzustand befindet. Es ist günstig, stets Raupen einer Altersstufe zusammenzugeben, wozu am besten hölzerne Gestelle mit Fächern nach Art der Obsttrockenhürden dienlich sind. Haben die Raupen die spinnfähige Entwicklung erreicht, gibt man ihnen kleine Rutenbündel, zwischen welchen sie ihr Gespinnst, das zur Aufnahme des Kokons dient, anlegen. Eine Woche dauert es, ehe das Kokon fertig gesponnen ist. Während der ersten Tage kann man noch unter der allmählich dichter werdenden Hülle die Bewegungen des Tieres erkennen, mit dem, sobald das Stützgewebe vollendet ist, auch die körperliche Veränderung vorzugehen beginnt. Eine weitere Woche dauert es noch, ehe der Schmetterling ausschlüpft, um sein kurzes Dasein zu führen. Die Vermehrung ist wie bei allen Insekten eine sehr reichliche. Das Weibchen legt 200 bis 300 Eier, die den Herbst und Winter über kühl, aber selbstverständlich frostfrei, aufzubewahren sind und von denen man erst im kommenden Frühling, wie geschildert, die junge Brut auskriechen läßt.

Diese Sorge, das Schwierigste, fällt für den Heimzüchter weg, da er seine Kokonernte an die Verwertungsstelle abliefert und stets frische Eier erhält, die an entsprechender Stelle geprüft sind, wo auch zur Blutauffrischung Kreuzungen vorgenommen werden, um eine allmähliche Inzucht zu vermeiden. Die Puppen werden im Alter von zehn Tagen durch heiße Wasserdämpfe getötet, gleichzeitig auch die Leimschicht aufgelöst, so daß nach Entfernung der Flockseide ein ununterbrochener Faden von bis zu 1400 Meter Länge gewonnen werden kann. Das Abhaspeln der Kokons ist ebenfalls eine von den Invaliden leicht auszuführende Arbeit. Zu einem Gespinnstfaden werden immer je fünf Kokonfäden zusammengesponnen. Der Abfall wird dann wollartig aufgekrempelt, ebenfalls versponnen, wobei noch Mischgewebe mit Zuhilfenahme von Nesselfasern erzeugt werden. Diese erhöhen die Festigkeit bedeutend und werden besonders bei den Erzeugnissen der zweiten Seidenraupenart, des Eichenspinners, in Anwendung gebracht, wo aus ihnen die Tragflächen der Aeroplane hergestellt werden.

Die letztgenannte Gattung ist bedeutend größer und widerstandsfähiger, ihr dürfte besonders im Norden eine weite Verbreitung gesichert sein, da sie eine sehr haltbare Stoffart, die bis jetzt unter dem Namen Shantungseide bekannt war, liefert. Die Zucht des Eichenspinners, die in Nordchina gepflegt wird, hereingepflanzt zu haben, ist ebenfalls ein Verdienst der Frau Gisela Ritschl, die, im Dienste des Vaterlandes unermüdlich tätig, die Einfuhr von 1000 Kokons desselben bewirkte.

Ueber alles, was sich auf den Seidenbau bezieht, kann man jetzt in der im k. k. Prater in Wien kürzlich eröffneten Ausstellung wertvolle Aufschlüsse erhalten, denn durch die umsichtige Werbearbeit der Frau Ritschl ist es gelungen, im Anschlusse an ihre mit so großem Beifall aufgenommenen Vorträge eine kleine Schau zusammenzustellen, welche das Erforderliche praktisch vor Augen führt, und so dem edlen Zweck dienlich ist. Diesen ersten unter nicht zu unterschätzenden Schwierigkeiten gemachten Schritten werden weitere folgen. Es ist die Abhaltung von Wanderkursen in der Seidenraupenzucht geplant, wobei es als sehr erfreulich zu bemerken ist, daß sich auch invalid gewordene Offiziere lebhaft an der Sache zu beteiligen beginnen, und ihre Mannschaft, die sie auf dem Schlachtfeld geführt hatten, auch während der Nachwehen des großen Kampfes nicht verlassen und ihnen die Brücke ins Leben schlagen helfen, bei welcher Gelegenheit in anerkennender Weise eines jugendlichen Offiziers, Leutnant Melzer, gedacht werden muß, der als Erster seinen Kameraden den Weg gewiesen und sich mit Feuereifer durch Vorträge und andere Veröffentlichungen in den Dienst der Sache gestellt hat.

Durch das siegreiche Vordringen unserer Heere in Venetien ist uns eine reiche Beute, an Züchtungsmaterial allein 100.000 Unzen Eier, weiters Rohstoffe und Maschinen zugefallen, welche augenblicklich zur Hebung der eigenen Seidenraupenzucht Verwendung fanden. Die österreichische Regierung konnte keine bessere Vertreterin, als die um den Seidenbau in unserem Lande so hochverdiente Dame hinabsenden, um an Ort und Stelle die nötigen Studien zu betreiben. Gegenwärtig sind diese von den Italienern verlassenen Spinnereien von der österreichischen Heeresverwaltung notdürftig wieder in Betrieb gesetzt worden und wirken nun für unser Land! Mögen entsprechende Einrichtungen in unseren Gauen bald folgen und, unseren tapferen Helden einen Erwerb bietend, zu der wirtschaftlichen Unabhängigkeit beitragen helfen.

Die kleine Schau im Prater gibt so recht ein Bild davon, welche Werte aus dem eigenen Lande zu schöpfen sind, die bis jetzt ungenützt in der Natur schlummern. Gewaltige Berge aufgeschütteter Kokons geben Zeugnis davon, was ein Spital, eine Schule oder eine andere Anstalt im engen Rahmen der Großstadtverhältnisse nebstbei nur zu erzeugen vermag. Daß sowohl Knaben- wie Mädchenschulen zur planmäßigen Züchtung des Seidenspinners herangezogen werden, ist äußerst wichtig. Nicht nur, daß der Jugend Gelegenheit zur Naturbeobachtung geboten wird, die ihr sicher mehr Freude und festere Kenntnisse, als das trockene Bücherstudium über die geheimnisvollen Vorgänge des Wachsens und Werdens verleiht, ist es auch sonst von großem Vorteil, wenn ihr Sinn frühe schon auf wirtschatliche Fragen gelenkt und die Ausnützung aller erhältlichen Naturstoffe so deutlich gezeigt wird. Die guten Erfolge sind selbstverständlich der beste Ansporn zu weiterer Tätigkeit und die rege Aufmerksamkeit, welche andere Schulleitungen durch Entsendung ihrer Zöglinge zum Besuche der Ausstellung bekunden, berechtigen zu den schönsten Hoffnungen, daß andere Anstalten, deren Leitungen den hohen erzieherischen und wirtschaftlichen Wert der Seidenraupenzucht erkennen, diesem Beispiele folgen werden. Reichhaltige Sammlungen aller heimischen Arten der großen Seidenspinnerfamilie, zu denen unsere bekanntesten Schmetterlinge, wie das Ordensband, der Admiral usw. gehören, deren Erzeugnisse aber zum größten Teile nicht verwendbar sind, vervollständigen die äußerst lehrreiche Ausstellung.

E. Weigang.

Der Kongreß für Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Die Vortragsordnung des Kongresses eröffnete Sektionschef Dr. Kaup mit dem Thema „Kriegsbeschädigtenfürsorge und Sozialhygiene." Er bezeichnete es als Aufgabe der Medizin und Hygiene, einerseits durch sozialhygienische, lebenserhaltende Einrichtungen Ersatz zu schaffen, anderseits durch Erhaltung und Hebung der Leistungsfähigkeit jedes einzelnen die Gesamtkraft des Staates auf die größtmögliche Höhe zu bringen. Der Vortragende führte aus, daß die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten in der österreichisch-ungarischen Armee nicht höher sei als im Frieden, die Tuberkulose gebe nur zu Besorgnissen Anlaß. Der Mangel an Einrichtungen (Lungenheilstätten, Fürsorgestellen) räche sich bitter. Es müssen Arbeitsheilkolonien geschaffen werden. Erhaltung der Arbeitsfähigkeit und vorbeugender Schutz vor Krankheiten würde die wichtigste Aufgabe des Ministeriums für Volksgesundheit sein. Die Gesundheitswirtschaft wird in Zukunft einen hervorragenden Teil der gesamten Volkswirtschaft bilden müssen. (Lebhafter Beifall.)

Professor Marburg sprach über die Fürsorge unheilbarer Kriegsverletzter, die zumeist durch Verletzungen des Nervensystems entstehen. Aufgabe der privaten Wohltätigkeit werde es sein, Heime zu schaffen, die ein Mittelding zwischen Spital und Pflegeanstalt darstellen.

Domkapitular Dr. Buchberger (München) unterbreitete dem Kongreß die Grundzüge für eine systematische Organisation der Kinderkrüppelfürsorge. Er trat für die Gründung von Fürsorgevereinen ein, die sich wie ein Netz über ein ganzes Land auszubreiten hätten.

Dr. Paul Widowitz (Wien) berichtete über die Ergebnisse der Untersuchungen in den Schulen Wiens in bezug auf die Notwendigkeit der Krüppelfürsorge. Von 237,000 schulpflichtigen Kindern Wiens bedürfen 2200 Krüppel einer orthopädischen Behandlung und Fürsorge. Dazu kommen 3000 Krüppel des vorschulpflichtigen Alters. Von 2000 schweren Fällen konnte nur für die Hälfte vorgesorgt werden.

Dozent Dr. Julius Schütz sprach „Ueber die Arbeitsfähigkeit intern Kriegsbeschädigter". Er führte unter anderm aus: Das Interesse für den Kriegskranken ist weitaus geringer als das für den Kriegsverwundeten. Auch die Begutachtung Kriegsverwundeter ist weitaus besser ausgebaut als die von Kriegskranken, mit Ausnahme der Tuberkulösen, wo noch von Friedenszeiten her wertvolle Erfahrungen vorliegen. Das vom Vortragenden seit längerer Zeit konsequent durchgeführte Prinzip der probeweisen Arbeitsverwendung hat sich besonders auf dem Gebiete der Nierenkranken gut bewährt.

Interessante Ergebnisse zeitigte eine vom Vortragenden durchgeführte große Untersuchungsreihe, wobei rekonvaleszente und chronisch Nierenkranke in den Invalidenschulen des Reservespitals 11 unter gewerbeärztlicher Aufsicht Dr. Pokornys beschäftigt und vom Vortragenden periodisch untersucht wurden. Mit verschwindenden Ausnahmen wurde die gewerbliche und landwirtschaftliche Arbeit gut vertragen. Diese guten Resultate können jedoch nur dann erreicht werden, wenn der probeweisen Arbeit eine sorgfältige, mit allen Hilfsmitteln der modernen Nierendiagnostik und Behandlung arbeitende Beobachtung in einer Nierenstation nach dem vom Vortragenden ausgearbeiteten System der „Vorkalibrierung" vorangegangen ist. Andernfalls kann unberechenbarer Schaden gestiftet werden. Auch bezüglich der Herzkranken, Magen- und Darmkranken, Rheumatiker ꝛc. ist die konsequente Durchführung des Prinzips der probeweisen Verwendung unbedingt nötig. Hier bieten sich manche Schwierigkeiten, weil bei diesen Krankheitsgruppen die subjektiven Angaben eine größere Rolle spielen als bei Nierenkranken. Ein bedeutungsvoller Anfang liegt in den Untersuchungen von Prof. Wenckebach und Dozent Kaufmann über die Prüfung der Felddiensttauglichkeit von Herz-„Konstatierern" durch probeweisen Truppendienst beim Kader. Bezüglich der Arbeitsfähigkeit muß zunächst ein großes Erfahrungsmaterial gesammelt werden. Vortragender weist zum Schlusse darauf hin, daß die Verwendung körperlich Minderwertiger in Industrie und Landwirtschaft eine immer steigende Bedeutung in sozialem und volkswirtschaftlichem Sinne gewinnt. Die streng individuell nach Art und Intensität abgestufte Zuweisung von Arbeit auf Grund genauer ärztlicher Begutachtung bildet die Vorbedingung für die zielbewußte Bearbeitung dieses wichtigen Zweiges der Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Auf Vorschlag eines Kongreßmitgliedes wurde beschlossen, den nächsten Kongreß für Kriegs-

att Abendl
1918
18

Amtsblatt der Stadt Wien
24./IX. 1918

178

Allgemeine Nachrichten.

Empfang der Teilnehmer an dem Kongresse für Kriegsbeschädigten-Fürsorge im Rathause.

Am 18. dieses Monats 6 Uhr abends wurden die Teilnehmer an dem Kongresse für Kriegsbeschädigten-Fürsorge, welcher vom 16. bis 19. September in Wien tagte, von der Wiener Gemeindevertretung im Rathause empfangen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner begrüßte die Erschienenen im Stadtratssitzungssaale mit folgenden Worten: „Als Bürgermeister der Stadt Wien empfinde ich eine lebhafte Freude und Genugtuung, die hochangesehenen Mitglieder des Kongresses für Kriegsbeschädigten-Fürsorge im Rathause herzlichst und ergebenst begrüßen zu können. Ich danke Ihnen vor allem, daß Sie die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien zum Orte Ihrer bedeutungsvollen Tagung gewählt und bin stolz darauf, daß in unserem Gemeindegebiete Ihre wichtigen Beratungen abgehalten werden. Ich bin aber auch stolz auf unseren Oberstabsarzt Dr. Spitzy, welcher in unserer Stadt mit seinem hohen Verständnis, seiner Menschenliebe und seiner Tatkraft seine segensvolle Tätigkeit ausübt.

Wenn ich heute in Ihrer Mitte spreche, so will ich vor allem meiner Hochschätzung vor dem ärztlichen Stande im Kriege voll Ausdruck geben. Was die Aerzte in diesem Kriege geleistet haben, ist übermenschlich und überaus segensreich für Hunderttausende, welche in die Behandlung der Aerzte gekommen sind.

Ihre Beratungen betreffen einen der wichtigsten, aber sorgenvollsten Gegenstände, der die öffentliche Verwaltung seit Beginn des Krieges beschäftigt. Mehr als vier Jahre sind es bereits, daß ich in der Oeffentlichkeit den Standpunkt vertrat, es dürfe in Zukunft keinen Stelzfuß mit Werkel im Gebiete der Stadt Wien geben. Unsere heldenmütigen Vaterlandsverteidiger, welche ihre Gesundheit für Kaiser und Reich geopfert haben, dürfen nicht Almosenempfänger sein, es muß vielmehr Aufgabe des Staates sein, ihre Renten in einem entsprechenden Ausmaße festzusetzen. Unser Aller Aufgabe wird es aber sein — und Wissenschaft und Kunstgewerbe werden sich zu diesem Zwecke vereinigen müssen — die Arbeitsfähigkeit der Kriegsbeschädigten wieder herzustellen.

Ich habe Ihre Beratungen mit größtem Interesse verfolgt und kann wohl der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß durch sie die soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte auf das Trefflichste gefördert wurde. Ich wünsche, daß diese Beratungen, welche in Berlin ihre Fortsetzung finden, zum Wohle der Menschheit, zum Segen unserer schwer leidenden Bevölkerung, aber auch zur Ehre und zum Ansehen der verbündeten Staaten erfolgreich fortschreiten mögen." (Lebhafter Beifall.)

Der Präsident des Kongresses Oberstabsarzt Dr. Spitzy ergriff zu folgender Erwiderung das Wort: „Gestatten Euere Exzellenz, daß ich unseren tiefgefühlten und ergebensten Dank für die freundliche und liebenswürdige Aufnahme ausspreche, welche die Teilnehmer an dem Kongresse in Wien gefunden haben. Wir alle sind überzeugt, daß ohne einsichts- und teilnahmsvolles Mitwirken der Behörden, insbesondere der städtischen Behörden, eine umfassende Invalidenfürsorge unmöglich ist. Nur wenn die Oeffentlichkeit, Staat und Stadt zusammenwirken, ist eine Aussicht auf Erfolg gegeben.

Herr Bürgermeister haben für alle sozialen Bestrebungen ein warm fühlendes Herz. Unsere Anstalt in Wien ist die größte in Oesterreich und mit Stolz dürfen wir sagen, daß sie auch auswärtigen Anstalten als Vorbild diente.

Sie können die Versicherung entgegennehmen, daß wir nach unseren besten Kräften alles tun werden, um den Kriegsbeschädigten weiterzuhelfen. Unsere Anstalt ist in einer Schule untergebracht und soll selbst auch weiterhin eine Schule bleiben, sie wird später als eine Anstalt für arme, verkrüppelte Kinder dienen. Es wurde eine Zählung dieser Kinder vorgenommen und es hat sich deren Zahl als erschrecklich hoch herausgestellt.

Wir hoffen auf das Entgegenkommen Euerer Exzellenz, daß Sie uns dazu verhelfen werden, daß unsere Schule eine vorbildliche Anstalt für die Krüppelfürsorge werde." Der Sprecher schloß mit einem beifälligst aufgenommenen Hoch auf die Stadt Wien und den Bürgermeister Dr. Weiskirchner.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner sprach dann noch sein Bedauern darüber aus, daß die Gemeindevertretung ihre traditionelle Gastfreundschaft infolge der derzeitigen Verhältnisse den Mitgliedern des Kongresses gegenüber nicht ausüben könne und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Kongreß in absehbarer Zeit wieder in Wien tagen und dann in einer Weise empfangen werden wird, wie es in Friedenszeiten Brauch war.

Beim Abschied wurde den Herren und Damen das Album der Stadt Wien als Andenken an den hiesigen Aufenthalt überreicht.

Fremdenblatt 17./X. 1918

Feuilleton.

Die Kaiser Karl-Kriegerheimstätte in Wien-Aspern.

Von Professor F. v. Feldegg.

Mea culpa, mea maxima culpa! Empfinden wir nicht alle in unserer Seele Tiefe heute diese Worte, wenn wir auf Schritt und Tritt jenen Unglücklichen begegnen, die der unbarmherzigste aller Kriege zu Krüppeln geschlagen hat? Es muß ja nicht immer ein Verschulden im engeren, im juridischen Sinne des Wortes sein, das uns reuevolle Einkehr gebietet in unser Gewissen. Schon unser bloßes Sein bedingt — allerdings nach des Pessimisten Lehre — eine Schuld. Wie viel mehr noch unser Uebrigbleiben in einer Welt und Zeit, in der der Tod Millionen jüngster, kräftigster Leben dahingerafft, und das doch wohl letzten Endes nur deshalb, damit wir später einmal beiläufig so weiter zu leben vermögen, wie wir es gewöhnt und gewillt waren. Also schlagen wir denn auf unsere Brust und bekennen wir uns nur schuldig! . . . . . Und wieder:

Als vor sechsunddreißig Jahren das Ringtheater und mit ihm einige hundert Menschen ein Raub der Flammen geworden waren, da entstand alsbald der Gedanke der Errichtung eines Sühnhauses und fand auch seine Verwirklichung. Sühnhaus, Sühne — wofür? Welches war die Schuld, die wir zu sühnen uns damals für verpflichtet hielten? Der Leichtsinn einiger Behörden? Der frohe Lebensdrang einiger hundert Theaterbesucher? Oder was sonst? Es wäre eigentlich schwer, darauf eine befriedigende Antwort zu geben, und doch — wir irrten damals nicht und auch das Wort Sühnhaus ist keine Fehlbezeichnung. So liegt denn also für den edel Denkenden im Unglück, im Schmerz, im Leid, im Tode des Andern schon an sich eine Sühnpflicht. Und dieses im Ethos der Menschheit zutiefst wurzelnde Pflichtgefühl ist es, das lange vor aller Art praktischen Erwägung und früher als alle Forderung der Vernunft den Grund legt auch zu sämtlichen Wohlfahrtseinrichtungen, die der Weltkrieg zeitigt und jemals zeitigen wird.

Zu den wichtigsten, den schönsten, den edelsten, weil mit dem Kriege am unmittelbarsten zusammenhängenden Einrichtungen gehören nun zweifellos alle jene, die wir unseren heimkehrenden Kriegsinvaliden und deren Angehörigen zuliebe ins Leben rufen. Aller Orten legt man deshalb Hand an dieses hohe Werk. Deutschland, wie in allem, so auch in dieser Bestrebung vortrefflich organisiert, hat die Sache auf breiteste Grundlage gestellt. „Baugenossenschaften und Bauvereine sowie Städte und Großindustrielle treffen allenthalben Vorbereitungen, damit nach Beseitigung des Arbeiter- und Baumaterialienmangels die Bautätigkeit mit Eintritt günstiger Verhältnisse sofort einsetzen kann. Neue Vereine, die sich insbesondere die Schaffung von Wohnungen für die heimkehrenden Krieger und Kriegerwitwen zur Aufgabe gesetzt haben, sind in letzter Zeit ins Leben gerufen worden und entfalten nach jeder Richtung hin eine rege Tätigkeit." *) Sehr richtig hat man auch in Deutschland erkannt, daß der Bau von Kriegerheimstätten in allen Teilen des Reiches „nicht nur ein Ausdruck des Dankes sein soll, den man den heldenmütigen Verteidigern des Vaterlandes schuldet, sondern er soll vor allem auch die Besiedelung der Heimat fördern und so mit dazu beitragen, einen kräftigen, gesunden Nachwuchs zur Erhöhung und Stärkung unserer Wehrkraft zu sichern." Vortrefflich — wenn man vielleicht auch die Sorge Deutschlands just um die Stärkung der künftigen Wehrkraft mit etwas gemischten Gefühlen, zumal da wird aufnehmen müssen, wo man heute vom künftigen allgemeinen Völkerbund träumen zu können glaubt. Aber gleichviel: Die Stärkung der Wehrmacht bedeutet ja doch wohl zugleich die Stärkung der Volkskraft, und so kann denn Deutschlands darauf hinzielendes Bestreben von ganzem Herzen selbst des friedliebendsten Menschen gutgeheißen werden.

Von ganz ähnlichem Geiste erfüllt wie die deutsche Bestrebung, gleich dieser darauf gerichtet, einerseits den Invaliden und ihren Familien einen unentgeltlichen Wohnsitz zu bieten und andererseits eine Heimstätte, eine Siedlung zu schaffen, in der allen modernen Forderungen an den Kleinstadtbau genügt wird, von diesem Geiste erfüllt ist auch die von der Wiener Gemeinde seit 1916 geplante und sogleich nach Kriegsende zu erbauende Kaiser Karl-Kriegerheimstätte bei Aspern.

„Die Stadt Wien war die erste aller Gemeinden Oesterreichs", so heißt es in dem Geleitwort des Bürgermeisters Weiskirchner zu der soeben erschienenen kleinen Schrift über diese Heimstätte, „welche sich der Fürsorge für unsere Kriegsbeschädigten und ihre Familien in Wort und Tat angenommen hat, und sie ist auch die erste, welche für eine große Ansiedlung die planmäßige Ausarbeitung, trotz der Erschwernisse während des Krieges bereits so weit ge-

*) „Praktische Wohnungsfürsorge im Gemeindeverband", auf Anregung der Gesellschaft für Heimkunst, herausgegeben von Großherzogl. Baurat H. Heyer und Kreisrechnungsrevisor J. Geisler, Wiesbaden 1918.

180

Invalidenfürsorge.

Die verschiedenen Projekte zur Verbesserung des traurigen Loses der Invaliden basierten alle auf den mächtigen Mitteln der österreichisch-ungarischen Monarchie, bleiben aber durch den Ausgang des Krieges nur zum kleinsten Teil durchführbar. Jetzt geht jeder der neugebildeten Nationalstaaten daran, seine Invaliden zu versorgen, und gerade Deutschösterreich, dessen Wirtschaftsleben wohl die größten Erschütterungen durchmacht, muß ehestens versuchen, dieses wichtige, den Staat nach vielen Richtungen belastende Problem mit gleicher Bedachtnahme auf die bedauernswerten Opfer wie auf die zerrütteten Staatsfinanzen zu lösen. Im Hinblick auf den Rohstoffmangel im Gewerbebetrieb erscheint die Ansiedlung auf dem flachen Lande im allgemeinen als die derzeit geeignetste Art der Fürsorge. Im folgenden sei nun versucht, zu den hierzu vorliegenden Projekten einige zeitgemäße Vorschläge zu fügen, die vielleicht auch auf das in Beratung stehende Invalidengesetz ihren bescheidenen Einfluß zu üben vermögen.

Für die Landansiedlung kommt vor allem das große Heer der mit Tuberkulose behafteten Invaliden in Betracht. Anstatt nun die Tuberkulösen, wie dies von der Militärverwaltung geschehen ist, in oft gänzlich ungeeigneten Ubikationen zu kasernieren, sollte man sie, soweit dies noch nicht der Fall ist, zwecks späterer Ansiedlung zunächst in verschiedenen, auch bei geschwächter Gesundheit auszuübenden Zweigen der Landwirtschaft ausbilden. Um schon im kommenden Frühjahr den Anbau rechtzeitig vorzunehmen, müßte die kurze Zeit, die bis dahin zur Verfügung steht, intensiv ausgenützt werden.

Zu einem weitreichenden Ausbau der bereits bestehenden landwirtschaftlichen Kurse für Invalide drängen aber geradezu die landwirtschaftlichen Einrichtungen, die bei den meisten Truppenkörpern bekanntlich zur Versorgung der Offiziere und der Mannschaft geschaffen wurden. Außer dem Gemüse- und Kartoffelanbau wurde Milchwirtschaft, Schweine-, Geflügel- und Kaninchen-, überhaupt Kleintierzucht betrieben. Hier findet sich gedüngter Boden, Mistbeete und Glashäuser, landwirtschaftliche Maschinen und Werkzeuge sowie Bewässerungsanlagen und lagernde Sämereien, die angesichts der schweren Beschaffungsmöglichkeit für die kommende Anbauzeit doppelt wertvoll sind. Bei der überhasteten, kopflosen Demobilisierung dürften zwar viele dieser Materialien verschleppt und verschleudert worden sein, doch würde es sich sicher lohnen, die immerhin noch bedeutenden Reste zu retten. Gestützt auf diese Einrichtungen, könnte man den vielen derzeit in Wien wohnenden Invaliden Gelegenheit geben, in den zahlreichen in Wien und Umgebung bestehenden Truppenunterkünften eine landwirtschaftliche Ausbildung zu erlangen, ohne daß man sie von ihrer Familie trennt.

Die so auch während der Schulung versorgten Invaliden nach erfolgter Ausbildung auf dem flachen Lande anzusiedeln, wäre die nächste Aufgabe des Staatsamtes für soziale Fürsorge. Im eigenen Wirkungskreise oder durch das Staatsamt für öffentliche Arbeiten gilt es dann, die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe verhältnismäßig billig und rentabel einzurichten, zu welchem Zwecke die durch die Auflösung der Armee frei gewordenen verwertbaren Sachgüter gleich bei der Liquidierung entweder unentgeltlich oder mit Rücksicht auf das allgemeine Wohl gegen ein geringes Entgelt zur Verfügung gestellt werden müßten. Um dem Staat hierbei von vornherein jede neue Belastung zu ersparen, sei hier der Vorschlag gemacht, an Stelle der mit dem Aufhören der Militärpflicht zweifellos entfallenden Militärtaxe von den sonst im wehrpflichtigen Alter stehenden Personen einen ihrem Einkommen entsprechenden Beitrag für die Invalidenfürsorge einzuheben.

Die Bereitstellung von Grund und Boden beansprucht allerdings eine großzügige Aktion, deren Gelingen aber in den Zeitverhältnissen günstige Bedingungen findet. Man hört jetzt allenthalben das Schlagwort der Grundenteignung, wobei besonders an die Aufteilung der in einer Hand befindlichen großen Güter gedacht wird. Doch sollte man nicht auf das Resultat dieser Bewegung warten, sondern auf gütlichem Wege Großgrundbesitzer, geistliche Stifte und reiche Landgemeinden dazu bewegen, einen Teil ihres Grund und Bodens der Invalidenheimstättenaktion entweder schenkungsweise oder gegen Entrichtung eines billigen Anerkennungszinses für eine Reihe von Jahren abzutreten. Für die Popularisierung solcher Widmungen würde eine zu erlassende Verordnung sehr wirksam sein, derzufolge die Anrechenbarkeit derartiger Zuwendungen in die wohl unausbleibliche Vermögensabgabe geregelt würde. Der hierfür zu gewärtigende Einwand, daß die Notwendigkeit langwieriger Vorbereitungen und endloser Verhandlungen ein Versanden des Projekts befürchten lasse, ist in diesem Falle nicht stichhaltig. Denn man vermag hierbei auf die völlig vorbereitete und schon zum Teil in die Tat umgesetzte Invalidenheimstättenaktion des vormaligen Invalidenfonds des Kriegsfürsorgeamtes, beziehungsweise des Karl-Kriegsfürsorgefonds zu greifen. Die gebührenrechtlichen Begünstigungen, die ihr im gesetzlichen Wege eingeräumt sind, kommen der Aktion natürlich weiter zugute. Im einzelnen müßte sich das Staatsamt für soziale Fürsorge unter Mithilfe der zahlreichen bestehenden Invalidenfonds, die über nicht unbeträchtliche Geldmittel verfügen, an die Städte und Landgemeinden wenden, damit diese Ansiedlung planmäßig und rationell erfolgen kann.

Schließlich sei noch der Anregung gedacht, einen Teil der Invaliden für die Fischzucht auszubilden, die in dem wasserreichen Deutschösterreich zu großem Aufschwung gelangen könnte. Nach dem Wegfall des böhmischen Fischfanges muß man bestrebt sein, im Inland die Produktion dieses wichtigen und beliebten Nahrungsmittels zu heben, wobei sich zahlreichen Invaliden eine lohnende Erwerbsmöglichkeit bietet. Mit der Anlegung von Teichen müßte gleich begonnen und im Anschluß an das Projekt zur Ausnützung der Wasserkräfte auf die Anlegung weiterer Teiche Rücksicht genommen werden, so daß statt der Zahlung der die Staatsfinanzen schädigenden Arbeitslosenunterstützung und an Stelle von Notstandsbauten diese Erdarbeiten in der Nähe von Wien (Lobau) und in den in Betracht kommenden Städten durchgeführt werden sollen.

Auf den ersten Blick mag es den Anschein haben, als dürfte diese ganze Aktion durch die Ablenkung des Proletariats und die Verbesserung der Approvisionierung in ihrer Mannigfaltigkeit hauptsächlich im Interesse Wiens und der größeren Landstädte liegen, wogegen den Landgemeinden neben den weniger großen Vorteilen hauptsächlich Opfer zugemutet werden. Daß dies nicht der Fall ist, muß jedem, der in diesem Blick zu geben, nicht vergeblich sein, wenn die Sache gründlich und mit Verständnis angepackt wird.

Dr. Josef Slunsky.

S.Tg. 1919

waltung noch nötig? Statt sachlicher Antwort erhält man indes meist eine parteipolitisch gefärbte; die Sozialdemokraten sind für den Zentralismus, weil er ihnen auch die Herrschaft über die überwiegend agrarischen Alpenländer sichern soll, die Christlichsozialen und der größte Teil der Deutschnationalen dagegen, weil diese Aussicht ihnen naturgemäß nicht sonderlich verlockend erscheint. Im Zusammenhange damit steht natürlich auch die Frage, wie unsere Verfassung überhaupt aussehen soll, denn nur Gedankenfaulheit wird das gegenwärtige Provisorium als etwas Endgültiges hinnehmen wollen. Soll man nach Schweizer Muster den Autonomiewünschen der Länder durch die Schaffung einer zweiten Kammer, eines „Ständerates", entgegenkommen? Soll es bei der jetzigen Zusammensetzung des

Der Heimkehrer.

Der Krieg ist zu Ende und die deutsche Geschichte um eine Tragödie reicher. Die Dichter der Zukunft brauchen um Stoff nicht verlegen zu sein, die Epiker wie die Dramatiker, die Tragödiendichter hohen Stils und, weil vom Erhabenen zum Komischen nur ein kurzer Schritt ist, auch die Komödienschreiber und Satiriker. Vielleicht auch ist der Eine schon geboren, der diese Tragikomödie der Menschheit in ihrer ganzen furchtbaren Größe und zugleich grotesken Erbärmlichkeit zu erfassen vermag und uns in Zusammenfassung all ihrer erhabenen und niedrigen, hohen und lächerlichen Elemente ein wirklich wahr geschautes Stück Weltgeschichte und ein neues Kunstwerk, eine neue Kunstform geben kann. Aber bis dahin ist noch ein weiter Weg, um aus richtiger Distanz die richtige Perspektive der Unvoreingenommenheit zu bekommen. Auch Homer und die großen Dramatiker der Griechen waren keine Zeitgenossen ihrer Stoffe, und sie bringen nur Ausschnitte und kein Ganzes; wie viel weniger darf man es von uns Mitbeteiligten verlangen. Freilich, wir können, vorwärtsgepeitscht durch die Industrialisierung der Literatur — wie jeder Kunst — nicht warten und die Stoffe auf der Straße liegen lassen, auch wir nur Teile, Stückwerk geben können — einem Größeren, vielleicht dem Großen ist es in Zukunft vorbehalten, die Teile zusammenzufassen, und dann haben wir den Ruhm, Vorläufer, Progonen, nicht mehr Epigonen zu sein.

Die Stoffe liegen auf der Straße, ich biete einen an, den ich gefunden, er ist freies Gut, Strandgut und ein uraltes Motiv der Literatur und des Lebens: „Der Heimkehrer". Ich meine nicht, daß man ihn so tragisch auffassen soll, wie Aischylos im Agamemnon, wo der überflüssig gewordene Gatte aus dem Weg muß, oder das Leben, das manchem heimkehrenden Gatten die Mordwaffe in die Hand zwingt; ich denke auch nicht an ein hohes Lied von der Treue der geduldig harrenden Gattin — Penelope, die sich im Flirt mit der ganzen Schar der drängenden Freier dem Gatten rein erhalten — an keine Rührund Verzeihungsszenen, wie den Grafen von Gleichen, eventuell mit Tausch der Parteien: ich meine einfach den simplen Heimkehrer in seinem Verhältnis zu seiner Frau, seiner Familie, seinen nächsten Angehörigen. Hartmanns Iwein hat etwas von diesem Heimkehrer, wie ich ihn betrachtet wissen möchte: über seinen Abenteuern vergißt er im Tatendrang die Frist, die ihm seine Gattin zur Heimkehr gestellt, einzuhalten und fällt in deren Ungnade und nebenbei in Wahnsinn, von dem geheilt, er Vergessenheit in neuen Abenteuern sucht — unsere armen, oft ungnädig aufgenommenen Heimkehrer haben es nicht so gut — bis er durch eine List mit seiner, ihre Uebereilung bereits bereuenden Gattin wieder versöhnt wird.

Doch zur Gegenwart und zur Sache, und dazu gehört vor allem eine erschöpfende Definition des Begriffes „Heimkehrer": Der Heimkehrer ist eine der vielen Figuren dieses Krieges wie der Tachanierer, der Enthobene, der Reklamierte usw., aber im Gegensatz zu den Genannten, die mehr oder minder zur Gruppe der Kriegsgewinner gehören — und dem Heimgekehrten als leuchtende Vorbilder der Klugheit vorgehalten werden — ist er der Leidtragende dieses Krieges, er ist der Krieg- und Kriegsverlierer. Seine Laufbahn beginnt er als Vaterlandsverteidiger, Soldat, der unter Jubel und später zumindest unter allgemeiner Teilnahme hinausfuhr an die Grenzen, seine schwere Pflicht einzulösen. „In der Heimat, in der Heimat, da gibt's ein Wiedersehn!", so sangen sie, und nun ist der Krieg wirklich aus und er kehrt zurück mit leeren Händen, ohne Glück, ohne Erfolg, er ist nicht Sieger, der Ruhm und Reichtum heimbringt, er ist bloß ein „Heimkehrer"!

Vier Jahre getrennten Erlebens, voll sich überstürzender Ereignisse, Hoffnungen, Enttäuschungen, Entbehrungen, Verbitterungen, und zum Schluß der Zusammenbruch: örtlich getrennt, von verschiedenem Standpunkt aus gesehen; er im brutalen Ringen der Fronten stündlich mit dem Tod Aug in Aug, sie — die Frau, die Familie, die ganze liebe Verwandtschaft — im zermürbenden Kampf um des Lebens täglichen Bedarf. Die äußere und die innere Front und zwischen beiden ein dünner Verbindungsfaden, die Feldpost, der zum gegenseitigen Verstehen nur mühsam beitragen kann. In den Gefühlen des Hinterlandes für den Hinausgezogenen wird ein merkwürdiger Wandel sichtbar, sowohl seelisch als praktisch: „er" wird zunächst beweinet und schmerzlich entbehrt 1914; der Krieg geht weiter, man gewöhnt sich daran, daß „er" nicht da ist, und „er" wird langsam ersetzt 1915; der Krieg geht weiter, es geht auch ohne ihn, er ist entbehrlich 1916/17; der Krieg geht weiter, sein Platz ist besetzt und die Besitzenden stehen dem Heimkehrer, der so manchen vertreiben will, soll und muß, feindselig gegenüber 1918.

Und nun entwickeln sich Konflikte verschiedenster Art, an denen beide Parteien zu gleichen Teilen schuldig-unschuldig sind: der Heimkehrer, weil er, aus dem bürgerlichen Leben herausgerissen, viele der Gewohnheiten und feineren Sitten des Friedens verloren und dafür manche Rauheiten des Feldlebens zurückgebracht, die er nicht von heute auf morgen abstreifen kann; die Heimat, weil sie, die ihm gegenüber den ungeheuren Vorteil der Kontinuität des Erlebens hat, von

Fremdenblatt
8. II. 1919
Nr. 28

Der Neue

14/

Kommunisten und Invalide.

Es waren gestern einige recht ungemütliche Stunden in Wien. Von Kommunistenversammlungen wegziehende Demonstranten sammelten sich vor dem Staatsamt für Heerwesen an und trugen dazu bei, daß die Stimmung der bereits dort tagenden Invaliden noch gereizter wurde. Von der Straße nach oben und vom Balkon nach unten haben sie gesprochen und das, was die Teilnehmer da zu hören bekamen, das war nichts Erquickendes, nichts Beruhigendes. Wie wenn alte Kämpfer aus der Zeit der französischen Revolution lebendig geworden wären, so mutete das äußere Bild an. Der Sockel des Radetzky-Denkmals war die Rednertribüne und Aufgeregte trieben die Stimmung bis zur Siedehitze an. Später zogen ja alle wieder in scheinbarer Ruhe ab; aber die Fama sorgte jetzt, da sie eine üppige Zeit durchlebt, für die unheimlichste Vermehrung des Ungemütlichen und so darf es nicht wundernehmen, daß schon am Nachmittag die Wiener Atmosphäre mit den wildesten Gerüchten geschwängert war. Dr. Deutsch, der von den Demonstrierenden stürmisch begehrt wurde, erschien nicht — das allein genügte schon, seine Abwesenheit mit den abenteuerlichsten Vermutungen in Zusammenhang zu bringen. Und das Auftauchen von Rednern aus Ungarn nährt das Getuschel von einem unmittelbar bevorstehenden Kommunistenputsch. Die Kontrolle über all das ist natürlich immöglich und so erübrigt den besonnenen Elementen nichts anderes, als nochmals zu warnen. So laut und so eindringlich, das Verführte und Verhetzte sich vielleicht doch noch bekehren ließen. Ein wirksames Mittel zur Bekämpfung des Umstürzlerischen wäre es vielleicht, die Verfügung des Obersten Cunningham öffentlich anzuschlagen. Müssen in den vergangenen Jahren unsere Litfaß-Säulen Verlautbarungen von unerhörter Tragweite aufnehmen, so sollen sie jetzt dazu dienen, das ganze Volk, also auch die Schichten, welche die gewöhnlich erscheinenden Tagesblätter nicht lesen, auf Dinge aufmerksam zu machen, welche schließlich nichts anderes bedeuten, als Tod oder Leben. Denn das Verhungern macht auch die idealsten Bestrebungen zu schanden.

Eine stürmische Versammlung.

Der Verband der Kriegsteilnehmer veranstaltete gestern vormittags im Militärkasino eine Versammlung mit der Tagesordnung: „Unsere gegenwärtigen und zukünftigen Forderungen".

Referent Kunzl schilderte die Notlage, in der sich die Heimkehrer befinden. An der hier herrschenden Lebensmittelnot seien die ungarischen Freunde nicht so ganz unschuldig. Wohlhabende Ungarn kommen jetzt nach Wien, setzen sich in den Villen der Umgebung fest, warten ab, bis sich die Dinge in Ungarn geklärt haben und kaufen hier im Schleichhandel alles auf und verschärfen damit die Notlage der Wiener Bevölkerung. (Zustimmung.) Die Aktion gegen die Absperrung der Sommerfrischen sei ein Skandal, da diese zumeist nur gesunde Leute aufsuchen, um die Heimkehrer und Invaliden habe man sich nicht gekümmert. Für Kriegsinvalide und sonstige Kriegsbeschädigte müsse Arbeitsgelegenheit geschaffen und die Unternehmer gezwungen werden, eine gewisse Anzahl dieser Leute in ihren Betrieben zu beschäftigen. Die Vermögensabgabe muß rasch durchgeführt werden und hat bei den großen Vermögen 80 Prozent auszumachen. Das Geld soll dann für Invalide und Heimkehrer verwendet werden. (Zustimmung und Zwischenrufe.) Auch die Kirchengüter müssen beschlagnahmt werden. Eine radikale Sozialisierung aller großen Betriebe, Banken, Versicherungsanstalten, Bergwerke 2c. sei notwendig. Die Enthobenen müssen mit einer kräftigen Steuer belegt werden, die nach dem Tauglichkeitsgrad abgestuft werden soll. Heimkehrer und Invalide müssen sich bei den bevorstehenden Wahlen bemerkbar machen. Es sei ein trauriges Zeichen, daß die Nationalversammlung nur elf Heimkehrer als Mitglieder zählt. Die Kriegsteilnehmer müssen in alle Verwaltungskörper eindringen, nur dann werde man das sozialpolitische Verständnis für dieselben aufbringen.

Abgeordneter Pick führt unter steten Zwischenrufen der Kommunisten aus, daß die sozialdemokratische Partei in jeder Klubberatung im Parlament darüber beraten habe, wie den Kriegsteilnehmern zu helfen ist. Die vorgebrachten Schmerzen, Wünsche und Forderungen sind wohl berechtigt, aber davon sind nicht nur die Kriegsteilnehmer, sondern 80 Prozent der Bevölkerung betroffen. Was die Sozialisierung anbelangt, so drängen die Fabrikanten darauf, weil sie leere Magazine, kein Rohmaterial, keine Kohlen und ruinierte Maschinen haben. Viele von ihnen würden daher froh sein, wenn ihnen ihre Betriebe abgenommen werden. Die Vermögensabgabe, die die Sozialdemokraten wirklich wollen, würde nur in Papiergeld erfolgen. Wenn wir heute von den Privaten alles Gold und Schmuckgegenstände abverlangen, so würde dies die Entente sofort mit Beschlag belegen. Die Vermögensabgabe werde daher in einer Weise erfolgen, daß die Entente ihre langen Finger nicht danach ausstrecken könne. Bezüglich der Forderungen der Kriegsbeschädigten versicherte Redner, daß der Gesetzentwurf im Ausschusse der Nationalversammlung vorgestern fertiggestellt wurde. Redner warnt, sich von radikalen Reden und schönen Worten berauschen zu lassen und nur nüchtern mit dem Tatsächlichen und Möglichen zu rechnen.

Kommunist Dr. Leicht erklärt, daß er sich schon lange zum Worte gemeldet habe, jedoch absichtlich das Wort nicht bekam. Jetzt wolle man ihn nur fünf Minuten sprechen lassen, das sei eine Vergewaltigung. Er verzichte daher auf das Wort. (Zwischenrufe bei den Sozialisten und Gegenrufe der Kommunisten. Lärm.)

Der Vorsitzende stellt fest, daß Dr. Leicht drohte, mit seinen Leuten die Versammlung zu sprengen. (Neuerliche Zwischenrufe seitens der Sozialdemokraten und Rufe: „Hinaus mit dem Kerl!" Großer Lärm seitens der Kommunisten.) Nach Wiederherstellung der Ruhe sprach noch das Mitglied der Roten Garde Fiala, Arbeiterrat Enderes, Soldatenrat Neumann u. a., worauf drei Resolutionen angenommen wurden, worin die Regierung aufgefordert wird, ein allgemeines Fürsorgegesetz für Kriegsteilnehmer, Einrichtungen zur gerechten Verteilung von Lebensmitteln, Kleidung und Unterkunft zu schaffen, ferner für eine gute Nachbehandlung der Kriegsbeschädigten, für eine gerechte Superarbitrierung und eine entsprechende Abfertigung zu sorgen. Nach Annahme dieser Entschließungen wurde die Versammlung geschlossen.

Versammlung der Kommunisten im Zirkus Busch.

Die kommunistische Partei hatte für Sonntag zwei Massenversammlungen einberufen. In der Versammlung im Zirkus Busch war auch ein Abgesandter Bela Kuns erschienen, welcher Grüße überbrachte. Es sprachen Dr. Friedländer und mehrere Redner im kommunistischen Sinne, sowie ein Delegierter der ungarischen Arbeiter Wiens, welcher die Erklärung abgab, daß sich das Wiener ungarische Proletariat bereit erkläre, mit den Wiener Genossen für die Errichtung der deutschösterreichischen Räterepublik auf Leben und Tod zu kämpfen. Es wurde hierauf folgende Resolution angenommen, die durch eine Deputation Dr. Deutsch überreicht werden soll: „Die Invaliden fordern sofort 800 Kronen Anschaffungsbeitrag per Mann, Erhöhung der Invaliditätsrente auf 15 Kronen per Tag; für die noch in den Spitälern Befindlichen eine sofortige Erhöhung der Löhnung auf 4 Kronen; Oeffnung aller Kriegsspitäler für Spitalsbedürftige."

Dann zogen Gruppen von Versammlungsteilnehmern zum Staatsamt für Heerwesen. Vor dem Gebäude wurden Ansprachen gehalten

Neue Freie Presse

Die Versammlung der Heimkehrer und Kriegsteilnehmer vor dem Rathaus.

Wien, 23. April.

Für heute nachmittag 3 Uhr war auf dem Platze vor dem Rathause eine Versammlung der Heimkehrer und Kriegsteilnehmer angekündigt, für die in den Ostertagen eine lebhafte Agitation entfaltet worden war. Am Samstag vor Ostern hatte die letzte Versammlung stattgefunden und heute sollte den Versammlungsteilnehmern der Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen erstattet werden, die mit dem Staatskanzler Dr. Renner und den verschiedenen Staatsämtern über die Forderungen der Heimkehrer und Kriegsinvaliden gepflogen worden waren. Die Behörden hatten umfassende Vorkehrungen getroffen, um einer Wiederholung der traurigen Vorkommnisse vom Gründonnerstag vorzubeugen. Die öffentlichen Gebäude in weiter Umgebung, das Rathaus selbst, das Parlamentsgebäude, der Justizpalast, das Burgtheater waren von Volkswehr besetzt. Die Volkswehr trug Stahlhelme und war auch sonst vollständig feldmäßig ausgerüstet. Ihr Aufmarsch mit Maschinengewehren erregte selbstverständlich großes Aufsehen.

Schon in den Mittagsstunden sah man zahlreiche Abteilungen über die Ringstraße marschieren und ein vielköpfiges Publikum verfolgte mit begreiflichem Interesse die Vorgänge auf der Ringstraße. In den übrigen Teilen der Innern Stadt war desgleichen ein verschärfter Ordnungsdienst eingeführt. So waren beispielsweise in der Gegend des Landhauses und in der Bankgasse Volkswehrmannschaften konsigniert. Im Operngebäude, in der „Urania" befanden sich Abteilungen der Volkswehr mit Maschinengewehren. Vor der Wachstube in der Lichtenfelsgasse waren zwei fliegende Ambulanzen der Rettungsgesellschaft unter dem Befehl des Chefarztstellvertreters Dr. Lamberg aufgestellt. Eine weitere Ambulanz befand sich in der Nibelungengasse. Erfreulicherweise hat, wie gleich an dieser Stelle konstatiert werden soll, die Rettungsgesellschaft keine Arbeit gehabt und auch Volkswehr und Polizeiwache, die ihren schweren Dienst mit vollendetem Takt und großer Umsicht versahen, hatten bei dem ruhigen Verlauf der Demonstration keinen Anlaß zum Einschreiten.

Die ersten Versammlungsteilnehmer trafen gegen 2 Uhr nachmittags auf dem Rathausplatz ein. Um die für den Versammlungsbeginn festgesetzte Stunde war der große Platz vor dem Rathause nur zum Teil gefüllt. Es war trockenes, windstilles, aber ziemlich kaltes Wetter. Die Zahl der Menschen, die sich zwischen halb 3 Uhr und 3 Uhr vor dem Rathause befanden, betrug nach übereinstimmenden Schätzungen etwa 1000 bis 1500 Leute. Unter ihnen befanden sich auch viele Frauen und Kinder, die sich zum Teil in den Anlagen um den Rathauspark ergingen. Auf den Stiegen des Rathauses war gleichfalls Volkswehr aufgezogen. Als die Veranstalter sich die Ueberzeugung verschafft hatten, daß ein weiterer Zuzug von Versammlungsteilnehmern nicht erfolge, wurde gegen 3 Uhr die Versammlung eröffnet. Gegen die Ringstraße zu hatten sich auch zahlreiche Neugierige angesammelt, die aus einiger Entfernung den Vorgängen in der Versammlung folgten. Zu Beginn der Versammlung sprach ein Teilnehmer an der Deputation, die beim Staatskanzler Dr. Renner im Namen der Arbeitslosen und Heimkehrer verhandelt hatte. Dieser Redner beklagte sich darüber, daß die Versammlung einen verhältnismäßig so schwachen Besuch aufweise und sagte, Zehntausende von Heimkehrern hätten den Platz füllen müssen.

Die Versammlung war nicht von allzu langer Dauer. Schon nach drei Viertelstunden wurde sie geschlossen, nachdem mehrere Redner die Mahnung an die Teilnehmer gerichtet hatten, sich in Ruhe zu entfernen. Die Auflösung der Versammlung erfolgte im großen und ganzen ruhig und reibungslos. Ein Teil der Versammlungsteilnehmer zog die Ringstraße hinunter, während ein anderer sich der Innern Stadt zuwandte. Beim Burgtheater hatte die Volkswehr in der Gegend des Einganges in die Bankgasse zunächst einen Absperrungskordon gezogen, ließ jedoch die Teilnehmer an der Versammlung in die Stadt passieren. Die Sicherheitswache verwehrte aber den weiteren Zugang in die Bankgasse. Nun flutete die Menge über die Löwelstraße und den Kohlmarkt auf den Graben, rallierte sich in Gruppen, die zusammen eine Stärke von einigen Hundert Menschen aufwiesen und zog über die Kärntnerstraße zur Oper, wo sich der Zug auflöste.

Kleine Zusammenstöße.

Nach der Versammlung kam es zu einer Reihe von Zwischenfällen, die aber nicht ernsterer Natur waren und dank der Disziplin von Volkswehr und Sicherheitswache, der Umsicht, Geschicklichkeit und Energie der Offiziere und Polizeibeamten im Keime erstickt wurden. So erfolgte eine Ansammlung beim Bankgebäude, wo die Nachtschicht der Bediensteten des Einlasses harrte. Es gelang jedoch, die Demonstranten zu zerstreuen, die sich dem Graben zuwandten. Auch hier kam es zu Auseinandersetzungen und lebhaften Wortwechsel zwischen Anhängern der kommunistischen und der sozialdemokratischen Partei. Während des Zuges über den Graben wollte ein Kommunist die Menge gegen die Wachmannschaft haranguieren, die auf dem Stephansplatze in Bereitschaft war. Der Mann wurde verhaftet.

Größere Ansammlungen erfolgten in der Stadiongasse, wo es bis spät am Abend ziemlich lebhaft zuging. Dort hielt ein Matrose Reden agitatorischen Charakters und schließlich schritt die Volkswehr ein und zerstreute die Ansammlung gegen die Reichsratsstraße hin, wo sie sich abermals zusammenballte. Ein neuerliches Einschreiten der Volkswehr war notwendig und hier wurden auch mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Eine Patrone auf dem Straßenbahngeleise.

Schon unmittelbar nach dem Schluß der Rathausversammlung wollte ein Teil der in der Umgegend Befindlichen eine Detonation gehört haben, die zunächst auf einen Revolverschuß zurückgeführt wurde. Nach einer anderen Version handelte es sich um die Explosion einer Patrone, die jemand auf die Schienen der Tramway gelegt haben soll. Es wurde jedoch auch behauptet, daß das Pneumatik eines Automobils geplatzt und daß hiedurch der Knall hervorgerufen worden sei.

Gegen 8 Uhr abends explodierte tatsächlich eine Patrone auf dem Straßenbahngeleise auf der Ringstraße mit lautem Krach. Es wurde keinerlei Schaden angerichtet, jedoch bemächtigte sich der Passanten begreifliche Unruhe und Angst.

Am Nachmittag hatte sich das Gerücht verbreitet, daß es nächst dem Burgtheater zu irgendeinem Zusammenstoß zwischen Demonstranten und behördlichen Organen gekommen sei, der auch ein Opfer geheischt habe. Dieses Gerücht erwies sich erfreulicherweise als falsch und scheint dadurch entstanden zu sein, daß in dem Gedränge ein Mann von Unwohlsein befallen wurde und von der Rettungsgesellschaft auf einer Tragbahre aus dem Gewühl herausgebracht werden mußte.

Gegen 9 Uhr abends war vor dem Rathaus, vor dem Parlament und in der weiteren Umgebung vollständige Ruhe eingetreten.

Einzelbilder vom heutigen Nachmittag.

Von anderer Seite wird uns gemeldet: Der Besuch der heutigen Rathausversammlung war ein verhältnismäßig schwacher. Es dürften kaum mehr als tausend Personen, Neugierige mitinbegriffen, vor dem Rathause sich eingefunden haben. Im Gegensatz zu den bisher stattgefundenen Versammlungen wurden heute weit weniger Flugzettel, Blätter und Broschüren kolportiert.

Nach der Versammlung entfernten sich die Teilnehmer verhältnismäßig ruhig. Größere Ansammlungen gab es beim Burgtheater, bei der Bankgasse und an der Bellaria. Bei der Bankgasse hatte die Volkswehr einen Riegel gebildet. Auch Sturmmannschaft war aufgeboten, und auf den Balkons stand desgleichen Volkswehr. Von Zeit zu Zeit, wenn die Menge anwuchs, sorgten Abteilungen mit aufgepflanztem Bajonett für die Räumung des Platzes zwischen Burgtheater und Volksgarten. Zeitweilig wurde dann wieder die Passage gestattet. Ein Demonstrantentrupp, der zumeist aus Jugendlichen bestand, begab sich über die Löwelstraße, den Ballplatz, den Kohlmarkt und den Graben auf den Stephansplatz, und es wurde unter den Leuten die Parole ausgegeben, die großen Kaffeehäuser zu besuchen. Diese Absicht wurde jedoch nicht ausgeführt und der Zug durch die Kärntnerstraße aus der Stadt hinausdirigiert.

Die „Korrespondenz Wilhelm" meldet über das äußere Bild der heutigen Versammlung vor dem Rathaus das Folgende: Die für heute nachmittag um halb 3 Uhr vor dem Rathause einberufene Versammlung der Kriegsinvaliden, Heimkehrer und Arbeitslosen verlief ganz ungestört. Der Besuch war weit schwächer als am Gründonnerstag. Es waren etwa 1500 Personen erschienen, die sich vor den Stufen des Rathauses aufstellten und den Rednern lauschten. Diese besprachen die auf die Forderungen der Invaliden, der Heimkehrer und Arbeitslosen erteilte Antwort. Nach dreiviertelstündiger Dauer wurde die Versammlung in aller Ruhe geschlossen. Auf dem Platze waren weder Volkswehr noch Sicherheitswache zu sehen. Kleine Gruppen bildeten sich auf dem Rathausplatze, vor dem Burgtheater und an der Bellaria. Sie bestanden zum großen Teile aus Neugierigen. Nächst der Löwelstraße wurde ein Versammlungsteilnehmer von Unwohlsein befallen. Das machte, da man die Ursache der Aufregung der Nächststehenden nicht kannte, einiges Aufsehen. Aber auch hier zerstreuten sich die Ansammlungen nach kurzer Zeit.

Beobachtungen von der Parlamentsrampe aus.

Von unserem Parlamentsberichterstatter.

Im Parlament und in der Umgebung des Parlamentsgebäudes ist der heutige Tag ohne jeden Zwischenfall verlaufen. Die Volkswehr hatte schon in den Mittagsstunden die Bereitschaft im Parlamentsgebäude verstärkt. Um 2 Uhr mittags wurde ein ganzes Bataillon Volkswehr zum Wachdienst im Parlamentsgebäude herangezogen. Dem Bataillon war eine Maschingewehrabteilung zugeteilt. Der Eintritt ins Parlamentsgebäude war nur bei dem Tor des ehemaligen Abgeordnetenhauses gestattet. In der ganzen Umgebung des Parlaments war eine Kette von Sicherheitsposten aufgestellt. Auf der Ringstraße versahen kleinere Abteilungen der Volkswehr Patrouillendienst. Der Aufgang zur Rampe und diese selbst war von Volkswehr besetzt. Volkswehrabteilungen befanden sich auch im Justizpalast und im Rathause. Das Kommando über die Volkswehr führte Oberstleutnant Stößel-Wimmer. Bis zum Beginn der Versammlung vor dem Rathause bot die Umgebung des Parlaments das gewöhnliche Bild. Um 3 Uhr nachmittags wurde bekannt, daß die Versammlung der Arbeitslosen vor dem Rathause verhältnismäßig schwach besucht war. Volkswehroffiziere und Soldatenräte, die vom Rathausplatz ins Parlament kamen, schätzten die Zahl der Teilnehmer auf etwas über 2000.

Die Deputation der Arbeitslosen hat heute vormittag die Antwort der Regierung auf ihre Forderungen entgegengenommen. Diese Antwort war im Sinne der gestrigen amtlichen Verlautbarung gehalten und enthielt die Bereitwilligkeit der Regierung, die Arbeitslosenunterstützung, und zwar die Familienzulage auf das Doppelte zu erhöhen, eine bessere Lebensmittelversorgung der Arbeitslosen durchzuführen und Vorkehrungen bezüglich der Aufnahme eines gewissen Prozentsatzes von Arbeitslosen in die Betriebe zu treffen. Der von den Heimkehrern geforderte einmalige Betrag von 5000 Kronen per Kopf konnte mit Rücksicht auf die Finanzlage des Staates nicht be-

Für die Kriegsopfer.

Gemeinsame Bestimmungen für Invalide und Hinterbliebene.

Die Bestimmung, was geschehen sein muß, wenn der Anspruch auf Invaliden- oder Hinterbliebenenpension eintreten soll, ist folgende: Man muß in seiner Gesundheit dadurch geschädigt worden sein, daß man militärische Dienste geleistet hat oder, ohne solche geleistet zu haben, in militärische Handlungen verwickelt worden ist. Diese Bestimmung ist erschöpfend, läßt aber bei Böswilligen Auslegungen zu, die zum Schaden von Personen gereichen könnten, denen die Regierung die Pension zuerkennen will. Böswillige könnten sagen, Voraussetzung der Anspruchsberechtigung sei, daß vor der militärischen Dienstleistung eine Schädigung der Gesundheit überhaupt nicht bestanden habe, so daß derjenige, der wohl schon ein Leck vor der Einrückung gehabt hat, dessen Leiden sich aber infolge der Dienstleistung verschlimmerte, keinen Anspruch habe. Wäre man vor böswilliger Auslegung sicher, so brauchte das Gesetz nicht mehr zu enthalten als der Entwurf; aber da man die Sicherheit nicht hat, sollte doch dabei stehen, daß auch Anspruch derjenige hat, der Verschlimmerung seines Leidens erfahren hat.

Man sollte auch nicht von „schädigendem Ereignis" sprechen, denn wenn sich infolge des Militärdienstes ein Lungen- oder Herzleiden bildet oder verschlechtert, so ist doch das kein Ereignis, als das gewöhnlich ein bestimmter, der Zeit nach abgegrenzter Vorgang angesehen wird. Statt der Worte „schädigendes Ereignis" sollten die Worte gebraucht werden: „Gesundheitsschädigung oder Verschlimmerung des Leidens".

Das Gesetz gibt Ansprüche, wenn man beim Militär gedient hat, unmittelbarer Kriegsleister war oder in einem militärischen Betrieb (dazu gehören auch die Militärspitäler) Dienste geleistet hat. Es sind also auch die Krankenpflegerinnen geschützt, ebenso die Arbeiterinnen, die in einem militärischen Betrieb gearbeitet haben; sind diese Arbeiterinnen bei einer Arbeiterunfallversicherungsanstalt versichert gewesen, wird für Unfälle allerdings vom Staate keine Entschädigung geleistet, denn diese wird von der Unfallversicherungsanstalt gewährt. Außerdem sind diejenigen geschützt, die als Zivilisten in militärische Handlungen verwickelt, also etwa von Fliegerbomben getroffen wurden.

Sehr weitgehend ist das Gesetz bei der Anrechnung der Staatsbürgerschaft. Ansprüche haben nicht nur diejenigen, die deutschösterreichische Staatsbürger gewesen sind, als ihnen das Unglück widerfuhr, sondern auch alle, die bis 31. März 1919 die deutschösterreichische Staatsbürgerschaft erworben haben. Da diejenigen, die noch in Gefangenschaft sind, die Staatsbürgerschaft noch nicht erwerben konnten, gibt das Gesetz auch dann Anspruch, wenn der Kriegsgefangene, der noch nicht deutschösterreichischer Staatsbürger ist und am 1. März 1919 noch nicht aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt war, vom 1. August 1909 bis 1. August 1914 in Deutschösterreich gelebt hat. Ueberdies sieht das Gesetz auch vor, daß mit anderen Staaten Verträge geschlossen werden können, die den Kreis der Anspruchsberechtigten in Deutschösterreich erweitern.

Die wichtige Frage, wie es ist, wenn der Anspruchsberechtigte im Ausland wohnt — da jeder Ort Deutschösterreichs jetzt nahe der Grenze liegt, erkennt man die Bedeutsamkeit dieser Frage —, erledigt das Gesetz so: Wenn jemand länger als ein Jahr im Ausland wohnt, so hat eine deutschösterreichische Behörde zu erkennen, ob sie noch weiter die Pension zahlen will. Von welchen Voraussetzungen die Behörde auszugehen hat, wird im Gesetz nicht einmal angedeutet. Da viele Anspruchsberechtigte im Ausland wohnen werden, weil sie dort wohnen müssen, darf dem freien Ermessen, das leicht in Willkür ausarten kann, nicht so weiter Spielraum gelassen werden, daß man einfach einer Familie, die ein Jahr im Ausland wohnt, die Pension entziehen könnte. Es ist folgendes zu beachten: Witwen und Waisen können ja im Ausland wohnen; sie braucht man in der Regel nicht, um zu wissen, ob ihnen der Anspruch noch zusteht. Invalide braucht man allerdings in der Nähe, damit man sehen kann, ob sich ihr Zustand gebessert hat. Deshalb würde sich folgende Textierung empfehlen: „Bei längerem als einjährigem Aufenthalt im Ausland kann der Weiterbezug der Rente, der vom Gesundheitszustand abhängt, an die Bedingung geknüpft werden, daß sich die Rentenempfänger in von der zuständigen Invalidenentschädigungskommission bestimmten Zeiträumen entweder im Inland oder bei einer konsularischen oder diplomatischen Vertretung zur Untersuchung vorstellen. Bei Gewährung der Waisenrente über das 18. Lebensjahr hinaus kann die Militärversorgungskommission fordern, daß jedes halbe Jahr der Beweis dafür erbracht werde, daß die berufliche Ausbildung mit Erfolg fortgesetzt wird."

Natürlich muß das Einkommen, das ein Rentenempfänger aus einer anderen Quelle als aus der Pension bezieht, die Pension mindern können. Das Gesetz ist auch in dieser Beziehung nicht knauserig. Es erklärt: Der Invalide, der nicht mehr als 500 Kronen monatlich verdient, erfährt infolge des Verdienstes keine Kürzung der Invalidenrente, auch die Witwen nicht, die nicht mehr als 250 Kronen monatlich verdienen, und die Waisen nicht, die nicht mehr als 150 Kronen monatliches Einkommen haben. Bei höherem Einkommen ist die Wirkung die, daß für zwanzig Kronen, die man über 500, 250 oder 150 Kronen monatlich verdient — die Pension selbst bleibt bei der Berechnung außer Betracht —, zehn Kronen von der Rente abgehen. Bezieht also ein Invalider eine Rente von 270 Kronen monatlich, steigert sich aber sein Verdienst auf 600 Kronen monatlich, so wird die Rente um 50 Kronen vermindert. Der Mann hat also dann ein Einkommen von 600 Kronen aus seinem Verdienst und 220 Kronen aus seiner Rente.

Die Einkommensteuer, die aus dem Rentenbezug zu entrichten ist, trägt ebenfalls der Staat.

Die Unterbringung eines Rentenempfängers in einer Anstalt ist nur mit seiner Zustimmung zulässig.

Es können auch Abfertigungen statt der Renten gezahlt werden. Viele sind dafür, Abfertigungen nicht zuzulassen, denn der Staat will doch die Existenz des Anspruchsberechtigten für immer sicherstellen; wenn er ihm nun eine größere Summe in die Hand gibt, der Invalide oder die Witwe sie aber in einer Spekulation verliert, ist statt eines Versorgten ein Bettler da. Die Versagung wäre um so berechtigter, als jetzt so große Pensionen gezahlt werden, daß der Invalide oder die Witwe auf Spekulationen nicht angewiesen ist. Der Entwurf wählt nun einen Mittelweg. Er sagt: Invalide, die nicht mehr als 25 Prozent Erwerbsfähigkeit eingebüßt haben, können voll abgefertigt werden, Invalide mit 25 bis 35 Prozent Einbuße zu zwei Dritteln, alle anderen Invaliden und die Witwen können bis zur Hälfte abgefertigt werden. Damit ist erreicht, daß ganz ohne Einkommen fast niemand dasteht, auch wenn es ein Fehler war, daß er eine Abfertigung genommen hat.

Wie sind die Ansprüche durchzusetzen?

Das Gesetz gibt sehr hohe Ansprüche. Wichtig ist es nun: Wie sind sie durchzusetzen? Hier hat das Gesetz schwache Punkte.

Es sagt vor allem, daß alle Aemter verpflichtet sind, über die Ansprüche zu belehren und zu ihrer Durchsetzung behilflich zu sein. Aber das genügt nicht. Bedeutungsvoll sind nur die wirklichen Mittel, durch die man ein Recht erlangen kann.

Das Gesetz erklärt nun: Die Anmeldung hat bei der politischen Behörde (Bezirkshauptmannschaft, Magistrat) oder beim Invalidenamt zu erfolgen, im Ausland beim Konsulat. Das Ansuchen wird dann an die Invalidenentschädigungskommission geleitet; in jedem Lande muß es mindestens eine geben. Wie diese Kommissionen zusammengesetzt sein sollen, sagt das Gesetz nur ganz beiläufig. Es heißt: Vorsitzender ist der Landeshauptmann oder ein von ihm Bestimmter. Dann gibt es Abgesandte der Invaliden- und Jugendfürsorgeorganisationen, von den Invalidenorganisationen entsendete Aerzte, mit der Arbeiterversicherung vertraute Aerzte, Fachmänner für Fachunterricht und für Arbeiterversicherung und Vertreter der staatlichen Finanzverwaltung. Aber über die Stärke jeder Gruppe sagt das Gesetz nichts. Noch ärger ist es, daß die Kommission als Plenum nie entscheidet, sondern nur Ausschüsse wählt, die die Entscheidung haben. Ueber die Zusammensetzung der Ausschüsse steht aber im Gesetz gar nichts. Doch das sind nicht alle Gebrechen des Verfahrens. Geplant ist, daß über den Anspruch vorerst nur die angestellten Beamten, also die Bürokraten, entscheiden sollen. Der Anspruchsberechtigte kann erst, wenn

Neues Wiener Tagblatt
24./IV. 1919

219

Die Heimkehrer-versammlung vor dem Rathaus.

Bei schwachem Besuch ohne Ruhestörung verlaufen.

Die Befürchtungen, welche man für den gestrigen Tag gehegt hatte, erwiesen sich erfreulicherweise als unbegründet: Der Tag verlief ohne Ruhestörung und eine Wiederholung der Ausschreitungen vom Gründonnerstag unterblieb. Die für gestern auf dem Rathausplatz einberufene Versammlung der Heimkehrer und Invaliden, zu der man auch den Massenbesuch Arbeitsloser erwartete, erlitt ein Fiasko, was in erster Linie nur wohl darauf zurückzuführen ist, daß der offizielle Fürsorgeverband für Heimkehrer die Erklärung abgab, er habe mit jenen Elementen, welche die großen Ausschreitungen am Gründonnerstag veranlaßten, nichts gemein. An der gestrigen Versammlung nahmen etwa 1000 Personen teil. Die Einberufer selbst erkannten, daß die Menge viel zu schwach sei, um gegenüber den getroffenen Sicherheitsvorkehrungen irgend etwas zu unternehmen, und nachdem einige Redner gesprochen hatten, wurde der Beschluß gefaßt, den Platz ruhig wieder zu verlassen, aber für eine große Versammlung zu agitieren, die morgen Freitag um 3 Uhr nachmittags abermals vor dem Rathause, stattfinden soll und an der — wie die Einberufer ausführten — Hunderttausende von Menschen teilnehmen würden.

Die für den gestrigen Tag von der Regierung getroffenen Sicherheitsmaßnahmen waren umfassender Natur. Die Sicherheitswache selbst hielt strenge Bereitschaft, doch waren ihre Posten und Kontingente in den Straßen selbst nicht sichtbar, sondern sie befanden sich in Reservestellungen in den einzelnen Wachstuben sowie in den Höfen der öffentlichen Gebäude. Der Außendienst war vollständig der Volkswehr überlassen, welche vollkommen ausgerüstet, mit Sturmhauben und geladenen Gewehren sowie mit Maschinengewehren versehen, die ihrer Ueberwachung anvertrauten staatlichen und öffentlichen Gebäude sowie die ihnen zugewiesenen Straßenabschnitte bezogen hatten. Auch diese Volkswehrabteilungen befanden sich in Reservestellungen, versahen aber einen starken Patrouillendienst in den Straßen. Mit fahrbaren Feldküchenwagen wurde den einzelnen Abteilungen zu ihren Aufstellungspunkten die Menage zugeführt. Da man befürchtet hatte, daß sich die Ausschreitungen der vergangenen Woche wiederholen könnten, war auch die Rettungsgesellschaft mit einer Anzahl von Ambulanzen, Aerzten und Sanitätsdienern mobilisiert und förmliche Verbandplätze bei den Sicherheitswachstuben in der Lichtenfelsgasse und in der Bartensteingasse errichtet, welche aber glücklicherweise keinen Anlaß zu einer Intervention hatte. Viele Geschäftsleute sowohl in der Umgebung des Rathauses wie des Parlaments, aber auch auf dem Ring, in der Innern Stadt und in einzelnen Bezirken hatten aus Furcht vor Ausschreitungen und Plünderungen gestern nachmittag ihre Geschäfte geschlossen.

Bei einem Rundgang durch die Innere Stadt und über die Ringstraße konnte man die getroffenen Sicherheitsvorkehrungen wahrnehmen. Das Staatsamt für Heerwesen war

In den späteren Abendstunden sammelten sich in der Stadionallee neuerdings etwa 300 Menschen an und diese wurden alsbald durch Kreuzreiter verstärkt, als ein Soldat in Matrosenuniform eine bersehende Ansprache an die Leute hielt. Nun schritt die Gottsbeger auch hier ein und zerstreute die Hier zusammenrotten gegen die Reichsratsstraße zu. Als sie sich hier neuerdings anfammelten und der Matrose neuerlich eine Ansprache hatten wollte, schritt die Gottsbeger ein und nahm mehrere Verhaftungen vor.

Gegen 8 Uhr abends verbreitete sich das Gerücht, daß vor dem Parlament abermals Gewehrfeuer worden sei. Das Gerücht war daraufhin dahin, daß von einem unbekannten Täter eine Patrone auf die Schienen der Straßenbahn gelegt worden ist, welche explodierte, als ein Zug darüber wegfuhr. Dann kam auch noch ein Zug von etwa 400 Personen beim Parlament vorbei. Leute, die an einer anderen Versammlung teilgenommen hatten. Letzter Zug löste sich aber auf, ohne daß es zu einem Einschreiten gekommen wäre. Um 9 Uhr abends herrschte wieder vollständige Ruhe, so daß die Bereitschaften aufgelassen werden konnten.

Reichspo

Die Invalidenversorgung.

Regierungserklärungen über Sozialisierung, Konfiskation der Luxusbauten und über Schulfragen.

Die Nationalversammlung hat heute das Versorgungsgesetz für die Invaliden und Hinterbliebenen in Beratung gezogen und ist damit im Begriffe, wie der christlichsoziale Redner Abg. Aigner treffend ausführte, eine Ehrenschuld endlich zu bereinigen. Vorher wurden die heute eingebrachten Vorlagen der Reihe nach von der Regierungsbank aus begründet: Staatssekretär Dr. Bauer erörterte die Sozialisierungsgesetze, natürlich nur vom sozialdemokratischen Standpunkte aus mit historischen Unrichtigkeiten bezüglich der Eigentumsfrage, mit schwächlich anmutenden Halbheiten bezüglich der Entschädigungen, mit demagogischen Ausblicken auf die Wirkungen, auf die sich die Bevölkerung selbst schon längst ihren Reim gemacht hat. Staatssekretär Hanusch besprach die sozialpolitischen Vorlagen, darunter auch das Konfiskationsgesetz, das er in einer Polemik gegen die „Reichspost" aufs Unglücklichste verteidigte; er behauptete, weil im Kriege viel geraubt worden sei, daher dürfe auch der Staat jetzt rauben und stellte damit die Republik mit den Kriegshyänen, die das Volk ausgesackt und ausgehungert haben, auf eine Linie, wofür wir uns bedanken. Unterstaatssekretär Glöckel machte mit der von den Christlichsozialen seit einem Jahrzehnt geforderten Verstaatlichung der Bezirksschulinspektoren Staat und wetterte dabei gegen die Parteipolitik in der Schule, an der doch gerade von den Sozialdemokraten am wenigsten unschuldig sind. Zu einem bemerkenswerten Zwischenfall kam es bei der Abstimmung über den Antrag Doktor Seipels, über das Konfiskationsgesetz eine erste Lesung abzuführen; obwohl für diesen Antrag sowohl die Christlichsozialen als auch die Großdeutschen stimmten, sich also eine offenkundige Mehrheit ergab, erklärte Präsident Seitz den Antrag für abgelehnt und fügte damit seinen Präsidialkunststücken ein neues hinzu; es wird, fürchten wir, nicht immer so harmlos ausgehen.

In der Nationalversammlung waren heute zum erstenmal die elf neuen Abgeordneten aus den südlichen besetzten Gebieten erschienen, darunter sechs christlichsoziale; sie wurden auf das freudigste begrüßt.

Die Nationalversammlung soll morgen das vorbereitete Arbeitspensum erledigen. Die nächste Woche wird wieder den Arbeiten der Ausschüsse gewidmet sein. Die nächste Sitzung der Nationalversammlung soll dann erst wieder am 6. Mai stattfinden.

Wir berichten über den Verlauf der Sitzung:

Die neuen Abgeordneten aus den besetzten Gebieten.

Die auf Grund des Beschlusses der Nationalversammlung vom 4. April einberufenen Abgeordneten der südlichen besetzten Gebiete: Alois Dengg, Anton Jdl, Emil Kraft, Karl Lieschnegg, Dr. Josef Luchner, Hans Muchitsch, Dr. Eduard Reut-Nikolussi, Dr. Aemilian Schöpfer, Josef Schraffl, Dr. Franz Schuhmacher, leisten die Angelobung.

Präsident Seitz bringt dem Hause zur Kenntnis, daß von verschiedenen Körperschaften und Vereinen aus Deutschösterreich sowie auch aus dem Deutschen Reiche an das Präsidium Zuschriften eingelangt sind, worin gegen Bestrebungen Stellung genommen wird, die auf die „Hintertreibung" des Zusammenschlusses (Dieser Ausdruck wird hiemit auch offiziell eingeführt. D. R.) mit dem Deutschen Reiche und die Abtrennung der in geschlossenen Siedlungsgebieten wohnenden deutschen Volksgenossen abzielen. Diese Zuschriften werden der Staatsregierung übermittelt.

Unsere Vertreter in Weimar.

Die Staatskanzlei teilt mit: „Die deutsche Reichsregierung hat an die deutschösterreichische Staatsregierung die Einladung ergehen lassen, fünf Mitglieder der deutschösterreichischen Nationalversammlung zu den Beratungen des deutschen Verfassungsausschusses zu entsenden."

Diese Abordnung hätte die Aufgabe, an den Verhandlungen der Ausschusses mit beratender Stimme teilzunehmen. Die Regierung beantragt die Wahl solcher Delegierter gemäß dem Beschlusse des Hauptausschusses stimmt das Haus dem zu, wobei Staatskanzler Dr. Renner erklärt, beim Verfassungswerk in Weimar solle die Stimme Deutschösterreichs gehört werden, da es ein integrierender Bestandteil der deutschen Nation sei. Die Wahl der Experten solle bekunden, daß die Gemeinschaft der Sprache, des Blutes und der Kultur stärker sei als der vorübergehende Zufallswellenschlag der Tagesereignisse.

Von der Staatsregierung werden die gestern angekündigten Vorlagen (mit Ausnahme der Vorlage über die Landpostbediensteten) unterbreitet.

Die Sozialisierungsgesetze.

Staatssekretär Dr. Bauer begründet die vier Gesetzentwürfe, das erste Ergebnis der Arbeit der Sozialisierungskommission: der grundlegende Gesetzentwurf sei der Gesetzentwurf über die Betriebsräte; denn jede Sozialisierung müsse von der Demokratisierung der Betriebsverfassung ausgehen. Der „Absolutismus in der Fabrik" sei allmählich ausgehöhlt worden durch die Arbeit der Gewerkschaften. Diese Rechtsordnung sei nun auch in das Gesetzbuch einzutragen. Der Betrieb soll nun auch von Rechts wegen als Gemeinde organisiert und den Arbeitern eine Vertretung in den Betriebsrat geschaffen werden nach dem Grundsatze, daß im Interesse der Arbeiter und Angestellten nur die Vereinbarung zwischen der Betriebsleitung und dem Betriebsrat der Arbeiter und Angestellten zu entscheiden hat. Neu sei, daß die Wirksamkeit des Betriebsrates nicht beschränkt sei auf die Mitwirkung bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen, sondern daß der Betriebsrat an der wirtschaftlichen und technischen Leitung des Betriebes mitwirken soll. Er soll gemeinsam mit dem Betriebsinhaber über die Grundsätze der Geschäftsführung, über die Verbesserungen der Geschäftseinrichtungen beraten, er kann Einsicht verlangen in die Bilanzen und die Lohnstatistiken. Die Arbeiter und Angestellten werden es sicherlich erst allmählich lernen müssen, die Bilanz auch zu lesen, daher sei das Gesetz auch erzieherisch. Betreffs der

Enteignung von Wirtschaftsbetrieben

behauptet Redner: das Eigentum sei wie jedes andere Recht vom Staate verliehen. (!) Tt: Sozialdemokraten lehnen daher eine Enteignung ohne Entschädigung durchaus nicht prinzipiell ab. Dies beweise die Vorlage über den Voluptuarbesitz. Aber bei den ganzen komplizierten System der Industrie, des Handels, des Bergbaus oder gar der Land- und Forstwirtschaft muß die Expropriation in einer komplizierteren Weise vollziehen. Sie kann sich nicht vollziehen in der einfachen, primitiven Form der Konfiskation. Der Differenzierung zwischen produktivem und fiktivem Kapitale, zwischen Kapital als Betrieb und Kapital als Vermögen muß auch der Akt der Enteignung folgen. Auch hier müssen wir genau und deutlich scheiden die Enteignung der Betriebe von der Enteignung der Vermögen. Die Vorlage handelt ausschließlich von der Enteignung der Betriebe. Nicht expropriiert ist damit das Vermögen, da der Unternehmer ja für die Aktie die Ablösungsobligationen eintauscht. Aber die Expropriation des Vermögens ist dann eine ganz andere Aufgabe, eine Aufgabe, die durch die Konfiskation nicht gelöst werden kann, eine Aufgabe der Besteuerung. Daher versteht es sich von selbst, daß die Vorlagen den Grundsatz der Entschädigung für die enteigneten Wirtschaftsbetriebe festhalten. Die Bemessung der Entschädigung folgt einem Mittelwege. Ob man das, wie es vorgeschlagen ist, für angemessen hält oder nicht, wird in vielen Fällen davon abhängen, an welche Betriebe man denkt, welche Anwendung man sich vorstellt. Es vermag keine Anweisung für den Richter, der die Entschädigung festzusetzen hat, die ganze Mannigfaltigkeit der Fälle zu erfassen; er hat die Bemessung der Entschädigung dem konkreten Einzelfalle anzupassen. Wir werden aber sehr dankbar sein, wenn aus den Arbeiten des Ausschusses eine Verbesserung dieser Formel hervorgehen sollte. Der Gesetzentwurf, betreffend die Vergesellschaftung von Unternehmungen

durch die Gemeinden,

soll auch den Gemeinden, in denen jetzt in einem viel höheren Maße als früher die arbeitenden Massen zur Geltung kommen, ein wichtiges Arbeitsfeld der Sozialisierung sichern. Der Gesetzentwurf über gemeinschaftliche Anstalten und Gesellschaften gemeinwirtschaftlichen Charakters sucht zu vermeiden einerseits die Gefahr des Syndikalismus, daß der Betrieb ohne Rücksicht auf die Interessen der Volksgesamtheit ausschließlich in die Hände der in ihm beschäftigten Arbeiter und Angestellten fällt, aber auch die Gefahr des Etatismus die Gefahr der Unterwerfung aller Betriebe unter die staatliche Bureaukratie, auch dort, wo sie nicht geeignet und nicht berufen erscheint, die Betriebe zu übernehmen. Es ist u. a. auch dem Staatssekretär für Finanzen das Recht eingeräumt, Kreditinstitute und Versicherungsanstalten zur Uebernahme der von den sozialisierten Unternehmungen ausgegebenen Obligationen zu verpflichten. Dadurch nimmt der Staat die gewaltige Macht, die aus der Verfügung über die freien, die flüssigen Kapitalien hervorgeht, an sich, es ist das nichts anderes als der erste Schritt zur Sozialisierung des Bankwesens überhaupt. Durch diese Vorlagen werden Grundlagen für ein ganz neues Rechtssystem geschaffen und damit soll das Werk der Sozialisierung praktisch begonnen werden. Der Redner verweist schließlich auf die rasche und eifrige Arbeit in der Kommission und in deren Kanzlei, denn Die Massen seien ungeduldig (Zustimmung), sie wollen den Beginn des Werkes sobald wie möglich sehen. Deshalb möge die Nationalversammlung die Vorberatung dieser Gesetzentwürfe sobald wie möglich abschließen, damit sie so rasch wie möglich Gesetzeskraft erlangen.

Die sozialpolitischen Vorlagen.

Staatssekretär für soziale Fürsorge Hanusch begründet den Gesetzentwurf über das Verbot der Nachtarbeit der Frauen und jugendlichen Personen in gewerblichen Betrieben. Das Verbot der Nachtarbeit der Frauen bezog sich bisher lediglich auf Betriebe mit mehr als zehn Arbeitern, während das Gesetz nun die Nachtarbeit für Frauen überhaupt untersagen soll. Redner erörterte dann die Vorlage über die Dauer der Mindestruhezeit, den Ladenschluß und die Sonntagsruhe in Handelsgewerben und anderen Geschäftsbetrieben. In Besprechung der Vorlage über die Errichtung und Unterbringung von Volkspflegestätten verweist der Staatssekretär auf den Mangel solcher Pflegestätten. Es wurde festgestellt, daß heute die Kinder von 6 Jahren ein Untergewicht von durchschnittlich 3½ Kilogramm, die Kinder von 9 Jahren ein solches von 5½ Kilogramm, die Kinder von 11 Jahren von 4 Kilogramm und die von 14 Jahren ein solches von 9 Kilogramm haben. (Bewegung.) Redner verweist ferner auf die verheerende Zunahme der Tuberkulose bei Kindern und Arbeitern. Für diese Pflegestätten brauche der Staat Paläste, Schlösser und Luxusbauten. Wollte er für diese Gebäude Entschädigung leisten, müßte er viele hunderte Millionen für diesen Zweck ausgeben. Diese Paläste seien übrigens heute passiv und werden, auch wenn sie enteignet sind, passiv bleiben. Es wurde sogar in der Presse gesagt, dieses Gesetz sei

ein Raubgesetz,

weil eine Entschädigung nicht erfolge. Es ist in den letzten vier Jahren viel geraubt worden (Von wem aber? D. Red.), mehr geraubt worden als Schlösser, Luxusbauten und Paläste. Was in erster Linie geraubt wurde, das war der Mensch.

Reichspost

26./IV. 1919

223

Die Invalidenversorgung.

Die Zukunft Deutschsüdtirols und der Zusammenschluß.

Die Nationalversammlung hat heute das Gesetz über die Versorgung der Kriegsinvaliden und der Hinterbliebenen angenommen. So wichtig und dringend diese Frage ist, die Nationalversammlung stand doch vor allem unter dem Eindrucke der Wilson-Proklamation über die Grenzen Italiens und in den meisten Reden hallte die Sorge über das Schicksal unserer deutschen Südländer und der Protest gegen die Absicht einer Vergewaltigung deutscher Gebiete wider. Ergreifend erklang die Klage, die der erste Redner Deutschsüdtirols in der konstituierenden Nationalversammlung, Abg. Senatspräsident Dr. Schumacher, um die Gefährdung Deutschsüdtirols erhob und sein Ruf an Wilson und die Pariser Konferenz, die von Wilson verkündigten nationalen Grenzen auch den Deutschen Tirols zu sichern, und in alle Welt erscholl aus seinem Munde neuerdings die Forderung der Tiroler: „Gerechtigkeit!" Die unbeugsame Entschlossenheit Tirols, seine deutschen Gebiete südlich des Brenner früher oder später zurückzufordern, wenn sie jetzt verloren gingen, verkündete namens Tirols Abg. Dr. Mayr und ebenso sprach die allgemeine Unsicherheit über die unklaren Andeutungen der Wilson-Erklärung aus dem Proteste der Kärntner, in deren Namen der christlichsoziale Abg. Chefredakteur Paulitsch gegen eine Unterjochung deutscher Gebiete Kärntens durch Italien oder Jugoslawien sich verwahrte. Es ist der ganze Süden Deutschösterreichs, der um sein Schicksal heute bangt; aber aus der Entschiedenheit, mit der sich heute alle seine Redner gegen eine Fremdherrschaft aussprachen, gewinnen wir die Zuversicht und hoffentlich die Pariser Gewalthaber die Ueberzeugung, daß eine Lösung dieser Fragen gegen die Grundsätze der Gerechtigkeit keine Lösung wäre. Abg. Dr. Mayr erklärte auch, daß Tirol ohne seinen deutschen Süden, ein Tirol, das am Brenner den Usurpator Bozens und Merans stehen sähe, mit Naturnotwendigkeit zum Anschlusse an Deutschland getrieben würde, da nur die Anlehnung an Bayern und Süddeutschland sein Dasein behaupten könnte; er wandte sich aber in bitteren Worten gegen die bisherige Anschlußpolitik Dr. Bauers, die gerade für Deutschsüdtirol ein Verhängnis zu werden drohe. Auch Abg. Dr. Schumacher bedauerte die „Politik der Ungeduld", die bezüglich des künftigen Verhältnisses zu Deutschland in Wien gemacht werde und deren Ausfluß sich auch im Invalidengesetz findet. Dieses bestimmt nämlich, daß das Gesetz spätestens am 1. Juli in Kraft treten solle und seine Wirksamkeit verliere, „sobald und insoweit ein für Deutschösterreich geltendes Gesetz des Deutschen Reiches eine abweichende Regelung trifft". Dies gab auch den neu in die Konstituante berufenen Südtiroler christlichsozialen Abgeordneten heute Gelegenheit und Anlaß, sich dem Vorbehalte der Nordtiroler, daß für die Entscheidung über das Schicksal Tirols einzig und allein der Landtag oder eine Volksabstimmung in Tirol zuständig sei und nicht die Konstituante, vollinhaltlich anzuschließen; namentlich richtet sich dieser Vorbehalt, wie Abg. Dr. Schumacher hervorhob, gegen die Wiener Anschlußpolitik. Diese Erklärungen stellen neuerlich zusammen mit allen bisherigen wiederholten Kundgebungen und Feststellungen der Tiroler eine geschlossene Linie vor, über die auch Anschlußfanatismus aus Parteipolitik nicht leicht hinwegkommen wird. Die Stimme Tirols, die übrigens in den übrigen Ländern gleichfalls und nur in anderer Tonart zu vernehmen ist, ist klar und bestimmt und kann weder durch zänkische Pressepolemik noch durch amtliches Ignorieren um ihre Bedeutung und Wirkung gebracht werden; besser wäre schon eine vernünftige Auseinandersetzung, ehe es auch dort zu spät wird und die Gefahr unmittelbar droht, wie jetzt schon in Vorarlberg.

Das Gesetz über die Invalidenversorgung, dessen Grundzüge in unserer Ostersnummer von Unterstaatssekretär Dr. Resch ausführlich besprochen worden sind, trägt eine Dankesschuld des Staates an die Kriegsopfer ab, allerdings in Anbetracht der mißlichen Finanzen unserer Republik, vorerst nur eine Abschlagszahlung, wie namentlich von christlichsozialer Seite gestern und heute betont wurde, die bei einer zu erhoffenden Besserung der Finanzlage sofort vervollständigt werden soll. In der Debatte sprach besonders wirkungsvoll der christlichsoziale Abg. Edlinger, selbst ein einarmiger Kriegsinvalider, der für die Invaliden auf dem Lande Fürsprache einlegte und die Heranziehung der Kriegsgewinner empfahl. Das Gesetz soll nach dem Versprechen der Regierung noch vor dem 1. Juli in Kraft treten; da aber die organisatorischen Arbeiten erst Mitte Juli fertig werden dürften, so soll für diese zwei Monate eine Million für Lebensmittelbeschaffung für Invaliden verwendet werden, um ihnen über diese Zeit hinwegzuhelfen.

Außerdem hat die Nationalversammlung heute auch den Jahrestag der Ausrufung der Republik Deutschösterreich, den 12. November, und den 1. Mai, der aber auch nach sozialdemokratischer Erklärung nicht als Klassenfest gedacht ist, als gesetzliche Feiertage erklärt. — Die nächste Sitzung wird, wie bereits mitgeteilt, erst nach den Landtagswahlen, am 6. Mai, stattfinden; bis dahin sollen die Ausschüsse neues Material vorbereiten.

Wir berichten über den Verlauf der Sitzung:

Die Staatsregierung unterbreitet eine Gesetzvorlage, betreffend die teilweise Abänderung des Dienstverhältnisses der Kanzleioffizianten, Kanzleioffiziantinnen, Kanzleigehilfen und Gehilfinnen, ständigen Aushilfsdiener und Landpostdiener (Landpostdienernovelle). Die Vorlage wird dem Ausschusse zugewiesen.

Zwei neue Feiertage: 1. Mai und 12. November.

Den Bericht des Verfassungsausschusses über die Erklärung des 12. November und 1. Mai als allgemeine Ruhe- und Festtage erstattet die Abg. Adelheid Popp (Sozdem.), die betont, daß der 1. Mai nicht etwa deshalb zum Festtage bestimmt werde, um einer Klasse der Bevölkerung einen billigen Triumph zu sichern, sondern weil er als Festtag seit jeher den großen, erhabenen Gedanken des Weltfriedens und der allgemeinen Völkerverbrüderung verkörperte. („Die Sozialdemokratie ist der Friede," heißt es noch immer?) Schon heuer sollen wir uns das erste Mal alle an diesem neuen Festtage erfreuen. Ebenso soll mit der Proklamierung des 12. November, der Ausrufung der Republik Deutschösterreich, zum Staatsfeiertag den Idealen weitester Kreise der Bevölkerung Ausdruck gegeben werden.

Der Gesetzentwurf wird in zweiter und dritter Lesung angenommen. Sodann wird die Verhandlung über

das Invaliden- und Hinterbliebenenversorgungsgesetz

fortgesetzt, indem zunächst Abg. Hölzl (Sozdem.) dieses Gesetz als eine soziale Verpflichtung des Staates empfiehlt.

Generalredner Dr. Ursin. (Grd.) schildert als Arzt das Elend der Invaliden; bei der Hilfeleistung für diese durfe es keine Parteipolitik geben, da müssen sich alle Parteien vereinigen. Es wäre traurig, wenn der Sozialpolitiker vom Finanzpolitiker geschlagen würde. Die meisten Invaliden sind Deutsche. Hauptsächlich Deutsche sind es, die im Kriege geblutet haben. Er polemisiert gegen das alte Oesterreich und gegen den Kaiser, der nichts (!!) für die Invaliden getan habe und fordert Besserstellung der Invaliden in der Lebensmittelversorgung, Schaffung einer Zentrale für die Bestrebungen der Invaliden, Errichtung von Heilanstalten und Kriegerheimstätten, Arbeitsvermittlung, Beschaffung von Bekleidung und Werkzeugen, Beschaffung von Prothesen durch den Staat und Erhöhung der Spitalslöhnung, der Invalidengebühren und -renten. Die Invaliden wollen nicht ein Bettelgeld, sondern Arbeits- und Erwerbsmöglichkeit.

Nach dem Schlußworte des Berichterstatters Widholz (Sozdem.) wird in die Spezialdebatte eingegangen.

Die Klage Deutsch-Südtirols.

Bei den Paragraphen 1 und 2 (Anspruchsberechtigte Personen) gedenkt Abg. Dr. Schumacher (christlichsoz.) als Vertreter von Deutschsüdtirol, der heute mit blutendem Herzen diese Räume zum ersten Male betritt, vorerst seiner schönen, armen Heimat. Nach den Berichten der Blätter, sagt er, hat es den Anschein, als ob die Entscheidung in der Deutschsüdtirolerfrage bereits in Paris gefallen und dieses grunddeutsche Land, das Herz des Landes Tirol und die Perle deutscher Lande, endgültig Italien zugesprochen worden wäre. Tiefe Schatten senken sich nieder auf unser Land. Wir wissen nicht, ob wir nicht an der Zeitenwende Tirols angelangt sind, wo es heißt: „Tirol, du bist gewesen!" Aber wir können es noch nicht glauben. Wir haben so große Hoffnungen auf das Gerechtigkeitsgefühl Wilsons gesetzt, da doch in dem neunten seiner Punkte das Recht auf Grenzbestimmungen nach klar erkennbaren nationalen Grenzlinien deutlich gewahrt worden war. Wir können es nicht glauben, daß er jetzt sich selbst widersprochen haben sollte. In letzter Stunde rufen wir daher noch einmal das Gerechtigkeitsgefühl des Präsidenten Wilson und die anderen in Paris vertretenen Staaten an für unser kleines, aber rechtschaffenes Volk. Wir rufen es in alle Welt hinaus: Wenn es noch eine Gerechtigkeit auf Erden gibt, so wahret dem Lande Tirol seinen Bestand, sein Recht und seine Freiheit! (Lebhafter Beifall.)

In Erörterung der in Verhandlung stehenden Paragraphe 1 und 2 des Gesetzes, bezeichnet es Redner als bedenklich, den Entschädigungsanspruch auch für jene zu statuieren, die im Frieden in militärische Handlungen verwickelt worden sind. Das vom Ausschusse in seiner letzten Beratung noch hinzugefügte Wörtchen „Unverschuldet" besage nach den Erfahrungen des Redners als Richter alles und nichts. Er stellt im Sinne seiner Ausführungen Abänderungsanträge zu den Paragraphen 1 und 2.

Bei der Abstimmung werden die Abänderungsanträge Schumacher abgelehnt und die Paragraphe 1 und 2 in der vom Ausschusse beantragten Fassung angenommen.

In der Spezialdebatte über die Paragraphe 3 bis 8 beklagt Abg. Edlinger (christlichsoz.) die Zurücksetzung der ländlichen Invaliden gegenüber den städtischen in bezug auf die Rente. Er behält sich vor, bei der seinerzeitigen Revision des Gesetzes für die Ausgleichung dieser Unebenheiten einzutreten. Er spricht sich schließlich für die energische Heranziehung der Kriegsgewinner zur Deckung der Kosten der Invalidenfürsorge aus. (Beifall.)

Abg. Kittinger (grd.) wünscht die gewerbliche Ausbildung der Invaliden.

Die Paragraphe 3 bis 8 werden unverändert angenommen.

Deutsch-Südtirol ein Opfer der Anschlußpolitik.

In der Spezialdebatte über die Paragraphe 9 bis 38 verweist Abg. Dr. Michael Mayr (christlichsoz.) auf die schweren Opfer, die Tirol sowohl in bezug auf physische Schädigung seiner Einwohner, als auch in bezug auf materielle Belastung während des Krieges brachte. Kein Land weist so viel Tote, Vermißte, Gefangene, Witwen und Waisen auf, wie Tirol. Wenn die Lostrennung Deutschsüdtirols, der Raub Italiens, der diesem kein Glück bringen wird, Tirol wirklich treffen sollte, wenn die Grundsätze Wilsons wirklich zuschanden werden sollten und das Land Tirol zerrissen wird, so kann dies nicht von Dauer sein. Es wäre dies die Vernichtung des Landes, seiner stolzen Geschichte, eine Vergewaltigung ohnegleichen; eine Mißachtung des schwerwiegenden Wortes Wilsons von den natürlichen Grenzen. Wir haben schon die deutschen Brüder südlich von Salurn preisgegeben, können aber den herrlichsten Fleck von Deutschsüdtirol nicht preisgeben. Unsere Landespolitik war bisher nur von dem Gedanken geleitet: Rettung Deutschsüdtirols! Es ist eine ehrliche deutsche Politik. Deutschsüdtirol schien uns stets wichtiger als der sofortige Anschluß an Deutschland, selbst die Aufopferung der Selbständigkeit wollten wir bringen im nationalen Interesse. Vorwürfe dagegen sind unberechtigt, wenn wir uns gegen den vorzeitigen Anschluß an Deutschland aus diesen Gründen gewehrt haben. Diese Politik wird auch im Deutschen Reiche verstanden. Trifft uns aber das schwere Unglück, so sind wir trotzdem nicht verzagt. Unsere Geschichte — die Jahre 1703 und 1809 — beweist, daß eine ganze Welt von Feinden gegen uns nichts vermag. In wenigen Jahren kann eine andere politische Konstellation eintreten. Unser Land liegt im Zentrum Europas, alle Alpenpässe hat es in Händen. Aber auch außenpolitisch würde der neue Raub Italiens einen Dolch in das Herz der Schweiz bedeuten. Wenn das Vintschgau italienisch ist, ist auch der Tessin gefährdet. Die Methode unserer Verteidigung werden wir der Gegenwart anpassen, wir werden nicht nutzlose Aufstände machen, aber Hilfe und Bundesgenossen werden wir suchen und finden. Da denken wir in erster Linie an die tapferen Bayern und Süddeutschland, die für Tirol und Vorarlberg die erste Rettung bedeuten. Ich habe schon im No-

Der Neue Tag
26./IV. 1919
225

Die Demonstration der Heimkehrer.

Schwache Beteiligung an der Versammlung. — Zusammenstöße in der Taborstraße. — 17 Verletzte.

Gestern nachmittags fand vor dem Rathaus die angekündigte Versammlung der Heimkehrer und Invaliden statt. Gegen zwei Uhr hatten sich bereits mehrere Hundert Leute eingefunden, deren Zahl bis drei Uhr, dem Beginne der Versammlung, auf zirka 1000 stieg. Der erste Redner stellte mit Bedauern fest, daß dem Rufe wieder nur sehr wenige Heimkehrer und Invalide gefolgt seien. Die Forderungen werden insolange nicht erfüllt werden, bis nicht alle organisiert seien. Er fordere daher alle auf, der Heimkehrer-Organisation beizutreten.

Die nächsten Redner zogen heftig gegen die Verwaltung los, forderten die Diktatur des Proletariats und fanden lebhaften Beifall. Von allen Seiten strömten Heimkehrer und Neugierige herbei, so daß bald der große Platz vor dem Rathaus gefüllt war. Gegen vier Uhr war die Versammlung zu Ende und ein Redner forderte zum Abmarsch auf.

Die dichtgedrängte Masse formierte sich zu geschlossenen Reihen und schwenkte gegen das Parlament ab. Ein Teil marschierte am Parlament vorbei über die Ringstraße zum Staatsamt für Heerwesen, während etwa 1000 Demonstranten beim Parlament stehen blieben. Es gelang ihnen, ein Stück der rechten Rampe, die zum Parlamentstor führt, zu besetzen, während die linke Rampe von den Volkswehrmännern abgesperrt werden konnte. Eine Deputation ging unter Führung von Volkswehrleuten ins Parlamentsgebäude und berichtete dann, daß sie heute nachmittags um zwei Uhr ins Platzkommando geladen sei, um mit der von der Nationalversammlung gewählten Kommission die Forderungen der Invaliden zu beraten. Der größte Teil der Menge zerstreute sich, kleinere Trupps zogen über den Ring weiter.

Der Zug über den Ring.

Bisnun hatte man auch die Züge der Straßenbahn unbehelligt gelassen, da sich die Stimmung aber plötzlich änderte und Tätlichkeiten zu befürchten waren, hielt einer der Führer vor dem Hotel Imperial eine beruhigende Ansprache an seine Kameraden, worauf dann wieder ziemliche Ordnung eintrat. Die Demonstranten versuchten wiederholt in die Innere Stadt zu gelangen, wurden aber von Wache und Volkswehr, die alle Zugänge abgesperrt hatten, daran gehindert. Das wurde von den Demonstranten als Provokation aufgefaßt, jeder neue Kordon verursachte eine Stockung, die wildesten Schmähungen gegen die Volkswehr wurden ausgestoßen, gellendes Schreien und Pfeifen steigerten die Erregung. Bei der Johannesgasse endlich kam es zum Durchbruch. In einem Nu war der schwache Kordon überrannt, die Soldaten entwaffnet und in die Flucht getrieben. Die zerfetzten Tornister flogen durch die Luft, die Gewehre wurden zerbrochen, die verbogenen Gewehrläufe als Trophäe an die Laternen gehängt. Bis in die Seilerstätte ergoß sich der Strom. Glücklicherweise waren in den Kaufläden die Rollbalken herabgelassen und vergebens versuchten Einzelne an ihnen ihre Kraft. Mittlerweile trafen Volkswehr- und Polizeiverstärkungen ein und zwangen die Demonstranten zum Rückweg auf den Ring. Kleinere und größere Gruppen splitterten ab, durch den Aufenthalt in der Johannesgasse hatte der Hauptteil der Masse den Anschluß an die Führer verloren, die inzwischen gegen das Kriegsministerium zu weiter gegangen waren. Dorthin drängte die Masse nach. Zu Tätlichkeiten kam es vor dem Café Prückl. Halbwüchsige Burschen besetzten das Geländer, das unter ihrer Last niederbrach. Schleunige Flucht bewahrte die Gäste vor Aergerem. Eine der großen Spiegelscheiben ging in Trümmer, dann strömte die Menge zum Kriegsministerium weiter.

Die „Kerntruppen" der Demonstranten — junge Burschen von 17 bis 20 Jahren — waren auf etwa 500 Mann zusammengeschmolzen, der Rest waren Neugierige. Vom Radetzky-Denkmale herab sprachen mehrere Redner. Ihren Weisungen zufolge wurde eine Deputation zum Staatssekretär Dr. Deutsch entsendet, die den Forderungen der Versammelten neuerlich Gehör verschaffen sollte. Solange die Abordnung im Innern des Gebäudes weilte, begnügte sich der Mob damit, die Wachmannschaft zu beschimpfen. Endlich erschien der Anführer der Menge auf einem Balkon und teilte mit, daß Dr. Deutsch nicht anwesend sei, daß er übrigens gar nicht kompetent sei, weil die Forderungen materieller Natur seien und mit dem Staatssekretär für Finanzen besprochen werden müßten.

Plünderungen und Zusammenstöße in der Taborstraße.

Inzwischen war ein Teil der Wache abgezogen unter der Bedingung, daß auch die Demonstranten sich in Ruhe entfernten. Die Menge zog gegen den Kai ab und über die Ferdinandsbrücke in die Taborstraße. Trotz aller Bemühungen der Führer gab's da kein Halten mehr. Das Wort „Pogrom!" wurde laut, rechts und links wurden die Passanten angerempelt, und vor dem Café International war an den schlimmsten Absichten der Menge nicht mehr zu zweifeln. Im nächsten Moment gingen die Fenster klirrend in Trümmer, das Lokal wurde gestürmt und die Einrichtung vollständig demoliert. Leute mit Rucksäcken stiegen durch die zerbrochenen Fenster und brachten Champagner- und Likörflaschen heraus.

Kaum war das geschehen, als das Hotel National an die Reihe kommen sollte. Dort aber wurden die Demonstranten von Volkswehr und Wache mit Schüssen empfangen. In wilder Flucht stoben sie dahin, suchten aber immer und immer wieder an das Hotel heranzukommen, wobei sie die Elektrische als Deckung benützten. Nicht lange ging das so fort, Wache zu Fuß und zu Pferd rückte an und zerstreute mit dem Säbel die Plünderer. Ein Halbbataillon Volkswehr besetzte die Taborstraße, vom Laurenzerberg her rückte Polizei in Schwarmlinie vor, die dann die Säuberung vollendete.

Der Polizeibericht.

Ueber die Szenen in der Leopoldstadt sagt der Polizeibericht: Die Demonstranten zogen vom Staatsamt für Heerwesen über den Franz Josephs-Kai. Bei der Ferdinandsbrücke eilten die Demonstranten plötzlich im Laufschritt über die Brücke und in die Taborstraße weiter. Mehrere hundert Personen eilten zum Café Buchsbaum (früher „International"). Sie zerbrachen die Spiegelscheiben und drangen in das Kaffeehaus. Sie warfen die Sessel auf die Straße, drängten die Gäste gewaltsam aus dem Lokal und nahmen ihnen Ueberkleider und Wertsachen ab. Mit der Beute suchten sie das Weite.

Als nun bei der Karmeliterkirche vier Stadtschutzwachmänner herbeieilten, wurde einem von ihnen das Gewehr weggenommen und gegen ihn in Anschlag gebracht. Im selben Augenblick fielen aus der Reihe der Demonstranten Revolverschüsse gegen die Stadtschutzmänner, worauf diese eine Anzahl Schüsse in die Luft abgaben. Der größere Teil der Menge flutete nun zurück, ein kleinerer Teil durchbrach diesen schwachen Kordon der Stadtschutzwache und der zu Hilfe geeilten Sicherheitswache.

Inzwischen kam von der Ferdinandsbrücke berittene Sicherheitswache und Wache zu Fuß daher und begann mit der Räumung des Platzes vor der Ferdinandsbrücke und der Taborstraße. Als hiebei zwei Sicherheitswachmänner von den Demonstranten mit unbekannten Instrumenten, der eine ins Schienbein, der andere in den Handrücken gestochen wurden, zog die Wache vom Leder, wobei einige Demonstranten und auch Neugierige verletzt wurden. Die Wunden sind durchwegs leicht. Als die Wache nun zur Karmeliterkirche kam, fielen von der Ecke der Lilienbrunngasse und Großen Sperlgasse neuerlich Schüsse gegen die Wachmänner. Diese räumten nun energisch und sperrten die Straßen ab. Dann kam Volkswehr.

Die Verwundeten.

Bei den Zusammenstößen in der Taborstraße intervenierte die Rettungsgesellschaft in elf Fällen. Zur Behandlung kamen zumeist Säbelhiebwunden leichterer Natur. Verletzt wurden: Emil Berl, 71 Jahre alt, Streifschußwunde am Hinterhaupt durch einen Gellschuß; Marie Kobler, 25 Jahre alt, Hilfsarbeiterin, Hiebwunde an der rechten Stirnseite; Schlossergehilfe Josef Loibl, Säbelhieb an der rechten Stirnhälfte; Kellner Franz Schmetz, 24 Jahre alt, Säbelhieb am Hinterhaupt; Kriegsinvalider Josef Gießer, traumatische Neurose und Schnittwunde am rechten Handgelenk; Monteurgehilfe Karl Schnepp, Hiebwunde am Scheitel; Maschinenarbeiter Edard Richter, 25 Jahre alt, Hiebwunden an der linken Wange und am rechten Unterarm; Invalider Nathan Rittner, Hiebwunden am Scheitel und rechten Unterarm; Marktfahrer Emil Kohn, 31 Jahre alt, Hiebwunde hinter dem linken Ohr; Handelsangestellter Karl Schächter, 41 Jahre alt, Hiebwunde am Scheitel; Privatbeamter David Weinberg, 33 Jahre alt, Blutbeule an der rechten Schläfe. Die Verletzten konnten sich zumeist nach der Hilfeleistung selbst aus der Rettungsstation entfernen, einige wurden zur Ersten Unfallsstation des Allgemeinen Krankenhauses gebracht.

Außerdem wurden noch verletzt: der 68jährige Magazineur Anton Schlesinger durch einen Schuß leicht, und der 38jährige Tapezierer Isidor Goldfinger durch einen Hieb am Kopfe auch leicht. Während der Demonstrationen wurden überdies drei Sicherheitswachmänner und ein Stadtschutzmann verletzt.

Im Verlaufe der Demonstration wurden fünf Personen wegen Diebstahls, eine Person wegen Auflaufes, zwei wegen Wachebeleidigung und eine wegen polizeiwidrigen Verhaltens arretiert. Später traf die Nachricht ein, daß auch in das „Café Rappaport" in der Oberen Donaustraße, Demonstranten eingedrungen sind und auch dort Diebstähle an den Gästen verübt haben sollen. Um 8 Uhr abends war die Ruhe hergestellt.

Eine Invalidenabordnung beim Staatskanzler.

Im Anschlusse an die gestrige Versammlung hat eine Abordnung von drei Invaliden abends beim Staatskanzler Dr. Renner vorgesprochen und die Klagen und Leiden der Invaliden dargestellt. Die Abordnung verwahrte sich gegen den Charakter, den die Straßenansammlungen annehmen, und erklärte, mit diesen und mit den verbrecherischen Elementen, die sich vordrängen, und mit den politischen Umtrieben nichts gemein zu haben. Die Lage der Invaliden sei jedoch eine so traurige, daß sie kaum imstande sind, das Inkrafttreten des neuen Gesetzes zu erwarten.

Der Staatskanzler teilte der Deputation mit, die Nationalversammlung habe das Invalidengesetz zum Beschluß erhoben. Dieses werde am 15. Juni in Kraft treten, und von diesem Tage an werden die Invalidenrenten ausgezahlt werden. Er habe jedoch dem Zentralverband der Invaliden eine Million Kronen mit dem Auftrage zugewiesen, in dringenden Fällen den Hilfsbedürftigen beizustehen.

Die Abordnung der Invaliden nahm die Aufklärungen des Staatskanzlers dankend entgegen.

Protest des Wirtschaftsverbandes n. a. Offiziere.

Der Vorstand des Landesverbandes Niederösterreich der nichtaktiven Offiziere und Gleichgestellten erhebt namens seiner 16.000 Mitglieder schärfsten Protest gegen den Mißbrauch der Invaliden und Heimkehrer durch unverantwortliche Elemente und volksfremde Agitatoren zu niedrigen selbstsüchtigen Zwecken, welche zu den blutigen Ereignissen am Gründonnerstag führten und geeignet sind, den Ehrennamen braver Krieger im Volke zu diskreditieren. Als Kriegskameraden unterstützen wir alle Forderungen der Invaliden und moralischen Ansprüche der Heimkehrer, so lange sich ihre Vertretung friedlicher und unblutiger Mittel bedient. In voller Uebereinstimmung mit der großen Mehrheit der Bevölkerung aber verurteilen wir schärfstens jenen Terror unberufener und politischer Desperados, welche — auch von jedem kommunistischen Ideal weit entfernt — die Not der Invaliden und Heimkehrer und deren guten Namen nur als Vorwand benützen, um Aufruhr und Anarchie hervorzurufen und ungehemmt rauben und plündern zu können. Wir können nur unserem tiefsten Bedauern Ausdruck geben, daß Bruderblut geflossen ist und Kriegskameraden in Ausübung ihres Dienstes und treuer Pflichterfüllung Leben und Gesundheit lassen mußten. Unsere Achtung und Sympathie gilt der braven Sicherheitswache und jenem Teil der Volkswehr, der sich gleichfalls als ein verläßlicher Hort der öffentlichen Ordnung erwiesen, und deshalb widmet der Landesverband der n.-a. Offiziere und Gleichgestellten eine Spende von 500 Kronen für die Opfer der Sicherheitswache und eine gleiche Spende der Wiener Volkswehr zur Begründung eines Unterstützungsfonds. Nach wie vor stehen die n.-a. Offiziere auf Seite des Rechtes und der Bedrückten, verlangen aber im Interesse der Volkswohlfahrt Ruhe und Ordnung und Achtung der Gesetze durch jedermann.

1./V. 1919

229

wendet wurden, um sie zum Stillstand zu bringen, widerstanden. Weniger angriffsfähig erweisen sich die tschechischen Truppen, unter denen viele Ueberläufer sind und der Bolschewismus merklich Anhang besitzt. Aber die Budapester Machthaber wissen, daß ihre Tage gezählt sind. Dreißig Flugzeuge stehen bereit, um die Führer nach Rußland zu bringen. Nur eine Hoffnung haben sie noch, sie erzählen großsprecherisch, eine russische Bolschewikenarmee nähere sich schon Czernowitz und werde bald im Rücken der rumänischen Armee

Was bekommen die Invaliden und Kriegerhinterbliebenen?

Von Abg. Dr. Josef Resch,
Unterstaatssekretär im Staatsamte für soziale Verwaltung.

Das neue Invaliden- und Hinterbliebenen-Versorgungsgesetz ist von der Nationalversammlung angenommen worden und soll, bis die Organisation des Dienstes in den Ländern Deutschösterreichs vollendet ist, etwa Mitte Juni, in Kraft treten. Das Gesetz gewährt den Invaliden auf Staatskosten Heilbehandlung, Körperersatzstücke und orthopädische Behelfe, berufliche Ausbildung, Invalidenrenten und Krankengeld. Wenn die im Militärdienst zugezogene Gesundheitsschädigung den Tod zur Folge hatte, sind auf Staatskosten zu gewähren Hinterbliebenenrenten und Sterbegeld.

Die Invalidenrente wird zunächst je nach der Minderung der Erwerbsfähigkeit abgestuft, und zwar gebührt bei einer Einbuße der Erwerbsfähigkeit von über 75% für die Dauer dieser Erwerbsunfähigkeit die Vollrente, bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit unter 75% ein Bruchteil der Vollrente, und zwar beträgt die Teilrente bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit über 15 bis 25% 2 Zehntel der Vollrente, über 25 bis 35% 3 Zehntel, über 35 bis 45% 4 Zehntel, über 45 bis 55% 5 Zehntel, über 55 bis 65% 6 Zehntel, über 65 bis 75% 3 Viertel der Vollrente.

Die Mindestrenten.

Im Gesetz finden wir zwei verschiedene Arten von Rentensätzen, die Mindestrenten und die Renten, berechnet nach dem Jahreseinkommen des Invaliden. Das Mindestausmaß der Invalidenvollrente wird nach der Vorbildung des Geschädigten und nach der Ortsklasse jener Gemeinden bemessen, in der er zuletzt vor dem schädigenden Ereignisse seinen bürgerlichen Wohnsitz hatte. Die Vorbildungsstufen sind: Begonnene Hochschulbildung, mindestens zweijährige über die Volksschule hinausreichende, sei es schulmäßige, sei es handwerksmäßige oder gleichwertige praktische Ausbildung, geringere Vorbildung.

Falls der Invalide die Hochschule absolviert oder besucht hat, beträgt die Mindestrente:

Rentenbetrag in Kronen	in Wien	in Städten von mehr als 50.000 Einwohn.	15.000 Einwohn.	5000 Einwohn.	in Orten mit unter 5000 Einwohn.
jährlich	3360	3120	2880	2640	2400
mit Teuerungszuschlag (50%)	5040	4690	4320	3960	3600
monatlich	280	260	240	220	200
mit Teuerungszuschlag (50%)	420	390	360	330	300

Bei mindestens zweijähriger über die Volksschule hinausreichender, sei es schulmäßiger, sei es handwerksmäßiger oder gleichwertiger praktischer Ausbildung, beträgt die Mindestrente:

Rentenbezug in Kronen	in Wien	in Städten von mehr als 50.000 Einwohn.	15.000 Einwohn.	5000 Einwohn.	in Orten mit unter 5000 Einwohn.
jährlich	2400	2160	1920	1800	1680
mit Teuerungszuschlag (50%)	3600	3240	2880	2770	2510
monatlich	200	180	160	150	140
mit Teuerungszuschlag (50%)	300	270	240	225	210

Bei geringerer Vorbildung beträgt die Mindestrente:

Rentenbezug in Kronen	in Wien	in Städten von mehr als 50.000 Einwohn.	15 000 Einwohn.	5000 Einwohn.	in Orten mit unter 5000 Einwohn.
jährlich	1680	1560	1440	1320	1200
mit Teuerungszuschlag (50%)	2510	2340	2160	1980	1800
monatlich	140	130	120	110	100
mit Teuerungszuschlag (50%)	210	195	180	165	150

Kurorte, ferner Gemeinden, die wegen ihrer Lage in unmittelbarer Nähe größerer Städte eine bedeutende Teuerung der Lebensbedingungen aufweisen, können durch Vollzugsanweisung des Staatsamtes für soz. Verwaltung in eine höhere Ortsklasse eingereiht werden, als ihrer Einwohnerzahl entspricht. An Stelle des eigenen Wohnsitzes ist bei Personen, deren Ausbildung zur Zeit des schädigenden Ereignisses noch nicht vollendet war, der Wohnsitz ihrer Eltern oder der zu ihrer Versorgung Verpflichteten der Einreihung in eine Ortsklasse zugrunde zu legen, wenn dies für den Anspruchswerber günstiger ist. Die Mindestrenten kommen hauptsächlich für Invalide in Betracht, die vor der Einrückung noch keinen Beruf hatten; es sind dies Studenten, dann auch Lehrlinge oder im Haushalt oder im Geschäft der Eltern Verwendete. Für diese Personen können die Renten nicht nach ihrem früheren Einkommen bemessen werden, da sie entweder kein Einkommen oder wegen der noch nicht vollendeten Ausbildung ein geringes Einkommen hatten.

Die Rente nach dem letzten Einkommen.

Die Invalidenrenten, berechnet nach dem Einkommen, tritt an Stelle der Mindestrenten, wenn dies für den Invaliden günstiger ist, nur liegt das Jahreseinkommen zugrunde, das der Geschädigte zuletzt vor dem schädigenden Ereignis aus einer regelmäßigen Erwerbstätigkeit bezogen hat. Für Gesundheitsschädigungen, die in den Jahren 1916 bis 1920 eingetreten sind, ist jener Verdienst als Jahreseinkommen anzunehmen, den der Invalide in einem der Jahre bis 1915 erzielt hat oder schätzungsweise erzielt haben würde, wenn er seine Erwerbstätigkeit schon vor diesem Zeitraume ausgeübt hätte. Die Vollrente nach dem Jahreseinkommen beträgt:

in der Einkommensstufe	umfassend ein Jahreseinkommen von Kronen	Rentenbetrag in Kronen jährlich	monatl.	mit 50%igem Teuerungszuschlag
1	über 1200 bis 1440	1320	110	165
2	„ 1440 „ 1680	1440	120	180
3	„ 1680 „ 1920	1560	130	195
4	„ 1920 „ 2160	1680	140	210
5	„ 2160 „ 2400	1800	150	225
6	„ 2400 „ 2640	1920	160	240
7	„ 2640 „ 3120	2160	180	270
8	„ 3120 „ 3600	2400	200	300
9	„ 3600 „ 4080	2640	220	330
10	„ 4080 „ 4560	2880	240	360
11	„ 4560 „ 5040	3120	260	390
12	„ 5040 „ 5520	3360	280	420
13	„ 5520 „ 6000	3600	300	450
14	„ 6000 „ 6480	3840	320	480
15	„ 6480 „ 6960	4080	340	510
16	„ 6960	4320	360	540

Außerdem werden Zuschläge für Hilflose ausgesetzt, wenn der Invalide nach Abschluß des Heilverfahrens fremder Hilfe und Wartung bedarf. Dann gebührt zu der Invalidenrente ein jährlicher Rentenzuschuß, der je nach dem Wohnort des Rentners mit 800 Kr. bis 1600 Kr. bemessen ist, und zwar: 1600 Kr. in der ersten Ortsklasse (Wien), 1400 Kr. in der zweiten Ortsklasse